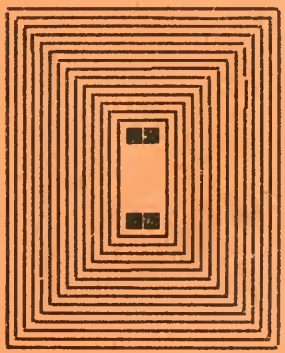
HX
256
66
1919

Protokoll des Parteitages im Jahre 1919

Die Verhandlungen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs. Abgehalten vom 31. Oktober bis zum 3. November in Wien



Preis: 30 Kronen

Wien 1920
Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co.
Wien VI, Gumpendorferstraße 18

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Tagesordnung 2
Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich 3
Organisationsstatut 6

Vorlagen an den Parteitag.

Bericht der Parteivertretung 17
Kassenberichte 102
Bericht der Verwaltung der „Arbeiter-Zeitung“ 107
Anträge zum Parteitag 110
Geschäftsordnung 133

Verhandlungen des Parteitages.

Erster Verhandlungstag 134
Die Tagesordnung 137
Bericht des Parteivorstandes 142
Kassenbericht 146
Bericht der Parteikontrolle 147
Geschäftliche Debatte 147
Bericht des Klubs der Abgeordneten 149
Politische Debatte 156

Zweiter Verhandlungstag 177
Parteiorganisation 177
Bericht über die Frauenkonferenz 190
Bericht der Mandatprüfungskommission 198
Wirtschaftliches und soziales Aktionsprogramm . . 198
Debatte über das Aktionsprogramm 210

Dritter Verhandlungstag 211
Die Verfassungsfrage 232
Debatte über die Verfassungsfrage 243

Vierter Verhandlungstag 245
Debatte über die Verfassungsfrage (Fortsetzung) 245
Parteiorganisation, Bericht der Antragskommission 250
Debatte über die Verfassungsfrage (Fortsetzung) 254
Die Internationale 265
Debatte über die Internationale 271
Wahl der Parteivertretung 274
Allfälliges 275

Präsenzliste 278
Ergebnis der Abstimmungen 287
Sprechregister 288

Protokoll

der Verhandlungen des Parteitages

der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs. Abgehalten in Wien vom 31. Oktober bis zum 3. November 1919

Wien 1920

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Janaz Brand & Co., VI. Bezirk, Gumpendorferstraße 18

HX
256
S6
1903

Tagesordnung:

1. **Konstituierung des Parteitages:**
   a) Wahl des Präsidiums;
   b) Festsetzung der Geschäfts- und der Tagesordnung;
   c) Wahl einer Mandatsprüfungskommission.
2. **Berichte des Parteivorstandes und der Parteikontrolle.** Berichterstatter Ferdinand Skaret, Friedrich Adler, Vinzenz Muchitsch.
3. **Bericht des Klubs der sozialdemokratischen Abgeordneten zur Deutschösterreichischen Nationalversammlung.** Berichterstatter Karl Seitz.
4. **Die Parteiorganisation.** Berichterstatter Robert Danneberg.
5. **Wirtschaftliches und soziales Aktionsprogramm.** Berichterstatter Otto Bauer.
6. **Die Verfassungsfrage.** Berichterstatter Karl Renner.
7. **Internationale.** Berichterstatter Friedrich Adler.
8. **Wahl der Parteivertretung.**
9. **Allfälliges.**

Büro des Parteitages:

Vorsitzende:

Karl Seitz, Eduard Euller (Linz), Vinzenz Muchitsch (Graz) und Josef Tomschik (Wien).

Schriftführer:

Gabriele Proft (Wien), Josef Witternigg (Salzburg), Julius Lukas (Klagenfurt) und Wilhelm Scheibein (Innsbruck).

Mandatsprüfungskommission:

Anton Weber (Wien), Oskar Helmer (Niederösterreich), Michael Ruschak (Steiermark), Johann Sachan (Kärnten), Anton Linder (Tirol und Vorarlberg), Eduard Beck (Salzburg), und Rupert Kollinger (Oberösterreich).

Begrüßungsschreiben:

Sozialdemokratie Südtirols. — Kreisorganisation Karlsbad. — Jugoslawische Sozialdemokratie Sloweniens. — Ungarischer Parteivorstand. — Wahlverein Berlin.

Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

(Beschlossen auf dem Parteitag zu Wien 1901.)

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich erstrebt für das gesamte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, der politischen Unterdrückung und der geistigen Verkümmerung. Die Ursache dieser unwürdigen Zustände liegt nicht in den einzelnen politischen Einrichtungen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Tatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzer monopolisiert sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, gerät dadurch in die drückendste Abhängigkeit von den Besitzern der Arbeitsmittel mit Einschluß des Bodens, der Großgrundbesitzerklasse und der Kapitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Klassenstaat ihren Ausdruck findet.

Der technische Fortschritt, die wachsende Konzentration der Produktion und des Besitzes, die Vereinigung aller ökonomischen Macht in den Händen der Kapitalisten und Kapitalistengruppen hat die Wirkung, immer größere Kreise früher selbständiger kleiner gewerblicher Unternehmer und Kleinbauern ihrer Produktionsmittel zu enteignen und sie als Lohnarbeiter, Angestellte oder als Schuldknechte direkt oder indirekt in die Abhängigkeit von den Kapitalisten zu bringen. Es wächst die Masse der Proletarier, es steigt aber auch der Grad ihrer Ausbeutung, und dadurch tritt die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft seiner eigenen Arbeit und zu dem Anschwellen des von ihm selbst geschaffenen Reichtums. Die der Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise entspringenden Krisen mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit und Elend beschleunigen und verschärfen diese Entwicklung.

Je mehr aber die Entwicklung des Kapitalismus das Proletariat anschwellen macht, desto mehr wird es gezwungen und befähigt, den Kampf gegen ihn aufzunehmen. Immer mehr macht die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz überflüssig und schädlich, während zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion auf Grund gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln die notwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden. Zugleich kommt das Proletariat zum Bewußtsein, daß es diese Entwicklung fördern und beschleunigen muß und daß der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des Volkes das Ziel, die Eroberung der politischen Macht das Mittel seines Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse sein muß. Nur das zum Klassenbewußtsein erwachte und zum Klassenkampf organisierte Proletariat kann der Träger dieser notwendigen Entwicklung sein. Das Proletariat zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es

geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, zu dessen Durchsetzung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich wird in allen politischen und ökonomischen Fragen jederzeit das Klasseninteresse des Proletariats vertreten und aller Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze sowie der Ausnützung der Arbeiter zugunsten von bürgerlichen Parteien energisch entgegenwirken.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine internationale Partei: sie verurteilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt und des Geschlechtes, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß wie die Ausbeutung selbst. Sie verurteilt und bekämpft alle Einschränkungen der Freiheit der Meinungsäußerung sowie jede Bevormundung durch Staat und Kirche. Sie erstrebt gesetzlichen Schutz der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen und sie kämpft dafür, dem Proletariat auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens möglichst großen Einfluß zu verschaffen.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, fordert die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich zunächst:

1. Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht in Staat, Land und Gemeinde für alle Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes vom 20. Lebensjahr an; Proportionalwahlsystem; Vornahme der Wahlen an einem gesetzlichen Ruhetag; dreijährige Gesetzgebungsperioden; Diätenbezug für die Gewählten.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittels des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes; Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Staat, Land und Gemeinde.

3. Abschaffung aller Gesetze, die das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken; insbesondere Erfüllung voller Preßfreiheit durch Aufhebung des objektiven Verfahrens und der Einschränkung der Kolportage von Druckschriften; Aufhebung aller Gesetze, die das Vereins- und Versammlungsrecht einschränken.

4. Aufhebung aller Einschränkungen der Freizügigkeit, insbesondere aller Vagabunden- und Schubgesetze.

5. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, das Beamte, die die politischen Rechte von einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Bestrafung zuführt.

6. Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte; Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes; Entschädigung unschuldig Verhafteter und Verurteilter; Wahl der Geschwornen auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes; Unterstellung aller Staatsangehörigen unter die ordentlichen Gesetze und Gerichte; Abschaffung der Todesstrafe.

7. Staatliche und kommunale Organisation des Sanitätsdienstes; unentgeltliche Beistellung der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel.

8. Erklärung der Religion als Privatsache; Trennung der Kirche vom Staate und Erklärung der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften als private Vereinigungen, die ihre Angelegenheiten ganz selbständig ordnen; obligatorische Zivilehe.

9. Obligatorische, unentgeltliche und weltliche Schule, die den Bedürfnissen und der Entwicklung der einzelnen Völker vollkommen entspricht; Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und der Verpflegung in den Volksschulen für alle Kinder sowie für jene Schüler höherer Lehranstalten, die zu weiterer Ausbildung befähigt sind.

10. Ersetzung aller indirekten Steuern und Abgaben durch stufenweise steigende Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern.

11. Ersatz des stehenden Heeres durch die Volkswehr; Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit; allgemeine Volksbewaffnung; Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung.

12. Beseitigung aller Gesetze, wodurch die Frau gegenüber dem Manne öffentlichrechtlich oder privatrechtlich in Nachteil gesetzt wird.

13. Befreiung der Wirtschaftsgenossenschaften der Arbeiter von allen ihre Tätigkeit hemmenden Lasten und Schranken.

Als Minimum an Arbeiterschutz fordert die österreichische Sozialdemokratie zunächst:

1. Volle Koalitionsfreiheit, gesetzliche Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation, gesetzliche Gleichstellung der Landarbeiter durch Aufhebung der Dienstbotenordnungen.

2. Achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahmen.

3. Verbot der Nachtarbeit mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt; die Nachtarbeit für Frauen und jugendliche Arbeiter ist jedoch ausnahmslos zu verbieten.

4. Volle Sonntagsruhe in der Dauer von mindestens 36 Stunden.

5. Strenge Durchführung des Verbotes der Erwerbsarbeit von Kindern unter 14 Jahren; ausreichende Schutzgesetze für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter.

6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den besonders für den weiblichen Organismus schädlichen Betrieben.

Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Art und Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Handel, Hausindustrie, Land- und Forstwirtschaft) zu gelten.

Ausbau des Gewerbeinspektorats; Vermehrung der Inspektoren, denen exekutive Befugnisse zu geben sind; Mitwirkung der Arbeiterorganisationen an der Kontrolle der Durchführung des Arbeiterschutzes durch die von ihnen gewählten Inspektoren und Inspektorinnen.

Ueber Unternehmer, die das Arbeiterschutzgesetz übertreten, sind strenge Strafen zu verhängen, die nicht in Geldstrafen umgewandelt werden dürfen.

Die Arbeiterversicherung ist einer durchgreifenden Reform zu unterziehen, durch Einführung einer allgemeinen Alters- und Invalidenversicherung sowie Witwen- und Waisenversorgung zu ergänzen und unter durchgängiger Selbstverwaltung der Versicherten einheitlich zu organisieren.

Organisationsstatut

der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs.

(Beschlossen vom Parteitag am 3. November 1919.)

Parteimitgliedschaft.

§ 1. Als Parteimitglied wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und Mitglied der Parteiorganisation ihres Wohnortes ist.

§ 2. Der Partei kann nicht angehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder die Interessen der sozialdemokratischen Partei schuldig macht, einer anderen Partei angehört, für eine andere Partei tätig ist oder eine ehrlose Handlung begangen hat.

§ 3. Ueber die Aufnahme entscheidet auf Grund des Vorschlages der Lokalorganisation, in deren Sprengel der Aufnahmswerber wohnt, die Bezirksorganisation.

Jedes Parteimitglied erhält als Legitimation die im ganzen Staat geltende Parteimitgliedskarte.

§ 4. Jedes Parteimitglied hat die Pflicht, seiner Berufsorganisation anzugehören, so wie die Mitglieder der Berufsorganisationen verpflichtet sind, Mitglieder der Parteiorganisation zu sein.

Parteiorganisation.

§ 5. Die Grundlage der Parteiorganisation ist der politische Verein.

§ 6. Die Parteiorganisation gliedert sich in Lokal-, Bezirks-, allenfalls auch Kreis- und in Landesorganisationen.

a) Lokalorganisation.

§ 7. Die Lokalorganisation ist die Zusammenfassung aller in einem Orte wohnenden Parteimitglieder.

Innerhalb der Lokalorganisation ist die Straßen- und Häuserorganisation durchzuführen.

b) Bezirksorganisation.

§ 8. Die Lokalorganisationen werden zu Bezirksorganisationen zusammengefaßt.

Die Bezirksorganisation muß unter allen Umständen ein geschlossenes Gebiet umfassen, das entweder mit einem staatlichen politischen Verwaltungsbezirk zusammenfällt oder durch ein territorial besser geeignetes Agitations- und Organisationsgebiet gebildet wird.

Die Bestimmung der Gebietsgrenzen der Bezirksorganisationen obliegt den Landes-, eventuell Kreiskonferenzen.

In Wien bildet jeder Gemeindebezirk eine Bezirksorganisation.

c) Landesorganisation.

§ 9. Alle Bezirksorganisationen eines Landes unterstehen der Landesorganisation, der die Führung der Parteigeschäfte nach ihrem eigenen Organisationsstatut obliegt.

d) Kreisorganisation.

§ 10. Wo es zweckmäßig ist, können durch Beschluß der zuständigen Landeskonferenz die einen Nationalversammlungswahlkreis bildenden Bezirksorganisationen zu einer Kreisorganisation vereinigt werden.

Die Wiener Bezirksorganisationen bilden zusammen die Organisation Wien.

§ 11. Die Statuten der unter a bis d angeführten Organisationen dürfen den Statuten der übergeordneten Organisation nicht widersprechen. Sie sind der übergeordneten Organisation bekanntzugeben. Findet dieser derartige Widersprüche, so entscheidet die nächst übergeordnete Organisation, beziehungsweise der Parteitag.

Frauenkomitees.

§ 12. Für die Parteitätigkeit auf dem Gebiet der Frauenbewegung sind durch Beschluß der Lokal-, Bezirks-, Kreis- und Landeskonferenzen Frauenlokal-, Bezirks-, Kreis- und Landeskomitees einzusetzen, die in stetem Einvernehmen mit den zuständigen Parteiorganisationen zu wirken haben.

Parteibeitrag.

§ 13. Zur Deckung der Ausgaben der Parteiorganisation wird für alle Parteikörperschaften gemeinsam ein Parteibeitrag eingehoben, dessen Mindestausmaß vom Parteitag festzusetzen ist*).

§ 14. Die Festsetzung der Höhe des Parteibeitrages und dessen Aufteilung erfolgt durch Beschlüsse des Parteitages sowie der Landes-, eventuell Kreis- und der Bezirkskonferenz.

§ 15. Die Leistung der Parteibeiträge ist auf der Mitgliedskarte (§ 3) mittels einheitlicher Marke zu bestätigen. Die Mitgliedskarten und Marken werden, und zwar letztere für weibliche Mitglieder in anderer Farbe als für männliche, von der Parteivertretung an die Landesorganisationen und von diesen an die ihnen unterstehenden Organisationen abgegeben.

§ 16. Die Einhebung des Parteibeitrages geschieht in der Weise, daß die Quittungsmarke vom Parteivorstand gegen Erlag des für ihn bestimmten Anteils am Parteibeitrag (§ 14) an die Landesorganisation abgegeben wird. Von dieser gelangt sie ebenso stufenweise an die nachgeordneten Organisationen gegen Erlag des um den jeweiligen Beitragsanteil dieser Organisationen erhöhten Betrages.

Die weiblichen Parteimitglieder erhalten die „Arbeiterinnen-Zeitung" obligatorisch auf Kosten der Lokalorganisation.

*) Der monatliche Mindestbeitrag hat für männliche und weibliche Parteimitglieder 80 H. und der Wahlfondsbeitrag, der gleichzeitig einzuheben ist, 20 H. zu betragen. Vom Parteibeitrag entfallen 12 H. und vom Wahlfondsbeitrag 8 H. auf die Parteivertretung. (Beschluß des Parteitages Wien 1919.)

Wahlfonds.

§ 17. Für den getrennt zu verwaltenden Wahlfonds sind obligatorisch Beiträge in der vom Parteitag zu bestimmenden Höhe einzuheben. Der Parteitag setzt den hievon für den Zentralwahlfonds bestimmten Anteil fest. Ueber die Aufteilung des Restes entscheidet die Landeskonferenz.

Die Einhebung der Wahlfondsbeiträge erfolgt gleichzeitig mit dem Parteibeitrag und wird mit der Parteimarke bestätigt.

Vertrauenspersonen.

§ 18. Die Mitglieder der Lokalorganisation wählen alljährlich in einer Parteimitgliederversammlung den Lokalvertrauensmann, den Lokalausschuß und das Frauenlokalkomitee. Die Delegierten zu den Bezirks-, Kreis- und Landeskonferenzen wählen den Bezirks- und Kreisausschuß und die Landesparteivertretung sowie die Frauenkomitees. Die Anzahl der Mitglieder des Lokal-, des Bezirks- und des Kreisausschusses wie auch der Landesparteivertretung wird durch das Statut der betreffenden Organisation bestimmt.

Die weiblichen Parteimitglieder müssen in den Ausschüssen aller Parteikörperschaften entsprechend vertreten sein.

Die Namen und Adressen der Bezirks-, Kreis- und Landesvertrauensmänner sowie die Adressen aller Parteisekretariate sind dem Parteivorstand mitzuteilen. Namen und Adressen der Leiterinnen der Bezirks-, Kreis- und Landesfrauenkomitees sowie die Adressen aller Frauensekretariate sind dem Frauenzentralkomitee (§ 41) bekanntzugeben.

Berichte.

§ 19. Das Verwaltungsjahr beginnt für alle Organisationen am 1. Juli und endet mit 30. Juni.

Die Bezirksorganisation ist verpflichtet, jährlich bis längstens 20. Juli auf Grund eines Fragebogens an den Parteivorstand über ihre Tätigkeit Bericht zu erstatten. Der Bericht soll mindestens enthalten: die Zahl der männlichen und weiblichen Parteimitglieder, die Zahl der Lokalorganisationen, den Bericht über den Ausbau der Organisation, über Art und Umfang der entfalteten Agitation, die Höhe des Mitgliedsbeitrages, die Summe der gesamten Einnahmen und Ausgaben, über etwaige Wahlen, politische Verfolgungen und alle sonstigen für die Parteibewegung wichtigen Vorkommnisse.

Ebenso haben alljährlich die Kreisorganisationen und die Landesparteivertretungen bis längstens 20. Juli sowie der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten zur Nationalversammlung über ihre Tätigkeit an den Parteivorstand zu berichten.

Die Frauenbezirks-, Kreis- und Landeskomitees haben alljährlich bis 20. Juli dem Frauenzentralkomitee über ihre Tätigkeit zu berichten.

Bildungswesen.

§ 20. Die Parteiorganisationen sind verpflichtet, für eine systematische sozialistische Erziehungsarbeit Sorge zu tragen. Wo es möglich ist, sollen zur Durchführung dieser Arbeiten im Einvernehmen mit den anderen Organisationen eigene Bildungsausschüsse eingesetzt werden.

Zur Leitung der Bildungsarbeit wird die von der Parteivertretung eingesetzte Zentralstelle für das Bildungswesen in Wien bestimmt, der alljährlich von allen Bezirksorganisationen ein Bericht über ihre Bildungstätigkeit zu erstatten ist.

Die Parteiorganisationen sind insbesondere auch verpflichtet, nach Kräften dafür zu sorgen, daß die schulentlassene Jugend der Arbeiterklasse im Geiste des Sozialismus erzogen und mit Klassenbewußtsein erfüllt werde. Ueberall soll zu diesem Zweck die Gründung eigener Jugendorganisationen gefördert werden.

Desgleichen sollen sich die Parteiorganisationen die Einwirkung auf die Erziehung der Arbeiterkinder angelegen sein lassen und alle Bestrebungen auf diesem Gebiet nach Möglichkeit unterstützen.

Parteitag.

§ 21. Der Parteitag ist die oberste Vertretung der Partei. Er wird vom Parteivorstand alljährlich einberufen.

Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

1. Die Delegierten der Bezirksorganisationen. Und zwar haben Bezirksorganisationen, die am 30. Juni des letzten Berichtsjahres bis zu 3000 Parteimitglieder zählen, das Recht auf drei Delegierte. Bezirksorganisationen mit mehr als 3000 Mitgliedern haben das Recht, für je weitere 2000 Mitglieder einen Delegierten zu entsenden. Bruchteile von mehr als 1000 werden als voll gerechnet.

Bei der Delegation ist auf die entsprechende Vertretung der weiblichen Parteimitglieder Rücksicht zu nehmen.

Die Wahl der Delegierten erfolgt in der Bezirkskonferenz. Ihr haben Erörterungen der Tagesordnung des Parteitages in Parteimitgliederversammlungen voranzugehen.

2. Die Delegierten der Kreisorganisationen.

Diese haben das Recht auf je zwei Delegierte. Das Wahlverfahren wird durch Statuten der betreffenden Organisationen geregelt.

3. Die Delegierten der Landesorganisationen.

Jede Landesorganisation hat das Recht auf zwei Delegierte, deren Wahl durch die Landesparteivertretung erfolgt.

4. Die Mitglieder und Ersatzmitglieder der Parteivertretung und die Parteisekretäre (§ 38).

5. Fünf Delegierte des Verbandes der sozialdemokratischen Abgeordneten.

6. Zwei Delegierte des Frauenzentralkomitees (§ 41) und je eine Delegierte der Frauenlandeskomitees.

7. Zwei Delegierte der Jugendorganisation.

8. Je ein Delegierter der von einem Parteitag eingesetzten Körperschaften.

9. Je ein Delegierter der Redaktionen der anerkannten (§ 44) Parteiblätter.

10. Drei Delegierte der Gewerkschaftskommission.

11. Je ein Delegierter der der Gewerkschaftskommission angeschlossenen Zentralverbände und ihrer Fachblätter.

12. Zwei Delegierte des Zentralverbandes deutschösterreichischer Konsumvereine.

13. Zwei Delegierte des Reichsvollzugsausschusses der Arbeiterräte.

14. Die vom Parteivorstand berufenen Referenten.

Zugelassen sind nur solche Delegierte der in den Punkten 10 bis 13 genannten Organisationen, die Parteimitglieder sind.

Die Vertreter der in den Punkten 9 und 11 genannten Blätter sowie die im Punkt 14 Genannten haben bloß beratende Stimme.

§ 22. Die Mitglieder der Parteivertretung haben in allen die geschäftliche Leitung der Partei, die Delegierten des Verbandes der sozialdemokratischen Abgeordneten in allen die parlamentarische Tätigkeit betreffenden Angelegenheiten nur beratende Stimme.

§ 23. Außerordentliche Parteitage finden auf Beschluß der Parteivertretung oder auf Verlangen von mindestens zwanzig der zur Delegation berechtigten Parteiorganisationen (§ 21, Punkt 1, 2, 3) statt.

§ 24. Hat der vorhergegangene Parteitag über den Ort, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll, keinen Beschluß gefaßt oder kann der Parteitag aus gewichtigen Gründen in dem bestimmten Ort nicht tagen, so hat die Parteivertretung die Bestimmung des Ortes vorzunehmen.

§ 25. Die Einberufung des ordentlichen Parteitages muß mindestens zwei Monate vorher durch das Zentralorgan und am gleichen Tage durch die übrigen Tagesblätter der Partei mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

§ 26. Der Parteibericht muß von der Parteivertretung spätestens vier Wochen vor dem Stattfinden des Parteitages veröffentlicht werden.

§ 27. Selbständige Anträge der Parteimitglieder zum Parteitag sind mindestens zwei Wochen vor dem Parteitag dem Parteivorstand schriftlich zu übermitteln. Dieser hat sie sowie seine eigenen Anträge spätestens eine Woche vor dem Stattfinden des Parteitages im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen und dem Parteitag Bericht und Antrag zu erstatten. Selbständige Anträge, die nach Ablauf obiger Frist oder erst auf dem Parteitag selbst gestellt werden, können nur zur Verhandlung gelangen, wenn der Parteitag dies über Verlangen der Antragsteller beschließt. Im anderen Falle sind sie dem Parteivorstand zur Berichterstattung und Antragstellung für den nächsten Parteitag zuzuweisen.

§ 28. Der Parteitag prüft die Mandate seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung. Als ständiger Referent des Parteitages gilt, insoweit nicht für einzelne Verhandlungsgegenstände besondere Berichterstatter bestellt sind, der erste, beziehungsweise einer der anderen Parteisekretäre.

§ 29. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Die Beschlußfassung über folgende, vom Parteivorstand zu erstattende Berichte: Kassen- und Wahlfondsbericht; Bericht über das Zentralorgan und alle anderen von der Parteivertretung gegründeten literarischen Unternehmungen sowie über deren Geschäftslage; Bericht über die wirtschaftlichen Unternehmungen der Partei; Bericht über die politische sowie über die organisatorische und agitatorische Tätigkeit des Parteivorstandes und über die Tätigkeit des Verbandes der Abgeordneten.

2. Entgegennahme des Berichtes der Kontrolle und Beschlußfassung darüber.

3. Bestimmung des Ortes, an dem der Parteivorstand seinen Sitz hat.

4. Die Wahl des Parteivorstandes und der Parteikontrolle.

5. Beschlußfassungen über die Parteiorganisation, deren Statut, über die Partei- und Wahlfondsbeiträge und über alle das Parteileben berührenden Fragen; Aenderungen des Organisationsstatuts sowie der Bestimmungen über den Partei- und Wahlfondsbeitrag (§§ 13 bis 17) können jedoch nur auf einen von der Parteivertretung gestellten oder von einer Organisation bei ihr mindestens sechs Wochen vor dem Parteitag eingebrachten Antrag vorgenommen werden. In jedem Falle sind solche Anträge mindestens vier Wochen vor dem Parteitag im Zentralorgan bekanntzugeben.

Von diesen Vorschriften kann nur durch einen Beschluß, der mit Dreiviertelmehrheit der auf dem Parteitag anwesenden Delegierten gefaßt wird, abgegangen werden.

6. Die Anhörung der Berichte über die im Sinne des § 27 gestellten Anträge und Beschlußfassung darüber.

7. Die Bestimmung des Ortes für den nächsten Parteitag.

Der Parteitag faßt seine Beschlüsse mit der absoluten Mehrheit der stimmberechtigten Anwesenden. Die Wahlen des Parteivorstandes und der Kontrolle sind mit Stimmzetteln vorzunehmen. Als gewählt erscheinen diejenigen, deren Stimmenzahl die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmzettel erreicht hat. Haben mehr Personen, als zu wählen wären, die absolute Mehrheit erreicht, so gelten diejenigen als gewählt, die die meisten Stimmen erhalten haben. Insofern die absolute Mehrheit nicht erreicht wird, entscheidet die engere Wahl, wobei diejenigen als gewählt erscheinen, die die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet immer das Los.

Frauenkonferenz.

§ 30. Mindestens alle zwei Jahre, in der Regel vor jedem Parteitag, findet eine Frauenkonferenz statt, welche vom Frauenzentralkomitee (§ 41) einzuberufen ist.

Die Frauenkonferenz berät die Richtlinien für die Parteitätigkeit auf dem Gebiet der Frauenbewegung, welche dem Parteitag zur Beschlußfassung vorzulegen sind. Sie wählt das Frauenzentralkomitee.

Zur Teilnahme sind berechtigt:

1. Die Delegierten der Bezirksorganisationen, die weibliche Parteimitglieder besitzen.

Jede Bezirksorganisation, welche höchstens 1000 weibliche Parteimitglieder zählt, hat das Recht auf eine, Bezirksorganisationen mit mehr als 1000 weiblichen Parteimitgliedern das Recht auf zwei Delegierte.

2. Die Delegierten der Frauenkreiskomitees und der Frauenlandeskomitees. Sie haben das Recht auf je zwei Delegierte.

3. Die Mitglieder des Frauenzentralkomitees und dessen Sekretärin.

4. Die Mitglieder aller Körperschaften, welche im § 21, Punkt 3, 4, 5, 7 bis einschließlich 13, aufgezählt sind, in dem dort bestimmten Ausmaß.

Parteivertretung, Vorstand und Kontrolle.

§ 31. Der Parteitag wählt die aus zweiundzwanzig Personen bestehende Parteivertretung. Zwölf vom Parteitag zu bestimmende Mitglieder

der Parteivertretung bilden den Parteivorstand, der die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Die anderen zehn Mitglieder bilden die Parteikontrolle.

In dem Orte, in dem der Parteivorstand seinen Sitz hat, müssen seine Mitglieder und drei Mitglieder der Kontrolle wohnhaft sein. Diese durch ihren Wohnort bestimmten drei Mitglieder der Kontrolle und die zwölf Mitglieder des Parteivorstandes einerseits, die anderen sieben Mitglieder der Kontrolle anderseits werden mit getrennten Listen gewählt.

Der Parteitag wählt außerdem acht Ersatzmitglieder für die Parteivertretung. Diese sind berechtigt, mit beratender Stimme an allen Sitzungen des Parteivorstandes und der Parteivertretung teilzunehmen. Parteivertretungsmitglieder, welche Mitglieder der Staatsregierung werden, verlieren ihr Stimmrecht und die von ihnen innerhalb des Parteivorstandes oder der Parteikontrolle bekleidete Funktion, behalten aber beratende Stimme. An ihrer Stelle erhalten Ersatzmitglieder in der Reihenfolge ihrer auf dem Parteitag erfolgten Wahl das Stimmrecht.

a) Der Parteivorstand.

§ 32. Unmittelbar nach seiner Wahl tritt der Parteivorstand zusammen und wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden, drei Stellvertreter und den Kassier.

§ 33. Der Parteivorstand besorgt die Parteigeschäfte und verwaltet die Parteigelder. Er kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane, ernennt selbst oder durch die von ihm hiezu bestellten Organe seine Angestellten und die Angestellten der ihm unterstehenden Unternehmungen, bestimmt deren Bezüge und sonstigen Rechtsverhältnisse und kontrolliert ihre Tätigkeit. Er ist in seiner Gesamtheit dem Parteitag verantwortlich und hat ihm auch über die Durchführung der von vorhergegangenen Parteitagen beschlossenen oder ihm zugewiesenen Anträge zu berichten.

§ 34. Der Vorsitzende des Parteivorstandes, beziehungsweise der von ihm bestimmte Stellvertreter vertritt die Partei nach außen und leitet alle Geschäfte des Parteivorstandes und des Sekretariats. Wichtige, insbesondere verbindliche Schriftstücke sind von ihm und einem der Sekretäre zu unterzeichnen.

b) Parteikontrolle.

§ 35. Die Kontrolle wählt sofort nach ihrer Wahl aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden, den Vorsitzendenstellvertreter und einen Schriftführer. Sie besorgt die Kontrolle der gesamten Verwaltung, die dem Parteivorstand gemäß § 33 obliegt. Sie entscheidet über Beschwerden, die von Parteimitgliedern oder Organisationen gegen den Parteivorstand erhoben werden. Gegen die Entscheidung der Parteikontrolle in derartigen Beschwerdeangelegenheiten steht die Berufung an den Parteitag offen, der auch über Beschwerden gegen die Parteikontrolle entscheidet.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden. Die Mitglieder der Kontrolle haben aber jederzeit das Recht, alle Bücher und Schriftstücke zu prüfen. Sie sind berechtigt, an allen Sitzungen des Parteivorstandes teilzunehmen und haben in allen Angelegenheiten, die nicht ihrer Kontrolle unterliegen und in denen sie nicht Beschwerdeinstanz sind, das Stimmrecht.

c) Die Parteivertretung.

§ 36. Die Parteivertretung ist zur Entscheidung aller Fragen von großer politischer oder finanzieller Tragweite vom Vorsitzenden des Parteivorstandes nach Bedarf, mindestens aber vierteljährlich einmal, oder wenn fünf Mitglieder es verlangen, einzuberufen. Die Leitung dieser Sitzungen obliegt dem Vorsitzenden, beziehungsweise Vorsitzendenstellvertreter des Parteivorstandes.

§ 37. Die Parteivertretung trifft die näheren Bestimmungen über ihre Geschäftsführung sowie über die des Parteivorstandes, der Parteikontrolle und der Funktionäre durch eine für ihre Funktionsperiode zu beschließende Geschäftsordnung.

§ 38. Die Parteivertretung bestimmt die Parteisekretäre, den Chefredakteur und den Administrator des Zentralorgans, welche an den Sitzungen des Parteivorstandes und der Parteivertretung mit beratender Stimme teilzunehmen haben.

§ 39. Ueber Beschluß der Parteivertretung können die Vertreter von Reichsorganisationen, von durch Parteitagsbeschluß eingesetzten Körperschaften sowie des parlamentarischen Sekretariats an ihren Sitzungen und denen des Parteivorstandes teilnehmen.

§ 40. Das Ergebnis aller Wahlen sowie die Adresse des Vorsitzenden der Parteikontrolle sind im Zentralorgan der Partei mitzuteilen.

Die Funktionsdauer der Parteivertretung, der Kontrolle und aller Funktionäre beträgt in der Regel ein Jahr, endet aber erst nach erfolgter Konstituierung, beziehungsweise Wahl der Nachfolger.

Frauenzentralkomitee.

§ 41. Die Frauenkonferenz (§ 30) wählt das aus 14 Mitgliedern bestehende Frauenzentralkomitee. 8 Mitglieder davon müssen ihren Wohnsitz an dem Orte haben, an welchem der Parteivorstand und das Frauenzentralkomitee ihren Sitz haben.

Die Wahl ist gemäß der Bestimmung des § 29, letzter Absatz, vorzunehmen und dem Parteitag zur Bestätigung vorzulegen.

Das Frauenzentralkomitee ist mit der Leitung der Parteitätigkeit auf dem Gebiet der Frauenbewegung betraut und hat im steten Einvernehmen mit dem Parteivorstand zu wirken. Das Sekretariat des Frauenzentralkomitees ist dem Sekretariat des Parteivorstandes (§ 34) angegliedert.

Parteikonferenz.

§ 42. Die Parteivertretung hat das Recht, in dringenden Fällen Parteikonferenzen einzuberufen.

Zur Teilnahme an diesen Konferenzen sind alle diejenigen berechtigt, die an den Sitzungen der Parteivertretung des Frauenzentralkomitees und nach den Statuten der Landesorganisationen, an denen der Landesparteivertretungen teilnehmen.

Ferner haben die Bezirks- und Kreisausschüsse das Recht auf je einen Delegierten.

Steht bloß die Beschlußfassung auf Grund des § 45 auf der Tagesordnung, so ist die Teilnahme auf die im zweiten Absatz Genannten zu beschränken.

Parteipresse.

§ 43. Das Zentralorgan der Partei ist die „Arbeiter-Zeitung".

Sie untersteht dem Parteivorstand. Das gleiche gilt von der „Arbeiterinnen-Zeitung", von dem wissenschaftlichen Organ der Partei und von allen durch die Parteivertretung gegründeten und von ihr erhaltenen Zeitschriften und literarischen Unternehmungen. Allfällige Ueberschüsse fließen dem Parteifonds zu.

Die offiziellen Bekanntmachungen der Parteivertretung, des Parteivorstandes und der Parteikontrolle sind in der „Arbeiter-Zeitung" zu veröffentlichen.

Alle Parteiorgane sind zu ihrem Nachdruck verpflichtet.

§ 44. Aufgabe der Parteipresse ist: die Arbeiter aufzuklären und zum Klassenbewußtsein zu erziehen. Sie hat fremde, nicht parteigenössische Einflüsse fernzuhalten.

Parteiblätter, die für das ganze Staatsgebiet bestimmt sind, dürfen nur mit Zustimmung des Parteivorstandes gegründet werden. Andere Parteiblätter dürfen nur mit Zustimmung der zuständigen Kreis- und Landesorganisationen gegründet werden.

Zur Anerkennung als Parteiblatt bedarf es des Beschlusses eines Parteitages.

Kandidaturen.

§ 45. Die Aufstellung der Kandidaten erfolgt bei allgemeinen Nationalversammlungswahlen durch die Parteikonferenz (§ 42, zweiter und vierter Absatz), und zwar auf Grund von Vorschlägen, die unter Zuziehung der Landesparteivertretung vom Parteivorstand im Einvernehmen mit der Kreiskonferenz festgestellt werden. Wo eine Kreisorganisation nicht besteht, ist die Feststellung im Einvernehmen mit den zuständigen Bezirksorganisationen vorzunehmen. Erfolgt ein solches Einvernehmen nicht, so erstattet jede der beteiligten Körperschaften ihren begründeten Vorschlag in der Parteikonferenz und diese trifft die endgültige Entscheidung.

§ 46. Die Vorschriften betreffend die Aufstellung der Kandidaten für die anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften sind in den Statuten der zuständigen Organisationen festzusetzen.

Ausschließung aus der Partei.

§ 47. Parteimitglieder, die den Bestimmungen des § 2 dieses Statuts nicht entsprechen, sind aus der Partei auszuschließen.

§ 48. Der Antrag auf Ausschließung eines Parteimitgliedes aus der Partei ist beim Parteivorstand einzubringen. Er kann nur von einer Parteiorganisation, nicht aber von einzelnen Parteiangehörigen gestellt werden. Der Parteivorstand weist ihn einem siebengliedrigen Schiedsgericht

zu. Drei der Beisitzer dieses Schiedsgerichtes werden von der Organisation ernannt, die den Ausschluß beantragt, drei von dem durch den Ausschlußantrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bestimmt der Parteivorstand; er hat im Schiedsgericht bei Stimmengleichheit entscheidende Stimme.

§ 49. Das Schiedsgericht kann erkennen auf Ausschließung aus der Partei überhaupt; Ausschließung aus der Organisation, die den Antrag gestellt hatte; Erteilung einer Rüge oder einer Verwarnung; Aberkennung des Rechtes, bestimmte Funktionen auszuüben, für eine bestimmte Zeit oder für immer.

Gegen diese Entscheidung des Schiedsgerichtes steht dem Betroffenen die Berufung an den Parteitag zu.

§ 50. Unterläßt es das Parteimitglied, dessen Ausschluß verlangt worden ist, innerhalb vier Wochen vom Tage der Verständigung durch den Parteivorstand an Schiedsrichter zu ernennen oder verzichtet es ausdrücklich auf die Einsetzung eines Schiedsgerichtes oder erhebt es die Berufung gegen die Ausschließungsentscheidung des Schiedsgerichtes nicht innerhalb fünf Wochen, so gilt es ohneweiters als ausgeschlossen.

§ 51. Der Antrag auf Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen kann nur von einem Parteimitglied gestellt werden und ist an den Ausschuß jener Organisation zu richten, von der seinerzeit das Ausschlußverfahren anhängig gemacht worden war. Auf Grund des Gutachtens dieser Organisation sowie derjenigen des letzten Wohnortes des Ausgeschlossenen stellt der Parteivorstand dem Parteitag einen Antrag zur endgültigen Entscheidung.

Die Aufhebung eines Beschlusses auf Ausschließung aus der Organisation oder auf Funktionsentziehung kann nur durch den Parteivorstand und nach Anhörung derjenigen Organisation geschehen, von der seinerzeit der Antrag gestellt, respektive der Beschluß gefaßt wurde.

Ausschließung aus einer Organisation.

§ 52. Beschließt eine Parteiorganisation die Ausschließung eines Mitgliedes aus ihrem Verband, so ist der Betreffende dadurch nicht aus der Partei ausgeschlossen. Es steht ihm überdies die Berufung an die übergeordnete Organisation zu, die den Fall einem endgültig entscheidenden Schiedsgericht zu überweisen hat.

Streichung aus den Mitgliedslisten.

§ 53. Mitglieder, die länger als drei Monate mit den Beiträgen im Rückstand sind, können von ihrer Lokalorganisation aus der Mitgliedsliste gestrichen werden. In Fällen von Arbeitslosigkeit oder Krankheit können die Beiträge im Einvernehmen mit der Bezirksorganisation bis auf sechs Monate gestundet werden.

§ 54. Tritt ein Mitglied, das sich nicht mehr zu den Grundsätzen des Parteiprogramms (§ 1) bekennt, nicht aus eigener Initiative aus der Partei aus, so kann der Parteitag auf Antrag des Parteivorstandes die Organisation seines Wohnortes mit der Streichung seines Namens aus den Mitgliedslisten beauftragen.

Das Schiedsgericht.

§ 55. Zur Schlichtung von Streitigkeiten unter Parteimitgliedern oder Parteiorganisationen sowie zur Entscheidung über ehrenrührige Vorwürfe gegen ein Parteimitglied kann jede Bezirksorganisation auf Verlangen ein Schiedsgericht, beziehungsweise ein Ehrengericht einsetzen, das aus mindestens vier Mitgliedern und einem Vorsitzenden besteht. Die näheren Bestimmungen trifft das Organisationsstatut der Bezirksorganisation.

In besonderen Fällen kann auch der Parteivorstand und ebenso die Landes- oder Kreisparteivertretung die Einsetzung eines solchen Schieds- oder Ehrengerichtes veranlassen.

Gegen die Entscheidungen eines nach den Bestimmungen des § 55 eingesetzten Schieds- oder Ehrengerichtes ist eine Berufung nicht statthaft.

Bericht

der Parteivertretung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs an den Parteitag in Wien 1919*).

Im letzten Kriegsjahre hat die Partei vor allem ihren Kampf um den Frieden und für die Erleichterung des Loses der durch den Krieg schwer getroffenen Arbeiterklasse fortgeführt. Hatten die Machthaber des alten Oesterreich in den ersten Kriegsjahren noch geglaubt, jeden Widerspruch gewaltsam unterdrücken zu können, so erkannten sie nun endlich, daß man gegen die wachsende Erbitterung der Massen mit bloßer Gewaltanwendung nichts auszurichten vermag. Die Tatsache, daß es nun wieder ein Abgeordnetenhaus gab — allerdings wurde auch das von der Parlamentstribüne gesprochene Wort in der Presse unterdrückt — eröffnete in der Zeit allgemeiner Unfreiheit größere Möglichkeiten. In ihrer Not wandten sich die Herrschenden des alten Oesterreich auch an unsere Partei um Rat. Wiederholt wurden Delegierte des Klubs unserer Abgeordneten zum Kaiser gerufen, um ihre Ansichten über die Lage zu äußern. Auch der Eintritt ins Ministerium wurde unserer Partei bereits im Juli 1917 angeboten. Der Parteitag im Oktober 1917 hat bereits sein ausdrückliches Einverständnis damit erklärt, daß der Parteivorstand dieses Angebot ablehnte. Der kriegführenden Regierung des alten Klassenstaates konnten wir nicht anders als in schärfster Opposition gegenüberstehen.

Ueber die Kämpfe, die auf dem Boden des Parlaments, insbesondere für den Frieden und gegen die absolutistische Willkür, geführt worden sind, gibt der Tätigkeitsbericht unserer Abgeordneten einen Ueberblick. (10. Heft der Gesamtausgabe, umfassend die Zeit von Oktober 1917 bis Oktober 1918.)

Immer deutlicher trat im letzten Kriegsjahr zutage, daß das alte Oesterreich in allen Fugen krachte. Was der Aufruf der Parteivertretung am 28. Juli 1914 vorausgesagt hatte, kam nach und nach allen zum Bewußtsein: „Der Krieg wird ein neues Oesterreich schaffen." Mit diesem Problem befaßte sich auch eine

Konferenz unserer sudetenländischen Organisationen,

die am 16. September 1917 in Brünn abgehalten wurde. Sie beschloß folgende Resolution:

*) Da dem Parteitag, der in Wien am 31. Oktober, am 1. und 2. November 1918 stattgefunden hat, ein Bericht der Parteivertretung nicht vorgelegt werden konnte, sei hier die Parteigeschichte vom Juli 1917 an kurz dargestellt.

„1. Die deutsche Arbeiterschaft der Sudetenländer verfolgt mit wachsender Beunruhigung die fortschreitende nationalistische Verhetzung, die den Kriegswillen der feindlichen Mächte vermehrt und im vollsten Widerspruch steht zu der tiefen Sehnsucht des arbeitenden Volkes in Stadt und Land nach dem äußeren wie nach dem inneren Frieden. Sie beklagt die Saumseligkeit und Unfähigkeit der Regierung, welche die Verfassungs- und Verwaltungsreform hinausschiebt und dadurch die wachsende Verwirrung verschuldet.

2. Die deutschen Arbeiter Böhmens, Mährens und Schlesiens stehen auf dem Boden des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen und fordern zu dessen Verwirklichung die Umgestaltung Oesterreichs in einen Nationalitätenbundesstaat, wie ihn das Brünner Programm vom Jahre 1899 fordert. Als Grundlage zum Neuaufbau der Verfassung Oesterreichs fordern wir: die Reform der Lokalverwaltung, die Schaffung von Kreisregierungen als Organe einer wahren Selbstverwaltung, die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Verhältniswahlrechtes ohne Unterschied des Geschlechts zu den Gemeinde- und Kreisvertretungen, und zwar im ganzen Staatsgebiet auf Grund der nationalen Abgrenzung der Siedelungsgebiete und auf Grund des Schutzes der nationalen Minderheitsrechte im gemischten Gebiet. Die deutschen Arbeiter sind bereit, das, was sie für sich selbst und ihr Volk fordern, auch jedem anderen Volke zuzusichern.

3. Die deutschen Arbeiter der Sudetenländer erkennen in einer demokratischen Kreisverwaltung, in national abgegrenzten Kreisen das einzige Mittel, die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Wiedergeburt des Volkes nach der Katastrophe dieses Krieges zu ermöglichen und den Bürokratismus sowohl als auch die kontrollose Wirtschaft der sogenannten autonomen Verwaltungen zu überwinden, und zugleich die einzig gebotene Unterlage für jede verfassungsrechtliche Auseinandersetzung der Nationen Oesterreichs. Die demokratische Kreisverwaltung muß und wird zur Grundlage der nationalen Autonomie werden.

4. Die deutsche Arbeiterklasse in den Sudetenländern erkennt das volle Recht der tschechischen Nation auf nationale Selbstbestimmung ebenso, wie sie es für das eigene Volk fordert und jeder anderen Nation zugesteht, an, somit auch die Zusammenfassung der tschechischen Kreise zu einem dem Bundesstaat eingegliederten staatlichen Ganzen. Dagegen verwirft sie entschiedenst die Forderung der tschechischen Nationalisten, die Sudetenländer mit Einschluß der deutschen Wohngebiete zu einem tschechoslowakischen Nationalstaat zu gestalten. Der Gedanke der Unterwerfung des deutschen Volkes in diesem Gebiet unter eine nationale Fremdherrschaft und seine Loslösung von den anderen Deutschösterreichern ist eine Utopie und kann nur den Machtkampf der Nationen verlängern und die Lösung der nationalen Frage verzögern.

Jeder Versuch einer solchen Regelung würde einen so heftigen Widerstand aller Deutschen in den Sudetenländern hervorrufen, daß auf lange Zeit an ein friedliches Zusammenleben nicht zu denken wäre. Schon darum müssen wir, ohne daß wir von nationaler Abneigung gegen das tschechische Volk geleitet werden, unsere warnende Stimme gegen solche Versuche erheben, die überdies erfolglos bleiben müssen.

Mit gleicher Entschiedenheit lehnt die deutsche Arbeiterschaft jede Regelung der ostschlesischen Frage ab, die eine Vergewaltigung eines der dort wohnenden Volksstämme zur Folge haben würde.

5. Zugleich aber klagen wir die deutschbürgerlichen Parteien an, daß sie an der geschilderten Bewegung mitschuldig sind, weil sie den Notwendigkeiten der Zeit, der endlichen Demokratisierung unserer Verwaltung, der Begründung einer wahren Lokalverwaltung und der Verwirklichung der nationalen Autonomie im ganzen Reiche, im Interesse kleinlicher Vorrechte einzelner besitzender Gruppen beharrlichen Widerstand entgegensetzen, anstatt sich zu einem einheitlichen Verfassungsprogramm aufzuraffen und sämtliche Völker Oesterreichs durch die Vernunft, Gerechtigkeit, Zweckmäßigkeit ihres Verfassungsprogramms für die Ziele gemeinsamer Freiheit und Wohlfahrt zu gewinnen.

Sie selbst haben den Gedanken einer Kreisverwaltung dadurch diskreditiert, daß sie das, was für das ganze Reich und das ganze Volk Notwendigkeit und Vernunft ist, als eine Ausnahmsverfügung und Strafmaßregel gegen eine andere Nation behandelt haben, weil sie das, was sie in dem einen Lande als gerecht für sich fordern, nicht zugleich in einem anderen Lande dem anderen als billig zugestehen wollen und weil sie endlich in der Ordnung der Zentralverwaltung die verhältnismäßige Anteilnahme an der Gewalt, die sie im Lande fordern, nicht grundsätzlich auch allen anderen Nationen einräumen.

Die deutschen Arbeiter Böhmens, Mährens und Schlesiens finden, daß keine andere Politik der deutschen Nation würdig und ihr auf die Dauer dienlich ist als die Politik des gleichen Rechtes, der Demokratie, des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen und der verhältnismäßigen Teilnahme aller Völker des Reiches an den gemeinsamen Rechten und Pflichten."

Der Parteitag, der im Oktober 1917 tagte, bekräftigte das alte Programm der Umwandlung Oesterreichs in einem Nationalitätenbundesstaat. (Siehe Resolution Renner auf Seite 84 ff. des Protokolls.)

Die russische Novemberrevolution, welche die Bolschewiki zur Herrschaft brachte, erneuerte, nachdem sich die auf Stockholm gesetzten Erwartungen nicht erfüllt hatten, die Hoffnung auf einen baldigen Frieden. Unverzüglich griffen wir ein. Bereits am 11. November 1917 fand in Wien auf dem Eislaufplatz eine mächtige

Friedenskundgebung

statt, die erste Demonstration nach langer Zeit. Folgende Entschließung gelangte dort zur Annahme:

„Die Arbeiterschaft Wiens, versammelt, um ihrer heißen Sehnsucht nach der Beendigung des Krieges Ausdruck zu verleihen, erklärt:

Die weltpolitischen Ereignisse der letzten Wochen haben alle Schranken, die der Herstellung des Friedens entgegengestanden sind, niedergerissen. Allgemein ist die Erkenntnis, daß militärische Mittel den Krieg nicht entscheiden können und sollen. Es ist Pflicht der Regierungen, klare und unzweideutige Kriegsziele aufzustellen und dadurch die Grundlage für die Herstellung eines dauernden Friedens zu schaffen.

In der Stunde, in der die Arbeiter und Soldaten Petersburgs der verräterischen Bourgeoisie die Macht entrissen, die Regierung angetreten und der Welt neuerlich das Friedensangebot des russischen Volkes ohne Eroberungen und Entschädigungen gemacht haben, sendet die Arbeiterschaft Wiens der Arbeiterschaft Petersburgs ihren brüderlichen Gruß.

Wir begrüßen den Sieg der Petersburger Arbeiter als den Beginn einer neuen Epoche im Befreiungskampf des internationalen Proletariats. Der Sieg des proletarischen Friedenswillens in Petersburg gibt uns die Hoffnung, daß es den vereinigten Bemühungen der Arbeiter aller Länder endlich gelingen wird, dem völkermordenden Krieg Einhalt zu gebieten. Wir geloben, in unserem Lande unermüdlich und unerschrocken weiter zu kämpfen für die Beendigung des Krieges durch einen baldigen demokratischen, den Lebensnotwendigkeiten aller Völker genügenden Frieden.

Wir sind überzeugt, daß das Ende des Krieges herbeigeführt werden kann, wenn das Deutsche Reich und Oesterreich-Ungarn die Hand ergreifen, die die russische Demokratie ihnen entgegenstreckt. Wir lehnen daher jeden wie immer gearteten Plan der Regierungen, der den Friedensschluß verhindern oder verzögern könnte, entschieden, unbedingt und für immer ab. Wir fordern die österreichische Regierung auf, im Einvernehmen mit den verbündeten Regierungen die feindlichen Staaten sofort zur Eröffnung von Friedensverhandlungen einzuladen und in dieser Einladung ausdrücklich und unzweideutig zu sagen:

1. daß die Mittelmächte keinen Ländererwerb anstreben und keine Kriegsentschädigung fordern;

2. daß die Mittelmächte Belgien, Serbien, Rumänien, Polen, Litauen und Kurland weder annektieren, noch sich politisch angliedern, noch in einem Zustand wirtschaftlicher oder militärischer Abhängigkeit erhalten wollen;

3. daß die Mittelmächte dem Friedenskongreß konkrete Vorschläge über den Ausbau des Völkerrechtes, über die internationale Abrüstung und über die Entscheidung aller Streitigkeiten zwischen den Völkern durch obligatorische Schiedsgerichte vorlegen;

4. daß die Regierungen der Mittelmächte, die heute in Rußland tatsächlich bestehende organisierte öffentliche Gewalt anerkennen und ihr sowie allen kriegführenden Mächten zum Zwecke der Einleitung von Friedensverhandlungen einen Waffenstillstand vorschlagen.

Die Versammlung ist sich bewußt, daß sie mit diesen Forderungen dem leidenschaftlichen Begehren aller Völker Oesterreich-Ungarns entspricht und daß die von kleinen vereinzelten kapitalistischen und kleinen nationalistischen Interessengruppen unseres Landes geschürte Kriegshetze angesichts der Friedensentschlossenheit der Massen ohne Einfluß bleiben muß."

Schon am nächsten Tag ließ der Parteivorstand an den Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte in Petersburg folgende telegraphische Mitteilung richten:

„Die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich begrüßt es, daß die russische Demokratie zur Macht gelangt ist. Sie erklärt sich völlig einverstanden mit eurem Vorschlag auf Waffenstillstand und Friedensverhandlungen. Die Arbeiter Wiens haben Sonntag in einer Riesendemonstration eure Friedensaktion begrüßt und sofortigen Waffenstillstand gefordert. Parlamentarische Aktion wird folgen. Das österreichische Proletariat fühlt sich euch untrennbar verknüpft im Kampfe um den baldigen demokratischen Frieden. Hoch die Internationale!"

Indessen trieben die siegfriedlerischen bürgerlichen Parteien bei uns innerhalb und außerhalb des Parlaments ihre Kriegshetzerei weiter.

Der Jännerstreik.

Als endlich in Brest-Litowsk die Friedensverhandlungen begannen, verfolgte die Arbeiterklasse mit Spannung die Ereignisse. Das Gebaren der Vertreter der Mittelmächte rief bald mächtige Erregung hervor. Sie kam in fünf Versammlungen, die in Wien am 13. Jänner 1918 stattfanden, und in Kundgebungen, die in anderen Orten veranstaltet wurden, zu leidenschaftlichem Ausdruck. Am Tage darauf flammte in Wiener-Neustadt ein Streik auf, der bald auf Wien übergriff und sich rasch über das ganze innerösterreichische Gebiet verbreitete. Die denkwürdige Bewegung jener Tage ist in der Schrift „Um Friede, Freiheit und Recht — der Jännerausstand des innerösterreichischen Proletariats" (Preis 80 H.) geschildert worden.

Was diese Bewegung vor allem brachte, war ein Kraftgewinn ohnegleichen. Die Arbeiterklasse, die sich zum erstenmal im Mai 1917, aufgerüttelt durch Friedrich Adlers Rede im Gerichtssaal, ermannt hatte, fand sich im Jännerstreik 1918 wieder. Das Selbstvertrauen wuchs allerorten. Die Parteiorganisation nahm einen beträchtlichen Aufstieg.

Ein Nationalitätenprogramm der „Linken".

Am 20. Jänner 1918 hat in Wien auch eine von der „Linken" der Partei einberufene Konferenz stattgefunden, die sich die Aufgabe stellte, eine Verständigung deutscher, tschechischer und polnischer Genossen herbeizuführen und dadurch die Wiederherstellung der internationalen Gesamtpartei in Oesterreich vorzubereiten. Die Konferenz beschloß neben einer Resolution

über die Internationale (abgedruckt im Aprilheft 1918 des „Kampf") auch eine über die Nationalitätenfrage. Diese Kundgebung, verfaßt von Otto Bauer, spiegelt das Bild der späteren Entwicklung. Das in ihr vorgeschlagene Nationalitätenprogramm lautet:

1. Oesterreich zerfällt in sieben Sprachgebiete: das deutsche, tschechische, polnische, ukrainische, südslawische, italienische und rumänische Sprachgebiet.

Jede Gemeinde entscheidet selbst durch Volksabstimmung bei allgemeinem Stimmrecht alle Männer und Frauen, die in der Gemeinde ihren ordentlichen Wohnsitz haben, zu welchen der sieben Sprachgebiete sie gehören will.

2. In jedem Sprachgebiet wird eine konstituierende Nationalversammlung bei allgemeinem, gleichem und direktem Wahlrecht aller Männer und Frauen gewählt, die die Verfassung und die Verwaltungsorganisation des Sprachgebietes selbständig festsetzt.

3. Jede Nation regelt selbst durch ihre konstituierende Nationalversammlung ihre Beziehungen zu ihren Volksgenossen außerhalb Oesterreichs, zu den von diesen Volksgenossen gebildeten Nationalstaaten.

4. Jede Nation regelt selbst durch ihre konstituierende Nationalversammlung ihre Beziehungen zu den anderen Nationen Oesterreichs. Durch Verträge zwischen den Nationen wird festgesetzt, welche Angelegenheiten den Nationen gemeinsam bleiben sollen und welche gemeinsamen Organe zur Verwaltung dieser Angelegenheiten berufen sein sollen.

Die Sozialdemokratie wird innerhalb der konstituierenden Nationalversammlung dafür eintreten, daß die wirtschaftlichen Angelegenheiten den Nationen gemeinsam bleiben, den Verkehr zwischen ihnen hindernde Beschränkungen der Freizügigkeit und des Güteraustausches nicht geschaffen werden.

5. Durch Verträge zwischen den Nationen werden ferner geregelt: a) der Schutz der nationalen Minderheiten; b) Grenzberichtigungen zwischen den Nationen, durch die einzelne Gemeinden einem anderen Sprachgebiet einverleibt werden als dem, für das sie sich durch Volksabstimmung entschieden haben.

Die Sozialdemokratie wird innerhalb der konstituierenden Nationalversammlung dafür eintreten, daß jede Nation den fremden Minderheiten in ihrem Gebiet wirksamen Schutz und weite sprachliche Rechte einräume, um dadurch gleichen Schutz und gleiche Rechte auch ihren Minderheiten in den fremden Sprachgebieten zu sichern.

Der Erste Mai 1918.

Die Lage in Oesterreich wurde immer kritischer. Die Ernährungsschwierigkeiten steigerten sich von Woche zu Woche. Die Drangsalierungen, denen die Arbeiter der Kriegsindustrie ausgesetzt waren, wollten nicht verschwinden. Bald da, bald dort kam es zu Arbeitseinstellungen, zu Demonstrationen, zu Krawallen, zu Plünderungen. Besonderen Umfang nahm eine Ausstandsbewegung an, die am 7. Mai 1918 in Graz und Obersteiermark begann und einige Tage währte.

In würdevoller Weise wurde der Erste Mai 1918 gefeiert. Die in den Maiversammlungen beschlossene Resolution hatte folgenden Wortlaut:

„Zur Feier des Ersten Mai versammelt, erneuern wir die Forderung nach dem Achtstundentag. Infolge dauernder Unterernährung können wir die allzu lange Arbeitszeit nicht ohne schwere Schädigung unserer Gesundheit ertragen. Die lange Arbeitszeit ist auch wirtschaftlich sinnlos geworden, da unsere Kraft nicht mehr zureicht, die Arbeitsdauer intensiv auszunützen. Die Forderung nach kürzerer Arbeitszeit ist daher dringender denn je. Als besonders dringend betrachten wir die Einführung des Achtstundentages in den ununterbrochenen Betrieben.

Im Kampfe gegen die kapitalistische Ausbeutung wissen wir uns eng verbunden mit den Proletariern aller Länder. Der Krieg, den der kapitalistische

Imperialismus über die Welt verhängt hat, kann das Gefühl der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse nicht ertöten. Am Weltfeiertag der Arbeiterklasse entbieten wir über die Schützengräben hinüber den Arbeitern und Arbeiterinnen aller Nationen unseren brüderlichen Gruß und geloben, mit ihnen zu arbeiten am Wiederaufbau der Internationale.

Neuerlich erheben wir unsere Stimme dafür, daß der völkermordende Krieg endlich beendigt werde durch einen allgemeinen Frieden ohne offene oder verhüllte Eroberungen, ohne Kriegsentschädigungen in welcher Form immer, auf der Grundlage des unverfälschten Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Wir protestieren dagegen, daß diese Grundsätze, die allein einen dauernden Frieden zu begründen und die Freiheit der Völker zu sichern vermögen, bei den Friedensschlüssen im Osten verletzt worden sind. Wir fordern, daß der Krieg im Süden und im Westen beendet werde durch einen Frieden der Verständigung und Versöhnung. Wir fordern die Vereinigung aller Völker zu dauerndem Friedensbund, innerhalb dessen alle Streitigkeiten nicht durch Gewalt, sondern durch das Recht entschieden werden sollen."

Gegen den Absolutismus!

Am 4. Mai 1918 vertagte die Regierung, da sie der Schwierigkeiten nicht Herr zu werden vermochte, den Reichsrat. Tags darauf veröffentlichte der Parteivorstand folgendes Manifest:

Arbeiter und Arbeiterinnen!

In einer Zeit der größten Not, des furchtbarsten Massenelends, der wachsenden Erbitterung der Volksmassen hat die Regierung den Reichsrat vertagt.

Die Verpflegungsschwierigkeiten werden von Tag zu Tag furchtbarer. Auch der Reichsrat wäre natürlich nicht imstande, Lebensmittel herbeizuschaffen. Aber er könnte wenigstens bei den Vorbereitungen zur Erfassung der neuen Ernte der Selbstsucht der Agrarier und Kapitalisten, die einer gerechten Verteilung der Lebensmittel, einer zweckmäßigen Organisation des Ernährungsdienstes entgegenwirkt, ein Gegengewicht bieten. Jetzt aber ist der Reichsrat ausgeschaltet. Die Regierung hat ihn vertagt.

Der Krieg dauert fort. Nirgends eine Hoffnung auf Frieden! In Deutschen Reiche will man vom „weichen Frieden" nichts mehr hören. In Oesterreich-Ungarn wurde ein Gefolgsmann des Tisza zum Minister des Aeußeren ernannt. Es wäre die wichtigste Pflicht des Abgeordnetenhauses gewesen, mit aller Kraft zu fordern, daß Oesterreich-Ungarn den Krieg für keine Eroberungen fortführe. Das Abgeordnetenhaus kann diese Pflicht nicht erfüllen; denn der Reichsrat ist vertagt.

Die Regierung hat der streikenden Arbeiterschaft im Jänner feierlich versprochen, sie werde dem Parlament den Entwurf eines Hilfsdienstgesetzes vorlegen, das an die Stelle der Militarisierung der Betriebe und des Kriegsleistungsgesetzes treten soll. Monatelang hat uns die Regierung auf ihren Gesetzentwurf warten lassen. Dann hat sie einen gänzlich unannehmbaren Entwurf vorgelegt. Und jetzt, da der Wehrausschuß des Abgeordnetenhauses diesen Entwurf hat umarbeiten wollen, damit das Versprechen vom Jänner endlich erfüllt werde, wird der Reichsrat vertagt!

Ein Gesetzentwurf über die Entlassung der alten Landstürmer stand im Wehrausschuß des Abgeordnetenhauses in Beratung; auch diese Arbeit ist unterbrochen! Das Herrenhaus hätte die Justizgesetze endlich erledigen müssen; auch das wird durch die Vertagung verhindert, die Opfer der Ausnahmsjustiz bleiben eingekerkert. Alle Forderungen nach dem Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung, doppelt dringlich geworden durch die dauernde Unterernährung der Arbeiterschaft, sind von der Tagesordnung abgesetzt; denn der Reichsrat ist vertagt!

Warum ist der Reichsrat vertagt worden? Vor allem deshalb, weil der Herr v. Seidler unfähig ist, das Parlament zu führen. Weil ein Ministerpräsident unfähig ist, wird nicht der Ministerpräsident entlassen, sondern der Reichsrat vertagt. Dann deshalb, weil die Regierung der Debatte über die politischen Fragen, die mit dem Kaiserbrief an den Prinzen Sixtus von Bourbon und mit der Entlassung des Grafen Czernin zusammenhängen, entgehen wollte; gerade weil es in diesem Augenblick doppelt notwendig war, daß die Volksvertretung spreche, wurde sie vertagt. Die wichtigste Ursache der Vertagung ist aber eine andere, ein nationaler Konflikt, der mutwillig und leichtsinnig von den nationalen Parteien heraufbeschworen wurde.

In der Wählerschaft der deutschnationalen Parteien hat sich schon lange sehr berechtigter Unwille angehäuft. Diesen Unwillen zu beschwören, brauchen die deutschnationalen Parteien den Schein eines Erfolges. Deshalb soll die Regierung ein paar Bezirkshauptleute in Böhmen zu Kreishauptleuten ernennen, damit die deutschnationalen Parteien der Wählerschaft Deutschböhmens einreden können, dies sei der erste Schritt zur nationalen Autonomie des deutschen Volkes in Böhmen! Damit die Regierung das tun könne, wird der Reichsrat vertagt.

Nationale Autonomie ist Selbstregierung des Volkes. Wir deutschen Sozialdemokraten fordern, daß Oesterreich in national abgegrenzte Kreise geteilt und die Verwaltung dieser Kreise von Kreistagen und Kreisausschüssen, die aus dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht hervorgehen, besorgt werde. Das wäre die Grundlage der nationalen Autonomie! Aber das ist es nicht, was die Regierung verfügen will. Die Regierung will einfach ein paar Bezirkshauptleuten den Titel von Kreishauptleuten geben. Sie will einfach einige Geschäfte, die jetzt von den Hofräten der Prager Statthalterei besorgt werden, von ein paar Bürokraten, die sie zu Kreishauptleuten ernennt, besorgen lassen. Mit dieser elenden bürokratischen Reform will man den Anspruch des deutschen Volkes in Böhmen auf seine Selbstregierung abfertigen! Mit dieser Scheinreform will man das leidende, hungernde Volk Deutschböhmens beruhigen! Um solchen Pfuschwerks willen verschärft man die nationalen Gegensätze dermaßen, daß die parlamentarische Arbeit unterbrochen werden muß!

Freilich, die Deutschnationalen wollen ja selbst nicht die wirkliche nationale Autonomie! Sie haben das allgemeine und gleiche Wahlrecht für die Gemeinde-, Bezirks- und Kreisvertretungen und für die Landtage stets bekämpft! Sie wollen nicht die Selbstregierung des deutschen Volkes, sondern die Herrschaft bürgerlicher und bürokratischer Klüngel über das deutsche Volk! Statt der wirklichen Selbstverwaltung durch demokratische Kreisvertretungen und Kreisausschüsse bringen sie dem deutschen Volke — den k. k. Kreishauptmann!

Zugleich aber kündigt man die Verfolgung „hochverräterischer" Bewegung in den südslawischen Gebieten an. Auch das ein Zugeständnis an die Deutschnationalen! Ein Erfolg des deutschen Volkes, daß man Angehörige anderer Völker einkerkert, ihre Zeitungen einstellt, ihre Vereine suspendiert! Als ob man nicht schon unter Stürgkh die Erfahrung gemacht hätte, wie solche Verfolgungen dem Staate und dem deutschen Volke frommen!

Wir rufen das Urteil des deutschen Volkes über diese deutschnationalen Parteien an, die ihm die Aenderung des Titels einiger Bezirkshauptleute als nationale Autonomie, die Einkerkerung einiger slowenischer Schullehrer als nationale Errungenschaft aufschwatzen wollen. Wir appellieren an das Urteil der Wählerschaft der christlichsozialen Abgeordneten, die sich feig jedes eigenen Urteils begeben haben und wider ihre eigene bessere Einsicht wie ein gedankenloser, willenloser Troß hinter den Deutschnationalen einherlaufen! Wir fordern alle Bürger Oesterreichs auf, sich ihr Urteil zu bilden über eine Regierung, die in einer Zeit, in der ungeheure Mengen sozialen und nationalen Zündstoffes aufgehäuft sind, alle Gegensätze noch verschärft, um nur die elenden parteitaktischen Bedürfnisse ihrer deutschnationalen Gefolgschaft zu befriedigen!

Die Regierung beteuert, sie wolle das Parlament nur sechs Wochen lang ausschalten; sie wollte keineswegs den Absolutismus des § 14 wiederherstellen.

Aber ihr Entschluß kann sie weiter führen, als sie selbst glaubt. Denn die deutschnationalen Parteien steuern bewußt und absichtlich auf den Absolutismus zu! Nicht besser als die tschechischen Nationalisten, die für ihr Volk das Selbstbestimmungsrecht fordern, aber die Deutschen in den Sudetenländern tschechischer Fremdherrschaft unterwerfen wollen, fordern die Deutschnationalen zwar die nationale Autonomie in Böhmen, wo die Deutschen in Minderheit sind, verweigern sie aber den Slowenen in Steiermark, den Italienern in Tirol, den Tschechen und Polen in Schlesien. Eine so einseitige Lösung der Nationalitätenfrage kann auf verfassungsmäßigem Wege durch einen Verständigungsfrieden zwischen den österreichischen Nationen niemals durchgesetzt werden. Sie kann, wenn überhaupt, nicht anders durchgesetzt werden als durch ein verfassungswidriges Machtgebot von oben her, durch ein Diktat des Absolutismus. Deshalb zerstören die nationalistischen Parteien das Parlament; deshalb wollen die deutschnationalen Parteien die Wiederaufrichtung der § 14-Herrschaft, die Wiederkehr der Aera Stürgkh!

Und diese Deutschnationalen, die in Oesterreich die Schrittmacher des Absolutismus sind, sind dieselben, die die Weisungen der alldeutschen Annexionisten und Kriegsverlängerer in Deutschland ausführen; die den Krieg verlängern wollen um des „Siegfriedens" willen, der dem Deutschen Reiche die Angliederung der baltischen Länder und die Annexion der französischen Erzlager bringen soll! Der Kampf gegen den Absolutismus ist eng verbunden mit dem Kampfe um den Frieden!

Noch beteuert die Regierung, sie wolle das Parlament bald wieder einberufen; sie werde nicht zum § 14 greifen. Aber wenn es sich zeigen sollte, daß man den alldeutschen Kriegsverlängerern zuliebe den Absolutismus wieder aufrichten, Oesterreich wieder stürgkhisch regieren will, dann würde die Arbeiterklasse zum Kampfe für die Volksrechte gezwungen.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Seid darum auf der Hut! Verzettelt eure Kraft nicht in nutzlosen Einzelkämpfen! Lasset euch nicht zu plan- und ziellosen Aktionen verleiten, die, in ungünstiger Stunde unternommen, nur zu Niederlagen der Arbeiterklasse führen würden! Aber seid einig, wachsam und haltet euch bereit, in den Kampf zu treten, wenn er notwendig werden, wenn der Ruf an euch ergehen sollte!

Der Parteivorstand der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

Der Vorstand des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten.

Für den 30. und 31. Mai 1918 berief der Parteivorstand eine

Reichskonferenz

nach Wien ein. Die Tagesordnung lautete: „Die politische und wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft." Die Konferenz beschloß folgende Resolutionen:

Resolution für den Frieden.

Die Friedensverträge von Brest-Litowsk und Bukarest widersprechen den Grundsätzen eines Verständigungsfriedens ohne Annexionen und Kontributionen. Sie sind unvereinbar mit dem Selbstbestimmungsrecht der von Rußland losgerissenen Völker. Sie machen eine ehrliche Versöhnung mit unseren Nachbarvölkern im Osten unmöglich und schaffen im ganzen Osten Verhältnisse, die in Zukunft zu neuen Kriegen zu führen drohen. Sie haben den Kriegswillen im Westen von neuem aufgepeitscht und sind zu Hindernissen des allgemeinen Friedens geworden.

Die Reichskonferenz der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich protestiert daher gegen den Inhalt dieser Friedensverträge. Sie fordert, daß diese Friedensverträge vor ihrer Ratifizierung dem Reichsrat zur Prüfung und Genehmigung vorgelegt werden.

Die Reichskonferenz fordert die Regierungen der Mittelmächte auf, den Regierungen der feindlichen Länder den allgemeinen Frieden auf folgenden Grundlagen anzubieten:

1. Begründung eines Völkerbundes aller Länder, der die allgemeine Abrüstung durchführt und alle Streitigkeiten zwischen den Völkern durch Schiedsgerichte schlichtet.

2. Verzicht auf alle Annexionen und Kontributionen sowohl im Westen und Süden als auch im Osten und Südosten.

3. Den von Rußland losgerissenen Randvölkern wird volles Selbstbestimmungsrecht gewährt. Die Ausübung dieses Rechtes wird vom allgemeinen Friedenskongreß geregelt.

Die Reichskonferenz begrüßt alle Bemühungen, die Arbeiterparteien aller Länder zum gemeinsamen Kampf für den Frieden zu vereinigen. Sie erklärt, daß die deutsche Arbeiterschaft in Oesterreich jederzeit bereit ist, Schulter an Schulter mit den Arbeitern aller Länder diesen Kampf zu führen.

Die Militarisierung der Betriebe.

Unter dem Drucke des Jännerstreiks gab die Regierung das feierliche Versprechen, an Stelle jener Verfügungen, die die Militarisierung der Betriebe bewirkten, ein Gesetz vorzulegen, das das Arbeitsverhältnis auch in der Kriegsindustrie wieder auf eine zivilrechtliche Grundlage stellt. Die Regierung hat dieses Versprechen nicht erfüllt. Das von ihr vorgelegte Arbeitspflichtgesetz will die militärische Befehlsgewalt in den Betrieben nicht aufheben, sondern die staatliche Arbeitspflicht auch auf jene Arbeitergruppen ausdehnen, die ihr bisher entzogen waren. Aber nicht genug damit, daß die Regierung die versprochene Entmilitarisierung nicht durchführt, vergeht keine Woche, in der sie nicht das Gegenteil täte: Die Ausdehnung der Militarisierung, die Verschärfung aller militärischen Zwangsmittel ist gegenwärtig ihre hauptsächlichste Waffe im Kampf gegen die Arbeiterschaft.

Die Reichskonferenz erhebt gegen die Aufrechterhaltung der Militarisierung und gegen die strafweise Einberufung von Arbeitern zur militärischen Dienstleistung den schärfsten Protest. Sie verlangt, daß die Arbeiter endlich der militärischen Willkür entzogen werden, daß ihnen die Freizügigkeit und das Koalitionsrecht wiedergegeben werden.

Finnland und die Ukraine.

Die Reichskonferenz der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich protestiert dagegen, daß unter dem Schutze der Truppen der Mittelmächte die Gegenrevolution in Finnland und in der Ukraine durchgeführt wurde. Sie protestiert dagegen, daß die Truppen der Mittelmächte dazu verwendet werden, in Finnland und in der Ukraine die Grundherrenklasse und die Bourgeoisie in die Macht zu setzen, die Arbeiter und die Bauern niederzuwerfen.

Sie protestiert gegen die ruchlosen Taten der Rache und des Rechtsraubes, die die Bourgeoisie Finnlands unter dem Schutze deutscher Truppen an dem finnischen Proletariat verübt.

Sie sendet dem finnischen Proletariat und der ukrainischen Demokratie ihren brüderlichen Gruß.

Forderungen zur Volksernährung.

Der Zustand unserer Volksernährung ist heute für die Massen des Volkes unerträglich geworden. Im vierten Kriegsjahr sind die Folgen alter Versäumnisse und neuer Fehler des Ernährungsdienstes verhängnisvoll gereift. Die Bevölkerung des ganzen Staates büßt für das schwere Verschulden der Verwaltung wie der herrschenden Klassen.

Den ersten Grund zu diesem verhängnisvollen Erfolg haben die Regierungen Stürgkh und Tisza gelegt, welche die durch den Ausgleich vertragsmäßig gesicherte Wirtschaftsgemeinschaft zwischen Ungarn und Oesterreich beseitigten

und die gemeinwirtschaftlichen Maßnahmen der Volksernährung aus Rücksichten auf die herrschenden Schichten der Produktion und des Handels viel zu spät und zu zaghaft ergriffen, das Regime Tisza, das bei der Aufbringung wie bei der Preispolitik die Ernährung der Monarchie, ihrer Heere wie ihrer zivilen Bevölkerung dem Sonderinteresse der ungarischen Großagrarier preisgegeben hat, und das Regime Stürgkh, das, als Gewaltregime im Innern, nach außen zu jeder Abwehr zu schwach war.

Mitschuldig aber haben sich die herrschenden Klassen selbst gemacht: die österreichischen Agrarier, die durch hundertfältige Vorbehalte und Ausnahmen die Aufbringung unwirksam gestalteten, und die österreichische Bourgeoisie, die einer wirklich gleichmäßigen Aufteilung der Vorräte im Interesse des Produktions- und Handelsgewinnes wie im Interesse des gewohnten Ueberkonsums beharrlichen Widerstand entgegensetzte. Vorgeschützte Interessen der Produktion und zünftige Rücksichten auf Handel und Gewerbe haben die entscheidenden Maßnahmen der Getreideaufbringung, des Vieh- und Fleischverkehrs, der Obst- und Gemüseversorgung und des Verkehrs mit Textilwaren jedesmal um viele Monate hinausgezögert, durchlöchert und verkümmert. Was vorgekehrt wurde, geschah zu spät, geschah nur halb und in einer Weise, welche die Bereicherung einzelner Produzenten und Händler auf Kosten des Konsums nicht ausschloß.

Der passive Widerstand der Gemeinden, welche kraft veralteter Wahlvorrechte in der Gewalt der Lebensmittelerzeuger und Lebensmittelgewerbe stehen, machte selbst diese halben Maßregeln zum guten Teil noch unwirksam.

Unter diesen Umständen haben die oberen Schichten der Bevölkerung sich niemals der im Kriege gebotenen wirtschaftlichen Opfergleichheit unterworfen, sie haben die Entbehrungen des Krieges teils im Wege von Ausnahmsvorschriften, teils im Wege der Umgehung des Gesetzes und im Wege des Schleichverkehrs von sich ferngehalten und die unteren Volksschichten nahezu allein tragen lassen. In dem Augenblick aber, wo der fortschreitende Mangel die höchsten Anstrengungen der Staatsverwaltung gefordert hätte, wo er auch den oberen Schichten Opfer zumutete, haben sie in unsachlicher Agitation die an sich unzulänglichen staatlichen Ernährungseinrichtungen moralisch noch vollends untergraben und desorganisiert.

Die herrschenden Klassen und die durch schwächliche Haltung und durch gedankenlose Förderung dieser Bestrebungen in erster Linie verantwortlichen Regierungen tragen die alleinige Schuld an dem Versagen des Ernährungsdienstes im entscheidenden Moment des Krieges.

Die Vertrauensmänner der organisierten Arbeiterschaft haben bis zur letzten Stunde mit Hintansetzung aller Rücksichten im Dienste der Ernährung des Volkes mit Rat und Tat mitgearbeitet. Sie haben rechtzeitig gewarnt, die Maßregeln, die helfen konnten und anderwärts auch tatsächlich geholfen haben, rechtzeitig vorgeschlagen und mit Nachdruck vertreten. Im Interesse der Unternehmerklasse und der oberen Schichten immer übergangen, in allen Körperschaften vom Ernährungsrat bis zu den Ortswirtschaftsräten überall eine geringe Minderheit und ohne jede Macht, die Vernunft auch durchzusetzen, lehnen sie jede Mitverantwortung für die Fehlgriffe des Ernährungsdienstes und für den herrschenden trostlosen Zustand ab, dessen sachliche Ursachen in letzter Linie in unserem verfassungsmäßigen Verhältnis zu Ungarn, in der völlig ungeeigneten Organisation unserer Verwaltung und in der offenkundigen Gesetzlosigkeit und Selbstsucht unserer herrschenden Klassen liegen.

In der Stunde der höchsten Gefährdung unseres Volkes fordern wir noch einmal die restlose Aufbringung aller, auch der letzten Vorräte bei Erzeugern, Händlern und in den Privathaushaltungen sowie die völlig gleichmäßige Zuteilung an jedermann, im äußersten Falle im Wege von allgemeinen, auch für die oberen Klassen obligatorischen Gemeinschaftsküchen. Die Arbeiterschaft erkennt, daß es nur ein Schutzmittel gegen die Wiederkehr solcher erbitternden Erfahrungen und nur ein Mittel ernsthafter Abhilfe gibt, das ist die vollständige Erneuerung unserer ganzen öffentlichen Einrichtungen.

Ferner wurde gemäß einem Antrag Pichler beschlossen, den Parteivorstand zu beauftragen, mit allen Mitteln zu trachten, die Einlösung des Regierungsversprechens bezüglich der Reform des Gemeindewahlrechtes und der Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechtes und der Kolportage durchzusetzen; ferner gemäß einem Antrag Witternigg die Versuche, die Internationale in Oesterreich wiederherzustellen, mit Eifer fortzusetzen sowie über den Stand der Weltinternationale den Landes- und Kreisorganisationen fortlaufend zu berichten und eine einheitliche internationale Aktion zur Erreichung des Friedens mit allen Mitteln anzustreben.

Außerdem erließ die Konferenz folgenden Aufruf:

Genossen und Genossinnen!

Wir auf der Konferenz der Deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich versammelten Vertrauensmänner aus allen Ländern und allen Industriezweigen Deutschösterreichs haben die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse sorgfältig geprüft. Wir haben vollkommen einmütig folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Die Reichskonferenz stellt fest, daß sich die Arbeiterschaft in einem Zustand größter Erregung befindet. Die Konferenz warnt die Regierung vor den Wirkungen, die die erregte Massenstimmung unvermeidlich hervorrufen würde, wenn die Arbeiterschaft nicht die Ueberzeugung gewinnt, daß die Mittelmächte den Krieg um keiner imperialistischen Ziele willen verlängern wollen; wenn nicht alles geschieht, um die Lebensmittel möglichst vollständig zu erfassen und gleichmäßig zu verteilen; wenn die Regierung das Parlament nicht unverzüglich wieder einberuft und nicht alles daransetzt, die feierlich zugesagte Neuregelung der Arbeitsverhältnisse in der Kriegsindustrie auf rein zivilrechtlicher Basis schleunigst durchzuführen; wenn die Regierung den sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterschaft nicht entgegenkommt.

2. Die Reichskonferenz hat auf Grund der Berichte aus allen Ländern die Kraft der Arbeiterschaft und die Machtmittel der Herrschenden sorgfältig abgeschätzt. Sie hat die allgemeine europäische Lage und die gegenwärtigen Aussichten der Friedensbestrebungen geprüft. Auf Grund gewissenhafter Prüfung der Kampfbedingungen hat die Reichskonferenz die Ueberzeugung gewonnen, daß der gegenwärtige Augenblick größeren Ausständen nicht günstig ist. Die Reichskonferenz fordert daher die Arbeiter auf, im gegenwärtigen Augenblick größere Ausstände zu vermeiden. Die Arbeiterschaft darf sich von den Unternehmern, denen ein Kampf im gegenwärtigen Augenblick sehr erwünscht wäre, nicht provozieren lassen. Sie darf sich die Stunde für den Kampf nicht durch blinde, wenn auch noch so begreifliche Leidenschaft diktieren lassen, sondern muß sie in richtiger Einsicht in die österreichischen und die allgemein-europäischen Kampfbedingungen selbst wählen. Die Reichskonferenz fordert daher die Arbeiterschaft auf, sich für eine günstigere Stunde, die kommen wird, bereitzuhalten.

Zu diesem Zwecke ist es notwendig, die Arbeiterschaft vor der Ueberschätzung ihrer Kraft zu warnen, die Arbeiter von allen Unbesonnenheiten, die nur zu Niederlagen führen könnten und die Arbeiterschaft für die Zukunft kampfunfähig machen würden, zurückzuhalten, aber auch den Kampfgeist, die Entschlossenheit und Tatkraft der Arbeiterklasse überall lebendig zu erhalten, die Ereignisse wachsam zu verfolgen, jeden Arbeiter und jede Arbeiterin der gewerkschaftlichen und der politischen Organisation zuzuführen und die ganze Arbeiterschaft mit der Ueberzeugung zu erfüllen, daß die Zuspitzung der Klassengegensätze, die der Krieg hervorruft, uns großen, entscheidenden Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit entgegenführt.

Auf diese Weise, Genossen und Genossinnen, wollen wir uns rüsten für die Stunde, die uns in Gemeinschaft mit unseren Brüdern in den anderen Ländern zum Kampfe und zum Siege führen wird.

Die Reichskonferenz der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

Der Juniſtreik 1918.

Kurz darauf brach neuerdings die Empörung der Arbeiterſchaft los. Am 17. Juni, an dem eine tags zuvor kundgemachte Verkürzung der Brotration auf die Hälfte in Wien durchgeführt werden ſollte, traten die Arbeiter einer großen Zahl von Kriegsbetrieben in den Ausſtand. Wie im Jänner waren auch jetzt wieder Ernährungsſorgen der unmittelbare Anlaß einer Bewegung, die zu tiefſt politiſchen Charakter hatte und dem Frieden galt. Der Wiener Arbeiterrat, der während des Jännerſtreiks entſtanden war, faßte am 18. Juni folgenden Beſchluß:

„1. Der Arbeiterrat fordert die baldigſte Wiederherſtellung der vollen Brotration und, ſo lange dies nicht möglich iſt, die Gewährung von ausgiebigen Zubußen anderer Lebensmittel.

Infolge des Mangels an rationierten Lebensmitteln muß den Arbeitern die Möglichkeit geboten werden, andere Lebensmittel zu kaufen. Zu dieſem Zwecke iſt eine angemeſſene Erhöhung der Arbeitslöhne erforderlich.

Anderſeits iſt infolge der Schwächung der Arbeiter durch die dauernde Unterernährung die Gewährung von Arbeitserleichterungen, die Verkürzung der Arbeitszeit ohne Schmälerungen des Lohneinkommens notwendig. Dies gilt insbeſondere für diejenigen Betriebe, in denen noch Nachtarbeit und Ueberſtundenarbeit geleiſtet werden müſſen, und für die kontinuierlichen Betriebe, in denen noch die zwölfſtündige Arbeitszeit beſteht.

Der Arbeiterrat fordert den Klub der deutſchen ſozialdemokratiſchen Abgeordneten und die zuſtändigen Gewerkſchaften auf, die bereits eingeleiteten Verhandlungen über dieſe Forderungen fortzuſetzen.

2. Der Arbeiterrat ſtellt feſt, daß eine weſentliche und dauernde Verbeſſerung der Ernährungsverhältniſſe nicht möglich iſt, ſolange der Krieg fortdauert. Ohne die großen Hinderniſſe, die im gegenwärtigen Augenblick allen Friedensbemühungen entgegenſtehen, zu unterſchätzen, erneuert der Arbeiterrat die Forderung nach dem baldigen allgemeinen Frieden. *Mit ernſter Beſorgnis ſtellt der Arbeiterrat feſt, daß die erſten Anzeichen eines beginnenden Stimmungsumſchwunges in den feindlichen Ländern von deutſcher offiziöſer Seite in einer Weiſe beantwortet worden ſind, die wenig geeignet erſcheint, das Erſtarken des Friedenswillens in den feindlichen Ländern zu fördern.* Der Arbeiterrat fordert daher, daß ſich die öſterreichiſch-ungariſche Regierung nicht nur bereit zeige, jederzeit in Verhandlungen über den allgemeinen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen und über die Gründung einer Liga der Nationen einzutreten, ſondern daß ſie ſich auch bereit erkläre, *ſelbſt möglichſt bald die Regierungen der feindlichen Länder zu Friedensverhandlungen auf dieſer Grundlage einzuladen.* Der Arbeiterrat beauftragt den Klub der deutſchen ſozialdemokratiſchen Abgeordneten, dieſe Forderung unverzüglich dem Miniſter des Aeußeren vorzulegen.

3. Der Arbeiterrat proteſtiert gegen den Plan, das Parlament zur Seite zu ſtoßen und den Abſolutismus des § 14 wieder aufzurichten. Der Arbeiterrat fordert die ſofortige Einberufung des Parlaments. Er beauftragt den Klub der deutſchen ſozialdemokratiſchen Abgeordneten, dieſe Forderung unverzüglich dem Miniſterpräſidenten vorzulegen.

4. Der Arbeiterrat verlangt die bindende Zuſicherung der Regierung und der Militärverwaltung, daß wegen der gegenwärtigen Bewegung keinerlei Maßregelungen ſtattfinden werden.

5. Die Verhandlungen mit der Regierung und mit den Unternehmern haben bereits begonnen. Der Arbeiterrat wird ſpäteſtens Freitag wieder zuſammentreten, den Bericht über den Verlauf der Verhandlungen entgegennehmen und dann die nötigen Beſchlüſſe faſſen.

Eine weitere Ausdehnung des Ausſtandes liegt nicht im Intereſſe der im Gange befindlichen Verhandlungen.

6. Im Intereſſe der Lebensmittelverſorgung erſucht der Arbeiterrat die Eiſenbahner, die Verkehrsarbeiter und die Arbeiter der Lebensmittelinduſtrie, alles zu vermeiden, was den Verkehr und die Lebensmittelerzeugung ſtören könnte.

7. Der Arbeiterrat fordert die Arbeiterſchaft auf, Ruhe zu bewahren und alle Zuſammenſtöße auf der Straße zu vermeiden."

Die Verhandlungen mit den Unternehmern, die zum Zweck von Lohnerhöhungen geführt wurden, zeitigten beachtenswerte Erfolge. Die Erhöhung der Brotration konnte nicht durchgeſetzt werden, da es an Vorräten fehlte. Auf die Aufforderung nach Beendigung des Krieges antwortete der Miniſter des Aeußern Graf Burian laut Mitteilung des Telegraphenkorreſpondenzbüros:

„In Ausführung des Punktes 2 der Beſchlüſſe des Wiener Arbeiterrates vom 18. d. haben ſich heute die Reichsratsabgeordneten Hanuſch und Sever ſowie der Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung" Auſterlitz beim Miniſter des Aeußern eingefunden. Unter Schilderung der gegenwärtigen Lage der Arbeiterſchaft und ihrer Stimmung haben ſie die dringende Notwendigkeit betont, eine raſche Verbeſſerung der Ernährungsverhältniſſe herbeizuführen. Anſchließend hieran haben ſie das Programm der Arbeiterſchaft in der Friedensfrage dahin zuſammengefaßt, daß dieſes auf baldigſte Erreichung des Verſtändigungsfriedens, gegebenenfalls durch eine von der Regierung ausgehende Initiative, und auf die Schaffung einer Liga der Nationen hinauslaufe.

Hierauf führte Graf Burian in Beantwortung der an ihn gerichteten Frage, was er hierauf mitzuteilen in der Lage ſei, aus, er ſei ſich der großen Bedeutung der Ernährungsfrage bewußt, der er ſeine vollſte Aufmerkſamkeit und Sorgfalt ſchenke. Er ſei daher ſtets bemüht, die Verhandlungen mit dem Deutſchen Reich über die gegenſeitige Lebensmittelverſorgung tatkräftigſt zu fördern. Es geſchehe unſererſeits auch jetzt alles, um von unſeren Verbündeten jene Unterſtützung zu erlangen, die es uns erleichtern ſolle, über die ſchwere, aber glücklicherweiſe nur noch kurze Zeit bis zur neuen Ernte hinwegzukommen.

Was die Frage des Friedens anlangt, ſo habe unſere Politik keine Aenderung erfahren. Nach wie vor ſei der Krieg, den wir führen, ausſchließlich ein Verteidigungskrieg. Es liege uns ganz fern, den Krieg auch nur um einen Tag zu verlängern, um irgendwelche Eroberungen zu machen oder imperialiſtiſche Ziele zu erreichen. Wenn ſich bei unſeren Gegnern Geneigtheit zu Verhandlungen zeigen ſollte, ſo würden ſie uns ſtets bereit finden, in Beſprechungen einzutreten und einen für beide Teile annehmbaren ehrenvollen Frieden zu ſchließen.

Auch bei uns beſteht der Wunſch, mitzuarbeiten an der Herſtellung ſolcher Beziehungen zwiſchen den Völkern, die eine Herabminderung der Rüſtungslaſten ermöglichen und die Gefahr künftiger Kriege vermindern würden.

Wir würden, ſo führte der Miniſter weiter aus, alles tun und nichts unterlaſſen, was auch nur mit einiger Ausſicht auf Erfolg der Herbeiführung von Friedensverhandlungen dienlich ſein könnte. Um den geeigneten Augenblick hiefür wahrzunehmen, verfolgen wir ſorgfältig die Entwicklung der Stimmung in den feindlichen Ländern. Solange aber unſere Gegner, wie dies gegenwärtig leider der Fall iſt, noch keine Bereitwilligkeit zeigen, auf ernſte Beſprechungen einzugehen, ſeien wir gezwungen, uns zu verteidigen und alles zu vermeiden, was unſere Feinde als Zeichen der Schwäche auslegen würden und was ſie daher nur zur Verlängerung des Krieges ermutigen müßte.

Die Regierung ſei ſich vollkommen deſſen bewußt, welche ſchweren Opfer die breiten Volksmaſſen dem Vaterland gebracht haben und bringen. Bleibe auch in Zukunft die Opferwilligkeit der Bevölkerung der Tapferkeit unſerer Armee würdig, ſo ſei zu hoffen, daß wir in nicht ferner Zeit das uns allen gemeinſame Ziel eines ehrenvollen und dauerhaften Friedens erreichen würden."

Mehr war nicht zu erreichen. Noch tobte im Westen die furchtbare Schlacht, durch welche die Herrschenden eine militärische Entscheidung zu erzwingen hofften. Noch waren die deutschen Kriegshetzer obenauf, die nach dem Schandfrieden von Brest-Litowsk und von Bukarest auch den Weststaaten „keinen weichen Frieden" gewähren wollten, wie Hindenburg sich ausdrückte.

Oesterreichs Kräfte aber waren erschöpft.

Um die Lösung des österreichischen Problems bemühte sich auch eine Konferenz unserer alpenländischen Organisationen, die am 18. August 1918 in Zell am See stattfand. Auf ihr kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen, da zwei Ansichten einander gegenüberstanden. Schließlich einigte man sich auf folgenden Beschluß:

I.

„Die Vertreter der organisierten klassenbewußten deutschen Arbeiter der österreichischen Alpenländer protestieren gegen die Anmaßung der deutschbürgerlichen Nationalisten, daß sie behaupten, im Namen der Deutschen der Alpenländer zu sprechen. Die Wählerzahlen bei den Reichsratswahlen, den einzigen dem Sinne nach demokratischen Wahlen, erweisen, daß die deutschbürgerlichen Chauvinisten den kleinsten Teil der Alpendeutschen vertreten. Die deutsche Arbeiterschaft der Alpenländer verwahrt sich auf das entschiedenste dagegen, daß die auf den sogenannten deutschen Volkstagen gefaßten Beschlüsse als Willensausdruck auch nur eines erheblichen Teiles der deutschen Bevölkerung der Alpenländer anzusehen sind, da diese Volkstage von wahllos zusammengelaufenen Leuten gebildet werden. Sie spricht den im Anschluß an diese fälschlich Volkstage genannten Versammlungen gebildeten sogenannten Volksräten das Recht ab, namens der deutschen Bevölkerung Programme für die künftige Gestaltung der österreichischen Staatsgemeinschaft aufzustellen.

Die Arbeiterschaft in den deutschen Alpenländern ist demokratisch gesinnt und verwirft daher grundsätzlich jedes politische und nationale Vorrecht in Staat, Land und Gemeinde, sie kann jedoch diese ihre Auffassung nur darum nicht zur Geltung bringen, weil das bestehende reaktionäre Landtags- und Gemeindewahlrecht lediglich den Nationalisten die Verwaltung und Beschlußfassung in diesen Körperschaften ausliefert. Sie fordert daher die sofortige Aufhebung der Wahlvorrechte der besitzenden Klassen in allen Vertretungskörpern als Vorbedingung einer gesunden freiheitlichen und fortschrittlichen Entwicklung im Staate.

Die Deutschbürgerlichen wollen ihre vorgeblichen nationalen Ziele durch die Ausschaltung des Reichsrates und durch Willkürakte absolutistischer Regierungen erreichen, bekennen sich somit als Träger der volksfeindlichen Reaktion und zwingen dadurch der organisierten deutschen Arbeiterschaft den schärfsten Kampf gegen die deutsche Bourgeoisie auf.

II.

Die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft der deutschen Alpenländer Oesterreichs erheben jedoch gleichzeitig Protest gegen die reaktionäre Unentschlossenheit aller bisherigen österreichischen Regierungen, die die drängenden Notwendigkeiten der Zeit verkennen, von dem überlebten und im Krieg besonders gründlich abgewirtschafteten alten Oesterreich soviel als möglich erhalten wollen und sich jeder entschiedenen, zeitgemäßen, demokratischen Lösung der Nationalitätenfrage hindernd in den Weg stellen. Sie verwerfen aber ebenso jede nationale Politik, die die Verwirklichung nationaler Ziele durch den Sieg der einen oder andern im Kriege stehenden imperialistischen Mächtegruppen herbeigeführt haben will. Und so wie sie unter den kriegführenden Staaten für einen Frieden der Verständigung und für einen allgemeinen Bund gleichberechtigter Völker eintreten, der künftige Kriege ausschließt, so verlangen sie auch im Innern den Aufbau des Staates auf der Grundlage der vollen Freiheit und Gleichberechtigung aller österreichischen Völker.

III.

In einem demokratiſchen Gemeinweſen darf keine Minderheit über eine Mehrheit, aber auch keine nationale Mehrheit über eine nationale Minderheit herrſchen. Die Konferenz der deutſchen Arbeiterſchaft der öſterreichiſchen Alpenländer lehnt deshalb ebenſo eine deutſche Vorherrſchaft über die anderen Nationen ab, wie ſie die in den tſchechiſchen und ſüdſlawiſchen Deklarationen bekundete Abſicht verwirft, deutſche Minderheiten durch tſchechiſche oder ſüdſlawiſche Mehrheiten zu beherrſchen und, wie dann nicht anders möglich, zu vergewaltigen. Sie fordert vielmehr, daß jede Nation frei und ſelbſtändig über ihre eigenen nationalen Angelegenheiten entſcheide, alſo das volle Selbſtbeſtimmungsrecht für jede Nation in Oeſterreich, mit dem Rechte, ihren eigenen Staat zu bilden, und ſie erblickt die Vorausſetzung der Geſundung Oeſterreichs in der föderativen Zuſammenfaſſung dieſes Staates zu einem Bundesſtaat freier und gleichberechtigter Nationen. Sie verſchließt ſich daher nicht der Erkenntnis, daß im beſonderen auch die ſüdſlawiſche Frage in dieſem Sinne gelöſt werde und daß auch die italieniſche Bevölkerung innerhalb der Staatsgemeinſchaft ihre nationale Selbſtregierung genieße.

Erſt nach ſolcher grundſätzlicher Regelung werden die nationalen Reibungsflächen verkleinert, wird das öffentliche Leben von dem lähmenden nationalen Hader befreit, wird ſchöpferiſcher ſozialer Arbeit Raum geſchaffen und der Befreiungskampf der Arbeiterklaſſe innerhalb jeder Nation von den größten Hinderniſſen befreit werden. Dieſe Löſung entſpricht daher vor allem dem Klaſſenintereſſe der Arbeiterſchaft, ſie entſpricht aber auch dem Intereſſe der deutſchen Nation, denn nur ſo wird ſie als ein beſonderes Gemeinweſen aus dem öſterreichiſchen Völkergemenge herausgelöſt und in den Stand geſetzt, ihre nationalen Intereſſen ohne fremden Einfluß von innen und außen auf das nachdrücklichſte zu wahren.

Dieſes allein iſt der Weg des Rechtes, der die Sicherheit der nationalen Intereſſen verbürgt, während die Politik der nationalen Chauviniſten auf Unrecht und Gewalt beruht, zu Kataſtrophen hintreibt und die Zukunft der deutſchen Nation, die den deutſchen Arbeitern nicht minder am Herzen liegt, auf das äußerſte gefährdet.

Die Vertrauensmänner der organiſierten deutſchen Arbeiterſchaft der Alpenländer verwahren ſich gegen den Verſuch, den alten Pakt zwiſchen der magyariſchen Adelsoligarchie und der deutſchen Bourgeoiſie in Oeſterreich zur Beherrſchung und Aufteilung aller übrigen öſterreichiſchen Völker wieder aufleben zu laſſen; ſie erkennen in der rückſichtsloſen und brutalen Nationalitätenpolitik Ungarns ein Haupthindernis der nationalen Verſtändigung und der Löſung der nationalen Probleme und lehnen jede Gemeinſchaft mit dieſen Plänen ab.

Als die Vorausſetzung der Umgeſtaltung Oeſterreichs ſieht die Konferenz der alpenländiſchen deutſchen Sozialdemokraten die Beſeitigung der Kronlandsgrenzen, die Bildung national einheitlicher Kreiſe, ſoweit dies möglich iſt, die Aufrichtung einer demokratiſchen Lokalverwaltung in Gemeinde und Kreis, und zwar auch in den einſprachigen Gebieten, die Schaffung von Geſetzen zum Schutze der übrigbleibenden nationalen Minderheiten und andererſeits die Verbindung der nationalen Staatsweſen zu einer vollſtändigen Wirtſchafts- und Verkehrsgemeinſchaft, die Erklärung der hauptſächlichſten Eiſenbahnen und der übrigen Verkehrswege als Bundesangelegenheit und die Erklärung der Adriahäfen, vor allem Trieſts, als Bundeshäfen an.

Indem die Konferenz die deutſchen Arbeiter der Alpenländer auffordert, im Sinne dieſer Grundſätze zu wirken, ſpricht ſie ihre Ueberzeugung dahin aus, daß nur dann, wenn jeder öſterreichiſchen Nation ihr ſelbſtändiges Daſein geſichert ſein wird, Oeſterreich den Frieden Europas

nicht mehr gefährden wird. Erst dann wird sich die Liga der österreichischen Nationen der Liga der Völker der Welt einordnen, die den Weltfrieden dauernd sichern wird.

Ferner nachstehende Entschließung: In der Ueberzeugung, daß die von der Konferenz aufgestellten Ziele nur verwirklicht werden können im gemeinsamen Kampf des gesamten österreichischen Proletariats, erwartet die Konferenz, daß der Parteivorstand jede sich bietende Gelegenheit zu Verhandlungen mit den sozialdemokratischen Parteien der übrigen Nationen ergreifen und fördern wird. Den deutschen Arbeitern der Sudetenländer entbietet die Konferenz ihren brüderlichen Gruß und versichert sie des völligen Einverständnisses mit den auf dem Brünner Arbeitertag 1917 aufgestellten Grundsätzen und Forderungen."

Die Gründung Deutschösterreichs.

Indessen ging die Entwicklung rasch vorwärts. Nach dem bulgarischen Zusammenbruch Ende September 1918 wurde Oesterreichs Lage verzweifelt. Offen lehnten sich nunmehr die slawischen Nationen gegen Oesterreich auf. Während das deutsche Bürgertum, aus seinen Siegfriedensträumen erwachend, den Dingen ratlos gegenüberstand, erkannte der Klub unserer Abgeordneten das Gebot der Stunde. Am 3. Oktober 1918 faßte er den denkwürdigen Beschluß, der dem deutschen Volk in Oesterreich die Richtung wies:

„Die Vertreter der deutschen Arbeiterschaft in Oesterreich erkennen das Selbstbestimmungsrecht der slawischen und romanischen Nationen Oesterreichs an und nehmen dasselbe Recht auch für das deutsche Volk in Oesterreich in Anspruch.

Wir erkennen das Recht der slawischen Nationen an, ihre eigenen Nationalstaaten zu bilden, lehnen aber unbedingt und für immer die Unterwerfung deutscher Gebiete unter diese Nationalstaaten ab. Wir verlangen, daß alle deutschen Gebiete Oesterreichs zu einem deutschösterreichischen Staat vereinigt werden, der seine Beziehungen zu den anderen Nationen Oesterreichs und zu dem Deutschen Reiche nach seinem eigenen Bedürfnisse regeln soll.

Wir sind bereit, mit den Vertretern des tschechischen und des südslawischen Volkes auf dieser Grundlage über die Umwandlung Oesterreichs in eine Föderation freier nationaler Gemeinwesen zu verhandeln. Lehnen die Vertreter der slawischen Nationen diese Verhandlungen ab, so erklären wir, daß sich das deutsche Volk in Oesterreich mit allen Mitteln dagegen wehren wird, daß seine staatsrechtliche Stellung oder die staatsrechtliche Stellung eines seiner Teile über seine Köpfe hinweg durch die Staatsgewalt oder das Schwert eines fremden Eroberers bestimmt werde. Jedem solchen Versuch gegenüber wird das deutsche Volk in Oesterreich sein unbeschränktes Selbstbestimmungsrecht mit allen Mitteln verteidigen."

Die Christlichsozialen und Deutschnationalen schlossen sich nun im wesentlichen der hier ausgesprochenen Ueberzeugung an. Des Kaisers Versuch, das alte Oesterreich durch das Versprechen einer Umgestaltung in einen Nationalitätenbundesstaat zu retten, kam jetzt zu spät. Noch ehe der militärische Zusammenbruch vollständig war und die Armeen aus dem Süden zurückzufluten begannen, waren am 21. Oktober 1918 die deutschen Abgeordneten im Sitzungssaal des niederösterreichischen Landhauses zusammengetreten. Der von unseren Genossen entworfene Antrag, daß sich die Versammlung als provisorische Nationalversammlung für Deutschösterreich konstituiere und einen Vollzugsausschuß von 20 Mitgliedern zu wählen habe, wurde angenommen.

In einer Parteierklärung, die vom Genossen Viktor Adler verlesen wurde, war die weitere Entwicklung vorgezeichnet. Sie forderte, daß die Versammlung die tatsächliche Regierungsgewalt an sich ziehe, daß eine konstituierende Nationalversammlung, von allen Männern und Frauen des Volkes gewählt, zusammentrete und Deutschösterreich Republik werden solle. Der Wortlaut der Erklärung ist im Tätigkeitsbericht unserer Abgeordneten (11. Heft der Gesamtausgabe, Oktober 1918 bis Februar 1919) auf Seite 6 abgedruckt. Der Tätigkeitsbericht schildert jene denkwürdigen Tage, in denen eine Welt zusammenbrach und aus dem Chaos der neue Staat Deutschösterreich erstand.

Die Aufgaben, welche der Partei in der geschichtlichen Stunde oblagen, waren ungeheuer schwierig. Denn es handelte sich nicht darum, in einem bestehenden Reich an Stelle eines alten Regierungssystems ein neues zu setzen, sondern auf den Trümmern eines zusammengebrochenen Großstaates einen ganz neuen Staat zu bilden, der nicht bloß mit der Feindschaft der Kriegsgegner des zertrümmerten Kaiserreiches, sondern zunächst auch mit der Feindseligkeit der anderen freigewordenen Nationen des Habsburgerstaates zu rechnen hatte.

Den Waffenstillstand mit Italien hat noch das Armeeoberkommando geschlossen. Er legte Deutschösterreich die furchtbarsten Lasten auf. Die Sorge um den Frieden, um Brot und Kohle für die nächsten Wochen, um die geordnete Heimkehr der rückflutenden Truppen, um die Sicherheit im Innern, und die Aufrichtung einer Verwaltung für den neuen Staat: das alles war Sache der neuen Regierung, die in der Nacht des 30. Oktober 1918 gebildet wurde.

In diesem großen Augenblick trat

unser Parteitag

zusammen. So vermochte er in entscheidender Stunde die Politik der Partei zu bestimmen.

Er tat es nach einem Referat des Genossen Seitz in folgender Entschließung:

„Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei erkennt vorbehaltlos das unbeschränkte Selbstbestimmungsrecht der anderen Nationen an und fordert dasselbe Recht auch für das deutsche Volk.

Der Parteitag begrüßt daher die Bildung freier Volksstaaten auf den Trümmern des österreichischen Zwangsstaates. Der Parteitag wünscht, daß die Beziehungen zwischen den neuen Volksstaaten auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker so geregelt werden, daß alles vermieden wird, was in Zukunft Feindschaft zwischen den Nationen erzeugen, den Frieden der Völker gefährden würde. Deshalb fordert der Parteitag:

1. Jedem der neuen Volksstaaten gebührt die Gebietshoheit über sein geschlossenes Sprachgebiet. Keiner der neuen Staaten darf Gebiete beanspruchen, in denen die Mehrheit der Bevölkerung einer anderen Nation angehört.

2. Die Grenzen der neuen Volksstaaten sind durch Vereinbarungen zwischen den Völkern festzusetzen. Kommt über ein Grenzgebiet eine Vereinbarung nicht zustande, so entscheidet die Bevölkerung dieses Gebietes selbst durch Volksabstimmung unter neutraler Kontrolle, zu welchem Staate sie gehören will.

3. Die Aufteilung der bisherigen Behörden und Anstalten auf die Nationen, die Aufteilung des Staatsvermögens und der Staatsschuld werden durch Vereinbarungen zwischen den Nationen geregelt. Soweit Vereinbarungen nicht zustande kommen, werden die Streitfragen der Entscheidung internationaler Schiedsgerichte unterworfen.

4. Die Rechte der nationalen Minderheiten und Sprachinseln werden durch Verträge zwischen den Nationen sichergestellt.

Diesen Grundsätzen entsprechend, begrüßt der Parteitag die Bildung des deutschösterreichischen Staates. Der Parteitag fordert, daß Deutschösterreich eine demokratische Republik werde. Die Verfassung der Republik ist festzusetzen durch die konstituierende Nationalversammlung, die möglichst bald auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes aller Männer und Frauen zu wählen ist. Deutschösterreich ist, auf sich selbst gestellt, kein geschlossenes Gebiet, kein wirtschaftlich lebensfähiges Gebilde. Wollen sich die anderen Nationen von Deutschösterreich vollständig trennen oder wollen sie einen Staatenbund mit uns nur unter Bedingungen begründen, die Deutschösterreich zu wirtschaftlicher Verkümmerung verurteilen und deutschösterreichische Gebiete slawischer Fremdherrschaft unterwerfen würden, dann muß die deutschösterreichische Republik als ein selbständiger Bundesstaat dem Deutschen Reiche beitreten.

Der Parteitag ermächtigt die sozialdemokratischen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten, an dem Aufbau des deutschösterreichischen Staates mitzuwirken und an der Regierung des neuen Staates solange teilzunehmen, als dies zur Sicherung der demokratischen Errungenschaften der jüngsten Tage notwendig erscheint.

Der Parteitag fordert die Arbeiter und Soldaten auf, im gegenwärtigen Augenblick Ruhe, Ordnung und Disziplin zu bewahren, damit unsere jüngsten Errungenschaften gesichert und ausgebaut werden können; aber auch wachsam und kampfbereit zu bleiben, damit wir in jeder Stunde gerüstet seien, jeden Anschlag der Reaktion zurückzuweisen und den Sieg der vollen Demokratie innerhalb der deutschösterreichischen Republik zu erringen.

Der Parteitag entbietet schließlich den Arbeiterparteien der anderen Nationen in Oesterreich und in Ungarn seinen Gruß! Er hofft, daß die Arbeiter jedes Volkes gegen die Bourgeoisie ihrer Nation das Selbstbestimmungsrecht der Nachbarvölker und die demokratische und friedliche Lösung aller Streitfragen verfechten werden. Er wünscht, daß die Arbeiterschaft aller Nationen ihren Kampf in enger Gemeinschaft führe im Geiste proletarischer Demokratie und internationaler Solidarität."

Außerdem wurde folgender Antrag Julius Deutsch zum Beschluß erhoben:

„Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs entbietet den Proletariern im Soldatenkleid seine brüderlichen Grüße.

Durchdrungen von der Notwendigkeit gemeinsamen Wirkens aller Kräfte des Volkes, wollen wir, daß Arbeiter und Soldaten Hand in Hand an dem Aufbau eines freien demokratischen Staates arbeiten.

Dem freien Staate ziemt eine freie Wehr!

Deshalb verlangen wir die sofortige planmäßige Umgestaltung des Heeres in eine Volksmiliz, in der keinerlei Vorrechte der besitzenden Klassen geduldet werden.

Solange der Wahnsinn der kapitalistischen Gesellschaftsordnung uns die Waffen in die Hand zwingt, werden wir auf eine Wehrorganisation nicht verzichten können. Aber diese Wehrorganisation muß so beschaffen sein, daß sie nicht Sklaven des Drills, sondern freie Bürger zusammenfaßt.

Wohl wird diese Umformung vorerst auf große Schwierigkeiten stoßen, denn sie muß gleichzeitig mit der Demobilisierung erfolgen, einer Demobilisierung, von der wir verlangen, daß sie so rasch durchgeführt werde, daß kein Tag und keine Stunde vergeht, an denen nicht Zug um Zug von Soldaten der Heimat entgegenrollen. Nur die Bedachtnahme auf den Mangel an Transportmitteln und die Gefahren einer plötzlichen Ueberfüllung des Arbeitsmarktes dürfen noch als Hemmungen gelten.

In treuer Pflichterfüllung wollen wir als Arbeiter und Soldaten allen Hindernissen entgegenwirken und geeint einer besseren Zukunft, einer Zukunft des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus zustreben."

Ferner wurde auf Antrag Huebers folgeder bedeutsame Beschluß gefaßt:

„Die Nationalversammlung Deutschösterreichs wird aufgefordert, das Recht auf Arbeit mit allen wirtschaftlichen Konsequenzen zu proklamieren und ein Gesetz zu beschließen, nach dem jeder Arbeiter und Angestellte, dem der Staat nicht eine angemessene Arbeitsstelle zuweisen kann, auf eine Arbeitslosenunterstützung aus öffentlichen Mitteln Anspruch hat."

Außerdem wurde noch der Antrag Witternigg angenommen:

„Der Parteitag fordert den deutschen Nationalrat auf, den Grund und Boden, der sich im Besitz des Kapitals, des Adels und der Kirche befindet, als deutsches Nationaleigentum zu erklären und den Jagdbesitz in den Hochalpen in Gründe für Rinder und Kleinvieh umzuwandeln.

Der Parteitag erkennt die Notwendigkeit der Anwendung der Verhältniswahl bei den Wahlen zur ordentlichen Nationalversammlung als dringend notwendig an und beauftragt die Vertreter in der Nationalversammlung, dieser Notwendigkeit Rechnung zu tragen."

Der Parteitag, dessen Protokoll im Drange der Zeiten in Buchform nicht veröffentlicht wurde, hat nur zwei Tage gedauert. Zu ausführlichen Diskussionen war keine Zeit. Die Stunde rief zur Tat. Das zeigte schon das äußere Bild des Parteitages. Die in die Regierung berufenen Genossen konnten nur ganz kurze Zeit den Beratungen anwohnen. Viele bewährte Vertrauensmänner aus den Ländern fehlten. In jenem schicksalsschweren Augenblick wurde der Partei ein Mann wiedergegeben, den sie zwei Jahre lang vermißte. Friedrich Adler erlangte am 2. November seine Freiheit wieder. Auch die während des Jännerstreiks Verhafteten wurden amnestiert.

Daß Beauftragte der Partei in die Regierung eintraten, bedarf heute wohl keiner Rechtfertigung. Daß die Partei die Regierung nicht allein übernommen hat, sondern die bürgerlichen Parteien, welche mit schwerer politischer Schuld belastet waren, gezwungen hat, mit ihr zusammen eine Regierung zu bilden, hat sich als durchaus richtige Politik erwiesen. Die Schwierigkeiten, die sich immer von neuem auftürmten, wären von uns im Falle eines Widerstandes des Bürgertums und der Bauern nicht zu meistern gewesen. Die furchtbaren Folgen des Krieges, die nun erst zutage traten, sollten von denen verantwortet werden, die die Kriegshetze betrieben hatten. Dem Staat sollte die Ruhe verbürgt werden, bis das Volk in freier Wahl seine Entscheidung über die Zukunft treffen konnte.

Rückschauend darf heute gesagt werden, daß die Gründung des neuen Staates ohne katastrophale Zwischenfälle gelang. In wenigen Tagen ward an Stelle der zusammengebrochenen k. u. k. Armee die Volkswehr gebildet, welche bei allen Mängeln, die ihr namentlich in der ersten Zeit anhafteten, dem Staate die wertvollsten Dienste geleistet hat. Ihr Dasein verbürgte die Ruhe. Viele Sachgüter, die infolge der plötzlichen Auflösung der alten Truppen ohne Bewachung geblieben waren, wurden durch die Volkswehr dem Staat gerettet. Es waren fast ausschließlich Arbeiter, die für die junge Republik die Waffen ergriffen und den militärischen Sicherungsdienst übernahmen. Proletarische Disziplin und Treue hatte sich auch noch in der alten Armee bewährt. Als viele Kommanden treulos von

ihren Posten davonliefen und Staatsgüter herrenlos zurückließen, haben Arbeiter im Soldatenrock das Heimweh überwunden, sich selbst ein neues Kommando geschaffen und sind im Interesse des neuen Freistaates auf ihren Posten geblieben. Die Rückbeförderung der Etappen- und Fronttruppen in die Heimat gelang überraschend schnell, und wenn auch nicht ganz ohne Opfer, so doch ohne größere Zwischenfälle.

Die neue Regierung ergriff von der Staatsverwaltung Besitz. Die in Wien dislozierten Truppen leisteten den Treueid. Die gewaltigen Soldatenversammlungen der ersten Novembertage gehörten zu den eindrucksvollsten Ereignissen jener denkwürdigen Epoche. Ein gequältes Volk, seiner Ketten ledig, jauchzte in Freiheit auf und gewann Kraft für ein neues Leben. Wie in Wien war auch in den Ländern die Verwaltung zu übernehmen, die Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten. Ueberall standen unsere Genossen an der Spitze, als es galt, planvoll und rasch den Herrschaftsapparat des alten Staates abzulösen. Die vorläufige demokratische Umformung der Landes- und Gemeindeverwaltungen rief tausende Vertrauensmänner der Partei über Nacht auf wichtige Posten. Die Partei hat sich der ungeheuren Aufgabe gewachsen gezeigt.

Die Republik.

Die Verfassung vom 30. Oktober 1918 war faktisch republikanisch, ohne dies aber klar auszusprechen.

Die revolutionäre Entwicklung in Deutschland, die zum Sturz des Kaisertums führte, machte es dringend notwendig, auch bei uns reinen Tisch zu machen. Am Morgen des 11. November trat der Parteivorstand zu einer Sitzung zusammen, in der beschlossen wurde, daß unsere Vertreter in der noch am selben Vormittag stattfindenden Sitzung des Staatsrates ein Gesetz über die Staats- und Regierungsform vorzulegen haben, welches Deutschösterreich als Republik und Bestandteil der deutschen Republik erklärt. Der Anschluß an Deutschland schien uns schon damals unerläßlich, da wir erkannten, daß Deutschösterreich als selbständiger Staat kein lebensfähiges Gebilde sei. Das Gesetz sollte am nächsten Tag der Nationalversammlung zur Beschlußfassung unterbreitet und sofort dem Volk verkündet werden. Darum beschloß der Parteivorstand in jener Sitzung auch den Generalstreik für den folgenden Tag. In gewaltigen Massen setzte sich das arbeitende Volk von Wien am 12. November in Bewegung. Die eindrucksvolle Kundgebung vor dem Parlament wurde durch eine sinnlose Schießerei von Mitgliedern der Roten Garde gestört, die sich in den ersten Novembertagen gebildet hatte und das Zentrum der damals beginnenden kommunistischen Propaganda war. Zur selben Stunde fanden in hunderten Orten des Landes Kundgebungen statt, in denen die Ausrufung der Republik unendliche Begeisterung auslöste.

Eben als die Beratungen des Parteivorstandes am 11. November zu Ende gingen, traf die Nachricht ein, daß Viktor Adler verschieden sei.

Drohend erhob sich in jenen Tagen des politischen Hochgefühls das Gespenst des Hungers und der Arbeitslosigkeit. Der Zusammenbruch machte die große Kriegsindustrie stocken. Den Entlassenen gesellten sich die Heimkehrer zu. Rasch war die staatliche Arbeitslosenunterstützung — die Anerkennung des Prinzips des Rechtes auf Arbeit — durchgesetzt. Rasch waren die organisatorischen Einrichtungen mit Hilfe der Gewerkschaften

geschaffen. Für die Ernährung Wiens mußten ungesäumt Vorbereitungen getroffen werden. Die Lebensmittelversorgung aller Industriestädte war zu sichern. Es gelang, den Winter durchzuhalten und die schwer errungene Freiheit zu bewahren. Mitunter kam es in den Städten zu Lebensmittelkrawallen, wie zum Beispiel in Linz am 4. Februar 1919, oder zu größeren Bewegungen, wie der Eisenbahnerstreik eine war, der Ende März 1919 das Gefüge des Staates erschütterte.

Die Wahlen.

Während die provisorische Nationalversammlung eilig arbeitete, um die dringendsten Gesetze zu beschließen, wurden im Dezember die Vorbereitungen für die

Wahlen zur Konstituierenden Nationalversammlung

getroffen. Der Parteivorstand wandte sich am 29. Dezember 1918 in einem Aufruf an die Wähler und Wählerinnen:

Am 16. Februar werdet ihr die verfassunggebende Nationalversammlung wählen.

Das Volk ist frei geworden, sein Geschick selbst zu bestimmen. Die Nationalversammlung, die ihr alle, Männer und Frauen, in voller Freiheit wählen werdet, wird unsere Staats- und Gesellschaftsverfassung festsetzen. Es gibt kein Herrenhaus mehr, dessen Zustimmung ihre Beschlüsse brauchen würden. Es gibt keinen Kaiser mehr, ohne dessen Genehmigung ihre Beschlüsse nicht in Wirksamkeit träten! Was die von euch allen gewählte Nationalversammlung beschließen wird, wird euer Gesetz sein!

Jetzt gilt es vor allem,

Abrechnung zu halten!

Fort mit denen, die den Krieg verschuldet haben! Vergeßt es nicht: durch das verbrecherische Ultimatum an Serbien hat die österreichisch-ungarische Monarchie den Weltkrieg herbeigeführt! Von denen, die dieses ungeheuerlichste aller Verbrechen verschuldet haben, müßt ihr Rechenschaft fordern! Rechenschaft im Namen unserer Toten, die in fremder Erde ruhen! Rechenschaft im Namen der hunderttausende Witwen und Waisen! Rechenschaft im Namen all derer, die zu Krüppeln geworden sind und die im Schützengraben ihre Gesundheit verloren haben! Rechenschaft im Namen unseres ganzen durch den Krieg verelendeten, dem Hunger und der Kälte preisgegebenen Volkes! Darum fort mit jenen Christlichsozialen und Deutschnationalen, die schon seit 1908, seit der Annexion Bosniens zum Waffengang gegen Serbien gehetzt haben! Fort mit jenen Christlichsozialen und Deutschnationalen, die uns Sozialdemokraten während des Balkankrieges als Verräter am Volk und Vaterland hingestellt haben, weil wir die Erhaltung des Friedens forderten! Fort mit jenen Agrariern, die Serbien durch die Grenzsperre zur Verzweiflung getrieben haben, damit nur ja kein serbisches Schwein die Profite österreichischer Schweinezüchter bedrohe! Fort mit jenen Christlichsozialen, die die Werkzeuge der Kriegspolitik der Hofkamarilla, der Franz Ferdinand und Conrad v. Hötzendorf gewesen sind! Fort mit jenen Deutschnationalen, die vor wenigen Monaten noch, als die Mittelmächte noch nicht besiegt waren, als ein Verständigungsfriede noch möglich war, nach dem Siegfrieden geschrien und es dadurch mitverschuldet haben, daß der Krieg fortgeführt wurde bis zur Niederlage, fortgeführt bis zum Siegfrieden der anderen! Fort mit den schuldigen Parteien! Vor den Staatsgerichtshof die schuldigen Staatsmänner und Generale!

Unser Volk ist in bitterster Not. Der Sieger droht, große Teile unseres Volkes fremder Herrschaft zu unterwerfen. In solcher Not fordern heute alle deutschösterreichischen Parteien

das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes.

Aber mit welchem Recht können Deutschnationale und Christlichsoziale das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes fordern? Wie haben sie, solange das deutsche Volk noch stark und mächtig war, das Selbstbestimmungsrecht der anderen Völker geachtet? Haben sie nicht das ruchlose Gewaltregime der Erzherzog Friedrich und Stürgkh, die Herrschaft des Absolutismus, des § 14, der blutbefleckten Feldgerichte, der zahllosen Galgen unterstützt? Haben sie nicht mit Hochverratsprozessen und Bluturteilen die um ihre Freiheit kämpfenden slawischen Völker niederzwingen, ihnen durch absolutistisches Oktroi ihre Verfassung aufzwingen wollen? Haben sie nicht dem Versuch, das serbische Volk zu vergewaltigen, Polen und Litauen und die baltischen Länder der Fremdherrschaft auszuliefern, applaudiert? Wer, solange er stark war, das Selbstbestimmungsrecht der anderen Völker mit Füßen getreten hat, findet kein Gehör, wenn er, schwach geworden, das Selbstbestimmungsrecht für sein eigenes Volk verlangt! Wenn die Siegfriedler und Annexionisten jetzt vom Selbstbestimmungsrecht der Völker reden, dann lachen sie die anderen Völker nur aus! Darum fort mit denen, die das deutsche Volk vor der Welt moralisch kompromittiert haben! Wir Sozialdemokraten allein sind auch damals, als das deutsche Volk auf dem Höhepunkt seiner Macht stand, für das Selbstbestimmungsrecht der anderen Völker eingetreten; ebendarum hat man uns als Verräter am Deutschtum hingestellt! Wir allein können jetzt Gehör bei den anderen Völkern fordern, wenn wir für unser eigenes Volk verlangen, was wir immer den anderen Völkern zugestanden haben!

Die Freiheit der anderen Völker erkennen wir ohne Vorbehalt an. Aber dieselbe Freiheit fordern wir auch für unser Volk. Deutschösterreich soll

eine demokratische Republik

sein und bleiben. Es darf keine andere Gewalt mehr geben als die, die vom Volk selbst eingesetzt und dem Volk verantwortlich ist! Noch am 21. Oktober, als die Provisorische Nationalversammlung zum erstenmal zusammentrat, haben sich die Christlichsozialen und die Deutschnationalen in feierlichen Erklärungen zur Monarchie bekannt. Wenige Tage später mußten sie freilich unter dem Druck der sozialdemokratischen Arbeiterschaft die Republik proklamieren. Aber ist ihre republikanische Gesinnung echt? Haben sie nicht während des ganzen Krieges den Absolutismus des § 14 unterstützt und nach absolutistischen Oktrois geschrien? Haben sie sich nicht mit höfischen Titeln und Orden gebrüstet, nicht auf Hofgunst all ihre Hoffnungen gesetzt? Verteidigen sie nicht heute noch Tag für Tag alle Schandtaten des monarchischen Regimes? Seht sie euch genau an, Wähler und Wählerinnen! Wählt keinen, dessen republikanische Gesinnung nicht verläßlich ist!

In der demokratischen Republik darf es

keinen Militarismus

mehr geben! Der Völkerbund soll alle Streitigkeiten durch Urteile von Schiedsgerichten schlichten, nicht durch Gewalt entscheiden. Soweit innerhalb der neuen Weltordnung ein Heer noch nötig ist, soll es ein wahres Volksheer sein, eine Miliz mit ganz kurzer Dienstzeit, ohne Paradedrill, ohne Standesprivilegien der Offiziere, ohne Militärgerichte, ohne entwürdigende Disziplinarstrafen, ohne Beschränkung der Bürgerrechte der Soldaten! Für die Kriegsbeschädigten ausreichend zu sorgen, ist Ehrenpflicht des Staates! Die Generale, die während des Krieges die Militärgerichte zu Bluturteilen kommandiert, Soldaten und Zivilisten zu Hunderten ohne gerichtliches Urteil haben hängen und erschießen lassen, die bald aus verbrecherischem Ehrgeiz, bald wieder

aus elender Feigheit und Pflichtvergessenheit Tausende unserer Brüder dem Tod, Tausende dem Elend der Kriegsgefangenschaft zugetrieben haben, dürfen der verdienten Strafe nicht entgehen!

In der demokratischen Republik muß volle

Glaubens- und Gewissensfreiheit

jedermann gesichert sein. Dem Gläubigen bleibe es unverwehrt, nach den Lehren seiner Religion zu leben! Wer aber nicht gläubig ist, soll nicht gezwungen sein, seine Kinder in einer ihm fremden Religion zu erziehen, seine Ehe vor dem Seelsorger zu schließen und zu dem Aufwand einer ihm innerlich fremden Glaubensgemeinschaft beizutragen. Die Macht der Kirche soll ungeschmälert bleiben, soweit sie auf ihrem Einfluß auf die Gläubigen beruht; aber staatlicher Zwang auf die Ungläubigen soll ihre Macht nicht mehr mehren. Darum verlangen wir die Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche.

Die Grundlage des freien Staates ist

die freie Schule.

Der Unterricht soll von pfäffischer Unduldsamkeit und monarchischer Legende befreit werden. Der Arbeitsunterricht soll den Kern des Lehrplans bilden. Die Schullasten soll der Staat den Gemeinden abnehmen. Kein Kind soll mehr hungernd zur Schule gehen. Der Staat soll für Unterhalt und Bekleidung aller Schulkinder sorgen. Freie Bahn für alle Begabten! Der Staat soll allen begabten Kindern auf seine Kosten den Besuch der Mittel- und Hochschulen ermöglichen!

Aber die politische Freiheit, die wir auf solche Weise begründen, ist uns nur ein Mittel, das arbeitende Volk von der wirtschaftlichen Ausbeutung zu befreien. Zu diesem Zweck wollen wir

die Eigentumsverhältnisse neugestalten.

Das Eigentum des Bauern, der seine Scholle selbst bebaut, und das Eigentum des Handwerksmeisters, der seine Werkzeuge selbst gebraucht, wollen wir nicht antasten. Aber das Eigentum der großen Fabrikherren, die tausende Arbeiter ausbeuten, das Eigentum der Bergwerksbesitzer, die Kohle und Erz monopolisieren, den Kapitalbesitz der großen Banken und Handelshäuser, den Großgrundbesitz des Adels, der Kirche und der Kapitalisten — ihn wollen wir dem Volk wiedergeben! Eigentum der Gesamtheit soll werden, was heute Eigentum weniger Kapitalisten und Großgrundbesitzer ist!

Der Staat soll die großen Industrie- und Bergwerksbetriebe, den Großgrundbesitz und die Großbanken enteignen. Die bisherigen Eigentümer sollen eine Entschädigung empfangen; aber die Entschädigung soll durch eine progressive Vermögenssteuer aufgebracht werden, so daß die Gesamtheit der Kapitalisten bezahlen muß, was die enteigneten Kapitalisten bekommen. An der Verwaltung der verstaatlichten Betriebe sollen Arbeiterausschüsse mitwirken, die von den Arbeitern, Angestellten und Beamten dieser Betriebe gewählt werden. Der Gewinn soll zwischen dem Staat und den Arbeitern und Angestellten der verstaatlichten Betriebe geteilt werden.

Auch der enteignete Großgrundbesitz soll in solcher Weise verwaltet werden, wo der Boden nur im Großbetrieb zweckmäßig bewirtschaftet werden kann. Wo das aber nicht der Fall ist, wo der Kleinbetrieb größeren Ertrag verspricht, sollen auf dem Boden, der bisher dem Adel, der Kirche, den Kapitalisten gehört hat, Kleinbauern und Landarbeiter angesiedelt werden!

Den Gemeinden und Bezirken, die fortan durch Bezirks- und Gemeindevertretungen, die auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes gewählt werden, verwaltet werden sollen, soll der Staat das Recht einräumen, das städtische Bauland und die Industrie-, Verkehrs- und Handelsbetriebe, die den lokalen Bedürfnissen dienen, in ihren Besitz und Betrieb zu übernehmen!

So sollen uns Staat, Bezirk und Gemeinde eine sozialistische Gesellschaft aufbauen! Auf der Grundlage der demokratischen Republik ersteht der Sozialismus!

Nur auf diese Weise kann der Staat die durch den Krieg zerstörte Volkswirtschaft wiederaufbauen, das Massenelend lindern, alle Arbeitenden schützen. Die

Arbeiterschutzgesetzgebung

muß ausgebaut, ihre Wirksamkeit auf alle Arbeiter, Angestellten und Beamten ausgedehnt werden. Freies Koalitionsrecht für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten, Achtstundentag und freier Samstagnachmittag, der jährliche bezahlte Erholungsurlaub, die Teilnahme von Arbeiterausschüssen an der Verwaltung der Betriebe — das sind unsere nächsten Forderungen!

Auch die landwirtschaftlichen Arbeiter, die bisher schutzlos waren, sollen fortan des Schutzes von Gesetzen, die natürlich den besonderen Arbeitsverhältnissen der Landwirtschaft angepaßt werden müssen, nicht entbehren. Den Hausangestellten, die bürgerlicher Hochmut Dienstboten nennt, muß das Gesetz eine Mindestruhezeit, Mindestlöhne, zwei freie Nachmittage wöchentlich und jährlichen bezahlten Urlaub sichern. Für die landwirtschaftlichen Arbeiter und für die Hausangestellten soll ein modernes Arbeiterrecht an Stelle der Dienstbotenordnungen geschaffen werden.

Durch die Sozialisierung der Großindustrie und des Großgrundbesitzes wird der Staat erst die Mittel gewinnen, die er für die

Sozialversicherung

braucht. Wir fordern die Alters- und Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherung für das ganze Volk; für Arbeiter und Angestellte ebenso wie für Bauern, Handwerksmeister und kleine Geschäftsleute. Wir fordern die Arbeitslosenversicherung mit Staatszuschuß, von den Gewerkschaften und Angestelltenorganisationen verwaltet, für alle Arbeiter und Angestellten einschließlich der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Hausangestellten.

Die reichen Mittel, die die Sozialisierung der Großindustrie, der Großbanken und des Großgrundbesitzes dem Staat zuführen wird, werden den Staat erst in die Lage versetzen,

allen Arbeitenden ein menschenwürdiges Dasein

zu schaffen. Wenn die Erträgnisse der großen Industriebetriebe, der großen Banken, des großen Grundbesitzes nicht mehr Kartellmagnaten und Börsenrittern, nicht mehr müßigen Adeligen und Prälaten zufließen, sondern dem Staat, wird der Staat die indirekten Steuern und die Zölle, die die Lebensmittel und die Wohnungen verteuern, allmählich abbauen, die Gehalte, Löhne und Pensionen der Beamten, der Lehrer, der Staatsdiener und Staatsarbeiter den Teuerungsverhältnissen anpassen können!

Der Sozialismus bringt allen eine neue Zeit, vor allem auch

den Frauen.

Gegen den Widerstand der Christlichsozialen und der Deutschnationalen hat die Sozialdemokratie das Frauenwahlrecht durchgesetzt; jetzt müssen alle Gesetze fallen, die die Frauen gegenüber den Männern benachteiligen. Alle Berufe mit Ausnahme derer, die dem weiblichen Organismus schädlich sind, sind den Frauen zu öffnen. Vor allem aber muß überall der Grundsatz verwirklicht werden: Für gleiche Arbeit gleichen Lohn, ob Mann oder Frau die Arbeit leistet! Das fordert nicht nur das Interesse der Frauen, sondern auch das der Männer: die arbeitenden Frauen sollen ihre männlichen Arbeitskollegen nicht mehr unterbieten, sondern gemeinsam mit ihnen arbeiten, organisieren, verwalten!

Ihr Wahlrecht aber sollen die Frauen benützen, um Schutz für sich und ihre Kinder durchzusetzen. Nach dem furchtbaren Blutverlust des Krieges muß die Gesellschaft für die Aufzucht eines gesunden Nachwuchses sorgen! Darum fordern wir die Mutterschaftsversicherung, damit sich die jungen Mütter, von der Berufsarbeit entlastet, der Pflege ihrer Kinder widmen können; darum fordern wir die Beistellung der notwendigen Mittel für die öffentliche Säuglings-, Kinder-, Waisenfürsorge; darum verlangen wir das ausnahmslose Verbot der gewerblichen Kinderausbeutung; darum muß sich der Staat auch der unehelichen Mütter und unehelichen Kinder annehmen, darf er auch die unehelichen Kinder nicht mehr zu Zehntausenden elend zugrunde gehen lassen! An Mitteln zu alledem wird es nicht fehlen, wenn erst Fabriken und Bergwerke, große Gutsherrschaften, Handelshäuser und Banken ihre Profite nicht mehr Privatleuten abwerfen, sondern dem Staat!

Kann aber unser kleines, armes Deutschösterreich diese gewaltigen Aufgaben erfüllen? Auf sich selbst gestellt ist es kein wirtschaftlich lebensfähiges Gebilde. Die slawischen Nachbarvölker und Ungarn haben sich von uns getrennt; sie wollen keine Gemeinschaft mit uns mehr, die unseren Lebensbedingungen entspräche. So bleibt uns nur ein Weg übrig: der

Anschluß an Deutschland.

Unsere bürgerlichen Parteien haben das alte Deutschland geliebt: das Deutschland der Hohenzollern, der preußischen Junker, des völkermordenden preußischen Militarismus. Dieses Deutschland haben wir Sozialdemokraten gehaßt.

Aber jetzt ist ein neues Deutschland entstanden: die Hohenzollern sind verjagt, das deutsche Volk hat sich von der Herrschaft des Preußentums befreit, in der großen deutschen sozialistischen Volksrepublik ringt sich die deutsche Arbeiterklasse in gewaltigen Kämpfen zum Sozialismus empor! Dieses Deutschland gefällt unseren besitzenden Klassen nicht. Fabrikanten und Bankherren, um ihre Profite zitternd, spinnen jetzt ihre Ränke gegen den Anschluß an Deutschland — der Geldsack, der sich immer deutschnational gebärdet hat, fühlt nicht mehr deutsch, seitdem Deutschland rot ist! Wir aber wollen zu dem roten Deutschland! Die deutschösterreichische Republik soll sich als ein besonderer Bundesstaat der großen gesamtdeutschen Republik eingliedern! Der Anschluß an Deutschland ist jetzt Anschluß an den Sozialismus!

Wähler und Wählerinnen!

In dieser Frage wie in jeder anderen stehen sich Besitzende und Besitzlose, Ausbeutende und Ausgebeutete, Reiche und Arme feindlich gegenüber!

Alle bürgerlichen Parteien, wie immer sie sich nennen, vertreten nur die Interessen der Besitzenden. Sie sprechen vom Christentum und vom Deutschtum nur, um unter heuchlerischer Maske den Kapitalsbesitz der Kapitalisten, den Großgrundbesitz des Adels und der Kirche zu verteidigen!

Ihnen gegenüber müssen alle Besitzlose, alle Arbeitenden und Ausgebeuteten zusammenstehen. Sammelt euch unter der roten Fahne! Vereinigt euch zum Kampfe für Demokratie und Sozialismus! Sorget dafür, daß das Volk Deutschösterreichs am 16. Februar entscheide für die sozialistische Republik!

Der Parteivorstand der deutschösterreichischen Sozialdemokratie.

Eine Reichskonferenz am 2. Jänner 1919 stellte die Kandidaten auf. Am 16. Februar fand die Wahl statt. In wenigen Wochen war von den Vertrauensmännern eine ungeheure Arbeit in den neuen Riesenwahlkreisen geleistet worden, welche durch die Einführung des Proporzes notwendig wurden. In tausenden Versammlungen, denen die Massen zuströmten, wurde mit den Kriegshetzern Abrechnung gehalten. In vielen hunderten

kleinen Orten, in denen nie zuvor eine sozialdemokratische Versammlung möglich gewesen war, fanden unsere Redner begeisterte Zustimmung. Manche Parteikreise erwarteten, daß die Reaktion durch die zum erstenmal wahlberechtigten Frauen Hilfstruppen bekommen würde. Die Kapitalisten scheuten keine Anstrengungen. Mit welchen Mitteln von den Gegnern gearbeitet wurde, zeigt das Dokument, das die „Arbeiter-Zitung" am 10. Jänner 1919 zu veröffentlichen in der Lage war. Es ist ein Rundschreiben des ehemaligen Herrenhäuslers Fürsten Karl Auersperg an seine agrarischen und adeligen Standesgenossen:

„Als ich im Sommer dieses Jahres den Aufruf an meine Berufsgenossen noch mit der Aufschrift versehen konnte: „An den österreichischen Großgrundbesitz" wußten wir zwar, daß uns eine sorgenvolle Zeit bevorstehe, aber voll Zuversicht hegten wir noch manche schöne Hoffnung.

Die Zertrümmerung Oesterreichs hat sie verschüttet. Damals hatten wir noch ein heißgeliebtes, großes, gemeinsames Vaterland und nun müssen wir tieftraurigen Herzens voneinander Abschied nehmen und gehen in die Teile auseinander, in welche die österreichische Scholle zerschlagen wird. So mancher von uns ist auf dem Erbe seiner Väter ein Ausländer geworden. Trotzdem sollten gerade wir, die entschlossen waren, im alten Oesterreich für alles einzustehen, was dem Grundbesitz, ob groß oder klein, gemeinsam ist, wenigstens innerhalb der Teile, denen wir fortan angehören werden, untereinander geschlossen bleiben. Ich kann mich nur an jene Zeichner wenden, deren Grundbesitz ausschließlich in einem der künftig zum deutschösterreichischen Staate gehörigen Länder liegt, und an solche, die Grundbesitz in mehreren Ländern, darunter auch auf deutschösterreichischen Gebiet, haben und also an dem Schicksal des Großgrundbesitzes im deutschösterreichischen Staate beteiligt sind. Die Pläne, welche auf Vernichtung des Großgrundbesitzes abzielen, darf ich als bekannt voraussetzen.

In Deutschösterreich scheint unter den besitzenden Klassen der Bevölkerung das Bewußtsein zu erwachen, daß wir uns durchaus nicht auf dem versprochenen Wege zur Demokratie, sondern inmitten der für alle gleich großen Gefahr befinden, unter die Allein- und Gewaltherrschaft der Führer einer einzigen Gesellschaftsklasse, nämlich der sozialdemokratisch organisierten Arbeiter zu geraten.

Gegenüber der musterhaften Organisation der sozialdemokratischen Partei können die unzähligen bürgerlichen Parteien, deren sich immer noch neue bilden, nur dann aufkommen, wenn sie dort, wo sie einem sozialdemokratischen Kandidaten gegenüberstehen, unter sich jeden Kampf aufgeben, sich einigen und gegen diesen Gegner wenden.

Ueber allen bürgerlichen Parteiprogrammen, über allen Sonderwünschen der verschiedenen bürgerlichen, selbständigen Berufs- und Besitzklassen, des Grundbesitzes, der Gewerbe, der Industrie und des Handels, über dem Gegensatz von Stadt und Land muß der mit eisernem Willen gefaßte Entschluß stehen: „Einigkeit gegenüber der Sozialdemokratie!"

Um diesen Entschluß anzuregen und seine Ausführung durchzusetzen, hat sich eine Anzahl von Männern ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit, Beruf und gesellschaftliche Stellung zusammengetan.

Sie bilden keine politische Partei, haben kein Wahlprogramm verfaßt und stellen keine Kandidaten auf.

Sie werden nichts anderes tun, als dort, wo bei der Wahl die bürgerlichen Parteien durch die Sozialdemokraten gefährdet sind, den bürgerlichen Kandidaten unterstützen, und dort, wo die bürgerlichen Parteien über ihre Kandidaten nicht einig sind, vermitteln, damit sie geschlossen gegen die Sozialisten auftreten.

Durch Beeinflussung der Presse in diesem Sinne soll die Wahl vorbereitet werden.

Aus den Reihen des Großgrundbesitzes sind mit diesem Kreis von Männern Rudolf Graf Colloredo-Mansfeld, Bernhard Freiherr v. Ehrenfels und Rudolf Graf v. Abensperg und Traun in Verbindung getreten. So wie die ganze Vereinigung eine völlig freie ist, haben auch die Genannten keinerlei Mandat ihrer Berufsgenossen, aber ihre bisherige Tätigkeit im öffentlichen Leben bietet die volle Bürgschaft dafür, daß sie in dieser Vereinigung die Interessen des deutschösterreichischen Großgrundbesitzes verständnisvoll vertreten werden.

Die Vereinigung verfügt, da die Industrie in derselben stark vertreten ist, über große Geldmittel.

Wollen wir diejenigen, welche unsere Interessen vertreten sollen, mit leeren Händen vor ihrer Aufgabe stehen lassen? Sie, die auch die Verbindung mit dem Bauernstand herstellen müssen!

Ich halte es für unangemessen, sowohl der sozialen Bedeutung als auch der finanziellen Lage des Großgrundbesitzes, wenn er in diesem entscheidenden Augenblick diejenigen, welche ihn zur Geltung bringen wollen, im Stiche läßt, sie auf Almosen aus der Tasche anderer Berufsstände verweist und im übrigen abwartet, was andere über ihn verfügen werden.

Einige persönliche Freunde haben sich daher mit mir entschlossen, den genannten drei Herren vorläufig ein Bankkonto zu eröffnen, über welches sie nach Bedarf verfügen mögen. Eine für seine Zwecke genügende Dotierung dieses Kontos geht jedoch über unsere Kräfte. Die Bereitwilligkeit, welche der deutschösterreichische Großgrundbesitz und jene Grundbesitzer, die außer in anderen auch in deutschösterreichischen Ländern Besitz haben, für die Unterstützung der agrarischen Zentralstelle gezeigt haben, läßt mich aber auf Hilfe hoffen. Die erbetene Beitragsleistung für die agrarische Zentralstelle kann derzeit nicht angesprochen werden. Viel drohender aber als alles, was die Zentralstelle abwehren sollte, steht die Entscheidung, welche bei der Wahl in die konstituierende Nationalversammlung fallen wird, vor uns. Es liegt mir daher die Bitte nahe, jenen Beitrag, welcher auf Jahre hinaus in Aussicht gestellt war, in seinem einmaligen Betrag und womöglich ein Mehrfaches davon dem Wahlfonds zuzugestehen, über welchen die drei genannten Herren Rudolf Graf Colloredo-Mansfeld, Bernhard Freiherr v. Ehrenfels und Rudolf Graf v. Abensperg und Traun verfügen sollen.

Diese Bitte unterbreite ich hiemit und lege für den Fall, als sie Gehör finden sollte, einen Erlagschein zum geneigten Gebrauch bei. Selbstverständlich wird über die Verwendung des Fonds eine Rechnung geführt, in welche jederzeit diejenigen Einblick nehmen können, welche den Fonds mit Beiträgen bedenken.

Goldegg bei St. Pölten, im Dezember 1918.

Karl Fürst Auersperg.

Indessen brachte der Wahltag unserer Partei einen glänzenden Sieg. Als stärkste Partei zog die Sozialdemokratie in die konstituierende Nationalversammlung ein, die am 4. März eröffnet wurde.

Die besetzten Gebiete, die Sudetenländer und Südtirol, konnten die Wahlen nicht vornehmen. Einer Ernennung von Abgeordneten für die Gebiete, die nicht gewählt haben, wie das Wahlgesetz es vorsah, hat die Partei ihre Zustimmung nicht erteilt. Die Genossen der Sudetenländer haben selbst nachdrücklichst dagegen Protest erhoben, daß auf dem Wege der Ernennung eine Vertretung dieser Gebiete in der Nationalversammlung erfolge. So

hat denn auch die von der Nationalversammlung eingesetzte Kommission beschlossen, eine Ernennung nur für Südtirol vollziehen zu lassen. Am Tage der Eröffnung der Nationalversammlung veranstalteten unsere Genossen in den Sudetenländern mächtige Kundgebungen zum Protest gegen ihre Vergewaltigung. An mehreren Orten sind infolge des Eingreifens tschechischer Truppen Opfer gefallen.

Das Wahlergebnis war entscheidend für die

Neubildung der Regierung.

Keine Partei hatte die Mehrheit. Von den 159 Abgeordneten, waren 69 Sozialdemokraten, 62 Christlichsoziale, 25 Großdeutsche, daneben ein Wiener Liberaler, ein Tscheche und ein Zionist. Wir waren zahlenmäßig zu schwach, die Regierung allein zu übernehmen, und zu stark, um als Opposition der Bildung einer bürgerlichen Koalitionsregierung gegen uns zuschauen zu können. Daß wir an den Grundsätzen der Demokratie festgehalten haben, war selbstverständlich. Unter solchen Umständen blieb kein anderer Weg, als der, eine Koalitionsregierung mit den Christlichsozialen, welche die andere große Klasse im Staate, die Bauern, vertreten, zu bilden. Dies geschah auf Grund eines Aktionsprogramms, welches die neugewählte Fraktion entworfen hat (siehe 12. Heft des „Tätigkeitsberichtes der sozialdemokratischen Abgeordneten"). Unser Gefühl mochte sich noch so sehr dagegen sträuben, mit unseren alten Feinden zusammen eine Regierung zu bilden. Es blieb uns keine andere Wahl. Nur wenn Deutschösterreich demokratisch regiert wurde, konnte es darauf rechnen, in absehbarer Zeit den Friedensvertrag und die notwendigen Kredite für die Bezüge ausländischer Lebensmittel zu erlangen.

So gewiß es ist, daß sich das revolutionäre Wien und seine industrielle Umgebung eine reaktionäre Regierung der Länder nicht gefallen lassen hätten, so sicher es auch, daß umgekehrt eine rein sozialistische Regierung ernsthaft nur wenig über Wien hinaus Macht besitzen würde, wie die Dinge heute liegen.

Die politischen Aktionen der letzten Monate waren stets von reger Versammlungstätigkeit in allen Ländern begleitet. Insbesondere zur Erörterung des Friedens und zum Protest gegen die Deutschösterreich angetane Vergewaltigung fanden zahlreiche Versammlungen statt.

Der 1. Mai 1919, von der Nationalversammlung als Staatsfeiertag erklärt, wurde diesmal großartiger als je gefeiert.

Wenige Tage später begab sich die deutschösterreichische Friedensdelegation unter Führung des Genossen Renner nach Paris. Bange Wochen vergingen, ehe die erste Note der Entente über die Friedensbedingungen kam. Ein Vernichtungsfriede drohte. Erst im September lag der endgültige Text des Vertrages vor, der unserem Staate den Anschluß an Deutschland verwehrt und ihn in die Botmäßigkeit der Entente zwingt. Er macht die Reparationskommission zum eigentlichen Herrn des Landes. Mit bitterem Schmerz muß die Arbeiterklasse erkennen, daß sie die politische Macht in einem Zeitpunkt erlangte, in dem die wirtschaftliche Zerrüttung des Landes und die weltpolitische Lage der Verwirklichung des Sozialismus Hemmnis auf Hemmnis bereiten.

Die kommunistische Bewegung. Die Arbeiterräte.

Es nimmt nicht wunder, daß die Einsicht in die schwierigen und ungünstigen Bedingungen des Klassenkampfes keineswegs allen Schichten der Arbeiterklasse eignen will. Strömten doch der Arbeiterbewegung nach dem Umsturz Massen zu, die früher der Organisation vollständig gleichgültig, ja sogar feindselig gegenüberstanden und nun, die Lehren des Sozialismus nicht voll erfassend, Sonderinteressen vor das Gesamtinteresse des Proletariats stellten oder, hyperradikalen Phrasen zugänglich, ohne Rücksicht auf die gegebene geschichtliche Situation, nur nach ihren Gefühlen Politik treiben wollten. Die maßlose Erbitterung, die der Krieg erzeugt hatte, gebar eine Stimmung der Rache. Die Invaliden, die für Habsburgs Machtgelüste ihre geraden Glieder hatten opfern müssen; die Frontheimkehrer, die mit dem Zorn über ihre Peiniger vollgesogen waren; die, die das bittere Los jahrelanger Kriegsgefangenschaft durchgekostet hatten; verzweifelte Arbeitslose, deren Existenz zerstört war; diese Gruppen waren am leichtesten einer Agitation zugänglich, die ohne Wahl maßlose, von niemand erfüllbare Versprechungen austeilte und die Not der Zeit zu einer Katastrophenpolitik auszunützen versuchte.

Während die in der Kriegszeit vorhanden gewesenen taktischen Gegensätze innerhalb der Partei nach dem Umsturz im allgemeinen verschwanden und insbesondere in der entscheidenden Frage, ob Koalitionsregierung oder nicht, in der Partei zwischen rechts und links keine Meinungsverschiedenheit war, spaltete sich eine kleine Gruppe Linksradikaler, die sich schon während des Jännerstreiks gegen die Partei gestellt hatte, indem sie in den Streikversammlungen gegen die Entscheidung des Wiener Arbeiterrates für die Fortsetzung des Streiks Propaganda machte, ab. Daraus entstand die kommunistische Partei. Ihr wirklicher Mitgliederstand ist nie sonderlich groß gewesen. Aber russisches und später ungarisches Geld ermöglichten ihr eine überaus rege Propaganda. In den Tagen der Wahlbewegung vermochte sie sich kaum irgendwo bemerkbar zu machen. Als aber dann die Ernährungsschwierigkeiten wuchsen und auch nicht alle Forderungen einzelner Arbeiterschichten erfüllt werden konnten, erzielte die kommunistische Agitation, die einer weitverbreiteten Stimmung des Unmuts entgegenkam, größere Erfolge. Außer in Wien faßte die Bewegung in den größeren Städten der Alpenländer Fuß. In Graz kam es am 22. Februar zu einer Schießerei, bei der 6 Tote auf dem Platze blieben.

Als am 21. März die Rätediktatur in Ungarn errichtet wurde und bald darauf das Zwischenspiel in München anhob, vervielfachten die Kommunisten ihre Anstrengungen.

Im Zuge der Ereignisse traten nun die Arbeiterräte in den Vordergrund.

Die während des Jännerstreiks in Wien und anderen Orten entstandenen Arbeiterräte waren eine Organisation im Rahmen der Partei. Sie sollten eine innige und rasche Verbindung der Partei mit der Arbeiterschaft der größeren Betriebe herstellen und waren der Boden, auf dem die Partei unmittelbar zu den Betriebsvertrauensmännern sprechen konnte. In den Tagen des Umsturzes gesellten sich den Arbeiterräten, die sich nun spontan in vielen Orten bildeten, Soldatenräte hinzu. Immer noch waren die Arbeiterräte im Rahmen der Parteibewegung tätig. Nur Sozialdemokraten fanden in ihnen Platz.

Der Linzer Arbeiterrat berief für den 19. Februar 1919 eine Konferenz der Arbeiterräte Deutschösterreichs nach Linz ein. Dort wurde der Parteivorstand aufgefordert, auf dem Wege durch die Parteipresse eine Konferenz der Arbeiterräte nach Wien einzuladen, auf ihr die politische Situation zur Erörterung zu bringen und Vorschläge zum Ausbau der Organisation der Arbeiterräte zu machen. Die Konferenz fand bereits am 1. und 2. März 1919 in Wien statt. Sie mahnte in einem Beschluß zur Wahrung der Einheit der Arbeiterbewegung (den Wortlaut siehe in der Broschüre „Die Arbeiterräte in Deutschösterreich" von Julius Braunthal, Seite 43) und beschloß außerdem ein Organisationsstatut, welches den geänderten Verhältnissen Rechnung trug. Der Arbeiterrat sollte eine Körperschaft werden, in der — da die Parteibewegung nunmehr ihre Einheit verloren hatte — alle Richtungen innerhalb der Arbeiterklasse vertreten sein konnten, „die in der Erreichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung das Ziel und im Klassenkampf das Mittel der Emanzipation des Proletariats erkennen".

Unter der Leitung eines provisorischen Reichsvollzugsausschusses, der auf der Konferenz gewählt wurde und an dessen Spitze Friedrich Adler trat, entwickelte sich nun eine eigene Organisation der Arbeiterräte. Der Reichsvollzugsausschuß sollte die Neuwahlen für die Arbeiterräte nach einheitlichen Grundsätzen in die Wege leiten. Politisch trat er zum erstenmal in die Oeffentlichkeit, als er am 23. März den Aufruf der ungarischen Räteregierung „An Alle!" ablehnend beantwortete. (Wortlaut siehe in der erwähnten Schrift, Seite 44). Die Arbeiterrätekonferenz hatte auch die Errichtung eines Zentralrates beschlossen, in dem alle leitenden Körperschaften der Arbeiterbewegung vertreten sein sollten. Dieser Zentralrat trat am 29. März zu seiner ersten Sitzung zusammen und schloß sich der Antwort des Reichsvollzugsausschusses an Ungarn an.

Am 17. April 1919 kam es in Wien zu einem Putschversuch. Anonyme Komitees hatten Versammlungen der Heimkehrer, der Invaliden und der Arbeitslosen an verschiedenen Orten angesagt. Die Teilnehmer vereinigten sich zu einer Demonstration vor dem Parlamentsgebäude, welche der Regierung ihre Forderungen überreichen sollte. Die Heimkehrer verlangten für jeden Mann 5000 Kr. Es kam zu einem Zusammenstoß mit der Sicherheitswache. Fünf tote Wachleute, eine tote Frau, 56 Verletzte und ein Sachschaden von 200.000 Kr., entstanden durch Brandstiftung, waren das Ergebnis dieser Aktion, deren Urheberschaft die kommunistische Partei zu verleugnen suchte. Der Parteivorstand legte in einem Aufruf (abgedruckt in der erwähnten Schrift, Seite 45) die Sinnlosigkeit dieses Putsches dar und mahnte zur Besonnenheit, da Unruhen nur der Reaktion helfen würden. Der Zentralrat schloß sich diesem Aufruf am 18. April mit allen gegen die Stimmen der Kommunisten an und lehnte deren Antrag, den sozialistischen Mitgliedern der Regierung das Mißtrauen auszusprechen, ab.

Am 28. und 29. April tagte eine Reichskonferenz unserer Partei. Die Erregung der Arbeiterklasse in jenen Tagen war groß, denn das Betriebsrätegesetz stieß im Sozialisierungsausschuß der Nationalversammlung auf starken Widerstand.

Die Reichskonferenz setzte sich mit der kommunistischen Bewegung auseinander und faßte folgenden Beschluß:

> Die Reichskonferenz bedauert, daß durch die Gründung der kommunistischen Partei und anderer kleiner Gruppen Versuche der Spaltung des klassenbewußten Proletariats Deutschösterreichs unternommen werden. Die Reichskonferenz ist

der Meinung, daß nach wie vor die Sozialdemokratie alle Aufgaben der politischen Vertretung des klassenbewußten Proletariats in Deutschösterreich zu erfüllen vermag. Sie erwartet daher von den Parteigenossen, daß sie alle Kraft aufwenden werden, um den großen Zustrom der Massen in die Sozialdemokratie, den die Folgeerscheinungen des Krieges mit sich bringen, festzuhalten und die vielen neuen Parteigenossen mit sozialistischer Erkenntnis zu erfüllen.

Die Reichskonferenz wünscht, daß der Kampf gegen die Agitation der kommunistischen Partei mit den Waffen des Geistes geführt werde. Wir wollen, müssen und können in den Versammlungen und in der Presse die demagogischen Schlagworte, die von angeblich so radikalen Leuten ausgegeben werden, bekämpfen und werden durch Ueberzeugung der Massen die Oberhand gegenüber allen Absprengungsversuchen behalten. Wir Sozialdemokraten wollen nicht in das Fahrwasser der Kommunisten in Rußland und Ungarn geraten, die durch Methoden der Gewalt die Freiheit der Kritik nicht nur der Bourgeoisie, sondern auch großen Teilen des Proletariats entziehen. Wir wollen auf dem Boden der Meinungsfreiheit, der Preßfreiheit und Versammlungsfreiheit den Kampf mit unseren Gegnern führen. Aber wir sind der Meinung, daß auch für sie die Gesetze zu gelten haben. Wenn diese Gesetze verbesserungsbedürftig sind, und dies ist bei manchen der Fall, so sollen sie durch die Volksvertretung verbessert werden. Aber wir müssen verlangen, daß ebenso wie in den kommunistischen Republiken auch in der Republik Deutschösterreich das Gesetz Achtung finde von allen Volksgenossen. Wer zur Gewalt greift, muß damit rechnen, daß die Republik, die den Willen der überwältigenden Mehrheit des Volkes darstellt, mit Gewalt antworten wird. Insbesondere muß ebenso wie in den kommunistischen Republiken selbstverständlich auch bei uns allen Plünderungen und Brandstiftungen mit Gewalt entgegengetreten werden. Die Sozialdemokratie wünscht den Kampf mit geistigen Waffen, sie ist aber nicht gesonnen, sich terrorisieren zu lassen, weder von Monarchisten noch von „Kommunisten".

Die Reichskonferenz weiß, daß neben manchen zweifelhaften Elementen, die hoffen, in der kommunistischen Partei ihre Privatgeschäfte zu besorgen, es auch klassenbewußte Arbeiter gibt, die in ihrer Verzweiflung über das Elend, das der Krieg über uns gebracht hat, hoffen, in dieser neugebildeten Gruppe eine radikalere Vertretung ihrer Interessen zu finden. Im Hinblick auf diese klassenbewußten Arbeiter, die gegenwärtig in die Irre gehen, wollen die Sozialdemokraten alles vermeiden, was die Gegensätze überflüssig verschärfen könnte. Denn wir sind der festen Ueberzeugung, daß eine Durchbrechung der Front des klassenbewußten Proletariats auf die Dauer nicht möglich ist und die Einheit der Partei in Deutschösterreich behauptet werden kann. Aber wir sind ebenso entschlossen, mit aller Energie allen unbewußten oder bewußten Täuschungsversuchen des Proletariats entgegenzutreten. Insbesondere wenden wir uns gegen alle Methoden der Lügenpolitik. Wir wollen das Proletariat nicht mißbrauchen, sondern wir Sozialdemokraten wollen unseren Genossen in allen Fällen und unter allen Umständen nur die Wahrheit sagen, so gut wir sie zu erkennen vermögen. Wir werden niemals das Proletariat im Dienste einer „höheren Idee" mißbrauchen, wir wollen, daß das Proletariat aus eigenem Bewußtsein den Weg einschlage, den es gehen muß, der zu seiner Befreiung führt.

Die deutschösterreichische Sozialdemokratie, die sich zum Internationalismus bekannt hat, wird alle Pflichten internationaler Solidarität auch in Zukunft erfüllen. Sie bedauert, daß sie in der gegenwärtigen verzweifelten Lage der größten Schwierigkeiten im eigenen Land den Fortschritt des Umwälzungsprozesses des kapitalistischen Systems in anderen Ländern nur mit ihrer herzlichsten Sympathie begleiten kann. Die Sozialdemokratie in Deutschösterreich enthält sich des Eingreifens in die Kämpfe der Bruderparteien in anderen Ländern, wenn sie auch manches, was in anderen Ländern geschieht, für bedauerlich im Interesse der Entwicklung zum Sozialismus hält. Ebenso muß sie aber auch fordern, daß die proletarischen Parteien jenseits unserer Grenzen sich auf die theoretische Erörterung der Probleme unseres Landes be-

schränken und ein praktisches Eingreifen in unsere Politik vermeiden. Insbesondere verwahrt sie sich dagegen, daß Leute, deren sozialistisches Bekenntnis recht kurzen Datums ist, ohne die Kenntnis der Bedingungen des proletarischen Kampfes in Deutschösterreich in gewissenloser Weise mit den Methoden der Lüge und sogar der Bestechung Versuche machen, das Proletariat zu desorientieren und zu desorganisieren. Die proletarische Bewegung in Deutschösterreich ist stark genug, um aus eigener Kraft nicht nur die geistigen, sondern auch die materiellen Mittel zu schöpfen, die für ihren Kampf notwendig sind.

Die Methoden des proletarischen Befreiungskampfes sind überall abhängig von der ökonomischen Struktur des Landes und der politischen Reife seiner wirtschaftlichen Klasse. Die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen, unter denen sich die soziale Revolution in Deutschösterreich vollzieht, unterscheiden sich wesentlich von jenen der russischen und der ungarischen Revolution. Eine einfache Kopie des Vorgehens in anderen Ländern ist ausgeschlossen. Aber auch wenn sogar heute in Deutschösterreich auf Grund der russischen Räteverfassung gewählt würde, so würde die Machtverteilung in der gewählten Körperschaft keine wesentlich andere sein als die in unserer Nationalversammlung. Den Vertretern des industriellen Proletariats stände auch weiterhin eine annähernd gleichstarke Vertretung der Bauern zur Seite. Das deutschösterreichische Proletariat vertraut auf seine Macht und hofft, daß diese ausreichen wird, auf dem Wege der politischen Demokratie und der organischen Entwicklung den Sozialismus zu verwirklichen.

Ohne sich in eine Beurteilung der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Rätediktatur in anderen Ländern einzulassen, hält sich die Reichskonferenz für verpflichtet, gerade im gegenwärtigen Moment vor jedem Experiment der Verwirklichung der Rätediktatur in Deutschösterreich zu warnen.

Unsere Abhängigkeit von dem siegreichen Imperialismus müßte bei der vollständigen Erschöpfung aller unserer Hilfsquellen den Zusammenbruch eines derartigen Unternehmens in der allerkürzesten Zeit herbeiführen. Das Resultat wäre einzig eine Niederlage des Proletariats in Deutschösterreich, die seine Kampffähigkeit in der Zukunft wesentlich herabsetzen würde. Auch die Internationale kann kein Interesse an den Niederlagen des Proletariats in einzelnen Ländern haben. Wir scheuen keine Opfer, aber wir sind gegen alle zwecklosen Opfer. Alle Versuche der Nachahmung des ungarischen oder bayerischen Beispiels können nur dieAussichten der Konterrevolution in Deutschösterreich verbessern."

Der Reichsvollzugsausschuß der Arbeiterräte nahm am folgenden Tage gegen die Verschleppung der Beratungen des Betriebsrätegesetzes Stellung.

In den Parteiorganisationen wurde die Frage „Rätediktatur oder Demokratie" unausgesetzt diskutiert. (Eine Darstellung des Problems siehe in der erwähnten Schrift von Braunthal).

Ende Mai wurde der angekündigte Abbau der Volkswehr die Quelle einer neuen Erregung. Ausgehend vom Bataillon Nr. 41, das aus der früheren Roten Garde gebildet worden war, wuchs die kommunistische Strömung in der Wiener Volkswehr. Mit ungeheuren Geldmitteln, die aus Ungarn geliefert wurden, begannen die Kommunisten eine außerordentlich starke Agitation. Es entstand die Gefahr, daß bewaffnete Proletarier einander gegenüberstehen und deutsche Zustände nach Deutschösterreich verpflanzt werden. Der Vollzugsausschuß der Soldatenräte gab sich die größte Mühe, klärend zu wirken. So erschien am 3. Juni 1919 das folgende Manifest:

An alle Arbeiter und Soldaten!

Die Kommunisten haben in der Volkswehr einen Konflikt entfesselt, der die schwerste Bedrohung der Revolution darstellt. Der provisorische Vollzugsausschuß der Soldatenräte der Volkswehr Wiens erachtet es als seine Pflicht, die Aufmerksamkeit des gesamten Proletariats auf diese Gefahr zu lenken.

In den Waffenstillstandsbedingungen und in wiederholten Demarchen der Militärmission der Entente wurde die deutschösterreichische Regierung aufgefordert, den Stand der Volkswehr zu vermindern.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Vertreter der Entente damit den konterrevolutionären Bestrebungen des deutschösterreichischen Bürgertums entgegenkommen. Denn die Volkswehr, die die sicherste Bürgschaft der Revolution darstellt, betrachtet die Konterrevolution als ihren Todfeind, den zu vernichten sie sich mit allen Kräften bemüht. Die sozialdemokratische Leitung stand vor zwei Möglichkeiten: entweder dem Begehren der Entente nach dem Abbau der Volkswehr ein schroffes Nein entgegenzusetzen; dies hätte unbestritten einen Bruch mit der Entente zur Folge. Zu diesem Schritte konnte sich die Arbeiterschaft nicht entschließen, da es ihr bewußt ist, daß der Krieg mit der Entente mit der vollständigen Niederlage Deutschösterreichs, mit dem Zusammenbruch der Revolution und mit der Aufrichtung der konterrevolutionären Herrschaft besiegelt werden würde. Da also das deutschösterreichische Proletariat den Krieg mit der Entente zu führen nicht stark genug ist, ihn also jetzt nicht will, so war es genötigt, dem Begehren der Entente nach dem Abbau der Volkswehr zu entsprechen, jedoch in einer Weise, daß trotz zahlenmäßiger Verringerung der Volkswehr der revolutionäre Kern unversehrt bleibe; es ist also gezwungen, Teile der Volkswehr zu opfern, um die Volkswehr als Ganzes zu erhalten.

Diese Notlage benützen die Kommunisten zu einem demagogischen Kesseltreiben gegen die sozialdemokratische Partei und gegen die sozialdemokratischen Soldatenräte. Sie wagen, trotzdem den Vertrauensmännern der Soldatenschaft Einblick in die gesamten diplomatischen Akten gewährt wurde, die Behauptung, daß die Forderung der Entente von der sozialdemokratischen Heeresleitung nur vorgeschützt wird, um den konterrevolutionären Wünschen des eigenen Bürgertums zu entsprechen. Der „Rote Soldat", das kommunistische Organ des revolutionären Soldatenkomitees, schreibt geradezu, daß die sozialdemokratische Partei ihre Aufgabe darin erblickt habe, „das Proletariat mit allen Kräften zurückzuhalten und die Bourgeoisie aufzurichten und mit ihr in Ruhe und Sicherheit die angenehmen Posten einer bürgerlichen Regierung zu teilen" und damit „die Gegenrevolution vom sicheren Tode zu erretten" habe. Diese demagogische Lüge, dieser schmähliche Anschlag auf die Ehre der sozialdemokratischen Partei und auf die Ehre der sozialdemokratischen Soldatenräte und Vollzugsausschußmitglieder, womit sie verdächtigt werden, daß sie um „angenehmer Posten in der bürgerlichen Regierung" willen das Proletariat verraten und die Gegenrevolution gestärkt zu haben, diese schamlosen Verdächtigungen, die uns zumuten, daß wir uns bewußt zu Werkzeugen der Reaktion haben mißbrauchen lassen, stellen wir vor aller Welt an den Pranger.

Der „Rote Soldat" versucht diese kühne Behauptung damit zu begründen, daß in den Tagen, da sich die Sozialdemokratie der bewaffneten Macht im Staate bemächtigte, die Gegenwehr der Bourgeoisie zerbrochen und damit der Weg zum Sozialismus freigelegt war, die Sozialdemokratie zu feig war, den Weg zum Sozialismus zu beschreiten und damit die Arbeiter verraten hat. „Die Bourgeoisie war ohnmächtig", schreibt der „Rote Soldat", „und sah der Zukunft resigniert entgegen. Das Proletariat empfand sich in demselben Maße als Sieger, wie es die Bourgeoisie, wenn auch durch auswärtige Feinde und nicht durch eigenen Kampf, vernichtet sah. Trotz seiner elenden Lage bereitete es sich vor, den Marsch anzutreten, der zum Sozialismus, zum Ziele eines mehr als siebzigjährigen Kampfes führen mußte. Der Arbeiter hatte das Gewehr in seinen Händen, wer konnte ihn hindern, sich seine Freiheit zu erkämpfen, die Fesseln jahrhundertelanger kapitalistischer Knechtschaft abzuschütteln?"

Die Wahrheit ist, daß mit der Besitzergreifung der bewaffneten Macht durch das Proletariat der Weg zur Rätediktatur freigelegt wurde. Dieser Weg steht der Arbeiterklasse noch immer offen. Die Arbeiterklasse vermag auch heute und zu jeder Stunde die Rätediktatur zu proklamieren. *Aber die Rätediktatur ist nicht Sozialismus*, sondern nur ein unter gewissen geschichtlichen Bedingungen möglicher Weg zum Sozialismus wie manch anderer Weg zu ihm. Die Arbeiterklasse Deutschösterreichs hatte sich nicht entschlossen, alle Macht an sich zu reißen und die Rätediktatur zu errichten, weil sie sich der Machtverhältnisse im Staate, die ihr widerstreiten, klar bewußt ist. Die Erkenntnis, daß die durch das Proletariat an sich gerissene ganze Macht im Staate vom Proletariat nicht hätte behauptet werden können, die Erkenntnis, daß die Aufrichtung der Rätediktatur den verzweifeltsten Bürgerkrieg im Lande und mit der Entente entfesseln und *zur Erstäufung der Revolution im Blute des Proletariats* hätte führen müssen, diese Erkenntnis und nichts anderes war und ist es, was die Arbeiter bisher gehindert hat und hindert, diesen Weg zu beschreiten. Es ist deshalb eine zweite demagogische Verdächtigung, deren sich die Kommunisten schuldig machen, wenn sie erklären, daß es die sozialdemokratische Partei gewesen ist, die, um ihren Führern „bekömmliche Sinekuren zu retten", verhindert hat, den Befreiungskampf in den von den Kommunisten gewünschten Bahnen zu führen. Es ist *eine Phrase der Leichtfertigkeit und Kindlichkeit*, zu behaupten, daß die Sozialdemokratie „statt kühn vorwärts zu schreiten, das Proletariat mit allen Kräften zurückgehalten hat". Die furchtbare Notlage der Welt, die eherne Tatsache der Machtverhältnisse im Inland und im Ausland waren es, die „dem Vorwärtsschreiten" der Arbeiterklasse Schranken setzte.

Ebenso unerhört ist die lügenhafte Behauptung, daß das „Parteibonzentum" die „Empörung der Soldaten" bei der Einbringung des Wehrgesetzes damit beschwichtigt hatte, indem es „geheimnisvoll versicherte, man werde zu „anderen Mitteln" schreiten, wenn die Nationalversammlung nicht eine sozialdemokratische Mehrheit brächte".

Die Wahrheit ist, daß in der Arbeiterklasse die Ueberzeugung — heute und seit den ersten Revolutionstagen — lebendig ist, daß das Proletariat, wenn sich die Nationalversammlung nicht als ein geeignetes Instrument der Fortführung der Revolution erweise, gezwungen wird, ohne die Nationalversammlung die Revolution fortzuführen. Ebenso unerhört sind die Verdächtigungen, die die Anwerbung von Weißen Garden, den Ueberfall der gegenrevolutionären Offiziere auf die ungarische Gesandtschaft, die Errichtung von Offiziersbataillonen an der ungarischen Grenze, die von Fliegern abgeworfenen Flugzettel, die den Erzherzog Eugen zum Kaiser von Oesterreich „ausrufen", dem Heeresamt zur Last legen. Die Wahrheit ist, daß die sozialdemokratischen Vertrauensmänner im Heeresamt jeder Anwerbung von Weißen Garden entschieden entgegengetreten sind und die schuldigen Personen der gerichtlichen Untersuchung ausgeliefert haben. Wahr ist ferner, daß niemals Offiziersbataillone für die ungarische Grenze formiert wurden. Die Infamie, die sozialistischen Vertrauensmänner für den Ueberfall auf die ungarische Gesandschaft und für den kindlichen Witz der versuchten Proklamation des Erzherzogs Eugen zum Kaiser von Oesterreich verantwortlich zu machen oder sie mit diesen Dingen in irgendeinen Zusammenhang zu bringen, richtet sich selbst. Nicht minder kühn ist die Lüge, daß Kadettenschulen noch immer frische Offiziere ausmustern. Die Kadettenschulen wurden in dem ersten Revolutionsmonat aufgelöst und seit Beginn der Revolution wurden Berufsoffiziere vom Staatsamt für Heerwesen überhaupt nicht ernannt. Ebenso verlogen ist die Behauptung, daß das Staatsamt für Heerwesen die Offiziere „als einen Stand mit besonderer, allen anderen überlegener Ehre anerkennt und ihm das Recht zuerkennt, sobald sie sich beleidigt fühlen, ungestraft zu morden". Die Wahrheit ist, daß das aus dem Jahre 1852 stammende Gesetz über die Militärrechtspflege, das die gesetzlichen Bestimmungen über das „Ehrennotrecht" der Offiziere enthält, noch so lange

in Geltung bleibt, bis das vom Staatsamt für Heerwesen bereits eingebrachte neue Gesetz über die Militärrechtspflege und über die Ehrennotwehr erledigt wird. Ein Gesetz kann eben nur durch ein Gesetz aufgehoben oder geändert werden und die Entscheidung steht nach der Verfassung nur der Nationalversammlung und nicht einem Staatssekretär zu.

Diese Flut von Lügen, Schmähungen und Verdächtigungen, die die Kommunisten über die Volkswehr ergießen, soll das Vertrauen der Soldaten zu der berufenen Führerin des Proletariats, der sozialdemokratischen Partei, erschüttern. Die sozialdemokratischen Vertrauensmänner der Soldatenschaft haben es bisher als ihre heiligste Pflicht erachtet, die Einheit der Volkswehr unversehrt zu erhalten.

Sie haben das Recht der Kommunisten, für ihre Ideen zu werben, nicht angefochten, wohl aber verlangt, daß das geschlossene Gefüge der Volkswehr durch den Ideenkampf nicht erschüttert werde. Denn es ist ihnen klar und zutiefst bewußt, daß die Zersplitterung der Volkswehr in einander bekämpfende Fraktionen zu Konflikten innerhalb der Volkswehr führen muß, die den Anfang vom Ende der Revolution bedeuten. Die Revolution steht und fällt mit dem proletarischen Besitz der bewaffneten Macht.

Zerfleischen sich die Träger der bewaffneten Macht in brudermörderischem Kriege, dann ist, wie das furchtbare Beispiel Deutschlands zeigt, der Sieg der Konterrevolution gesichert. Die Volkswehr ist eben nicht die Waffe der einen oder der anderen Partei innerhalb der Arbeiterklasse, sondern die Waffe des gesamten Proletariats. Die Volkswehr ist aber nur Waffe und nicht mehr. Diese Erkenntnis muß sich in die Gehirne der Soldaten einhämmern. Die Volkswehr ist nicht dazu berufen, vor dem Proletariat vorwärts zu stürmen, dem Sozialismus den Weg zu bereiten. Das ist und bleibt die Aufgabe der Arbeiterklasse selbst. Die Volkswehr ist Flanken- und Rückendeckung, wenn nötig, Sturmtruppe des Proletariats gegen alle Anstürme der Reaktion, dazu da, um die Errungenschaften des Proletariats im Machtkampf gegen die anderen Klassen im Staate zu sichern und zu verteidigen. Die Volkswehr darf deshalb auf eigene Faust Politik nicht betreiben. Die Politik der Volkswehr muß organisch aus der Politik des gesamten Proletariats erwachsen. Ueberschreitet die Volkswehr die in ihrer Natur liegenden Grenzen, dann gefährdet sie die Revolution und die Machtposition des Proletariats. Die Arbeiterklasse darf dem Treiben der Kommunisten in der Volkswehr nicht mehr gleichgültig gegenüberstehen. Wenn ihr die Revolution teuer ist, dann muß sie sich die Unversehrtheit der Volkswehr erhalten. Das Schicksal der Revolution wird entscheidend bestimmt von der Einheit und Geschlossenheit der proletarischen Soldatenfront.

Arbeiter, Soldaten, helfet mit, die Einheit der Volkswehr zu wahren!

Der Provisorische Vollzugsausschuß der Soldatenräte der Volkswehr Wiens.

Ihren Höhepunkt erreichte die kommunistische Agitation in den Vorbereitungen für den

15. Juni.

An diesem Sonntag sollte die Räteregierung in Wien und im Wiener-Neustädter Becken ausgerufen werden. Formell wurde eine Demonstration vor dem Rathaus angekündigt, zu der die Volkswehrmänner mit der Waffe in der Hand erscheinen sollten. Ein „revolutionäres Soldatenkomitee" hat Direktiven für die Erstürmung der öffentlichen Gebäude gegeben. Die sogenannten Initiativkomitees (I. K.) erhielten folgende Anweisungen:

Rundstampiglie:
Revolutionäres Soldatenkomitee
D.-Oe. Sekretariat.

Direktiven.

Was macht das J. K.?

Wenn der Befehl zum Ausrücken kommt

a) und die Soldaten auf Kampf zwischen Proletarier und Polizei ꝛc. stoßen, so entfaltet der dazu schon jetzt vom J. K. bestimmte Genosse die rote Fahne und ruft ein Hoch auf die Diktatur ꝛc. aus. Die anderen Vertrauensmänner stimmen begeistert ein, setzen alles daran, um die ganze Abteilung mitzureißen, und schließen sich den Arbeitern an. Seite an Seite mit den Brüdern im Arbeitsrock kämpfen die Volkswehrleute gegen den gemeinsamen Feind, ob es sich um Polizei, Offiziersbataillone oder reaktionäre Studenten handelt;

b) und wenn die Soldaten auf Gebäude stürmende Proletarier stoßen, so entfalten sie (wie bei Punkt a) die rote Fahne, rufen Hoch, schließen sich an die Arbeiter an und das Gebäude wird Hand in Hand mit dem Proletariat genommen. Die Abteilung besetzt das betreffende Gebäude und handelt laut Punkt c;

c) und die Abteilung den Auftrag erhält, irgendein Gebäude u. s. w. zu besetzen, ohne auf Kämpfende u. s. w. zu stoßen, dann hissen sie die rote Fahne auf dem Gebäude und verlangen, daß das Kommando über dieses Gebäude in die Hände eines zu ernennenden Gebäudekomitees übergeht, das zu gleichen Teilen aus Kommunisten und Sozialdemokraten (Soldatenräte oder Mannschaft, aber keine Offiziere!) zusammengesetzt ist.

Bitte fortwährend Berichte schicken! Besonders nach jeder wie immer gearteten Aktion.

Der Wiener Kreisarbeiterrat, der am 13. Juni nach Durchführung der Neuwahlen zum erstenmal zusammentrat, beanspruchte für sich allein die Kompetenz, Massenaktionen der Arbeiterschaft einzuleiten, und wandte sich mit einem Aufruf energisch gegen die Spaltung der Volkswehr und den Putschversuch der Kommunisten. Am 15. Juni morgens erschien neuerdings eine Warnung des Kreisarbeiterrates. Sie wurde von den Kommunisten nicht beachtet. Ihre Führer waren in der Nacht während einer Beratung in der Zahl von 115 Personen von der Polizei verhaftet worden. Die 5000 Demonstranten, die sich beim Rathaus zusammengefunden hatten, wollten zum Polizeigefangenhaus ziehen, um die Verhafteten zu befreien. Hiebei kam es in der Hörlgasse zu einem Zusammenstoß mit der Stadtschutzwache. Es konnte nicht festgestellt werden, wer zuerst geschossen hat. Blut floß. Tote lagen auf der Straße. Mit den später infolge ihrer Verwundungen Gestorbenen waren es 20 Todesopfer. Dreizehn davon wurden am 20. Juni zu Grabe getragen. Das Leichenbegängnis war von der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei sowie vom Wiener Arbeiterrat veranstaltet. Die Kommunisten versuchten die Verantwortung für das Geschehene von sich abzuwälzen. Es gelang ihnen aber nicht. Der Kreisarbeiterrat entschied gegen sie. (Den Wortlaut der Beschlüsse siehe in der erwähnten Schrift, Seite 49 ff.) Die Soldatenräte der Volkswehr wandten sich außerdem mit einem Aufruf

An das Wiener Proletariat!

In einem Aufruf an die „Arbeiter und Soldaten" erdreistet sich das kommunistische Direktorium — ein Häufchen von vier Leuten! — die Wiener Volkswehr als ein „blindes Werkzeug" der „kapitalistischen Regierung" hinzustellen, das von ihr als „nicht verläßlich genug" am Sonntag kaserniert wurde. Es erhebt die Frage:

Was hat die Regierung und vor allem die sozialdemokratische Partei veranlaßt, die Volkswehr an einem solchen Tage zu kasernieren und das Proletariat wehrlos der Weißen Garde auszuliefern?

Und schließt mit dem Aufruf:

Proletarier! Die Volkswehr schien unserer kapitalistischen Regierung nicht „verläßlich" genug, in das revolutionäre Proletariat zu schießen. Unsere bourgeoise Koalitionsregierung kann sich nur noch auf die Weißen Garden, Polizei und Teile der Stadtschutzwache verlassen. Sie fürchtet die Volkswehr, die Arbeiter im Waffenrock!

Arbeiter und Arbeiterinnen! Wir klagen die kapitalistische Regierung an, wir klagen vor allem die Sozialpatrioten an, daß sie aus Furcht vor dem revolutionären Willen der Masse durch weißen Terror das Proletariat verbluten lassen. Proletarier! Ihr werdet auf diesen Verrat eine Antwort finden!

Der Vollzugsausschuß der Soldatenräte der Volkswehr Wiens stellt dieser ungeheuren Anschuldigung gegenüber fest:

In unzähligen Manifestationen haben die Wiener Volkswehrmänner und ihre Vertreter im Vollzugsausschuß feierlichst erklärt, daß sie sich im Dienste des Gesamtproletariats und nicht eines Teiles der Arbeiterschaft stehend betrachten und gewillt sind, das Treueverhältnis der Solidarität zwischen Proletariat und Soldatenschaft auch in der Stunde der Not zu halten. Das Direktorium der Kommunistischen Partei ist nicht die Vertretung der Arbeiterklasse Wiens, ihre sonntägige Aktion war keine Aktion des Proletariats. Die von mehr als einer halben Million Wiener Arbeiter erwählten Arbeiterräte haben mit Zustimmung des Vollzugsausschusses der Soldatenräte Wiens in einer feierlichen Kundgebung erklärt, daß nur der Arbeiterrat den wahren Willen des ganzen klassenbewußten Proletariats aller Richtungen zum Ausdruck bringt und daher allein die Kompetenz hat, Massenaktionen der Wiener Arbeiterschaft einzuleiten, zu beschließen und zu ihnen aufzufordern, und daß somit der Arbeiterrat allein die verantwortliche Körperschaft für die Entscheidungen der Wiener Arbeiterklasse ist. Er erwartet, daß die Kommunisten ihre Sache im Arbeiterrat vertreten werden, nicht gegen den Arbeiterrat.

Das kommunistische Direktorium hat den Willen des Wiener Proletariats mißachtet und gegen den Arbeiterrat die Vorbereitungen zum bewaffneten Aufstand fortgesetzt. Der Arbeiterrat hat hierauf in seiner sonntägigen Kundgebung die Verantwortung dieses wahnwitzigen Unternehmens festgestellt. Er erklärte:

Und daher beladen wir von vornherein dieses Viererkomitee und seine Werkzeuge mit der vollen Verantwortung für alles Unheil, das heute entstehen kann. Die Wiener Arbeiterschaft in ihrer überwältigenden Majorität will sich nicht zu gewissenlosen Putschen mißbrauchen lassen und wird daher heute den kommunistischen Veranstaltungen fernbleiben!

Im Sinne dieser Kundgebungen des Arbeiterrates beschloß die Volkswehr die Sicherungsmaßnahmen für die durch das verblendete Direktorium gefährdete Revolution.

Im Einvernehmen mit den Vertretern aller kommunistischen Genossen in der Volkswehr wurde die Konsignierung der Garnison Wiens vom Vollzugsausschuß angeordnet. Der Vollzugsausschuß traf alle Vorbereitungen, er allein ordnete die Besetzung der Staatsämter, des Parlaments und des Rathauses an, er verfügte die strategischen Maßnahmen zur Sicherung der Inneren Stadt, auf seinen Befehl konzentrierte sich die Volkswehr an verschiedenen Punkten der Stadt. Es ist daher eine unerhörte Entstellung der Wahrheit, die Volkswehr als ein willenloses Werkzeug einer „kapitalistischen Regierung" als die Mauer einer „Weißen Garde" hinzustellen.

Der Vollzugsausschuß erklärt, daß die Volkswehr Sonntag im Sinne ihrer Parole fest entschlossen war, jeden Putschversuch niederzukämpfen. Wir proletarischen Soldaten lassen die Revolution durch wahnsinnige Verbrechen nicht gefährden!

Die Arbeiterschaft hat die Teilnahme an diesem wahnwitzigen Abenteuer abgelehnt. Unsere Pflicht als der berufenen Hüter der Revolution war es, das Treugelöbnis dem Proletarat zu halten und seine Revolution zu schirmen und zu beschützen.

Im Dienste dieser Aufgabe stand Sonntag auch die Stadtschutz- und Sicherheitswache. Wir leugnen nicht die Notwendigkeit einer strengen und gerechten Untersuchung der blutigen Zusammenstöße. Aber wir stellen fest, daß die gegen Kordone der Sicherheitswache anstürmenden und feuernden, als Sturmbock vorgeschobenen Jugendlichen und Invaliden nicht als das Wiener Proletariat anzusehen sind, und lehnen entschieden den Versuch des kommunistischen Direktoriums ab, die schwere Blutschuld, die auf ihm lastet, auf die „Weiße Garde" und die „kapitalistische Regierung" abzuwälzen. Die Blutschuld für das sonntägige Morden fällt mit zermalmender Wucht auf das kommunistische Direktorium!

Der sonntägige Putsch war in allen Einzelheiten vorbereitet. In tausenden Aufrufen der Kommunisten wurden die Soldaten aufgefordert, bewaffnet zu erscheinen, und in Zirkularschreiben den kommunistischen Vertrauensmännern in den einzelnen Volkswehrbataillonen genaue Direktiven für die Erstürmung von Staatsgebäuden gegeben. Sonntag morgen wurden tausende Aufrufe verteilt, die den Soldaten zurufen: „Die Stunde der Befreiung ist da!" In einem zweiten Aufruf: „An die Proletarier und Soldaten" wird den Soldaten versprochen:

> Wenn ihr die Diktatur des Proletariats verwirklicht, so wird es euch so ergehen wie euren ungarischen Brüdern, die dreifachen Lohn beziehen und in den Palais der Reichen wohnen. Habt ihr die Diktatur des Proletariats errungen, so wird die ungarische Räterepublik ihre durch die Eroberung der Slowakei gefüllten Getreidespeicher auch euch zur Verfügung stellen. Wie lange wollt ihr noch mit verschränkten Armen zuwarten? Arbeiter, heraus! Hinweg mit der Bourgeoisie! Hoch die Proletarierdiktatur! Hoch die Räterepublik Deutschösterreich!

Daß also der Putsch vom kommunistischen Direktorium geplant, vorbereitet und gewollt war, unterliegt keinem Zweifel. Die volle, schicksalsschwere Schuld für das vergossene Blut der Arbeiter, der Frauen und Kinder lastet auf ihm!

Angesichts des erschütternden Endes des verbrecherischen Abenteuers dieser vier Leute und ihrer Werkzeuge erklärt der Vollzugsausschuß der Soldatenräte namens der Volkswehr Wiens feierlichst:

Wir Soldaten stehen auch fernerhin treu zur Arbeiterklasse Wiens und dem von ihr erwählten Arbeiterrat, bereit, mit ihr für die volle Macht im Staate zu kämpfen

Wir werden uns aber niemals als Werkzeug eines kleinen, verirrten und verblendeten Teiles der Arbeiterschaft mißbrauchen lassen! Wir wollen fernerhin bleiben, was wir waren und sind:

Die getreuen Schildträger des Proletariats!

Der Vollzugsausschuß der Soldatenräte Wiens.

Das traurige Ereignis, dessen Urheber in letzter Instanz von der ungarischen Räteregierung nach Wien entsandte Agitatoren waren, brachte viele zur Besinnung. Die kommunistische Propaganda flaute ab. Am 21. Juli, dem Tage, an welchem die sozialistischen Parteien der Ententeländer gegen die Intervention ihrer Regierungen in Rußland durch einen Generalstreik protestieren wollten — der Streik wurde im letzten Augenblick in Frankreich abgesagt — wurde auch in Wien auf Beschluß des Kreisarbeiterrates durch vollständige Arbeitsruhe demonstriert. In den Industrieorten fanden, zum Teil mit Arbeitseinstellung, Kundgebungen statt. Die Kommunisten fügten sich für diesen Tag der Parole des Arbeiterrates und verzichteten auf jede Sonderkundgebung. Der Zusammenbruch der ungarischen Räteregierung am 1. August ließ zwar die kommunistische Agitation nicht erlahmen, machte sie aber in der letzten Zeit wirkungslos. Daß die Kommunisten es zur Herausgabe eines Tagblattes gebracht haben, ändert daran nichts.

Den Mitgliedern der ungarischen Räteregierung hat Deutschösterreich das Asylrecht gewährt.

Die Arbeiterräte, deren zweite Reichskonferenz vom 30. Juni bis 3. Juli im Saal des alten Abgeordnetenhauses tagte und noch vorwiegend politische Debatten abführte, wandten sich auch in Wien vorwiegend wirtschaftlichen Aufgaben (zum Beispiel auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung und der Wohnungsfürsorge) zu.

Auch in der Volkswehr ebbte die kommunistische Bewegung ab. Die Vollversammlung der Soldatenräte der Wiener Volkswehr faßte Ende Juni folgenden Beschluß:

„Der Wiener Kreisarbeiterrat ist die Vertretung des gesamten Wiener Proletariats. Alle proletarischen Parteien, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, sind darin ihrer Stärke entsprechend vertreten.

In jedem Bezirks- und im Kreisarbeiterrat hat die Wiener Volkswehr den ihr gebührenden Einfluß.

Getreu dem alten Grundsatz: „Keine Soldatenpolitik, keine Volkswehrpolitik, sondern proletarische Politik!" unterstellen sich die Wiener Volkswehrmänner und deren Soldatenräte in politischer Richtung den Beschlüssen des Wiener Kreisarbeiterrates."

Ende August wurde das kommunistische Bataillon Nr. 41 aufgelöst.

Der Parteivorstand war der Ansicht, daß in den kritischen Frühjahrstagen ein Boden für eine einheitliche Aktion der Arbeiterklasse gesucht werden müsse. Darum ordnete sich die Partei dem Arbeiterrat als einer Gesamtorganisation des Proletariats unter und überließ es ihm, die politischen Parolen auszugeben. Darum haben wir auch in den entscheiden-

den Momenten auf eigene Parteikundgebungen verzichtet. Diese Taktik ist in vielen Parteikreisen, namentlich außerhalb Wiens, nicht verstanden worden und schien eine völlige Zurückdrängung der Parteiorganisation zu bedeuten. Unser Verhalten war aber durch die Umstände geboten und hat unserer Ueberzeugung nach der Arbeiterklasse schwere Opfer erspart. Da die Einheit der Arbeiterbewegung verlorengegangen ist, wird in kritischen Tagen stets ein Instrument notwendig sein, durch welches wenigstens ein Boden für Auseinandersetzung aller Richtungen gewonnen und die Einheitlichkeit der Aktion mindestens immer von neuem zu erreichen versucht wird.

Die Tätigkeit der Arbeiterräte auf wirtschaftlichem Gebiet ist durch die Zeitumstände hervorgerufen und im Rahmen der Arbeiterbewegung einigermaßen neu. Es wäre keineswegs Aufgabe unserer Parteiorganisation, diese Funktion zu erfüllen. Auf diesen Gebieten ersetzen die Arbeiterräte, deren Recht auf der Macht der Arbeiterklasse gegründet ist, die demokratische Lokalverwaltung, die wir immer noch nicht haben.

Dem Beispiel der Arbeiter folgend, haben auch die anderen Klassen im Staat angefangen, Räteorganisationen zu bilden. Zuerst die Bauern, die am 28. Juni 1919 einen Reichsbauernrat gegründet haben. In den Wirtschaftskommissionen arbeiten Arbeiter- und Bauernräte miteinander, mitunter in gutem Einvernehmen. Neuerdings gibt es auch sogenannte Bürger- und Ständeräte, in denen sich kleine und große Unternehmer, jüdische und antisemitische Kapitalistenvertreter sowie Angehörige des neuen Mittelstandes, die sich zum Klassenbewußtsein noch nicht durchgerungen haben, zur einheitlichen Bekämpfung der Arbeiterräte zusammenfinden. Es ist selbstverständlich, daß die Partei, soweit es auf sie ankommt, ihnen gegenüber eine durchaus ablehnende Haltung einnimmt. Daß die von den Christlichsozialen gegründeten Arbeiterräte keinerlei Bedeutung erlangten, braucht nicht erst hervorgehoben zu werden.

Die Wahlen.

Das abgelaufene Berichtsjahr war ein Wahljahr ohnegleichen. Zur Nationalversammlung, zu den Landtagen und zu den Gemeindevertretungen wurde im ganzen Staat gewählt. Nur in Kärnten konnten weder die Landtags- noch die Gemeindewahlen durchgeführt werden. In Tirol wurde bloß der Innsbrucker Gemeinderat neu gewählt. Das Ergebnis der Nationalversammlungs- und der Landtagswahlen ist in den Tabellen übersichtlich dargestellt. Sie zeigen uns den ungeheuren Aufschwung der Partei. Die Uebersichten ermöglichen einerseits einen Vergleich der Ergebnisse der Nationalversammlungswahlen mit denen der letzten Reichsratswahlen im Jahre 1911 und anderseits mit den Ergebnissen der Landtagswahlen, die im Frühjahr 1919 stattfanden. Es würde zu weit führen, hier alle Schlüsse zu ziehen, die sich ergeben. Die Organisationen werden diese Uebersichten eingehend studieren und daraus wertvolle Fingerzeige für die Propaganda entnehmen. Der Wahlerfolg in Staat und Land wird auch aus folgenden Uebersichten klar: —

Land	Nationalversammlung		Landesversammlungen	
	Gesamtzahl der Abgeordneten	Davon Sozialdemokraten	Gesamtzahl der Abgeordneten	Davon Sozialdemokraten
Niederösterreich	85	47	120	64
Oberösterreich	22	5	72	22
Salzburg	7	2	40	12
Steiermark	24[1]	8[1]	70	24
Kärnten	9	4	.[2]	.[2]
Tirol	8[3]	2[3]	56	11
Vorarlberg	4	1	30	5
Zusammen	159	69	388	138

[1]) Durch nachträgliche Einberufung kamen aus Untersteiermark noch drei Abgeordnete in die Nationalversammlung, darunter ein Sozialdemokrat.
[2]) In Kärnten haben die Wahlen zur Landesversammlung noch nicht stattgefunden.
[3]) Durch Ernennung kamen aus Südtirol noch acht Abgeordnete in die Nationalversammlung, darunter zwei Sozialdemokraten.

Land	Zahl der Mitglieder des Landesrates (ohne Landesregierung)	Davon Sozialdemokraten	Sozialdemokratischer Landeshauptmann	Sozialdemokratischer Landeshauptmannstellvertreter
Niederösterreich	7	4	1	1
Oberösterreich	8	2	.	1
Salzburg	6	2	.	1
Steiermark	9	3	.	1
Kärnten[1]	6	2	.	1
Tirol	6	1	.	1
Vorarlberg	6	.	.	1
Zusammen	48	14	1	7

[1]) Für Kärnten beziehen sich die Zahlen, da die Wahlen zur Landesversammlung noch nicht stattgefunden haben, auf die provisorische Landesvertretung.

Von den Erfolgen bei den Gemeindewahlen ist in anderem Zusammenhang die Rede.

Der Parteivorstand unterstützte die Genossen bei der Wahlarbeit durch die Herausgabe einer Serie billiger Broschüren, deren nicht weniger als eine halbe Million verbreitet worden sind; durch die Herausgabe von Flugblättern, von Bildplakaten und einer Wahlkorrespondenz sowie durch namhafte Zuschüsse zu den Wahlkosten.

Die Wahlergebnisse von 1919 (Grundzahlen).

Wahlkreis	Zahl der gültigen Stimmen		Davon Sozialdemokraten		Davon Christlichsoziale		Davon Deutschnationale		Davon Jüdischnationale		Davon Tschechoslowaken		Rückgang der sozialdem. Stimmenzahl bei der Landtagswahl gegen über der Wahl zur Nationalversammlung in Prozenten
	National-	Landes-	National-	Landes-	National-	Landes-	National-	Landes-	National-	Landes-	National-	Landes-	
	Versammlung		Versammlung		Versammlung		Versammlung		Versammlung		Versammlung		
Wien:													
Innenost (I, III, IV)	123688	85244	50053	33244	37163	32533	30961	14618	.	.	5511	4849	— 1·47
Innenwest (VI, VII, VIII)	87892	60415	34692	22251	27112	25820	22611	7557	.	1756	3477	3031	— 2·64
Nordwest (IX, XVIII, XIX)	117775	81014	53350	33860	30919	25823	28802	13992	.	3193	4704	4146	— 3·50
Nordost (II, XX, XXI)	158006	122985	96451	72688	26785	22355	14253	8605	7770	8881	12747	10456	— 1·93
Südost (V, X, XI)	144363	101005	92905	65856	24857	21589	11872	138	.	.	14729	13422	+ 0·85
Südwest (XII, XIII, XV)	142718	103978	83989	61058	34161	30120	17627	6297	.	.	6941	6503	— 0·12
West (XIV, XVI, XVII)	169269	123544	111705	79264	29551	25641	11047	3417	.	.	16966	15222	— 1·84
Zusammen . .	943711	678185	523145	368221	210548	183881	137173	54 24	7770	13830	65075	57629	— 1·14
Niederösterreich													
Viertel ober dem Wienerwald . .	168388	140938*	57926	46015	80735	79881	29422	15042	.	.	205	.	— 1·76
Viertel unter dem Wienerwald . .	233487	200936	137563	118399	63502	63534	31147	19003	.	.	1275	.	+ 0·01

Viertel ober dem Manhartsberg	135167	107668	31321	23765	49779	53659	53791	30244	.	.	276	.	— 1·10
Viertel unter dem Manhartsberg	158288	120338	37082	26530	90417	77590	30324	16218	.	.	465	.	— 1·39
Zusammen	695330	569880	263892	214709	284433	274664	144684	80507	.	.	2321	.	— 0·27
Oberösterreich	413743	386374	115678	110826	191265	196901	106800	78647	.	.	.	.	+ 0·72
Salzburg	103466	81175	31641	24047	43600	39808	28225	17320	.	.	.	.	— 0·95
Steiermark:													
Graz u. Umgebung	113475	88122	45351	34738	34985	34828	33139	18556	.	.	.	.	— 0·55
Mittelsteier	84350	74107	20039	17653	43439	42560	20872	13894	.	.	.	.	+ 0·06
Oststeier	98197	84131	11318	8061	64830	62117	22049	13953	.	.	.	.	— 1·94
Obersteier	137501	117540	73264	64221	29328	29833	34909	23486	.	.	.	.	+ 1·36
Zusammen	433523	363900	149972	124673	172582	169338	110969	69889	.	.	.	.	— 0·33
Kärnten	157231	**	77961	**	27733	**	51537	**	.	**	.	**	**
Tirol:													
Nordtirol	141588	117292	32613	23594	82666	81382	26309	12209	.	.	.	.	— 2·91
Pol. Bezirk Lienz	16424	15073	1826	1351	13725	12657	873	1171	.	.	.	.	— 2·14
Zusammen	158012	132364	34439	24945	96391	94039	27182	13380	.	.	.	.	— 2·95
Vorarlberg	67279	61207	14665	11642	41707	40994	10907	8571	.	.	.	.	— 2·78
Gesamtsumme	2972295	2273085	1211393	879063	1068259	999625	617477	322938	7770	13830	67396	57629	— 2·08

* Bei den Landtagswahlen wurde der Gerichtsbezirk Mautern dem Wahlkreis Viertel ober dem Wienerwald zugeteilt. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung erhielten die Sozialdemokraten 1488, die Christlichsozialen 1240 und die Deutschnationalen 1928 Stimmen.

** In Kärnten haben bisher die Wahlen zur Landesversammlung noch nicht stattgefunden.

Die Wahlergebnisse von 1919 (Verhältniszahlen).

Wahlkreis	Von 100 gültigen Stimmen entfallen auf die									
	Sozialdemokraten		Christlichsozialen		Deutschnationalen		Jüdischnationalen		Tschechoslowaken	
	National-Versammlung	Landes-Versammlung	National-Versammlung	Landes-Versammlung	National-Versammlung	Landes-Versammlung	National-Versammlung	Landes-Versammlung	National-Versammlung	Landes-Versammlung
Wien:										
Innenost	40·47	39·—	30·05	38·16	25·03	17·14	.	.	4·45	5·70
Innenwest	39·47	36·83	30·85	42·73	25·72	12·52	.	2·91	3·96	5·01
Nordwest	45·30	41·80	26·25	31·87	24·46	17·27	.	3·94	3·99	5·12
Nordost	61·04	59·11	16·95	18·18	9·02	6·99	4·92	7·22	8·07	8·50
Südost	64·36	65·21	17·22	21·38	8·22	0·13	.	.	10·20	13·28
Südwest	58·85	58·73	23·94	28·97	12·35	6·05	.	.	4·86	6·25
West	65·99	64·15	17·46	20·75	6·53	2·76	.	.	10·02	12·34
Zusammen	55·43	54·29	22·31	27·12	14·54	8·06	0·82	2·03	6·90	8·50
Niederösterreich (ohne Wien):										
Viertel ober dem Wienerwald	34·40	32·64	47·95	56·68	17·47	10·68	.	.	0·18	.
Viertel unter dem Wienerwald	58·91	58·92	27·20	31·63	13·34	9·45	.	.	0·55	.
Viertel ober dem Manhartsberg	23·17	22·07	36·83	49·94	39·80	27·99	.	.	0·20	.

Viertel unter dem Manhartsberg . . .	23·43	22·04	57·12	64·48	19·16	13·48	.	.	0·29	.
Zusammen . .	37·95	37·68	40·91	48·19	20·81	14·13	.	.	0·33	.
Oberösterreich	27·96	28·68	46·23	50·96	25·81	20·36	.	.	.	.
Salzburg	30·58	29·63	42·14	49·03	27·28	21·34	.	.	.	.
Steiermark:										
Graz und Umgebung	39·97	39·42	30·83	39·53	29·20	21·05	.	.	.	.
Mittelsteier	23·76	23·82	51·50	57·43	24·74	18·75	.	.	.	.
Oststeier	11·53	9·59	66·02	73·83	22·45	16·58	.	.	.	.
Obersteier	53·28	54·64	21·33	25·38	25·39	19·98	.	.	.	.
Zusammen . .	34·59	34·26	39·81	46·53	25·60	19·21	.	.	.	.
Kärnten	49·58	*	17·64	*	32·78	*	*	*	*	*
Tirol:										
Nordtirol	23·03	20·12	58·39	69·38	18·58	10·50	.	.	.	.
Politischer Bezirk Lienz	11·12	8·98	83·57	83·97	5·31	7·05	.	.	.	.
Zusammen . .	21·80	18·85	61·—	71·05	17·20	10·10	.	.	.	.
Vorarlberg	21·80	19·02	61·99	66·97	16·21	14·01	.	.	.	.
Gesamtsumme . .	40·76	38·68	35·94	43·98	20·77	14·20	0·26	0·60	2·27	2·54

* In Kärnten haben die Wahlen zur Landesversammlung noch nicht stattgefunden.

Die gültigen Stimmen bei den Nationalversammlungswahlen 1919 nach Parteigruppen im Vergleich mit den Ergebnissen der Reichsratswahlen von 1911.

Wahlkreis			Gültige Stimmen				
Nr.	Bezeichnung		im ganzen	Sozialdemokraten	Christlichsoziale	Deutschnationaldemokratische Parteien	andere
			Wien				
1	Innen-Ost	1911	45136	12328	19651	11359	1798
		1919	123688	50053	37163	30961	5511
	Zuwachs in Prozent		174·0	306·0	89·1	172·6	206·5
2	Innen-West	1911	32116	8233	14914	7244	1725
		1919	87892	34692	27112	22611	3477
	Zuwachs in Prozent		173·7	321·4	81·8	212·1	101·6
3	Nordwest	1911	40779	9637	18293	11506	1343
		1919	117775	53350	30919	28802	4704
	Zuwachs in Prozent		188·8	453·6	69·0	150·3	250·3
4	Nordost	1911	56542	28522	20559	5038	2423
		1919	158006	96451	26785	14253	20517
	Zuwachs in Prozent		179·4	238·2	30·3	182·9	746·8
5	Südost	1911	53269	28713	16966	5580	2010
		1919	144363	92905	24857	11872	14729
	Zuwachs in Prozent		171·0	223·6	46·5	112·8	632·8
6	Südwest	1911	47626	21864	21049	3571	1142
		1919	142718	83989	34161	17627	6941
	Zuwachs in Prozent		199·7	284·1	62·3	393·6	507·8
7	West	1911	65782	36919	23584	3216	2063
		1919	169269	111705	29551	11047	16966
	Zuwachs in Prozent		157·3	202·6	25·3	243·5	722·4
	Summe f. Wien	1911	341250	146216	135016	47514	12504
		1919	943711	523145	210548	137173	72845
	Zuwachs in Prozent		176·5	257·8	55·9	188·7	482·6
			Niederösterreich (ohne Wien)				
8	Viertel oberm Wienerwald	1911	67352	13325	45409	7335	1283
		1919	168388	57926	80735	29422	305
	Zuwachs in Prozent		150·0	334·7	77·8	301·1	— 76·2
9	Viertel unterm Wienerwald	1911	83335	33621	33093	15435	1186
		1919	233487	137563	63502	31147	1275
	Zuwachs in Prozent		180·2	309·2	91·9	108·3	7·5
10	Viertel oberm Manhartsberg	1911	59046	6363	32257	19628	798
		1919	135167	31321	49779	53791	276
	Zuwachs in Prozent		128·9	392·2	54·3	174·1	— 65·4
11	Viertel unterm Manhartsberg	1911	67521	7035	52354	7020	1112
		1919	158288	37082	90417	30324	465
	Zuwachs in Prozent		134·4	427·1	72·7	331·97	— 58·2
	Summe f. Niederösterreich (ohne Wien)	1911	277254	60344	163113	49418	4379
		1919	695330	263892	284433	144684	2321
	Zuwachs in Prozent		150·8	337·3	74·4	192·8	— 47·0

Wahlkreis			Gültige Stimmen				
Nr.	Bezeichnung		im ganzen	Sozialdemokraten	Christlichsoziale	Deutschnationaldemokratische Parteien	andere
			Oberösterreich				
13	Linz u. Umgeb.	1911	25139	7843	10140	6920	236
		1919	74332	34218	23136	16978	.
	Zuwachs in Prozent		195·7	336·3	128·2	145·3	.
14	Innviertel	1911	29690	1782	19176	8070	662
		1919	69781	12517	31064	26200	.
	Zuwachs in Prozent		135·0	602·4	62·0	224·7	.
15	Hausruckviertel	1911	40035	4063	26162	9178	632
		1919	96109	20858	47223	28028	.
	Zuwachs in Prozent		140·1	413·4	80·5	206·1	.
16	Traunviertel	1911	42386	7651	24184	9953	598
		1919	101393	36073	43798	21522	.
	Zuwachs in Prozent		139·2	371·5	81·1	116·2	.
17	Mühlviertel	1911	29704	2023	18892	7992	797
		1919	72128	12012	46044	14072	.
	Zuwachs in Prozent		142·8	493·8	143·7	76·1	.
	Summe f. Oberösterreich	1911	166954	23362	98554	42113	2925
		1919	413743	115678	191265	106800	.
	Zuwachs in Prozent		147·8	395·1	94·1	153·6	.
			Salzburg				
19	Salzburg	1911	40453	9189	20086	10618	560
		1919	103466	31641	43600	28225	.
	Zuwachs in Prozent		155·8	244·3	117·1	165·8	.
			Steiermark				
20	Graz u. Umgeb.	1911	30295	12767	8240	9012	276
		1919	113475	45351	34985	33139	.
	Zuwachs, in Prozent		274·6	255·2	324·8	267·7	.
21	Mittelsteier	1911	29038	4060	20884	3688	406
		1919	84350	20039	43439	20872	.
	Zuwachs in Prozent		190·5	393·6	108·0	465·9	.
22	Oststeier	1911	26752	1171	22504	2870	207
		1919	98197	11318	64830	22049	.
	Zuwachs in Prozent		267·1	866·5	188·1	668·3	.
23	Obersteier	1911	48454	22423	14671	10998	362
		1919	137501	73264	29328	34909	.
	Zuwachs in Prozent		183·8	226·7	99·9	217·4	.
	Summe für Steiermark	1911	134539	40421	66299	26568	1251
		1919	433523	149972	172582	110969	.
	Zuwachs in Prozent		222·2	271·0	160·3	317·7	.

Wahlkreis Nr.	Bezeichnung	Gültige Stimmen im ganzen	Sozialdemokraten	Christlichsoziale	Deutschnationaldemokratische Parteien	andere
		Kärnten				
24	Kärnten* . . 1911	45304	14268	7363	21309	2364
	1919	157231	77961	27733	51537	.
	Zuwachs in Prozent .	247·5	446·4	276·7	141·9	.
		Tirol				
25	Nordtirol . . 1911	42692	6584	29446	6153	509
	1919	141588	32613	82666	26309	.
	Zuwachs in Prozent .	231·6	395·3	180·7	327·6	.
26	Politischer Bezirk Lienz . 1911	5680	435	4792	416	37
	1919	16424	1826	13725	873	.
	Zuwachs in Prozent .	189·2	319·8	186·4	109·9	.
	Summe für Tirol . . . 1911	48372	7019	34238	6569	546
	1919	158012	34439	96391	27182	.
	Zuwachs in Prozent .	226·7	390·7	181·5	313·8	.
		Vorarlberg				
27	Vorarlberg . 1911	24992	3423	16104	4955	510
	1919	67279	14665	41707	10907	.
	Zuwachs in Prozent .	169·2	328·5	159·0	120·1	.
	Gesamtsumme:					
	Stimmen 1911 in Grundzahlen	1079118	304242	540773	209064	25039
	Stimmen 1911 in Prozent aller	100·0	28·2	50·1	19·4	2·3
	Stimmen 1919 in Grundzahlen	2972295	1211393	1068259	617477	75166
	Stimmen 1919 in Prozent aller	100·0	40·8	35·9	20·8	2·5
	Zuwachs von 1911 auf 1919 in Grundzahlen	1893177	907151	527486	408413	50127
	Zuwachs von 1911 auf 1919 in Prozent des Gesamtzuwachses . .	100·0	47·9	27·9	21·6	2·6
	Zuwachs von 1911 auf 1919 in Prozent der Stimmen von 1911 .	175·4	298·2	97·5	195·4	200·2

* Ohne die Gerichtsbezirke Tarvis, Eisenkappel, Bleiburg und Eberndorf.

Gemeindepolitik.

(Bericht der Zentralstelle für Gemeindepolitik.)

Infolge der durch die Vollzugsanweisung des Staatsrates vom 4. Dezember 1918 über die einstweilige Ergänzung der bestehenden Gemeindevertretungen geschaffenen Sachlage waren unsere Vertrauensmänner in nicht unbeträchtlicher Zahl in die Gemeindevertretungen der Städte und Industrieorte gelangt. So in Oberösterreich in 142 Gemeinden. Die grundlegende Aenderung der Gemeindewahlordnungen mußte naturgemäß den Einfluß, den die Parteigenossen in den Gemeindeausschüssen der Städte und Industrieorte erlangt hatten, verstärken und vielfach maßgebend machen und auch in den mehr bäuerlichen Orten der Arbeiterklasse eine mehr oder minder starke Vertretung bringen. Das Ergebnis der Wahlen ist hinter den Erwartungen nicht zurückgeblieben. In vielen Gemeinden gingen wir aus dem Wahlkampf als die stärkste Partei hervor und in nicht wenigen Orten fiel uns die absolute Mehrheit der Mandate zu; dies nicht nur in Industrieorten, sondern auch in einer Zahl fast rein bäuerlicher Gemeinwesen. Die drei größten Städte (Wien, Graz und Linz) haben sozialdemokratische Bürgermeister.

Die Tabelle, auf Grund der Mitteilungen der Landesorganisationen zusammengestellt, zeigt die Größe des errungenen Erfolges.

	Zahl der sozialdemokratischen		
	Gemeindevertreter	Bürgermeister	Vizebürgermeister
Niederösterreich:			
Wien	100	1	2
Viertel unter dem Wienerwald	1529	101	111
Viertel ober dem Wienerwald	626	17	31
Viertel unter dem Manhartsberg	401	14	28
Viertel ober dem Manhartsberg	507	17	35
Zusammen	3163	150	207
Oberösterreich	1291	28	119
Salzburg	515	18	53
Steiermark	893	45	68
Vorarlberg	129	.	7
Kärnten [1]	206	2	33
Tirol [2]	14	.	1
Insgesamt	6211	243	488

[1] In Kärnten sind die Gemeindewahlen noch nicht durchgeführt. Die Zahlen geben die sozialdemokratischen Mitglieder der provisorischen Gemeindevertretungen an.

[2] In Tirol wurden bisher nur in Innsbruck die Gemeindewahlen durchgeführt.

In den Ländern, in denen die Gemeindewahlen schon vorgenommen worden sind, wurden nach einer nicht ganz erschöpfenden Zählung in 970 Gemeinden sozialdemokratische Gemeindevertreter gewählt. In 209 Orten haben die Sozialdemokraten die Mehrheit der Gemeinderatsmandate, in 103 Orten besitzen sie die Hälfte der Mandate. Diese Zahlen sind sicher ein sehr erfreulicher Beweis für die Machtstellung, die unsere Partei sich in den Gemeindeverwaltungen errungen hat; hält man jedoch dagegen, daß ganz Deutschösterreich ungefähr 4000 Ortsgemeinden zählt, so sieht man, daß es noch viele Orte gibt, in deren Vertretung wir uns erst Eingang verschaffen müssen. Die Zeit zum Rasten ist noch nicht gekommen, auch weiterhin wird unermüdliche Aufklärungsarbeit, nimmer erlahmende Agitation notwendig sein.

Die Aufgabe unserer Parteigenossen in den Gemeindestuben ist keine leichte, sollen sie doch nicht nur mitverwalten, sondern auch die ganze Verwaltung im Sinne unseres Programms beeinflussen. Es war notwendig, sie bei dieser schwierigen Arbeit, die sie für die Partei leisten müssen, zu unterstützen. Zu diesem Behufe wurde vom Parteivorstand die „Zentralstelle für sozialdemokratische Gemeindepolitik" errichtet, die am 9. Mai 1919 ihre Tätigkeit begann. Sie soll einesteils als Auskunftsstelle dienen, anderenteils soll sie die Erfahrungen, die von den Parteigenossen gewonnen werden, allen sozialdemokratischen Gemeindevertretern vermitteln. Als Organ der Zentralstelle erscheint unsere kommunalpolitische Zeitschrift „Die Gemeinde" seit April allmonatlich zweimal. Zur Auskunfterteilung wird die Zentralstelle schon vielfach in Anspruch genommen; die Berichte jedoch, die ihr über jede wichtigere und prinzipielle Frage zukommen sollen, damit sie dem zweiten Teil ihres Zweckes entsprechen kann, langen nicht von allen Orten und nicht regelmäßig ein. Gerade diese Berichterstattung ist aber von allergrößter Bedeutung, weil sie die Voraussetzung darstellt für die Erzielung eines einheitlichen Vorgehens aller unserer Parteigenossen in den Gemeindevertretungen.

Am 29. Mai 1919 fand in Wien eine Reichskonferenz von Gemeindevertretern und Delegierten der Genossenschaften statt, um eine Aussprache über die Organisation der Volksernährung zu ermöglichen. Sie endete mit der Annahme folgender Resolution:

„In allen Gemeinden, wo unser politischer Einfluß ausreichend ist, sollen sofort die Konsumvereine mit der Versorgungsstelle (Gemeindewirtschaftsrat, Approvisionierungsrat 2c.) zu einer organisatorischen Vereinigung zusammengeschlossen werden. Der Konsumverein kann dann entweder, wenn die Mehrheit der Einwohner durch ihn versorgt wird, die Versorgung des gesamten Gemeindegebietes durchführen; wenn es nicht der Fall ist oder eine solche Erweiterung nicht möglich wäre, dann müßten die Aufgaben von den beiden Stellen, Gemeindeapprovisionierung und Konsumverein, gemeinsam durchgeführt werden. Es wird zu diesem Zweck ein paritätischer Ausschuß gebildet, der nun die Versorgung der Gemeinde gemeinsam übernimmt. Nur die Verteilung in den Verkaufsstellen wird eine getrennte sein; der Einkauf, soweit es sich um Artikel handelt, die wirklich gemeinsam eingekauft werden können, kann gemeinsam vor sich gehen. In diesen Beirat werden Gemeinderäte und leitende Mitglieder der Konsumvereine von der Gemeindevertretung gewählt, die für die gesamte Lebensmittelversorgung die Verantwortung tragen. Dieser Ausschuß bestellt zwei oder mehr leitende Personen, die die Verteilung an die Gemeindeabgabestellen und den Konsumverein durchführen, die Geschäfte leiten und im Auftrag und mit Zustimmung des Ausschusses die Verantwortung tragen. Diese leitende Stelle soll keineswegs

eine bürokratisch verwaltete Stelle sein, sie muß weit mehr ein wirtschaftlicher Betrieb sein, der vor allem auch fachmännisch und administrativ sehr gut geführt werden muß. Bis zu welcher Höhe dieser Ausschuß aus eigener Machtvollkommenheit Gelder ausgeben und Lieferungsverträge abschließen darf, das muß in jeder Gemeinde gesondert bestimmt werden, da einmal die Größe der Gemeinde, zum anderen auch die Art der Gemeinde (Zuschuß-, Ueberschuß-, selbstversorgtes Gebiet) außerordentlich verschieden ist. Außer dem paritätischen Ausschuß darf niemand für die Rechnung der Gemeinde Geschäfte abschließen und die Deckung des Bedarfes organisieren.

Jeder Teil haftet nur für die von ihm übernommenen Waren; für die Waren, die von dem Approvisionierungsausschuß beschafft werden, haftet allein die Gemeinde. Der Gemeinderat überprüft die Geschäftsführung, er hat jederzeit das Recht, die vollste Aufklärung zu verlangen und in die Bücher Einsicht zu nehmen. Die Mitglieder des Gemeinderates, die in dem Ausschuß vertreten sind, haben den anderen Gemeinderatsmitgliedern die notwendige Aufklärung zukommen zu lassen.

Ueberall, wo die einzelnen Gemeinden zu klein sind, um die großen Aufgaben der Approvisionierung zu lösen, und im Hinblick auf die Approvisionierung und die Eigenproduktion eine Gemeinde nicht die materiellen und ideellen Voraussetzungen zu schaffen vermag, die große Aufgaben verlangen, soll aus der gemeindlichen Approvisionierung nicht eine Kleisterei entstehen, überall dort wird es notwendig werden, die Gemeinden eines Industriegebietes zu einem Kommunalverband zusammenzuschließen. (Triestingtal, Traisental 2c.) Der Kommunalverband wird ebenso wie die einzelne Gemeinde mit dem Bezirkskonsumverein des Gebietes eine gemeinsame Ernährungsorganisation schaffen. Diese Arbeitsgemeinschaft wird sich nur durch die Größe des zu versorgenden Gebietes und die Erweiterung des Geschäftes von der Organisation der Approvisionierung der einzelnen Gemeinden unterscheiden. Zur Führung des Versorgungsapparats müßte in diesen Verbänden allerdings eine Leitung bestimmt werden, die die Geschäfte tatsächlich durchführt. Der Beirat müßte aus Konsumvereinsvertretern und Gemeinderäten des gesamten Gebietes gebildet werden, die ähnlich dem Aufsichtsrat der Genossenschaften die Geschäfte zu kontrollieren hätten."

Schließlich wurde eine Zentralstelle für kommunale Ernährungsfragen, bestehend aus je 6 Vertretern der Gemeinden und der Konsumvereine eingesetzt.

Unter dem Titel „Kommunalpolitische Schriften" gibt die die Zentralstelle für sozialdemokratische Gemeindepolitik eine Reihe kleiner Broschüren heraus, die ein Behelf für die praktisch tätigen Kommunalpolitiker der Arbeiterklasse sein sollen. Bisher sind erschienen: Michael Schacherl, Aufgaben der Gemeinden. — Fritz Winter, Die Gemeindewahlordnung für Niederösterreich. — M. Robinson, Die neue Gemeindewahlordnung für Steiermark. — Jakob Brod, Die Wohnungsnot und ihre Bekämpfung (1. Teil). — Eduard Baumgartner, Orts- und Bezirksschulräte und ihre Aufgaben. — In Vorbereitung sind: Die Wohnungsfürsorge (2. Teil). — Sozialdemokratische Finanzpolitik in der Gemeinde. — Nach und nach sollen alle Teile der Kommunalpolitik besprochen werden, wie Gesundheitswesen, Arbeiterfürsorge, Gemeindehaushalt, Gemeindesozialismus, Ernährungswesen u. s. w.

Die brennendsten Fragen unserer Kommunalpolitik außer Wohnungs- und Ernährungsfürsorge sind jetzt Kommunalisierung und Wirtschafts- und Zweckverbände. Mit diesen Fragen werden sich daher in allernächster Zeit die gesetzgebenden Körperschaften befassen müssen.

Das Allerdringendste und Allerwichtigste ist jedoch die Finanznot und die künftige Steuerhoheit der Gemeinden.

Aus dem Parteileben.

Die Parteiorganisation hat, wie die statistische Aufstellung zeigt, einen gewaltigen Aufschwung erfahren. Sie ist heute weit größer, als sie je vor dem Kriege in allen deutschen Gebieten des alten Oesterreich gewesen ist. Proletarische Schichten, die uns bisher fernstanden, kamen in das Lager der Partei. Nicht nur die gesamte Arbeiterschaft der Industrie, des Handels und des Verkehrs ist zum Klassenbewußtsein gekommen. Auch die Landarbeiterschaft erwacht, wie die außerordentlichen Erfolge ihrer Gewerkschaften zeigen. Von großer Bedeutung für die Arbeiterbewegung ist das ungeheure Anwachsen der Angestelltenorganisationen. Die sozialistischen Angestellten haben eine freie politische Organisation gegründet, welche sozialistische Propaganda betreibt und der Parteiorganisation Mitglieder zuführt. Vereinigungen der geistigen Arbeiter wurden gebildet. Verschiedene politische Berufsorganisationen folgten. Obwohl das Parteistatut die politische Organisation nur nach dem Territorialprinzip aufbaut, wurde der Gründung dieser Organisationen zugestimmt. Denn sie vermögen die der Bewegung neu zuströmenden Massen leichter zu erfassen und zu erhalten. Der Beschluß des letzten Parteitages, der den Parteivorstand beauftragt, die politische Zusammenfassung der Angestelltenschichten tatkräftig zu fördern, ist auf diese Weise zur Durchführung gelangt. Die sozialistische Propaganda unter den Soldaten zu fördern, wurde nach dem Umsturz der „Freie Soldat" gegründet. Die Propaganda unter den Kleinbauern zu fördern, ist der Zweck der „Bauernzeitung", die seit dem 15. April 1919 erscheint.

Eine überaus schwere Einbuße erleidet das Gefüge der Partei durch die Abtrennung der Sudetenländer. Stand doch in diesen Gebieten mit die Wiege der österreichischen Arbeiterbewegung! Es braucht nicht ausführlich gesagt zu werden, was diese Organisationen für uns bedeutet haben. Sie haben eine außerordentlich gut geschulte Arbeiterschaft erzogen, deren Einfluß die Bewegung in allen Teilen des Reiches befruchtet hat. Sie waren erfüllt von den besten Traditionen der Partei. Ihre Treue und ihre Hingebung für die Gesamtpartei waren beispielgebend für alle. Infolge der Besetzung dieser Gebiete durch tschechische Truppen und der Verkehrshindernisse verloren wir schon im Frühjahr die Fühlung mit ihnen. Ihre formelle Loslösung erfolgte anfangs September 1919 durch die Konstituierung der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei auf dem Teplitzer Parteitag.

Von uns abgetrennt wurden auch die deutschen Organisationen der Bukowina, die in Rumänien argen Verfolgungen ausgesetzt sind, und unsere Genossen in Südtirol wie in den anderen südlichen Randgebieten. Auch ihre Bewegung schreitet fort, so daß die Südtiroler jetzt sogar darangehen können, ein eigenes Tagblatt zu gründen.

Wenn dereinst das Selbstbestimmungsrecht der Völker Wirklichkeit sein wird, werden wir mit unseren Brüdern wieder vereint sein.

Die größte Aufgabe, die unsere Parteiorganisation zu bewältigen hatte, war die Durchführung der Wahlen, über welche in anderem Zusammenhang gesprochen wird.

Die Landesorganisationen hatten seit dem Umsturz gegen die Separationsbestrebungen anzukämpfen, welche sich gegen den Staat richteten. Dies gilt vor allem von Vorarlberg, wo eine heftige Bewegung für den Anschluß des Landes an die Schweiz vorhanden war und wo es am 11. Mai 1919 zu einer Volksabstimmung kam, bei der 68·1 Prozent aller Wahlberechtigten

dafür stimmten, daß die Landesregierung Verhandlungen über den Anschluß an die Schweiz einleiten solle. Sehr stark waren die reaktionären Sonderbestrebungen auch in Tirol, wo man meinte, durch eine Selbständigkeitserklärung des Landes Deutschsüdtirol retten zu können. Auch in Kärnten gab es eine Zeitlang Bestrebungen zur Errichtung einer Kärntner Republik, gegen welche unsere Genossen auf ihrer Landeskonferenz am 12. Jänner 1919 entschieden Stellung nahmen. Die Kärntner Bewegung war stark dadurch gehemmt, daß Ende April die Jugoslawen das Land überfielen und einen neuen Krieg entfachten. Zwei Monate lang blieb Klagenfurt von den Serben besetzt. Eine Volksabstimmung wird endgültig über das Land entscheiden.

Den Bedürfnissen der Zeit Rechnung zu tragen, gründete der Parteivorstand in der Berichtszeit neue Einrichtungen. Zu dem Frauensekretariat, dem Jugendsekretariat und dem Bildungssekretariat kam noch eine Zentralstelle für Gemeindepolitik, über welche in anderem Zusammenhang gesprochen wird, und der Sozialdemokratische Kriegerschutz. Der Kleinkampf zur Durchsetzung der Ansprüche der Kriegerfrauen, der Kriegerwitwen und der Invaliden nahm schon während des Krieges in allen Organisationen sehr viel Zeit in Anspruch. Daher beschloß der Parteivorstand im Sommer 1918 die Errichtung einer eigenen Stelle „Sozialdemokratischer Kriegerschutz". Das Büro begann seine Tätigkeit, als der Krieg eben zu Ende ging. Da jedoch nach dem Zusammenbruch eine Invalidenorganisation geschaffen wurde, welche alle Agenden übernahm, die dem Büro zugedacht waren, so wurde dieses mit Ende August 1919 wieder aufgelöst.

Die vom letzten Parteitag gewählte Parteivertretung nahm ihre endgültige Konstituierung erst am 26. März 1919 vor. Sie wählte zum Vorsitzenden Seitz, zu Stellvertretern Tomschik, Bauer und Friedrich Adler. Als Kassier wurde Ellenbogen, als Parteisekretäre Skaret, Deutsch, Danneberg und Speiser gewählt. Als Obmann der Parteikontrolle wurde Czech, als Stellvertreter Widholz, als Schriftführer Preußler gewählt. Als Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung" wurde Austerlitz, als Chefadministrator Emmerling bestätigt. In der gleichen Sitzung wurde der Beschluß gefaßt, daß die Arbeitsverpflichtung und die Bezüge der Funktionäre und Angestellten des Parteivorstandes, die ein Staats-, Landes- oder Gemeindeamt bekleiden, das ihre ganze Kraft in Anspruch nimmt und besoldet ist, während der Dauer dieses Amtes ruhen und daß diese Genossen nur mit beratender Stimme an den Sitzungen des Parteivorstandes teilnehmen können. Der letzte Parteitag hat bereits fünf Ersatzmänner für den Parteivorstand gewählt, welche von Anbeginn den Beratungen zugezogen wurden und an Stelle der Regierungsmitglieder, die dem Parteivorstand angehören, das Stimmrecht ausübten. Die Reichskonferenz am 2. Jänner 1919, in welcher die Kandidaten für die Wahlen zur Nationalversammlung aufgestellt wurden, hatte folgenden prinzipiellen Beschluß gefaßt: „Das Mandat für die Nationalversammlung ist mit einem Mandat in Land oder Gemeinde, das mit Verwaltungsfunktionen verbunden ist (Landeshauptmann, Landesrat, Stadtbürgermeister, Stadtrat, Bezirksvorsteher 2c.) unvereinbar." Dieser Beschluß wurde nach Erledigung der Wahlen durchgeführt und es schieden bereits zehn Genossen aus der Nationalversammlung aus, für welche die Ersatzmänner einberufen wurden.

Der Parteivorstand hat seine Geschäfte im Berichtsjahr 1917/18 in 53 und im Berichtsjahr 1918/19 in 60 Sitzungen erledigt.

Tabellarische Uebersicht über die Gesamtorganisation.

I. Mitgliederstand im ganzen Reiche.

Fortl. Nr.	Land	Anzahl der Bezirks- organisationen	Anzahl der Lokal- organisationen	Mitglieder: Männer	Mitglieder: Frauen
1	Kärnten	7	98	12979	4326
2	Niederösterreich	49	547	67760	18485
3	Oberösterreich	19	269	37554	6392
4	Salzburg	7	99	8953	2344
5	Steiermark	12	189	45132	11264
6	Tirol	2	29	5934	2420
7	Vorarlberg	4	31	2631	786
8	Wien	21	1	81530	23901
	Zusammen	121	1263	262473	69918

II. Länderberichte.

Fortl. Nummer	Bezirksorganisation	Mitglieder: Männer	Mitglieder: Frauen	Die Bezirksorganisation besteht aus Lokalorganisationen
	Kärnten.			
1	Ferlach	180	120	.
2	Klagenfurt, Stadt-Land	2110	780	15
3	Spittal	2034	.	26
4	St. Veit-Feldkirchen	3554	637	26
5	Villach-Hermagor	4227	2509	26
6	Völkermarkt	38	.	.
7	Wolfsberg	836	280	5
	Zusammen	12979	4326	98

Fortl. Nummer	Bezirksorganisation	Mitglieder		Die Bezirksorganisation besteht aus Lokalorganisationen
		Männer	Frauen	
	Niederösterreich.			
	Viertel ober dem Wienerwald.			
1	Amstetten	553	237	5
2	Atzenbrugg	202	.	3
3	Gaming	487	104	5
4	Haag	597	224	6
5	Hainfeld	812	232	7
6	Herzogenburg	539	144	11
7	Kirchberg a. P.	244	45	5
8	Lilienfeld	1372	903	9
9	Mank	81	4	4
10	Melk	704	266	5
11	Neulengbach	527	132	7
12	Scheibbs	523	191	12
13	St. Peter i. d. Au	206	43	3
14	St. Pölten	3113	1163	20
15	Tulln	360	210	5
16	Waidhofen a. d. Ybbs	550	77	8
17	Ybbs	278	22	5
	Zusammen . .	11148	3997	120
	Viertel unter dem Wienerwald.			
1	Aspang	503	.	5
2	Baden	2784	705	12
3	Leobersdorf	2696	1157	17
4	Hirtenberg	4071	1846	17
5	Klosterneuburg	1915	405	7
6	Liesing	2424	638	11
7	Mödling	2100	400	13
8	Neunkirchen	4101	1099	26
9	Purkersdorf	1440	20	6
10	Schwechat	4973	820	29
11	Wiener-Neustadt	9064	2200	38
	Zusammen . .	36071	9290	181
	Viertel ober dem Manhartsberg.			
1	Gmünd	4061	586	35
2	Krems	1615	561	43
3	Sigmundsherberg	1707	413	21
	Zusammen . .	7383	1560	119

Fortl. Nummer	Bezirksorganisation	Mitglieder		Die Bezirksorganisation besteht aus Lokalorganisationen
		Männer	Frauen	
	Viertel unter dem Manhartsberg.			
1	Deutsch-Wagram	757	198	6
2	Feldsberg	625	236	4
3	Groß-Enzersdorf	912	763	6
4	Haugsdorf	768	136	11
5	Kirchberg	466	185	6
6	Korneuburg	1496	111	5
7	Laa a. d. Thaya	444	141	10
8	Marchegg	528	76	6
9	Matzen	931	187	12
10	Mistelbach	1282	234	8
11	Oberhollabrunn	872	210	6
12	Obersiebenbrunn	560	310	4
13	Poysdorf	225	92	4
14	Ravelsbach	240	65	4
15	Retz	612	146	11
16	Stockerau	1953	320	10
17	Wolkersdorf	319	88	4
18	Zistersdorf	1168	140	10
	Zusammen . .	13158	3638	127
	Oberösterreich.			
1	Braunau	2363	582	22
2	Enns	952	422	8
3	Freistadt	1503	74	13
4	Gmunden	1911	471	8
5	Ischl	722	341	6
6	Kirchdorf	2127	200	19
7	Linz	6262	1160	5
8	Mauthausen	1199	320	14
9	Ried	1283	175	19
10	Schärding	1487	21	12
11	Scharnstein	427	.	3
12	Schwanenstadt	1979	67	20
13	Steyr	4153	1200	14
14	Traun	1370	22	12
15	Urfahr	3191	362	36
16	Vöcklabruck	1934	158	18
17	Wels	3389	651	24
18	Weyr	837	37	8
19	Windischgarsten	465	129	8
	Zusammen . .	37554	6392	269

Fortl. Nummer	Bezirksorganisation	Mitglieder		Die Bezirksorganisation besteht aus Lokalorganisationen
		Männer	Frauen	
	Salzburg.			
1	Bischofshofen	2432	886	24
2	Flachgau	776	149	14
3	Hallein	797	453	11
4	Tamsweg	386	.	7
5	Salzburg-Umgebung	1541	414	10
6	Salzburg-Stadt	1050	100	1
7	Zell am See	1971	342	32
	Zusammen	8953	2344	99
	Steiermark.			
1	Bruck a. d. Mur	4232	1728	23
2	Eisenerz	1649	775	3
3	Fürstenfeld	2083	232	9
4	Graz	8877	1297	15
5	Judenburg	7946	1931	40
6	Leibnitz	2690	.	19
7	Leoben	7823	1604	12
8	Mürzzuschlag	2780	1752	18
9	Rottenmann	3021	369	21
10	Voitsberg	1115	791	3
11	Weiz	1256	285	13
12	Wies	1660	500	13
	Zusammen	45132	11264	189
	Tirol.			
1	Innsbruck	5696	2278	29
2	Lienz	238	142	?
	Zusammen	5934	2420	29
	Vorarlberg.			
1	Bregenz	769	146	8
2	Bludenz	330	.	7
3	Dornbirn	829	499	5
4	Feldkirch	703	141	11
	Zusammen	2631	786	31

Fortl. Nummer	Bezirksorganisation	Mitglieder	
		Männer	Frauen
	Wien.		
1	I	1400	160
2	II	4240	1254
3	III	6274	1481
4	IV	764	165
5	V	3819	684
6	VI	2698	957
7	VII	1816	673
8	VIII	800	400
9	IX	6773	1873
10	X	7900	1140
11	XI	3000	855
12	XII	4197	1153
13	XIII	4832	1685
14	XIV	3619	1322
15	XV	1966	959
16	XVI	7691	1625
17	XVII	4114	883
18	XVIII	1815	689
19	XIX	3068	1697
20	XX	5044	1946
21	XXI	5700	2300
	Zusammen	81530	23901

Parteipresse.

Schon während des letzten Kriegsjahres hatte die Parteipresse, noch immer von der Zensur belästigt, einen starken Aufschwung genommen. Noch größer wurde er natürlich nach dem Zusammenbruch. Die Parteiblätter haben ihre Auflage verdoppelt, manche sogar verdreifacht, wie zum Beispiel die „Innsbrucker Volkszeitung".

Einen außerordentlichen Aufschwung hatte die niederösterreichische Parteipresse zu verzeichnen. War viele Jahre hindurch, von der Wiener-Neustädter „Gleichheit" und dem Floridsdorfer „Volksboten" abgesehen, die „Volkstribüne" das einzige Blatt, so entstanden nun einige Kopfblätter. Als erstes ab 8. September 1918 die St. Pöltner „Volkswacht". Dann folgten ab 2. Jänner 1919 die Mödlinger „Volksstimme" und ab Februar 1919 die Schwechater „Volkspost" und der Kremser „Volkswille". Für die Wiener Parteimitglieder erscheint als obligatorisches Organ seit Jänner 1919 die Monatsschrift „Der Sozialdemokrat". Die „Vorarlberger Wacht" ist seit 1. Dezember 1918 Tagblatt geworden. In Steyr erscheint seit 1. September 1919 ein tägliches Parteiblatt. Mit 30. Juni 1919 hat die Wiener „Volkstribüne" zu erscheinen aufgehört. Der Floridsdorfer „Volksbote", der zuletzt eines ihrer Kopfblätter war, und die St. Pöltner „Volkswacht" wurden nun selbständige Blätter. Die Mödlinger „Volksstimme" und die Schwechater „Volkspost" schlossen sich der Wiener-Neustädter „Gleichheit" an, welche seit 1. Jänner 1919 zweimal wöchentlich erscheint. Als Kopfblatt des „Volksboten" erscheint der Kremser „Volkswille". Demnach ist der Stand der politischen Parteiblätter am 1. Juli 1919 folgender:

Land	Name der Zeitung	Auflage am 1. Juli 1919
Niederösterreich:	Arbeiter-Zeitung und Abendblatt	122.000
	Arbeiterinnen-Zeitung	110.000
	Gleichheit (Wr.-Neustadt)	14.850
	Sozialdemokrat (Wien)	85.000
	Volksbote (Stockerau)	11.000
	Volkspost (Schwechat)	4.500
	Volksstimme (Mödling)	6.675
	Volkswacht (St. Pölten)	9.200
	Volkswille (Krems)	4.200
	Zusammen	267.425
Oberösterreich:	Tagblatt (Linz)	12.000
	Wahrheit (Linz)	6.500
	Salzkammergutbote (Linz)	3.200
	Tagblatt (Steyr) (am 15. Oktober)	3.500
	Zusammen	25.200
Steiermark-Kärnten:	Arbeiterwille	27.800
	Korrespondenzblatt	42.000
	Zusammen	69.800
Salzburg:	Salzburger Wacht	5.200
Tirol:	Volkszeitung	6.800
Vorarlberg:	Vorarlberger Wacht	3.250

Der in der Umsturzwoche gegründete „Freie Soldat", welcher zuerst wöchentlich erschien, erscheint seit 1. Jänner 1919 zweimal wöchentlich und hat seit April 1919 als Beilage die Wochenschrift „Licht übers Land". Das Blatt hatte Ende Juni 1919 eine Auflage von 14.500 Exemplaren.

Die am 20. April 1919 zum erstenmal erschienene „Bauernzeitung" (Wochenblatt) hatte Ende Juni 1919 eine Auflage von 10.000 Exemplaren.

Die Monatsschrift „Die Gemeinde" wurde im Mai 1919 in eine zweimal monatlich erscheinende Zeitschrift umgewandelt. Sie hat eine Auflage von 5000 Exemplaren, könnte aber noch weit stärker verbreitet sein.

Die wissenschaftliche Zeitschrift „Der Kampf" wurde im Mai 1919 in ein Wochenblatt verwandelt und hat eine Auflage von 5000 Exemplaren.

Ist auch der Aufschwung unserer Parteipresse sehr erfreulich, so bedeuten alle Auflageziffern immer noch sehr wenig gegenüber den Riesenauflagen der gesamten bürgerlichen Presse. Es dürfen keine Anstrengungen gescheut werden, um alle Wähler zu Lesern der Parteipresse zu machen.

Parteibuchhandlung.

Im letzten Kriegsjahr hielt der Aufschwung der Parteibuchhandlung an. Nach dem Umsturz stieg er noch beträchtlich. Die Verlagstätigkeit, die während des Krieges eingeschränkt werden mußte, hat einen so bedeutenden Aufschwung erfahren, daß die Volksbuchhandlung derzeit wohl an der Spitze aller deutschen Parteibuchhandlungen marschiert. Hervorgehoben sei insbesondere die „Sozialistische Bücherei". Der Absatz der Parteiliteratur leidet allerdings infolge von zwei Ursachen: einerseits ist die während des Krieges in vielen Bezirken zusammengebrochene Organisation der Kolportage nicht wieder zu neuem Leben erwacht, so daß das Bindeglied zwischen der Parteibuchhandlung und den Parteimitgliedern fehlt, anderseits bereitet die fortgesetzte Preissteigerung der Verbreitung Hemmnisse. Denn wenn auch die Bücher nicht in höherem Ausmaß verteuert wurden als andere Bedarfsartikel, so wiegt die Preiserhöhung hier doch schwerer, weil viele, die ihre Bedürfnisse einschränken müssen, damit zunächst bei den Büchern beginnen. Will die Partei die Massen, die ihr zuströmen, dauernd in der Bewegung erhalten und sozialdemokratisch erziehen, dann ist die Verbreitung der Parteiliteratur eine der dringendsten Aufgaben, welche die Organisation zu erfüllen hat.

Hier ein Bericht über die Verlagstätigkeit. Die eingeklammerten Ziffern geben die Auflagen an.

1917/18.

Adler Friedrich, Die Erneuerung der Internationale (8000). — Adler Max, Bildung und Krieg (3000); 1848 (5000); Die Bedeutung des Sozialismus (3000); Die Idee der Befreiung bei Karl Marx (2000). — Ansichtskarten: Trotzky (20.600); Pernerstorfer (10.150). — Eckstein Gustav, Der Marxismus in der Praxis (1600); Um Friede, Freiheit und Recht. Der Jännerausstand des innerösterreichischen Proletariats (7300). — Honay Karl, Proletarische Jugendorganisation und Politik (2000). — Kalender 1918: Arbeiterkalender (15.000); Taschenkalender (15.000); Holzarbeiterkalender (2000). — Kautsky Karl, Kriegsmarxismus (3000). — Germanus Liber, Deutschland und England (2400). — Maifestschrift 1918 (50.000). — Marxstudien, 4. Band, 1. Hälfte (400). — Praktischer Führer: Heft 1, Wie fatiere

ich? (51. bis 55. Tausend); Heft 5, Die Ansprüche der Soldaten und ihrer Hinterbliebenen (81. bis 100. Tausend); Heft 6, Die Lohn- und Beschwerdekommissionen (11. bis 25. Tausend); Heft 9, Der Mieterschutz (6. bis 10. Tausend); Nachtrag zu Heft 9 (3000); Heft 12/13, Wie werde ich geschieden? (1. bis 10. Tausend). — Protokoll des Parteitages 1917 (2500). — Renner Karl, Politische Demokratie und nationale Autonomie (2000). — Seitz Karl, Arbeiter oder Soldaten? Parlamentsrede vom 6. November 1917 (2000). — Tätigkeitsbericht der sozialdemokratischen Abgeordneten, 9. Heft, Mai 1914 bis Juli 1917 (4000). — Weber Heinrich, Die russische Revolution und das europäische Proletariat (8300). — Die Wiener Arbeiterbewegung (2000).

Kataloge: Weihnachtskatalog 1917 (5000). — Ratgeber für Büchereinkäufer (15.000).

1918/19 (bis Ende Oktober 1919).

Adler Friedrich, Nach zwei Jahren (6000); Ernst Machs Ueberwindung des mechanischen Materialismus (2000). — Adler Max, Der Sozialismus und die Intellektuellen (4000); Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg (4500). — An die Heimkehrer und Soldaten (82.000). — Ansichtskarten: Viktor Adler (48.200); Friedrich Adler (30.300). — Aufklärungsschriften: Nummer 1, Ist der Weltfriede möglich? (29.745); Nummer 2, Wie sollen die Frauen wählen? (5000); Nummer 3, Der teure Kaiser (126.730); Nummer 4, Was fordern wir von der Konstituierenden Nationalversammlung? (105.075); Nummer 5, Deutschnationale Schwindelpolitik (25.312); Nummer 6, Das Märchen vom deutschen Kurs und den deutschen Regierungen (20.600); Nummer 7, Ein Wort an die Frauen (127.310); Nummer 8, Auch die Angestellten müssen sozialdemokratisch wählen (49.100); Nummer 9, Religion und Sozialdemokratie (20.283); Nummer 10, Gegen die Kriegshetzer und Kriegsverlängerer, die des deutschen Volkes Unglück verschuldet haben (57.460); Nummer 11, Die Stunde der Rache (61.350); Nummer 12, Die Feldgerichte und das Volksgericht (20.125). — Danneberg Robert, Das sozialdemokratische Programm (36. bis 45. Tausend). — Deutsch Julius, Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung (3000). — Ferch Johann, Kerker oder Zwangsmutterschaft (10.200); Der gestürzte Moloch (3200). — Frey Anna, Was ist Sozialismus? (5000). — Kalender 1919: Arbeiterkalender (20.000); Taschenkalender (20.000); Holzarbeiterkalender (3000). — Kautsky Karl, Die Diktatur des Proletariats (16.000). — Kommunalpolitische Schriften: Heft 1, Die Aufgaben der Gemeinden von Michael Schacherl (9000); Heft 2, Die Gemeindewahlordnung Niederösterreichs von Dr. Fritz Winter (3000); Heft 3, Die Gemeindewahlordnung Steiermarks von M. Robinson (1100); Die Wohnungsnot und ihre Bekämpfung, I. Teil, von Jakob Brod (2500). — Die Lebensmittelversorgung der Gemeinde Wien (30.000). — Lichtstrahlen, Nummer 26: Die Privatangestellten (10.000). — Maifestschrift 1919 (40.000). — Popp Adelheid, Frauen und Arbeiter, schließt euch an! (10.000). — Praktischer Führer: Heft 5, neu, Was bekommen die Kriegsinvaliden und ihre Familien von der Republik Deutschösterreich? (1. bis 20. Tausend); Heft 14/15, Das neue Wahlrecht, 1. Teil, Wahlrecht und Wahlbehörden (10.000); Heft 16/17, Das neue Wahlrecht, 2. Teil, Das Wahlverfahren (8000); Nachtrag, Der Stimmzettel (8100); Heft 18, Die Betriebsräte, Gesetzestext und Wahlordnung (1. bis 15. Tausend); Heft 19/20, Was bekommen die Kriegerwitwen, die Kriegerwaisen und die anderen Kriegerhinterbliebenen von der Republik Deutschösterreich? (1. bis 10. Tausend;) Heft 21/23, Die Betriebsräte, Die Geschäftsordnung (5000); Heft 24/25, Die Betriebsräte, Erläuterungen zum Gesetz nebst den Vollzugsanweisungen über die Einigungsämter und die Revision der Gebarung (5000); Heft 26, Die Betriebsräte, Die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes über das Recht auf Bilanzvorlage (5000); Heft 27/28, Die Anforderung von Wohnungen durch die Gemeinden (5000). — Sozialistische Bücherei: Heft 1, Der Weg zum Sozialismus von Otto Bauer (43.000); Heft 2, Rätediktatur oder Demokratie (55.250); Heft 3, Rätearbeit und Nationalversammlungstragödien in Revolutionen von Alexander Täubler (13.000); Heft 4, Die Sozialisierung und der neue Geist der Zeit von Alexander Täubler (13.000); Heft 5, Die Sozialisierung und die Arbeiterräte von Karl Kautsky (48.000); Heft 6, Das Kommunistische Manifest (13.000); Heft 7, Revolutionäre Disziplin

von Josef Frey (6000); Heft 8, Demokratie und Rätesystem von Max Adler (13.000); Heft 9, Betriebsräte und Gewerkschaften von Julius Grünwald (13.000); Heft 10, Die Arbeiterbewegung im Kampfe gegen den alten Klassenstaat, Vorwort von Michael Schacherl (6000); Heft 11, Weltrevolution (28.000); Heft 12, Acht Monate auswärtiger Politik von Otto Bauer (6000); Heft 13, Die Arbeiterräte in Deutschösterreich von Julius Braunthal (6000); Heft 14, Entstehung und Zusammenbruch der ungarischen Rätediktatur (13.000). — Tätigkeitsbericht der sozialdemokratischen Abgeordneten: Heft 10, Oktober 1917 bis Oktober 1918 (3000); Heft 11, Die Provisorische Nationalversammlung (3000); Heft 12, Die Konstituierende Nationalversammlung bis September 1919 (3000).

Kataloge: Weihnachtskatalog 1918 (2000); Bücherverzeichnis 1919 (4000).

Internationale Beziehungen.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen in Stockholm, über die dem Parteitag von 1917 schriftlich und mündlich berichtet wurde, kam es während der Dauer des Krieges nur mehr einmal zu einer eingehenderen Auseinandersetzung der Vertreter der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich mit dem holländisch-skandinavischen Komitee, nämlich im Juni 1918, als der Parteivorstand die Genossen Ellenbogen und Seitz nach dem Haag entsandte, um mit Troelstra die Friedensfrage zu besprechen. Der unmittelbare Anlaß zu dieser Reise war folgender: Im Februar 1918 hatte in London eine Konferenz der sozialistischen Parteien der Ententeländer getagt. Diese Konferenz hat ihre Auffassung der Ziele, die die Friedensaktion der Internationale anzustreben habe, in einem sehr ausführlichen Memorandum niedergelegt; sie hat beschlossen, dieses Memorandum den sozialistischen Parteien Deutschlands, Oesterreich-Ungarns und Bulgariens zu schicken und ihre Antwort auf das Memorandum zu erbitten. Das Memorandum ist an unseren Parteivorstand zwar abgeschickt worden, aber es ist nicht angekommen. Als der Parteivorstand den Wortlaut des Memorandums im Juni aus den „Holländischen Nachrichten" des „Nederlandsche Anti-Oorlog Raad" kennen lernte, sendete er Ellenbogen und Seitz nach dem Haag, um dieses Memorandum zu beantworten, was in folgenden Erklärungen der Genossen Ellenbogen und Seitz, die dem Genossen Troelstra übergeben wurden, geschah:

Ein Friede, der den allgemeinen Grundsätzen der internationalen Sozialdemokratie vollkommen entsprechen sollte, müßte folgende Grundsätze verwirklichen:

1. Vereinigung aller Völker zu einer Liga der Nationen, die die internationale Abrüstung durchführt, alle Streitigkeiten zwischen den Staaten der Entscheidung obligatorischer Schiedsgerichte unterwirft und jedem Staate, der das Völkerrecht verletzt, die gemeinsame Kraft des ganzen Völkerbundes gegenüberstellt.

2. Keinerlei Annexionen, Lösung aller territorialen Streitfragen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker.

3. Keinerlei Kontributionen, gleiche Freiheit der wirtschaftlichen Entwicklung für alle Völker, Vermeidung jedes Wirtschaftskrieges.

Nur ein solcher Friede könnte als ein wirklich demokratischer Friede bezeichnet werden, nur er eine wirklich demokratische Ordnung in der Welt begründen.

Ein solcher demokratischer Friede kann nicht durch den Sieg einer oder der anderen der beiden imperialistischen Mächtegruppen erreicht werden. Der Sieg des einen oder des anderen Imperialismus

wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht verwirklichen, sondern vergewaltigen. Wenn zum Beispiel Italien einen vollständigen Sieg über Oesterreich-Ungarn erzielte, so würde der italienische Imperialismus nicht nur die italienischen, sondern auch große slawische Gebiete Oesterreichs zu gewinnen trachten. Wenn umgekehrt Oesterreich-Ungarn einen vollständigen Sieg über Italien erränge, so würden sich die österreichischen Imperialisten für berechtigt halten, nicht nur den Italienern im eigenen Gebiet das Selbstbestimmungsrecht zu versagen, sondern sie würden auch unter dem Vorwand, die strategischen Grenzen günstiger zu gestalten, italienische Gebiete annektieren wollen, ohne deren Bevölkerung zu befragen. Ebenso zwischen Frankreich und Deutschland. Wenn Frankreich siegte, so würde der französische Imperialismus nicht nur Elsaß-Lothringen, sondern wahrscheinlich auch Teile des kerndeutschen Rheinlandes zu annektieren trachten. Wenn umgekehrt das Deutsche Reich vollständig siegte, so würde es nicht nur Elsaß-Lothringen behalten, sondern die deutschen Imperialisten würden auch die Erzgebiete Französisch-Lothringens gegen den Willen ihrer Bevölkerung zu annektieren suchen. In beiden Fällen wäre das Selbstbestimmungsrecht der Völker verletzt.

Würden die Mittelmächte vollständig siegen, so würden sie vielleicht das Selbstbestimmungsrecht Irlands, Aegyptens, Indiens proklamieren, aber die Regelung der Rechte ihrer eigenen Völker als innere Angelegenheit erklären. Siegte umgekehrt die Entente, so würde sie vielleicht das Selbstbestimmungsrecht der Esten, Letten, Polen proklamieren, aber die Ordnung der Rechte der Völker in Irland, Aegypten, Indien einem späteren Zeitpunkt vorbehalten. Der Sieg des Imperialismus der einen wie der anderen Mächtegruppe kann also keinesfalls eine demokratische Ordnung begründen.

Aber auch ein sogenannter Verständigungsfriede, von kapitalistischen Gesichtspunkten aus geschlossen, wird keineswegs die Grundsätze der internationalen Sozialdemokratie vollständig verwirklichen können. Denn ein solcher Verständigungsfriede wäre nichts anderes als ein Kompromiß zwischen dem Imperialismus der Mittelmächte und dem Imperialismus der Entente. Sein Inhalt wäre nicht durch die Grundsätze der Demokratie bestimmt, sondern durch die Machtverhältnisse zwischen den kapitalistischen Regierungen. Er würde bestenfalls kein neues Unrecht schaffen, aber altes Unrecht fortbestehen lassen.

Der Krieg ist demnach überhaupt ein Mittel, eine demokratische Ordnung in der Welt zu schaffen. Er kann in keinem Falle die Ideale der internationalen Sozialdemokratie verwirklichen. Die Proletarier aller Völker haben die Pflicht, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß der abzuschließende Friede diesen Idealen, so weit es möglich ist, entspricht und insbesondere die weitere Entwicklung in unserem Sinne ermöglicht. Diese Pflicht liegt ihnen ob, obwohl sie überzeugt sind, daß die wirkliche demokratische Neugestaltung der Welt nicht als Ergebnis des Krieges durch einen Friedensschluß kapitalistischer Regierungen verwirklicht werden kann, sondern das Ergebnis des Klassenkampfes und der sozialen Revolution sein wird.

Die Völker, aus zahllosen Wunden blutend, können den Krieg nicht so lange fortsetzen, bis das Proletariat überall die Macht an sich zu reißen vermag. Die Völker brauchen den baldigen Frieden.

Sie können daher nicht auf einem Frieden bestehen, der die Grundsätze der internationalen Sozialdemokratie vollkommen verwirklicht, sondern müssen die Regierungen zu möglichst baldigem Friedensschluß drängen, auch wenn der Inhalt des Friedens, der unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen möglich ist, hinter den Forderungen der internationalen Sozialdemokratie weit zurückbleiben müßte.

Solange das Proletariat in den einzelnen Ländern die politische Macht noch nicht erobert hat, kann der Krieg nur entweder durch einen Siegfrieden beendet werden, den die siegende Partei der unterlegenen diktiert, oder durch einen

Verständigungsfrieden, der ein Kompromiß zwischen den Forderungen beider Parteien darstellt. Unseres Erachtens muß die internationale Sozialdemokratie mit aller Kraft für den Frieden des Kompromisses, für den Verständigungsfrieden eintreten, obwohl auch dieser Verständigungsfriede den demokratischen Idealen nicht wird genügen können. Aus folgenden Gründen müssen wir den baldigsten Verständigungsfrieden der Fortführung des Krieges vorziehen.

1. Ein Verständigungsfriede ist heute schon möglich. Soll dagegen der Friede erst durch den Sieg einer der beiden Kriegsparteien erreicht werden, so müßte der Krieg noch jahrelang fortgesetzt werden, die furchtbaren Opfer, die dem Proletariat aller Länder auferlegt sind, würden ungeheuer vergrößert.

2. Ein Siegfriede würde Revanchegelüste bei der besiegten Partei zurücklassen und dadurch zur Ursache neuer Kriege werden. Ein Verständigungsfriede wird die Annäherung der Völker erleichtern und darum die Bürgschaft der Dauer in sich tragen.

3. Ein Siegfriede würde die Autorität des Militarismus und des Imperialismus in der siegenden Ländergruppe befestigen und dadurch die Demokratisierung dieser Länder erschweren. Ein Verständigungsfriede dagegen, der keiner der beiden Parteien einen wesentlichen Machtzuwachs brächte, würde alle Völker überzeugen, daß der Krieg, den die kapitalistischen Regierungen heraufbeschworen haben, den Völkern nur unendliche Opfer, aber keinen Gewinn gebracht hat; er würde daher die demokratischen, pazifistischen und sozialistischen Tendenzen in allen Ländern gewaltig stärken. Diese Wirkung wird besonders dann sehr stark sein, wenn sich die Regierungen unter dem Drucke der internationalen Sozialdemokratie zum Verständigungsfrieden entschließen müßten. Wenn es er Sozialdemokratie gelingt, durch ihre Aktion die Regierungen zum Verhandlungstisch zu bringen, so wird sie den Völkern als die Bringerin des Friedens, als die Befreierin von Kriegsnot und Kriegsopfern erscheinen. Millionen werden dadurch für den Sozialismus gewonnen werden. Ein Verständigungsfriede, unter dem Drucke der internationalen Sozialdemokratie geschlossen, wird daher in allen Ländern den Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie, des Sozialismus über den Kapitalismus näher rücken.

Aus diesen Gründen glauben wir, daß die Sozialdemokratie an den Frieden keine Forderungen stellen darf, die nur im Falle des vollständigen Sieges der einen oder anderen Kriegspartei durchgesetzt werden könnten, deren Verwirklichung daher mit der Verlängerung des Krieges erkauft werden müßte und nur im Rahmen eines Siegfriedens möglich wäre. Wir glauben vielmehr, daß es die wichtigste Aufgabe der internationalen Sozialdemokratie ist, die Regierungen mit aller Kraft zum baldigsten Abschluß eines Friedens zu drängen, der unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen nur ein Verständigungsfriede sein kann.

Wenn nun eingewendet wird, daß gerade die jetzige Kriegslage nicht geeignet sei, solche Verhandlungen einzuleiten, weil der psychologische Moment dafür erst dann gegeben sei, wenn der Krieg stillesteht und beide Parteien erkennen, daß sie einander nicht entscheidend zu besiegen imstande sind, so können wir das verstehen. Aber wir müssen darauf verweisen, daß im ganzen Verlauf des Krieges die Ungunst oder Gunst der Kriegslage von den Regierungen beider Seiten als Vorwand zur Ablehnung von Friedensverhandlungen benützt wurde und daß die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich demgegenüber jederzeit und ohne Rücksicht auf die Kriegslage die Einleitung von Friedensverhandlungen verlangt hat. Je früher sich das Proletariat in allen kriegführenden Ländern zu einem Druck auf ihre Regierungen im Sinne des Friedens entschließt, um so eher wird es seinen Einfluß nicht nur auf die Einleitung von Friedensverhandlungen überhaupt, sondern auch auf deren Inhalt und die künftige Gestaltung der Dinge ausüben können.

Was unsere Stellung zu verschiedenen in der Internationale erhobenen Forderungen betrifft, wollen wir kurz bemerken:

Wir sind einverstanden mit der Forderung der interalliierten Konferenz vom Februar 1918 bezüglich der Liga der Nationen, bezüglich der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern und bezüglich der sozialpolitischen Forderungen an den Friedensvertrag. In letzterer Beziehung schließen wir uns insbesondere den Forderungen der internationalen Gewerkschaftskonferenzen von Bern und Leeds an.

Wir fordern die Umgestaltung Oesterreich-Ungarns in eine Föderation autonomer Nationen sowie die Schaffung eines Bundes der freien Balkanvölker. Wir lehnen jede Annexion der von Rußland losgerissenen Randvölker durch die Mittelmächte ab. Wir haben den Frieden von Brest-Litowsk und den von Bukarest parlamentarisch und in der Presse bekämpft und wir werden bei der parlamentarischen Beschlußfassung über diese Friedensverträge jede Bestimmung ablehnen, die eine Annexion oder Vergewaltigung bedeutet.

Wir fordern wie immer die Wiederherstellung und Entschädigung Belgiens. Was die Frage anlangt, wer die Kosten dieser Entschädigung zu tragen hat, so halten wir diese Frage nicht für entscheidend. Angesichts der ungeheuren Opfer des Krieges — Opfer nicht nur an Geld und Gut, sondern vor allem an Menschenleben — lehnen wir jede Verlängerung des Krieges um irgendwelcher finanzieller Streitfragen willen ab und glauben, daß über den Anteil der einzelnen Staaten an den Kosten des Wiederaufbaues der verwüsteten kleinen Länder ein Kompromiß geschlossen werden muß.

Was die Fragen Elsaß-Lothringens, Italiens, Polens, der Türkei und der tropischen Kolonien anlangt, so sind wir der Ansicht, daß ein vollkommener demokratischer Friede, ein Friede, der den Grundsätzen der internationalen Sozialdemokratie entspräche, auch diese Fragen im Geiste des Selbstbestimmungsrechtes der Völker entscheiden müßte. Aber wir geben uns keiner Täuschung darüber hin, daß diese Forderung unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen nicht durchgesetzt werden kann. Da wir aus den oben angeführten Gründen den Krieg nicht fortsetzen wollen, bis die vollständige Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker möglich wird, da wir vielmehr jetzt schon einen Verständigungsfrieden anstreben, halten wir dafür, daß die internationale Sozialdemokratie einen Verständigungsfrieden auch dann anstreben und annehmen muß, wenn er diese Forderung nicht vollständig verwirklicht. Eine Auffassung, die dahin geht, daß wir den Krieg so lange fortsetzen sollen, bis die volle Erfüllung dieser Forderungen durchgesetzt werden kann, lehnen wir mit der größten Entschiedenheit ab; wir wollen nicht, daß unsere Forderungen zu Hindernissen eines baldigen Friedens, zu Gründen der Verlängerung des Krieges werden. Wohl aber sind wir der Meinung, daß die internationale Sozialdemokratie ihren ganzen Einfluß dafür einsetzen muß, daß der Friedensvertrag auch in diesen nationalen Fragen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker soweit als möglich entgegenkommt, soweit, als dies ohne Verlängerung des Krieges durchgesetzt werden kann.

Aber so nützlich es sein mag, festzustellen, auf welcher Grundlage die internationale Sozialdemokratie eine Verständigung zwischen den Nationen für möglich und für wünschenswert hält, so erblicken wir doch nicht darin die wichtigste Aufgabe der Sozialdemokratie. Ihre wichtigste Aufgabe ist es vielmehr, durch eine energische Aktion innerhalb der einzelnen Länder die Regierungen zum Frieden zu drängen.

Ist diese Aktion innerhalb der einzelnen Staaten stark und wirksam genug, dann werden die Regierungen gezwungen sein, sich zum Beratungstisch zu setzen und selbst das Kompromiß zwischen ihren Forderungen zu finden, das den Inhalt des Friedensvertrages bilden soll.

Eine solche Aktion des Proletariats in allen Ländern zu organisieren, müßte unseres Erachtens die wichtigste Aufgabe der einzuberufenden internationalen Konferenz sein. Wir sind überzeugt, daß sie den Frieden weit mehr fördern würde als die noch so sorgfältige Ausarbeitung von Projekten zur Lösung territorialer Streitfragen. Denn die territorialen Streitfragen werden die Regierungen selbst zu lösen gezwungen sein und nicht anders als im Geiste der Verständigung lösen können, wenn erst in allen Ländern ein hinreichend starker Druck des Proletariats sie zur Verständigung zwingt.

Wir wünschen daher eine möglichst schnelle Einberufung einer internationalen Sozialistenkonferenz in ein neutrales Land.

Als Grundlage der Diskussionen dieser Konferenz sollen sowohl die Deposition der einzelnen Parteien in Stockholm als auch das Memorandum der Londoner Konferenz dienen.

Nach der Novemberrevolution 1918 wurden von seiten des holländisch-skandinavischen Komitees die Bemühungen sogleich wieder aufgenommen, um eine internationale Konferenz zustande zu bringen. Es kam zur Berner Konferenz, die nach Ueberwindung mannigfacher Schwierigkeiten und langwierigen Vorberatungen am 3. Februar 1919 zur ersten Plenarsitzung zusammentreten konnte. Aus Deutschösterreich waren vom Parteivorstand Friedrich Adler, Ellenbogen, Seitz und Seliger, von der Gewerkschaftskommission Domes, Gion und Grünwald delegiert. In die Debatten griffen von unserer Delegation ein: Ellenbogen und Seliger bei der Behandlung der territorialen Fragen, Adler bei der Behandlung der Schuldfrage und der Stellungnahme zum russischen Bolschewismus.

An der internationalen Konferenz, die vom 26. bis 29. April in Amsterdam tagte, konnte die deutschösterreichische Sozialdemokratie wegen äußerer Hindernisse nicht vertreten sein. Die Genossen Niederösterreichs waren durch den Wahlkampf für die Wiener Gemeinde und den niederösterreichischen Landtag voll in Anspruch genommen und mußten daher auf Delegierte aus ihren Reihen verzichten. Vom Parteivorstand wurde daher allein Genosse Seliger als Delegierter bestellt, konnte jedoch die Einreisebewilligung von der niederländischen Regierung nicht rechtzeitig erlangen.

Auf der Konferenz, die vom 2. bis 10. August 1919 in Luzern ihre Beratungen abhielt, war der Parteivorstand durch Friedrich Adler vertreten.

Frauenbewegung.

(Bericht des Frauenreichskomitees.)

Während der Berichtszeit — Juli 1917 bis Juni 1919 — ist ein ununterbrochener Aufstieg in den Mitgliederzahlen zu beobachten. Im Juni 1917 hatten wir ungefähr 20.000 Mitglieder im ganzen Reiche, im Juni 1918 ungefähr 30.000, Dezember 1918 41.000 und im Juni 1919 über 110.000 einschließlich der Sudetenländer. Die Zahlen können nur schätzungsweise angegeben werden, weil seit Februar dieses Jahres wegen der schlechten Postverbindung die Versendung von Quittungsmarken an die Sudetenländer sehr unregelmäßig vor sich ging und teilweise auch keine Bestellung mehr aus diesen Ländern einlangte. Die Mitgliederzahl ist daher eher größer als kleiner anzunehmen. Die Auflage der „Arbeite-

rinnen-Zeitung" betrug im Juni 1917 30.700, Jänner 1918 34.000, Jänner 1919 97.000, Juni 1919 110.000. Im September erschien die Beilage „Für die Jugend" wieder, die während der Kriegszeit eingestellt war. Die unverhältnismäßig rasche Zunahme der Mitglieder hat ihren Grund hauptsächlich in den politischen Verhältnissen, wie sie sich seit November vorigen Jahres gestaltet haben, und in Wien wohl auch darin, daß seit Jänner 1919 die gemeinsame Organisation der männlichen und weiblichen Parteimitglieder besteht. Dadurch können alle organisatorischen und agitatorischen Kräfte für die Organisation besser ausgenützt werden.

Im März 1918 fand wie alljährlich am Frauentag die Demonstration für die Gleichberechtigung der Frauen statt. Es sollte die letzte jener Kundgebungen sein, die seit 1911 alljährlich abgehalten wurden, da nun ein Jahr später die vollständige politische Gleichberechtigung der Frauen Wirklichkeit geworden ist. „Für Frauenwahlrecht und Völkerfrieden" war die Tagesordnung einer Unzahl von Frauenversammlungen, die am Frauentag allerorts abgehalten wurden. Die Festschrift „Der Frauentag" wurde in einer Auflage von 40.200 Exemplaren verbreitet.

Wie jedes Jahr wurde auch im Oktober 1918 eine Werbeaktion für die Frauenorganisation durchgeführt. Für diesen Zweck wurde eine Nummer der „Arbeiterinnen-Zeitung" besonders eingerichtet. 66.800 Exemplare wurden als Werbenummern ausgegeben.

Im Oktober 1917 fand die Sechste Frauenreichskonferenz in Wien statt. Die Genossinnen sahen sich genötigt, wegen allgemeiner Teuerung eine Erhöhung der monatlichen Mitgliedsbeiträge von 40 auf 60 H. zu beschließen. Einer der wichtigsten Beschlüsse dieser Konferenz war der, einen Wahlrechtsfonds einzuführen, da es notwendig sei, den Kampf um die politische Gleichberechtigung der Frauen in Staat, Land und Gemeinden in erhöhtem Maße zu führen. Der Krieg hat den Frauen so viel Lasten aufgebürdet, daß es auf die Dauer nicht möglich ist, den Frauen ihr gutes Recht vorzuenthalten. Für diesen Kampf die Geldmittel zu beschaffen, war der Zweck der Gründung des Wahlrechtsfonds, der von der Reichsstelle und von den Landeskomitees eingehoben und verwaltet werden soll. Zur Tagesordnung „Frauen- und Kinderschutz" wurden folgende Forderungen in einer Resolution zusammengefaßt: Achtstundentag für Frauen, Sechsstundentag für Jugendliche unter 18 Jahren, Verbot der Nachtarbeit, Verbot der Erwerbsarbeit bis zum 16. Lebensjahre und Ausdehnung der Schulpflicht bis zu diesem Alter, der gesetzlich freie Samstagnachmittag, Vermehrung der Gewerbeinspektorinnen, Reform der Krankenversicherung, Einführung von Stillgeld, Errichtung von Säuglingsheimen und Tagesheimstätten, eine staatliche Arbeitslosenunterstützung für die Uebergangszeit nach dem Kriege, passives Wahlrecht der Frauen zu den Gewerbegerichten.

Mit diesen Beschlüssen war auch das Arbeitsprogramm der Frauenorganisationen für die nächste Zeit aufgestellt. Nach der Reichskonferenz fanden dann in allen Ländern Landeskonferenzen statt, die über die praktische Durchführung der Beschlüsse der Reichskonferenz zu beraten hatten. Es wurden für die Wintermonate Funktionärinnenkurse, Redeunterrichte und Leseabende vorbereitet, um Mitglieder wie Funktionärinnen mit den nötigen Kenntnissen und Fähigkeiten auszustatten, damit sie den Kampf für die Verwirklichung der aufgestellten Forderungen mit Erfolg führen können. Kreis- und Bezirkskonferenzen wirkten

an der Durchführung des Arbeitsprogramms mit. Daneben wurden aktuelle Fragen nicht vernachlässigt. Zu allen wichtigen Ereignissen nahm die Frauenorganisation Stellung. Versammlungen wurden abgehalten: Wegen der Berufung der Frauen zum Geschwornenamt, Friedensversammlungen, für das Frauenwahlrecht (Antrag des Genossen Hillebrand im Parlament betreffend die Aenderung des Staatsgrundgesetzes, § 7, Eliminierung der Worte „männlichen Geschlechtes"), dann für die Beseitigung des § 30 (Verbot für Frauen, politischen Vereinen anzugehören), Versammlungen gegen die von den Christlichsozialen für den Wiener Gemeinderat geplante Wahlreform, gegen die von der Regierung geplante Einbeziehung der Frauen in das zu schaffende Hilfsdienstgesetz, schließlich in Wien eine große Frauenversammlung, die sich mit den „Forderungen der Frauen an die provisorische Nationalversammlung" beschäftigte und die Forderung nach politischer Gleichberechtigung an die Spitze stellte. (3. November 1918.) Die Sorge um die Ernährung der Bevölkerung machte es nötig, daß die Frauen in die Wirtschaftsämter und Wirtschaftsräte der Gemeinden eintraten. In eine vom Ministerium für soziale Fürsorge eingesetzte Frauenkommission, die sich hauptsächlich mit Fragen des Frauenschutzes und mit Fürsorge beschäftigte, wurden von den Sozialdemokratinnen drei Delegierte entsendet, die dort mitarbeiteten. In der Frauenschutzkommission, die der Chef des Ersatzwesens im Jahre 1918 einsetzte, waren vier Vertreterinnen unserer Organisation. Die Kommission hatte sich mit Schutz und Fürsorge für die „Hilfskräfte bei der Armee im Felde" zu befassen, deren Zahl damals bereits 36.000 betrug. Im Herbst 1918 war diese Kommission bereits arbeitsunfähig und trat so selbst vom Schauplatz ihrer Tätigkeit ab.

In den einzelnen Organisationen wurde auch die Bildungsarbeit gepflegt und es wurden Bücher und Broschüren verbreitet. Im Mai 1918 veranstalteten viele Organisationen mit Unterstützung der Zentralstelle für das Bildungswesen Marx-Feiern.

Bis zum großen politischen Umsturz im Herbst 1918 haben die Frauenorganisationen trotz aller Beschränkungen, die ihnen von allen Seiten auferlegt waren, fleißig und, wie aus den Ziffern zu ersehen ist, mit Erfolg selbständig gearbeitet. Die große Umwälzung brachte auch den Frauen eine vollständige politische Bewegungsfreiheit, und seit Beginn der Revolution hat sich bei der völligen Gleichartigkeit der Interessen von Frauen und Männern in der Praxis auch immer mehr und mehr ein gemeinsames Vorgehen bei den organisatorischen Arbeiten ergeben. Es kam die von den organisierten Frauen so lange herbeigesehnte Zeit, wo die gemeinsame politische Parteiorganisation möglich wurde. Der Parteitag im November 1918 hatte schon eine kurze Entschließung angenommen, die sich grundsätzlich für die gemeinsame Organisation ausspricht. Außerdem wurde auf dem Parteitag folgende Erklärung der Frauen abgegeben:

„Mit Begeisterung begrüßen die Vertreterinnen der sozialdemokratischen Frauen Deutschösterreichs die Ergreifung der Macht durch die Volksregierung. Sie sind davon überzeugt, daß es dieser Regierung gelingen wird, an Stelle des zusammengebrochenen Gewaltsystems eine solche Ordnung aufzurichten, welche der Arbeiterschaft Raum geben wird zu raschem wirtschaftlichen, geistigen und kulturellen Aufstieg. Die Sozialdemokratinnen erwarten aber auch, daß der neugegründete Volksstaat die Frauen befreien werde von dem Joch der Unterdrückung und Entrechtung, das seit vielen Jahrhunderten

auf ihnen lastet. Die Ausschreibung der Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung, die nicht anders stattfinden können als auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes für beide Geschlechter, wird den wichtigsten Schritt zu diesem Ziele bedeuten. Sie wird die Erkenntnis in alle Volkskreise tragen, daß eine Körperschaft, die die volle Hälfte der Bevölkerung unvertreten ließe, das Recht verwirkt hätte, sich als die Vertretung des ganzen Volkes zu bezeichnen. Die sozialdemokratischen Frauen erwarten aber auch, daß die neue Regierung sofort alle jene gesetzlichen Beschränkungen aufheben und mit all jenen auf keinem Gesetz beruhenden Gebräuchen brechen werde, welche bisher den Frauen den Zugang zu vielen Lehranstalten und zu den meisten Aemtern versperrt haben. Sie erwarten von den sozialdemokratischen Mitgliedern der Regierung, daß sie ihre volle Kraft daransetzen werden, Punkt vier unseres Minimalprogramms sofort zu verwirklichen, der lautet: Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.

Die sozialdemokratischen Frauen hegen aber auch zu den Genossen in der Regierung das feste Vertrauen, daß sie es nicht bei papierenen Maßregeln bewenden lassen, sondern dafür Sorge tragen werden, daß auch wirklich zur aufbauenden Tätigkeit auf allen Gebieten des Volkslebens Frauen herangezogen und dadurch dem Wohle der Gesamtheit neue bisher ungenützte Kräfte dienstbar gemacht werden. In diesem Sinne fordern sie auch die Heranziehung weiblicher Sachverständiger zu allen Ausschüssen der provisorischen Nationalversammlung."

Nun wurden Vorbereitungen für die organisatorische Vereinigung in Angriff genommen. Sie wurden zuerst in Wien in Angriff genommen, und Ende Dezember übergaben bereits die Frauen in den Wiener Bezirken ihre Kassen an die Bezirksorganisationen, und vom Jänner 1919 an ist in Wien die gemeinsame Organisation in Tätigkeit. In Verhandlungen mit der Wiener Organisation und dem Wiener Sekretariat wurden Bestimmungen ausgearbeitet, in denen anerkannt wird, daß es nötig ist, innerhalb der gemeinsamen Organisation Einrichtungen zu schaffen, die es den Frauen ermöglichen, für die besondere politische Aufklärungs- und Bildungsarbeit unter den weiblichen Mitgliedern Frauenkomitees einzusetzen, die im Einvernehmen mit der Parteiorganisation arbeiten. Die „Arbeiterinnen-Zeitung" bleibt wie bisher das obligatorische Organ der politisch organisierten Frauen. Diese Bestimmungen haben in Wien und in Niederösterreich, wo die Vereinigung bereits durchgeführt ist, so lange Geltung, bis der Reichsparteitag das Statut dementsprechend abgeändert hat. In den übrigen Ländern ist die Vereinigung bis jetzt nur teilweise durchgeführt. Sie stößt auf Schwierigkeiten, teilweise weil die Frauenorganisationen fürchten, daß die Funktionärinnen in der gemeinsamen Organisation die nötige Bewegungsfreiheit für ihre Tätigkeit verlieren, teilweise weil die Genossen erklären, sie können mit den niedrigen Beiträgen der Frauen ihr Auslangen nicht finden und daher verlangen, daß das Obligatorium der „Arbeiterinnen-Zeitung" abgeschafft werden muß. Auch bei der Festsetzung des Vertretungsrechtes ergeben sich Differenzen, da ein Teil der Genossen die Auffassung hat, in der gemeinsamen Organisation gäbe es keine Bestimmungen mehr über Festsetzung von Rechten für die weiblichen Mitglieder. Wir sind überzeugt, daß sich alle diese Schwierigkeiten aus der Welt schaffen lassen, wenn das Reichsparteistatut einmal genau die besonderen Verpflichtungen und Rechte der organisierten Frauen festgelegt hat. Solche sind notwendig, weil die große Mehrzahl der Frauen politisch noch nicht so weit geschult ist, um der Parteiarbeit im allgemeinen genügend Inter-

esse entgegenbringen zu können. Außerdem gibt es eine Reihe von Fragen, die die Frauen besonders angehen, die Parteigenossen dagegen wenig oder gar nicht interessieren. Es soll auch in der gemeinsamen Organisation weiterbestehen, was sich in der Frauenorganisation so sehr bewährt hat: daß Frauen zu Frauen sprechen können. Darum muß verhindert werden, daß nach der Vereinigung die Frauen einfach in der gemeinsamen Organisation aufgehen und ihren unzweifelhaft vorhandenen andersartigen Interessen nicht mehr Rechnung getragen wird. Die Genossinnen wollten und wollen keine eigenen Frauenvereine gründen, weil sie überzeugt sind, daß die gemeinsame Organisation ihre Wünsche und Vorschläge gern berücksichtigen wird, solange dies erforderlich sein wird. Sie begrüßen es daher freudigst, daß nun die Zeit gekommen ist, die alten freien politischen Frauenorganisationen auflösen und in die gemeinsame Organisation eintreten zu können.

Die Aufrichtung der demokratischen Republik setzte mit einem Schlage die bisher politisch völlig rechtlosen Frauen in alle Rechte ein. Besaßen sie vorher nicht einmal die Erlaubnis, einem politischen Verein angehören zu dürfen, so saßen schon im November eine Sozialdemokratin im steirischen Landtag und im Dezember 1918 im Wiener provisorischen Gemeinderat bereits zwölf Frauen, davon fünf Sozialdemokratinnen. Das Wahlrecht zur Konstituierenden Nationalversammlung war ihnen zugesichert, ebenso für die Landtage und die Gemeinden. Seit Juni 1919 sitzt die erste Frau, Genossin Freundlich, in einem Staatsamt (als Ernährungsdirektrice). Die Wahlvorbereitungen wurden in ganz Deutschösterreich überall bereits mit den Genossen gemeinsam gemacht. Die Frauenorganisation gab im Dezember ein eigenes Frauenblatt „Die Wählerin" heraus, das die Frauen für die neuen staatsbürgerlichen Pflichten vorzubereiten hatte. Die Zeitung erschien vom 5. Dezember 1918 bis Ende April 1919 in 12 Nummern in einer durchschnittlichen Auflage von 50.000 Exemplaren im ganzen Reiche einschließlich der Sudetenländer. Der Wahlkampf wurde mit den Genossen gemeinsam geführt, nur wenige Frauenversammlungen wurden in Wien abgehalten; in der Provinz waren deren mehr erforderlich. Das Wahlergebnis vom 16. Februar brachte den Sozialdemokratinnen sieben Frauenmandate, sechs von Wien, eines von Kärnten. Außer den Gewählten hatten noch Frauen kandidiert in: Niederösterreich 4, Wien 1, Oberösterreich 1, Salzburg 1, Steiermark 2, Kärnten 1, Tirol 1 Genossin. In den Niederösterreichischen Landtag sind gewählt aus Wien 2, Niederösterreich 3 Sozialdemokratinnen; in Oberösterreich 1, Salzburg 1, Steiermark 2, Kärnten 1, Tirol 2 Genossinnen. Im Wiener Gemeinderat sind 16 Genossinnen, eine davon Städterin. In sehr vielen anderen Gemeinden sind ebenfalls Genossinnen gewählt worden; eine Gemeinde (Sankt Stephan bei Leoben) in Steiermark hat eine Genossin zur Vizebürgermeisterin gemacht. In der Folge wurden die Frauen in alle gemeinderätlichen und wirtschaftlichen Kommissionen entsendet, wo sie einen großen Wirkungskreis haben.

An all diesen großen Erfolgen hatten leider unsere ebenso tüchtigen wie zahlreichen langjährigen Kampfgenossinnen in den Sudetenländern keinen Anteil mehr. Durch die Besetzung dieser Gebiete durch die Tschechoslowaken wurde die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung unmöglich. Später errang die Partei dort bei den Gemeinderatswahlen große Erfolge. Es wurden auch zahlreiche Genossinnen gewählt. Durch den Friedensvertrag aber verlieren wir die in den deutschen Frauen-

organisationen der Sudetenländer zusammengeschlossenen Genossinnen gänzlich. Ungeheuer schmerzlich empfindet es die Frauenorganisation Deutschösterreichs, daß mit den ungefähr 40.000 Mitgliedern, die wir nun verlieren, eine große Anzahl äußerst tüchtiger, begabter Funktionärinnen von uns gerissen wurde, von denen manche schon seit der Zeit ununterbrochen tätig sind, als es überhaupt organisierte Frauen in Oesterreich gibt. Aus dem äußerst intelligenten Industrieproletariat jener Länder hervorgegangen, haben sie alle in den ärmlichsten Verhältnissen lebend ihre besten Kräfte der Partei gewidmet. Nur der Gedanke, daß dieselben Genossinnen, die wir nun verlieren, in der bereits am 5. September 1919 konstituierten Reichsorganisation der sozialdemokratischen Frauen der Tschechoslowakei mit unverminderten Kräften für die gleichen Ziele tätig sein werden, macht uns ihr Ausscheiden erträglich. Allen jenen Genossinnen sei hier für ihre jahrelange aufopfernde Mitarbeit herzlich Dank gesagt.

Unsere internationalen Beziehungen mit den Genossinnen waren wohl wie in den übrigen Kriegsjahren unregelmäßig, jedoch nie ganz unterbrochen. Wiederholt wurden Nachrichten und Briefe gewechselt mit den Genossinnen aus England, Holland, Deutschland und der Schweiz. Seit einigen Monaten werden Vorbereitungen getroffen, um eine internationale Frauenkonferenz einzuberufen, die unabhängig von einem internationalen Parteikongreß abgehalten werden soll. Ueber den Zeitpunkt ist noch nichts festgesetzt.

Der Parteitag wird diesmal die endgültige Beschlußfassung über die gemeinsame Organisation vornehmen. Damit hört die nach den Beschlüssen des Reichenberger Parteitages 1909 eingesetzte Freie politische Frauenorganisation auf zu bestehen, wir kommen einen Schritt weiter in der Entwicklung der politischen Partei. Gern und freudig geben die politisch organisierten Genossinnen aus diesem Anlaß die Versicherung, mit allen ihren Kräften in Zukunft für die gemeinsame Organisation wirken zu wollen.

Das Bildungswesen.

(Bericht der Zentralstelle für das Bildungswesen.)

In die Berichtszeit (1. Juli 1917 bis 30. Juni 1919) fällt, bedingt durch den Krieg, der Tiefstand unserer gesamten Arbeiterbildungsbewegung, aber auch, geweckt durch die Novembertage 1918, erneuter und verheißungsvoller Aufschwung.

Wien.

Schwerster Rückschlag widerfuhr während des Krieges unserer Vortragstätigkeit.

Vor dem Kriege veranstalteten wir 81 Vortragszyklen (350 Abende) und 119 Unterrichte (2136 Stunden). — Im Jahre 1917/18 verzeichnen wir nur mehr 10 Zyklen (35 Abende) und 13 Unterrichte (393 Stunden).

Dasselbe Bild ergibt eine Uebersicht über unsere Einzelvorträge: Vor Kriegsausbruch mehr als 1500 jährlich — im Jahre 1917/18 nur mehr ein Zehntel davon!

Die Arbeiterschule wurde im Kriege überhaupt nicht mehr fortgeführt. Sieben Vorträge wurden polizeilich verboten.

Vor Ausbruch des Krieges hatten bereits 44 Gewerkschaften mehr als acht Vorträge jährlich zu verzeichnen, im Jahre 1917/18 stand nur mehr eine einzige Gewerkschaft auf dieser Höhe.

Da die Freie Volksbühne schon in den ersten Kriegsmonaten infolge der Einrückung der Ueberzahl ihrer Mitglieder sich auflösen mußte, übernahm die Zentralstelle diese wichtige Aufgabe durch Schaffung einer eigenen Theaterabteilung, die im Jahre 1917/18 über 19.000 Arbeitern und Arbeiterinnen, im Jahre 1918/19 weit über 34.000 Proletariern gute Theatervorstellungen bot.

Auch die Arbeiter-Sinfoniekonzerte konnten aufrechterhalten bleiben und im Jahre 1917/18 bei 7000 Hörern, im Jahre 1918/19 11.000 Hörern vorbildlichen Kunstgenuß verschaffen.

Mit Herbst 1918 begann langsam die Bildungsarbeit wieder ihren früheren Höhen zuzustreben. Die Zentralstelle benützte schon die Wahlbewegung durch Einführung von Lichtbildervorträgen zur Bildungspropaganda. Das erste Halbjahr 1919 erbrachte den tröstlichen Beweis, daß die Unterrichtsausschüsse wie die Gewerkschaften, die Frauenorganisationen wie die Jugendlichen der Pflege des Vortragswesens von Monat zu Monat wachsende Aufmerksamkeit widmeten.

Von entscheidender Bedeutung für das Wiedererstarken unserer Bildungsbewegung wurde der Eifer, mit dem sich unsere Volkswehr der Bildungsarbeit zuwandte. Die Schaffung der Bildungsräte in allen Kompagnien und Bataillonen, die Umwandlung der Wiener Kasernen in Schulen während der ersten Halbjahres 1919, die rastlose Tätigkeit des Reichsbildungsamtes der Volkswehr führten mit dazu, die Genossen allenthalben auf die revolutionierende Kraft der Bildungsbewegung aufmerksam zu machen.

Ein neues Bild bot der Wiener Arbeiterschaft der Erste Mai 1919. Dieser Festtag wurde alkoholfrei begangen. Zum ersten Male waren, wenn auch nur für einen Tag, alle Theater und Konzertsäle Wiens in der Hand des Proletariats. Die Zentralstelle für das Bildungswesen organisierte gemeinsam mit dem Reichsbildungsamt der Volkswehr in ganz Wien künstlerische Veranstaltungen und brachte an die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter sowie an die Volkswehr rund 60.000 Karten zur Ausgabe.

Unterbrechung und Neubelebung verzeichnet auch die Abteilung für das Bibliothekswesen. Freilich haben unsere Wiener Arbeiterbüchereien — nicht zuletzt dank der jahrelangen Schulung unserer Bibliothekare in eigenen Bibliothekarkursen — während des Krieges nicht so schwere Einbußen zu verzeichnen, wie unser Vortragswesen. Dennoch sanken die Entlehnungen während des Krieges um die Hälfte zurück. Im Jahre 1914 über 200.000 Entlehnungen — im Jahre 1918 nur mehr über 100.000 Entlehnungen. Aber im ersten Halbjahr 1919 bereits über 90.000 Entlehnungen.

Provinz.

Auf dem flachen Lande hat der Krieg unsere Bildungsbewegung fast zur Gänze zerbrochen.

Die Organisationen in der Provinz vermochten aus eigener Kraft kaum irgendwie Bedeutsames mehr zu leisten, die Zentralstelle selbst wurde so gut wie gar nicht mehr in Anspruch genommen.

Hat die Zentralstelle vor Ausbruch des Krieges jährlich ungefähr 300 Einzelvorträge in die Provinz vermittelt, so fiel diese Zahl im Jahre

1917/18 auf 5 Vorträge. Vor dem Krieg wurden durch uns bei 200 Zyklen und Unterrichte angeregt und veranstaltet, im Jahre 1917/18 fällt diese Rubrik leer aus.

Auch hier schafft das erste Halbjahr 1919 bereits neue Grundlagen. Schnell hat die Zentralstelle mit den einzelnen Ländern und Lokalorganisationen wieder Fühlung gewonnen; es galt vor allem für den Herbstbeginn 1919 Vorbereitungen zu treffen. Hiezu gehörte vor allem die Sorge um das Wiedererscheinen der „Bildungsarbeit" sowie um die Gewinnung und Schulung eines den Bedürfnissen entsprechenden größeren Stabes von jüngeren Referenten.

Was die Provinzbüchereien anlangt, so gilt für sie das gleiche wie für die Wiener Bibliotheken. Auch sie litten unter den Kriegsfolgen, aber überall weniger als das Vortragswesen. Einzelne Organisationen konnten sogar an die Erweiterung ihrer Büchereien, an die Neuausgabe von Katalogen schreiten (Graz, Innsbruck, Villach).

Allgemeines.

Das Wachsen der Bewegung, das Heranströmen großer Massen, erheischt die eifrigste Pflege und den raschesten Aufbau unserer Bildungsorganisationen.

Neue Methoden müssen mit Entschlossenheit rasch zur Anwendung gebracht werden, vor allem das Lichtbild und die Ausstellung.

Nur wenn die Zentralstelle für das Bildungswesen von den berufenen Organisationen die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt bekommt, wird das gesteckte Ziel erreicht: der Bund der Arbeit mit der Wissenschaft.

Jugendbewegung.

(Bericht des Verbandes der jugendlichen Arbeiter.)

Mehr wie jede andere Organisation hat die Jugendorganisation durch den Krieg gelitten. Sie ist durch die Mobilisierung und die fortwährenden Musterungen nach und nach aller ihrer geschulten Funktionäre beraubt worden. Dadurch war ihr die Möglichkeit genommen, eben so ersprießliche Arbeit zu leisten wie vor dem Krieg. Erst nach dem Umsturz, nach der Rückkehr vieler in der Vorkriegszeit geschulter Funktionäre, machte die Organisation wieder Fortschritte. Da allerdings ist der Wiederaufbau ungeahnt schnell gelungen und die Erfolge haben alle Erwartungen übertroffen.

Die Jugendorganisation zählte zu Kriegsbeginn 16.196 Mitglieder in 311 Gruppen. Diese Zahl ging im Kriege von Jahr zu Jahr zurück und zu Kriegsende waren in 91 Gruppen 6656 Mitglieder vereinigt. Dann aber stieg diese Zahl sehr rasch und Ende Juni 1919 umfaßte der Verband 405 Gruppen mit 32.913 Mitgliedern.

Alljährlich werden genaue Erhebungen über die Zusammensetzung der Mitgliedschaft gemacht. Die letzte war Ende 1918 und hat folgendes ergeben: Dem Geschlechte nach sind von der Gesamtzahl der Mitglieder 72·5 Prozent männliche und 27·5 Prozent weibliche Mitglieder. Dem Berufsstande nach sind von den Mitgliedern 32·5 Prozent Lehrlinge, 36·5 Prozent Hilfsarbeiter, 6 Prozent im Hause beschäftigt, 22 Prozent Gehilfen und von 3 Prozent ist der Berufsstand unbekannt. Im Alter von 14 bis 16 Jahren standen 37 Prozent, von 17 bis 18 Jahren

31·5 Prozent, von 19 bis 21 Jahren 18·5 Prozent, über 21 Jahren 9 Prozent und unbekannt war das Alter von 4 Prozent der Mitglieder. Außerdem wurde erhoben, daß 719 Mitglieder oder 7·5 Prozent auch der Parteiorganisation angehörten.

Die Fluktuation der Mitglieder ist schon in Friedenszeiten sehr groß gewesen. In der Kriegszeit kamen zu den ganz natürlichen Gründen noch einige weitere. Die Verluste, die die Organisation durch die militärischen Einberufungen erlitten hat, waren sehr groß. Im ganzen wurden 5399 Mitglieder auf diese Weise der Organisation entzogen, von denen nach unvollständigen Nachrichten 318 als tot zu beklagen, 287 verwundet wurden oder erkrankt sind und 129 in Gefangenschaft gerieten.

Der betrüblichen Tatsache, daß während des Krieges die Zahl der Mitglieder so stark zurückgegangen ist, steht die um so erfreulichere gegenüber, daß die Werbekraft der Jugendorganisation dennoch ungebrochen geblieben ist. Trotz aller Hindernisse wurden während des Krieges 20.139 Mitglieder geworben. Seit dem Umsturz aber, vom November 1918 bis Ende Juni 1919, wurden 30.120 neue Mitglieder gewonnen. Der starke Wechsel ist im Wesen der Organisation begründet, die ja nur eine Durchgangsstation und eine Vorschule für die Partei und die Gewerkschaften ist und ihre Hauptaufgabe darin sieht, möglichst große Massen der arbeitenden Jugend mit den Ideen der modernen Arbeiterbewegung und des Sozialismus bekannt zu machen und sie zu schulen für den Klassenkampf des Proletariats. Zur Unterstützung der Werbearbeit wurden einige Flugblätter herausgegeben. Ein Kriegsflugblatt erschien im Laufe des Krieges in einer Auflage von 107.000, und ein Revolutionsflugblatt nach dem Umsturz in einer solchen von 50.000 Exemplaren.

Der Arbeitsfreudigkeit der Funktionäre und dem großen Interesse, das die Mitglieder auch der inneren Organisationsarbeit entgegenbringen, stellen die Ziffern über die abgehaltenen Veranstaltungen und deren Besucherzahl ein gutes Zeugnis aus. Im Jahre 1917 fanden 282 öffentliche Versammlungen, 901 Mitgliederversammlungen, 2906 Vereinsabende mit Vorträgen und Diskussionen und 950 Ausflüge statt, zusammen 5039 Veranstaltungen mit 111.557 Teilnehmern. Im Jahre 1918 waren es 218 öffentliche Versammlungen, 667 Mitgliederversammlungen, 2157 Vereinsabende und 488 Ausflüge, zusammen 3718 Veranstaltungen mit 99.227 Teilnehmern.

Die Kriegswirkungen zeigten sich besonders stark bei der Zeitung, dem „Jugendlichen Arbeiter". Während die Auflage im Halbjahr vor dem Kriege durchschnittlich monatlich 19.000 betrug, sank sie bis Kriegsende auf durchschnittlich 7500. Im ersten Halbjahr 1919 stieg sie wieder auf 20.000 im Monat. Infolge der sich immer steigernden Herstellungskosten und des Papiermangels mußte der Umfang der Zeitung stark verringert werden. Gewöhnlich erschien sie vier, ausnahmsweise sechs Seiten stark. Seit dem Umsturz hat sie regelmäßig acht Seiten. Sie hatte besonders stark unter den Zensurverhältnissen zu leiden. Fast in jeder Nummer wurde etwas konfisziert und manche mußte zwei- und dreimal der Zensur vorgelegt werden.

Die Bewegung hatte überhaupt viel durch behördliche Schikanen zu leiden. Als die militärische Jugenderziehung im Schwange war, wurde dagegen in Versammlungen und in der Presse Stellung genommen. Die Versammlungen wurden aufgelöst und verboten, die Zeitung konfis-

ziert und der ganze Verband strengstens verwarnt und mit der Auflösung bedroht. Die Tätigkeit einiger Gruppen wurde polizeilich eingestellt, eine auch aufgelöst. Als sich die Redaktion weigerte, Reklamenotizen für die Kriegsanleihe aufzunehmen, drohte man mit Zwangsmaßnahmen und mit der gänzlichen Einstellung der Zeitung wegen unpatriotischen Verhaltens.

Die Organisation hat all das überdauert und ihre Arbeit nach Möglichkeit fortgesetzt. Das beweist die geleistete Aufklärungs- und Bildungstätigkeit, die eine der Hauptaufgaben der Organisation ist. Der wichtigste Teil dieser Arbeit ist das Vortragswesen. Es ist in Wien am besten ausgebaut, wo im Jahre 1917 im ganzen 245 und 1918 im ganzen 216 Vorträge abgehalten wurden. Aber auch in den Ländern war die Vortragstätigkeit sehr rege. Auch Lichtbildervorträge wurden in großer Zahl abgehalten. In jedem Kreise fand alljährlich mindestens ein Kurs zur Heranbildung der Funktionäre statt. Außerdem wurden Führungen aller Art, Studienreisen, Theater- und Konzertbesuche durchgeführt und Jugendfeiern mit vorbildlichem Programm veranstaltet. Besonderer Wert wurde auf die Erziehung zum Lesen guter Bücher gelegt. Die Organisation besitzt eigene Wanderbibliotheken und hat einen großzügigen Schriftenvertrieb eingerichtet. Auch Jugendwandern, Turnen, Sport und Körperpflege wird stark betrieben. In vielen Gruppen in Wien und in der Provinz sind Bildungsbeiräte tätig. Besonders in Wien hat sich diese Einrichtung sehr bewährt und es ist mit Hilfe des Parteivorstandes gelungen, sie gut zu verankern. Seit dem Herbst 1917 erscheint in Zwischenräumen von sechs Wochen ein „Rundschreiben" des Bildungsausschusses, das immer eine Fülle von Anregungen für die praktische Vereins- und Bildungsarbeit enthält und das großen Anklang gefunden hat.

Die Jugendorganisation hatte auch mit einer Reihe von Gegnern zu rechnen. In den Alpenländern waren es die christlichsozialen, in den Sudetenländern die deutschnationalen Jugendorganisationen. Dazu kamen im Kriege noch die patriotischen Jugendwehren. Nach dem Umsturz gesellte sich zu ihnen auch die allerdings ganz unbeträchtliche kommunistische Jugendorganisation.

Seit ihrer Gründung führte die Jugendorganisation einen zähen Kampf um mehr Jugendschutz und für die Verbesserung der Gewerbeschule. In den letzten zwei Kriegsjahren war diese Tätigkeit, wie im Kriege überhaupt, stark in den Hintergrund gedrängt. Nach dem Umsturz wurde der Kampf von neuem aufgenommen. Es gelang auch die Beseitigung des Abend- und Sonntagsunterrichtes und die Verlegung der Unterrichtszeit in die normale Arbeitszeit. Ein weiterer großer Erfolg wurde mit der Gewährung eines vierwöchigen bezahlten Urlaubes an alle unter sechzehn Jahre alten erwerbstätigen und erholungsbedürftigen Jugendlichen erzielt. In Ergänzung dazu wurden mit Unterstützung des Staates und der Krankenkassen Erholungsheime errichtet, in denen heuer 5000 Jugendliche diesen Urlaub verbringen konnten.

Die prinzipiellen und taktischen Streitfragen in allen sozialistischen Parteien warfen ihre Schatten auch auf die Jugendbewegung. Besonders im Jahre 1917 hatte die Bewegung in Wien darunter sehr zu leiden. Um über die Haltung der Jugendorganisation in diesen Fragen Klarheit zu schaffen, wurde eine Reichskonferenz einberufen, die am

12. August 1917 stattfand. Leider hatte der Parteivorstand zu dieser so wichtigen Konferenz keinen Vertreter entsendet. Die Konferenz hatte auch auf dem Parteitag im Oktober 1917 ein Nachspiel (Protokoll Seite 176 f.).

Dieser Bericht, wie die ganze Tätigkeit der Jugendorganisation, die zu verfolgen die Parteigenossen ja genugsam Gelegenheit haben, zeigt, daß sich diese ihrer Pflichten und Aufgaben voll bewußt ist. In den ersten Novembertagen dieses Jahres sind es 25 Jahre, daß in diesem Lande eine proletarische Jugendorganisation besteht. Von den Behörden des alten Staates und den Unternehmern verfolgt und drangsaliert, manchmal auch von den eigenen Parteigenossen mit scheelen Augen angesehen, hat sie sich dennoch allen Widerwärtigkeiten zum Trotz siegreich behauptet. Wenn auch durch den Friedensvertrag die Hälfte der Organisation abgetrennt worden ist — die Gruppen in der tschechoslowakischen Republik haben sich am 27. September als eigener Verband konstituiert — so ist die Organisation in Deutschösterreich jetzt doch stärker als die gesamte Organisation vor dem Kriege, denn sie zählt nun 150 Gruppen mit rund 20.000 Mitgliedern. Einen großen Teil der Erfolge hat die Jugendorganisation nur der tatkräftigen Unterstützung der Partei zu verdanken, die mehr und mehr erkannt hat, daß die proletarische Jugendorganisation eine Notwendigkeit für die Arbeiterklasse ist.

„Kinderfreunde".

„Der Arbeiterverein »Kinderfreunde« ist ein Elternverein, dessen Bestreben es ist, die Arbeiterschaft zusammenzufassen, um aus gemeinsamer Kraft das geistige und leibliche Wohl ihrer Kinder so zu fördern, wie es dem einzelnen Elternpaar nicht möglich ist." (§ 2 der Satzungen.) — Mittel zur Erreichung dieses Zweckes sind für die Eltern: Abhaltung von Elternabenden mit Vorträgen und freier Aussprache, Herausgabe von Zeit- und Flugschriften, Anlegung von Fachbüchereien, unentgeltliche Auskünfte und Ratschläge in Erziehungsfragen und Rechtsschutz. Für die Kinder: Möglichkeiten jeder Art von Leibesübungen (Spiel, Wandern, Turnen, Schwimmen, Rodeln, Skilaufen, Eislaufen 2c., Errichtung von Erholungsstätten und Horten, Veranstaltung verschiedener Unterrichte, Besuch von Museen, öffentlicher Einrichtungen und Anstalten, Stadtgänge 2c.). Er bekämpft die Gefahren des Mißbrauches der elterlichen Gewalt, des Schundschriftentums und des Alkohols.

In Niederösterreich betrug die Zahl der Ortsgruppen am 1. Jänner 1917 21 mit 3881 Mitgliedern, am 1. Juli 1919 56 mit 18.432 Mitgliedern. In der Berichtszeit wurden 286 Versammlungen sowie 497 Elternabende mit 39.471 Teilnehmern abgehalten. Für die dem Verein angeschlossenen 45.000 Kinder wurden in der Berichtsperiode 7139 Veranstaltungen für die körperliche Ertüchtigung durchgeführt. 7686 Veranstaltungen dienten der geistigen Förderung. 1,222.304 Kinder nahmen daran teil. Die Zahl der Tagesheimstätten ist von 1 auf 18 gestiegen. In diesen wurden in der Berichtszeit 1917 täglich rund 640 Kinder, 1918 täglich 1956 Kinder und 1919 täglich 3512 Kinder mit insgesamt 1,069.382 Verpflegstagen ausgespeist. Die Einnahmen betrugen Kr. 991.421·23, die Ausgaben Kr. 988.363·89, davon steuerten der

Kriegsfürsorgefonds aus dem Mindestbemitteltenkredit Kr. 387.987·28 bei, die Eltern Kr. 603.433·95 bei. Der sommerlichen Erholung wurden im Jahre 1917 714 Kinder mit 31.513 Verpflegstagen, 1918 3935 Kinder mit 214.580 Verpflegstagen, 1919 10.212 Kinder mit 508.984 Verpflegstagen, insgesamt 14.860 Kinder mit 755.107 Verpflegstagen zugeführt. — Der Verein besitzt jetzt sechs Tageserholungsstätten um Wien, ein Bauerngut im Ausmaß von 44 Joch sowie ein Haus. Das Kinderschutzland (Spielwiesen) hat ein Ausmaß von 845.310 Quadratmeter erreicht. Für die Erbauung von Erholungsstätten und Ausgestaltung von Spielplätzen hat der Verein bisher Kronen 542.335·81 ausgegeben. Der Verein könnte das Zehnfache der bisherigen Arbeit leisten, wenn die Arbeiterschaft endlich zur Erkenntnis des „Kinderhellers" käme. Ein Heller von jeder Lohnkrone und die Arbeiterschaft hätte die Aufzucht ihrer Jugend vollständig in der Hand. An Kinderhellern wurden bisher Kr. 237.599·81 gesteuert.

In den anderen Ländern, die heute noch zu Deutschösterreich gehören, ist die Bewegung weniger stürmisch fortgeschritten als in Niederösterreich, aber sie hat überall Fortschritte zu verzeichnen. In Kärnten hatten wir 1917 nur drei Ortsgruppen mit 312 Mitgliedern, heute vier Ortsgruppen mit fast 500 Mitgliedern. In Steiermark hatten wir acht Ortsgruppen, heute besitzen wir zehn mit mehr als 1400 Mitgliedern. In Vorarlberg wurde die erste Ortsgruppe 1918 gegründet; sie hat heute 57 Mitglieder. In Oberösterreich wurde zur Ortsgruppe Linz die Ortsgruppe Steyr gefügt. Wir haben nun dort 423 Mitglieder und 190 in Steyr. Unsere Erholungsstättentätigkeit hat bedeutend zugenommen. In Innsbruck besitzen die „Kinderfreunde", die dort eine Ortsgruppe mit 400 Mitgliedern haben, auf der Hungerburg eine schöne Villa, wo die Kinder im Sommer herrlich verpflegt und untergebracht sind. In Seeboden am Millstättersee besitzen wir einen Gasthof und die dazu gehörende Landwirtschaft, wo wir dieses Jahr 60 Kinder aus Kärnten untergebracht hatten. Die Kinder von Linz waren wunderbar verpflegt und untergebracht in dem Schloß Neuhaus in Oberösterreich und unsere Grazer „Kinderfreunde" hatten zu ihren zwei wunderschönen Erholungsstätten bei Andritz eine sehr schöne, neue erhalten: das Schloß Steinhaus. Mehr als 15.000 Kinder haben in diesem Sommer durch die Arbeit der „Kinderfreunde" Erholung gefunden. Im Schloß Schönbrunn soll eine erste Schule mit Heimstätte eröffnet werden, wo die Jugendfürsorger und Jugendfürsorgerinnen erzogen werden sollen, die wir so dringend zur Führung unserer Vereinsgeschäfte brauchen. Täglich stehen neue Aufgaben vor uns, die wir kaum bewältigen können, aber es geht überall und nach allen Seiten vorwärts.

Durch den Verlust der deutschen Sudetenländer verlieren wir die rührige Ortsgruppe Brünn, die junge Ortsgruppe Mährisch-Ostrau und einige Ortsgruppen, die in Bildung begriffen gewesen sind. So Reichenberg, Nestomitz und Leipa. Schon aber haben die Deutschböhmen beschlossen, auch für die neue Republik, in der sie leben müssen, einen Verein der Kinderfreunde zu gründen. Auch international wirkt der Verein. Er hat eine eigene Hilfsaktion für die Unterbringung von Arbeiterkindern in die Schweiz organisiert und nimmt außerdem an allen offiziellen Aktionen teil. Wenn die Eltern die Notwendigkeit erkannt haben werden, daß sie auch als

Eltern zur Erfüllung ihrer Elternpflichten organisiert sein müssen, dann können die „Kinderfreunde", heute die größte und leistungsfähigste Kinderfürsorgeorganisation Deutschösterreichs, Staat, Land und Gemeinden die größten Lasten abnehmen und aus eigener Selbsthilfe schaffen, was die Arbeiterschaft bisher nur als Almosen von den öffentlichen Körperschaften erbitten konnte.

Mehr als 50.000 Kinder werden heute durch die „Kinderfreunde" durch eine organisierte Erziehungsgemeinschaft in allen Tugenden geübt, die wir für den Klassenkampf des Proletariats so dringend brauchen.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Krieg und dessen Begleiterscheinungen haben, wie schon in dem Bericht für den im Jahre 1917 stattgefundenen Parteitag festgestellt wurde, die Reihen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen vorerst stark gelichtet. Die Heranziehung der großen Mehrheit jener Arbeiter zum Kriegsdienst, die von jeher zu den geschlossenen Kadern der Gewerkschaftsbewegung gehörten, die Beschränkungen der Versammlungstätigkeit, das Kriegsdienstleistungsgesetz: alles dies und noch manches andere mußte natürlich auf den Stand der Gewerkschaften einen ungünstigen Einfluß ausüben. Erst die fortschreitende Kriegsnot, die ihren deutlichsten Ausdruck in der Lebensmittelknappheit und -Teuerung fand, überwand alle diese Hindernisse und führte im Jahre 1917 zu einer Besserung auf diesem Gebiet, die ununterbrochen bis zum Kriegsende anhielt, um von da ab unter dem Einfluß der Revolution zu einem förmlich lawinenhaften Anschwellen in den Gewerkschaften zu führen.

Soweit diese Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung seit dem letzten Friedensjahr bis zur Beendigung des Krieges an Zahlen meßbar ist, ist sie aus folgender Zusammenstellung ersichtlich. Es betrug die Zahl der der Gewerkschaftskommission angehörenden Zentral- und Lokalorganisationen und ihrer Mitglieder

Im Jahre	Zentralvereine	Landes- oder Lokalvereine	Ortsgruppen	Mitglieder männlich	Mitglieder weiblich	Mitglieder zusammen
1913	54	22	4189	372216	42979	415195
1914	53	20	3321	210421	30260	240681
1915	52	22	2665	151424	25689	177113
1916	48	21	2346	138789	28148	166936
1917	48	20	2561	232066	79002	311068
1918	48	15	2541	307044	105866	412910

Noch rascher jedoch als in den Jahren 1917 und 1918 entwickelten sich, wie schon erwähnt, die Gewerkschaften unmittelbar nach dem Umsturz. Ihre Mitgliederzahlen erhöhten sich in der ersten Hälfte des laufenden Jahres auf 662.841 (hievon 164.158 weibliche), so daß die Zunahme in der ersten Hälfte dieses Jahres 249.931 (58.292 weibliche) Mitglieder beträgt. Zur vollen Würdigung dieser Steigerungsziffern kommt man jedoch erst, wenn man gleichzeitig in Betracht zieht, daß die Zahlen bis zu Ende 1918 das ganze alte Oesterreich umfassen, während die letztgenannten, das erste Halb-

jahr 1919 betreffenden, sich nur auf Deutschösterreich beziehen. Werden auch für das Jahr 1918 nur die deutschösterreichischen Mitglieder in Betracht gezogen, so ergibt sich (auf die einzelnen Länder verteilt) folgendes Ergebnis:

Land	Mitgliederzahl am 31. Dezember 1918	Mitgliederzahl am 30. Juni 1919	Zunahme	Zunahme in Prozenten
Wien	162304	377806	215502	132·77
Niederösterreich	67992	127278	59286	87·19
Kärnten	6361	11848	5487	86·26
Oberösterreich	14656	52891	38235	260·88
Salzburg	5620	13231	7611	135·42
Steiermark	31363	65127	33764	107·65
Tirol und Vorarlberg	6851	14660	7809	113·98
	295147	662841	367694	124·58

Seit Beginn des zweiten Halbjahres hält der Zustrom zu den Gewerkschaften noch immer an, so daß gegenwärtig mit Sicherheit die deutschösterreichischen, auf sozialdemokratischer Basis aufgebauten Gewerkschaften mit einem Mitgliederstand von weit über 700.000 rechnen können. Welchen Einfluß die Gewerkschaften dank dieser, ihre Stärke kennzeichnenden Zahlen auf das ganze Staatsgetriebe auszuüben in der Lage sind, ist nicht nur aus diesen selbst, sondern auch aus der sich daraus ergebenden Tatsache zu erkennen, daß nunmehr ungefähr jeder neunte Staatsangehörige (Kinder, Greise, Nichtarbeiter in die Gesamtzahlen eingerechnet) einer sozialdemokratischen Gewerkschaft angehört.

Zum Teil ist dieser Aufschwung der letzten Zeit auch der Tatsache zuzuschreiben, daß eine Reihe von Angestelltenorganisationen, die früher schon mit der Gesamtbewegung in näherer Fühlung standen, ohne ihr jedoch auch offiziell anzugehören, sich nunmehr unter dem Einfluß der Neugestaltung der staatlichen Verhältnisse der Gewerkschaftskommission angeschlossen haben. Es sind dies die Verbände der Advokaturs- und Notariatsangestellten, der Bank- und Sparkassenbeamten, der Industrieangestellten, der Postangestellten und die Technische Union. Weitere Verbände der Angestellten sind in der letzten Zeit gleichfalls in den Verband der Gewerkschaftskommission aufgenommen worden. Die Zahl der Mitglieder der genannten fünf Verbände betrug Ende Juni 66.988. Werden hiezu die Mitgliederzahlen jener Angestelltenverbände gerechnet, die schon früher der Kommission angehörten, so ergibt sich ein Stand von über 100.000 Gewerkschaftmitgliedern, die nicht manuelle Arbeiter, sondern Beamte sind.

Ueber die Finanzgebarung der Gewerkschaften während der Kriegsjahre ist folgendes zu berichten. Es betrugen:

im Jahre	die Einnahmen Kronen	die Ausgaben Kronen
1913	10,036.521·75	10,058.297·89
1914	8,274.012·99	9,929.301·39
1915	4,979.997·39	4,995.550·57
1916	4,636.393·84	4,466.060·39
1917	5,939·412·35	5,207.461·03
1918	10,617.836·61	9,401.834·32

Die wichtigsten Ausgabenposten waren, wie nicht anders vorauszusetzen ist, jene für Unterstützungen. Sie betrugen insgesamt:

im Jahre	Kronen
1913	4,616.929·37
1914	5,013.659·35
1915	1,801.183·77
1916	1,578.944·15
1917	1,534.167·43
1918	2,365.716·64

Kennzeichnend für die wirtschaftlichen Verhältnisse während der Kriegszeit ist nun die Tatsache, daß je länger der Krieg anhielt, um so mehr die Arbeitslosigkeit und mit ihr auch die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung in den Gewerkschaften abnahmen. Erst die Kriegsbeendigung und mit ihr das Aufhören aller Arbeiten für den Kriegsbedarf brachten auf diesem Gebiet eine Aenderung der Verhältnisse mit sich. Wie sehr die Kassen der Gewerkschaften durch diese Gestaltung beeinflußt wurden, zeigen folgende Zahlen. Es wurden für Arbeitslosenunterstützungen vorausgabt:

im Jahre	Kronen
1913	2,204.801·09
1914	3,023.780·11
1915	504.617·65
1916	260.575·49
1917	200.264·79
1918	711.703·49

Die Vermögensbestände der Gewerkschaften zeigten während der Kriegszeit eine fortgesetzte Steigerung auf und erreichten mit Ende 1918 eine Höhe, wie sie vorher noch in keinem Jahre zu verzeichnen war. Es betrug der Vermögensstand sämtlicher der Gewerkschaftskommission angehörenden Organisationen am Ende des Jahres:

im Jahre	Kronen
1913	14,735·000
1914	13,734.000
1915	14,357.000
1916	14,991.000
1917	16,628.000
1918	18,713.000

Mehr jedoch noch als aus diesen Zahlen ist der Einfluß, den die Gewerkschaften auf unser Wirtschaftsleben während der Kriegszeit und auf das in der Zeit nach dem Umsturz ausübten, aus ihrer allgemeinen Tätigkeit erkennbar. Wir haben schon darauf verwiesen, daß die unter dem Drucke des Krieges einsetzende und fortschreitende Kriegsnot die Gewerkschaften in hervorragend günstiger Weise beeinflußte. Es war dies nur deshalb möglich, weil sie sich von dem Einsetzen dieser Not an tatkräftigst darum bemühten, die Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse so zu gestalten, daß zumindest in notdürftigster Art den Arbeitenden das Ertragen dieser Not ermöglicht wurde. Fast unausgesetzt haben in allen Berufen, mögen nun

diese unmittelbar für den Kriegsbedarf gearbeitet haben oder nicht, unter der Leitung der Gewerkschaften Lohnbewegungen stattgefunden, die die Löhne auf eine Höhe brachten, die heute zwar, vom allgemeinen volkswirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, einige Bedenklichkeiten auszulösen geeignet ist, die aber nichtsdestoweniger erreicht werden mußte, sollte die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit nicht noch mehr verelenden, als dies ohnehin unter dem Drucke der Kriegsnot der Fall war. Daß sich die Gewerkschaften zum vornehmsten Träger dieser Bewegungen machten, hat in allererster Linie zu jenen vielversprechenden Erfolgen beigetragen, die aus den vorstehenden Zahlen ersichtlich sind.

Mußten im weiteren die Gewerkschaften aber neben den Lohnbewegungen auch den das Arbeitsverhältnis regelnden Gesetzen und Verordnungen schon während der Kriegszeit besondere Aufmerksamkeit widmen, so ist diese ihre Aufgabe nach dem Umsturz nur noch mehr in den Vordergrund ihrer Tätigkeit gerückt. Nicht aus Sympathie für die Arbeiterbewegung, auch nicht deshalb, weil etwa die althergebrachten Anschauungen über ihre Tätigkeit in den Kreisen der Herrschenden und der maßgebenden Unternehmervertreter sich während des Krieges gewandelt hätten, haben sich diese vom Kriegsbeginn an um die Mitarbeit der Gewerkschaften an der ordnungsgemäßen Erhaltung und Fortführung unserer Volkswirtschaft bemüht, sondern deshalb, weil ihnen von allem Anfang an zum vollen Bewußtsein gekommen war, daß ohne diese Mitarbeit der Zusammenbruch unvermeidlich ist. Die Gewerkschaften haben nun diese Mitarbeit nicht verweigert, wieder nicht etwa aus besonderer Zuneigung für diese rein kapitalistisch orientierte Volkswirtschaft, deren Unnatur der Krieg besonders deutlich zur Erscheinung gebracht hatte, sondern in der Erkenntnis, daß der Zusammenbruch während der Kriegszeit über die gesamte Arbeiterschaft unsagbares Elend mit sich hätte bringen müssen.

Aus dieser durch die Macht der Verhältnisse den Gewerkschaften aufgezwungenen Mitarbeit entstammt ihr stetig steigender Einfluß auf die gesamte soziale Betätigung des Staates während der Kriegszeit, der seinen deutlichsten Ausdruck fand in einer Reihe von Gesetzen und Verordnungen, die, so lückenhaft und unzulänglich sie auch gewesen sein mögen, immerhin bis zu einem gewissen Grade den Arbeitenden das bittere Kriegsleid leichter ertragen halfen.

Wesentlich anders wurde die Haltung der Gewerkschaften zur Staatsverwaltung nach dem Umsturz. Die Tatsache, daß alle soziale Betätigung der Staatsverwaltung nun nicht mehr aus dem Bedürfnis entsprang, den Krieg „durchzuhalten", sondern vielmehr daraus, das Los der Arbeitenden dauernd zu erleichtern, machte die Mitarbeit der Gewerkschaften an dieser Betätigung zu einer prinzipiellen Pflicht. Zum Ausdruck kam diese Erkenntnis bei allen das Arbeitsverhältnis betreffenden Gesetzen und Vollzugsanweisungen, die nach dem Umsturz erschienen sind und über die das Nähere im Bericht der sozialdemokratischen Abgeordneten nachzulesen ist.

Eine Reihe von Verbesserungen, die die ursprünglichen Entwürfe dieser Gesetze und Verordnungen erfahren haben, ist vornehmlich auf die eifrige Mitarbeit der Gewerkschaften zurückzuführen.

Die Genossenschaftsbewegung.

(Bericht des Zentralverbandes der Konsumvereine.)

In der ganzen Welt hat die Genossenschaftsbewegung im Kriege die größten Fortschritte gemacht. Die Not der Kriegszeit, die Schwierigkeit der Versorgung haben den Gedanken des Zusammenschlusses zum Schutze der Konsumenteninteressen in sehr weiten Kreisen der Völker lebendig werden lassen und die Zahl der Mitglieder und die Höhe des Umsatzes sind überall gestiegen. Auch in Oesterreich war dies der Fall, und wir haben in den letzten Jahren eine schnelle Entwicklung erlebt. Die Mitgliederzahlen stiegen von 1915 bis 1918 von 239.479 auf 357.117 und der Warenumsatz von 77,864.888 Kr. auf 205,458.677 Kr. Die Umsätze unseres Zentralinstituts, der Großeinkaufsgesellschaft österreichischer Konsumvereine, stiegen von 24 Millionen Kronen 1914 auf 156 Millionen Kronen 1918. Die Steigerung blieb aber keineswegs auf die Kriegszeit beschränkt, auch nach dem Zusammenbruch und trotz der beständig größer werdenden Schwierigkeiten haben wir bereits für die ersten neun Monate des Jahres 1919 einen Umsatz von 700 Millionen Kronen erreicht.

Die Lohnsumme, die ausgezahlt wurde, stieg von 4,005.041 Kr. im Jahre 1914 auf 7,951.060 Kr. im Jahre 1918. Die Lohnsummen sind gewiß auch größer geworden, weil die Löhne gestiegen sind; trotzdem zeugen sie auch von dem normalen und allgemeinen Wachstum der Genossenschaft.

Die Geschäftsanteile der Mitglieder haben sich von 4,728.115 Kr. auf 8,204.110 Kr. erhöht. Die Spareinlagen der Mitglieder sind von 10,663.450 Kronen auf 23,139.729 Kr. gestiegen. In viel geringerem Maß als der Umsatz ist der Reingewinn gestiegen. Die steigende Teuerung hat es mit sich gebracht, daß der Zwischennutzen der Konsumvereine immer kleiner werden mußte. Wenn man die ungeheuerlichsten Preise fordern muß, um die Gestehungskosten und Regien zu decken, ist man außerstande, auch noch hohe Reingewinne zu erwirtschaften. Ein Teil der Konsumvereine, und zwar die größten und besten, haben in den letzten Kriegsjahren und im ersten Friedensjahre überhaupt keine Dividenden auszahlen können, denn ihr Reingewinn war nicht groß genug, um nach der Dotierung der Reservefonds noch die Ausschüttung einer Dividende zu ermöglichen.

Im Jahre 1917 hatten noch 396 Konsumvereine, 21 Produktivgenossenschaften, 8 Baugenossenschaften und 3 Kreditgenossenschaften zu unserem Verbandsberichte Berichte eingeschickt. 1917 gehörten dem Zentralverband außer 383 deutschen, 77 tschechische, 24 polnische, 8 italienische, 6 slowenische, insgesamt 498 Genossenschaften, an. Ende 1918 gehörten dem Zentralverband nur mehr 391 deutsche Genossenschaften an. Nicht, weil wir Mitglieder verloren haben, sondern weil die Vereinigung der größeren Konsumvereine mit den kleineren Vereinen zu großen Bezirkskonsumvereinen immer mehr Mitglieder auffangen wird. So werden wir bald in dem großen Land Steiermark nur mehr drei große Bezirkskonsumvereine haben, die die organisierte Bevölkerung des ganzen Landes versorgen werden. Die Verringerung unserer Mitgliederzahlen ist demnach nicht wie bei anderen Organisationen ein Zeichen der Schwäche, sondern weit mehr ein Zeichen des Fortschritts und der steigenden Entwicklung.

Der Zusammenbruch der alten Monarchie hat auch den Zentralverband österreichischer Konsumvereine genötigt, seine letzten tschechischen Vereine auszuscheiden. Bekanntlich hatten wir seit einer Reihe von Jahren in

Oesterreich zwei Verbände, einen internationalen österreichischen Verband und einen national-tschechischen Verband, der von den Separatisten seinerzeit gegründet wurde, als die österreichische Internationale zerfallen ist. Nach dem Zusammenbruch war es fast unmöglich, die Vereine von Wien aus weiter zu versorgen, und wir mußten deshalb mit dem tschechischen Verband verhandeln, damit er die tschechischen Konsumvereine aufnimmt und wir nur die deutschen Vereine behalten. Nach längeren Verhandlungen haben wir erreicht, daß der tschechisch-separatistische Verband die 89 Genossenschaften, darunter auch einige gemischtsprachige Vereine, übernommen hat, die aus unserem Verband ausgeschieden sind. Aber dieser Verlust war nicht groß, denn die Vereine waren bis auf den Brünner Konsumverein klein und ihre wirtschaftliche Macht gering. Viel größer war der Verlust, den wir durch den Abgang der deutschen sudetenländischen Genossenschaften erlitten haben. Wie bei allen anderen Bewegungen haben auch wir bei der Genossenschaftsbewegung die größten und leistungsfähigsten Organisationen vor allem in den deutschen Teilen von Böhmen, Mähren und Schlesien gehabt. Wenn auch die Wiener Vereine größer und älter sind, wenn der Grazer Verein eine allseitige und gute Entwicklung nimmt, in den deutschen Sudetenländern hat die Genossenschaftsbewegung eine glänzende Zukunft. Die Städte in Böhmen, Mähren und Schlesien haben eine zahlreiche Arbeiterbevölkerung, sie haben vor allem industrielle Bevölkerung, und sie können, da die Siedlung für die Ausgestaltung der Vereine zu großen Bezirkskonsumvereinen günstiger ist als in den deutschen Alpenländern, rascher vorwärts kommen. Es sind durch die Trennung 216 Genossenschaften ausgeschieden, seitdem im Juli dieses Jahres die deutschen Genossenschaften der Sudetenländer einen neuen Verband gegründet haben, den Verband der deutschen Wirtschaftsgenossenschaften mit seinem Sitze in Prag. Der Umsatz, den die ausscheidenden Vereine hatten, betrug 72,713.683 Kr. Wie man sieht, ein schwerer Verlust, der nicht leicht im eigenen Lande wettgemacht werden kann. Vielleicht ist es doch möglich, die gemeinsame Arbeit über die Landesgrenzen hinweg auszugestalten und geistig beisammen zu bleiben, um gemeinsam die weitere Entwicklung der Genossenschaftsbewegung vorzubereiten. Es wird geplant, gemeinsam mit dem Deutschen Zentralverband der Konsumvereine eine Organisation zu schaffen, die alle deutschen Genossenschaften, ungeachtet der Landesgrenzen, umfassen soll und die für alle gemeinsame Grundlagen für ihre Arbeit findet, damit die hoffentlich bald eintretende Vereinigung aller deutschen Stämme schon geistig und organisatorisch vorbereitet ist.

Unsere Bewegung in Deutschösterreich wird sich im kommenden Monat ebenfalls zu einem neuen Verband bilden, denn der Zentralverband der österreichischen Konsumvereine ist nicht mehr, da er seine Satzungen kaum in dem kleinen Lande verwerten könnte, die berechnet waren auf ein großes, internationales Reich. Der neue Verband wird kleiner sein, der neue Verband wird aber das zu erreichen bemüht sein, was wir in unserem kleinen Lande mit den bescheidenen Hilfsmitteln erreichen können. Unser Zentralinstitut, die Großeinkaufsgesellschaft österreichischer Konsumvereine, aber wird das bleiben, was sie war, die Zentrale für beide deutschen Verbandsorganisationen. Unsere Abteilung Prag wird zwar eine Gesellschaft mit eigenem Statut und eigener Verwaltung werden, aber sie wird mit dem Mutterinstitut in Wien auf das engste verbunden bleiben. Soweit als es die Landesgrenzen zulassen, wollen wir die Gemeinsamkeit der deutschen Genossenschaften bewahren und sie neuer Blüte entgegenführen.

Unsere Toten.

In den abgelaufenen zwei Jahren hatte die Partei wieder schwere Verluste zu beklagen.

Am 8. August 1917 starb Dr. Friedrich Frey, ein Wiener Rechtsanwalt, der der Partei in guten und in bösen Tagen mit Rat in den schwierigsten Dingen beigestanden ist.

Am 30. November 1917 verschied Andreas Grosse, einer der ältesten Wiener Parteigenossen, der in den Achtzigerjahren wichtige Funktionen bekleidete und auch nach dem Hainfelder Parteitag noch lange Jahre der Partei treu gedient hat.

Am 6. Jänner 1918 starb Engelbert Pernerstorfer. Was dieser Kämpfer für die gesamte Arbeiterbewegung des alten Oesterreich bedeutet hat, braucht hier nicht ausführlich dargelegt zu werden. Sein Name ist mit der Heroenzeit unserer Bewegung und mit ihren parlamentarischen Kämpfen unauslöschlich verbunden.

Am 20. Juni 1918 starb Genosse Wilhelm Neumann in Aussig. In allen Zweigen der Bewegung, vor allem aber auf dem Gebiet der Genossenschaftsbewegung tätig, war dieser begabte Mann einer der tüchtigsten Streiter der deutschböhmischen Bewegung.

Am 11. Oktober 1918 starb Hermann Leibfried in Dornbirn im 40. Lebensjahr. Der prächtige Vorkämpfer unserer Vorarlberger Bewegung, die unter den schwierigsten Verhältnissen arbeiten muß, sank mit ihm vorzeitig ins Grab.

Am 13. August 1919 starb in Reichenberg im Alter von 78 Jahren Robert Köhler. Als Verwundeter aus der Schlacht bei Königgrätz heimgekehrt, wandte er sich der beginnenden Arbeiterbewegung zu. Er war in den Achtzigerjahren einer der erfolgreichsten Agitatoren in Böhmen.

Am schwersten traf die Partei der Tod Viktor Adlers. Wir wußten, wie sehr ihn seit Jahren Krankheit plagte und mit welch außerordentlicher Kraft er sich immer wieder ermannte. Der Umsturz hat ihm besonders schwere Arbeit aufgebürdet. Ueber Wunsch aller Parteien übernahm er das Staatsamt des Aeußeren in sorgenvollster Zeit. Der Ueberfülle der Anstrengungen war sein Körper nicht lange gewachsen. Noch am 9. November abends führte er den Vorsitz in einer gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes, der Gewerkschaftskommission und des Klubs der Abgeordneten und berichtete über die Revolution in Deutschland und über den auf seinen Antrag gefaßten Beschluß des Staatsrates, ein Telegramm an den Reichskanzler nach Berlin zu schicken, in welchem die Hoffnung ausgesprochen wird, daß Deutschösterreich an der Wahl der verfassungsgebenden Nationalversammlung teilnehmen werde. Am 10. November verschlechterte sich Viktor Adlers Zustand, und am 11. November mittags verschied er. In ihm verliert die Arbeiterbewegung ihren Einiger und Führer, ihren besten Mann, einen der Größten der Internationale. Just in der Zeit, in der uns sein unersetzlicher Rat am notwendigsten wäre, ging er von uns. An dem Grabe dieses einzigartigen Mannes senkten auch seine erbittertsten Gegner, seine Größe anerkennend, ihre Fahnen. Am 15. November, einem trüben Herbstfeiertag, gaben ihm die Arbeiter Wiens das Geleite zu seiner letzten Ruhestätte. Gegenüber dem Obelisken der Märzgefallenen, deren Gedenken

er von diesem Platz aus oft gefeiert hatte, ist er bestattet. Sein Andenken zu erhalten bedarf es keiner äußeren Ehrungen. Dennoch ist es die Partei sich selbst schuldig, ihm ein sichtbares Denkmal zu setzen.

Wie um den Führer trauern wir um tausende Ungenannte, die auf den Schlachtfeldern und in der Gefangenschaft zugrunde gingen, wie um die vielen, die in den Tagen der Entbehrungen im Hinterland der Tod ereilte. Frei geworden, wollen wir nicht vergessen, was alle Heimgegangenen, die das langersehnte Licht nicht schauen durften, geleistet und gelitten haben.

Die Parteivertretung.

Kassenberichte.

Bericht des Parteikassiers
für die Zeit vom 1. Juli 1917 bis 30. Juni 1918.

I. Allgemeine Kassengebarung.

	Kronen
Die Gesamteinnahmen betrugen	206.459·12
Die Gesamtausgaben betrugen	193.450·96
Kassensaldo am 1. Juli 1918	13.008·16

Detailausweis.

A. Einnahmen:

	Kronen
Saldo am 1. Juli 1917	6.779·10
Einnahmen des Parteifonds (ordentliche und außerordentliche)	165.928·69
Schenkungen und Erbschaften	792·55
Zinsen	1.994·07
Vorschußrückzahlungen	1.275·—
Sonstige Einnahmen	3.127·75
Einnahmen des Wahlfonds	26.561·96
	206.459·12

B. Ausgaben:

	Kronen
Subventionen an Vertrauensmänner und Parteisekretariate	29.197·23
Unterrichtsorganisation	20.200·—
Jugendorganisation	1.800·—
Frauenorganisation (Subvention und Markenverrechnung)	11.306·75
Versammlungen	272·20
Delegationen	1.586·90
Allgemeine Agitation	1.135·50
Parteitag und Reichskonferenz	11.804·05
Archiv und Bibliothek	1.324·84
Prozeßkosten	2.000·—
Pensionen	2.260·—
Witwenunterstützungen	250·—
Parteikontrollspesen	2.140·90
Diverse Unterstützungen	1.639·—
Gehalte und Remunerationen	47.404·97
Miete, Beleuchtung und Beheizung	4.150·—
Übertrag	138.472·34

	Kronen
Uebertrag . .	138.472·34
Drucksachen, Porto und Telephon	4.668·99
Kanzleierfordernisse	719·86
Kranken- und Pensionsversicherung	3.685·51
Steuer	470·68
Diverse Ausgaben	4.350·03
Vorschüsse	3.480·—
Parteisteuerregie	4.941·65
Darlehen und Bankguthaben	30.061·90
Ausgaben des Wahlfonds	2.600·—
Gesamtsumme der Ausgaben . .	193.450·96

Die Ausgaben für Agitation, Delegationen und verschiedene Arten von Unterstützungen verteilen sich auf die Kronländer folgendermaßen:

	Kronen
Niederösterreich	3.171·—
Oberösterreich	120·
Salzburg	2.785·—
Tirol und Vorarlberg	1.417·—
Steiermark	210·—
Böhmen	16.806·30
Mähren	5.565·13
Schlesien	980·—
Ausland, und zwar:	
Serbien	3.429·50
Rumänien	1.567·07
Deutschland	224·60

II. Wahlfonds.

(§ 19 des Organisationsstatuts.)

	Kronen
Saldo am 1. Juli 1917	103.109·05
Einnahmen	26.561·96
	129.671·01
Ausgaben	2.600·—
Saldo am 30. Juni 1918	127.071·01

Am Ende der Berichtsperiode subventionierte der Parteivorstand außer der Frauen-, Unterrichts- und Jugendorganisation 17 Sekretariate, davon

6 in Böhmen,
4 in Schlesien,
2 in Mähren,
1 in Niederösterreich,
1 in Salzburg
2 in Tirol,
1 in Vorarlberg.

Der Parteisekretär:

Dr. Wilhelm Ellenbogen.

Revidiert und und richtig befunden:

Abram Simon, Czech, Dr. Ludwig, Glöckel Otto, Gröger Florian, Gruber Josef, Joll Hans, Leibfried Hermann, Muchitsch Vinzenz, Preußler Robert, Schäfer Anton, Seliger Josef, Widholz Laurenz.

Bericht des Parteikassiers

für die Zeit vom 1. Juli 1918 bis 30. Juni 1919.

I. Allgemeine Kassengebarung.

	Kronen
Die Gesamteinnahmen betrugen	957.955·91
Die Gesamtausgaben betrugen	765.776·80
Kassensaldo am 1. Juli 1919	192.179·11

Detailausweis.

A. Einnahmen:

	Kronen
Saldo am 1. Juli 1918	13.008·16
Einnahmen des Parteifonds (ordentliche und außerordentliche)	532.801·89
Schenkungen und Erbschaften	97·35
Zinsen	1.182·50
Maizeichen	25.466·40
Vorschußrückzahlungen	3.912·—
Sonstige Einnahmen	94.679·76
Einnahmen des Wahlfonds	286.807·85
Zusammen	957.955·91

B. Ausgaben:

	Kronen
Subventionen an Vertrauensmänner und Parteisekretariate	49.323·74
Unterrichtsorganisation	5.017·50
Jugendorganisation	7.260·—
Frauenorganisation (Subvention und Markenverrechnung)	33.144·96
Versammlungen	744·10
Delegationen	4.805·70
Allgemeine Agitation	24.475·06
Parteitag und Reichskonferenz	4.249·20
Archiv und Bibliothek	27.875·45
Maizeichen	33.695·10
Vorschuß	1.681·—
Unterstützungen	864·—
Witwenunterstützungen	605·—
Gehalte und Remunerationen	146.424·02
Kriegerschutz	16.616·68
Steuer	2.836·91
Parteisteuerregie	15.970·—
Kontrolle	1.737·60
Kranken- und Pensionsversicherung	7.629.58
Porto, Telephon und Telegramme	3.844·89
Sonstige Ausgaben	3.270·53
Miete, Beheizung und Beleuchtung	4.000·—
Kanzleierfordernisse	3.940·32
Darlehen und Bankeinlagen	114.478·24
Ausgaben des Wahlfonds	260.287·24
Gesamtsumme der Ausgaben	765.776·80

Die Ausgaben für Agitation und verschiedene Arten von Unterstützungen verteilen sich auf die einzelnen Länder folgendermaßen:

	Kronen
Niederösterreich	181.268·43
Oberösterreich	19.100·—
Salzburg	18.850·—
Tirol	580·—
Vorarlberg	5.040·—
Steiermark	25.110·—
Böhmen	10.760·—
Mähren	5.266·64
Schlesien	2.220·—
Kärnten	12.100·—
Ausland	20.090·—

II. Wahlfonds.

(§ 19 des Organisationsstatuts.)

	Kronen
Saldo am 1. Juli 1918	127.071·01
Einnahmen	286.807·85
Zusammen	413.878·86
Ausgaben	260.287·22
Saldo am 1. Juli 1919	153.591·64

Der Parteikassier:
Dr. Wilhelm Ellenbogen

Revidiert und richtig befunden:

Abram Simon, Czech, Dr. Ludwig, Glöckel Otto, Gröger Florian, Gruber Josef, Jokl Hans, Muchitsch Vinzenz, Preußler Robert, Schäfer Anton, Seliger Josef, Widholz Laurenz.

Vergleich des Markenbezuges in den Jahren 1913/14, 1914/15, 1915/16, 1916/17, 1917/18, 1918/19.

Land	Männermarken						Frauenmarken					
	Juli 1913 bis Juni 1914	Juli 1914 bis Juni 1915	Juli 1915 bis Juni 1916	Juli 1916 bis Juni 1917	Juli 1917 bis Juni 1918	Juli 1918 bis Juni 1919	Juli 1913 bis Juni 1914	Juli 1914 bis Juni 1915	Juli 1915 bis Juni 1916	Juli 1916 bis Juni 1917	Juli 1917 bis Juni 1918	Juli 1918 bis Juni 1919
Böhmen	294000	58000	33100	33800	50107	470300	86000	23000	22000	43000	94651	242000
Bukowina [1]	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Kärnten	29500	8000	6000	8500	33000	135000	8500	2000	5000	6000	26000	55000
Mähren	29000	3000	5000	5000	8000	80700	12200	5000	7000	5000	10000	32000
Niederösterreich [2]	114600	37000	21000	37500	57500	515500	77900	38300	48000	74000	109110	350300
Oberösterreich	51000	24000	14500	18300	25000	256000	9000	4800	7300	7500	20000	69000
Salzburg	19500	6000	5600	4000	13400	56500	5100	4100	2800	2400	8400	20000
Schlesien	18300	7600	5600	1500	7000	63000	12300	5200	7000	6000	17000	34000
Steiermark	117000	49000	45000	44000	78000	279000	22000	9400	8500	15500	23000	98000
Tirol	17000	4500	4500	4000	7000	47000	4000	3000	3000	4000	8000	21500
Triest	1030	100	50	100	.	.	.	.	.	.	.	.
Vorarlberg	5000	3000	1000	3000	3200	17200	2000	1000	.	3000	2000	7000
Summe	695930	200200	141350	159700	282207	1920200	239000	95800	111400	166400	318161	928800

[1] Bukowina 1914: 1000 Wochenmarken, seit 16. April 1914 keine Marken mehr bezogen.
[2] Niederösterreich Männermarken ohne Wien.

Außerdem Wien Wochenmarken für männliche Mitglieder:

1. Juli 1913 bis 30. Juni 1914	2,160.500
1. Juli 1914 „ 30. Juni 1915	1,005.000
1. Juli 1915 „ 30. Juni 1916	754.000
1. Juli 1916 „ 30. Juni 1917	696.450
1. Juli 1917 „ 30. Juni 1918	637.576
1. Juli 1918 „ 31. Dezember 1918	355.100
1. Jänner 1919 bis 30. Juni 1919	531.800 (Monatsmarken).

Ab 1. Jänner 1919 werden auch in Wien nur Monatsmarken ausgegeben.

Bericht der Verwaltung der „Arbeiter-Zeitung“

über die Zeit vom 1. Juli 1914 bis 30. Juni 1919.

Die Verbreitung des Blattes ließ vor dem Kriege schon zu wünschen übrig, stand in keinem Verhältnis zur Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und noch weniger zur Zahl der in Wien abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen. Nach Kriegsausbruch stieg die Auflage in den ersten Wochen stetig und erreichte mit 83.000 ihren Höchststand. Die Einberufungen und zum Teil auch die im zweiten Halbjahr herrschende Arbeitslosigkeit verursachten einen Rückgang, der bis zum Oktober 1916 anhielt. Der niedrigste Stand der Auflage war 35.500. Eine Besserung trat durch die Sendung ins Feld ein. Trotz Verbots und Schikanierungen der Militärbehörden konnte die Verbreitung nicht gehindert werden. Die höchste Feldpostauflage war 7600, die Zahl der Leser mindestens eine dreifache. Seit dem Friedensanbot im Dezember 1916 war eine auffallende Aufwärtsbewegung zu verzeichnen. Die russische Revolution, die Verhandlungen in Stockholm, der Waffenstillstand mit Rußland, die Friedensverhandlungen, die Einberufung des Parlaments brachten oft sprunghafte Erhöhungen der Auflage mit sich, die, wenn auch nicht von Bestand, doch eine Erhöhung des Abonnentenstandes brachten.

Im Jahre 1918 sind wesentliche Merkmale der Auflageveränderungen der Jännerstreik, Friede mit Rußland, Friedensanbot Oesterreich-Ungarns und schließlich der Zusammenbruch und Ausrufung der Republik.

Im ersten Halbjahre 1919 war die Auflage durch die Nationalversammlungs- und die Wiener Gemeinderatswahlen beeinflußt.

Nachstehende Tabelle zeigt die Veränderungen an:

Juni	1914	55.000	Exemplare	Juni	1917	46.000	Exemplare
September	1914	83.000	„	September	1917	55.000	„
Jänner	1915	39.300	„	Jänner	1918	66.500	„
Juni	1915	38.300	„	Juni	1918	73.000	„
Jänner	1916	36.000	„	Oktober	1918	96.000	„
Juni	1916	36.000	„	November	1918	110.000	„
Oktober	1916	35.500	„	Jänner	1919	115.000	„
Dezember	1916	37.600	„	Februar	1919	120.000	„
Jänner	1917	38.300	„	Juni	1919	123.000	„

Ueber die Abonnentenbewegung in der Provinz (Feldpost- und Sommerabonnenten nicht eingerechnet) gibt folgende Tabelle Aufschluß:

Juni	1914	5580	Exemplare	Dezember	1914	5498	Exemplare
Juni	1915	5443	„	Dezember	1915	5547	„
Juni	1916	6342	„	Dezember	1916	6542	„
Juni	1917	8387	„	Dezember	1917	10564	„
Juni	1918	19071	„	Dezember	1918	29557	„
Juni	1919	28525	„				

Der Zerfall Oesterreichs brachte wesentliche Aenderungen im Provinzabonnentenstande; mit einem nicht unbeträchtlichen Verluste in der Tschechoslowakei ist zu rechnen.

Seit dem 19. September 1914 erschien ein billiges, selbständiges Abendblatt, die „A. Z. am Abend", das rasch sich einlebte, nur ein Verschleißblatt war, in wenigen Wochen eine Auflage von 80.000 erreichte und bei besonderen Ereignissen oft über 100.000 hatte. Durch Jahre hindurch betrug die Durchschnittsauflage 65.000 bis 70.000.

Am 19. Mai 1919 trat an Stelle der „A. Z. am Abend" die Abendausgabe der „Arbeiter-Zeitung". Die seit dem Jahre 1915 anhaltende Preissteigerung aller Produktionsmittel und auch die Personallasten beeinflußten ganz gewaltig das finanzielle Ergebnis. Einige Angaben mögen dies veranschaulichen:

Der Papierpreis betrug zu Beginn des Krieges 23 H. per Kilogramm und beträgt jetzt Kr. 2·25, die Farbe stieg von 46 H. per Kilogramm auf 4 Kr. Während die wichtigsten Produktionsmittel um das Zehnfache stiegen, erhöhten wir den Bezugspreis von Kr. 2·20 per Monat im Jahre 1914 nur auf 6 Kr. Nicht unwesentlich war die Gebarung beeinflußt durch den Entfall an Inseratene inahmen. Der Entfall war wiederum verursacht durch die Papiernot einerseits und durch den Mangel an Waren anderseits, der auf das Inseratengeschäft äußerst ungünstig wirkte.

Die Zahl der Inseratenseiten sank von 700 im ersten Halbjahr 1914 auf 363 im zweiten Halbjahr 1914, erreichte im ersten Halbjahr 1918 mit 250 den Tiefstand und betrug im ersten Halbjahr 1919 313 Seiten.

Wenn auch eine nennenswerte Erhöhung des Inseratentarifs eintrat, so konnte der Ausfall dadurch nicht wettgemacht werden.

Die „Arbeiterinnen-Zeitung" weist ähnliche Veränderungen auf wie die „Arbeiter-Zeitung". Die Auflage betrug im

Juni	1914	30.000	Exemplare
Dezember	1914	19.500	„
Juni	1915 erreichte den Tiefstand mit	16.600	„
Juni	1917	24.500	„
Dezember	1917	32.000	„
Juni	1918	41.800	„
Dezember	1918	39.700	„
Juni	1919	106.000	„
Oktober	1919	111.500	„

Die Auflage per Oktober 1919 verteilt sich auf die Länder wie folgt:

Wien	27.580	Exemplare
Niederösterreich	18.480	„
Oberösterreich	5.953	„
Steiermark	9.963	„
Salzburg	1.536	„
Kärnten	5.832	„
Tirol und Vorarlberg	2.745	„
Böhmen	31.724	„
Mähren	2.086	„
Schlesien	2.640	„
Verschleiß	3.000	„
ergibt zusammen	111.500	Exemplare

Die Genossen in den Sudetenländern werden vom 1. Jänner 1920 angefangen ein eigenes Frauenblatt für die dortigen Genossinnen herausgeben, so daß wir per 1. Jänner 1920 mit einem Ausfall von ungefähr 40.000 Exemplaren zu rechnen haben werden.

Bei der „Arbeiterinnen-Zeitung" widerspiegeln sich die politischen Vorkommnisse in der Auflage weniger, als dies bei der „Arbeiter-Zeitung" der Fall ist. Nachdem sich die Bevölkerung im Jahre 1915 an die Kriegsverhältnisse nun gewöhnt hatte, zeigt die Auflage der „Arbeiterinnen-Zeitung", die bei Kriegsausbruch rapid gesunken ist, ein stetes Wachsen, das bis heute anhält. Hiebei spielten natürlich auch das Friedensbedürfnis vor allem der Frauen, das sie unserer Partei zuführte, und der Umsturz im November 1918 eine bedeutende Rolle.

Bezüglich des Finanziellen ist dasselbe zu sagen wie bei der „Arbeiter-Zeitung". Die hohen Papierpreise, die vielfach erhöhten Kosten der übrigen Produktionsmittel haben uns gezwungen, den Preis des Blattes zu erhöhen. Aus dem Bericht der „Arbeiter-Zeitung" ist zu ersehen, daß der Papierpreis um mehr als das Zehnfache gestiegen ist, während der Preis der „Arbeiterinnen-Zeitung" durch die ab 20. Oktober 1919 in Kraft getretene Preiserhöhung knapp das Doppelte beträgt.

Georg Emmerling. Eugenie Brandl.

Anträge zum Parteitag.

Zur Tagesordnung.

(Vor den Verhandlungen gestellte Anträge.)

1. Vorschlag der Parteivertretung:

1. Konstituierung des Parteitages:
   a) Wahl des Präsidiums;
   b) Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung;
   c) Wahl einer Mandatprüfungskommission.
2. Berichte des Parteivorstandes und der Parteikontrolle.
3. Bericht des Klubs der sozialdemokratischen Abgeordneten zur Deutschösterreichischen Nationalversammlung.
4. Die Verfassungsfrage.
5. Wirtschaftliches und soziales Aktionsprogramm.
6. Die Parteiorganisation.
7. Wahl der Parteivertretung.
8. Allfälliges.

2. Antrag der Bezirksorganisation Wien IX:

Die Bezirksorganisation Wien-Alsergrund ersucht, folgenden Punkt in die Tagesordnung des Parteitages einzuschieben:

Die Arbeitslosigkeit und die Mittel, sie zu mildern oder teilweise zu beseitigen.

(In den Verhandlungen beantragt.)

3. Antrag der Parteivertretung.

Es werde als Punkt 7 der Punkt „Die Internationale" eingeschoben und die Punkte 4 und 6 vertauscht.

Zum Punkt „Berichte".

(Vor den Verhandlungen gestellte Anträge.)

4. Antrag der Bezirksorganisation Wien VI:

Die Wiener Volksbuchhandlung hat die unter den gegenwärtigen Verhältnissen besonders große Schwierigkeit zu bewältigen, daß das dringende Interesse der Partei an der Verbreitung von Aufklärung mit den Erfordernissen kaufmännischer Geschäftsführung in Einklang gebracht werde. Ihre gegenwärtige Tätigkeit wird, sowohl bezüglich des Verlages und Vertriebes von Parteiliteratur als auch bezüglich der Versorgung der Parteigenossen mit Literatur überhaupt, ihrer Aufgabe nur in höchst ungenügendem Maß gerecht; daher beantragen wir, der Parteitag wolle beschließen:

Die Führung der Wiener Volksbuchhandlung erfolgt von nun an im Einvernehmen mit einem aus fünf Mitgliedern bestehenden Beirat, der alljährlich aus dem Plenum der Wiener Konferenz gewählt wird.

5. Antrag der Bezirksorganisation Wien IX:

Die „Arbeiter-Zeitung" ist durch Hinzufügung eines täglich erscheinenden volkswirtschaftlichen Teiles auszugestalten.

6. Antrag der Kontrolle:

Es werde dem Parteivorstand für die Führung der Parteigeschäfte die Entlastung erteilt.

Zum Punkt „Bericht des Klubs".

(Vor den Verhandlungen gestellte Anträge.)

7. Antrag der Bezirksorganisation Wiener-Neustadt:

Die verzweifelte Lage des Staates hat nach den Nationalratswahlen die Sozialdemokratie in die Zwangslage versetzt, mit den bäuerlichen Vertretern der christlichsozialen Partei eine Arbeitsgemeinschaft in der Nationalversammlung herzustellen. Dieser Entschluß, der die Voraussetzung zur positiven Arbeit in der gesetzgebenden Körperschaft bilden sollte, weckte in den Kreisen der Arbeiterschaft tiefes Mißtrauen. Wie berechtigt dieses Mißtrauen war, zeigt sich immer mehr. In den Versammlungen und Zeitungen ist eine Hetze gegen die Sozialdemokraten in der Regierung entbrannt, die mit Lüge und Verleumdung geführt wird. Der Parteitag wird aufgefordert, zu prüfen, ob es unter derartigen Zuständen notwendig erscheint, daß die Sozialdemokraten weiter in der Regierung verbleiben, und ob es nicht besser wäre, dem ganzen bürgerlichen Block die Führung der Staatsgeschäfte zu überlassen. Dem vereinigten Ansturm ds bürgerlichen Blocks wird sich die Arbeiterklasse durch eine klare, zielbewußte Politik, die auf dem Standpunkt des Klassenkampfes verharrt, zu erwehren wissen.

8. Antrag der Bezirksorganisation Wien VI:

Der Parteitag nimmt Kenntnis von der gegen die Partei und ihre Vertreter in der Regierung gerichteten maßlosen Hetze der bürgerlichen Zeitungen. Er erklärt, daß das Geschrei der Klassengegner die Arbeiterklasse noch nie einen Schritt von ihrem Weg abzubringen vermocht hat, daß aber diese tollwütigen Angriffe eine Gefahr für den inneren Frieden dieses Staates heraufbeschwören könnten.

Der Parteitag spricht sein Bedauern darüber aus, daß an der Regierung teilnehmende Genossen der bürgerlichen Presse durch Gewährung von Interviews Konzessionen machen. Der Parteitag stellt weiter fest, daß die Ueberzahl der bürgerlichen Zeitungen keine andere Existenzberechtigung aufweisen kann, als das Geld ihrer Hintermänner, und daß sie ohne Unterschied der Parteirichtung keine anderen Interessen vertritt als die des Kapitals. Er beauftragt daher die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung, bei der Beratung des neuen Preßgesetzes dahin zu wirken, daß der verheerende Einfluß, welchen das Kapital noch immer durch das Mittel der Presse ausübt, so viel als möglich eingeschränkt werde.

8a (modifiziert) Antrag Wien VI:

Erster Absatz unverändert.

Zweiter Absatz (erster Satz zurückgezogen).

Der Parteitag stellt weiter fest, daß die Ueberzahl der bürgerlichen Zeitungen keine andere Grundlage für ihre Existenz angeben können als . . . (Fortsetzung wie 8.)

9. Antrag der Bezirksorganisation Wien VI:

Der Parteitag beauftragt die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung, auf die schleunige Erlassung eines zeitgemäßen Vereinsgesetzes zu dringen. Er beauftragt die Bezirks(Lokal-)organisationen, auf Grund dieses Gesetzes sogleich die Auflösung ihrer veralteten Form als „politische Vereine" und ihre Umwandlung nach einem von der Parteileitung zu beschließenden einheitlichen Statut vorzunehmen.

10. Antrag der Bezirksorganisation Wien IX:

Der Parteitag erblickt in der Ernennung eines kapitalistischen Preßsöldlings zum Gesandtschaftsattaché einen Mißgriff und fordert die sofortige Rücknahme der Ernennung Dr. Zifferers und Auflassung der Preßattachéstellen wegen der damit verbundenen Korruption und Verschleuderung der Staatsgelder.

(In den Verhandlungen beantragt.)

11. Antrag Abram-Scheibein:

Der Parteitag ist der Ansicht, daß Deutschösterreich als selbständiger Staat nicht leben kann und daß daher das Anschlußverbot zu den undurchführbaren Artikeln des Friedensvertrages gehört. Er erwartet, daß sich alle Parteigenossen innerhalb und außerhalb des Parlaments mit allen Kräften dafür einsetzen werden, daß das Anschlußverbot aufgehoben und daß die aus sozialen, wirtschaftlichen und nationalen Gründen notwendige Vereinigung mit der deutschen Republik ehebaldigst zur Tatsache wird.

12. Antrag der Bezirksorganisation Bruck a. d. M.

Die sozialdemokratische Fraktion wird aufgefordert, ehestens einen Gesetzentwurf auszuarbeiten und der Nationalversammlung zu unterbreiten, welcher auch den Forstarbeitern den gesetzlichen Achtstundentag und den gesetzlichen Urlaub in gleichem Ausmaß wie der übrigen industriellen und gewerblichen Arbeiterschaft gibt, da ja auch der größte Teil der Forstarbeiter nicht der Landwirtschaft, sondern der Industrie und dem Gewerbe dient.

13. Antrag Christoph (Mödling):

Der Parteitag spricht dem Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten in der Nationalversammlung für sein Wirken Dank und Anerkennung aus.

Zu Punkt „Parteiorganisation".

(Vor den Verhandlungen gestellte Anträge.)

14. Antrag des Parteivorstandes:

Organisationsstatut der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs.

Parteimitgliedschaft.

§ 1. Als Parteimitglied wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und Mitglied der Parteiorganisation ihres Wohnortes ist.

§ 2. Der Partei kann nicht angehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder die Interessen der sozialdemokratischen Partei schuldig macht, einer anderen Partei angehört, für eine andere Partei tätig ist oder eine ehrlose Handlung begangen hat.

§ 3. Ueber die Aufnahme entscheidet auf Grund des Vorschlages der Lokalorganisation, in deren Sprengel der Aufnahmswerber wohnt, die Bezirksorganisation.

Jedes Parteimitglied erhält als Legitimation die im ganzen Staat geltende Parteimitgliedskarte.

§ 4. Jedes Parteimitglied hat die Pflicht, seiner Berufsorganisation anzugehören, so wie die Mitglieder der Berufsorganisationen verpflichtet sind, Mitglieder der Parteiorganisation zu sein.

Parteiorganisation.

§ 5. Die Grundlage der Parteiorganisation ist der politische Verein.

§ 6. Die Parteiorganisation gliedert sich in Lokal-, Bezirks-, allenfalls auch Kreis- und in Landesorganisationen.

a) Lokalorganisation.

§ 7. Die Lokalorganisation ist die Zusammenfassung aller in einem Orte wohnenden Parteimitglieder.

Innerhalb der Lokalorganisation ist die Straßen- und Häuserorganisation durchzuführen.

b) Bezirksorganisation.

§ 8. Die Lokalorganisationen werden zu Bezirksorganisationen zusammengefaßt.

Die Bezirksorganisation muß unter allen Umständen ein geschlossenes Gebiet umfassen, das entweder mit einem staatlichen politischen Verwaltungsbezirk zusammenfällt oder durch ein territorial besser geeignetes Agitations- und Organisationsgebiet gebildet wird.

Die Bestimmung der Gebietsgrenzen der Bezirksorganisationen obliegt den Landes-, eventuell Kreiskonferenzen.

In Wien bildet jeder Gemeindebezirk eine Bezirksorganisation.

c) Landesorganisation.

§ 9. Alle Bezirksorganisationen eines Landes unterstehen der Landesorganisation, der die Führung der Parteigeschäfte nach ihrem eigenen Organisationsstatut obliegt.

d) Kreisorganisation.

§ 10. Wo es zweckmäßig ist, können durch Beschluß der zuständigen Landeskonferenz die einen Nationalversammlungswahlkreis bildenden Bezirksorganisationen zu einer Kreisorganisation vereinigt werden.

Die Wiener Bezirksorganisationen bilden zusammen die Organisation Wien.

§ 11. Die Statuten der unter a) bis d) angeführten Organisationen dürfen den Statuten der übergeordneten Organisationen nicht widersprechen. Sie sind der übergeordneten Organisation bekanntzugeben. Findet diese derartige Widersprüche, so entscheidet die nächst übergeordnete Organisation, beziehungsweise der Parteitag.

Frauenkomitees.

§ 12. Für die Parteitätigkeit auf dem Gebiet der Frauenbewegung sind durch Beschluß der Lokal-, Bezirks-, Kreis- und Landeskonferenzen Frauenlokal-, Bezirks-, Kreis- und Landeskomitees einzusetzen, die in stetem Einvernehmen mit den zuständigen Parteiorganisationen zu wirken haben.

Parteibeitrag.

§ 13. Zur Deckung der Ausgaben der Parteiorganisation wird für alle Parteikörperschaften gemeinsam ein Parteibeitrag eingehoben, dessen Mindestausmaß vom Parteitag festzusetzen ist.

§ 14. Die Festsetzung der Höhe des Parteibeitrages und dessen Aufteilung erfolgt durch Beschlüsse des Parteitages sowie der Landes-, eventuell Kreis- und der Bezirkskonferenz.

§ 15. Die Leistung der Parteibeiträge ist auf der Mitgliedskarte (§ 3) mittels einheitlicher Marke zu bestätigen. Die Mitgliedskarten und Marken werden, und zwar letztere für weibliche Mitglieder in anderer Farbe als für männliche, von der Parteivertretung an die Landesorganisationen und von diesen an die ihnen unterstehenden Organisationen abgegeben.

§ 16. Die Einhebung des Parteibeitrages geschieht in der Weise, daß die Quittungsmarke vom Parteivorstand gegen Erlag des für ihn bestimmten Anteils am Parteibeitrag (§ 14) an die Landesorganisation abgegeben wird. Von dieser gelangt sie ebenso stufenweise an die nachgeordneten Organisationen gegen Erlag des um den jeweiligen Beitragsanteil dieser Organisationen erhöhten Betrages.

Die weiblichen Parteimitglieder erhalten die „Arbeiterinnen-Zeitung" obligatorisch auf Kosten der Lokalorganisation.

Wahlfonds.

§ 17. Für den getrennt zu verwaltenden Wahlfonds sind obligatorisch Beiträge in der vom Parteitag zu bestimmenden Höhe einzuheben. Der Parteitag setzt den hievon für den Zentralwahlfonds bestimmten Anteil fest. Ueber die Aufteilung des Restes entscheidet die Landeskonferenz.

Die Einhebung der Wahlfondsbeiträge erfolgt gleichzeitig mit dem Parteibeitrag und wird mit der Parteimarke bestätigt.

Vertrauenspersonen.

§ 18. Die Mitglieder der Lokalorganisation wählen alljährlich in einer Parteimitgliederversammlung den Lokalvertrauensmann, den Lokalausschuß und das Frauenlokalkomitee. Die Delegierten zu den Bezirks-, Kreis- und Landeskonferenzen wählen den Bezirks- und Kreisausschuß und die Landesparteivertretung sowie die Frauenkomitees. Die Anzahl der Mitglieder des Lokal-, des Bezirks- und des Kreisausschusses wie auch der Landesparteivertretung wird durch das Statut der betreffenden Organisation bestimmt.

Die weiblichen Parteimitglieder müssen in den Ausschüssen aller Parteikörperschaften entsprechend vertreten sein.

Die Namen und Adressen der Bezirks-, Kreis- und Landesvertrauensmänner sowie die Adressen aller Parteisekretariate sind dem Parteivorstand mitzuteilen. Namen und Adressen der Leiterinnen der Bezirks-, Kreis- und Landesfrauenkomitees sowie die Adressen aller Frauensekretariate sind dem Frauenzentralkomitee (§ 41) bekanntzugeben.

Berichte.

§ 19. Das Verwaltungsjahr beginnt für alle Organisationen am 1. Juli und endet mit 30. Juni.

Die Bezirksorganisation ist verpflichtet, jährlich bis längstens 20. Juli auf Grund eines Fragebogens an den Parteivorstand über ihre Tätigkeit Bericht zu erstatten. Der Bericht soll mindestens enthalten: die Zahl der männlichen und weiblichen Parteimitglieder, die Zahl der Lokalorganisationen, den Bericht über den Ausbau der Organisation, über Art und Umfang der entfalteten Agitation, die Höhe des Mitgliedsbeitrages, die Summe der gesamten Einnahmen und Ausgaben, über etwaige Wahlen, politische Verfolgungen und alle sonstigen für die Parteibewegung wichtigen Vorkommnisse.

Ebenso haben alljährlich die Kreisorganisationen und die Landesparteivertretungen bis längstens 20. Juli sowie der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten zur Nationalversammlung über ihre Tätigkeit an den Parteivorstand zu berichten.

Die Frauenbezirks-, Kreis- und Landeskomitees haben alljährlich bis 20. Juli dem Frauenzentralkomitee über ihre Tätigkeit zu berichten.

Bildungswesen.

§ 20. Die Parteiorganisationen sind verpflichtet, für eine systematische sozialistische Erziehungsarbeit Sorge zu tragen. Wo es möglich ist, sollen zur Durchführung dieser Arbeiten im Einvernehmen mit den anderen Organisationen eigene Bildungsausschüsse eingesetzt werden.

Zur Leitung der Bildungsarbeit wird die von der Parteivertretung eingesetzte Zentralstelle für das Bildungswesen in Wien bestimmt, der alljährlich von allen Bezirksorganisationen ein Bericht über ihre Bildungstätigkeit zu erstatten ist.

Die Parteiorganisationen sind insbesondere auch verpflichtet, nach Kräften dafür zu sorgen, daß die schulentlassene Jugend der Arbeiterklasse im Geiste des Sozialismus erzogen und mit Klassenbewußtsein erfüllt werde. Ueberall soll zu diesem Zweck die Gründung eigener Jugendorganisationen gefördert werden.

Desgleichen sollen sich die Parteiorganisationen die Einwirkung auf die Erziehung der Arbeiterkinder angelegen sein lassen und alle Bestrebungen auf diesem Gebiet nach Möglichkeit unterstützen.

Parteitag.

§ 21. Der Parteitag ist die oberste Vertretung der Partei. Er wird vom Parteivorstand alljährlich einberufen.

Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

1. Die Delegierten der Bezirksorganisationen. Und zwar haben Bezirksorganisationen, die am 30. Juni des letzten Berichtsjahres bis zu 3000 Parteimitglieder zählen, das Recht auf drei Delegierte. Bezirksorganisationen mit mehr als 3000 Mitgliedern haben das Recht, für je weitere 2000 Mitglieder einen Delegierten zu entsenden. Bruchteile von mehr als 1000 werden als voll gerechnet.

Bei der Delegation ist auf die entsprechende Vertretung der weiblichen Parteimitglieder Rücksicht zu nehmen.

Die Wahl der Delegierten wird in den Konferenzen beziehungsweise Plenarsitzungen der wahlberechtigten Organisationen vorgenommen. Das Wahlverfahren wird durch die Statuten der betreffenden Organisationen geregelt.

2. Die Delegierten der Kreisorganisationen.

Diese haben das Recht auf je zwei Delegierte. Das Wahlverfahren wird durch Statuten der betreffenden Organisationen geregelt.

3. Die Delegierten der Landesorganisationen.

Jede Landesorganisation hat das Recht auf zwei Delegierte, deren Wahl durch die Landesparteivertretung erfolgt.

4. Die Mitglieder und Ersatzmitglieder der Parteivertretung und die Parteisekretäre (§ 38).

5. Fünf Delegierte des Verbandes der sozialdemokratischen Abgeordneten.

6. Zwei Delegierte des Frauenzentralkomitees (§ 41) und je eine Delegierte der Frauenlandeskomitees.

7. Je ein Delegierter der Redaktionen der anerkannten (§ 44) Parteiblätter sowie der vom Parteitag eingesetzten Körperschaften.

8. Je ein Delegierter der der Gewerkschaftskommission angeschlossenen Zentralverbände und ihrer Fachblätter.

9. Je zwei Delegierte der Gewerkschaftskommission, des Zentralverbandes deutschösterreichischer Konsumvereine und des Reichsvollzugsausschusses der Arbeiterräte.

Zugelassen sind nur solche Delegierte der in den Punkten 8 und 9 genannten Organisationen, die Parteimitglieder sind.

10. Die vom Parteivorstand berufenen Referenten mit beratender Stimme.

§ 22. Die Mitglieder der Parteivertretung haben in allen die geschäftliche Leitung der Partei, die Delegierten des Verbandes der sozialdemokratischen Abgeordneten in allen die parlamentarische Tätigkeit betreffenden Angelegenheiten nur beratende Stimme.

§ 23. Außerordentliche Parteitage finden auf Beschluß der Parteivertretung oder auf Verlangen von mindestens zwanzig der zur Delegation berechtigten Parteiorganisationen (§ 21, Punkt 1, 2, 3) statt.

§ 24. Hat der vorhergegangene Parteitag über den Ort, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll, keinen Beschluß gefaßt oder kann der Parteitag aus gewichtigen Gründen in dem bestimmten Ort nicht tagen, so hat die Parteivertretung die Bestimmung des Ortes vorzunehmen.

§ 25. Die Einberufung des ordentlichen Parteitages muß mindestens zwei Monate vorher durch das Zentralorgan und am gleichen Tage durch die übrigen Tagesblätter der Partei mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

§ 26. Der Parteibericht muß von der Parteivertretung spätestens vierzehn Tage vor dem Stattfinden des Parteitages veröffentlicht werden.

§ 27. Selbständige Anträge der Parteimitglieder zum Parteitag sind mindestens drei Wochen vor dem Parteitag dem Parteivorstand schriftlich zu übermitteln. Dieser hat sie sowie seine eigenen Anträge vor dem Stattfinden des Parteitages im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen und dem Parteitag Bericht und Antrag zu erstatten. Selbständige Anträge, die nach Ablauf obiger Frist oder erst auf dem Parteitag selbst gestellt werden, können nur zur Verhandlung gelangen, wenn der Parteitag dies über Verlangen der Antragsteller beschließt. Im anderen Falle sind sie dem Parteivorstand zur Berichterstattung und Antragstellung für den nächsten Parteitag zuzuweisen.

§ 28. Der Parteitag prüft die Mandate seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung. Als ständiger Referent des Parteitages gilt, insoweit nicht für einzelne Verhandlungsgegenstände besondere Berichterstatter bestellt sind, der erste, beziehungsweise einer der anderen Parteisekretäre.

§ 29. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Die Beschlußfassung über folgende, vom Parteivorstand zu erstattende Berichte: Kassen- und Wahlfondsbericht; Bericht über das Zentralorgan und alle anderen von der Parteivertretung gegründeten literarischen Unternehmungen sowie über deren Geschäftslage; Bericht über die wirtschaftlichen Unternehmungen der Partei; Bericht über die politische sowie über die organisatorische und agitatorische Tätigkeit des Parteivorstandes und über die Tätigkeit des Verbandes der Abgeordneten.

2. Entgegennahme des Berichtes der Kontrolle und Beschlußfassung darüber.

3. Bestimmung des Ortes, an dem der Parteivorstand seinen Sitz hat.

4. Die Wahl des Parteivorstandes und der Parteikontrolle.

5. Beschlußfassungen über die Parteiorganisation, deren Statut, über die Partei- und Wahlfondsbeiträge und über alle das Parteileben berührenden Fragen; Aenderungen des Organisationsstatuts sowie der Bestimmungen über den Partei- und Wahlfondsbeitrag (§§ 13 bis 17) können jedoch nur auf einen von der Parteivertretung gestellten oder von einer Organisation bei ihr mindestens sechs Wochen vor dem Parteitag eingebrachten Antrag vorgenommen werden. In jedem Falle sind solche Anträge mindestens vier Wochen vor dem Parteitag im Zentralorgan bekanntzugeben.

Von diesen Vorschriften kann nur durch einen Beschluß, der mit Dreiviertelmehrheit der auf dem Parteitag anwesenden Delegierten gefaßt wird, abgegangen werden.

6. Die Anhörung der Berichte über die im Sinne des § 27 gestellten Anträge und Beschlußfassung darüber.

7. Die Bestimmung des Ortes für den nächsten Parteitag.

Der Parteitag faßt seine Beschlüsse mit der absoluten Mehrheit der stimmberechtigten Anwesenden. Die Wahlen des Parteivorstandes und der Kontrolle sind mit Stimmzetteln vorzunehmen. Als gewählt erscheinen diejenigen, deren Stimmenzahl die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmzettel erreicht hat. Haben mehr Personen, als zu wählen wären, die absolute Mehrheit erreicht, so gelten diejenigen als gewählt, die die meisten Stimmen erhalten haben. Insofern die absolute Mehrheit nicht erreicht wird, entscheidet die engere Wahl, wobei diejenigen als gewählt erscheinen, die die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet immer das Los.

Frauenkonferenz.

§ 30. Mindestens alle zwei Jahre, in der Regel vor jedem Parteitag, findet eine Frauenkonferenz statt, welche vom Frauenzentralkomitee (§ 41) einzuberufen ist.

Die Frauenkonferenz berät die Richtlinien für die Parteitätigkeit auf dem Gebiet der Frauenbewegung, welche dem Parteitag zur Beschlußfassung vorzulegen sind. Sie wählt das Frauenzentralkomitee.

Zur Teilnahme sind berechtigt:

1. Die Delegierten der Bezirksorganisationen, die weibliche Parteimitglieder besitzen.

Jede Bezirksorganisation, welche höchstens 1000 weibliche Parteimitglieder zählt, hat das Recht auf eine, Bezirksorganisationen mit mehr als 1000 weiblichen Parteimitgliedern das Recht auf zwei Delegierte.

2. Die Delegierten der Frauenkreiskomitees und Frauenlandeskomitees. Sie haben das Recht auf je zwei Delegierte.

3. Die Mitglieder des Frauenzentralkomitees und dessen Sekretärin.

4. Die Mitglieder aller Körperschaften, welche im § 21, Punkt 3, 4, 5, 7, 8 und 9 aufgezählt sind, in dem dort bestimmten Ausmaß.

Parteivertretung, Vorstand und Kontrolle.

§ 31. Der Parteitag wählt die aus zweiundzwanzig Personen bestehende Parteivertretung. Zwölf vom Parteitag zu bestimmende Mitglieder der Parteivertretung

bilden den Parteivorstand, der die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Die anderen zehn Mitglieder bilden die Parteikontrolle.

In dem Orte, in dem der Parteivorstand seinen Sitz hat, müssen seine Mitglieder und drei Mitglieder der Kontrolle wohnhaft sein. Diese durch ihren Wohnort bestimmten drei Mitglieder der Kontrolle und die zwölf Mitglieder des Parteivorstandes einerseits, die anderen sieben Mitglieder der Kontrolle anderseits werden mit getrennten Listen gewählt.

Der Parteitag wählt außerdem acht Ersatzmitglieder für die Parteivertretung. Diese sind berechtigt, mit beratender Stimme an allen Sitzungen des Parteivorstandes und der Parteivertretung teilzunehmen. Parteivertretungsmitglieder, welche Mitglieder der Staatsregierung werden, verlieren ihr Stimmrecht und die von ihnen innerhalb des Parteivorstandes oder der Parteikontrolle bekleidete Funktion, behalten aber beratende Stimme. An ihrer Stelle erhalten Ersatzmitglieder in der Reihenfolge ihrer auf dem Parteitag erfolgten Wahl das Stimmrecht.

a) Der Parteivorstand.

§ 32. Unmittelbar nach seiner Wahl tritt der Parteivorstand zusammen und wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden, drei Stellvertreter und den Kassier.

§ 33. Der Parteivorstand besorgt die Parteigeschäfte und verwaltet die Parteigelder. Er kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane, ernennt selbst oder durch die von ihm hiezu bestellten Organe seine Angestellten und die Angestellten der ihm unterstehenden Unternehmungen, bestimmt deren Bezüge und sonstigen Rechtsverhältnisse und kontrolliert ihre Tätigkeit. Er ist in seiner Gesamtheit dem Parteitag verantwortlich und hat ihm auch über die Durchführung der von vorhergegangenen Parteitagen beschlossenen oder ihm zugewiesenen Anträge zu berichten.

§ 34. Der Vorsitzende des Parteivorstandes, beziehungsweise der von ihm bestimmte Stellvertreter vertritt die Partei nach außen und leitet alle Geschäfte des Parteivorstandes und des Sekretariats. Wichtige, insbesondere verbindliche Schriftstücke sind von ihm und einem der Sekretäre zu unterzeichnen.

b) Parteikontrolle.

§ 35. Die Kontrolle wählt sofort nach ihrer Wahl aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden, den Vorsitzendenstellvertreter und einen Schriftführer. Sie besorgt die Kontrolle der gesamten Verwaltung, die dem Parteivorstand gemäß § 33 obliegt. Sie entscheidet über Beschwerden, die von Parteimitgliedern oder Organisationen gegen den Parteivorstand erhoben werden. Gegen die Entscheidung der Parteikontrolle in derartigen Beschwerdeangelegenheiten steht die Berufung an den Parteitag offen, der auch über Beschwerden gegen die Parteikontrolle entscheidet.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden. Die Mitglieder der Kontrolle haben aber jederzeit das Recht, alle Bücher und Schriftstücke zu prüfen. Sie sind berechtigt, an allen Sitzungen des Parteivorstandes teilzunehmen, und haben in allen Angelegenheiten, die nicht ihrer Kontrolle unterliegen und in denen sie nicht Beschwerdeinstanz sind, das Stimmrecht.

c) Die Parteivertretung.

§ 36. Die Parteivertretung ist zur Entscheidung aller Fragen von großer politischer oder finanzieller Tragweite vom Vorsitzenden des Parteivorstandes nach Bedarf, mindestens aber vierteljährlich einmal, oder wenn fünf Mitglieder es verlangen, einzuberufen. Die Leitung dieser Sitzungen obliegt dem Vorsitzenden beziehungsweise Vorsitzendenstellvertreter des Parteivorstandes.

§ 37. Die Parteivertretung trifft die näheren Bestimmungen über ihre Geschäftsführung sowie über die des Parteivorstandes, der Parteikontrolle und der Funktionäre durch eine für ihre Funktionsperiode zu beschließende Geschäftsordnung.

§ 38. Die Parteivertretung bestimmt die Parteisekretäre, den Chefredakteur und den Administrator des Zentralorgans, welche an den Sitzungen des Parteivorstandes und der Parteivertretung mit beratender Stimme teilzunehmen haben.

§ 39. Ueber Beschluß der Parteivertretung können die Vertreter von Reichsorganisationen, von durch Parteitagsbeschluß eingesetzten Körperschaften sowie des parlamentarischen Sekretariats an ihren Sitzungen und denen des Parteivorstandes teilnehmen.

§ 40. Das Ergebnis aller Wahlen sowie die Adresse des Vorsitzenden der Parteikontrolle sind im Zentralorgan der Partei mitzuteilen.

Die Funktionsdauer der Parteivertretung, der Kontrolle und aller Funktionäre beträgt in der Regel ein Jahr, endet aber erst nach erfolgter Konstituierung beziehungsweise Wahl der Nachfolger.

Frauenzentralkomitee.

§ 41. Die Frauenkonferenz (§ 30) wählt das aus zehn Mitgliedern bestehende Frauenzentralkomitee. Acht Mitglieder davon müssen ihren Wohnsitz an dem Orte haben, an welchem der Parteivorstand und das Frauenzentralkomitee ihren Sitz haben.

Die Wahl ist gemäß der Bestimmung des § 29, letzter Absatz, vorzunehmen und dem Parteitag zur Bestätigung vorzulegen.

Das Frauenzentralkomitee ist mit der Leitung der Parteitätigkeit auf dem Gebiet der Frauenbewegung betraut und hat im steten Einvernehmen mit dem Parteivorstand zu wirken. Das Sekretariat des Frauenzentralkomitees ist dem Sekretariat des Parteivorstandes (§ 34) angegliedert.

Parteikonferenz.

§ 42. Die Parteivertretung hat das Recht, in dringenden Fällen Parteikonferenzen einzuberufen.

Zur Teilnahme an diesen Konferenzen sind alle diejenigen berechtigt, die an den Sitzungen der Parteivertretung, des Frauenzentralkomitees und nach den Statuten der Landesorganisationen an denen der Landesparteivertretungen teilnehmen.

Ferner haben die Bezirks- und Kreisausschüsse das Recht auf einen Delegierten.

Steht bloß die Beschlußfassung auf Grund des § 45 auf der Tagesordnung, so ist die Teilnahme auf die im zweiten Absatz Genannten zu beschränken.

Parteipresse.

§ 43. Das Zentralorgan der Partei ist die „Arbeiter-Zeitung".

Sie untersteht dem Parteivorstand. Das gleiche gilt von der „Arbeiterinnen-Zeitung", von dem wissenschaftlichen Organ der Partei und von allen durch die Parteivertretung gegründeten und von ihr erhaltenen Zeitschriften und literarischen Unternehmungen. Allfällige Ueberschüsse fließen dem Parteifonds zu.

Die offiziellen Bekanntmachungen der Parteivertretung, des Parteivorstandes und der Parteikontrolle sind in der „Arbeiter-Zeitung" zu veröffentlichen.

Alle Parteiorgane sind zu ihrem Nachdruck verpflichtet.

§ 44. Aufgabe der Parteipresse ist: die Arbeiter aufzuklären und zum Klassenbewußtsein zu erziehen. Sie hat fremde, nicht parteigenössische Einflüsse fernzuhalten.

Parteiblätter, die für das ganze Staatsgebiet bestimmt sind, dürfen nur mit Zustimmung des Parteivorstandes gegründet werden. Andere Parteiblätter können nur mit Zustimmung der zuständigen Kreis- und Landesorganisationen gegründet werden.

Zur Anerkennung als Parteiblatt bedarf es des Beschlusses eines Parteitages.

Kandidaturen.

§ 45. Die Aufstellung der Kandidaten erfolgt bei allgemeinen Nationalversammlungswahlen durch die Parteikonferenz (§ 42, zweiter und vierter Absatz), und zwar auf Grund von Vorschlägen, die unter Zuziehung der Landesparteivertretung vom Parteivorstand im Einvernehmen mit der Kreiskonferenz festgestellt werden. Wo eine Kreisorganisation nicht besteht, ist die Feststellung im Einvernehmen mit den zuständigen Bezirksorganisationen vorzunehmen. Erfolgt ein solches Einvernehmen nicht, so erstattet jede der beteiligten Körperschaften ihren begründeten Vorschlag in der Parteikonferenz und diese trifft die endgültige Entscheidung.

§ 46. Die Vorschriften betreffend die Aufstellung der Kandidaten für die anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften sind in den Statuten der zuständigen Organisationen festzusetzen.

Ausschließung aus der Partei.

§ 47. Parteimitglieder, die den Bestimmungen des § 2 dieses Statuts nicht entsprechen, sind aus der Partei auszuschließen.

§ 48. Der Antrag auf Ausschließung eines Parteimitgliedes aus der Partei ist beim Parteivorstand einzubringen. Er kann nur von einer Parteiorganisation, nicht aber von einzelnen Parteiangehörigen gestellt werden. Der Parteivorstand weist ihn einem siebengliedrigen Schiedsgericht zu. Drei der Beisitzer dieses Schiedsgerichts werden von der Organisation ernannt, die den Ausschluß beantragt, drei von dem durch den Ausschlußantrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bestimmt der Parteivorstand; er hat im Schiedsgericht bei Stimmengleichheit entscheidende Stimme.

§ 49. Das Schiedsgericht kann erkennen auf Ausschließung aus der Partei überhaupt; Ausschließung aus der Organisation, die den Antrag gestellt hatte; Erteilung einer Rüge oder einer Verwarnung; Aberkennung des Rechtes, bestimmte Funktionen auszuüben, für eine bestimmte Zeit oder für immer.

Gegen diese Entscheidung des Schiedsgerichtes steht dem Betroffenen die Berufung an den Parteitag zu.

§ 50. Unterläßt es das Parteimitglied, dessen Ausschluß verlangt worden ist, innerhalb vier Wochen vom Tag der Verständigung durch den Parteivorstand an Schiedsrichter zu ernennen, oder verzichtet es ausdrücklich auf die Einsetzung eines Schiedsgerichtes oder erhebt es die Berufung gegen die Ausschließungsentscheidung des Schiedsgerichtes nicht innerhalb fünf Wochen, so gilt es ohneweiters als ausgeschlossen.

§ 51. Der Antrag auf Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen kann nur von einem Parteimitglied gestellt werden und ist an den Ausschuß jener Organisation zu richten, von der seinerzeit das Ausschlußverfahren anhängig gemacht worden war. Auf Grund des Gutachtens dieser Organisation sowie derjenigen des letzten Wohnortes des Ausgeschlossenen stellt der Parteivorstand dem Parteitag einen Antrag zur endgültigen Entscheidung.

Die Aufhebung eines Beschlusses auf Ausschließung aus der Organisation oder auf Funktionsentziehung kann nur durch den Parteivorstand und nach Anhörung derjenigen Organisation geschehen, von der seinerzeit der Antrag gestellt, respektive der Beschluß gefaßt wurde.

Ausschließung aus einer Organisation.

§ 52. Beschließt eine Parteiorganisation die Ausschließung eines Mitgliedes aus ihrem Verband, so ist der Betreffende dadurch nicht aus der Partei ausgeschlossen. Es steht ihm überdies die Berufung an die übergeordnete Organisation zu, die den Fall einem endgültig entscheidenden Schiedsgericht zu überweisen hat.

Streichung aus den Mitgliedslisten.

§ 53. Mitglieder, die länger als drei Monate mit den Beiträgen im Rückstand sind, können von ihrer Lokalorganisation aus der Mitgliedsliste gestrichen werden. In Fällen von Arbeitslosigkeit oder Krankheit können die Beiträge im Einvernehmen mit der Bezirksorganisation bis auf sechs Monate gestundet werden.

§ 54. Tritt ein Mitglied, das sich nicht mehr zu den Grundsätzen des Parteiprogramms (§ 1) bekennt, nicht aus eigener Initiative aus der Partei aus, so kann der Parteitag auf Antrag des Parteivorstandes die Organisation seines Wohnortes mit der Streichung seines Namens aus den Mitgliedslisten beauftragen.

Das Schiedsgericht.

§ 55. Zur Schlichtung von Streitigkeiten unter Parteimitgliedern oder Parteiorganisationen sowie zur Entscheidung über ehrenrührige Vorwürfe gegen ein Parteimitglied kann jede Bezirksorganisation auf Verlangen ein Schiedsgericht, beziehungsweise ein Ehrengericht einsetzen, das aus mindestens vier Mitgliedern und einem Vorsitzenden besteht. Die näheren Bestimmungen trifft das Organisationsstatut der Bezirksorganisation.

In besonderen Fällen kann auch der Parteivorstand und ebenso die Landes- oder Kreisparteivertretung die Einsetzung eines solchen Schieds- oder Ehrengerichtes veranlassen.

Gegen die Entscheidungen eines nach den Bestimmungen des § 55 eingesetzten Schieds- oder Ehrengerichtes ist eine Berufung nicht statthaft.

14a. Antrag des Parteivorstandes betreffend den Parteibeitrag.

Der monatliche Mindestbeitrag hat für männliche und weibliche Parteimitglieder 80 H. und der Wahlfondsbeitrag, der gleichzeitig einzuheben ist, 20 H. zu betragen. Vom Parteibeitrag entfallen 12 H. und vom Wahlfondsbeitrag 8 H. auf die Parteivertretung.

15. Antrag der Bezirksorganisation Wien VI:

§ 21, 1. Absatz, hat zu lauten: Zur Teilnahme (am Parteitag) sind berechtigt: Die Delegierten der Bezirksorganisationen. Und zwar haben Bezirksorganisationen, die am 30. Juni des Berichtsjahres bis zu 2000 (zweitausend) Parteimitglieder zählen, das Recht auf zwei Delegierte, Bezirksorganisationen bis zu 3000 Mitglieder, das Recht auf drei Delegierte und Bezirksorganisationen mit mehr als 3000 Mitgliedern das Recht, für je weitere 2000 Mitglieder einen Delegierten zu entsenden. Bruchteile von mehr als 1000 werden als voll gerechnet.

§§ 32 und 33 des Organisationsstatuts sind sinngemäß abzuändern wie folgt: Der Parteibericht und die Anträge des Parteivorstandes sind spätestens vier Wochen vor dem Parteitag im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen. Anträge der Bezirks(Kreis-, Landes-)organisationen oder einzelner Parteimitglieder zum Parteitag sind mindestens zwei Wochen vor dem Parteitag dem Parteivorstand schriftlich zu übermitteln, der sie spätestens eine Woche vor dem Parteitag im Zentralorgan zu veröffentlichen und dem Parteitag darüber Bericht und Antrag zu erstatten hat.

16. Antrag Emil Adler:

Auch die besonderen, nicht ausschließlich politischen Organisationen, die innerhalb des Staatsgebietes der deutschösterreichischen Republik ihren Sitz haben, denen satzungsgemäß nur Sozialisten als Mitglieder angehören, haben das Recht, je zwei Delegierte zum Parteitag zu entsenden.

17. Antrag Rudolf Feldmann:

Der Parteitag beschließt, die Parteiorganisation auf dem Prinzip der betriebsweisen Erfassung der Parteimitglieder auszubauen. In jedem größeren Betrieb sind neben den Gewerkschafts- auch Parteivertrauensmänner zu wählen, welche die Verbindung zwischen der politischen Betriebs- und der in Betracht kommenden bestehenbleibenden territorialen Organisation herzustellen, die im Betrieb einkassierten Parteibeträge der Lokalorganisation des Beschäftigungsortes abzuführen und für die lückenlose politische Organisierung der im Betrieb Beschäftigten Sorge zu tragen haben. Die Betriebsorganisation gilt als Sektion der politischen Organisation.

17a. Antrag Rudolf Feldmann:

Die Bezirksorganisationen haben dafür Sorge zu tragen, daß die Partei-, Gewerkschafts- und Vertrauensmänner der sonstigen anerkannten Organisationen einen Parteirat für jeden Bezirk bilden, der in der Lage wäre, die Agenden des heutigen Bezirksarbeiterrates zu übernehmen.

17b. Antrag Rudolf Feldmann:

Durch die Betrauung eines Parteivorstandsmitgliedes mit einer Staatsfunktion (Staatssekretär, Unterstaatssekretär ꝛc.) erlischt sein Vorstandsmandat für die Dauer seiner öffentlichen Funktion. An seine Stelle tritt ein Ersatzmann,

weshalb für jedes Vorstandsmitglied ein Ersatzmann vom Parteitag zu wählen ist. Die aus der Partei hervorgegangenen Staatsfunktionäre sind zu den Parteivorstandssitzungen zu laden und haben beratende Stimmen. Den Landesparteien und Lokalorganisationen wird empfohlen, nach Tunlichkeit die gleichen Grundsätze anzuwenden.

18. Antrag Alfred Broczyner und Genossen:

Die gefertigten Delegierten beantragen, den Absatz 9 des § 21 des Parteistatuts dahin abzuändern, daß er lautet:

Je zwei Delegierte der Gewerkschaftskommission, der Ständigen Delegation der Angestelltenorganisationen, des Zentralverbandes deutschösterreichischer Konsumvereine und des Reichsvollzugsausschusses der Soldatenräte.

(In den Verhandlungen beantragt.)

19. Antrag des Berichterstatters:

Die im Parteibericht auf Seite 75 und 76 genannten Blätter werden anerkannt.

20. Antrag Steyr:

Das „Steyrer Tagblatt" wird vorbehaltlich der Genehmigung des Landesparteitages als Parteiorgan anerkannt.

21. Antrag Leopold Thaller:

Der „Jugendliche Arbeiter" wird als Parteiblatt anerkannt.

22. Antrag Klein (Wien VI):

Zusatz zu § 21, Absatz 8: Letztere nur mit beratender Stimme.

23. Antrag Dr. Popper:

„Der Abstinent" wird als Parteiblatt anerkannt.

24. Antrag Klein (Wien VI):

Der Parteivorstand wird beauftragt, hinsichtlich des Delegationsrechtes der Gewerkschaften zum Parteitag sich mit der Gewerkschaftskommission ins Einvernehmen zu setzen und hierüber dem nächsten Parteitag zu berichten.

25. Antrag der Antragprüfungskommission:

Kandidaten für die Wahlen zur Nationalversammlung müssen mindestens fünf Jahre, vom Tage der Wahlausschreibung an gerechnet, Parteimitglieder sein. Ausnahmen sind nur über Antrag des Parteivorstandes mit Zustimmung der Parteikonferenz (§ 42 des Organisationsstatuts) zulässig.

26. Antrag Hummel:

Die Zeitschrift „Der Wassersport" des Arbeiter-Schwimmvereines wird als Parteiblatt anerkannt.

27. Antrag Kohn:

Im Organisationsstatut ist überall statt des Wortes „Staat" das Wort „Republik" zu setzen.

28. Antrag Freundlich:

Der Parteitag anerkennt den Arbeiterverein „Kinderfreunde" als Parteiorganisation. Der Verein erhält das Recht der Delegation zum Parteitag.

29. Antrag Freundlich:

Die Zeitschrift „Der Kinderfreund" wird als Parteiblatt anerkannt.

30. Antrag Zipfinger:

Alle mit gültigem Mandat versehenen Parteidelegierten haben das persönliche Stimmrecht. Bei qualifizierten Abstimmungen zählen nur die Mitglieder der politischen Organisationen.

31. Antrag Dr. Popper:

Der Arbeiter-Abstinentenbund erhält das Recht zum Parteitag zu delegieren.

32. Antrag Otto Polak:

Der Reichsverband der österreichischen gemeinnützigen Bauvereinigungen erhält das Recht, zwei Delegierte zum Parteitag zu entsenden.

33. Antrag Anton Pichler:

§ 21, Punkt 1, Absatz 3, des Organisationsstatuts soll lauten: Die Delegierten der Bezirksorganisationen dürfen unter allen Umständen nur in Mitgliederversammlungen gewählt werden, welche in allen größeren Lokalorganisationen des Bezirkes abgehalten werden müssen. Die Plenarsitzungen sollen nur das Vorschlagsrecht an die Mitgliederversammlungen haben.

34. Antrag Danneberg:

Der Antrag des Parteivorstandes betreffend die Beitragserhöhung ist in Verhandlung zu ziehen, obwohl er nicht fünf Monate vor dem Parteitag veröffentlicht wurde.

35. Antrag Gabriele Proft:

Im § 41 des Organisationsstatuts soll es statt 10 Mitglieder: 14 Mitglieder heißen.

36. Antrag Leopold Thaller:

Die Jugendorganisation erhält das Recht, zwei Delegierte zum Parteitag zu entsenden.

37. Anton Broczyner:

Im § 21 des Organisationsstatuts, Absatz 9, soll es statt zwei Delegierte: drei Delegierte der Gewerkschaftskommission heißen.

38. Antrag Lindner:

Die Erhöhung des Parteibeitrages tritt am 1. Juli 1920 in Kraft.

39. Antrag Danneberg:

Im § 44 des Organisationsstatuts soll es im zweiten Absatz statt „können" heißen: „dürfen".

40. Antrag der Antragprüfungskommission:

Der Beschluß bezüglich der Erhöhung des Parteibeitrages tritt am 1. April 1920 in Kraft.

41. Antrag der Antragskommission:

§ 21, Punkt 1, dritter Absatz, hat zu lauten:

Die Wahl der Delegierten erfolgt in der Bezirkskonferenz. Ihr haben Erörterungen der Tagesordnung des Parteitages in Parteimitgliederversammlungen voranzugehen.

42. Antrag der Antragskommission:

Als Parteiblätter sind anerkannt:

Arbeiter-Zeitung.
Arbeiterinnen-Zeitung.
Abendblatt der Arbeiter-Zeitung.
Gleichheit (Wiener-Neustadt).
Sozialdemokrat (Wien).
Volksbote (Floridsdorf).
Volkspost (Schwechat).
Volksstimme Mödling).
Volkswacht (St. Pölten).
Volkswille (Krems).
Tagblatt (Linz).
Wahrheit (Linz).
Salzkammergutbote (Linz).
Arbeiterwille (Graz).
Korrespondenzblatt (Graz).
Salzburger Wacht (Salzburg).
Volkszeitung (Innsbruck).
Vorarlberger Wacht (Dornbirn).
Der freie Soldat (Wien).
Bauernzeitung (Wien).
Die Gemeinde (Wien).
Der Kampf (Wien).
Die Bildungsarbeit (Wien).
Der jugendliche Arbeiter (Wien).
Der Kinderfreund-(Wien).
Der Abstinent (Wien).
Der Arbeiterschutz (Wien).
Der Naturfreund (Wien).
Der Wassersport (Wien).
Arbeiter-Sängerzeitung (Wien).
Reichsorgan der Arbeiter-Radfahrer (Wien).
Organ der sozialdemokratischen Gewerbetreibenden (Wien).
Der Gewerberichter (Wien).

43. Antrag der Antragskommission:

Der Antrag Steyr, das „Steyrer Tagblatt" anzuerkennen, wird für den nächsten Parteitag zurückgestellt.

44. Antrag der Antragskommission:

Im § 27 soll es statt „mindestens drei Wochen" heißen: mindestens zwei Wochen. Ferner ist nach den Worten „seine eigenen Anträge" einzuschalten: spätestens eine Woche.

Zu Punkt „Wirtschaftliches und soziales Aktionsprogramm".

(Vor den Verhandlungen gestellte Anträge.)

45. Antrag des Berichterstatters Dr. Bauer:

Die wichtigste Ursache unserer Not ist die Drosselung unserer Produktion durch die Wirkungen des Krieges. Unsere Produktion ist so klein, daß wir die notwendigsten Lebensmittel weder im Inland erzeugen noch im Ausland gegen Erzeugnisse unserer Arbeit eintauschen können. Das Mißverhältnis zwischen unserer Produktion und unserem Verbrauch, zwischen unserer Ausfuhrtätigkeit und unserem

Einfuhrbedarf hat folgende Wirkungen: die Unmöglichkeit, die notwendigen Zahlungsmittel für den Bezug von Lebensmitteln und Rohstoffen aus dem Ausland zu beschaffen; die Entwertung unseres Geldes, die sich in der fortschreitenden Verteuerung aller Waren ausdrückt; die ungeheuren Defizite im öffentlichen Haushalt, die den Staat, die Länder und die Gemeinden unfähig machen, ihre sozialen Pflichten zu erfüllen; die drückende Abhängigkeit unseres Staates, seiner inneren und äußeren Politik vom kapitalistischen Ausland.

Unsere nächste und wichtigste Aufgabe ist daher die Förderung unserer Produktion.

I. Fünfjährige Entbehrungen haben die Arbeiterschaft physisch furchtbar geschwächt, ihre Arbeitskraft und Arbeitsfähigkeit zerstört. Hunderttausende Arbeiter sind im Schützengraben und in der Etappe der Arbeit entwöhnt worden. Zehntausende Angestellte müssen infolge der Zerstörung des alten großen Wirtschaftsgebietes zu neuen Berufen übergeführt werden. Die ganze Arbeiterklasse ist durch den Krieg mit unversöhnlichem Haß gegen die kapitalistische Produktionsweise erfüllt worden; sie will nicht mehr für das Kapital, sondern nur für das Gemeinwesen arbeiten. Diese physischen und psychischen Hindernisse intensiver Arbeit können nur auf folgende Weise allmählich überwunden werden:

1. Zum Schutz der physisch geschwächten Arbeitskraft ist der seit der Revolution mit großem Erfolg geförderte Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung und der Arbeiterversicherung mit größter Energie fortzusetzen.

2. Die Bemühungen der Gewerkschaften um die allgemeine Einführung neuer, den besonderen Bedingungen der Uebergangswirtschaft entsprechender Entlohnungsmethoden, die die Arbeitslöhne und Gehalte den jeweiligen Lebensmittelpreisen automatisch anpassen, sind zu unterstützen. Im Rahmen der Finanzreform ist die Beschaffung der Mittel für die Regelung der Bezüge der öffentlichen Angestellten sicherzustellen.

3. Die Ueberführung der Angestellten und Arbeiter, die in ihren bisherigen Berufen keine Arbeit zu finden vermögen, in neue Berufe, ist durch planmäßige Siedelungsaktion, durch staatliche Lehrwerkstätten und durch die Beseitigung der zünftlerischen Beschränkungen des Zuganges zu einzelnen Gewerben zu fördern.

4. Die Betriebsräte sind in engster Verbindung mit den Gewerkschaften in der Weise zu schulen, daß sie auf die soziale, technische und kaufmännische Leitung der Betriebe allmählich wirksamen Einfluß erlangen. In dem Maß, als die Arbeiterschaft durch die Betriebsräte an der Leitung der Betriebe Arbeit erlangt, wird sie selbst durch die Betriebsräte die Arbeitsdisziplin in den Betrieben festigen.

II. Die Finanzreform, die sofort in Angriff zu nehmen ist, hat folgende Aufgaben zu erfüllen: Sie muß das Defizit im öffentlichen Haushalt so weit herabsetzen, daß seine Deckung durch Notenausgabe, die zu immer weiterer Entwertung des Geldes führt und damit die Teuerung immer mehr verschärft, eingestellt werden kann. Sie muß einen möglichst großen Teil der Mehrwerttitel, die infolge des Stillstandes der Produktion ohne fortschreitende Entwertung des Geldes nicht realisiert werden können, annullieren, insbesondere den Staat, die Länder und Gemeinden von einem möglichst großen Teil des Tributs an das Gläubigerkapital befreien. Sie muß dem Staat Werte zueignen, die zur Sicherstellung von Auslandskrediten verwendet werden können; diese Werte müssen so groß sein, daß die gegen ihre Verpfändung beschaffbaren Auslandskredite zureichen, nicht nur die Lebensmittel- und Rohstoffbezüge für längere Zeit sicherzustellen, sondern auch die Mittel für die Wiederherstellung einer wertbeständigen Währung zu beschaffen.

Diese Aufgaben sind durch eine große einmalige Vermögensabgabe zu leisten. Die Gesetzgebung darf vor den höchsten Abgabesätzen von großen Vermögen nicht zurückschrecken. Sie muß den städtischen und den ländlichen Besitz in gleichem Maß belasten. Von gewissen Vermögensbestandteilen muß die Abgabe nach der objektiven Methode eingehoben werden; in dieser Hinsicht fordern wir: Gold, Juwelen und ausländische Wertpapiere sind vom Staat anzufordern; die Vermögensabgabe ist durch Abzug von der Entschädigung der Eigentümer zu leisten. Aktiengesellschaften haben die Vermögensabgabe durch Uebergabe von Aktien an den Staat zu leisten; alle großen und mittleren Unternehmungen sind zwangsweise in Aktiengesellschaften zu verwandeln, die die Abgabe in gleicher Weise zu entrichten haben. Die Ver-

mögensabgabe vom Grundbesitz ist durch zwangsweise Begründung von Hypotheken einzuheben. Die angeforderten Juwelen und Wertpapiere, die Gratisaktien und die auf Grundlage der Hypotheken auszugebenden Pfandbriefe sind zur Fundierung von Auslandskrediten zu verwerten.

III. Die kriegswirtschaftliche Organisation des Warenvertriebes verliert mit der Aufhebung der Blockade und der allmählichen Wiederaufnahme des internationalen Warenverkehrs ihre Bedeutung. Die Rationierung und die Höchstpreise sind notwendig, solange wir auf die Bewirtschaftung der im Inland vorhandenen Vorräte angewiesen sind oder nur beschränkte, uns vom Ausland gelieferte Mengen zu verteilen haben. Sie verlieren ihre Bedeutung, sobald wir in den internationalen Warenverkehr wieder einbezogen, die Warenpreise im Inland daher durch die Weltmarktpreise diktiert werden. Sobald diese Voraussetzung erfüllt ist, kann die zentrale Bewirtschaftung abgebaut werden. Doch ist ihr Abbau an folgende Bedingungen zu knüpfen:

1. Solange die anderen Staaten die Ausfuhr der für uns wichtigen Waren nur in beschränkten Mengen oder nur im Wege des Kompensationsverkehrs zulassen, muß die zentrale Bewirtschaftung aufrechterhalten werden. Sie kann erst dann abgebaut werden, wenn die Ausfuhrstaaten die Ausfuhr vollständig freigeben.

2. Der Abbau der zentralen Bewirtschaftung setzt die vollständige Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen zwischen den deutschösterreichischen Ländern voraus.

3. Der Abbau der zentralen Bewirtschaftung darf nicht dazu führen, daß der Warenvertrieb wieder völlig dem kapitalistischen Handel ausgeliefert wird. Es sind daher die Gemeinden und die Konsumentenorganisationen zu gemeinschaftlichen Unternehmungen zu vereinigen, die, wenngleich ohne monopolistische Stellung, die Lebensmittelversorgung zu übernehmen haben.

IV. Die öffentlichen Betriebe sind zu rationalisieren und von den bürokratischen Verwaltungsmethoden zu befreien; zu diesem Zwecke sind sie gemeinwirtschaftlichen Anstalten zu übertragen. Zunächst sind die kriegsärarischen Betriebe und die ehemals habsburgischen Familiengüter als Grundlagen gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen zu verwerten. Die Ausdehnung der kommunalen Betriebe ist durch Einräumung des Enteignungsrechtes an die Gemeinden zu fördern.

Die Entwicklung neuer Industriezweige in unserem Staatsgebiet ist zu unterstützen; es ist anzustreben, daß die neuen Unternehmungen gemeinwirtschaftlichen Charakter tragen. Insbesondere soll der Ausbau der Wasserkräfte möglichst beschleunigt werden, wobei die Elektrizitätswirtschaft unter wirksame gemeinwirtschaftliche Kontrolle zu stellen ist. Das Eindringen ausländischen Kapitals in unsere Industrie kann nicht unbedingt abgelehnt werden; doch ist anzustreben, daß es, soweit dies möglich ist, in der Weise erfolgt, daß der Staat mit dem ausländischen Kapital zusammen gemeinwirtschaftliche Unternehmungen gründet. Der Uebergang unserer Naturschätze in fremde Hände muß verhütet werden. Der Länderpartikularismus, der die Entwicklung unserer Industrie hemmt und ihre Sozialisierung verhindert, ist energisch zu bekämpfen.

Die Produktivität unserer Landwirtschaft ist mit allen Mitteln zu heben. Zu diesem Zwecke sind Zwangsgenossenschaften der Landwirte mit dem Recht auszustatten, bindende Vorschriften über landwirtschaftliche Arbeits- und Vertriebsverfahren zu erlassen. Zwecks Behebung des Mangels an Arbeitskräften auf dem Land sind Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung unter Anpassung an die besonderen Arbeitsverhältnisse der Landwirtschaft auf die landwirtschaftlichen Arbeiter auszudehnen. Das Wiederbesiedlungsgesetz ist vornehmlich zur Gründung kommunaler und genossenschaftlicher Großbetriebe zu benützen.

Die Mieterschutzgesetzgebung ist aufrechtzuerhalten. Die Erbauung neuer Wohnhäuser ist Aufgabe der Gemeinden, die die Mehrkosten durch progressive Auflagen auf die Mietzinse in den alten Häusern decken können.

V. Wie weit ein kleiner, wirtschaftlich schwacher, vom Ausland abhängiger Staat in der Sozialisierungsaktion über die unter I bis IV angeführten Maßregeln hinausgehen kann, hängt von internationalen Verhältnissen ab. Die Arbeiterklasse muß alle Kraft darauf konzentrieren, die volle Ausnützung der durch die jeweiligen internationalen Verhältnisse begrenzten Sozialisierungsmöglichkeiten durchzusetzen. Als nächstes Ziel ist die Sozialisierung des Erz- und Kohlenbergbaues,

der Großeisenindustrie und des land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitzes anzustreben. Die zu enteignenden landwirtschaftlichen Großbetriebe sind in der Regel nicht zu parzellieren, sondern durch gemeinwirtschaftliche Anstalten zu verwalten; Parzellierung ist nur dort zulässig, wo durch sie weder die landwirtschaftliche Produktion zu weniger rationellen Formen zurückgeführt, noch die Lebensmittelversorgung der Städte und Industriegebiete beeinträchtigt wird.

46. Antrag des Arbeiter-Abstinentenbundes Deutschösterreichs:

Die ungeheuren Schäden, welche der Alkoholismus und die herrschenden Trinksitten dem Volksganzen und insbesondere der Arbeiterschaft in gesundheitlicher, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht zufügen, erfordern die energischeste Alkoholbekämpfung, deren Endziel das dauernd vollständige Verbot der Herstellung und des Vertriebes alkoholischer Getränke durch Volksentscheid sein muß. Vor allem muß es der einzelnen Gemeinde möglich gemacht werden, durch Volksabstimmung (Lokaloption, Lokalbestimmungsrecht) im eigenen Gebiet Herstellung und Vertrieb dieser Getränke zu verbieten. Da von diesem Recht voraussichtlich nur wenig Gemeinden in nächster Zeit Gebrauch machen dürften, ist eine reichsgesetzliche Regelung der Schankwirtschaftsgesetzgebung notwendig, dahingehend, daß

1. eine Verhältnishöchstzahl der Alkoholschank- und Kleinhandelsstelle zur Bevölkerungszahl festzusetzen ist;

2. die Verbindung von Lebensmittel- und Alkoholkleinhandel zu verbieten ist;

3. Konzessionen in Hinkunft nur an Gemeinden oder an gemeinnützige, nicht am Alkoholausschank interessierte Körperschaften zu erteilen sind (Uebergangsbestimmungen für die derzeit bestehenden Konzessionen).

Den dermaligen und für die nächsten Jahre vorauszusehenden trostlosen Ernährungsverhältnissen entsprechend, sind sofort besondere Bestimmungen zur Verhütung weiterer Vergeudung wertvoller und unersetzlicher Nahrungsmittel zu treffen.

a) Sofortiges Verbot der Erzeugung von Trinkbranntwein. Für industrielle und wissenschaftliche Zwecke benötigter Alkohol ist auf synthetischem Weg herzustellen. Bis zur Aenderung der Betriebstechnik ist auch die Verwendung verdorbener Nahrungsmittel zulässig.

b) Die Verwendung von Gerste zur Biererzeugung ist nach wie vor zu verbieten; das Verbot muß auch auf die Verwendung von Zucker und Honig und andere hochwertige Nahrungsmittel ausgedehnt werden.

Die Umwandlung hiedurch stillgelegter Brauereien in Dörranlagen und andere geeignete Betriebsstätten wäre in die Wege zu leiten.

Weintrauben sind dem Konsum direkt zuzuführen; die Erzeugung alkoholfreier Obstsäfte ist zu fördern.

47. Antrag des Arbeiter-Abstinentenbundes Deutschösterreichs:

Die andauernden Valutasorgen verbieten selbstverständlich für absehbare Zeit jede Einfuhr alkoholhältiger Getränke als unverantwortlichen Luxus.

48. Antrag der Bezirksorganisation Lilienfeld:

Das Existenzminimum der Einkommensteuer soll auf 6000 Kr. erhöht werden. Der § 1154 a. b. G.-B. soll dahin abgeändert werden, daß öffentliche Funktionäre für versäumte Arbeitsstunden das Entgelt erhalten und daß nicht wie bisher bei Krankheitsfällen erst vom dritten Tag, sondern vom ersten Tag an, das Entgelt ausbezahlt wird.

49. Antrag der Bezirksorganisation Wien IX:

Anläßlich der Neuausgabe von Zweikronennoten in der Tschechoslowakei und der Außerkurssetzung dieser Noten im genannten Staate besteht für Deutschösterreich die größte Gefahr, daß Millionen solcher Noten zu uns herübergeschmuggelt werden.

Unsere Valuta würde sich noch mehr verschlechtern, unsere Volkswirtschaft ungeheuren Schaden erleiden.

Um die Ueberschwemmung unseres Staates durch solche Noten zu verhindern, wird beantragt, alle in Deutschösterreich laufenden Zweikronennoten sofort einzuziehen, abzustempeln und erst dann wieder dem Verkehr zu übergeben.

(In den Verhandlungen beantragt.)

50. Antrag Deutsch:

1. Um die Produktion zu heben, ist es nötig, ihr alle Kräfte des Staates dienstbar zu machen. Jede brachliegende oder ungenügend ausgenützte Arbeitskraft bedeutet eine Belastung der Volkswirtschaft, die sie derzeit am allerwenigsten ertragen kann. Deshalb ist es eine wichtige Aufgabe, die Gesellschaft nach Möglichkeit von unproduktiven Belastungen zu befreien; dazu gehört, daß die künftige Wehrmacht so gestaltet werde, daß sie auch produktiven Zwecken diene. Die Wehrmacht soll den Söldnern gewerblichen und landwirtschaftlichen Unterricht bieten und auf diese Weise dahin führen, daß die bei der Truppe zugebrachten Jahre keine verlorenen sind. Aus der Wehrmacht soll eine Arbeitsschule werden.

2. Auch beim Abbau der Volkswehr ist die Ueberführung derjenigen Volkswehrmänner, die nicht in die neue Wehrmacht eintreten können, in die produktive Arbeit anzustreben. Zu einer Arbeitsarmee formiert, können die abrüstenden Volkswehrmänner eine wichtige volkswirtschaftliche Funktion erfüllen und zugleich vermeiden, daß die Arbeitslosenarmee sich noch vergrößere.

51. Antrag Urbach:

Nach dem dritten Absatz ist einzufügen: Bis dahin hat die Arbeiterschaft durch ihre Gewerkschaften und Konsumentenorganisationen entsprechenden Einfluß auf deren Leitung anzustreben.

51 a (modifiziert). Bis zum Abbau der kriegswirtschaftlichen Organisationen. (Fortsetzung wie 43.)

52. Antrag Mannsbarth:

Da bei dem heutigen Mieterschutzgesetz fortwährend Mietsteigerungen vorgenommen werden, welche die armen Mieter bei den teuren Lebensverhältnissen hart betreffen, wird beantragt:

Der Parteitag beschließt, die Fraktion der sozialdemokratischen Abgeordneten wird aufgefordert, die im bisherigen Mieterschutzgesetz die Mieter belastenden Bestimmungen einer Revision zu unterziehen und schützende Bestimmungen auszuarbeiten und der Nationalversammlung vorzulegen, so daß die Interessen der Mieter wirklich geschützt werden.

Zu Punkt „Verfassungsfrage".

(In den Verhandlungen beantragt.)

53. Antrag Dr. Danneberg:

Der Parteitag fordert den Klub der sozialdemokratischen Abgeordneten und damit die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder auf, bei der Beratung der Verfassungs- und Verwaltungsreform insbesondere folgende Gesichtspunkte zum Durchbruch zu bringen:

1. Der Charakter des Staates als demokratische Republik ist dauernd sicherzustellen.

Zu diesem Zwecke ist jede Präsidialgewalt, die unmittelbar über die Exekutive verfügt, jede Exekutionsgewalt, die von den durch das Volk selbst gewählten Gesetzgebungskörperschaften unabhängig wäre, jede selstherrliche Gewalt der Bürokratie unbedingt auszuschließen. Die Entscheidung über Krieg und Frieden muß der Volksvertretung, die Verfügung über die militärische Gewalt dem durch die Volksvertretung gewählten Volksbeauftragten (Staatssekretär) für das Heerwesen vorbehalten bleiben. Es darf keinerlei Behörden im Staate geben, die nicht vom Volke eingesetzt oder einem Volksbeauftragten (Staatssekretär oder Landesregierungsmitglied) unterstellt und verantwortlich sind.

2. Die Republik ist als Bundesstaat einzurichten.

Jede Art des bürokratischen Zentralismus ist zu vermeiden und der Grundsatz der Selbstregierung des Volkes durch freigewählte Vertretungen in Gemeinde, Bezirk, Land und Staat zu Ende durchzuführen. Dabei darf jedoch der freie Wirkungskreis der Lokalverwaltung nicht zugunsten des Staates und der Länder verkürzt oder verkümmert und es darf der überlieferte Staatszentralismus nicht bloß durch einen ebenso schädlichen Landeszentralismus ersetzt werden. Die Volksmassen sind in erster Linie an einer guten, leistungsfähigen und volkstümlichen Lokalverwaltung interessiert, da diese von der Bevölkerung immer in erster Linie und in den meisten Fällen allein in Anspruch genommen und ihr gegenüber die Landes- und Staatsverwaltung nur fallweise als Instanz einschreitet. Die Reform der Bezirkshauptmannschaften und die Reform der Gemeindeverwaltung darf daher hinter der Verfassungsreform nicht zurücktreten.

3. Bei der Auseinandersetzung zwischen Bundesgewalt und Landesgewalt ist an der Einheit des Wirtschaftsgebietes festzuhalten. Sie ist nach den unerträglichen Durchbrechungen durch Eigenmächtigkeiten der Landesregierungen neu wiederherzustellen. Die unerläßliche Einheit des Wirtschaftsgebietes fordert die bundesrechtliche Anerkennung und Garantie der Grundrechte der Freizügigkeit und des freien Niederlassungsrechtes und die Uebertragung der wirtschaftlichen Gesetzgebung und Verwaltung, der sozialen Gesetzgebung und der sozialen Verwaltung und des gesamten Verkehrswesens auf den Bund. Je vollständiger die Wirtschaftsgemeinschaft dem Bund vorbehalten wird, um so mehr kann den Ländern in kultureller Beziehung entgegengekommen werden.

4. Der Parteitag hält grundsätzlich am Einkammersystem fest. Soll dennoch neben der Nationalversammlung ein Länderorgan bestehen, so müssen die einzelnen Länder in ihm im Verhältnis ihrer Bevölkerungszahl vertreten sein. Verweigert das Länderorgan einem Beschluß der Nationalversammlung seine Zustimmung, so muß das Volk selbst durch Volksabstimmung entscheiden.

5. Das gesetzliche Gebaren aller Organe der Bundes-, Landes- und Lokalverwaltung ist durch Einrichtungen der öffentlichen Rechtspflege sicherzustellen.

Kompetenzstreitigkeiten zwischen Bund und Länder sowie über Verfassungsverletzungen durch Bundes- oder Landesbehörden solle der Verfassungsgerichtshof, über Gesetzwidrigkeiten der Verwaltungsorgane sollen instanzenmäßig organisierte Verwaltungsgerichte und in letzter Instanz der Verwaltungsgerichtshof entscheiden. Außerdem ist jedem Staatsbürger, der durch eine Pflichtverletzung eines öffentlichen Organes Schaden erleidet, die Syndikatsklage einzuräumen.

54. Antrag der Gemeindevertreterkonferenz:

Die Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertretung beantragt, der Parteitag möge zur Beratung der finanziellen und steuerpolitischen Maßnahmen, die zur Ordnung der Finanzwirtschaft der Gemeinden führen können, ein Komitee wählen. Das Komitee soll bestehen aus zwei Genossen, die sich hauptsächlich mit der Wirtschaft des Staates, aus zwei Genossen, die sich mit der Wirtschaft der Länder und aus sechs Genossen, die sich mit der Wirtschaft der Gemeinden befassen. Aufgabe des Komitees ist, Richtlinien für die Finanzwirtschaft der Gemeinden aufzustellen, diese länderweise in Konferenzen der sozialdemokratischen Gemeindevertretung der Beratung vorzulegen und dann den Wirtschaftsplan zur Durchsetzung zu bringen.

55. Antrag Zelenka:

Der Parteitag erklärt, daß er über die gleisnerische, verlogene Kritik der bürgerlichen Presse und deren Parteien an der Tätigkeit der Arbeiterräte zur Tagesordnung übergeht. Bei diesem Anlaß stellt er fest, daß die geringfügigen Fehler, die die Arbeiterräte in ihrer Entwicklung begangen haben, in keinem Verhältnis zu den schweren Vergehen und Verbrechen der alten herrschenden Klasse und ihrer Vollzugsorgane stehen.

Der Parteitag empfindet es mit dankbarer Genugtuung, daß die sozialdemokratische Fraktion der Arbeiterräte ihre revolutionären Aufgaben trotz der schwierigen Verhältnisse zum Wohle der Republik erfüllen. Er empfiehlt allen Organisationen, stets im engsten Einvernehmen mit den Arbeiterräten vorzugehen. Der Parteitag ist entschlossen, jeden Anschlag gegen die Arbeiterräte als gegen ihn selbst gerichtet zu betrachten und ihn mit allen ihm zweckdienlich erscheinenden Mitteln zurückzuweisen.

Zu Punkt „Internationale".

56. Antrag des Berichterstatters Friedrich Adler:

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine internationale Partei; sie verurteilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt und des Geschlechtes, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß wie die Ausbeutung selbst. Zu diesem Grundsatz, der seit drei Jahrzehnten eines der wichtigsten Fundamente unseres Parteiprogramms bildet, bekennt sich mit auf Grund der Erfahrungen im Weltkrieg vertiefter Einsicht neuerlich die Sozialdemokratie Deutschösterreichs auf ihrem ersten Parteitag.

Die deutschösterreichischen Sozialdemokraten dürfen mit Stolz für sich in Anspruch nehmen, daß sie in den schweren Zeiten des Nationalitätenhaders in Oesterreich vor dem Kriege stets unermüdlich und unerbittlich bemüht waren, ihre Arbeit zu leisten im Geiste des entscheidenden Grundsatzes des Kommunistischen Manifestes, daß sie tatsächlich ihre Ehre darin sahen, sich von allen übrigen Parteien dadurch zu unterscheiden, daß sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, anderseits dadurch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, die der Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten. In diesem Geiste werden die deutschösterreichischen Sozialdemokraten auch in Zukunft mit aller ihnen zu Gebote stehenden Kraft und im vollen Bewußtsein ihrer hohen Verantwortlichkeit zu wirken suchen. Ist durch den Zerfall der schwarzgelben Monarchie die Aufgabe in der Heimat in Bezug auf das Nationalitätenproblem auch überaus vereinfacht worden, so sind die Hemmnisse, die sich der gemeinsamen Aktion der Proletarier aller Länder entgegensetzen, ganz gewaltig gewachsen.

Die Erfahrungen im Weltkrieg mußten notwendig bewirken, daß der internationale Gedanke mit erneuter Leidenschaftlichkeit im Proletariat nach Geltung ringt, aber der Wiederaufbau der internationalen Organisation kann leider nicht das Werk eines Augenblicks sein, er erfordert harte Arbeit und zähe Geduld. Keiner der beiden jetzigen Versuche internationaler Organisation — weder der Brüsseler noch der Moskauer — kann uns befriedigen. Vor allem erstrebten wir die Einheit der Internationale, die Proletarier aller Länder sollen in einer gewaltigen Organisation zusammengefaßt werden. Aber diese Einheit darf nicht nur eine der Form, sie muß auch eine der Grundsätze sein. Klassenbewußtsein und Kampfbereitschaft für das sozialistische Endziel muß sie erfüllen. Damit eine solche Internationale zu einem kampffähigen Gebilde werde, bedarf es der restlosen Klarstellung der Ursachen, die das internationale Zusammenwirken im Kriege verhindert haben. Erst auf Grund der Herstellung der Uebereinstimmung in den Grundfragen ist eine Organisation möglich, die nicht nur das so notwendige internationale Zusammenwirken aller sozialistischen Parteien in den Fragen der Sozialreform verbürgt, sondern die auch das Proletariat wappnen kann in den großen Gefahren, mit denen der Imperialismus auch

fernerhin die Kulturwelt bedroht. Zur Einigung über die Grundsätze bedarf es Zeit; die Internationale muß erarbeitet werden. Vor allem muß der Klärungsprozeß in den einzelnen Ländern vorwärtsschreiten, müssen die durch den Krieg und die Niederlage der Internationale entflammten Leidenschaften ruhiger Ueberlegung und entschlossener Selbstüberwindung Platz machen.

Aus diesen Erwägungen warnt der Parteitag vor allen übereilten Schritten auf internationalem Gebiet und beauftragt den Parteivorstand, alle Gelegenheiten der Fühlungnahme mit den verschiedenen Gruppierungen des Proletariats, die zur Wiederherstellung der Einheit der Internationale dienen können, zu ergreifen. In diesem Sinne ermächtigt er den Parteivorstand, den Genfer Kongreß zu beschicken, beauftragt ihn aber gleichzeitig, sofort an das Brüsseler Büro das Ersuchen zu richten, daß der Genfer Kongreß mindestens um ein halbes Jahr vertagt werde, da dadurch die Gewähr fruchtbarer Arbeit bedeutend gesteigert würde.

57. Antrag Therese Schlesinger:

Angesichts der großen politischen und sozialpolitischen Errungenschaften, zu denen wir mit Hilfe der Revolution gelangt sind und die allein es uns noch ermöglichen, die furchtbaren Leiden zu ertragen, die der Krieg über das Proletariat Deutschösterreichs gebracht hat, gedenkt der Parteitag in heißer Dankbarkeit des heldenmütigen russischen Proletariats, das dem Proletariat aller anderen kriegführenden Ländern vorangegangen ist und lange vor diesem das Joch der monarchisch-plutokratischen Bedrückung gebrochen und dadurch den späteren Sieg der Revolution in Deutschland und Oesterreich-Ungarn erst vorbereitet und ermöglicht hat.

Mit Schmerz sieht die deutschösterreichische Arbeiterschaft, wie das revolutionäre Rußland, das seine Freiheit bisher unter unsäglichen Anstrengungen und Leiden verteidigt, von den imperialistischen Westmächten immer enger umzingelt wird, und die Gefahr, daß die russische Revolution dem Ansturm der konterrevolutionären Uebermacht erliegen könnte, erfüllt uns mit Entsetzen. Leider ist die Sozialdemokratie unseres geschlagenen, bedrückten und in schwerste Abhängigkeit von den Ententemächten geratenen Landes viel zu schwach, um den bedrängten russischen Brüdern irgendwie Hilfe leisten zu können. Diese Hilfe könnte nur von der Arbeiterschaft der siegreichen Länder kommen und wir hoffen und erwarten zuversichtlich, daß sie auch von diesen geleistet werden wird.

Die deutschösterreichische Sozialdemokratie ist nicht in der Lage, dieselben Kampfesmethoden anzuwenden wie die russische Sowjetrepublik, aber sie ist sich klar bewußt, daß eine Niederlage der Revolution in Rußland die schlimmste Bedrohung der Revolution in allen anderen Ländern bedeuten würde. Sie verfolgt die übermenschlichen Anstrengungen der russischen Kämpfer mit heißer Sympathie und dem innigen Wunsche, daß es diesen gelingen möge, die Revolution siegreich gegen den Ansturm der imperialistischen Reaktion zu verteidigen.

58. Antrag Paul Richter:

Hunderttausende unserer Staatsangehörigen befinden sich auch heute noch, nach einem vollen Jahre Waffenruhe, in Kriegsgefangenschaft. Trotz Unterzeichnung und Ratifikation des Friedensvertrages werden diese unglücklichen Kriegsopfer nicht als freie Menschen, sondern weiter als Unfreie behandelt und zu den unwürdigsten Sklavenarbeiten verwendet. Körperlich gebrochen, seelisch zermürbt, den verheerendsten Seuchen preisgegeben, bedeutet jeder Tag Verzögerung des Heimtransports dieser Aermsten der Armen neue vermeidbare Menschenopfer. Für viele Tausende in Sibirien und Turkestan Gefangener können die nächsten Wochen teils wegen politischer, teils wegen Transportschwierigkeiten nicht die Befreiung bringen, wohl aber können alle in den Ländern der Entente Zurückbehaltenen unmittelbar der Heimat und damit ihren Müttern, Frauen und Kindern wiedergegeben werden.

In Erwägung dessen fordert der Parteitag die sozialistischen Parteien aller Länder auf, sofort alles zu unternehmen, die ungesäumte Rücksendung der in Europa, Afrika und Asien internierten Zivil- und Kriegsgefangenen durchzuführen, insbesondere fordern wir die Sozialisten der Entente auf, auf ihre Regierungen den stärksten Druck auszuüben, daß nicht nur aus den Ententeländern die sofortige Rücksendung

erfolgt, sondern auch den Gefangenen in Sowjetrußland der direkte Weg durch die Fronten geöffnet wird.

58a. Antrag Hoffmann:

Die Resolution Richter ist durch das Internationale Büro den Sozialisten aller Länder zur Kenntnis zu bringen.

59. Antrag Helmer:

Der Parteitag protestiert gegen den weißen Terror in Ungarn und versichert das gesamte ungarische Proletariat seiner brüderlichen Solidarität. Der Parteitag erklärt die monarchistische Konterrevolution in Ungarn als eine Bedrohung der Republik und der Demokratie aller Nachfolgestaaten der einstigen österreichisch-ungarischen Monarchie. Er fordert daher den Parteivorstand auf, die Kooperation der sozialdemokratischen Parteien aller Nachfolgestaaten gegen die monarchistische Konterrevolution in Ungarn anzustreben. Der Parteitag stellt fest, daß einzelne imperialistische Kreise innerhalb der Entente die Konterrevolution in Ungarn unterstützen. Der Parteitag appelliert an die Sozialisten und Arbeiter Englands, der Vereinigten Staaten, Frankreichs und Italiens, die konterrevolutionäre Politik einzelner Ententemächte in Ungarn zu bekämpfen und zu durchkreuzen. Der Parteitag fordert für die von der ungarischen Konterrevolution gehetzten und verfolgten Revolutionäre des Asylrecht auf unserem Boden und er fordert die deutschösterreichische Arbeiterschaft auf, die Opfer der ungarischen Konterrevolution werktätig zu unterstützen.

Der Parteitag protestiert insbesondere auch gegen das Wüten der weißen Garde Horthys in Westungarn. Er fordert die Regierung auf, alles aufzubieten, um die Räumung Deutschwestungarns durch die konterrevolutionäre magyarische Armee durchzusetzen und Deutschwestungarn das Selbstbestimmungsrecht zu sichern.

Zu Punkt „Allfälliges".

(Vor den Verhandlungen beantragt.)

60. Antrag der Bezirksorganisation Wien IX:

Der Parteivorstand wird aufgefordert, im Einvernehmen mit den Zentralvorständen der in Betracht kommenden politischen, gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Arbeiterorganisationen in Deutschland und Deutschösterreich in der kürzesten Frist zu diesem Zwecke eine gemeinsame Konferenz aller dieser Arbeiterorganisationen zu veranlassen oder einzuberufen, in welcher:

1. Vor allem über Schritte und Maßnahmen behufs eines engen wirtschaftlichen Zusammenschlusses aller bestehenden deutschen Arbeiterorganisationen über die politischen Grenzen hinweg zu beraten ist.

2. Die Grundsätze für ein gemeinsames gleichmäßiges Vorgehen bei Vorlage von sozialen und wirtschaftskulturellen Gesetzesvorlagen in jedem der beteiligten Staaten festgesetzt und vereinbart werden sollen.

3. Zu diesem Zwecke sollen die Vorstände der politischen, gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Zentralverbände und sozialen Reichsorganisationen beauftragt werden, ein gemeinsames Büro für die Bearbeitung und gleichmäßige Behandlung aller in Betracht kommenden Fragen in den gesetzgebenden Körperschaften dieser Länder zu errichten.

4. Der Konferenz ist der Vorschlag auf Ausarbeitung eines sozialistischen Wirtschaftsprogramms, das die Aufgabe einer zielbewußten Ueberführung der gegenwärtigen privatkapitalistischen Wirtschaftsweise in eine sozialistische Gemeinwirtschaft zum Ziele hat, zur Vorbereitung und Ausarbeitung zu überweisen.

5. Um den raschesten Wiederaufbau des gesamten deutschen Wirtschaftslebens zu ermöglichen, sind alle Gesetze und staatlichen Einrichtungen dieser Länder (wie unsere derzeitige rückständige Gewerbeordnung, Genossenschafts- und Handelsrecht, Zoll- und Tarifwesen, soziale Gesetzgebung 2c.), die aus einem schlecht verstandenen Mittelstandsschutz heraus die Entwicklung der Industrie und damit des gesamten

Wirtschaftslebens, die zugleich die Lebensmöglichkeiten der industriellen und werktätigen Arbeiterschaft im eigenen Lande unterbinden oder einengen, einer eingehenden Ueberprüfung zu unterziehen. Nach erfolgter Sichtung wären den gesetzgebenden Körperschaften entsprechende Anträge und Vorschläge zur Beseitigung aller jener gesetzlichen Bestimmungen, die einer gesunden Entwicklung der Wirtschaft des Volkes auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage oder der planmäßigen Wiederaufrichtung des deutschen Wirtschaftslebens entgegenstehen oder hinderlich sind, zu erstatten.

(In den Verhandlungen beantragt.)

61. Antrag der Bezirksorganisation Wien XV:

Bei der Aufstellung der Kandidaten für die Nationalversammlung, den Landtag und die Gemeindevertretung ist die Vereinigung dieser Mandate auf eine Person unzulässig.

61 a (vom Berichterstatter modifiziert) ... statt „unzulässig": tunlichst zu vermeiden.

62. Antrag Pülsl (Liesing):

Die Zentralstelle für Gemeindepolitik in Wien wird aufgefordert, sofort alles Notwendige zu veranlassen, daß in allernächster Zeit Landesvereins- und Gemeindekonferenzen einberufen werden. Diesen Konferenzen sind Vertreter des Staates und des Landes beizuziehen.

63. Antrag Kohn (Gänserndorf):

Infolge des Krieges und der hiedurch sich ergebenden unermeßlichen Teuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel sind so manche bisher sich ehrlich der Arbeit widmende Menschen der Versuchung erlegen und haben sich am fremden Gute vergriffen. Alle diejenigen, bei denen keine erschwerenden Umstände bei Urteilsfällung sich ergaben, sind anläßlich des Jahrestages der Republik am 12. November zu amnestieren; insofern sie die Strafe noch nicht abgebüßt haben, sind die Gerichte zu veranlassen, vor dem 12. November alle Strafantritte zu sistieren, und zugleich ist auch die Tilgung der Straffolgen auszusprechen. Wenn Verbrecher wie ein Berchtold und Konsorten, wenn Wucherer wie der Dörrgemüse-Salvator freigingen, dann wird es die Gerechtigkeit ertragen, wenn einige kleine Verfehlungen der wenn auch gerechten Strafe entzogen werden.

64. Antrag Graz:

Der nächste Parteitag ist in Graz abzuhalten.

Geschäftsordnung

für die

Verhandlungen des Parteitages.

1.

Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen, und erhalten die Redner nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.

2.

Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen.

3.

Bei Anträgen auf Schluß der Rednerliste oder Schluß der Debatte erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner erteilt. Jeder Delegierte hat das Recht, persönliche Bemerkungen oder tatsächliche Berichtigungen entweder am Schluß der Sitzung oder der Debatte vorzubringen.

4.

Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt. In der Diskussion erhält jeder Redner zehn Minuten das Wort. Kein Redner darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort nehmen.

5.

Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmenden gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrages.

6.

Auf Antrag von mindestens 20 Mitgliedern des Parteitages muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.

7.

Nur die Teilnehmer haben das Recht, sich an der Diskussion zu beteiligen und abzustimmen; den Gästen kann nur über besonderen Beschluß des Parteitages ausnahmsweise das Wort erteilt werden.

Verhandlungen des Parteitages.

Erster Verhandlungstag.

Der Parteitag trat Freitag den 31. Oktober um 10 Uhr vormittags im Ottakringer Arbeiterheim zusammen.

Vorsitzender Seitz: Im Auftrag des Parteivorstandes heiße ich Sie herzlichst willkommen und eröffne den ersten sozialdemokratischen Parteitag in der deutsch-österreichischen Republik.

Werte Genossinnen und Genossen! Wenn wir nach Jahresfrist die Freunde wieder begrüßen, die von nah und fern zusammengekommen sind, wenn wir die wohlbekannten Genossen wieder auftauchen sehen, vermissen wir vor allem eine Gestalt (die Versammlung erhebt sich), die alle unsere Parteitage im besten Sinne des Wortes beherrschte und alles überragte. Unser erster Gedanke gilt dem Mann mit der gebeugten Gestalt und dem aufrechten Sinn, gilt dem Mann mit dem treuen lieben Auge, gilt dem Mann, der die Seele unserer Parteitage war von dem ersten zu Hainfeld an bis zum Parteitag der glorreichen Revolution des Jahres 1918: Viktor Adler. Er hat uns geführt von der Wiege der Partei bis zu ihrem großen politischen Sieg im Vorjahr. Am 11. November 1918 ist sein Herz den Anstrengungen erlegen. Was jeder von uns seit Jahren, wenn auch dumpf, gefühlt und gefürchtet hatte und was doch niemand von uns auszudenken oder etwa auszusprechen wagte, an diesem Tage hat es sich erfüllt: Viktor Adler ist von uns gegangen. Sein Herz, das er nicht nur bildlich, sondern buchstäblich Stück um Stück aufgeopfert hatte im Dienste der Partei, es stand still, wir mußten unseren besten Mann verlieren. In drangvoller, sturmbewegter Zeit ist er von uns gegangen, der Geburtstag der Revolution war der Sterbetag Viktor Adlers.

Es kann hier nicht meine Aufgabe sein, Adlers Wirken und Adlers Persönlichkeit zu schildern, sein Lebenswerk gehört der Geschichte an und es hieße die Geschichte der Partei, die Geschichte Oesterreichs, ja die Geschichte der Internationale schreiben, wenn man sein Lebenswerk schildern wollte. Was Viktor Adler für die Partei war vom Anfang, von der Mitte der Achtzigerjahre an bis 1918, das ist mit ehernen Lettern eingeschrieben in die Geschichte der Arbeiterbewegung Oesterreichs und aller Länder.

Er kam Mitte der Achtzigerjahre als Arzt zur Partei. Um das Proletariat zu heilen, wollte er den Staat, die Gesellschaft gesund machen. Ein wissenschaftlicher Denker, ein Meister der Feder, ein glänzender Redner, hinreißend in der Agitation, nüchtern, trocken und genau erwägend in der Organisation, so hat er die Partei aus den Wirren der Achtzigerjahre emporgeführt, immer höher und höher, bis zur größten Partei im alten Oesterreich-Ungarn. Er war in unseren Reihen der zielbewußte, sichere Führer, im Parlament der geachtetste Staatsmann, in der Internationale einer unter den Großen, die vor ihm heimgegangen sind: Marx, Engels, Jaurès, Bebel.

Viktor Adler war aber nicht nur der Mann der großen Ziele und der großen Geste, nicht nur der Mann, der sich den großen Aufgaben der Internationale, der Partei und des Staates widmete, er gehörte auch zu jenen, denen keine Frage zu

klein ist, weil sie für alle sorgen. Es gab wohl keine Entscheidung in der Partei, die er nicht mitbestimmte, bei der nicht sein Rat maßgebend gewesen wäre. Selbst die persönlichen Sorgen jedes einzelnen teilte er mit uns. So war er uns allen auch der Freund, der Vater. Er war unser Stolz und unser Ruhm. Wir haben ihn geliebt und verehrt, wir werden seiner nie vergessen. Wer ihn auch nur einmal gehört und gesehen hatte, dem blieb er ewig im Gedächtnis; wer aber das große Glück genossen hat, unmittelbar mit ihm zu arbeiten, an seiner Seite zu wirken, mit ihm zu schaffen, der hat ihm in seinem Herzen ein Denkmal der Liebe, der Dankbarkeit, der Verehrung gesetzt, das unvergänglich ist. Die hehre Gestalt Viktor Adlers steht ehern in der Geschichte der Partei, in der Geschichte Oesterreichs. Er wird in uns fortleben, wird uns unvergänglich bleiben. In Freud und Leid, in der Not und im Unglück; in guten und in schlimmen Tagen werden wir uns auch fernerhin so wie zu seinen Lebzeiten an ihm emporranken und so aufwärtsstreben zu den großen Zielen, für die er gelebt, für die er so unsäglich gelitten hat, für die er gestorben ist.

Neben dem Tode Viktor Adlers haben wir noch viele schmerzliche Verluste erlitten. Seit dem letzten Parteitag ist, obwohl der Krieg beendet war, doch ein großes Sterben durch die Lande gegangen. Es ist nicht möglich, die Namen aller derer aufzuzählen, die wir verloren haben und die uns alle teuer gewesen sind. Ich nenne nur einen unserer ältesten Kämpfer aus den Sechzigerjahren: Köhler in Reichenberg. Wir gedenken aller der Hunderte von braven Parteigenossen, Genossinnen und Vertrauensmänner, die in diesem Jahre von uns gegangen sind. Wir danken ihnen für ihre Mühe und Arbeit in der Partei, für die Liebe, die sie ihr gewidmet haben. (Lebhafter Beifall.)

Von den geladenen Bruderparteien sind erschienen: von der deutschen Sozialdemokratie der Sudetenländer die Genossen Dr. Czech, Czermak, Jokl und Seliger; für die Bruderparteien des Deutschen Reiches die Genossen Wels, Crispien und Dr. Hilferding; von der tschechoslowakischen Sozialdemokratie Genosse Stivin. Ich heiße diese Genossen im Namen der deutschösterreichischen Partei herzlich willkommen und danke ihren Parteien für das rege Interesse, das sie durch die Beschickung des Parteitages bekundet haben.

Bei diesem Anlaß gedenken wir auch eines Mannes, der nicht selten bei unseren Parteitagen war, des Vorsitzenden der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands, Genossen Hugo Haase. Wir alle verfolgen mit Spannung die Berichte von seinem Krankenlager und wir wollen der Hoffnung Ausdruck geben, daß dieses kostbare Leben für die deutsche Partei und für die Internationale erhalten bleibt. Sie gestatten, daß ich namens des Parteitages an Haase ein Begrüßungsschreiben richte und dem innigsten Wunsch für seine Genesung Ausdruck gebe. (Zustimmung.)

Werte Genossen und Genossinnen! Die Arbeit, die wir beginnen, vollzieht sich unter wesentlich anderen Bedingungen als die früheren Parteitage. Die alte Monarchie ist nicht mehr. Wir haben uns ein neues Haus gebaut, das nicht ein fremdes für uns ist. Dadurch sind wir aus einer Partei, die dem Staat ewige Fehde geschworen hat, zu einer Partei geworden, deren Mitglieder an der Regierung selbst teilnehmen. Wir haben aber unser Ziel, das unverrückbar bleibt, nicht geändert, nur der Staat, in dem wir jetzt leben, ist ein anderer geworden, wir haben den Klassenkampf, der die Grundlage aller unserer Aktionen war und ist, nicht aufgegeben, im Gegenteil, wir werden ihn schärfer und entschiedener fortführen, wir haben nur neue Mittel und neue Formen für den Kampf gewonnen.

Wir eröffnen den ersten Parteitag in der deutschösterreichischen Republik. Der Staatsakt, der die deutschösterreichische Republik gegründet hat, und der Staatsakt, in dem der letzte Habsburger dem Thron entsagt hat, sind vom 12. November 1918 datiert. In der Tat aber war nicht der Tag der Gründung der Republik der Tag des Zusammenbruches der Monarchie. Wir wissen vom letzten Parteitag her, daß wir schon damals mitten in der Revolution standen. Eigentlich war schon am 2. November 1918 der letzte Habsburger abgegangen. Das war der Tag, an dem uns der damalige Kaiser bitten ließ, ihn zu besuchen und an dem er uns die Mitteilung machte, daß es notwendig sei, Waffenstillstand zu schließen, daß er selbst aber seinen Namen unter dieses Schriftstück nicht setzen werde und daß er uns bitten müsse, durch unsere Zustimmung die Verantwortung zu übernehmen. Er erklärte damals, er lege

seine Stelle als Oberbefehlshaber der Armee zurück. In diesem Augenblick war es allen, die das alte Oesterreich kannten, klar: ein Kaiser, der seine Armee aufgibt, ist kein Kaiser mehr. (Rufe: Sehr richtig!) Wir wußten, daß der letzte Habsburger an diesem Tage abgegangen war. Wir haben damals dem Kaiser durch den Mund des Aeltesten unter uns, des Genossen Viktor Adler, erklärt, daß wir selbstverständlich keine Verantwortung für den Waffenstillstand übernehmen; wir haben ihm erklärt, daß diejenigen, die diesen Krieg begonnen, ihn auch beendigen müssen und daß sie die volle Verantwortung für dieses Verbrechen vor der Geschichte übernehmen müssen bis zum letzten Akt. (Beifall.) Leider haben wir zwar keine Verantwortung, wohl aber die Folgen dieses Verbrechens tragen müssen. Und so mußten wir aus dem Zusammenbruch für die Arbeiterklasse retten, was zu retten war. Von diesem Tage an überstürzten sich die politischen Ereignisse. Stück um Stück fiel eine Nation um die andere von dem Staate ab. Die Armee, zusammengebrochen, flutete in ihren einzelnen Teilen zurück und löste sich auf. Wir waren gezwungen, rasch eine Volkswehr und lokale Stadtschutzwachen zu bilden, um nur überhaupt die Ordnung aufrechtzuerhalten. Wir mußten in demselben Maße besorgt sein zu verhindern, daß sich aus der alten Armee etwa wieder neue Formationen bilden und Kristallisationsmittelpunkte der Reaktion werden. Wir mußten unsere Regierung befestigen, die sich damals schon neben der alten österreichischen Regierung gebildet hatte. Wir gingen sofort daran, so rasch als möglich jene Tatsachen zu schaffen, die für die künftige Entwicklung bestimmend waren, und alles zu tun, um uns aus der traurigen Situation zu retten. Wir erklärten am 12. November feierlich die Republik und setzten die Grenzen unseres Staates fest, die sich natürlich den gegebenen Sprachgrenzen anpaßten.

Da allerdings, Genossen, erlebten wir unsere erste große Enttäuschung. Wir waren damals von der Ansicht ausgegangen, daß das bekannte Wort Wilsons von der Selbstbestimmung auch ernst genommen werden müsse. Wir hatten gehofft, daß Nationen, die jahrzehntelang mit uns deutschen Sozialdemokraten für das Selbstbestimmungsrecht, für ihre Freiheit gekämpft hatten, uns nicht unterjochen werden. Wir wurden nun eines anderen belehrt. Deutschösterreich ist nur das Land eines Teiles, des deutschen, der alten Monarchie. Wir mußten Abschied nehmen von unseren Brüdern in den Sudetenländern Böhmen, Mähren und Schlesien, Abschied nehmen von unseren Brüdern in Südtirol, im südlichen Steiermark und in Kärnten. Wir mußten uns der Gewalt der Waffen beugen. Aber wir wissen, daß die Geschichte niemals abschließt. Wir wissen, daß wir unzertrennlich sind, daß die Bande der Kultur, des gemeinsamen Denkens und Fühlens nicht zerrissen werden können. Vorläufig mußten wir uns auf das enge Gebiet beschränken, das uns der Imperialismus gestellt hatte und auf diesem Gebiete die politische Revolution durchführen.

Wir haben die Situation rasch ausgenützt und den historischen Moment richtig erfaßt, sofort zugegriffen, das Proletariat aus der tiefsten Erniedrigung, in die es während des Krieges die Militär- und Feudalherrschaft gestürzt hatte, herauszureißen und emporzuführen zur vollen Demokratie. Wir können mit Stolz sagen, daß die Demokratie, wie wir sie geschaffen haben, daß die Freiheiten, die wir errungen haben, von keinem Staate der Welt übertroffen sind. Freilich, das ist nicht alles. Die Demokratie kann eine Vorstufe sein, von der aus wir unseren eigentlichen Kampf, den sozialen Kampf des Proletariats, führen werden. Wir sind uns voll bewußt, daß diese Demokratie nicht das Endziel ist, sondern nur das Sprungbrett zur sozialen Freiheit. Noch leben wir in einer schrecklichen Zeit, in einer schrecklicheren Situation, als irgendein Staat Europas, noch stehen wir vor einem Winter, dessen Leiden wir nur dunkel ahnen können, von dem wir uns aber keine Vorstellung machen können, vor einem Winter des Elends, der Not, der Kälte und des Frierens. Die Produktion liegt ganz danieder. Hunderttausende Arbeitsloser durchziehen das Land, Witwen, Waisen und Krüppel schreien nach Hilfe und wir sind ohnmächtig inmitten all dieses großen Elends. Doch so schrecklich unsere Lage ist, wir dürfen die Hoffnung nicht sinken lassen, wir müssen aufrecht bleiben, aufwärtsstreben, uns wieder emporarbeiten.

Wir haben auf dem letzten Parteitag die Absicht verkündet, die Revolution ohne Blutvergießen durchzuführen. Das ist gelungen. Inmitten von München und Budapest ist uns das Furchtbarste erspart geblieben: der Bruderkampf des Prole-

tariats. Es ist gelungen, die Einigkeit aufrechtzuerhalten. Nur dadurch war es möglich, trotz unserer verhältnismäßigen Schwäche stark zu sein und unserer Aufgabe gerecht zu werden.

Wir werden auf dem Parteitag Rückschau halten und uns Rechenschaft legen über das, was die Partei getan hat, aber wir werden auch vorschauen in die nächste Zukunft und feststellen, was unsere nächste Aufgabe ist. Bei allen Diskussionen werden wir uns vor Augen halten, daß die Erhaltung der Einigkeit des Proletariats unsere Pflicht ist. Nicht nur im Inland, auch in der ganzen Internationale wollen wir, getreu der guten alten Tradition, für die Einheit und Einigkeit des Proletariats wirken. Wir hoffen, daß wir sie herstellen werden nicht nur bei uns im Lande, sondern in der Welt, daß ehestens alle zusammengefaßt werden, die für das große Ziel des Sozialismus kämpfen, daß den Feinden des Proletariats gegenübergestellt wird in Einheit die geschlossene Masse des internationalen Proletariats. (Lebhafter Beifall.)

Die Konstituierung.

Skaret: Im Einvernehmen mit den Genossen der Provinz schlagen wir Ihnen vor: als Vorsitzende Abgeordneten Seitz, Euller (Linz), Vinzenz Muchitsch (Graz) und Abgeordneten Tomschik (Wien); als Schriftführer Abgeordnete Gabriele Proft (Wien), Abgeordneten Witternigg (Salzburg), Lukas (Klagenfurt) und Abgeordneten Scheibein (Innsbruck).

Die Vorgeschlagenen werden einstimmig gewählt.

Die Tagesordnung.

Vorsitzender Seitz: Der Antrag Allergrund, den Punkt „Arbeitslosigkeit" auf die Tagesordnung zu setzen, wurde von Genossen Schleifer zurückgezogen, da beim Punkt „Wirtschaftliches und soziales Arbeitsprogramm" auch die Arbeitslosigkeit erörtert werden kann.

Skaret: Der Parteivorstand schlägt vor, daß Sie zur Tagesordnung einen neuen Punkt einführen sollen. Dieser Punkt soll heißen: „Die Internationale." Es ist Ihnen ja bekannt, daß in Genf im Februar 1920 ein internationaler Kongreß stattfinden wird. Wir können an dieser Angelegenheit nicht vorübergehen, ohne zur Frage der Internationale Stellung zu nehmen. Außerdem wird Ihnen noch eine Umstellung in der Reihenfolge der Punkte der Tagesordnung vorgeschlagen. Die einzelnen Punkte sollen folgendermaßen angeordnet sein: die ersten drei Punkte bleiben unverändert. Die weiteren Punkte sollen lauten: 4. Parteiorganisation. 5. Wirtschaftliches und soziales Aktionsprogramm. 6. Die Verfassung. 7. Die Internationale. 8. Wahl der Parteivertretung. 9. Eventuelles.

Der Antrag wird angenommen.

Skaret: Nun hätten wir noch die Wahl der Mandatprüfungskommission vorzunehmen. Im Einvernehmen mit den Ländern schlage ich Ihnen vor: Abgeordneten Weber für Wien, Oskar Helmer für Niederösterreich, Michael Ruschak für Steiermark, Sachan für Kärnten, Linder für Tirol und Vorarlberg, Beck für Salzburg und Kollinger für Oberösterreich.

Der Vorschlag wird genehmigt.

Skaret: Bezüglich der Arbeitszeit möchte ich Ihnen folgendes vorschlagen: Morgen und übermorgen, also am Feiertag und Sonntag, haben wir den Saal nur bis längstens ½5 Uhr abends zur Verfügung. Wir haben aber eine reichhaltige Tagesordnung vor uns. Ich würde Ihnen darum vorschlagen, daß wir jetzt bis 1 Uhr beraten, dann von 1 bis 2 Uhr die Mittagspause abhalten und hierauf von 2 bis 8 Uhr abends wiederum tagen, so daß also die Genossen und Genossinnen mit der Straßenbahn heimfahren können. Morgen und übermorgen ist die Arbeitszeit von 9 Uhr früh bis 1 Uhr mittags und von 2 bis ½5 Uhr. Montag sitzen wir so lange, bis die Tagesordnung erledigt ist. Wir hoffen, daß wir Montag abends fertig sein werden.

Der Antrag wird angenommen.

Skaret: Ich habe Ihnen noch mitzuteilen, daß ein Begrüßungstelegramm der früheren Kreisorganisation Karlsbad vom Genossen Hillebrand eingelangt ist.

Abgeordneter **Sever**: Zwölf Jahre sind vergangen, seitdem die Vertreter der Arbeiterschaft des alten Oesterreich hier bei uns in diesem Saale zusammengekommen sind. Es waren Jahre des Schmerzes, des Kummers und der Sorgen, die über die Arbeiter gekommen sind. In diesem Saal, den sich die Arbeiterschaft Ottakrings erbaut hat, ist Franz Schuhmeier aufgebahrt gewesen und Tausende und Abertausende von Arbeitern haben hier von ihrem Freund und Lehrer Abschied genommen. Als 1914 der Krieg ausgebrochen war, wurde uns unser Haus von der Militärverwaltung weggenommen und wir mußten vier Jahre hindurch die Opfer des Krieges beherbergen. Zur Ehre der Arbeiterschaft dieses Bezirkes kann ich sagen, daß sie alles getan hat, um den Opfern des Krieges den Aufenthalt in diesem Haus so angenehm als möglich zu machen. Erst durch den Umsturz war es wieder möglich, dieses Haus seiner alten Bestimmung zuzuführen. Wir freuen uns, daß der Parteitag in diesem Saal zusammentritt und es zu neuer Arbeit einweiht. Ich begrüße Sie im Namen der Arbeiterschaft des Bezirkes und wünsche Ihren Beratungen den besten Erfolg. Möge der Parteitag der Bevölkerung dieses schwergeprüften Landes endlich den Weg weisen, wie wir wieder vorwärts und aufwärts kommen. (Lebhafter Beifall.)

Wels (Deutschland:) Im Auftrag der deutschen Sozialdemokratie habe ich Ihnen die herzlichsten Grüße zu überbringen. Auch wir fühlen uns als ein Stück der gesamten Internationale. Es sind furchtbare Jahre über uns hinweggegangen, seitdem Vertreter der deutschen Sozialdemokratie zum letztenmal an ihrem Parteitag teilgenommen haben. Auch wir gedenken des Andenkens Viktor Adlers, der uns ein so leuchtendes Vorbild gewesen ist.

Die Jahre des Leidens, des Mordens und der Vernichtung, die über uns und die Völker hinweggebraust sind und die Völker Europas erschöpft haben, sind noch nicht so weit vorüber, daß die Geißel des Krieges nicht noch über uns sauft. Der Friede, der den Völkern, besonders den Völkern deutscher Zunge auferlegt wurde, trennt die Deutschen in einer Zeit, da der Sieger die Selbständigkeit der kleinen Nationen herzustellen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu verwirklichen erklärt hat. Er schuf Kriegs-, aber nicht Friedensrecht, er trennte die Deutschen voneinander in einer Zeit, da die kleinen geschichtslosen Nationen den Anspruch auf nationales Eigenleben anerkannt sehen, er trennt uns auch voneinander in einer Zeit, da gerade die Zusammengehörigkeit von Deutschen und Deutschösterreichern so stark empfunden wurde, wie niemals in der Geschichte.

Der Hunger war die Quelle, aus der die Revolutionen bei uns und bei Ihnen entsprungen sind, der Hunger nach Lebensmitteln und nach Kohle und nach allem, dessen die Menschen bedürfen. Die Revolution, die den Arbeitern die politische Macht gebracht hat, hat ihnen aber diese Güter nicht geben können und die Trennung vom deutschen Mutterland mit seiner größeren Möglichkeit der wirtschaftlichen Gesundung gestaltet die Verhältnisse für Sie noch trauriger als für uns. Nur eines haben Sie, worum ich Sie beneide; Sie haben die Einigkeit der Partei erhalten können. Ich kann nicht untersuchen, wie es kam, daß es bei Ihnen anders ist als bei uns; aber das eine muß ich feststellen, daß wir unser kostbarstes Gut, die Einheit der Arbeiterbewegung, verloren haben. Sie war der Springquell unserer Kraft. Sie führte uns von Sieg zu Sieg. Die Einheit im nationalen Rahmen ist die Voraussetzung für die Einheit des Proletariats im internationalen revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus.

Alles, was unserem Aufstieg hindernd entgegensteht, entspringt der einen Ursache: der Spaltung der deutschen sozialdemokratischen Partei. Wir Parteigenossen in Deutschland sprechen leider nicht mehr miteinander, fast nur mehr gegeneinander, noch öfter aneinander vorbei. Sie haben es glücklicherweise soweit noch nicht gebracht, und deshalb beneide ich Sie. Es ist der Ausdruck der tiefsten Trauer, der mir die Worte auf die Zunge legt. Wir hoffen, daß die Einheit der deutschösterreichischen Arbeiterpartei erhalten bleibt und vielleicht auch befruchtend auf die deutschen Sozialdemokraten zurückwirkt. Wir fühlen, daß Sie ein Teil der großen deutschen Sozialdemokratie sind, daß Sie zu Deutschland gehören, daß Ihr Geschick mit uns auf Gedeih und Verderb verbunden ist. Im Völkerbund der Sozialdemokratie erhoffen wir Erlösung von den Qualen, die uns der Krieg auferlegt und die der Friedensvertrag nicht vermindert hat. Wir wünschen Ihnen für

Ihre Verhandlungen den besten Erfolg, als einem unlösbar mit uns verbundenen Teil der hoffentlich wieder bald einheitlich geschlossenen Sozialdemokratie. (Beifall.)

Crispien (Berlin [mit lebhaftem Beifall und Händeklatschen begrüßt]): Ich habe die Ehre, Ihren Parteitag im Namen der Deutschen Unabhängigen Sozialdemokratie zu begrüßen. Ich muß Ihnen mit einigen Worten sagen, warum wir in Deutschland eine unabhängige sozialdemokratische Partei haben. Als der Krieg im Jahre 1914 den Sozialismus zu Boden geworfen hatte, da war in Deutschland nicht überall Hoffnungslosigkeit und Mutlosigkeit; es gab in Deutschland Sozialdemokraten, die ihrer Ueberzeugung unter allen Umständen treu geblieben sind, ein kleines Häuflein, das sich auflehnte gegen die Diktatur der Militaristen, gegen den Krieg und das von dieser Stunde an unter schweren Opfern für die Beendigung des Krieges gekämpft hat. Wir waren damit den Beschlüssen der Internationale treu geblieben, wir haben uns allmählich durchsetzen können und keine Gewalt und keine Unterdrückung vermochte uns in unserem Kampf für den Frieden der Menschheit aufzuhalten. Und als es uns nicht mehr möglich war, in der alten Organisation unserer Ueberzeugung Ausdruck zu geben, da hatten wir keine andere Wahl, als in Deutschland die Sozialdemokraten um die Fahne des internationalen Sozialismus zu sammeln. Wir haben aus dem tiefen Drang, daß die Menschheit nicht verzweifeln möge an den großen Ideen des internationalen Sozialismus, gekämpft und gehandelt und stehen auch heute noch in einem schweren Kampf, der Tag für Tag Opfer von uns verlangt. Wir können heute mit Genugtuung feststellen, daß wir etwa 800.000 organisierte Mitglieder haben, uns etwa 50 Zeitungen geschaffen haben und daß wir die Arbeitermassen immer mehr und mehr auf dem Boden der Einigkeit sammeln, die allein fruchtbringende Taten auslösen kann, das ist die Einigkeit auf dem Boden der Grundsätze, die innere Einigkeit aus Ueberzeugung und nicht die äußerliche, rein formelle Einigkeit.

Der Krieg ist zu Ende, wenn man den Friedensverträgen Glauben schenken könnte. Ich sage Ihnen aber, der Krieg ist nicht zu Ende, nicht in Europa, in keinem Land. Die Friedensverträge sind neue Kriegserklärungen der unerbittlichsten Kapitalisten, die den militärischen Sieg an sich gerissen haben. Es ist nicht minder grausam, Menschen durch Hunger und Unterernährung umzubringen, die Länder zu zerschlagen in kleine Teile, von denen keiner wirtschaftliche Lebensmöglichkeit besitzt. Wer mit weitem Blick die Welt betrachtet, den muß es wie Wahnsinn anmuten, wenn die Kapitalisten es als Fortschritt ausgeben, daß lauter kleine Nationen geschaffen werden, die selbständig sein sollen, wo doch heute auf der ganzen Welt kein Volk, kein Kulturvolk wirtschaftlich selbständig leben könnte. Alle Völker sind ökonomisch vereinigt zu einer großen Weltwirtschaft und die wirtschaftlichen Notwendigkeiten bilden die Grundlage für das Zusammenleben und Zusammenwirken der Menschen. Darum müssen wir sagen: Wenn das kleine Oesterreich wirtschaftlich nicht leben und politisch nicht sterben kann, so ist das nur eine scheinbare Selbständigkeit; in Wirklichkeit soll auch Deutschösterreich Sklave der Ententeimperialisten werden. Als Sozialdemokraten müssen wir die Vereinigung Deutschösterreichs mit Deutschland fordern, die nach meiner festen Ueberzeugung kommen wird (Beifall.), denn die Entwicklung vermag keine brutale Gewalt aufzuhalten. (Zustimmung.) Ich sehe den Tag vor mir, wo wir mit den deutschösterreichischen Genossen zusammenberaten werden über unsere Geschicke. (Beifall.) Ich sehe aber auch den Tag vor mir, wo alle die Grenzen fallen werden, die vom Kapitalismus aufgerichtet sind, um die Völker zu trennen, wo der Völkerbund entstehen wird, kraft der internationalen sozialistischen Weltrevolution. (Beifall.)

Darum müssen unsere nächsten Aufgaben von dem Geist beherrscht sein, daß die Internationale ihre Aufgaben zu erfüllen hat und wir eine starke internationale Front errichten müssen, um den international organisierten Kapitalismus zu bekämpfen und niederzuwerfen. So wünschen wir Ihrem Parteitag, daß seine Verhandlungen die Entwicklung der internationalen Sozialdemokratie fördern. (Beifall.)

Stivin (Prag): Im Auftrag des Parteivorstandes der tschechoslowakischen Arbeiterpartei begrüße ich herzlichst Ihren Kongreß mit dem Wunsch, er möge zur Klärung über die heutige Lage der Arbeiterschaft beitragen. Ich komme aus einem Staat, der aus dem Weltkrieg wieder geboren wurde. Trotzdem er der Gemeinschaft der Sieger angereiht wird, lebt er wirtschaftlich und politisch in einer Lage, die als

glänzendes Elend bezeichnet werden kann. Auch unser Staat, ohne Unterschied der Nation, leidet noch immer an den Kriegsfolgen und an der unmenschlichen Kriegführung der Hungerblockade. Auch unsere Industrie ist infolge des Krieges lahmgelegt und wir stehen darum vielfach vor denselben Problemen wie die Deutschösterreicher. In politischer Hinsicht ist es insbesondere die Koalitionspolitik, die uns durch die Umstände aufgezwungen wird. Wir hatten das Problem zu lösen: nicht was wir machen wollen, sondern was zu machen ist, ob wir es wünschen oder nicht. Unsere Arbeiterschaft erwartet keine Wunder. Wir sehen, daß sich die Bourgeoisie nicht mit dem Gedanken befreundet, daß der Kapitalismus abgewirtschaftet hat und daß es sich darum handelt, mit welchen Methoden man zum Sozialismus übergeht. Wir haben noch dazu vom alten Oesterreich das nationale Problem geerbt. Die Arbeiterschaft hat in Oesterreich eine harte Schule mit dem Nationalismus durchgemacht und sie weiß sehr genau, welch reaktionäre, antisoziale Wirkungen der ewige Nationalitätenstreit mit sich führt. Wir wollen daher unsere ganze Kraft daransetzen, daß die nationalen Zustände in der tschechoslowakischen Republik so geregelt werden, damit wir immer gemeinsam Hand in Hand mit dem deutschen Proletariat für die sozialistischen Ziele kämpfen können, ohne dabei durch den nationalen Streit gehemmt zu werden. Wir sind überzeugt daß wir uns finden werden und daß die alten Begriffe der nationalen Minoritätenpolitik durch vernünftige sozialistische Politik im Sinne der internationalen proletarischen Solidarität über all dort ersetzt werde, wo die nationalen Minderheiten, seien es die deutschen, tschechischen oder anderssprachige vorkommen. Gewaltige Kämpfe stehen vor uns. Unsere Generation soll über die kommenden Jahrzehnte entscheiden. Leider ist die sozialistische Internationale in dieser großen Zeit nicht so stark und aktionsfähig, wie es im Interesse des Proletariats wünschenswert wäre. Ich kann Sie aufrichtig versichern, daß wir tschechoslowakischen Arbeiter alles tun werden, was in dieser Hinsicht unsere Pflicht ist. Es ist begreiflich, daß die Befreiung unserer Nation aus dem Joch der Habsburger von einer großen nationalen Begeisterung begleitet war. Aber jetzt arbeiten wir an der Aufklärung der Arbeiterschaft über die internationale Idee der proletarischen Politik und unsere Arbeit ist nicht fruchtlos geblieben. Den ersten Jahrestag unserer Befreiung, den 28. Oktober, haben die tschechoslowakischen Arbeiter mit großen Manifestationen für die internationale Solidarität des Proletariats gefeiert. Hoch lebe die neue Internationale! Hoch die internationale Sozialdemokratie!

Seliger: Als ich heute früh die „Arbeiter-Zeitung" zur Hand bekam, wurde ich traurig gestimmt, wie noch nie in meinem Leben. Denn dort las ich die Worte: „Unter den Gästen der auswärtigen Bruderparteien befinden sich auch die Genossen Dr. Czech, Cermak und Seliger." Nun weiß ich seit einigen Wochen, daß wir in der Tschechoslowakei eine eigene deutsche Sozialdemokratie, eine eigene Partei gebildet haben, aber es ist wohl allen unseren Genossen und Genossinnen da draußen so ergangen wie mir, daß der Gedanke nicht so recht in unser Gehirn wollte und noch weniger das Gefühl der Trennung von euch. Aber heute habe ich es schwarz auf weiß bekommen: Wir sind eine ausländische Partei! Wir, die wir immer so ungefähr die Hälfte des Parteitages gefüllt haben, wir Vertreter, Vertrauensmänner der Partei in den Sudetenländern. Man muß sich immer wieder aufraffen, wenn einen das Gefühl der Niedergeschlagenheit aus irgendeinem Grund noch so niederwirft und ich glaube, wir deutschen sudetenländischen Sozialdemokraten können das um so leichter, weil wir der tiefsten Ueberzeugung sind, daß die Entwicklung, die dahin geführt hat, daß wir, die wir ein halbes Jahrhundert lang in einem Kampfe hier gestanden haben, daß diese Entwicklung, die uns, die wir ein halbes Jahrhundert Brüder und Schwestern in des Wortes edelster Bedeutung gewesen sind, von euch gerissen hat, daß diese Entwicklung noch lange nicht das Ende der Geschichte ist. Wir erheben uns aus dem Gefühl des Niedergedrücktseins immer wieder in dem Gedanken, daß der Faktor, der uns getrennt hat, nicht derjenige ist, der fähig wäre, die Ordnung in die Welt und die Ordnung in das Verhältnis von Völker und Staaten zu bringen. Die Gewalt konnte nur zerstören, aufbauen konnte immer und immer wieder nur die schaffende Friedensarbeit. Und wenn die Gewalt uns voneinander gerissen hat, so wissen wir, daß die Gewalt keinen Ewigkeitswert haben kann, daß über diese Gewalt einer Stunde und eines Tages triumphieren wird die wahre internationale Friedensarbeit des Proletariats; die

Friedensarbeit des Proletariats, die uns beide wieder zusammenführen, uns beide wieder vereinigen wird in einem Vaterhaus, aus dem wir Sudetendeutsche durch die Gewalt von Paris gewiesen wurden. Und so will ich aussprechen: Wenn wir auch durch die Verhältnisse gezwungen sind, eine eigene Partei zu bilden, wenn wir auf einen besonderen Boden gestellt, unseren eigenen Kampf selbständig führen müssen, wenn uns auch die Geschichte gezwungen hat, uns eine Einheit zu geben: daß sie das halbe Jahrhundert lange Werk der gemeinsamen Arbeit, der gemeinsamen Kämpfe, der gemeinsamen Siege und Triumphe aus unseren Herzen und Hirnen vernichten könnte, ist keine Macht der Welt imstande, und wenn sie sich noch so sehr auf Sieg und Sieghaftigkeit im militärischen Waffengang berufen kann, (Beifall.) Nein, wir bleiben mit euch vereint, in dem Geist, in dem wir wuchsen, in dem wir großgeworden sind auf unserem alten Kampfboden. Wir bleiben eins mit euch in dem Gefühl, das uns jahrzehntelang alle beseelt hat. Wenn sie glauben, indem sie eine Grenzscheide ziehen zwischen euch und uns, daß sie uns voneinander getrennt haben, dann irren sie sich. Das große Ziel, das wir uns gestellt haben, ist die Wiedervereinigung mit euch. (Lebhafter Beifall.) In den Dienst dieser Arbeit, dieses Schaffens und Kämpfens wollen wir unsere ganze Kraft und unsere Leidenschaft stellen und was wir sonst noch zu tun haben in der Tschechoslowakei, die nüchterne Erfüllung der Aufgaben, die der sozialistischen Partei eines jeden Landes auf dem Boden wachsen, auf dem sie steht, hindert nicht, daß über all dem steht das Sinnen und Trachten danach, mit euch wieder in der alten Schlachtreihe vereinigt und verbunden zu sein. Darum sage ich: So schmerzvoll es für uns deutsche Arbeiter in der Tschechoslowakei ist, getrennt zu werden durch den Versailler und Saint Germainer Machtspruch von den Genossen der gleichen Schicksals- und Sprachgemeinschaft, noch schmerzvoller war es, daß diese Trennung zugleich die Scheidung der Sudetenländer von den Genossen Wiens und der Alpenländer bedeutet. Das war ein Schnitt, der mitten durch unser Herz gegangen ist, und ich weiß nicht, was sie vollbringen müßten, um diese Wunde, die sie uns geschlagen haben, wieder verharschen und heilen zu lassen. Darum aber darf ich euch die Versicherung geben, daß wir an eurem Schicksal, das ja ein ganz besonderes ist in der Gemeinschaft der Proletariate Europas, daß wir an eurer Arbeit, an euren ungeheuren Sorgen, an euren Mühen den lebhaftesten Anteil nehmen, denselben Anteil nehmen, den wir nehmen würden, wenn wir mit euch die gleichen Sorgen, die gleichen Mühen zu tragen hätten. Und ich sage euch ganz aufrichtig, wir wissen sehr wohl die ungeheuren Schwierigkeiten zu werten, die euch gestellt sind; wir wissen sehr wohl, daß ihr vor Problemen steht, die fast über Menschenkraft und selbst über die Kraft eines innerlich gefestigten und geschlossenen Proletariats gehen, und wir wissen, daß ihr Pfade wandeln müßt, die — fast scheint es — nahe am Abgrund führen. Aber ich darf es auch aussprechen im Namen unserer deutschen Proletarier und Proletarierinnen: wir würden gerne diese gefahrvollen Wege mit euch gehen und die Gefahren und die Verantwortung gern eintauschen gegen den Wiederzusammenschluß mit euch. Wir können das heute leider nicht, wir müssen es erwarten für eine spätere Zukunft und unter anderen Verhältnissen. Aber wir nehmen den lebhaftesten Anteil an eurem Schicksal, an den großen Arbeiten, vor denen ihr steht, an den Aufgaben und Problemen, die ihr zu bewältigen habt, denn in einem gewissen Sinne sind es ja Probleme und Aufgaben, von denen vielleicht zu einem Teil auch jener Staat nicht verschont sein wird, dem wir jetzt angehören.

Wir nehmen darum so lebhaften Anteil, weil wir aus dem, was ihr hier arbeitet, was ihr beraten und beschließen werdet, für uns lernen wollen, um es praktisch zu verwerten, wenn die Zeit dafür gekommen sein wird, daß auch wir in unserem Staat Arbeit für das Proletariat werden leisten können.

Wenn mancher von euch vielleicht der Meinung ist, wir befinden uns in einer in gewissem Sinne glücklicheren Lage, so mag das in mancher Beziehung zutreffen, aber in der Beziehung nicht, daß das deutsche Proletariat im tschechoslowakischen Staat heute nicht in der Lage ist, weil ihm die Mittel dazu fehlen, in gleicher Weise wie das Proletariat anderer Länder für die unmittelbare Verwirklichung der sozialistischen Endziele zu wirken. Wir leben in einem Staat, in dem viel geredet wird. Auch wir selbst reden viel, weil so wenig Gelegenheit zum Handeln ist. Wir hören von der anderen Seite manch schöne Rede, aber leider bleibt es dabei; und wenn

wir unseren Staat betrachten, so erkennen wir in ihm nur wieder das alte Oesterreich. (Lebhafte Zustimmung.) Es schaut uns der alte Obrigkeitsstaat entgegen mit allen seinen Gebrechen und wir sind nicht in der Lage wie ihr, den Staat zu stellen auf die Grundlagen einer wahrhaften Demokratie. Diese Arbeit zu leisten ist uns heute leider verwehrt, darum, weil es bisher noch nicht möglich war, in diesem Staat die Grundlage, die natürlich nur eine sozialdemokratische sein kann, die Grundlage des Zusammenwirkens des deutschen und des tschechischen Proletariats, zu finden. Das ist unser großer Schmerz und ich habe die Verpflichtung, hier zu bemerken, daß die deutsche Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei nichts stärker ersehnt als die Stunde, da wir in einer Einheitsfront mit dem tschechischen Proletariat stehen können im Kampfe gegen den imperialistischen, kapitalistischen Klassenstaat. Aber wir sind ebenso fest überzeugt, daß diese Einheitsfront nur gewonnen werden kann auf der Grundlage reiner sozialistischer Politik, zu der auch die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes gehört, die Anerkennung jenes Rechtes, auf dessen Grundlage einzig und allein der Friede zwischen den Völkern Europas, zwischen den Proletariaten hergestellt werden kann. (Lebhafter Beifall.)

So wollen wir denn auf dem Boden, auf dem wir stehen, arbeiten, im Geiste des Sozialismus, im Geiste der Internationale, im Geiste des Friedens; mithelfen an dem Aufbau einer neuen Internationale, die alle Proletarier aller Länder vereinigt, und mitarbeiten an dem Aufbau eines neuen, eines proletarischen Europa. In dieser Arbeit werdet ihr uns Vorbild und Lehrmeister sein. Darum haben wir gleichermaßen wie früher den innigsten Wunsch, daß eure Beratungen und eure Beschlüsse von Erfolg begleitet seien, nicht nur für euch, sondern auch für das gesamte Proletariat. Wir hoffen, daß wir aus ihnen Nutzen ziehen können, wenn einmal die Stunde gekommen sein wird, wo wir, die deutschen Sozialdemokraten der Tschechoslowatei, mit euch Sozialdemokraten Deutschösterreichs uns zusammenfinden in der großen Gemeinschaft des gesamten deutschen Proletariats, in dem großen, freien sozialistischen Deutschland. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender: Wir gelangen nun zum zweiten Punkt der Tagesordnung.

Bericht des Parteivorstandes.

Berichterstatter **Skaret:** In dem sehr umfangreichen gedruckten Bericht haben wir die Tätigkeit der Partei, des Parteivorstandes, ihrer Organisationen und ihrer verschiedenen Seitenlinien dargelegt. Ich kann mich darum heute mit Einzelheiten und Details der Ziffern nicht beschäftigen, sondern nur Grundzüge zur Erörterung bringen, die in dem gedruckten Bericht nicht vollinhaltlich enthalten sind. Obwohl durch den höchst ungerechten Friedensvertrag mehr als drei Millionen Deutsche aus dem deutschösterreichischen Gebiet gerissen worden sind, können wir heute konstatieren, daß unsere Organisationsarbeit große Erfolge aufzuweisen hat. Trotz der Absplitterung der deutschen Teile des Sudetenlandes, Südtirols sowie eines Teiles Kärntens und Steiermarks als auch der Bukowina können wir heute die erfreuliche Tatsache sehen, daß sich die Zahl der organisierten Parteiangehörigen mehr als verdoppelt hat.

Einen großen Erfolg in der Organisation haben auch die Frauenorganisationen aufzuweisen und auch die Jugendorganisation ist in stetigem Aufstieg begriffen. Nicht minder erfreulich ist der Umstand, daß auch in der Angestelltenorganisation, in der wir uns in früheren Jahren vergeblich bemüht haben, festen Boden zu fassen — ich erinnere Sie, daß noch auf dem letzten Parteitag in den Reichshallen der Parteivorstand beauftragt worden ist, alles daranzusetzen, daß unter den Angestellten eine lebhaftere Agitation für unsere Parteiorganisation geschaffen werde — nun auch ein sehr erfreulicher Aufstieg zu verzeichnen ist. Desgleichen haben wir in der Landwirtschaft durch die Heimkehrer einen Boden errungen, von dem ich nicht glauben kann, daß er uns in späterer Zeit wieder verlorengehen könnte.

Wir sind aber auch auf dem Gebiete der sozialistischen Propaganda nicht stehen geblieben bei den Industrie- und Handelsangestellten, sondern wir haben die sozialistische Propaganda, unmittelbar nach dem Zusammenbruch der herrschenden Macht, auch ausgedehnt auf die Soldaten und haben infolgedessen sofort ein Blatt gegründet, das ausschließlich dazu diente, die Propaganda unter den Soldaten zu fördern — es ist dies das Blatt „Der freie Soldat". Wir sind aber noch einen Schritt weiter

gegangen. Wir haben auch gesucht agitatorischen Einfluß auf die Kleinbauern zu nehmen und haben am 15. April 1919 die „Bauernzeitung" gegründet — ich bitte diese Propaganda nicht zu verwechseln mit der Propaganda für die Landarbeiterschaft, für die eine andere Organisation vorhanden ist — und können konstatieren, daß wir am Schlusse des Berichtsjahres eine Abnehmerzahl von mehr als zehntausend unter den Kleinbauern Deutschösterreichs zu verzeichnen hatten. Leider ist uns auch hier wieder das passiert, was, ich möchte sagen, die Jugendkrankheit der Industriearbeiterschaft in den Anfangsstadien der Bewegung gewesen ist, das heißt jene Kleinbauern draußen auf dem flachen Lande, die sich der sozialdemokratischen Propaganda hingegeben, die sozialdemokratische Blätter bezogen haben, wurden von den Großbauern in den betreffenden Gemeinden in derselben Weise verfolgt, wie unsere Industriearbeiter in den Achtziger- und Neunzigerjahren von den Unternehmern verfolgt wurden. Gewiß haben wir dadurch Verluste zu verzeichnen, denn so parteifest waren die Kleinbauern noch nicht. So gerne sie uns angehört hätten, so sind sie doch zum Teil wieder abgefallen, weil sie einfach dem Terrorismus der Großbauern, von denen sie vielfach in den Dörfern abhängig waren, auf die Dauer nicht standhalten konnten.

Wir haben heuer die Zentralstelle für sozialdemokratische Gemeindepolitik geschaffen und ich möchte wünschen, daß die sozialdemokratischen Gemeindefunktionäre überall, wo sie über einzelne Dinge nicht genügend orientiert sind, mehr als bisher von dieser Einrichtung Gebrauch machen. Wir bekommen Beschwerden, daß wir die Funktionäre nicht genügend informieren, obwohl unser Organ für die Gemeindepolitik, „Die Gemeinde", jetzt halbmonatlich erscheint, doch vermissen wir hier wieder das rege Interesse, das sich in Korrespondenz und Kontakt zwischen Funktionären und Zentralstelle äußern soll. In der letzten Zeit des Krieges haben wir auch eine Zentralstelle für Kriegerschutz geschaffen, die sich eines großen Zuspruchs zu erfreuen hatte. Wir haben sie aber aufgelassen, weil die Invalidenorganisation sich ausschließlich mit dem Kriegerschutz beschäftigt und so die Zentralstelle entbehrlich geworden ist.

Es liegen Anträge über die Vertretung der Parteivorstandsmitglieder, die der Regierung angehören, vor. Nun hat schon der letzte Parteitag Ersatzmänner gewählt, und was die Anträge wollen, hat der Parteivorstand am 26. März d. J. durchgeführt. Seitdem nehmen die Mitglieder, die der Regierung angehören, nicht mehr mit beschließender, sondern mit beratender Stimme an den Beratungen des Parteivorstandes teil. An ihre Stelle sind fünf Ersatzmänner getreten. Die Gefahr, daß der Parteivorstand von den Mitgliedern der Regierung zu stark beeinflußt werden könnte, besteht also nicht.

Die Auflage der Parteiblätter hat sich in den letzten Jahren verdoppelt und verdreifacht. Die „Volkstribüne", das Organ der niederösterreichischen Organisation, besteht nicht mehr, an ihre Stelle sind Kreisblätter getreten, zuerst als Kopfblätter, jetzt als selbständige Zeitungen.

Nun lassen Sie mich übergehen auf ein Kapitel, das mehr rückschauend auf das vergangene Jahr sein soll. Ich glaube, hier nicht betonen zu müssen, daß das abgelaufene Jahr ein Jahr schwerer Bedrängnis, schwerer Sorgen für unsere Parteiorganisation gewesen ist. Ich will jetzt nicht davon reden, daß wir einen ungeheuren Zustrom von bisher nicht nur ferngestandenen, sondern sogar feindlich uns gegenübergestandenen Leuten in unserer Parteiorganisation zu verzeichnen haben. Den Arbeitern ist es während des Krieges von Jahr zu Jahr schlechter gegangen, die Ernährungs- und Wohnungsverhältnisse haben sich von Jahr zu Jahr verschlechtert. Es war vorauszusehen, daß sich die schlechte Lage der Arbeiter bis ins Unerträgliche steigern werde. Was wir damals während des Krieges vorausgesehen und vorausgesagt haben, ist in einem Maße eingetroffen, daß wir geradezu mit banger Sorge in die weitere Zukunft blicken müssen. Wir müssen uns schon jetzt auf diesem Parteitag vor Augen halten, welch ungeheure Dinge in diesem kommenden Winter unser harren werden. Zu dem Hunger der Bevölkerung kommt noch, daß wir keine Kohle, ja auch kein Holz haben, obwohl wir wissen, daß Kohle durch Holz niemals ersetzt werden kann. Ohne Propheten sein zu wollen, müssen wir wohl heute schon sagen, daß wir in diesem Winter den allergrößten Katastrophen entgegengehen. Es

ist sehr schwer, an die Einsicht zu appellieren, wenn die Leute nicht einmal so viel Brennstoffe haben, um sich eine Mahlzeit zu bereiten. Aber Mangel an Einsicht war es zweifellos im verflossenen Jahr, der uns eine Reihe höchst unangenehmer Situationen in der Partei geschaffen hat. Wenn wir keine Nahrungsmittel, keine Arbeit für das Heer der Arbeitslosen hatten, wenn wir die Invaliden, die ihre gesunden Glieder für die Habsburgerdynastie geopfert haben, nicht ausreichend versorgen konnten, wenn wir die Heimkehrer aus jahrelanger Gefangenschaft nicht mit dem Notdürftigsten versehen konnten, so war es nicht zu verwundern, daß diese Leute den radikalen Einflüssen stark zugänglich waren. Es hat sich eine linksradikale Gruppe gebildet, zum Teil bestehend aus Leuten, die während des Krieges nie in der proletarischen Bewegung zu sehen waren, die wohl klein an Zahl, aber stark an hyperradikalen Phrasen und in unerfüllbaren Forderungen waren.

Diese sogenannte kommunistische Gruppe hat den Leuten die unerfüllbarsten Versprechungen gemacht, um sich dadurch einen Anhang zu schaffen. Dazu kam die maßlose Erbitterung der Menschen, die der Krieg geschaffen hatte, sei es, daß diese Erbitterung erzeugt wurde durch die großen Verluste, durch die Not oder durch andere Opfer, die gebracht werden mußten. Diesen Erbitterten kam es sehr gelegen, nun endlich Rache zu nehmen für das, was ihnen die verflossene herrschende Regierung aufgezwungen hatte. Diese kleine Gruppe hat alle Hebel in Bewegung gesetzt, um den Boden, wie sie behaupteten, ausschließlich für die Diktatur des Proletariats vorzubereiten. Wir sind mit den Kommunisten nicht nur einmal beisammengesessen, wir haben mit ihnen oft und oft über die Unmöglichkeit einer solchen Diktatur des Proletariats gesprochen und ihnen auseinandergesetzt, daß sie im gegenwärtigen Augenblick für das Proletariat ein Unglück bedeuten würde. Wir haben damals wohl die Macht gehabt, die Diktatur des Proletariats zu errichten und wir haben sie heute noch. Haben wir aber auch, wenn wir vom Ausland abgeschnitten sind, die Mittel, das deutschösterreichische Proletariat ernähren zu können? Wir mußten immer und immer wieder betonen, daß wir diese Mittel nicht haben. Die geplante Herrschaft der Diktatur des Proletariats hätte für uns nichts anderes bedeutet, als daß in längstens acht Tagen die hungernde und verhungernde Masse des Proletariats unser größter Gegner geworden wäre. Es blieb uns also nichts anderes übrig, wir mußten uns, so gut es eben ging, innerhalb der bestehenden Verhältnisse einrichten, wir mußten uns in eine Koalition begeben und mußten eine demokratische Regierungsform einlenken. Im Verlaufe dieser kommunistischen Bewegung, wie sie sich nicht nur in Wien, sondern in einzelnen größeren Industriestädten Deutschösterreichs breitgemacht hatte, konnten wir, nachdem unsere Parteiorganisation ihrer Einheitlichkeit beraubt war und nachdem dieser linksradikale Flügel sich abgesplittert hatte, nicht mehr als sozialdemokratische Partei allein operieren, sondern mußten notgedrungen ein Instrument schaffen, das ein Verständigungsmittel der Arbeiterschaft aller Richtungen darstellt, und dieses Verständigungsmittel war der Arbeiterrat. Wir hatten schon seit dem Jänner 1918 Arbeiterräte. Sie wurden geschaffen nach den Jännerstreiks. Im Frühjahr 1919 hat nun in Linz eine sogenannte Reichskonferenz der Arbeiterräte stattgefunden und Wien wurde beauftragt, ehestens eine wirkliche Reichskonferenz einzuberufen. Sie wurde am 1. und 2. März abgehalten. Hier hat sich der Arbeiterrat ein Statut gegeben und seine Wahlen ausgeschrieben. Er hat nun seine Tätigkeit auf Grund dieses Statuts begonnen und diesem Arbeiterrat, der dann das Verständigungsmittel der Richtungen innerhalb der proletarischen Bewegung gewesen ist, ist es zu danken, daß der Arbeiterschaft große Opfer erspart geblieben sind. Wenn nun das Bürgertum sagt, der Arbeiterrat habe sich als Nebenregierung etabliert und sein Wirken sei ungesetzlich, so müssen wir das Bürgertum fragen, ob es selbst Ordnung und Gesetze im Gesamtinteresse Deutschösterreichs beobachtet hat. Wenn die Arbeiterräte gegen ungesetzliches Vorgehen des Bürgertums auftreten und Ordnung zu schaffen suchen — einzelne Uebergriffe können, wo so viele Menschen in Aktion treten, vorgekommen sein — dann hat der Arbeiterrat nichts anders getan, als zur Selbsthilfe gegenüber den Ungesetzlichkeiten und dem Lebensmittelwucher der bürgerlichen Klassen gegriffen.

Nachdem nicht nur in Rußland, sondern auch in Ungarn, von dem Zwischenspiel in München will ich nicht reden, die Rätediktatur proklamiert war, war es notwendig, dem Arbeiterrat die Funktion der einheitlichen Aktion des Proletariats zu übertragen.

Nun will ich ruhig zugeben, daß es eine ganze Menge von Parteigenossen in unserer Parteiorganisation und in den Gewerkschaften gegeben hat, die die Taktik der Partei mit dem Arbeiterrat nicht zu begreifen vermochten. Ich habe es nicht einmal, sondern wiederholt gehört und auch in Versammlungen wurde es laut: der Arbeiterrat sei geeignet, die Parteiorganisation an die Wand zu drücken, sie an die Seite zu schieben oder wie derlei Redensarten mehr gewesen sind. Ich will zugeben, es hat den Anschein gehabt, und es konnte vielleicht bei einzelnen Parteigenossen diese Befürchtung entstehen, ich glaube aber, und ich wiederhole es von dieser Stelle aus: die Partei konnte des Arbeiterrates unter keinen Umständen entbehren, denn es wären ganz andere Dinge geschehen, wenn wir den Arbeiterrat nicht besessen hätten. Es mußte ein gemeinsamer Boden für die gemeinsamen Aktionen des Proletariats in dieser schweren Zeit, wo alles unzufrieden ist, wo alles Not leidet, wo alles sich im Elend befindet, geschaffen werden, und dieser gemeinsame Boden ist der Arbeiterrat. Freilich haben wir im Laufe der Zeit gesehen, daß sich auch Bauernräte gebildet haben. Vielfach sind heute auch Bauernräte in Aktion und ich muß sagen, vielfach beraten unsere Genossen der Arbeiterräte mit den Bauernräten in den Wirtschaftsämtern gemeinsam, wie sie der Ernährungssorgen Herr werden könnten. Eine andere Sache allerdings sind die Bürger- und Ständeräte. Denn diese Bürger- und Ständeräte sind nicht geschaffen worden aus der Not heraus wie die Arbeiterräte. Sie sind geschaffen worden einzig und allein zu dem Zweck, nachdem ein Arbeiterrat vorhanden ist, jedesmal sagen zu können, wir wollen neben dem Arbeiterrat auch einen Vertreter des Bürger- und Ständerates in dieser oder jener Kommission haben. Wir sehen nun, wohin es zum Beispiel dadurch in der Gemeinde Wien seit einiger Zeit im Gemeinderat gekommen ist. Obwohl es sich in einer bestimmten Frage ausschließlich um Mieterinteressen handelt, so wollten die Christlichsozialen, daß auch ein Bürgerrat in die Kommissionen komme.

Wie die Dinge heute liegen, ist es von unserer Seite nicht nur nicht zu bedauern, sondern zu begrüßen, daß der Arbeiterrat in diesen schweren Zeiten eine Funktion erfüllt hat, die die Partei, zumal die Einheit der Arbeiterschaft nicht mehr ganz gewahrt ist, nicht mehr ganz zu erfüllen in der Lage gewesen wäre.

Nun gehe ich zu den Anträgen über, die zu diesem Bericht vorliegen. Vor allem liegt ein Antrag der Bezirksorganisation Wien VI vor: „Die Führung der Volksbuchhandlung erfolgt von nun an im Einvernehmen mit einem aus fünf Mitgliedern bestehenden Beirat, der alljährlich aus dem Plenum der Wiener Konferenz gewählt wird." Wir können diesem Antrag keinerlei Sympathie abgewinnen. Wir halten ihn aber auch für nicht zweckmäßig und praktisch. Wir haben aus der Mitte des Parteivorstandes und der Wiener Organisationen eine Buchhandlungskommission eingesetzt, deren Vorsitzender Genosse Dr. Ellenbogen ist, die sich mit allen Fragen, die die Buchhandlung, ihre Verbreitung und ihre Erscheinungen angeht, beschäftigt. Diese Kommission funktioniert jetzt bereits zwei Jahre zur vollständigen Zufriedenheit. Daß manches nicht so ist, wie jeder einzelne Genosse es sich wünscht oder wie wir es alle manchmal wünschen, liegt in den widrigen Verhältnissen, die heute herrschen; es liegt also kein Grund vor, eine neue Kommission einzusetzen, da bereits eine Kommission besteht, die nach der Wahl des Parteivorstandes neu gebildet wird.

Weiter liegt ein Antrag der Bezirksorganisation Wien IX vor, worin es heißt: „Die „Arbeiter-Zeitung" ist durch Hinzufügung eines täglich erscheinenden volkswirtschaftlichen Teiles auszugestalten." Wir würden es wohl alle sehr gerne sehen, daß ein ausführlicher volkswirtschaftlicher Teil in der „Arbeiter-Zeitung" vorhanden wäre; darüber ist unter uns wohl keine Meinungsverschiedenheit. Aber da wir in Bezug auf den verfügbaren Raum in einer solchen Bedrängnis sind, daß so viele Dinge zurückbleiben müssen, die wir nicht unterzubringen in der Lage sind und da außerdem momentan, wie Sie wissen, eine so große Papierknappheit herrscht, so daß die Blätter neuerlich ihren Umfang einschränken müssen, glaube ich, daß jetzt sehr wenig Hoffnung auf unmittelbare Erfüllung dieses Wunsches besteht. Hoffen wir, daß dem in einer späteren Zeit Rechnung getragen werden kann.

Und nun ist ein weiterer Antrag eingelaufen, der Antrag der Bezirksorganisation Steyr, der die Anerkennung des vor kurzer Zeit gegründeten „Steyrer Tagblattes" als Parteiorgan fordert. Zu diesem Antrag habe ich nur folgendes zu

bemerken: Die Genossen der Stadt Steyr sind, so lange ich sie kenne, immer ein sehr selbständiges und autonomes Völkchen gewesen. Sie haben sich bei der Gründung dieses ihres Tagblattes weniger um die Organisationsstatuten gekümmert, noch haben sie sich mit ihrer Landesorganisation in Linz ins Einvernehmen gesetzt, sondern sie haben eben, weil gerade eine Gelegenheit da war, diese beim Schopf gepackt und ihr Tagblatt gegründet. Ich möchte nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß diese Gründung eine vorteilhafte sei, und zwar vor allem im Interesse der Bezirksorganisation der Stadt Steyr selbst. Nachdem sich aber die Genossen von Steyr über alle Organisationsbestimmungen in Bezug auf Blattgründungen und in Bezug auf ihre Landesorganisation hinweggesetzt haben, ist dieser Parteitag nicht in der Lage, jetzt schon die Anerkennung des „Steyrer Tagblattes" als Parteiorgan auszusprechen. Am 16. November findet aber die oberösterreichische Landeskonferenz in Linz statt. Die Steyrer Genossen mögen also die Tagblattfrage zunächst auf dieser oberösterreichischen Landeskonferenz in Ordnung bringen, und wenn die oberösterreichische Landesorganisation ihre Zustimmung zur Gründung des Tagblattes gibt, wollen auch wir es dann als Parteiorgan anerkennen.

Kassenbericht.

Berichterstatter Friedrich **Adler**: Der Kassenbericht betrifft ein Jahr, das einen Wendepunkt der Parteigeschichte darstellt. Daher ist es unmöglich, Vergleiche mit früheren Jahren anzustellen. Die erste Hälfte des Berichtsjahres fällt noch in die Kriegszeit, die zweite Hälfte in eine Zeit, in der sich das Gebiet unserer Parteiorganisation sehr geändert hat. Es hat ein sprunghaftes Anwachsen unserer Organisation seit dem November stattgefunden, wie in keiner früheren Periode. Ein Vergleich mit der Vergangenheit ist deshalb nicht zulässig. Auch für die Zukunft können wir schwer eine Voraussage machen, weil unsere Organisation auf eine vollständig neue Basis gestellt wird, da die Sudetenländer und die Alpenländer nicht mehr eine gemeinsame Organisation haben. Wir werden die traurige Aufgabe haben, die Trennung in der nächsten Zeit auch in finanzieller Beziehung durchzuführen.

Ich möchte nur einige Angaben des Berichtes näher erörtern. Die Einnahmen sind gegenüber dem letzten Berichtsjahr fast auf das Fünffache gestiegen, von 209.000 Kr. auf 975.000 Kr. Das ist nicht nur der Verstärkung der Organisation zuzuschreiben, sondern auch der Entwertung des Geldes. Im selben Maße sind ja fast auch die Ausgaben gestiegen, nämlich von 193.000 Kr. auf 766.000 Kr. Die Organisation in Niederösterreich außer Wien ist auf mehr als das Vierfache gewachsen und in Wien sind wir, verglichen mit dem letzten Friedensjahr, mächtig vorgeschritten. Vom Juli bis November waren wir ja noch im Kriege und die eigentliche aufbauende Tätigkeit fällt erst in die zweite Hälfte des Berichtsjahres. Rechnet man die Monatsmarken, die wir zum Schluß in Wien ausgaben, in Wochenmarken um, so sehen wir, daß wir vom ersten Semester mit 355.000 Wochenmarken auf 2,272.000 Wochenmarken im zweiten Semester gekommen sind, also im ganzen Jahr auf 4½ Millionen, was gegenüber dem letzten Friedensjahr eine Verdoppelung darstellt. Der Aufschwung in der finanziellen Leistungsfähigkeit ist nicht überall der gleiche. Dabei will ich natürlich nicht berichten über die Sudetenländer, mit denen wir ja die Verbindung verloren haben. Aber auch in den uns gebliebenen Alpenländern ist die Entwicklung nicht überall gleichmäßig vorgeschritten. Kärnten hat zum Beispiel seine finanzielle Leistungsfähigkeit noch nicht wiedergewonnen, es hat im letzten Friedensjahr 295.000 Marken verkauft, ist aber gegenwärtig erst auf 135.000 Marken wieder hinaufgekommen. Wenn man allerdings bedenkt, daß Kärnten inmitten des Krieges auf 6000 Marken gesunken ist, so bedeutet die Zahl, die Kärnten heute zeigt, gewiß einen gewaltigen Fortschritt. Ganz ähnlich, wie es mit den Gesamteinnahmen steht, steht es mit den Einnahmen und Ausgaben unseres Wahlfonds. Auch da gibt es allerdings keinerlei Vergleiche, weil wir fünf Jahre früher keine Wahl hatten. Wir hatten aber dann die Wahlen in die Nationalversammlung, die ganz gewaltige Anforderungen gestellt hat. Es ist so, daß sich die Einnahmen verzehnfacht, die Ausgaben verhundertfacht hatten. Die Gehalte der Parteiangestellten haben nicht in gleichem Maße wie die allgemeinen Ausgaben Schritt gehalten. Die Ausgaben für Gehalte haben sich nur verdreifacht, während sich die Gesamt-

ausgaben beinahe verfünffacht haben. Namhafte Erhöhungen der Gehalte wurden vorgenommen. Bei Aenderungen in der Arbeitszeit wurden auch Gehaltsänderungen im Sekretariat durchgeführt.

Die Maizeichen bedürfen noch einer kurzen Aufklärung. Sie finden in dem Bericht, daß die Einnahmen kleiner sind als die Ausgaben. Das hängt aber nur damit zusammen, daß der Rechnungsabschluß am 30. Juni stattfindet und ein Teil der Maizeichen bis dahin noch nicht bezahlt war. In Wirklichkeit ist aber ein Ueberschuß von ungefähr 7000 Kr. vorhanden. Zum Schlusse möchte ich noch sagen, daß die Kassengeschäfte früher von dem Parteikassier Genossen Ellenbogen geführt wurden. Als Genosse Ellenbogen aber Unterstaatssekretär wurde, mußte er nach dem Parteibeschluß, nachdem alle Genossen, die Regierungsfunktionen übernehmen, die Funktionen in der Partei niederzulegen haben, auch seine Funktion als Kassier niederlegen. Ich wurde mit der Weiterführung betraut. Da die Uebergabe der Kassengeschäfte erst im Mai erfolgte, fällt diese wesentliche Arbeit im Berichtsjahr noch in die Amtszeit des Genossen Ellenbogen. Früher hat Genosse Elderſch bei der Verrechnung mitgewirkt. Als er aber in die Regierung eintrat, konnte er ebenfalls nicht länger mitarbeiten. Es ergab sich die Notwendigkeit, den Genossen Anton Jenschik zur Führung der Buchhaltung heranzuziehen. Und ich glaube im Namen des Parteivorstandes zu sprechen, wenn ich sage, daß Genosse Jenschik diese Geschäfte zur vollsten Zufriedenheit führt und daher nichts im Wege steht, daß er die Geschäfte auch weiterhin erledigt.

Selbstverständlich ist dabei, daß die Verantwortung für die Kassengeschäfte wie bisher dem Parteivorstand, respektive dessen Kassier obliegt. Ich bitte Sie, diesen kurzen Bericht zur Kenntnis zu nehmen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Bericht der Parteikontrolle.

Vinzenz **Muchitsch**: Im Auftrag der Parteikontrolle habe ich folgendes zu berichten. Wir haben im abgelaufenen Jahre die Parteiunternehmungen wiederholt kontrolliert, vor allem die „Arbeiter-Zeitung", die „Arbeiterinnen-Zeitung", die Volksbuchhandlung, die Druckerei und die übrigen Blätter, und ich bin in der Lage mitzuteilen, daß alle vorgenommenen Revisionen ergeben haben, daß die Gebarung dieser Parteiunternehmungen vollständig korrekt und einwandfrei ist. (Beifall.) Wir sind heute in der Lage zu berichten, was Sie übrigens auch aus dem gedruckt vorliegenden Parteibericht zu entnehmen vermögen, daß die Auflage der „Arbeiter-Zeitung" seit dem Umsturz ganz bedeutend gestiegen ist. Darauf ist auch in erster Linie die verhältnismäßig günstige Lage der „Arbeiter-Zeitung" zurückzuführen. Ebenso kann ich mitteilen, daß die finanzielle Gebarung der Volksbuchhandlung, was wir früher nicht sagen konnten, nunmehr befriedigend ist. Eine Reihe von Maßnahmen, die in der Volksbuchhandlung angeregt und durchgeführt worden sind, haben schließlich dazu geführt, daß auch die finanzielle Gebarung der Volksbuchhandlung als eine befriedigende bezeichnet werden kann. Die Druckerei hat, wie ja alle Druckereien, mit ganz außerordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt und wird auch weiterhin mit solchen zu kämpfen haben, aber auch die finanzielle Gebarung der Druckerei ist als günstig zu bezeichnen. Die Parteikontrolle ist also in der Lage, dem Parteitag zu berichten, daß der Stand der Unternehmungen als günstig zu bezeichnen ist, daß im abgelaufenen Berichtsjahre auf allen Gebieten der Parteiunternehmungen Fortschritte zu verzeichnen sind und daß die vorgenommenen Revisionen ergeben haben, daß Bücher, Belege und Kassengebarung in vollständiger Ordnung sind. Ebenso trifft dies zu für die Gebarung des Parteikassiers. Ich bin daher in der Lage, namens der Parteikontrolle dem Parteitag den Antrag zu unterbreiten, es möge dem Parteivorstand für die Führung der Parteigeschäfte die Entlastung erteilt werden.

Geschäftliche Debatte.

Vorsitzender **Tomschik**: Nachdem wir jetzt zu der Debatte über die Berichte kommen, schlägt das Präsidium dem Parteitag vor, daß wir die Debatte über den politischen Teil des Tätigkeitsberichtes des Parteivorstandes zusammen mit jener über den Bericht des Verbandes abführen. (Zustimmung.)

Langer (Wien-Mariahilf): Sie haben heute aus dem Bericht des Genossen Staret entnommen, daß der Antrag der Bezirksorganisation Wien VI nicht anzunehmen sei. Ich weiß nicht, ob Genosse Staret in dem von ihm bezeichneten Komitee sitzt, wir wußten aber nicht, daß für die Volksbuchhandlung überhaupt so ein Komitee besteht; uns ist das bisher unbekannt gewesen. Staret hat nun erklärt, nachdem ohnehin so ein Komitee bestehe, sei es nicht notwendig, ein anderes Komitee zu wählen. Wir sind aber anderer Ansicht. Genosse Staret hat nämlich erklärt, das Komitee bestehe zu dem Zweck, um die Bücher durchzusehen und die Parteiliteratur anzuschaffen u. s. w. Aber die eigentliche Geschäftsgebarung, zu deren Beaufsichtigung wir das Komitee haben wollen, das notwendig ist, um Ordnung in die Volksbuchhandlung zu bringen, die Geschäftsgebarung der Volksbuchhandlung läßt sehr viel zu wünschen übrig. Wenn beispielsweise unser Kolporteur in die Volksbuchhandlung gekommen ist und, sagen wir, irgendeine Broschüre angeschafft hat, welche die Parteigenossen haben wollten, so hieß es, die Broschüre sei nicht da, während sich hinterher herausgestellt hat, daß sie in einer Zahl von 50 bis 60 Stück vorhanden war, aber, wie es hieß, nur für die Ladenkunden. Nachdem nun aber unsere Partei doch in die Breite gegangen ist, muß sie auch in die Tiefe gehen. Wir haben in Wien jetzt hunderttausend Parteimitglieder.

Das sind noch keine geschulten Parteimitglieder, und um sie zu schulen, brauchen wir Literatur. Das Komitee zur Auswahl der Bücher ist nicht vom geschäftlichen Geist getragen. Bei unserer schlechten Valuta können wir in Deutschland gedruckte Bücher hier nachdrucken und sie dann billiger abgeben. Es wurde uns auch berichtet, daß das Antiquariat in der Volksbuchhandlung nicht eröffnet werden kann, weil es an einer geeigneten Kraft fehlt. Weiter ist es nötig, daß in jedem Bezirk ein Kommissionslager errichtet wird. Das Komitee soll sich mit diesen Dingen beschäftigen.

Dr. Danneberg: Ich würde vor allem wünschen, daß auch die Genossen anderer Bezirke im selben Maße bemüht wären, Parteiliteratur zu verbreiten, wie die von Mariahilf. In vielen Bezirken wird für den Vertrieb der Literatur gar nichts geleistet. Man hat im Kriege diesen Zweig ganz vernachlässigt. Es wurden allerdings schon Verhandlungen begonnen, um die Kolportage in neue Wege zu leiten. Auch auf dem Lande gibt es Organisationen, die verhältnismäßig wenig Mitglieder haben und verhältnismäßig viel Literatur verbreiten und stärkere, die gar nichts tun. Die hohen Preise der Bücher stammen von den hohen Papier- und Druckpreisen. Außerdem ist die Spannung deshalb so groß, weil die Buchhandlung früher mit Defizit gearbeitet, die Parteikontrolle aber erklärt hat, es sei nicht angängig, daß die Partei der Buchhandlung Zuschüsse leistet. Der Parteivorstand erwartet ja nicht ein besonderes Erträgnis von der Volksbuchhandlung, aber sie muß sich selbst erhalten. Dazu braucht sie die entsprechenden Preise. Den Nachdruck deutscher Bücher werden die deutschen Verleger wohl kaum erlauben, auch wir würden es nicht tun. Sie rechnen ja mit dem Absatz in Deutschösterreich. Jetzt steht wieder eine exorbitante Steigerung der Papierpreise vor uns, die die Schriften teurer machen wird. Nun haben wir noch solche, die vor Monaten gedruckt sind und billiger verkauft werden. Doch auch sie werden nicht in wünschenswertem Maß verlangt. Fehler gibt es allerdings auch in der Volksbuchhandlung, weil es ja gar kein Ding gibt, an dem man nicht manches aussetzen könnte. Das Problem der Kolportage ist außerordentlich schwierig, und mit dem System, das die Genossen von Mariahilf jetzt wünschen, haben wir nicht die besten Erfahrungen gemacht. Die Außenstände, die sich bei der Buchhandlung vor dem Kriege angesammelt haben, waren ganz ungeheuer. Die Sache muß auch vom geschäftlichen Standpunkt betrachtet werden, nicht nur von dem der Partei. Es gäbe da eine Unmenge sehr schwieriger Fragen zu besprechen, die wir ja heute hier im Detail nicht behandeln können, die uns aber im Rahmen der Organisation Wien noch besonders beschäftigen werden. Ich glaube, daß durch die Einsetzung eines solchen Komitees, wie es beantragt wurde, nicht die Hilfe zu erwarten ist, die man glaubt, erwarten zu dürfen. Das alte Komitee hat eine große Aufgabe geleistet, es hat vor allem die ganze finanzielle Grundlage des Geschäftes geprüft und das Geschäft auf neuen Grundlagen aufgebaut. Wenn Sie sich die Sache recht überlegen, dann erübrigt sich die Annahme dieses Antrages.

Vorsitzender Tomschik: Ich schreite zur Abstimmung über die Anträge und bitte die Genossen, die mit der Ablehnung des Antrages der Bezirksorganisation VI, betreffs der Führung der Wiener Volksbuchhandlung, einverstanden sind, die Karte zu erheben. Der Antrag ist abgelehnt.

Was den Antrag der Bezirksorganisation Wien IX, betreffs der Ausgestaltung der „Arbeiter-Zeitung" anbelangt, wird beantragt, diesen Antrag dem Parteivorstand zuzuweisen.

Der Antrag auf Zuweisung an den Parteivorstand wird angenommen.

Zum Schluß wird der Antrag auf Entlastung des Parteivorstandes ebenfalls angenommen.

Nachmittagsitzung.

Bericht des Klubs der Abgeordneten.

Berichterstatter Seitz: Aus den Berichten, die gedruckt vor Ihnen liegen, können Sie die Tätigkeit des Klubs genau verfolgen und beurteilen. Ich kann mich daher auf eine zusammenfassende Darstellung beschränken.

Am Tage des Zerfalles der Monarchie war es die Aufgabe der Partei, nicht nur zu verhindern, daß das Proletariat in den allgemeinen Zusammenbruch hineingezogen werde, sondern auch für die Demokratie und den Sozialismus zu gewinnen, was immer möglich war. Was konnten wir leisten? Als am 12. November die Proletarier Wiens in Massen vor dem Parlamentsgebäude standen, um an der Proklamation der Republik teilzunehmen, stürmte eine kleine Gruppe Bewaffneter die Rampe und wollte die soziale Republik ausrufen. Es war eine kleine Zahl, nahezu ausschließlich Parteifremde, die von der österreichischen Arbeiterbewegung keine Ahnung hatten, vielfach vom Sozialismus noch vor wenigen Monaten nichts gewußt hatten, aber als Konvertiten radikaler waren als wir alle. Wenn es auch meist land- und weltfremde Menschen waren, so war dieser Putschversuch doch ein historisches Ereignis. Der Kampf, der sich dort auf der Parlamentsrampe abspielte, war ein Symbol des Seelenkampfes, der in der Brust jedes einzelnen von uns tobte, und der auch in der Partei bei jeder ihrer Aktionen und in jeder ihrer Diskussionen wiederkehrte: Des Kampfes zwischen dem Ideal, dem wir bei der steigenden Macht des Proletariats so nahe schienen und der nüchternen Wirklichkeit, des Kampfes zwischen unserem heißen Sehnen und Begehren und der Möglichkeit der Erfüllung, der Bedingtheiten unseres Handelns. Jeder einzelne von uns hat sich damals gefragt, wie könnten wir das Proletariat nicht nur politisch, sondern vor allem auch sozial befreien, nicht nur die politische, sondern auch die soziale Revolution entzünden, oder wie können wir wenigstens unseren Teil beitragen für die soziale Revolution der Welt. Dieser Streit wird immer sein, weil wir immer in unseren Reihen Genossen haben werden, die glauben, man könne momentan alles erreichen, die nur das Ziel sehen, aber auch Leute, die die gegebenen Schranken ermessen und die Bedingtheiten unseres Kampfes erkennen. Aber in jenem Augenblick ist es ganz besonders darauf angekommen, ob die Abgeordneten und der Parteivorstand den Lockungen Folge leisten, oder ob sie die Pflicht haben, nüchtern zu ermessen, was erreichbar ist, und dieses Erreichbare mit aller Energie anzustreben. Wir haben damals bittere Stunden durchlebt. Dieses fortwährende Unterdrücken seiner Leidenschaft war gewiß für jeden qualvoll und peinlich, aber wenn wir damals den Lockungen, insbesondere der russischen Emissäre gefolgt wären, würden wir heute wahrscheinlich das Schicksal Ungarns teilen. Wir waren damals einzig und allein auf das angewiesen, was uns der Boden Deutschösterreichs bot. Wie hätten wir wirtschaftlich und finanziell bestehen, wie die Masse von 6½ Millionen Menschen auf absehbare Zeit erhalten und die Produktion fortführen können? Deutschösterreich erzeugt an Nahrungsmitteln im Jahre kaum den sechsten Teil seines Bedarfes, gewinnt kaum den zwanzigsten Teil des Kohlenbedarfes, das letzte Stück Rohstoff, der letzte Fetzen Wolle war aufgebraucht; konnten wir uns da auf Experimente einlassen? Kein Land der Welt wäre willens, oder imstande gewesen, uns zu versorgen. Selbst diejenigen Länder, die den guten Willen gehabt hätten, wie vielleicht Rußland, waren von uns abgesperrt; die Siegerstaaten hätten die Zu-

fuhren abgesperrt, die Blockade aufrechterhalten, wir wären zusammengebrochen, das Opfer eines fremden Imperialismus geworden. Im Inland hätte sich eine Konterrevolution erhoben, die vielleicht noch schlimmer gewesen wäre als sie heute in Ungarn ist. Wir mußten uns abfinden mit dem, was zu erreichen war: weitgehende Demokratie und soziale Fortschritte.

Als wir erkannt hatten, welche Schranken uns durch die Tatsachen gesteckt waren, mußten wir so rasch als möglich ans Werk gehen. Wir haben sofort Deutschösterreich als Republik erklärt und alle politischen Gesetze gemacht, die notwendig waren, um uns aus dem alten Oesterreich in einen modernen Staat einzuführen. Wir konnten dabei keine weltfremde Politik machen, weder die von Ideologen, noch die von Gewaltmenschen, auch nicht die Politik von Satten, denen am Morgen nach einem guten Frühstück bei der Zeitungslektüre nichts radikal genug sein kann und die diesen Radikalismus der Kibitze als Idealismus deuten. Wir mußten an die schweren Opfer denken, die jeder unbedachte Schritt verursachen konnte. Die sozialistische Lehre mußte als Richtlinie dienen bei der Erfüllung unserer eigentlichen Aufgabe: das Proletariat in dieser schweren Zeit kampffähig zu erhalten, es hinwegzubringen über das schwerste Elend, damit wir, wenn die wirtschaftlichen Bedingungen gegeben sind und die Proletariate der großen Weststaaten vorangehen, mit Schritt halten können.

Eines war damals und ist auch heute leider sicher: Deutschösterreich wird im Sozialismus nicht vorangehen. Das können nur die reichen, die Rohstoff-Länder, die Länder der entwickelten Produktivkräfte. Wir kamen also zu dem Schlusse: Sozialpolitik, was erreichbar ist, Sozialisierung so weit es möglich ist, im übrigen das Proletariat politisch in die Macht setzen. Da wir zu diesem Schluß kamen, mußten wir uns auf den Boden des Parlaments stellen. Da aber unsere Stimmenzahl nicht groß genug war, um im Parlament die Macht allein auszuüben, war es logisch, den zweiten Schritt zu tun und sich mit anderen Schichten des Volkes zu koalieren. Auch das hat einen schweren inneren Kampf gekostet. Man braucht sich nur die Geschichte des Lebens jedes einzelnen von uns vorzustellen, um zu ermessen, welche Ueberwindung es kosten mußte, in eine solche Koalition einzutreten. Jeder von uns hat seit dem ersten Tag, da er in die Politik eingetreten ist, den entschiedensten Kampf gegen die bürgerlichen Parteien geführt, je nach dem Lande, waren das die Deutschnationalen oder die Christlichsozialen. Seit dem Tage, an dem wir politisch denken konnten und den Klassenkampf führten, kannten wir nur eines: Kampf bis aufs Messer gegen die bürgerlichen Parteien. Wir haben diesen Kampf jahrzehntelang geführt mit der ganzen Seele, mit aller Kraft gegen den Klerikalismus, gegen die Christlichsozialen, gegen die Deutschnationalen. Und nun — am Tage der Erfüllung — sollten wir gern und freudig mit ihnen eine Koalition bilden? Aber was half das alles: wir mußten tun, was nötig war. Man erörterte nun zunächst drei Modalitäten: Erstens, daß die Sozialdemokratie allein herrscht, zweitens die bürgerlichen Parteien allein, drittens eine Koalition, die entweder eine sogenannte Konzentration aller Parteien, mit einem Konzentrationsministerium zu bilden hätte, oder, die bloß aus den zwei großen Parteien, Christlichsozialen und Sozialdemokraten, bestünde. Jede dieser Modalitäten hatte Schwierigkeiten. Hätten wir die Regierung allein übernommen, vorausgesetzt, daß die anderen sich das ohne jeden Widerstand hätten gefallen lassen, so wären wir selbstverständlich, da Hemmungen nicht bestanden hätten, immer weitergedrängt worden, und wären schließlich bei einer offenen Rätediktatur des Proletariats gelandet, oder doch bei einer mehr oder weniger verhüllten Diktatur. Wir wären dadurch zu den Folgen gekommen, die ich eben geschildert habe. Hätten wir den anderen allein die Herrschaft gelassen und uns in die Opposition begeben, so hätten wir vielleicht zuerst in Worten gegen die Handlungen dieser Regierungen protestiert. Aber auf die Dauer hätte sich niemand damit begnügen können, sondern wir wären selbstverständlich dazu gedrängt worden, auch die physische Gewalt des Proletariats in den Dienst der Sache zu stellen, das heißt zum offenen Bürgerkrieg. Zu einem Bürgerkrieg, der selbstverständlich die Besetzung durch die feindlichen Mächte heraufbeschworen hätte mit allen unheilvollen Folgen. Aber auch die Koalitionspläne waren, und zwar der Vorschlag, ein Konzentrationsministerium zu bilden, wie der andere nicht unbedenklich. Ganz besonders der erste. Wir hätten in einem solchen Ministerium alle Lasten

der Regierung getragen und wir hätten fast nichts oder wirklich nichts für das Proletariat erreicht. Denn ein solches Konzentrationsministerium hätte bestanden aus den zwei ungefähr sich die Wage haltenden Parteien der Christlichsozialen und Sozialdemokraten, aber auch aus Deutschnationalen, die in allen Fragen das Zünglein an der Wage gebildet hätten. Es hätten nämlich in allen sozialen Fragen die Christlichsozialen mit den Deutschnationalen gegen uns gestimmt und in den kulturellen Fragen ein Teil der Deutschnationalen mit den Christlichsozialen, ein anderer Teil mit uns, wobei wir nur in den seltensten Fällen für das Proletariat etwas erreicht hätten, nämlich dann, wenn sich ein größerer Teil Deutschnationale zu uns geschlagen hätte. Daß das sehr selten der Fall gewesen wäre, das zeigt die Haltung der deutschnationalen Partei in den meisten kulturpolitischen Fragen, zum Beispiel in der Frage der Ehereform. Wir wären in die Regierung getreten, hätten alle Lasten getragen und praktisch für das Proletariat fast nichts erreicht. Das war also ebenfalls nicht möglich. Es blieb nichts anderes übrig, als ein Koalition von Sozialdemokraten und Christlichsozialen zu bilden. Eine Koalition mit jener Partei, die wir in den letzten Jahrzehnten am meisten bekämpft haben! Ich bin überzeugt, daß niemand in unserem Klub von dieser Lösung entzückt war und sage offen, ich würde auch jeden Christlichsozialen geringschätzen, dem es eine Freude gewesen wäre, mit uns zu gehen, ebenso wie ich jeden Sozialdemokraten verachten würde, der gern mit den Christlichsozialen geht. Die Koalition war ein Gebot der Not, dem wir uns beugen mußten. So kam es, daß die sozialdemokratischen Vertrauensmänner in die Regierung entsandt wurden. Ich will noch eines erwähnen: Eine Herrschaft der anderen Partei, etwa der Christlichsozialen oder Deutschnationalen, hätte aus einem Grunde ganz versagt. Nach einem alten Usus besetzt jene Partei die Stelle des Präsidenten, die die größte ist. Wir waren berufen, diese Stelle zu besetzen. Gleichzeitig ist aber der Präsident der Nationalversammlung auch der Staatspräsident. Die Regierung wäre also aus Angehörigen der anderen Parteien zusammengesetzt, der Staatspräsident aber ein Sozialdemokrat gewesen, das heißt, dem Staatspräsidenten wäre die Regierung schroff gegenübergestanden. Wir sind also die Koalition eingegangen, so leid es uns tat, wir mußten es tun.

Die ersten Maßnahmen galten der Staats- und Regierungsform, der Uebernahme der Staatsgewalt in den Ländern, der Feststellung des Umfanges und der Grenzen des Staates und seiner Beziehungen sowohl nach außen wie zu den Ländern. Dann kam die politische Gesetzgebung, die Gesetze über Preß-, Vereins- und Versammlungsfreiheit. Wir haben das Staatsbürgerrecht auf neue Grundlagen gestellt, das Gesetz über die richterliche Gewalt reformiert, die alten Landtage abgeschafft und neue Landesversammlungen geschaffen, Landtage auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes. Wir haben selbstverständlich auch das Wahlrecht für die Nationalversammlung nach allerfortschrittlichsten Grundsätzen geregelt: allgemeines gleiches Recht für Frauen und Männer und Proporz. Wir haben uns dann bemüht, die schweren wirtschaftlichen Folgen des Krieges zu beseitigen. Dabei stießen wir natürlich auf ganz unüberwindliche Hindernisse. Es war ein neuentstandener Staat, aber die Art und Weise, wie dieser Staat entstanden war, findet kein Beispiel in der Geschichte. Abspaltungen von einem großen einheitlichen Wirtschaftsgebiet haben sich sonst immer in langen Zeitperioden allmählich vollzogen — ich erinnere an Bulgarien, an Serbien — und unter wesentlich anderen wirtschaftlichen Bedingungen. Aber selbst die Plötzlichkeit dieser Abspaltung Deutschösterreichs vom Oesterreich wäre vielleicht von geringen Folgen gewesen, wenn Oesterreich ein Agrarstaat gewesen wäre. Ein Agrarstaat, vielleicht mit einer kleinen Stadt in der Mitte, die etwas Gewerbe hat zur Deckung des lokalen Bedarfs, das ist leicht abgetrennt und wird für sich noch immer ein annehmbares Leben führen. Aber wie in der Natur, so ist es auch in der Oekonomie. Es gibt ja niedrig organisierte Lebewesen, die man spalten kann, ohne daß einer der beiden Teile dabei zugrunde geht. Aber einen entwickelten Organismus kann man ohne diese Gefahr nicht spalten. Wenn ich die Hand eines menschlichen Körpers abschlage, so ist sie eben ein toter Klumpen von Knochen, Fleisch und Haut. Der übrige Organismus wird ja leben können, aber das, was abgespaltet wurde, der kleinere Teil, ist lebensunfähig. Die Abspaltung, die sich hier vollzogen hat, die Abspaltung Deutschösterreichs von dem großen Wirtschaftsgebiet, so plötzlich und ohne Uebergänge an einem Tag war für die deutschösterreichische

Volkswirtschaft schlechthin tödlich. Wir haben 6½ Millionen Menschen, die auf Bergen wohnen oder in großen oder größeren Städten und nur zu einem ganz verschwindend kleinen Teil auf Brotgetreide produzierendem Flachland. In diesem kleinen Land liegt die große Hauptstadt eines alten Reiches von 38 Millionen Menschen. Diese große Hauptstadt hatte eine große Industrie, in ihr waren alle Banken konzentriert, liefen alle Verkehrswege zusammen, in ihr war der Sitz aller großen Unternehmungen — heute ist es die Hauptstadt eines kleinen Landes von 6½ Millionen, selbst aber 2½ Millionen stark. Ist das möglich?

Man hat uns im Kriege häufig Vorwürfe gemacht wegen des Gedankens der Verteidigung des Wirtschaftsgebietes. Wir haben oft gesagt, so sehr wir den Krieg verabscheuen und das Kriegsende herbeisehnen, wir können nicht die Hand dazu bieten, daß dieser Wirtschaftskörper, in dem wir leben, zerstückelt werde, ohne große Gefahr für das Proletariat heraufzubeschwören. Wenn unsere Stellung zum Kriege unserem sozialdemokratischen Empfinden nicht entsprochen hat, wenn wir den Krieg nicht sabotiert, ihn nicht mit Streik und Verweigerung der Waffenerfolge beantwortet haben, so geschah das in Verteidigung der Gegenwartsinteressen des Proletariats. Wie schwer das Proletariat die Zerstörung des Wirtschaftsgebietes erträgt, spüren wir jetzt täglich.

Deutschösterreich allein kann nicht leben, unser erster Gedanke war also, da Oesterreich zerschlagen war für immer, den Anschluß an ein anderes großes Wirtschaftsgebiet zu finden. Freilich gab man uns den Rat, wir sollen, wenn politisch getrennt, die wirtschaftlichen Beziehungen mit den Sukzessionsstaaten aufrechtzuhalten. Wer das sagt, hat keine Ahnung vom alten Oesterreich. Eine Einheit mit den anderen Staaten herzustellen, ist heute unmöglich. Nehmen Sie an, es wäre in der Tschechoslowakei irgend jemand bereit gewesen, mit uns eine Verbindung herzustellen und sie wäre zustande gekommen. Mit den Südslawen war sie von vornherein ausgeschlossen, mit Ungarn hat sie sich von selbst verboten, von den Polen war keine Rede, sie hatten doch endlich den Anschluß an das Reich gefunden. Der Zusammenschluß wäre nur mit den Tschechen möglich gewesen. Nehmen Sie nun an, es wäre eine solche Verbindung geschaffen worden, nehmen Sie sie wie immer, stellen Sie sie sich noch so locker vor, wenn auch nur als eine Zoll- und Bankgemeinschaft, so hätte sie doch eines Parlaments, einer gemeinsamen Vertretung bedurft. Aber sofort tauchte wieder das unleidliche Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen auf, das eine Ursache des Zusammenbruches der Monarchie gewesen ist.

Die Tschechoslowaken hätten sich nach ihren ungeheueren Erfolgen im Weltkrieg niemals entschließen können, in diesem Staate eine sekundäre Rolle zu spielen. Die Deutschen aber hätten bei ihrer immerhin wirtschaftlichen Ueberlegenheit immer wieder die erste Geige gespielt. Der Streit zwischen den beiden Nationen hätte fortgedauert.

Wir konnten uns also nur ein Ziel stecken: den Anschluß an das Deutsche Reich. Tatsächlich hat die Nationalversammlung einstimmig diesen Anschluß proklamiert. Es ist leider anders gekommen. Wir mußten uns der Gewalt der Waffen fügen, der sogenannte Friedensvertrag hat gegen uns entschieden. Wir sind heute auf uns allein angewiesen und müssen trachten, diesen unmöglichen Staat doch wenigstens auf Zeit möglich zu machen. Dabei sind wir in der traurigsten Lage. Wir können nicht produzieren, weil wir keine Rohstoffe haben, weil wir keine Kohle haben. Da wir nicht produzieren, können wir nicht exportieren, da wir nicht exportieren, aber sehr viel importieren, muß unsere Valuta immer mehr und mehr im Werte sinken, daher sind wir wieder nicht imstande, im Ausland Rohstoffe und Lebensmittel zu kaufen, die wir so notwendig brauchen. So bewegen wir uns immer in einem Zirkel und es ergibt sich die Frage, wo packen wir diesen Ring an. Wir müssen trachten in der Welt Kredit zu gewinnen. Einen Kredit, der es uns möglich macht, Rohstoffe und Lebensmittel zu kaufen, die Produktion zu heben und den Export zu finden, der den Kredit wieder deckt. Um ihn zu bekommen, haben wir die Vermögensabgabe und die Beschlagnahme von Juwelen, Gold und Auslandseffekten in Aussicht genommen. Da standen wir vor einem neuen Hindernis. Hätten wir die Beschlagnahme durchgeführt, so hätte man in Paris gesagt, was es da an Werten gibt, wird natürlich als Kriegsentschädigung verwendet. Wir konnten aber diese Vermögenswerte nicht zusammenscharren, weil sie uns einfach konfisziert worden wären. Wir können erst heute und da mit aller Vorsicht darangehen,

die Beschlagnahme durchzuführen. Wir haben zugleich alle Wege gesucht, um zu Kohle und Rohstoffen in anderen Formen zu kommen. Den Leidensweg in der Kohlenfrage zu schildern, werden Sie mir wohl erlassen. Sie haben das selbst gesehen und mitgemacht. Wir haben uns bemüht, da wir nicht genug Kohle im eigenen Lande haben, die Wasserkräfte auszunützen. Aber dem steht wieder der Separatismus der Länder entgegen. Schon im Kriege hat sich die Absperrung der Länder sehr unliebsam bemerkbar gemacht. Jedes einzelne Land macht sich selbständig und ist dabei eifersüchtig darauf bedacht, nichts auszulassen, alle Naturschätze im Lande zu verwerten. Dieser Unsinn hat Bekenner in allen Ländern gefunden und sie haben gegen die Wasserverwendung Protest erhoben. Das ist dasselbe, wie sich einzelne Länder absperren mit ihren Erzen, andere mit ihren Lebensmitteln und innerhalb der Länder wieder die Bezirke und innerhalb der Bezirke wieder die Gemeinden. Das ist eine der traurigsten Erscheinungen, die, wenn sie länger andauert, unweigerlich zum Zerfall des Staates führen muß. (Robinson: Das machen einzelne Parteigenossen mit!) Gerade, wir können das nicht oft genug sagen, gerade das Proletariat wird das Opfer dieses Partikularismus sein. (Zustimmung.) Solange es ein Proletariat gibt, das wirtschaftlich denken kann, sucht es sein Heil im Rahmen einer großen einheitlichen Volkswirtschaft, deren Grenzen so weit als möglich gesteckt sind, damit sich die Industrie entwickeln und spezialisieren kann, die Produktivkräfte erschlossen werden können. Wer wünscht, daß sich das Proletariat in Deutschösterreich an der Macht erhalte, muß wünschen, daß unsere Industrie groß und stark werde, und wer will, daß die Industrie bestehe und erstarke, der muß den Wirtschaftsstaat wünschen und wollen, den einheitlichen Wirtschaftsstaat, der nach einheitlichen Grundsätzen verwaltet wird und einem einheitlichen Ziel zustrebt. Wenn sich also Parteigenossen finden, die diesem Länderpartikularismus huldigen, so begehen sie, indem sie scheinbar ein augenblickliches Interesse verfolgen, das größte Verbrechen an der Gesamtheit des Proletariats, an seiner Zukunft und damit auch an sich selbst. (Lebhafte Zustimmung.) Man stellt den Streit um die Länderautonomie immer hin als einen Streit zwischen den Ländern und Wien, aber das ist nur bis zu einem Grade richtig. Richtig ist, daß die Bourgeoisie, daß alle Konterrevolutionären Wien anfeinden, wirtschaftlich und politisch, weil in Wien die Sozialdemokratie stärker ist, als in den Ländern. Insoferne handelt es sich allerdings um einen Kampf gegen Wien. In der Tat aber ist er ein Kampf von Land zu Land, ein Kampf aller gegen alle. Wenn das eine Land seine Holzausfuhr absperrt durch einen Ausfuhrzoll und das andere Land sagt: der Erzberg gehört mir, und wenn das eine Land seine Lebensmittel gegen die anderen absperrt, dann ist das nicht ein Kampf der Länder gegen Wien, sondern ein Kampf der Länder gegen die Länder, der zu jenen unsinnigen wirtschaftlichen Zuständen führt, unter denen wir heute leiden, der zum Zerfall, zum Untergang des Staates, aber auch zum Untergang des Proletariats führen muß. Ich hoffe, daß es den Sozialdemokraten, so weit sie in den Ländern und der Gemeinde Einfluß haben, gelingt, den Partikularismus zu überwinden und er wird in dem Maße überwunden werden, als sich die wirtschaftlichen Schwierigkeiten lindern. Es muß nicht immer so sein, daß jeder auf seinen Metzen Weizen und seinen Schlachtochsen erpicht ist. Wir erinnern uns noch der Zeit, wo man sagte, man müsse die Grenze absperren, damit man für Getreide und Vieh bessere Preise erziele. Wenn also diese Psychose vorüber sein wird, wird es besser werden. Dann werden uns die Wasserkräfte Gelegenheit zur Produktion geben, diese Gelegenheit zum Export und dieser die finanziellen Mittel, die uns aufhelfen werden. Freilich ist es mehr als fraglich, ob das alles gehen wird, ohne Anschluß an Deutschland.

Es war unsere Pflicht, sobald wir das Proletariat politisch in die Macht gesetzt hatten, es physisch kampffähig zu machen. Unsere dringendste Aufgabe war, den Menschen, der im Kriege ruiniert wurde, wieder aufzubauen. Was innerhalb dieses Jahres an Sozialpolitik in Gesetzen und Vollzugsanweisungen geleistet wurde, war mehr, als was früher in Jahrzehnten geleistet wurde. Wir haben vor allem eine umfassende Arbeitsvermittlung geschaffen, eine Arbeitslosenunterstützung eingeführt in einem Ausmaß, wie wir es uns nie hätten träumen lassen, und es wird demnächst eine Arbeitslosenversicherung geschaffen werden. Gesichert wurde die Wiederaufnahme der während des Krieges eingerückten Angestellten, es wurden die Kündigungsrechte der Unternehmer gegen die Angestellten beschränkt; es wurde ein Gesetz betreffend die

volle Sonntagsruhe erlassen, eine Vorlage über den Achtstundentag steht in Verhandlung. Wir haben die gewerbsmäßige Kinderarbeit beseitigt, die Heimarbeit geregelt, das Arbeitsbuch, gegen das wir Jahrzehnte gekämpft haben, beseitigt und die veralteten Bestimmungen über die Folgen des Vertragsbruches beseitigt. In der Wohnungsfrage haben wir eine umfassende Aktion eingeleitet. Die Wohnungsfrage ist eine der schwierigsten. Vor allem deshalb, weil wir heute wegen der Kosten nicht in der Lage sind, Wohnungen zu bauen. Wir mußten daher trachten, die bestehenden Wohnungen so auszunützen, daß auch dem Aermsten ein Dach gesichert ist. Wir haben den Gemeinden das Recht auf die Wohnungsanforderung gegeben, durch das Verbot von Doppelwohnungen und durch das Verbot der Benützung einer übermäßigen Anzahl von Räumen, Wohnungen freigemacht. Wir haben ein Gesetz zum Schutze der Ziehkinder und unehelichen Kinder erlassen. Wir haben die Gewerbegerichte reformiert, eine umfassende Reform des ganzen Krankenversicherungsgesetzes vorgenommen, die Ablösung der Zinsgründe durchgeführt und dadurch eines der schändlichsten Arbeitsverhältnisse, das noch aus der Feudalzeit stammt, beseitigt. Wir haben auch die Arbeitszeit geregelt, insbesondere im Approvisionierungsgewerbe, in den Bäckereien. Wir haben außerdem das Gesetz geschaffen betreffend die Volkspflegestätten.

Wir haben auch die Nachtarbeit der Frauen und Jugendlichen abgeschafft. Zugleich hat sich unser sozialpolitisches Amt auch der Lehrlinge angenommen. Der Lehrling war bis dahin das ausgebeutetste Subjekt. Wir haben den Arbeitern in den großen Betrieben Urlaube verschafft, damit sie sich erholen können. Wir haben das Gesetz betreffend der Betriebsräte geschaffen, durch welches die Arbeiter auch Einfluß auf die technische, ja auf die kommerzielle Leitung der Betriebe gewonnen haben. Wir haben uns schließlich der Hausgehilfinnen und der landwirtschaftlichen Arbeiter angenommen, kurz es hieße stundenlang aufzählen, wieviel an sozial politischen Gesetzen und Verfügungen in einem Jahre durchgeführt wurde. Selbstverständlich kann das alles noch lange nicht genügen. Wir wissen sehr gut, daß die große Masse der Arbeiterschaft mit Recht unzufrieden ist, trotz allem. Denn nichts, was wir zur Linderung der Not unternehmen, kann auch nur heranreichen an das Elend, das der Krieg über die Arbeiterklasse heraufbeschworen hat. Die Kriegsfolgen zu beseitigen kann nur das Werk einer jahrzehntelangen Arbeit sein, einer unausgesetzten schweren Arbeit unserer Gewerkschaften, unserer politischen Organisationen und unserer Vertreter im Parlament.

Wenn dieses Deutschösterreich das Unglück haben sollte, allein zu stehen, wenn man ihm dauernd den Anschluß an ein großes Wirtschaftsgebiet verweigert, dann ist allerdings nicht abzusehen, wie es sich aus dieser wirtschaftlichen Erniedrigung jemals erheben könnte. Die Mächte, die uns diesen Frieden auferlegt haben, haben zugleich eine große Verantwortung auf sich geladen. Deutschösterreich hätte gewiß auch schwer gelitten im Rahmen des Deutschen Reiches, so wie ja die einzelnen Bundesstaaten und das deutsche Volk in seiner großen Masse auch dort schwer leidet unter den Folgen des Krieges. Es ist aber ebenso sicher, daß eine Aufwärtsentwicklung im Rahmen eines solchen großen Staates für uns möglich wäre. Und wenn selbst die alliierten Mächte, die uns diesen Anschluß versagt und verboten haben, nunmehr die Pflicht haben, uns in der Not beizustehen, so dürfen wir uns doch nicht täuschen, daß alles, was in dieser Hinsicht geschieht, mehr oder weniger Humanitätsakte sind. (Rufe: Sehr richtig!) Aber mit Humanitätsakten kann man eine Volkswirtschaft inmitten der kapitalistischen Gesellschaft nicht dauernd retten. (Zustimmung.) Allerdings, wir nehmen alles mit der schuldigen Dankbarkeit entgegen. Ich will da nicht mißverstanden werden. Was Amerika für die armen Kinder Deutschösterreichs tut, das ist eine große Tat, die unvergeßlich sein wird in der Geschichte und durch die sich Amerika bei uns für ewig ein Denkmal in unserem Herzen gesetzt hat. Und wenn die alliierten Mächte darangehen, uns auch in der Lebensmittelnot zu helfen und wenn sie uns Kohle und Kredite verschaffen, so werden wir das alles dankbar entgegennehmen; wir können aber nicht verschweigen, was ich auch einigen ihrer Vertreter gesagt habe, daß ein armer Mann, ein armer Handwerker, der kein Handwerkzeug und keine Rohstoffe hat, daher hungert und betteln kommt, nicht abgefertigt werden darf mit einer wärmen Suppe, sondern daß man ihm die Möglichkeit bieten muß, zu arbeiten und sich seine Suppe zu verdienen. (Sehr richtig!) Die Möglichkeit zu arbeiten, hängt von den Krediten, von der Rohstoff- und Lebensmittel-

belieferung ab. Bekommen wir sie, so werden wir ja sehen, ob es geht. Aber einmal muß doch der Anschluß an das Deutsche Reich kommen. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß der Tag dafür kommt, hoffentlich in friedlicher Entwicklung auf Grund der Einsicht, daß man uns Gerechtigkeit schuldet. Der andere Weg wäre schrecklich, denn er hätte zur Voraussetzung Elend und Not, Verzweiflung der Massen.

Die Abgeordneten haben alles getan, was möglich war, um die Not zu lindern und um die deutschösterreichische Republik zu dem politisch freiesten Staat in der Welt zu machen. Scheuen Sie kein Wort der Kritik, aber lassen Sie nicht außer acht, wie groß die Schwierigkeiten gewesen sind, unter denen sich in diesem Jahre die politische Arbeit vollzogen hat. (Beifall.)

Zu dem Bericht der Abgeordneten sind auch einige Anträge gestellt worden. Da ist zunächst der Antrag der Wiener-Neustädter Genossen. Wenn dieser Antrag wörtlich zu nehmen wäre, so hätte ich nicht ein Wort gegen ihn einzuwenden. Wenn nämlich der Parteitag aufgefordert wird zu prüfen, ob es unter den gegebenen Umständen noch notwendig erscheint, in der Koalition zu bleiben, ist nichts einzuwenden. Diese Prüfung würde ja ergeben, was ich in meinem Referat gesagt habe. Wenn ich aber den Antrag nicht wörtlich nehme, sondern als eine Aufforderung, aus der Koalition auszutreten, so muß ich ihn ablehnen. Die Wiener-Neustädter Genossen können es mir glauben, daß ich jahrzehntelange Kämpfe geführt habe gegen die Christlichsozialen und ich bin wohl über den Verdacht erhaben, daß es mir ein Vergnügen ist, mit dieser Partei an einem Strang zu ziehen. Eines ist richtig: wir dürfen keinen Augenblick vergessen, daß, wenn ein Sozialdemokrat in der kapitalistischen Gesellschaft einem Ministerium angehört, dies immer nur durch die Not geboten, eine vorübergehende Maßregel sein kann. Die Sozialdemokratie kann sich mit einem bürgerlichen Staat niemals dauernd identifizieren. Wenn zeitweilig, dann nur unter dem Druck der eisernen Notwendigkeit. Wir leben heute in einer solchen Zeit, die das gebietet. Ich muß Ihnen daher empfehlen, den Antrag abzulehnen.

Ein zweiter Antrag ist von der Bezirksorganisation Wien-Mariahilf. Auch mit diesem Antrag kann ich mich einverstanden erklären, soweit es sich um den Antrag selbst handelt, nicht um seine Begründung. Dagegen möchte ich über den ersten Satz dieses Antrages, der von der Hetze der bürgerlichen Zeitungen handelt, sagen, daß es doch eine Uebertreibung ist, wenn man meint, daß dieses Geschimpfe und Geschrei der bürgerlichen Presse eine Gefahr für den inneren Frieden sei. Das regt uns nicht auf, wir sind es gewohnt, von dieser Presse verleumdet und beschimpft zu werden, darüber sind wir noch immer mit Gemütsruhe hinweggegangen. Die Hunde bellen, die Karawane zieht ihres Weges. Ich habe auch Bedenken gegen den Passus, worin das Bedauern darüber ausgedrückt wird, daß an der Regierung teilnehmende Genossen der bürgerlichen Presse durch Gewährung von Interviews Konzessionen machen. Ich habe noch kein Interview gewährt, obwohl ich in einer Stellung bin, wo ich täglich darum angegangen werde. Aber ich weiß nicht, was ich tun würde, wenn ich in der Regierung säße. Für einen Mann in der Regierung ist das etwas anderes. Er muß in gewissen Fällen zu der gesamten Bevölkerung sprechen. Er muß die gesamte Bevölkerung überzeugen, daß er das Gesamtinteresse vertritt. Dazu bedarf es eines gewissen Einvernehmens mit der Presse. Wenn gesagt wurde, daß Genosse Otto Bauer durch die bürgerliche Presse gestürzt wurde, so stimmt das nicht, wahr aber ist, daß er der von der bürgerlichen Presse bestgehaßte Mann ist. Aber auch er war einmal gezwungen, ein Interview zu geben. Und auch ich könnte, wenn ich in der Regierung säße, vielleicht einmal dazu gezwungen sein. Ich möchte also die Genossen von Mariahilf bitten, diesen Passus aus dem Antrag zu streichen. (Die Mariahilfer Genossen erklären sich damit einverstanden.)

Weiter liegt ein Antrag der Bezirksorganisation Wien-Mariahilf vor, der folgendes besagt:

(Verliest Antrag 9.)

Der zweite Teil des Antrages gehört zum Organisationsstatut. Darüber wird Genosse Danneberg sprechen. Was den ersten Teil anbelangt, ein neues Vereinsgesetz zu machen, sage ich Ihnen heute gleich, es wird dabei nicht viel herauskommen.

Wir haben ja lange an einem Vereinsgesetz gearbeitet, ich selbst war, wenn ich mich recht erinnere, einmal im alten Parlament Referent darüber. Durch lange Jahre hindurch war es unser verstorbener Genosse Pernerstorfer. Ich habe damals einmal im Verfassungsausschuß gesagt: Mein Vereinsgesetz ist sehr einfach: § 1. Das Vereinsgesetz wird abgeschafft. (Heiterkeit.) Denn was heißt denn ein Vereinsgesetz? Das Vereinsgesetz ist eine Sammlung von Bestimmungen, durch die das Recht der Staatsbürger, Verbindungen einzugehen, bis zu einem gewissen Grade, nämlich insoweit es das angebliche staatliche Interesse erheischt, eingeschränkt wird. (Sehr richtig!) Es ist ein Einschränkungsgesetz. Nun gebe ich ohneweiters zu, daß es ja vielleicht einmal notwendig sein kann, solche Einschränkungen zu machen, aber heute kommen wir ohne diese Einschränkungen aus. De facto existiert das Vereinsgesetz ja nicht. (Ruf: O ja, wir müssen die Versammlungen anmelden!) Und wenn es noch Genossen gibt, die Versammlungen anmelden, so machen sie das oft nur zu dem Zweck, um der Sanitätsbehörde Gelegenheit zu bieten, die Lokale zu überwachen, ob sie nicht vielleicht gesundheitsschädlich sind (Lebhafte Heiterkeit) und ob nicht eine Ueberfüllung stattfindet. Einen anderen Grund, eine Versammlung anzumelden, könnte ich mir nicht recht vorstellen. Ich weiß nämlich, daß es überhaupt nicht mehr geschieht. (Pichler: Wir haben den schriftlichen Auftrag erhalten, der Bezirkshauptmannschaft Bruck jede Versammlung anzumelden. Ruf: Gänserndorf hat es im Amtsblatt!) Also tun Sie ihr den Gefallen und melden Sie die Versammlung an. (Pichler: O nein!) Nicht? Dann nicht, es wird Ihnen auch nichts geschehen. (Heiterkeit.)

Der Antrag Alsergrund über die Preßattaches wurde irrtümlich für den Parteitag eingeschickt. Die Genossen haben ihn direkt der Fraktion übermitteln wollen, er kommt auch hier nicht mehr zur Verhandlung.

Ein jetzt eingelangter Antrag Bruck a. d. Mur will, daß die Fraktion Gesetzentwürfe über Achtstundentag und Urlaub der Forstarbeiter einbringt. Nun wissen wir, daß große Schwierigkeiten für die Regelung der Arbeitszeit in landwirtschaftlichen Betrieben und Nebenbetrieben bestehen. Unbestritten ist es jedoch, daß die Forstarbeiter eine Arbeit verrichten, die zu den schwersten und gefährlichsten gehört und sich der Achtstundentag unschwer einführen ließ. Die Fraktion wird das möglichste tun, um dem Antrag Rechnung zu tragen, wie es überhaupt stets unsere Sorge ist, allen Wünschen nach Regelung der Lebenslage der Arbeiter Rechnung zu tragen.

Politische Debatte.

Helmer (Wiener-Neustadt): Unser Antrag mag den Anschein erwecken, als ob wir offene Türen einrennen wollten. Als wir ihn einbrachten, bestanden aber noch nicht die Abmachungen mit den Christlichsozialen. Wir waren noch in einem wilden Verhältnis. Nach den Wahlen zur Nationalversammlung sind wir notgedrungen eine Verbindung mit den Christlichsozialen eingegangen, die diktiert war von der Furcht, die die Christlichsozialen vor der Revolution hatten. Heute müssen wir uns aus Vernunftgründen zur Einigung entschließen. Die Koalition zerfällt in zwei Perioden. Die erste Koalition hat uns den größten Schaden gebracht, weil nicht festgelegt war, wie weit die Christlichsozialen die Verantwortung zu tragen haben. Sie hatten ihre Männer in der Regierung sitzen, aber ihre Abgeordneten gingen auf das Land hinaus und setzten eine wüste Hetze gegen die Sozialdemokraten in Szene und sie machten damit unseren Genossen draußen die größten Schwierigkeiten. Die bäuerliche Bevölkerung, die eine Trägerin die Koalition ist, ist der Arbeiterschaft mit derselben Schroffheit gegenübergestanden wie früher. Unsere Genossen meinten, daß alles, was die Regierung tut, von ihnen auch unbedingt gedeckt werden müßte; es hat draußen großen Wirrwarr angestiftet, daß die Sozialdemokraten für das, was geschehen ist, allein verantwortlich gemacht wurden. Alles, was von der Regierung gekommen ist, Beschlüsse, an denen die Christlichsozialen selbst mitgewirkt haben, wurden von den Christlichsozialen bekämpft. Daraus ist in der ersten Zeit die Mißstimmung entstanden. Nun ist das Verhältnis anders geworden. Es wurden Abmachungen mit den Christlichsozialen getroffen, die die Verantwortung festlegen. Wer aber der Meinung wäre, daß

die Christlichsozialen nun von ihrem Kampf gegen uns, den sie mit den verwerflichsten Mitteln führen, ablassen, der irrt. Fünfzig Kilometer entfernt von Wien sehen wir, wie die Koalition gehandhabt wird. Man tümmert sich draußen nicht im geringsten um die Abmachungen. Deshalb müssen wir prüfen, und es wäre gut gewesen, wenn wir das bedacht hätten, bevor wir diese Koalition eingegangen sind, ob die Verantwortung auch tatsächlich von beiden Teilen ehrlich getragen wird. Wir sind ja davon durchdrungen, daß die Politik naturgemäß von den Machtverhältnissen bestimmt werden muß. Trotzdem muß es aufrecht bleiben, daß die Verantwortung allein auf einer Seite lasten darf. Denn heute wird die Verantwortung wohl von den Sozialdemokraten, aber nicht von den Christlichsozialen getragen. Denken wir nur an die Abmachungen in Bezug auf die Wahlkämpfe. Die Partei bringt für die Koalition die größten Opfer. Am meisten empfinden wir das im Zurückstellen unserer kulturellen Forderungen, gegen die sich von der anderen Seite der Koalition ein wachsender Widerstand zeigt. Bisher hat uns die Koalition nur Nachteile, keinerlei Vorteil gebracht.

Es ist unverkennbar, daß zwischen der Koalition, wie sie bestanden hat und der jetzigen Koalition ein starkes Anschwellen der christlichsozialen Macht im Bereich dieser Koalition wahrzunehmen ist. Wir haben es erlebt, daß ein Mann, der den Christlichsozialen am allerunangenehmsten war, unser Genosse Bauer, letzten Endes deshalb aus der Regierung hinaus mußte, weil ihn die Christlichsozialen hinausdrängen wollten. Das ist unsere Meinung und in den Reihen der Arbeiterschaft kann diese Meinung nicht verwischt werden. Darum ist unser Standpunkt der, daß, bevor die Koalition geschlossen wurde, die Parteigenossen draußen und überall hätten um ihre Meinung befragt werden sollen. Wir wissen, da wir ja die Christlichsozialen kennen, daß sie, wenn sie sich stark genug fühlen werden, gegen uns anzukämpfen, mit aller Wucht gegen uns ankämpfen werden und da befürchten wir, daß es dann vielleicht zu spät sein wird, an eine Revision der Koalitionsgrundsätze vorzunehmen. Deshalb können wir nicht die Aufgabe haben, unsere Arbeiterschaft zu lehren, daß sie alle die Bedingungen der Koalition bis auf das letzte I-Tüpfelchen zu erfüllen, sondern daß wir nach wie vor die Arbeiterschaft so aufrütteln müssen, daß sie nicht vergißt, daß wir die Erfolge, die wir bisher errungen haben, nur durch den Kampf, den wir mit den Gegnern durchgefochten haben, errungen haben, nur dadurch, daß wir auf dem Klassenstandpunkt verharrten. ((Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Tomschik**: Von Abram und Scheibein ist folgender Antrag eingelangt

(liest Antrag 11).

Preußler (Salzburg): Als Delegierter von Salzburg muß ich mich dem Antrag der Genossen Scheibein und Abram rückhaltslos anschließen. Wir stehen ebenfalls auf dem Standpunkt des Selbstbestimmungsrechtes, des Anschlusses an das Deutsche Reich. Das Land Salzburg ist durch den Wiener Frieden vollständig ruiniert worden, bereits hundert Jahre früher als Tirol. Es wurde der fruchtbare Teil von Salzburg durch das Diktat Napoleons abgeschnitten und der unfruchtbare Teil ist uns geblieben. Wenn allenthalben die Meinung besteht, namentlich in Wien, daß Salzburg wer weiß was abliefern könnte, so ist das vollständig unrichtig. Salzburg ist ein durchaus unfruchtbares Land, ein einziger Hagelschlag oder eine Mißernte ruinieren die Ernährungsverhältnisse vollständig, weil wir ebenso von der Einfuhr von draußen abhängen, wie die übrigen österreichischen Länder mit Ausnahme des einzigen Ueberschußlandes, das wir besitzen. Dann schließen wir uns aber auch dem Antrag Scheibein-Abram vom Standpunkt der Internationale an. Es ist eine Ehrensache für die Internationale, jene deutschen Sozialdemokraten, die seit jeher am treuesten zur Internationale gestanden sind, soweit zu vertreten, daß ihr Selbstbestimmungsrecht nicht auf dem Papier steht. Die Zerreißung, die uns die Friedensschlüsse von Versailles und St. Germain gebracht haben, kann unmöglich bestehen bleiben. Wir sind existenzunfähig geworden. Das ehemalige deutsche Oesterreich ist in zwei Teile zerschnitten worden, der eine Teil, der wirtschaftlich entwickelte Teil, ist den slawischen Völkern zugesprochen während der wirtschaftlich vollständig unentwickelte Teil zu einem Zwangsstaat ver-

einigt wurde, dem innerlich jede Lebensfähigkeit abgesprochen werden muß. Aus allen diesen Gründen schließen wir uns dem Antrag Abram-Scheibein an und bitten den Parteitag, ihn anzunehmen. (Beifall.)

Kohn (Gänserndorf): Man sagt immer, daß sich die Arbeiterräte Uebergriffe erlauben. Konkrete Tatsachen wurden meist nicht vorgebracht. Die Uebergriffe sind ganz anderswo. Das Kriegsministerium liquidiert schon ein Jahr und wird wahrscheinlich so lange liquidieren, bis der letzte Heller aufgezehrt ist. Ueber diese Uebergriffe hat sich noch keiner ereifert. Wenn Arbeiterräte Lebensmittel mit Beschlag belegen, sperren sie nicht damit die Lebensmittel von Wien ab, sondern wollen damit die Approvisionierung erleichtern. Wenn Sie sich in Gänserndorf zu einem Zug stellen, werden Sie sehen, daß 3000 bis 4000 Kilogramm Kartoffeln von 300 bis 400 Menschen fortgeführt werden. Der Transport kostet somit das Tausendfache von dem, was er kosten könnte. Wenn die Arbeiterräte dem Einhalt tun, schaden sie nicht, sondern nützen nur.

Es wäre besser gewesen, die Koalition erst zu schließen, bis der Parteitag die Richtlinien dafür festgesetzt hat. Besonders notwendig ist die Reform der Verwaltung. Wir sehen, wie unsere Bezirkshauptmannschaften fungieren und wie diejenigen, die die Macht haben, die Dinge zu ändern, uns an die Hand gehen. Wir haben uns an die Landesregierung gewendet, doch Genosse Sever hat uns hinauskomplimentiert, statt Abhilfe zu schaffen. Wenn in Gänserndorf ein Konzeptspraktikant noch ein Kaiserbild hängen hat und sich noch immer Baron nennen läßt und sich noch zu sagen getraut: „Früher haben sie geschimpft und jetzt ist es noch schlechter", so mußten wir dagegen Beschwerde führen, aber es ist nichts geschehen, außer daß man darüber die Achsel gezuckt hat. Wir werden bei der Landesregierung nicht mehr bittlich werden, sondern werden uns, wie man das so nennt, „Uebergriffe" erlauben und das tun, was wir im Interesse des Proletariats für nötig erachten. Wenn wir agitieren sollen, müssen wir zu jeder Stunde auf Unterstützung rechnen können. Dann werden wir noch viel lebhafter arbeiten und unser Ziel früher erreichen.

Ruschak (Mürzzuschlag): Wir haben das Referat des Genossen Seitz über die Tätigkeit der Fraktion und über die Notwendigkeit der Koalition gehört und so notwendig die Koalition auch ist, so müssen wir doch sagen, wie widerwärtig sie uns erscheint. An dem Referat in seiner Gänze läßt sich gewiß nichts aussetzen. Wir müssen uns nun aber doch vor Augen halten, daß bei den gegenwärtigen Verhältnissen die Zeche nicht von den Christlichsozialen, sondern von den Sozialdemokraten bezahlt werden wird, weil sich die Christlichsozialen draußen um die Abmachungen blutwenig kümmern. Ich möchte auch in gewisser Hinsicht von Genossen Seitz Aufklärung verlangen, wie es mit den Vereinbarungen über die Sozialisierung war, soweit sie sich um die Rohstoffprodukte handelt. Die Christlichsozialen haben da mit einem kräftigen Widerstand eingesetzt und unsere steirische Eisenindustrie ist nur deshalb in fremde Hände gekommen, weil diese Herrschaften es so wollten. Ich sehe wohl auch die Schwierigkeiten, die durch die lange Verzögerung des Friedens durch die feindlichen Mächte herbeigeführt wurden, wodurch in den finanziellen nichts vorwärts gehen konnte. Schumpeter hat immer nur zugesehen, wie die Entwertung unserer Valuta fortgeschritten ist. Da müssen wir aber nun fragen, weshalb der Fraktionsvorstand nicht schon früher, als noch etwas zu retten war, gegen Schumpeter aufgetreten ist. Alles in allem müssen wir uns klar vor Augen halten, daß wir der Notwendigkeit einer Koalition nur so lange Folge leisten können, als es möglich ist, unseren Klassenkampf rein zu halten. (Beifall.)

Dr. Bauer: Ich möchte zunächst dem Genossen Helmer gegenüber eine persönliche Richtigstellung machen. Es ist unwahr, daß ich den Christlichsozialen zuliebe zurückgetreten bin. Es ist möglich, daß es den Christlichsozialen lieb ist, daß ich zurückgetreten bin, aber ihnen zuliebe bin ich nicht aus der Regierung geschieden. Warum ich zurückgetreten bin, habe ich öffentlich gesagt. Die Genossen haben keinen Grund, an meinem Freimut zu zweifeln. Die Koalition ist für uns alle eine bittere Notwendigkeit, aber für den Augenblick doch eine Notwendigkeit. Allerdings sind wir uns klar darüber, daß die Koalition an Bedingungen geknüpft ist. Die andere Seite muß es uns möglich machen, innerhalb der Koalition eine Politik zu betreiben, die sich mit unseren Grundsätzen und mit der Ehre der Sozialdemokratie verträgt. So ist es zum Beispiel ein selbstverständliches Prinzip der Demokratie, daß sie politische

Flüchtlinge nicht an ausländische Häscher, an ausländische Zuchthäuser ausliefert. Aber es ist merkwürdig, daß dieses selbstverständliche Prinzip der Demokratie gerade von Leuten, die uns jeden Tag eine Verletzung der Grundsätze der Demokratie, wie sie angeblich von Arbeiterräten geschieht, vorwerfen, nicht eben hochgehalten wird. Die Genossen wissen, welche Hetze getrieben wurde, weil wir den Ungarn, die vor der konterrevolutionären Regierung flüchteten, Asyl geboten haben, und jetzt gibt es Leute, die das Asylrecht für die bayrischen Kommunisten in Frage stellen. Deshalb glaube ich sagen zu müssen, und ich glaube, der Parteitag wird der Meinung einmütig beitreten, daß es nicht nur mit unseren politischen Grundsätzen und der Tradition der Sozialdemokratie, sondern auch mit der Ehre einer revolutionären Partei unvereinbar wäre, auch nur einen Tag eine Regierung zu unterstützen, wenn sie einen Ausländer wegen eines politischen Deliktes, begangen in einer Kette revolutionärer Ereignisse, ausliefern würde. (Lebhafter Beifall.)

Es ist wahr, daß in der Koalition die Macht der Christlichsozialen stärker ist als sie war. Eine Koalition ist nichts Starres, die Kraft des einen oder anderen kann stärker oder schwächer werden, das wird von Umständen bedingt. Infolge einer Reihe von Umständen, besonders infolge der Ermutigung, die ihnen der Zusammenbruch der ungarischen Rätediktatur brachte, sind die Christlichsozialen erstarkt. So unfruchtbar es ist, darüber zu streiten, ob uns die Koalition angenehm ist oder nicht, so notwendig ist es, dafür zu sorgen, daß wir innerhalb der Koalition möglichst stark seien und daß, wenn die Koalition einmal aufgelöst werden muß, wir so wehrhaft als möglich seien.

Darauf glaube ich besonders aufmerksam machen zu müssen, weil mir scheint, daß diese Machtfragen nicht überall in dem rechten Licht gesehen werden. Dieses Deutschösterreich ist eine mechanische Summe von zwei sehr ungleichen Dingen, nämlich von Wien und von den Ländern. Was unsere Machtposition in Wien anbelangt, so ist sie sehr stark und nicht so leicht zu erschüttern, wie die Leute meinen, die glauben, uns mit einem Offiziersputsch aus dem Sattel heben zu können. Aber ganz anders sind die Machtverhältnisse in den Ländern, wo die Arbeiterklasse einen viel kleineren Teil der Bevölkerung bildet, wo die Bauernschaft sehr stark ist, wo unsere Macht nicht so groß ist wie hier. Und da bitte ich die Genossen aus den Ländern, mir einige freimütige Worte zu erlauben, um die Frage an sie zu richten, ob sie denn jenen entscheidenden machtpolitischen Gesichtspunkten immer die Aufmerksamkeit schenken, die, wie wir glauben, ihnen gebührt. Unsere Partei ist überall oder fast überall in den Landesregierungen vertreten, aber wir haben wiederholt die Beobachtung gemacht, daß die Genossen zwar mitverwalten, aber nicht immer mit Macht haben, was zwei sehr verschiedene Dinge sind. Wir sehen, daß die Genossen in einer Reihe von Ländern zwar an der wirtschaftlichen und sozialen Verwaltung beteiligt sind und mit die Verantwortung tragen für den Ernährungsdienst und dergleichen, also eine sehr schwere Verantwortung, daß aber daneben die eigentliche politische Verwaltung, insbesondere das, was unmittelbar machtausübend ist, den Christlichsozialen überlassen ist und von ihnen sehr oft in einem offen reaktionären Sinne ausgeübt wird. Ich brauche nur auf die Haltung zum Beispiel der Gendarmerieoffiziere in Steiermark zu verweisen. Dieses eine Beispiel wird mich wohl zu der Frage berechtigen, ob die Genossen in den Ländern überall darauf sehen, daß nicht unter der Deckung von Landesregierungen, an denen auch Sozialdemokraten beteiligt sind, und wo Sozialdemokraten mitverwalten, in Wirklichkeit christlichsoziale, bürgerliche und konterrevolutionäre Organe in den Ländern Macht ansammeln, die sie unter Umständen gegen die Demokratie und gegen die Republik in Bewegung setzen könnten. Das ist mir aber noch nicht das Wichtigste. Wichtiger ist mir die Stellung unserer Genossen zu jener ganzen Hetze gegen Wien und zu jenem ganzen System partikularistischer Maßregeln, von denen die Politik der Länder erfüllt ist. Ueber die eigentlichen Wurzeln dieses Partikularismus kann sich niemand täuschen. Es ist natürlich wahr, daß er seine Nahrung findet in dem begreiflichen Mißtrauen der Länder gegen die unnatürlich große Hauptstadt. Es ist wahr, daß er besonders gestärkt wird durch die Ernährungsnöte, durch das Bedürfnis jedes Landes, das, was es an Lebensmitteln besitzt, selbst zu behalten, durch die allgemeine wirtschaftliche Not, durch die Finanznot u. s. w. Aber alle diese Umstände erlauben doch nur den reaktionären Elementen in den Ländern das

zu tun, was noch in jeder Revolution versucht worden ist, nämlich das agrarische, das bäuerliche Land gegen die revolutionäre Hauptstadt auszuspielen und dort die Trutzburg der erstarkenden Konterrevolution zu schaffen. Nach dem christlichsozialen Verfassungsentwurf soll die Stadt Wien in dem Ständehause, in dem Länderhause, das die Christlichsozialen da schaffen wollen, genau soviel Vertreter haben, wie das kleinste aller Länder, Vorarlberg es soll also Wien mit $2^1/_2$ Millionen Menschen ebenso stark dort vertreten sein, wie das Ländchen, das ebensoviel Einwohner hat wie ein Wiener Bezirk. Als ich das las, da erinnerte ich mich an eine berühmte Rede aus der Zeit der Französischen Revolution, wo einer der Führer der Girondisten sagte, Paris dürfte nur ein Siebenundachtzigstel von Frankreich sein und nur die Rechte eines Siebenundachtzigstels haben, das heißt, so viel wie jedes der 87 damaligen Departements. Das war damals der Versuch, die revolutionäre Hauptstadt in ihrer Bedeutung, in ihrer Macht herabzudrücken, zu verkleinern, sie zu dekapitulieren, um dem agrarischen, dem konservativen, dem reaktionären Lande die Uebermacht zu sichern. Und dieses Spiel der Vendéen, das sich in jeder Revolution wiederholt hat, wird auch hier betrieben und das steckt hinter dem Partikularismus dahinter. Man kann das in jedem einzelnen Falle nachweisen. Wenn jetzt vor wenigen Minuten ein steirischer Genosse gefragt hat, ob denn die Fraktion in der Nationalversammlung alles Notwendige getan hat, um die Sozialisierung unserer Naturschätze zu ermöglichen, und ihr Uebergehen in ausländische Hände zu verhindern, so muß ich den steierischen Genossen daran, erinnern, daß die Sozialisirung der Alpinen Montangesellschaft in dem Moment, wo sie möglich war, verhindert worden ist durch die Landesregierungen von Steiermark und Kärnten.

Und das wird noch deutlicher, wenn ich Ihnen erzähle, daß vor kurzer Zeit, wenn ich mich recht erinnere, so war es im März dieses Jahres, in der Wiener „Politischen Gesellschaft", also in einer Bourgeoisgesellschaft, ein Großindustrieller nach einem Vortrag über Sozialisierung eine Rede gehalten hat, in der er sagte: „Wir fürchten die Sozialisierung nicht, wir werden uns hinter die Länder stecken." So findet jede Bewegung der Reaktion an dem Länderpartikularismus eine Stütze. Ich frage mich, ob die Arbeiterschaft in den Ländern, die diesen reaktionären Bestrebungen gegenübersteht, so stark ist, daß sie sie zu verhindern imstande ist. Ich zweifle daran. Wir sehen mit großem Bedauern, daß die Genossen in den Ländern von ihrer Ernährungsnot so völlig in Anspruch genommen sind, daß sie das politische Getriebe nur noch unter ernährungspolitischen Gesichtspunkten betrachten und daß diese Ernährungspolitik den Länderpartikularismus stärkt. Wenn man als berechtigt anerkennt, daß sich die Länder absperren, daß sie sich an die Gesetze des Staates nicht halten, wenn man das anerkennt, weil dadurch allerhand kleine ernährungspolitische Vorteile geboten werden, dann stützt man wider Willen jene reaktionären Bestrebungen, die sich hinter dem Länderpartikularismus verschanzen.

Wenn die Staatsregierung mit den Landesregierungen verhandelt, etwa über den Abbau der Verkehrsschwierigkeiten, dann hören wir immer wieder, die Arbeiterräte oder die Sozialdemokraten werden das nicht erlauben. Wenn das auch oft vorgetäuschte Uebertreibungen sind, so ist es dennoch wahr, daß vielfach die Arbeiterschaft selbst, weil sie nur die Ernährungsschwierigkeit sieht, dem Landespartikularismus die stärkste Stütze gibt. Darin liegt für unsere Machtstellung eine starke Gefahr, eine viel stärkere als es die Koalition ist. Ich bin kein Zentralist, ich wünsche den Bezirken und Gemeinden große Autonomie, ich bin weniger Zentralist als mancher Genosse in den Ländern, die ganz sonderbar und mir unverständlich zentralistische und partikularistische Tendenzen vermengen. In Oberösterreich ist es zum Beispiel so, daß sie in Ernährungssachen Partikularisten und Stützen des Partikularismus sind (Widerspruch), ich spreche von der Haltung der Fraktion der Landesversammlung, aber dieselben Genossen sind Anhänger der Umwandlung der Gemeindepolizei in eine Staatspolizei. Da bin ich wieder Autonomist! Ich habe den Eindruck, daß die Genossen in den Ländern und Gemeinden, die zu Funktionen gekommen sind, für die wir uns in der alten Regierung nicht schulen konnten, im Augenblick so schwer von der Not in Anspruch genommen sind, daß sie die Wirkung ihrer Politik auf die Machtstellung der Arbeiter im Staate aus dem Auge lassen. Wir dürfen uns über die Lage nicht täuschen. Von Ungarn her kommt eine Welle der Konterrevolution über uns. Wir überschätzen die Gefahr nicht, wir wissen, daß jeder, der die Republik antasten wollte,

mit blutigem Kopf, buchstäblich mit blutigem Kopf nach Hause geschickt würde, aber so wenig kleinmütig wir sind, so wahr ist es, daß uns größere Vorsicht und Wachsamkeit not täte. Die Koalition ist wohl jetzt nötig, aber nötig ist auch vor allem, daß wir innerhalb der Koalition stark sind, und daß wir stark sind, wenn sie sich in einem Augenblick als unmöglich erweisen soll. Stärke haben wir aber nur, wenn wir vom Proletariat einig und kräftig den Besitz der größtmöglichen Machtmittel erhalten. (Beifall.)

Helene **Bauer** (Wien): Unsere Bezirksorganisation hat einen Antrag gestellt, der Parteitag möge die sozialdemokratische Fraktion beauftragen, daß er auf die schleunige Erlassung eines zeitgemäßen Vereinsgesetzes hinarbeite. Der Parteitag soll die Bezirksorganisation beauftragen, auf Grund dieses Gesetzes sogleich die Auflösung ihrer veralteten Form als politische Vereine und ihre Umwandlung nach einem von der Parteileitung zu beschließenden einheitlichen Statut vorzunehmen. Genosse Seitz hat sich wohl gegen diesen Antrag erklärt, aber wir müssen beteuern, daß er uns sehr wichtig ist. Wir haben ja soeben gehört, daß das politische Kräfteverhältnis bei uns sehr labil ist und daß sich die Kräfte nach der Seite der Bürgerlichen verschieben könnten. Für uns ist es deswegen sehr wichtig, daß die schon gewonnene Vereinsfreiheit auch in der Verfassung festgelegt erscheint. Es soll erklärt werden, daß das bisherige Vereinsgesetz aufgehoben ist und daß die Republik die volle Vereinsfreiheit gewährleistet. (Beifall.)

Laimer (Ebensee): Das Gesetz über die Urlaube der Arbeiter enthält auch die Bestimmung, daß der Urlaub auch solchen Arbeitern gewährt werden muß, die nicht in gewerblichen Betrieben beschäftigt sind. Wie es aber die Amtsvorstände auslegen, ist eine andere Sache. Sie legen das Gesetz ganz einfach so aus, wie sie wollen, und das trifft namentlich die Forstarbeiter. Kürzlich wäre es dadurch fast zu einem Streik von 4000 Arbeitern gekommen, und es ist uns nur mit großer Mühe gelungen, die Forstarbeiter von dem Streik abzubringen. Es wurde hier auch von der Länderabsperrung gesprochen. Es ist aber in Wahrheit den Genossen nicht zu verübeln, wenn sie eigentlich auf Wien nicht sehr gut zu sprechen sind. Wir hatten im Sommer bei uns wieder eine Saison. Die fetten und reichen Wiener waren draußen. In der Zeit, wo die Sommerfrischler draußen waren, hat sich im Gmundner Bezirk, unterstützt von Bankleuten, ein Komitee gebildet, das sich Lebensmittel in Hülle und Fülle verschaffte. Das bekämpfen wir in den Ländern, daß täglich 500 bis 600 Kilogramm Butter nach Wien hinuntergehen, die aber nicht dem Proletariat zugute kommen. Für reelle Zuschübe werden die Genossen in Oberösterreich, auch der Landeshauptmannstellvertreter, jederzeit zu haben sein, nicht aber für die Versorgung der Reichen.

Straßer (Linz): Wenn ich hier Stellung nehme zu den Ausführungen Dr. Bauers, so deshalb, weil es notwendig ist, daß auch der Standpunkt der Arbeiter von der Provinz hier zum Ausdruck kommt. Wenn berechtigte Unzufriedenheit herrscht über den Partikularismus in den Ländern, so müssen wir uns auch fragen, was eigentlich dazu führt. Leider müssen wir immer und immer wieder die Wahrnehmung machen, daß auch im Zentrum des Landes, in Linz, die Eigentümlichkeit des Landes nicht immer voll gewürdigt wird. Nun trifft sich das ganz genau wieder mit der Politik der Christlichsozialen. Die Politik der Christlichsozialen ging darauf aus, die Kluft immer mehr zu erweitern. Sie bedienen sich hauptsächlich der Tatsache, daß Preisunterschiede bestehen. Tatsache ist, daß in Wien nicht immer das nötige Verständnis obwaltet, weil in Oberösterreich etwas niedrigere Preise sind. Da sagen die Christlichsozialen, ihr wollt, daß wir dieselben Preise haben wie in Niederösterreich. Sie haben keine Ahnung, mit welchen Mitteln die Christlichsozialen arbeiten. Es wurde sogar versucht, mit den Sozialdemokraten eine Verbindung herzustellen, die gegen Wien gerichtet sein soll, das uns das Letzte wegnehmen wolle. Daß eine derartige Politik bei den Massen nicht ohne Wirkung bleibt, ist bei der Notlage selbstverständlich. Die Christlichsozialen sind sogar mit dieser Parole in den Wahlkampf gezogen. Allerdings muß gesagt werden, daß unsere Partei den Christlichsozialen nicht immer mit der nötigen Schärfe entgegengetreten ist. In manchen Dingen mögen ja sozialistische Entgleisungen vorgekommen sein. Notwendig ist für uns auch, daß der Parteitag erklärt, ob er für oder gegen die Verstaatlichung der Polizei ist. In Oberösterreich sind es nicht wenig Genossen, die gegen die Verstaatlichung sind. Auch in Wien sollen Ge-

nossen dagegen sein. Zumindest muß in jedem das Gefühl klar sein, daß sich der Parteitag hiezu prinzipiell erkläre.

Wie weit es mit der Vereinsfreiheit bereits gekommen ist, können Sie aus folgendem ersehen: In Linz hat ein Verein der Freidenker die Statuten eingereicht. Aber die Behörde hat sie nicht zur Kenntnis genommen. Daran erkennen Sie, wie groß die Macht der Christlichsozialen ist. Ich glaube, daß es nötig ist, daß der Parteitag Richtlinien schafft über das Verhalten der Genossen in den Provinzen. Der Partikularismus hat wohl Wurzel gefaßt, aber wenn der Parteitag Richtlinien feststellt, wie weit die Genossen gehen können, so wird das die Arbeiterschaft nicht ablehnen. Ich habe schon im Landtag erklärt, daß, wenn auch Zugeständnisse gemacht werden, die Arbeiterschaft des Landes nicht zugibt, daß die Arbeiter Wiens und Niederösterreichs allein gelassen werden, und ich habe den Christlichsozialen erklärt, daß die Arbeiterschaft nicht auf seiten der Länder sein wird, weil wir überzeugt sind, daß nicht die Frage sein wird, ob Länder oder Staaten bestehen, sondern daß eine sozialistische Weltordnung aufgerichtet wird, die die Einmütigkeit im ganzen Reiche voraussetzt. Deshalb glaube ich, daß dieser Parteitag nicht vorübergehen wird, ohne Beschlüsse zu fassen, die für die Genossen nicht nur Richtlinien für ihr Handeln, sondern auch bindend sein sollen. (Zustimmung.)

Abgeordneter **Abram** (Innsbruck): Mit demselben Freimut, mit dem Bauer gegen die Länder gesprochen hat, möchte ich die Regierung bitten, gegen die Ländertrotteloſis der Bürgerlichen weniger nachgiebig zu sein. Wir waren zu schärfster Abwehr gewillt, dann haben uns die Christlichsozialen eine Depesche des Staatskanzlers gezeigt oder eine andere Aeußerung zu wissen gemacht, die zeigte, daß wir entschiedener waren als die Genossen in der Wiener Regierung. Wenn die Regierung, mit deren Kredit wir uns Getreide beschaffen, zu Repressalien gegen die Ländertrotteloſis schreitet, die uns den Kredit untergräbt, sind wir bereit, die Repressalien vor den Arbeitern zu vertreten. Nicht die Arbeiterräte ruinieren den Staatskredit, sondern diese Trotteloſis setzt den Kredit beim internationalen Leihkapital herab. Das werden wir den Proletariern sagen, auch wenn sie zwei bis drei Wochen kein Brot bekommen sollten. Das, bitte ich, möge die Regierung zur Kenntnis nehmen und insbesondere der so weichherzige Genosse Renner, damit er mit mehr Härte gegen die Bürgerlichen auftritt.

Diese Länderbestrebungen kommen daher, daß wir gezwungen sind, in einem lebensunfähigen Staat zu leben. Alle Länder mit Ausnahme Oberösterreichs sind allein lebensunfähig. Tirol und Salzburg waren Luftreservoire für die reichsdeutschen Touristen, dort wurden Hotels gebaut und die Reichsdeutschen brachten das Geld herein. Kärnten war ebenfalls nur ein Verkehrsland, bloß in Steiermark ist es wegen des Eisen- und Kohlenvorkommens etwas anders. Weil nun die Länder nicht leben können, entsteht die Meinung, daß Wien zu viel nimmt und den Ländern das Lebenslicht auslöscht. Bezüglich der Verkehrseinschränkungen, die wir immer bekämpft haben, muß ich aber auch hier sagen, es ist den Parteigenossen draußen im Salzkammergut, im Salzburgischen wie im Tirolischen vielfach schwer geworden, für den vollständig freien Verkehr einzutreten, weil sich der allerjüngste Reichtum draußen schmarotzend, saufend, fressend, prahlend breitgemacht hat in jenen Orten, die neben den großen Hotels bescheidene Sägewerke, bescheidene Erzvorkommen oder dergleichen haben. Während die Proletarier nicht einmal regelmäßig ihr Brot bekamen, während sie kein Fett bekamen, während sie für die Arbeiterkinder keinen Tropfen Milch bekamen, waren es dieselben christlichsozialen Hoteliers, die um teures Geld alles an die Fremden lieferten, waren es dieselben Bauern, die um höheren Preis alles an die Fremden verkauften, und diese Sorte Fremde, die Schleichhändler und Schieber waren es, die draußen den Proleten das Leben so unangenehm gemacht haben.

Im weiteren noch wenige Worte zu dem Antrag, den Genosse Scheibein und ich eingebracht haben. Ich möchte den Parteitag nicht vorübergehen lassen, ohne daß wir sagen, wir müssen überall, wir draußen und Sie in Wien, wo Sie am wenigsten zu der Frage Stellung genommen haben, für den Zusammenschluß aller Deutschen viel wärmer eintreten, als dies bisher geschehen ist. Wenn es möglich war, daß die Tschechoslowaken einen Staat bilden, wenn es möglich war, daß man die Jugoslawen zusammenbrachte, wenn es möglich ist, daß die Italiener sich arrondieren, mit welchem Recht in der Welt will man es verwehren, daß auch die Deutschen sich zusammen-

schließen? (Lebhafter Beifall.) Der Zusammenbruch aller Deutschen ist das Grab dieser Ländertrottelosis und ist auch die einzige Möglichkeit für uns, uns wieder emporzuarbeiten. Sehen Sie auf das Parlament, wie Sie wollen, wenn Sie auch die Vermögensabgabe machen und alle möglichen Steuern einführen, wir werden nicht leben können, mit den Eingängen, höchstens daß wir das aufgelaufene Defizit einigermaßen abtragen, um im nächsten Jahre wieder dieselbe Schuldenwirtschaft beginnen zu müssen. Der Zusammenschluß aller Deutschen wird es aber dahin bringen, daß die norddeutschen Fabriken, die für den Export nach dem Süden arbeiten, verlegt werden zu den Wasserkräften der Alpenländer. Der Zusammenschluß wird Wien vor dem Verfall schützen, wird es zur zweiten Hauptstadt machen und wird das wirtschaftliche Leben für uns alle garantieren. Und ein sozialistisch gefärbtes Deutschland, ein zusammengefaßtes Reich aller Deutschen, das erst wird sich wieder jene Geltung erwerben bei dem internationalen Proletariat, die wir notwendig brauchen, wenn wir nicht dauernd in schwärzesten Pessimismus verfallen sollen. Da müssen wir einsetzen, das müssen wir sagen, das müssen wir den Christlichsozialen und den Deutschnationalen, aber auch unseren Parteigenossen so lange einhämmern, bis es begriffen wird. (Beifall.)

Auch den Genossen im Deutschen Reiche wird es von Nutzen sein, wenn wir kommen, denn wir kommen nicht als arme Schnorrer an. Wir bringen eine wärmere Lebensart, wir bringen aus Oesterreich eine Summe von Intelligenz, den Willen eine einige große Arbeiterbewegung zu schaffen. Vielleicht auch könnten wir vermittelnd wirken zwischen den Brüdern im Reiche. Mit uns ginge der Wille, ein großes deutsches, sozialistisch orientiertes Reich aufzubauen. (Lebhafter Beifall.)

Ruschak (Mürzzuschlag): Wenn Genosse Dr. Bauer ausgeführt hat, daß die Sozialisierung auch von den Ländern verhindert wurde, so wäre es doch notwendig gewesen, daß uns der Parteivorstand darauf aufmerksam gemacht hätte, wieviel Schwierigkeiten bei uns draußen zu finden sind. Wie schon die Alpine Montangesellschaft weg war, haben wir in der „Arbeiter-Zeitung" scharfe Angriffe gefunden. Wären wir rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht worden, was geschehen kann, dann hätten uns die Herren von der Landesregierung klaren Wein einschenken müssen; das hätte geschehen sollen zu einer Zeit, wo noch etwas zu retten war. Nachher war es zu spät. Deshalb kann uns in Steiermark keine Schuld treffen. Auch über die Approvisionierung ist noch manches zu sagen, obwohl ich alles begrüße, was Genosse Bauer ausgeführt hat. Seien Sie überzeugt, daß wir in Steiermark bestrebt sind, alles für Sie aufzubringen, was möglich ist. Der größte Förderer des Länderpartikularismus ist der Schleichhandel der Schieber. Es wurde uns oft entgegengehalten, wie es kommt, daß, wenn ein Artikel freigegeben worden war, das Wiener Proletariat so wenig davon zu sehen bekam. Immer war es die Bourgeoisie, die alles aufgekauft hat. Arbeiten Sie mit uns einheitlich daran, daß das Wenige, was man auftreiben kann, in erster Linie den Notleidenden in Wien zugewendet werden kann. Wir wollen auch den Hunger mit Ihnen teilen, aber wir können es nicht ertragen, daß das, was wir abgeben können, nur der Großbourgeoisie zugute kommt. Bauer hat auch über die Frage der Gendarmerieoffiziere in Steiermark gesprochen. Wir werden sicher in der Lage sein, alle solche reaktionären Gelüste einzudämmen. Abram hat uns geschildert, wie sehr der Anschluß an Deutschland unser Ziel sein soll, und wir wollen mit Ihnen alle Widerstände überwinden, um dieses Ziel zu erreichen.

Max Adler (Wien): Es ist kein Geheimnis, zu sagen, daß die Partei in den weitesten Kreisen die Notwendigkeit der Koalition nur mit Unbehagen entgegengenommen hat. Diesem Unbehagen haben wir wiederholt Ausdruck gegeben. Wir haben die Koalition stets als bittere Notwendigkeit empfunden. Wenn wir trotzdem eingesehen haben, daß die Koalition notwendig ist, so deshalb, weil wir erkannt haben, daß die Koalition derzeit das taktische Mittel ist, um die Macht des Proletariats in der heutigen Krise zu erhalten. Es ist eine Durchhaltepolitik, die wir aber nicht für fremde, sondern für sozialistische Zwecke machen. Aber freilich müssen wir sie so machen, daß sie eine wirkliche Durchhaltepolitik ist. Alle maßgebenden Faktoren müssen sich klar sein, daß diese Koalition eine andere Koalition ist, als wie sie sonst unter bürgerlichen Parteien geübt wird. Die Koalition der bürgerlichen Parteien ist eine solche, daß der Klassenstaat erhalten bleibt. Wir aber wollen in und trotz der

Koalition gerade jenen Geist stärken und jene Kräfte des Proletariats stärken, durch welche der Klassenstaat überwunden wird. Wir müssen daher innerhalb der Koalition mehr Macht bekommen, und das ist jener Punkt, wo vielfach eine Reform unseres politischen Verhaltens eintreten müßte. Wir müssen nämlich in jenen Machtposten, die wir zu besetzen haben, trachten, eine größere Macht auszuüben. Es ist besonders notwendig, auf dem Gebiet des Innern, des Schul- und Heerwesens. Zwei Wege gibt es zu diesem Ziel: der eine ist der, daß wir von der politischen Macht, die wir in der Koalition haben, innerhalb der Staatsämter, die wir innehaben, einen größeren Gebrauch machen und vor allem dafür sorgen, daß die Verwaltung in unserem Geiste geführt wird. Es nützt die schönste Ueberzeugung der führenden Männer nichts, wenn die besten Ideen durch die Widerwilligkeit der Bürokratie sabotiert werden. Diese Sabotage besteht. Der Zeitmangel verhindert, viele Beispiele zu geben. Nur eines: Der Leiter unseres Schulwesens ist bestrebt, eine Schulreform in die Wege zu leiten. Dabei erfährt er aber den Widerstand eines großen Teiles der Lehrerschaft. Das zeigt sich insbesondere bei den mit großen Hoffnungen ins Leben gerufenen Elternversammlungen. Die Lehrerschaft ist zum großen Teile nicht gewillt, diesen neuen Geist einziehen zu lassen. Die Beseitigung der alten Bürokratie in allen Zweigen der Verwaltung und in der Schule ist eine dringende Aufgabe, wenn wir wirklich mehr Macht gewinnen wollen. Der zweite Weg, damit wir größere Macht erlangen und in der Verfolgung unserer Ziele nicht gehindert werden, kann nur sein, daß die Genossen dafür sorgen, daß die lebendige revolutionäre Kraft der Bewegung in den Massen lebt. Die Koalition trägt soviel Gefahren in sich, politischen Verpflichtungen zu erliegen, daß diese Gefahren nur korrigiert werden können durch die lebendige Kraft des Proletariats selbst. Es kommt darauf an, daß wir den Gedanken festhalten, daß nicht das Staatsinteresse unser leitendes Prinzip sein kann, sondern nur das Klasseninteresse des Proletariats. Die Elastizität der Koalition, von der Bauer sprach, muß auch von uns ausgenützt werden, und zwar dadurch, daß die Kraft der Arbeiterbewegung in die Wagschale geworfen wird. Es gibt ein Mittel dazu, und es muß um so mehr angewendet werden, als die Koalition die Bewegungsfreiheit der Partei behindert. Dieses Mittel sind die Arbeiterräte. Das Proletariat hat sich in den Arbeiterräten revolutionäre Organe geschaffen und sie müssen die revolutionäre Kraft sein, die dafür sorgt, daß die Koalition nichts bezweckt, als die Kraft des Proletariats durchzuhalten, bis wir sie in freier, ungehinderter Tätigkeit werden spielen lassen können. Alle Schäden und Schranken der Koalition werden beseitigt, wenn wir uns stützen können auf den revolutionären Willen des Proletariats, der immer die einzige Quelle unserer Kraft sein wird.

Abgeordneter **Witternigg** (Salzburg): Genosse Bauer hat an die Vertreter der Länder die Frage gerichtet, ob sie in der Lage sind, der gesammelten Reaktion in den Ländern kraftvoll entgegenzutreten. Diese Frage zu beantworten, ist für jeden einzelnen Vertreter eines Landes schwer. Wir sind jeder konterrevolutionären Bewegung, komme sie von wo immer, mit allen unseren Kräften entgegengetreten. Wir haben in den letzten Monaten Verschiedenes gesehen, Verschiedenes erlebt und die Wiener Genossen, die ein wachsames Auge haben für die Vorgänge in den Ländern, werden sicherlich bemerkt haben, daß die sozialistische Organisation bei uns in Salzburg jeder derartigen Sammlung entgegengetreten ist. Wenn wir nicht auf allen Linien den Wünschen der Wiener Genossen vollauf entsprochen haben, so dürfte dies, wie Genosse Bauer in seiner Rede angedeutet hat, darauf zurückzuführen sein, daß die Genossen in den Landesregierungen oft eingefangen werden. Genosse Bauer hat auf die Schaffung von Zöllen und anderes hingewiesen. Darauf möchte ich ihm folgendes sagen. Tatsache ist, daß das Land Salzburg einen Zoll auf die Ausfuhr von Holz beschlossen hat. Dieser Beschluß ist eine Folge der finanziellen Not des Landes. Die Staatsregierung hat den Ländern in den letzten zwei Jahren keine Gelder zukommen lassen, jedes einzelne Land ist finanziell bankrott. Die neue Landesregierung, die Genossen und die Vertreter der anderen Parteien, waren gezwungen, den Haushalt des Landes für dieses Jahr zu bestellen. An die Staatsregierung um die Ueberweisungen heranzutreten, war unmöglich. Die bürgerlichen Vertreter hielten nun Umschau, wie sie ihre Landesfinanzen sanieren könnten und sie fanden ein Mittel in der Einhebung eines Zolles. Wir haben uns in dieser Frage

mit den Wiener Genossen ins Einvernehmen gesetzt und ich selbst habe mit Seitz darüber gesprochen. Seitz hat erklärt: Macht keine solchen Dummheiten! Wir haben in unserem Klub gegen diese Sache tatsächlich Stellung genommen. Der Landtag hat sie aber infolge der Not beschlossen. Uns kann man aber nicht den Vorwurf machen, die Sache mitgemacht zu haben. Wir haben uns genaue Informationen geholt und danach auch unsere Stellungnahme eingerichtet.

Wir möchten aber schon bitten, daß die Staatsregierung auch in der Frage der Sanierung der Landesfinanzen etwas unternimmt. Wenn sie die Länder ganz hilflos läßt, so kommen sie selbstverständlich zu einer Haltung, die der Staatsregierung nicht paßt. Richtig ist auch, wie Genosse Bauer ausgeführt hat, daß Arbeiter selbst in den Ruf „Los von Wien" einstimmen. Wir selbst hatten in den eigenen Reihen der Vertrauensmänner mit diesen Auffassungen zu kämpfen und haben heute noch damit zu kämpfen. Diese Genossen sind der Ansicht, daß nach Wien viel verschleppt wird. Wir haben den Genossen auseinanderzusetzen versucht, daß das ein Unsinn ist, aber Tatsache ist, daß in Salzburg sehr viel Wiener waren, keine Proletarier, gegen die sich das Mißtrauen mit Recht wendete. Wir hatten diese Gäste in Zell am See, in Bad Gastein, im Salzkammergut; mit Geld wurde alles aufgehamstert und die Arbeiter mußten mit hungrigem Magen zusehen, wie sich die Wiener Kapitalisten sattgefressen haben, und die Parteigenossen, darüber erbittert, sagten sich, man muß etwas dagegen unternehmen. Aus dieser Not heraus wird etwas geboren, was nicht parteigenössisch ist und nicht in den Rahmen der Partei paßt.

Sie können die Versicherung entgegennehmen, daß wir im Lande der Erscheinung, die Abram als Ländertrottelosis bezeichnet hat, entgegentreten werden. Wenn die Genossen überall so handeln würden, wie wir es in Salzburg in der Landstube getan haben, dürfte die Gefahr der Reaktion nicht zu groß sein. Wir haben vom ersten Tage an unser Augenmerk auf die Volkswehr, Gendarmerie und Polizei gerichtet, um diese Machtpositionen in unserem Sinne in der Hand zu haben und wir können mit Beruhigung sagen, wenn sich heute das Haupt der Reaktion in der Bischofstadt Salzburg erheben wollte, daß sich revolutionäre Proletarier finden werden, die der Reaktion entgegentreten. Aber um unseren Kampf zu erleichtern, wäre eines notwendig. Ein Jahr dauert die Revolution, aber auch ein Jahr sind die Kriegsgewinner herumgelaufen, das verstehen unsere Arbeiter nicht. Tatsache ist, daß wir zu kurzsichtig waren, und es befremdete die Genossen auch, daß die Vermögensabgabe, die Erfassung der Reichtümer, noch nicht erfolgt ist. Es muß einmal — Genosse Bauer hat es erst vor kurzem in einer Arbeiterratssitzung dargelegt — durch unsere Machtposition, die, obwohl sie noch bescheiden ist, doch eine Macht darstellt, daran gearbeitet werden, daß der Kriegsgewinn erfaßt wird. Das Proletariat muß sehen, daß da endlich einmal etwas unternommen wird. Viel hätte schon geschehen können, wenn wir an Stelle Schumpeters einen anderen Mann gehabt hätten. Die Finanzreform, die Vermögensabgabe, und zwar durchgreifende Maßnahmen sind notwendig; wenn sie gemacht werden, werden wir durch die Koalition die Machtposition nicht verlieren. Wir Abgeordnete sind keine Freunde der Koalition. Sie dürfen nicht glauben, daß im Klub alle für die Koalition waren, aber Sie müssen einsehen, daß die Verhältnisse uns zwingen, auf die Dauer aber wollen wir mit den Schwarzen nicht verbunden sein. Es kommt die Zeit, wo das Proletariat so stark sein wird, daß es die Macht allein übernehmen kann. (Beifall.)

Pichler (Bruck a. d. Mur): Es ist heute schon viel über die Koalition gesprochen worden. Aber ich kann Ihnen sagen, daß uns die Koalition durchaus keine Freude gewesen ist. In Wien sind die Sozialdemokraten mit den Christlichsozialen in der Koalition und auf dem Lande haben wir eine Koalition der Christlichsozialen mit den Deutschnationalen zum Zwecke des Wuchers und des Schleichhandels. Die Großdeutschen machen jetzt überall Versammlungen und vor vierzehn Tagen war eine in Rein bei Gratwein, wo aber nicht ein Großdeutscher für die Nichtablieferung gesprochen hat, sondern der Pfarrer von Rein die Bauern aufforderte, nichts abzuliefern und die bereits bezahlten Strafen zurückzufordern. Es ist notwendig, daß man den Christlichsozialen sagt, daß wir uns die Pflichten der Koalition

anders vorstellen. Ich möchte auch wünschen, daß die kulturellen Fragen durch die Koalition nicht allzu schwer leiden. Trotz dem Erlaß des Genossen Glöckel machen die Christlichsozialen in der Schule, was sie wollen, und auch in der Frage der Eheschließung stößt man draußen auf Schwierigkeiten, die man in Wien nicht kennt. Je weiter weg man von Wien ist, desto schwerer ist es, mit den Herrschaften zu arbeiten.

Was sich in der Republik noch gar nicht geändert hat, ist das Justizwesen. Die Richter sind bis auf wenige Ausnahmen noch vom alten Schlage. Wir in Steiermark wissen davon Lieder zu singen; ich verweise nur auf die Urteile in Leibnitz und Bruck. Ich weiß, daß wir in die Justizpflege nicht sehr eingreifen können, wenn man aber sieht, daß Kinder noch zu acht bis vierzehn Tagen wegen Stehlen von ein paar Erdäpfeln verurteilt, die Schleichhändler aber freigesprochen werden, dann packt einen die Erbitterung. Es ist auch nicht notwendig, daß die Gendarmerie Arbeiter geschlossen und gefesselt hat, weil sie an Vorfällen mit politischem Untergrund teilgenommen haben. Bei uns hat der Bezirkshauptmann einen Erlaß herausgegeben, daß Versammlungen anzumelden seien und er sich das Recht vorbehalte, an jeder Versammlung teilzunehmen. Er beruft sich darauf, daß das alte Gesetz noch nicht abgeschafft sei. Genosse Seitz hat gemeint, daß Schwierigkeiten für den Achtstundentag der Forstarbeiter deshalb bestehen, weil solche auch in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt seien. Bei uns ist das nicht der Fall. Wir haben reine Forstbetriebe, wo 80 bis 100 Arbeiter beschäftigt sind.

Genosse Bauer hat auf die Länder verwiesen. Was in dieser Hinsicht Steiermark betrifft, so müssen wir erwidern, daß es in Obersteiermark schwer möglich sein wird, irgend etwas gegen die Republik zu unternehmen. Wieso ist es aber möglich gewesen, daß die Angelegenheit Schumpeter solange hinausgeschoben wurde? Wir haben schon vor langer Zeit, im Herbst, angefragt, was los ist. Ich glaube deshalb, daß die Angelegenheit Schumpeter etwas auf die lange Bank geschoben wurde. Wenn ich an dem Bericht der Fraktion auch Kritik übe, muß ich doch sagen, daß unsere Fraktion während des einen Jahres hervorragende Arbeit geleistet hat. Die Reichsparteileitung soll nur aber auch die Möglichkeit bieten, der Bevölkerung das, was da geleistet wurde, vorzuführen. Denn es ist eine alte Erfahrung, daß die Christlichsozialen auf das Land hinausgehen und erzählen, das und jenes sei ihre Arbeit gewesen. Die Bevölkerung soll wissen, wie die Dinge liegen, und es wäre am besten, wenn eine Broschüre hinausgegeben würde, die zu den Massen Zugang findet.

Dr. Friedrich Adler: Es ist im Laufe dieses Jahres soviel geschehen, soviel an Entwicklung des Proletariats und aller Zustände im Staate an uns vorbeigegangen, daß es eine äußerst verlockende Aufgabe wäre, heute rückschauend zu dem Parteitag, der heute von einem Jahre stattgefunden hat, uns klar zu machen, was wir wirklich auf allen Gebieten unserer Tätigkeit durchgemacht und geleistet haben. Aber wir sind immer so im Drange der Ereignisse gewesen, daß wir tatsächlich nur im Augenblick leben können, nur uns in jeder Zeit die momentane Situation soweit klar zu machen versuchen müssen, daß der nächste Schritt, den wir zu machen haben, kein Fehltritt sei. Und wenn wir rückschauend alle Gefahren, durch die wir schon hindurchgekommen sind, uns vergegenwärtigen, so müssen wir sagen: es ist beinahe ein Wunder, daß es uns gelungen ist, über dieses schwere Jahr hinwegzukommen, ohne eine Niederlage für das Proletariat. Und wenn heute hier von den Verdiensten der Fraktion und von den Verdiensten der Partei gesprochen wird, so sage ich, gegenüber allem Positiven, was geleistet wurde, ist die eine Tatsache für mich ausschlaggebend, daß wir ohne Niederlage durchgekommen sind, keinen Fehler gemacht haben, uns in unserer politischen Taktik nicht haben abdrängen lassen von dem einzig möglichen Weg, der während dieses Jahres sich uns dargeboten hat. Wir haben im November vorigen Jahres eine große Armee neuer Genossen gewonnen, die, wie alle jungen Genossen — auf das Lebensalter kommt es ja dabei nicht an, sondern auf das Alter in der Partei — zunächst die Dinge natürlich nur in großen Antithesen gesehen haben, zunächst geglaubt haben, daß, weil sich ihnen nun die sozialistische Gedankenwelt erschlossen hat, sie auch gleich verwirklicht werden müßte. Und es waren natürlich jene neu zugeströmten Massen diejenigen, die am leichtesten

bereit waren, radikal zu sein, die noch nicht die Schwierigkeiten unseres Kampfes aus langer Erfahrung kennen gelernt hatten. Und es sind natürlich gerade diese, die jetzt zum Teil, da das, was sie damals neu kennen lernten, in diesem einem Jahre noch nicht verwirklicht ist, schon die Flinte ins Korn zu werfen beginnen und wiederum glauben: ja, mit der Sozialdemokratie ist es auch nichts, und sich von unserer Partei nach rechts, manchmal auch nach links wegbegeben. Die Mehrzahl von jenen, die vor einem Jahre so radikal gewesen sind, findet allerdings wieder zurück zu den bürgerlichen Parteien. Wir dagegen sind auf dem Standpunkt gestanden, daß die Regierung, die unter den gegebenen Machtverhältnissen zu schaffen gewesen ist, keine sozialistische Regierung sein kann. Daran ändert die Anwesenheit von ein paar Sozialdemokraten in der Regierung gar nichts. Dieser Gedanke wurde natürlich vor einem Jahre und im Frühjahr bei den Wahlen von den Massen noch sehr schwer begriffen, er mußte erst erarbeitet und verstanden werden, daß es sich bei unserem gegenwärtigen Regierungssystem nicht um eine sozialistische Regierung handeln kann, sondern daß dieses Regierungssystem, wenn es seine Berechtigung erweisen soll, klar und deutlich den Boden der Demokratie, den Boden der Republik zu verteidigen haben wird. Es ist sicher für einen Sozialdemokraten unter Umständen ein ziemliches Opfer, in eine solche Regierung einzutreten, und es taugt nicht jeder Sozialdemokrat dazu, in eine Koalitionsregierung einzutreten. Aber es ist so, daß dieses Koalitionskabinett unter den gegenwärtigen Umständen die einzige Möglichkeit ist, um den Einfluß des Proletariats bis zum derzeit möglichen Maximum in Wirksamkeit umzusetzen. Wir sind sicherlich nicht mit allem zufrieden, was diese Regierung tut, wir glauben auch, daß, wie dies von früheren Rednern, zum Beispiel von Abram, angedeutet wurde, wir manchmal eine gewisse Weichheit bei unseren Genossen bemerken gegenüber dem Draufgängertum der anderen Koalitionspartei, aber wir sagen, es läßt sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen für das Proletariat keine andere Möglichkeit finden. Wir haben uns also den Gedanken klarzumachen, daß es keine sozialistische Regierung ist, mit der wir es zu tun haben. Aber wenn hier vom Koalitionsprogramm gesprochen worden ist, so ist die Forderung, die wir vertreten müssen als Partei gegenüber allen unseren Genossen, die in der Regierung sitzen, und noch viel mehr gegenüber den Angehörigen anderer Parteien, daß diese Regierung unbedingt streng demokratisch und republikanisch sei. In dem Moment, wo die Koalition diesen Boden in irgendeinem Punkte verlassen würde, hat sie die Daseinsberechtigung in unseren Augen und somit die Daseinsmöglichkeit verloren. Wir müssen fordern, daß die Koalition, die da beschlossen wurde, die Republik und die Demokratie mit Aufrichtigkeit verteidige. In dem Moment, wo wir sehen, daß es damit bei den Christlichsozialen nicht ehrlich gemeint sein sollte, ist für uns die Weiterführung der Koalition ausgeschlossen.

Wir haben im Laufe dieses Jahres — und es wäre sehr reizvoll, das in den einzelnen Phasen darzustellen — gesehen, daß die Genossen sich erst langsam daran gewöhnen mußten, machtpolitisch denken zu lernen. (Sehr richtig!) Es war im November vorigen Jahres die Sache so, daß es noch sehr gute, verdiente Genossen gegeben hat, die geglaubt haben, die Revolution lasse sich eigentlich am Schreibtisch und im besten Falle in der Volksversammlung erledigen, die nicht gewußt haben, was das alte Dichterwort in Kürze ausdrückt: „Der Lauf der Welt hängt ab vom Lauf der Flinten", daß es darauf ankommt, wer die wirkliche Macht in Händen hat. Und wenn Sie verfolgen, was in diesem Jahre geschehen ist, so müssen wir sagen, die Genossen haben nach und nach gelernt, was es bedeutet, daß die Wehrmacht, die wir besitzen, nicht für reaktionäre Zwecke brauchbar ist.

Eine der Grundbedingungen, auf denen das ganze Koalitionsregime weiter beruhen muß, ist es, daß für alle Zukunft verhindert werden muß, daß die Wehrmacht reaktionären Zwecken dienstbar werden könnte. (Lebhafter Beifall.) Wenn wir nach Deutschland hinüberblicken, die dortigen traurigen Verhältnisse sehen, dann glaube ich — ich maße mir kein abschließendes Urteil an, aber den Eindruck habe ich — daß es der unheilvollste Fehler ist, daß dort die Armee der Reaktion ausgeliefert wurde und daß man die bewaffnete Macht zum großen Teile in die Hand der alten Offiziere gegeben hat. Die Gefahren, die der Arbeiterbewegung dort drohen, gehen von diesem Umstand aus. Deshalb wird es unsere Aufgabe sein, daß die Versuche von Leuten christlichsozialer Couleur, diese bewaffnete Macht hinüber-

zuspielen ins Lager der Reaktion, den unbeugsamsten Widerstand finden. Die Wehrreform, mit der wir in der nächsten Zeit zu tun haben werden, kann leider nicht, wie so viele möchten, eine sozialistische Armee ergeben, doch was wir fordern müssen, ist, daß sie eine republikanische Armee ergibt, und da sage ich, die verläßlichen Wehrmänner in republikanischem Sinne sind für uns jene, die schon vor dem November 1918 Republikaner gewesen sind.

Wir haben deshalb die Aufgabe, wachsam zu sein. Wir hatten in diesem Jahre Schwierigkeiten, und Sie kennen ja die teils phantastischen, teils besinnungslosen Versuche, die unter kommunistischer Flagge gemacht wurden, von Leuten, die unsere Verhältnisse nicht kennen. Jetzt kommt erst die Wahrheit zum Teile zutage, welchen abenteuerlichen Plänen wir ausgesetzt waren. Wir sind trotz aller Angriffe den Weg gegangen, das Proletariat nicht zu Unüberlegtheiten verleiten zu lassen, die zur Niederlage führen müssen. Heute aber steht die politische Situation wesentlich anders als vor einem halben Jahre. Heute besteht nicht die Gefahr eines kommunistischen Putsches, sondern vielmehr und in weiterem Sinne die eines monarchistischen, und wie wir das Proletariat zu schützen gesucht haben gegen den kommunistischen Putsch, werden wir uns zu wehren wissen gegen den monarchistischen.

Die Gefahr der Reaktion bestand selbstverständlich immer und wird noch lange bestehen. Das begreift jeder, daß die Herrschaften, die früher mit dem Säbel in den Straßen Wiens herumgegangen sind, die vergangene Herrlichkeit bedauern und immer wieder alles daran setzen werden, um sich wieder zu Herren der Geschicke des gewöhnlichen Zivilpöbels zu machen. Daran zweifelt niemand, daß Leute, die früher das Gottesgnadentum repräsentiert haben, diesen Zustand wieder herbeiführen möchten. Wir können uns schon vorstellen, daß die Habsburger nicht so ohneweiters sich in das bisherige Schicksal hineinfügen werden, daß sie noch darauf spekulieren, die Zeit reife für ihre Rückkehr. Aber es ist leider wahr, daß die Habsburgerdynastie niemals viel geschichtliches Verständnis besaß und es auch heute nicht besitzt. So sehr wir aber wissen, daß es auf die Dauer nicht glücken kann, um so wachsamer haben wir zu sein, um allen Intrigen monarchistischer Art entgegenzutreten. Wir haben ja während des ganzen Jahres öfter die Wahrnehmung machen können, daß Offiziere versucht haben, Organisationen herzustellen, die auf einen monarchistischen Putsch gerichtet gewesen sind. Wir haben davon nicht allzuviel Aufhebens gemacht, weil es klar war, daß solche Versuche in jungen Offizieren, die aus ihrer Bahn geschleudert wurden, entstehen müssen. Momentan steht für diese Leute die Sache so, daß die Verlockung, etwas zu unternehmen, weit größer ist als früher. Weit größer dadurch, daß sich die Reaktion in unserem unmittelbarsten Nachbarstaat, in Ungarn, festgesetzt hat und diese Reaktion ganz deutlich, wenn auch nicht von der ganzen Entente, so doch von gewissen Mächten der Entente protegiert wird. Wir können ganz deutlich wahrnehmen, daß die Herrschaften, die ausgezogen sind, die alte Donaumonarchie zu liquidieren, nun auf einmal glauben, daß sie einen Fehler gemacht haben und eine Donauföderation für ihre Zwecke geeignet halten, sogar eine Donauföderation unter der Führung von Rumänen! Aber eine Verschiebung nach Osten auf eine noch niedrigere Stufe der Kultur, als wir sie im alten Oesterreich hatten.

Diese internationale Lage ermutigt alle reaktionären Elemente und jeder, der offene Augen hat, sieht deutlich, daß den Herrschaften in der letzten Zeit der Kamm geschwollen ist, daß sie sich viel frecher und offener zur Monarchie bekennen, sie, die sich, als die Konjunktur anders war, als Republikaner ausgegeben haben. Daß dem so ist, daß die Gefahr nicht unterschätzt werden darf; dafür haben wir in den letzten Tagen einen unzweifelhaften Beweis kennen gelernt. Es wurde der Volkswehr, auf die wir uns so sehr verlassen können, ein Dokument zugänglich gemacht, das einem Reaktionär aus Versehen verlorengegangen ist, und aus dem ein vollständiger Plan eines Putsches zu monarchistischen Zwecken hervorgeht, der bis ins Detail ausgearbeitet ist. Auch die Kommunisten haben im Juni Pläne gehabt, die aber mehr Heiterkeit erregt haben. Der Plan, der uns heute vorliegt, unterscheidet sich von denen der Kommunisten dadurch, daß er von Fachmännern ausgearbeitet ist, von Offizieren, die genau wissen, was sie wollen. Wir besitzen nur die allgemeinen Dispositionen und die speziellen Dispositionen für Floridsdorf.

Wir haben hier vor uns eine ganz detaillierte Einteilung dessen, was die Herren an dem Losungstag, an dem sie sich zu dieser Aktion treffen wollen, tun werden. Der Losungstag wird als „Gedenktag" bezeichnet. Das Dokument ist vom 25. Oktober ausgestellt. Und es ist für alle Einzelheiten darin gesorgt. Der Putsch wird ganz deutlich in allen seinen Einzelheiten vorbereitet. Man sieht hier zum Beispiel, daß er um 9 Uhr 15 Minuten beginnen sollte. Für Floridsdorf wird für jede Brücke genau angegeben, wer sich dorthin zu begeben hatte. Es ist der Stand aller Kommandanten bestimmt, auch ist genau in dem Plan vorgesehen, wo die Maschinengewehre, die Granatwerfer und andere zu dem Putsch notwendige Dinge vorbereitet werden sollen. Alles ist strategisch verteilt und Fachmänner von der Volkswehr, die den Plan geprüft haben, erklären, daß er vollkommen korrekt durchgearbeitet ist. (Ein Ruf: Warum haben sie nicht auch während des Krieges so fachmännisch gearbeitet!) Ja, etwas werden sie wohl zugelernt haben. (Zwischenruf: Woher sind die Waffen?) Man sieht, daß im Ernst eine große Menge von Waffen vorhanden ist. Es ist sogar auch angegeben, wie die Waffen zu transportieren sind. Gezeichnet ist das Dokument: „Freiwillige Schutzwehr, Kommando Wien." Die Tendenz wird durch den Schluß klar bezeichnet. Hier heißt es, daß „weder Volkswehr, noch eventuelle bewaffnete Arbeiterhaufen als Gegner einer straff organisierten Militärabteilung gewachsen sind. Nicht die Hälfte von diesen sei dazu zu haben, sich im Interesse ihrer jüdischen Führer zu schlagen". Zum Schlusse heißt es: „Es lebe ein freies, christlich regiertes Oesterreich!" Es ist sicher, daß die ganze Sache mit Ungarn zusammenhängt und daß wahrscheinlich auch für die Waffen Ungarn in Betracht kommt. Das Dokument enthält auch eine auffallende Mitteilung, in der die Bevölkerung darüber beruhigt wird, daß die Stockung des Verkehrs nicht lange andauern werde.

Die Herren haben ja ihren Unterschlupf in den Klöstern, vor denen man soviel Respekt haben soll. Wir glauben allerdings, daß die Polizei den guten Willen hat, der herrschenden Staatsform zu dienen, aber sie ist geübter im Vorgehen gegen Links als gegen Rechts, sie ist nicht gewohnt, gegen Rechts mit Energie amtszuhandeln, wie dies zum Schutze der Republik notwendig sein wird. Das sind die Tatsachen, mit denen wir zu rechnen haben, und sie werden sich im Winter noch verschärfen. Wir haben sogar damit zu rechnen, daß man den Versuch machen wird, Teile des arbeitenden Proletariats, das in fortwährender Erregung begriffen ist, zu mißbrauchen im Dienste der Reaktion gegen die Republik. Wir stehen vor einem sehr schweren Winter und haben nicht die Vorstellung, wie wir hinwegkommen sollen. Wir wissen, daß die Reaktion immer kühner ihr Haupt erhebt, und wir müssen sagen, daß wir nicht genug gewissenhaft sein können, um diesen Gefahren zu begegnen. Man hat die Genossen der Provinz wegen ihrer Lebensmittelpolitik gegen Wien angegriffen. Aber ebenso wichtig ist es, von manchen Ländern zu reden in Bezug auf die Machtpolitik, die sie getrieben haben. Ich kann Witternigg nur zustimmen, daß sich Salzburg gut gehalten hat. Doch in anderen Ländern war es nicht so. Steiermark war Deutschland etwas ähnlicher als Salzburg. Die steirischen Genossen haben es geduldet, daß sich in Gleichenberg ein ganzes Nest der Konterrevolution behaupten konnte, und sie haben in allen militärischen Fragen eine sehr energische Hand gegen Links bewiesen. Dabei ließen sie zu wünschen übrig in der Energie gegen die Reaktion. Da müssen wir sagen: bei der reaktionären Gefahr handelt es sich nicht nur darum, daß Wien und einzelne Punkte gut organisiert sind, sondern in allen Ländern muß mit Klarheit erkannt werden, daß die Republik gegen alle Gefahren der Konterrevolution zu schützen ist. Deshalb müssen wir uns dagegen wehren, daß man die Offiziere auch als Mannschaft in die Wehrmacht einstellt. Die Republik ist nur gesichert, wenn die Mannschaft keine gewesenen Offiziere enthält.

Ich komme zum Schlusse: Das Koalitionsregime kann von uns nur solange ertragen werden, als wir bei den Christlichsozialen guten Willen voraussetzen dürfen, daß sie sich bei aller Pietät für ihre Vergangenheit doch bewußt auf den republikanischen Boden stellen und auf die Vergangenheit nicht zurückschielen. Die Genossen mögen nicht glauben, daß die Koalition bedeute, daß nun Frieden und Freundschaft zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten bestehe. Das Koalitionsprogramm sagt ausdrücklich nur, daß für das, was die Regierung unter-

nimmt, die beiden Parteien gleichermaßen solidarisch die Verantwortung zu tragen haben. Das bedeutet, daß wir nicht, wie es geschehen ist, von den Christlichsozialen, wenn die Regierung etwas gemacht hat, und sogar wenn einer ihrer Staatssekretäre es gemacht hat, mit der Verantwortung belastet werden, die sozialdemokratische Regierung ist schuld, daß wir zum Beispiel keine Kohle bekommen haben, sondern daß das, was die Regierung macht, von den Parteien als Handlung einer Koalitionsregierung gleichermaßen getragen werde. Aber das, was die Parteien machen, das unterliegt diesem Schutze des Koalitionsprogramms keineswegs, und es ist auf unserem Parteitag und nirgends, weder in Wien noch in den Ländern, unsere Aufgabe, etwa nun das Kampfbeil zu begraben. Im Gegenteil, der Kampf der zwei Weltanschauungen, der sozialistischen und derjenigen, die die christlichsoziale Partei vertritt, geht weiter und der Parteikampf hört durch die Koalition nicht auf. Die Koalition ist eine Arbeitsgemeinschaft für gewisse konkrete Zwecke, es sind gewisse Vereinbarungen getroffen über Schritte, die in der allernächsten Zeit zu machen sind, aber höher als alles steht uns die Arbeit für unsere Partei, die Arbeit für den Sozialismus, und von diesem Gesichtspunkt, von dem höchsten Gesichtspunkt unserer Bewegung, werden wir in jedem Zeitpunkt beurteilen, ob die Koalition das entsprechende Regierungssystem auch weiter sei. Von diesem Standpunkt werden wir immer Stellung dazu nehmen, werden wir die Handlungen der Regierung, und zwar sowohl die Handlungen der christlichsozialen Regierungsmitglieder wie die der sozialdemokratischen, aufs genaueste kritisch verfolgen und werden wachen darüber, daß in jedem Falle das Bestmögliche geschehe im Dienste des Sozialismus. (Lebhafter Beifall.)

Christoph (Maria-Enzersdorf): Der Parteitag hat den Bericht des Genossen Seitz über die Tätigkeit der Fraktion in der Nationalversammlung kennen gelernt. Die Debatte hat ergeben, daß im großen und ganzen — die Einzelheiten mögen so oder so gewürdigt werden — anzuerkennen ist, daß die Fraktion in der Nationalversammlung unter schwierigen Verhältnissen das geleistet hat, was sie überhaupt leisten konnte. Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, dies anzuerkennen, und ich stelle daher den Antrag: Der Bericht des Klubs der sozialdemokratischen Abgeordneten zur Nationalversammlung wird zur Kenntnis genommen und der Fraktion Dank und Anerkennung des Parteitages ausgesprochen. (Beifall.)

Abgeordneter Dr. **Danneberg** (Wien): Genosse Bauer hat in seinen Ausführungen auch gesagt, daß es eine Sache der Ehre der Demokratie und natürlich erst recht der Sozialdemokratie sei, das Asylrecht zu wahren. Wir müssen aber mit Bedauern konstatieren, daß dieses Asylrecht, soweit unabhängig von der Wiener Zentralregierung andere Faktoren, die Länder, damit zu tun hatten, mitunter nicht gewahrt worden ist, und wir müssen konstatieren, daß es ganz im Gegenteil in einzelnen Ländern, worauf auch Genosse Fritz Adler jetzt hingewiesen hat, sogar Verfolgungen gegeben hat, die durchaus nicht, ich will gar nicht sagen, mit der Sozialdemokratie und ihren Auffassungen, sondern überhaupt mit den Auffassungen der Demokratie in Einklang gebracht werden können. Ich möchte da nur, weil es mir wichtig erscheint, einen Fall zur Sprache bringen, und bitte die Genossen aus Steiermark, darüber ein aufklärendes Wort zu sagen. Es ist in Steiermark einer, der dort Kommunistenführer ist, namens Brodnig, nach Jugoslawien ausgewiesen worden; er mit seiner Frau ist dort in Gefängnissen herumgeschleppt worden und ist dann nach Wochen, die er in Gefängnissen als kranker Mann verbracht hatte, wieder nach Steiermark gebracht worden, weil er gar kein Jugoslawe, sondern ein Deutschösterreicher ist. Wenn das wahr ist, was die Kommunisten behaupten und was ich hier nach den Berichten der kommunistischen „Roten Fahne" wiedergegeben habe, dann ist das ein Skandal allerersten Ranges (Beifall), und es wäre wohl die große Frage, ob denn die steirischen Genossen, die allerdings dort nicht die Mehrheit haben, aber doch stark genug sind und ein gewichtiges Wort in der Landesregierung mitreden können, derartige Dinge dulden oder ob sie sie nicht dulden sollen. Wir können hier nicht bloß im allgemeinen über das reden, was die Ehre der Demokratie und der Sozialdemokratie notwendig macht, sondern wir müssen auch konkret über die Dinge sprechen. Die Genossen aus Steiermark sollen sagen, ob die Behauptung der Kommunisten über den Fall Brodnig den Tatsachen entspricht.

Nun zu der Frage des Asylrechtes, bei der es sich um die nach Deutschösterreich geflüchteten Mitglieder der ungarischen Räteregierung handelt. Es handelt sich hier nicht bloß darum, daß diese Geflüchteten ein Asyl haben, sondern auch darum, daß keineswegs in unseren Reihen die Meinung aufkommen darf, die fortwährend von reaktionärer Seite erzeugt wird, als ob diese Führer der ungarischen Räteregierung hier irgendwie behandelt werden müßten, als ob sie ein Verbrechen im Sinne des Strafgesetzes begangen hätten. Es werden Klagen laut über die Behandlung dieser Kommunisten in Karlstein. Ich möchte aber doch sagen, daß unsere Genossen in der Regierung, daß aber auch die Behörden sich keineswegs einschüchtern lassen dürfen durch das Gerede großdeutscher oder christlichsozialer Reaktionäre. Es handelt sich hier um politische Verfolgte, denen das Asylrecht gewahrt bleiben muß.

Ueber die Koalition und ihre Notwendigkeit ist viel gesprochen worden, so daß sich weitere Erörterungen erübrigen. Diese Koalition gestaltet sich praktisch in der Nationalversammlung häufig so, daß die unmittelbaren Bedürfnisse der Partei ein wenig leiden. Wir dürfen nie vergessen, daß wir nicht schon alle Macht in den Händen haben, sondern daß unsere Hauptaufgabe heute immer noch ist, vor allem die Massen zu gewinnen, und daß wir unsere Politik auch darauf einstellen müssen, damit wir wirklich einmal die Macht in die Hände bekommen. Durch die Tatsache der Koalition leidet aber unser Parteibedürfnis mitunter nicht wenig. Wir müssen oft stumme Zuschauer in der Nationalversammlung sein, während die Christlichsozialen unter dem Schutz der Koalition ihre Parteigeschäfte, vor allem gegenüber den Großdeutschen, besorgen. Ich greife da zum Beispiel die Friedensdebatte heraus. Da stieg Herr Kunschak auf die Tribüne und hielt eine Rede, die sich dort so anhörte, daß sogar mancher Genosse glaubte, er müsse ihr Beifall klatschen, während die Christlichsozialen dabei ihre Agitationsgeschäfte gegen die Großdeutschen besorgen.

Wir haben weniger Bedürfnis, mit den Großdeutschen zu polemisieren, als es die Christlichsozialen haben. Aber das Bedürfnis, mit den Christlichsozialen zu polemisieren, kann bei solchen politischen Debatten der Nationalversammlung leider nicht erfüllt werden. Aber darum haben unsere Genossen draußen um so mehr die Aufgabe, diese Arbeit zu übernehmen. Unsere Parteipropaganda gegen die Großdeutschen und noch mehr gegen die Christlichsozialen, die für uns wichtiger sind, weil sie auf dem Lande immer noch Einfluß haben auf die arbeitenden Bevölkerungsschichten, die uns nahestehen oder zu uns gehören sollten, darf keinen Augenblick aufhören. Die Koalition darf uns nicht hindern, unsere Parteipropaganda mit Eifer zu betreiben. Je weniger Antrieb in der Nationalversammlung selbst für die sozialistische Propaganda draußen entspringt, um so mehr haben die Genossen draußen die Pflicht, aufklärend zu wirken.

Es wird den Genossen dabei auch den größten Dienst leisten, wenn sie erfahren, was in der Nationalversammlung wirklich geschehen ist. Es ist ein Fehler — vielleicht spielt da auch der Bestand der Koalition eine Rolle — daß in der Nationalversammlung zwar viel gearbeitet, aber sehr wenig geredet wird. Es gibt sehr wichtige Dinge, die bei der heutigen kurzen Zeitungsberichterstattung der Arbeiterschaft entgehen, obwohl sie wert wären, ihr mitgeteilt zu werden. Zum 12. November werden aber fünf Schriften erscheinen, die die Tätigkeit im ersten Jahre der Republik schildern. Das Wichtigste, was wir heute zu tun haben, ist, daß wir den sozialistischen Geist wachhalten und unbekümmert um manche Dinge, die unverständlich erscheinen, unseren Weg gehen. Nur wenn wir ein sozialistisch erzogenes Proletariat haben, werden wir unsere Macht auch innerhalb der Koalition steigern. Dann wird auch die Zeit kommen, in der eine Koalition keine Notwendigkeit mehr sein wird.

Leichin (Graz): Die Vorwürfe Adlers und Dannebergs gegen die Steirer entsprechen nicht den Tatsachen. Es wäre angezeigt gewesen, sich nicht bloß aus der „Roten Fahne" zu informieren, sondern auch bei uns anzufragen! Sind wir weniger glaubwürdig als die „Rote Fahne"? Es wurde gesagt, daß wir es besser verstehen, uns gegen links zu stellen als gegen rechts. Das ist unrichtig. Wir haben zweitausend Mann Truppen stehen, die wir einüben, um uns zu sichern gegen die Anschläge der Reaktion. Wir sehen schon, was vorgeht, und sorgen auch dafür vor,

daß die Bäume der Reaktion nicht in den Himmel wachsen. Für das, was in Gleichenberg geschehen ist, kann man uns nicht anklagen. Wien ist der Sitz der Revolution, aber wir haben uns gewundert, daß es Wiener Hotels sein durften, wo die ungarische Revolution in Szene gesetzt wurde. Gleichenberg liegt in Oststeiermark, das so finster ist, daß es bei uns Ostafrika heißt. Es gibt dort keine Industrie und keine Arbeiter, und es fällt schwer, von dort sichere Nachrichten zu bekommen. Wenn Adler etwas erfuhr, hätte er es uns mitteilen sollen. Resel hat uns aber wiederholt erklärt, von dort sei keine Gefahr zu erwarten. Wir wissen, daß wir stark und einig sein müssen, um reaktionäre Anschläge abwehren zu können. Wir werden auch auf der Landeskonferenz über diese Dinge sprechen und werden gerüstet sein, um Angriffen entgegenzutreten.

Martha Tausk (Graz): Gegen die Anwürfe der Genossen Fritz Adler und Danneberg, daß es der Sozialdemokratie geradezu zur Unehre gereicht, wie wir in Steiermark gegen die Kommunisten vorgegangen sind, muß ich folgendes sagen: Es ist eine Verkennung des Asylrechtes, wenn die „Rote Fahne" dieses für Brodnig in Anspruch nimmt. Brodnig ist nicht zu uns geflohen um Schutz zu suchen, sondern er war in unserem Lande eine Gefahr für uns, wir müssen uns vor Augen halten, was dieser Brodnig am 22. Februar, an dem Tage, der in Graz Blutopfer gefordert hat, getan hat. In einer Versammlung von Soldaten und Heimkehrern sprach Genosse Resel. Es wäre ihm ein Leichtes gewesen, große Versprechungen zu machen, aber er konnte sie nicht machen, weil sie unerfüllbar waren. Er sagte, er ließe sich eher zerfleischen, ehe er etwas verspricht, was er nicht erfüllen kann. Brodnig sagte nun in der Göstinger Au in einer Versammlung, daß Resel die Aeußerung getan habe, eher ließe er sich zerfleischen, ehe er den Heimkehrern eine Forderung erfüllen würde. Dies war eine lumpige Verdrehung und eine große Gemeinheit von Brodnig. Wir haben uns der Kommunisten auf eine den Interessen des Proletariats günstige Art erledigt. Wir haben das weitere Blutvergießen vermieden und haben die Arbeiterschaft unter der sozialdemokratischen Fahne wieder vereinigt. Wir können stolz darauf sein, daß wir uns all das Unglück erspart haben, das anderen Ländern nicht erspart geblieben ist. Wenn sie sagen, wir können gegen links besser als gegen rechts kämpfen, ist das nicht wahr. Man kann eher sagen, daß Sie eine tendenziöse Haltung gegen links eingenommen haben. (Widersprüche.) Davon, daß wir die Ehre der Sozialdemokratie gefährdet hätten, dadurch, daß wir gegen die Kommunisten nicht tolerant genug gewesen sind, kann keine Rede sein. Das Sachliche darüber wurde bereits auf der Reichskonferenz gesagt.

Pichler (Bruck): Die Vorwürfe der Genossen Adler und Danneberg treiben mich noch einmal auf die Tribüne, um die Angriffe, die gegen uns gerichtet wurden, energisch zurückzuweisen. Gerade wir in Obersteiermark haben uns gegen die Kommunisten durchaus nicht gewalttätig benommen. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß die dortigen Kommunisten ganz ungefährlich sind und wir haben also gar keine Ursache, gegen sie aufzutreten. Etwas anderes aber ist es mit jenen, die die kommunistische Partei nach Steiermark geschickt hat. Brodnig und das Mädel aus Ungarn wurden bei der Niklasdorfer Geschichte erwischt; dort befindet sich nämlich das Munitionsdepot, und da hat man nun die ganzen Pläne bei ihnen gefunden, nach denen das Munitionsdepot in die Luft gesprengt werden sollte. Die Kommunisten, die aus Ungarn zu unseren Eisenbahnergenossen herübergekommen sind, haben die Vertrauensmänner aufgefordert, die Eisenbahnschienen zu zerstören, sie haben eine gemeingefährliche Agitation entfaltet und Hunderte und Tausende von Flugblättern bei sich gehabt. In diesem Falle war die kommunistische Agitation nicht politisch, sondern direkt gemeingefährlich und sie hat uns vor sehr bedrohliche Situationen gestellt. Was die Kommunisten in Steiermark getrieben haben, spottet jeder Beschreibung. Seien Sie versichert, die Arbeiterschaft in Steiermark ist radikal genug, um einen Genossen, wenn er eine noch so radikale Meinung hat, vertragen zu können aber, was Brodnig und Konsorten getan haben, ist unserer Auffassung nach, die wir selbst radikal sind, keine politische, sondern eine Verbrechertätigkeit.

Dr. Eisler (Graz): Es scheint sich aus Anlaß der Bemerkungen, die in den Ausführungen der Genossen Fritz Adler und Danneberg enthalten waren,

eine Art Spezialgericht über Vorkommnisse in Steiermark zu entwickeln, und es wird gut sein, zu verhindern, daß daraus irgendwelche Leidenschaften entstehen, die den Eindruck machten, als wenn es möglich wäre, in irgendeinem Lande eine Politik zu machen, die wesentlich verschieden ist von jener, die überall gemacht wurde. Ich möchte ganz entschieden bestreiten, daß sich das, was in Steiermark geschehen ist, im Wesen von dem unterscheidet, was irgendwo in Oesterreich gemacht wurde. Die Wiener Genossen haben sich dort, wo sie es konnten, mit den Kommunisten in derselben Weise auseinandergesetzt wie wir. Wenn sie es nicht ganz so machen konnten, so ist es nur ihrer Schwäche zuzuschreiben. Wir haben die Unterschiede zwischen der Situation in Wien und der bei uns immer vollkommen eingesehen und gewürdigt und dort, wo wir das scheinbar nicht ganz eingesehen und uns veranlaßt gesehen haben, den Genossen in Wien Vorwürfe zu machen, sind wir belehrt worden, haben diese Belehrung auch entgegengenommen und haben verstanden, daß in Wien andere Verhältnisse sind als draußen. Die ganze Frage ist nicht danach angetan, daß man aus der Not eine Tugend macht. Die Genossen werden mir recht geben, daß die kommunistische Agitation in einer Zeit eingesetzt hat, in der sie nicht nur aus allgemeinen Gründen schlecht angebracht war, sondern in der sie auch die Parteiagitation in der schwersten Weise geschädigt hat, und was noch schlimmer war, daß sie von vornherein Formen hatte, gegen die wir uns wehren mußten, um die Partei nicht zu gefährden. Wir sind nicht gegen jeden, der sich Kommunist genannt hat losgegangen, sondern wir haben reiflich jeden Schritt überlegt. Es ist natürlich sehr leicht, heute irgendwelches Material zum Besten zu geben, das uns, wie ja die Genossen gehört haben, selbst nicht bekannt ist. Man vergißt dabei völlig der geschichtlichen Tatsachen. Man vergißt, daß die kommunistische Agitation mit Gewalt eingesetzt hat und daß für uns also nur die eine Frage bestand, entweder der Gewalt zu weichen oder ihr entgegenzutreten.

Das war um so notwendiger, als sich die Gewalt, solange wir uns nicht anschlossen, gegen uns richtete. Wir haben nicht etwa ohne Uebereinstimmung mit den Arbeiterräten gehandelt. Wir haben gegen die Kommunisten nur das getan, was der Entschluß und der Wille der organisierten Arbeiter war; denn die Kommunisten waren nur die indifferenten Arbeiter. In Steiermark hat die kommunistische Bewegung mit einem blutigen Samstag begonnen, der ausschließlich ein Verschulden der Kommunisten war. Und jener Brodnig war der Hauptschuldige. Wir hatten zu erwägen, ob wir das Blutvergießen zu einer ständigen Einrichtung machen oder es verhindern sollen. Wir haben uns für das zweite entschlossen und damit nicht mehr getan, als daß wir dem Beschluß der Behörden nicht entgegentraten, gegen die Kommunisten, die im Verdacht standen, grobe Gewalttätigkiten begangen zu haben, mit gesetzlichen Mitteln vorzugehen. Es sind allerdings Uebergriffe vorgekommen, doch als sich gezeigt hat, daß die Verfolgung der Kommunisten neben den Anstiftern auch solche erfassen muß, die der Verführung aus Dummheit erlegen sind, haben wir uns für die Niederschlagung bemüht und sie auch durchgesetzt. Die Kommunisten können sich, wenn man ihr Verhalten gegen die Organisation betrachtet, nicht beklagen, daß ihnen allzu viel geschehen sei. Wenn man sagt, einige seien abgeschoben worden, müssen wir fragen: „Sollen wir uns einem formalen Prinzip zuliebe alles gefallen lassen, oder die Partei und die Organisationen aufrechterhalten?“ Wir können es uns nicht gefallen lassen, daß sich Leute als Vertrauensmänner der Arbeiterschaft bezeichnen, von denen die Arbeiter nichts wissen wollen, die sich an die schlechtesten Elemente der Arbeiter wenden und sich damit begnügen, Preise auszusetzen dafür, daß man einen oder den anderen Genossen umbringt oder die gewerkschaftlichen Organisationen zugrunde richtet. Wir haben Pläne gefunden, wie man am besten die Gewerkschaften zerstören könnte, mitten in einer Zeit schwerster Lohnkämpfe, ferner Pläne, nach welchen nicht nur Munitionsdepots in die Luft gehen, sondern auch gegen die führenden Genossen Gewaltakte begangen werden sollten. Hätten wir uns das ruhig gefallen lassen sollen? Wir haben diese Langmut nicht aufgebracht, weil es die Arbeiterschaft nicht duldete. Die Bewegung gegen die Kommunisten ist von den Arbeitern ausgegangen, die sagten, wenn nicht die Partei gegen diese Schwindler Stellung nehme, werden die Arbeiter

zur Selbsthilfe greifen. Wenn uns gesagt wird, daß wir der Partei Unehre zugefügt haben, müssen wir uns das nicht ruhig gefallen lassen. (Beifall.)

Daß in Steiermark, besonders im vollständig industrielosen Osten, bei der heutigen Zersplitterung aller Verwaltung der Einfluß der Reaktion größer ist als in Industriegebieten, ist selbstverständlich, und daß wir nicht mit Gewalt jeden einzelnen verfolgen können, der in einem klerikalen Nest sitzt, muß jeder vernünftige Mensch einsehen. Doch wir sehen nicht ruhig zu; wir haben uns bemüht, die Organisation stark zu machen und die Arbeiter für den Augenblick zu stärken, in dem sie die Kraft brauchen. Ich möchte wünschen, daß man überall gegen die Reaktion so wirkte wie in Steiermark. Es gibt keinen Grund, zu befürchten, daß die steiermärkischen Arbeiter überrascht werden könnten. Daß sich in diesem Lande die christlichsoziale Verwaltung geltend macht, ist selbstverständlich.

Entschieden zurückweisen müssen wir es, daß man uns etwa als diejenigen hinstellt, die zum Unterschied von allen andern keine Rücksicht nehmen auf das Interesse der Partei. Es ist das Asylrecht, das wir genau so hoch schätzen wie jeder andere, bei uns gewiß nicht verletzt worden, sondern, was nicht respektiert werden konnte, war das Recht jedes x-beliebigen, der Arbeiterbewegung ganz fernstehenden Menschen, uns, was er wollte, an Schimpf anzutun, und wir haben diese Energie nicht nur den Kommunisten gegenüber, sondern wir haben sie auch allen sonstigen Leuten gegenüber, die mit ähnlichen Mitteln vorgegangen sind. Es sind in der letzten Zeit gerade in Graz, aber auch in Obersteiermark eine ganze Reihe von Blättchen und von Gruppen entstanden, die mit ähnlichen Mitteln wie die Kommunisten gegen uns vorzugehen versucht haben, wir haben auch gegen sie die gleiche Energie aufgewendet und wir können nicht leugnen, wir werden das auch weiter tun, weil uns höher als die augenblickliche Macht, die uns die Teilnahme an der Verwaltung gibt, höher als die Welle, die durch die Welt gegangen ist und der Sozialdemokratie vorübergehend eine erhöhte Bedeutung im Leben des Staates gegeben hat, höher als alles das uns die Unversehrtheit, die Stärke unserer Organisation steht. Das war für uns die Richtschnur bei all unserem Vorgehen und wir werden uns auch in Zukunft danach halten. Wenn irgendeine Unternehmung geeignet ist, den ruhigen Bestand und die Schlagfertigkeit unserer Organisation zu stören, wenn sie sich gegen das einzige dauerhafte Mittel richtet, das uns im Klassenkampf zur Verfügung steht, dann werden wir versuchen, zunächst durch Belehrung, zunächst durch Verhandeln damit fertig zu werden; aber wenn es nicht anders geht, dann werden wir uns dagegen wehren. Wir haben die Kommunisten nicht wie Parteiangehörige, sondern wie Angehörige einer uns feindlichen Partei behandelt und dazu haben sie uns alle Ursache gegeben. Es mag vielleicht interessant sein, daß die Kommunisten selbst es waren, die zum Schluß nicht etwa ihren Kampf aufgegeben haben gegenüber irgendwelchen Gewaltakten, sondern daß sie durch ihre eigene Ueberlegung, durch ihre eigene bessere Ueberzeugung dazu gekommen sind, ihre Gruppe aufzulösen und sich der Partei wieder anzuschließen. (Bravo!) Ich selbst habe bei jener Versammlung, in der die Kommunisten diesen Beschluß gefaßt haben, als Vertreter der Landesparteileitung mitgesprochen und ich kann nur sagen, wenn man da die Details über die Personen und über die Art des Vorgehens der Kommunisten aus ihrem eigenen Munde gehört hat, wenn man dazu gehört hat, was sich diese Kommunisten gegenseitig vorgeworfen haben, daß in ihrer Mitte Polizeispitzel gesessen sind, die von der Polizei und auf der anderen Seite von den Kommunisten Geld genommen haben, was sie sich gegenseitig vorgeworfen haben, daß nicht das Interesse für die Arbeiterbewegung, sondern alle möglichen schlechten Nebenabsichten das Motiv ihres Vorgehens gewesen sind, dann ist das eine nachträgliche Rechtfertigung, wie wir sie uns nicht besser wünschen könnten.

Wir sind wenigstens vorläufig mit den Kommunisten fertig. Sie sind für uns heute nicht mehr Gegner und nicht mehr Feinde, sie haben selbst ihre Fehler, sie haben selbst das Schädliche ihres Verhaltens erkannt. Es wäre nicht nützlich, wenn man unser Vorgehen durch nachträgliche Rekriminationen an seinem Wert herabsetzen will. (Beifall.)

Dr. Otto **Bauer** (Wien): Wir müssen uns noch einmal die Frage aufwerfen, worum es sich in diesem Streit gehandelt hat. In der Würdigung der Methoden, deren sich die Kommunisten in den Monaten Mai und Juni (Zwischen-

rufe: Auch früher schon!) bedient haben, sind wir mit den steirischen Genossen einer Meinung. Aber nicht nur mit den steirischen Genossen, sondern auch mit allen denkfähigen Männern in der Kommunistischen Partei selbst. Sie brauchen sich nur die kommunistische Presse anzusehen, dort wird jetzt von einem russischen Genossen eine Kritik der abenteuerlichen Putschpolitik der Aera Bettelheim geübt, die mit allen unseren Einwendungen gegen diese Politik vollkommen übereinstimmt. Das also ist kein Gegenstand des Streites mit den steirischen Genossen. Auch das nicht, daß, wenn die Kommunisten nach ihrer damaligen Taktik zur Gewalt gegriffen haben, es nicht nur unser Recht, sondern auch unsere Pflicht war, dieser Gewalt mit Gewalt zu begegnen. Auch darin besteht keinerlei Meinungsverschiedenheit. Was den steirischen Genossen von Fritz Adler und Danneberg vorgehalten worden ist, war etwas ganz anderes. Die Vorwürfe bezogen sich auf zwei Punkte. Der eine davon war der, daß von den steirischen Genossen nichts unternommen wurde, als die steirische Landesregierung einen Kommunisten, der deutschösterreichischer Staatsbürger war, an Jugoslawien ausgeliefert hat. Das war die Behauptung. Darauf können Sie nicht damit antworten, was für ein schlechter Kerl der Brodnig ist. Ich glaube es Ihnen, daß er schlecht ist, aber es ging nicht an, ihn deswegen an Jugoslawien auszuliefern. Auch wenn er kein deutschösterreichischer Staatsbürger gewesen wäre, sondern ein Jugoslawe, so wäre seine Auslieferung nach Jugoslawien ganz unzulässig. Er hätte vor unser Gericht gestellt und abgestraft werden sollen. (Zwischenruf: Er ist nicht ausgeliefert, sondern ausgewiesen worden!) Wenn er ein Ausländer ist, kann er ausgewiesen werden, aber nur an die Grenze, mit der er selbst einverstanden ist. Kann er eine solche nicht nennen, dann ist er zu internieren. Aber die Ausweisung an Jugoslawien war auch in diesem Falle unzulässig; das war ein schwerer Fehler, für den die Landesregierung verantwortlich ist; Ihre Pflicht aber ist es, diesen Fehler zu kritisieren.

Die zweite Sache ist das Verhalten der steirischen Landesregierung gegenüber verschiedenen reaktionären Umtrieben, namentlich ihr Verhalten gegenüber Gendarmerieoffizieren, das der Republik gefährlich werden könnte. Wir haben den Eindruck gehabt, daß unsere Genossen in der steirischen Landesregierung wie in anderen Ländern auch die Genossen mit den täglichen Sorgen, zum Beispiel mit der täglichen Sorge der Ernährung, so belastet sind, daß ihnen Dinge entgehen, welche wichtiger sind als alles andere, weil sie uns einmal den ganzen Boden unserer Tätigkeit entziehen können. Man hat uns ja auch vorgeworfen, daß wir in Wien nicht genug Energie gegen die ungarischen Grafen entwickelt hätten, und ich muß Ihnen sagen, sie haben ganz recht. Wir waren alle mit den täglichen Geschäften viel zu sehr belastet. Sagen wir uns nur ohne Empfindlichkeit alles, was wir uns vorzuwerfen haben, es wird uns beiden nicht schaden, wenn wir uns gegenseitig zur Wachsamkeit mahnen. Eisler hat unsere politische Methode, die wir in Wien gegen die Kommunisten angewendet haben, meiner Meinung nach unrichtig erklärt. Er hat gemeint, wir seien zu schwach gewesen, um mit den Kommunisten steirisch zu reden und machten nun aus der Not eine Tugend. Er irrt vollständig. Die Lage war ja hier wirklich unvergleichlich schwieriger als in Steiermark. Nun haben wir aber unsere Politik getrieben, nicht aus Schwäche, nicht deswegen, weil wir andere Mittel nicht gehabt hätten, sondern aus der klaren Ueberlegung heraus, daß es unsere Pflicht ist, unsere politische Methode so zu wählen, daß, trotzdem Teile des Proletariats außerhalb unserer Partei stehen, wir es ermöglichen, daß das Proletariat zusammengehalten werde oder wenigstens nicht soweit auseinander kommt, daß es nicht wieder zusammengeführt werden kann. (Beifall.)

Berichterstatter **Seitz** (Schlußwort): Ich muß mich, da ich nur einige Minuten sprechen darf, ganz kurz fassen. Gegen den Antrag Mariahilf über das Vereinsgesetz will ich nichts mehr einwenden. Ich wollte nur die Schwierigkeiten, unter denen ein solches Gesetz gemacht werden muß, vor Augen führen.

Es wurden Klage geführt über den Länderseparatismus. In der Debatte hat es furchtbare Uebertreibungen gegeben, die uns unter Umständen schaden können. Es besteht die Gefahr, daß die Reparationskommission zur Meinung kommt, Deutschösterreich sei genügend versorgt, es fehle nur an der richtigen Verteilung. Wenn die Weigerung der Länder beseitigt werde, seien Zuschübe von außen nicht nötig. Demgegenüber kann nicht oft genug gesagt werden, daß unsere Produktion nur den

sechsten Teil des Bedarfes deckt und daß wir auch bei genauester Ablieferung auf fremde Zuschübe angewiesen sind.

Wenn Witternigg gesagt hat, es seien nicht alle Genossen der Fraktion damit einverstanden gewesen, daß man die Koalition schließt, so ist das nur so zu verstehen, daß keiner mit vollem Herzen dabei war. Die Abstimmung hat aber die einstimmige Annahme des Vorschlages ergeben. Ich möchte hervorheben, daß sich die neue Koalition von der alten dadurch unterscheidet, daß beide Parteien die gleiche Verantwortung übernehmen und sich keine als Opposition vorstellen darf, die das Bessere will. Damit haben wir eine gewisse Garantie, daß doch die taktischen Schwierigkeiten, von denen viele Genossen gesprochen haben, gemildert werden und ihnen künftighin nicht allein Vorwürfe gemacht werden für das, was die Koalition tut. Das müssen wir uns natürlich überhaupt abgewöhnen, daß jeder Schritt, den die Regierung unternehmen muß, von der Sozialdemokratie mit allen Mitteln verteidigt werden muß. Es gibt auch Schritte der Regierung, die man vom sozialistischen Standpunkt nicht verteidigen kann, die man so vertreten kann, daß man sagt, es muß eben geschehen, die eiserne Notwendigkeit zwingt uns dazu. Es zeigt ja von einer guten Erziehung der Genossen, daß sie jedes Wort, das in der „Arbeiter-Zeitung" steht, für die Wahrheit, und jedes Wort, das ein Parlamentarier spricht, für die reine Weisheit, jede Handlung der Regierung für den Inbegriff alles Guten, Schönen und Gerechten ansehen. Aber das ist eben leider praktisch in dieser Zeit der Koalition nicht immer richtig; es wird viele Handlungen der Regierung geben, die man als Sozialist durchaus nicht verteidigen kann, von denen man eben sagen muß, sie sind leider notwendig. Wenn die Genossen sich diese Taktik aneignen, werden sie auch leichter den Gegnern gegenüber bestehen.

Ich komme nun zu den Anträgen. Vom Antrag der Genossen aus Wiener-Neustadt habe ich den Eindruck gewonnen, daß die Genossen selbst einsehen, daß er in dieser Fassung nicht annehmbar ist. Ich rege also an, diesen Antrag nicht anzunehmen.

Abstimmung.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag der Bezirksorganisation Wiener-Neustadt abgelehnt.

Berichterstatter **Seitz**: Der Antrag Alsergrund über die Preßattachés wurde irrtümlich für den Parteitag eingeschickt. Die Genossen haben ihn direkt der Fraktion übermitteln wollen; er kommt auch hier nicht mehr zur Verhandlung.

Ein jetzt eingelangter Antrag Bruck a. d. Mur will, daß die Fraktion Gesetzentwürfe über den Achtstundentag und den Urlaub der Forstarbeiter einbringt. Nun wissen wir, daß große Schwierigkeiten für die Regelung der Arbeitszeit in landwirtschaftlichen Betrieben und Nebenbetrieben bestehen. Unbestritten ist es jedoch, daß die Forstarbeiter eine Arbeit verrichten, die zu den schwersten und gefährlichsten gehört und ihre Forderung nach dem Achtstundentag berechtigt. Die Fraktion wird das möglichste tun, um dem Antrag Rechnung zu tragen, wie es überhaupt stets unsere Sorge ist, allen Wünschen nach Besserung der Lebenslage der Arbeiter Rechnung zu tragen.

Der Antrag der Bezirksorganisation Wien VI hat die stilistische Aenderung erfahren, wonach im zweiten Absatz die ersten drei Zeilen zu entfallen haben und es dann zu heißen habe: „Der Parteitag stellt weiter fest, daß die Ueberzahl der bürgerlichen Zeitungen", es heißt hier: „keine andere Existenzberechtigung hat", es soll offenbar heißen: „keine andere Grundlage für ihre Existenz angeben können als..." und dann setzt sich das fort. Mit dieser Aenderung, die mit den Genossen von Mariahilf vereinbart worden ist, erkläre ich mich einverstanden und ich beantrage sonach die Annahme dieses Antrages. Ferner beantrage ich die Annahme des nächsten Antrages der Bezirksorganisation Wien VI, soweit er sich als Weisung an die Fraktion darstellt, ein Vereinsgesetz zu schaffen — alles andere gehört nicht zu diesem Punkt. Schließlich empfehle ich die Annahme aller anderen Anträge mit Ausnahme des vom Genossen Christoph gestellten. Ueber diesen Antrag kann ich mich nicht äußern. Wenn Sie ihn annehmen, wird es uns freuen und es wird uns ein neuer Ansporn sein, unsere Tätigkeit in der bisherigen Weise fortzusetzen.

Die beide Anträge der Bezirksorganisation VI werden mit den vom Referenten und den Antragstellern selbst vereinbarten Aenderungen angenommen.

Vorsitzender **Muchitsch**: Der Antrag Pichler (Bruck a. d. M.) gibt der Fraktion einen Auftrag wegen Einbringung eines Gesetzentwurfes bezüglich des Achtstundentages für die Forstarbeiter. Diejenigen Delegierten, die diesem Antrag zustimmen, bitte ich die Karte zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Ich bitte nun diejenigen Delegierten, die dem Antrag Scheibein-Abram zustimmen, die Karte zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Weiters hat Genosse Christoph (Mödling) den Antrag gestellt, der Parteitag wolle dem Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten in der Nationalversammlung für sein Wirken Dank und Anerkennung aussprechen. Ich bitte diejenigen, Delegierten die diesem Antrag zustimmen, die Karte zu heben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Ich bitte, folgende Mitteilungen zur Kenntnis zu nehmen: Die ungarische Sozialdemokratie sendet dem Parteitag die herzlichsten Grüße. (Beifall.) Weiters ist ein Telegramm der sozialdemokratischen Partei Südtirols eingelangt.

Schluß der Sitzung ¾8 Uhr abends.

Zweiter Verhandlungstag.

Vorsitzender **Tomschik**: Zur Verhandlung steht der Punkt

Parteiorganisation.

Berichterstatter Dr. **Danneberg**: Es ist bereits bei der Berichterstattung darauf hingewiesen worden, daß unsere Parteiorganisation einen ganz außerordentlichen Aufschwung gegenüber der Zeit vor dem Kriege, natürlich erst recht gegenüber der Zeit während des Krieges genommen hat. Dieser Aufschwung wird noch besonders ersichtlich, wenn wir uns nicht die absoluten Zahlen von heute allein vor Augen führen, sondern wenn wir diese Zahlen im einzelnen mit denen vergleichen, die uns vom Stande der Parteiorganisation in der Zeit vor dem Kriege erzählen. Wir haben, was die Organisation der männlichen Mitglieder anbelangt, die Zahl für den 30. Juni 1919 gegenüber der Zahl vom 30. Juni 1913 in Wien und Tirol verdoppelt, in Kärnten, Salzburg und Steiermark verdierfacht, in Niederösterreich und Vorarlberg verfünffacht, in Oberösterreich sogar verfiebenfacht. Im Reichsdurchschnitt ist die Zahl der männlichen Parteimitglieder dreimal so groß, als sie im letzten Friedensjahr gewesen ist. Noch bedeutender ist der Aufschwung, den die Frauenbewegung genommen hat. Die Frauenorganisation in Salzburg und Tirol ist in diesen sechs Jahren viermal so groß geworden, in Kärnten und Vorarlberg fünfmal so groß, in Niederösterreich und Steiermark sechsmal so groß und in Wien siebenmal größer, als sie vor sechs Jahren gewesen ist. Die Frauenorganisation Oberösterreichs ist sogar achtmal so groß als damals. Im Durchschnitt ist die Frauenbewegung sechsmal größer, als sie vor sechs Jahren gewesen ist. Wie es um den Stand unserer Parteiorganisation bestellt ist, ersehen wir auch dann deutlich, wenn wir die Zahl der Parteimitglieder vergleichen mit der Stimmenzahl, die wir bei den Wahlen im Februar, also in einer Zeit der roten Hochflut erhalten haben. Gegenüber der Gesamtzahl der bei den Wahlen im Februar abgegebenen Stimmen von 1,211.393 betrug die Zahl unserer gesamten Parteimitglieder am 30. Juni 1919 27·70 Prozent. Das heißt, etwa jeder vierte Wähler ist Parteimitglied. Die Hochflut hat sich, wie wir wissen, bis zum Mai, der Zeit der Landtagswahlen, einigermaßen verlaufen. Die Landtagswahlen haben, mit Ausnahme Kärntens, überall stattgefunden. Wenn wir die Zahl der Stimmen bei den Landtagswahlen mit der Parteimitgliederzahl ohne Kärnten vergleichen, so ergibt sich, daß von 879.063 Wählern, die sozialdemokratisch gewählt haben, 35·72 Prozent organisiert sind, das heißt, von den sozialdemokratischen Landtagswählern ist jeder

dritte Mitglied der Partei. Das Verhältnis im allgemeinen ist durchaus günstig und es gibt gewiß keine Partei, die von sich sagen könnte, daß sie eine so große Zahl von Wählern in einer Organisation vereinigt hat.

Wenn wir dieses Ergebnis im einzelnen betrachten, so sehen wir da allerdings sehr bedeutende Unterschiede. Wir erkennen da zum Beispiel, daß das Verhältnis am schlechtesten von ganz Deutschösterreich in Wien ist; daß wir von den Landtagswählern bloß 28·63 Prozent in unseren Mitgliederlisten haben, daß dagegen draußen auf dem Lande das Verhältnis überall günstiger ist. Auf Wien folgt Vorarlberg mit 29·35 Prozent organisierten Wählern, dann kommt Tirol mit 33·48 Prozent organisierten Landtagswählern, dann Oberösterreich mit 39·65 Prozent, dann Niederösterreich mit 41·06 Prozent, dann Steiermark, das sogar 45·23 Prozent aller Landtagswähler organisiert hat, und als Land mit der stärksten Ziffer Salzburg, das 46·97 Prozent aller Landtagswähler in seiner Parteiorganisation vereinigt hat. Salzburg und Steiermark weisen den besten Stand auf, Wien den schlechtesten. Was an Organisationsarbeit geleistet wurde, kommt in dem Ergebnis der Wahlen zum Ausdruck. Von den etwa 4000 Gemeinden Deutschösterreichs haben wir, soweit uns berichtet worden ist, in 1000 Gemeinden Vertreter. Wir besitzen 1263 Lokalorganisationen; es ist also noch außerordentlich viel zu leisten, da wir in etwa zwei Drittel der Gemeinden vorläufig nicht mitwirken. Sicher wird es viele Gemeinden geben, in denen eine sozialdemokratische Organisation wegen des rein bäuerlichen Charakters nicht möglich ist. Aber es wird auch Orte geben, in denen eine sozialdemokratische Organisation möglich wäre. In anderen Ländern steht es besser, so in Dänemark; dort hat man 880 Lokalorganisationen, trotzdem es nur etwa 1100 Gemeinden gibt. Sie haben also dort in drei Vierteln der Orte Organisationen.

Unserer Parteiorganisation ist nach dem Umsturz eine schwierige Aufgabe erwachsen. Während wir uns früher vor allem bemüht haben, die erwachsenen Männer zu gewinnen, ist es für uns jetzt ein großes Problem von unmittelbar praktischer Wirkung, auch die Jugend für die Parteibewegung zu interessieren. Ist doch jedermann von 20 Jahren an wahlberechtigt. Auch die Frauen müssen wir für unsere Bewegung gewinnen. Von den Wählern, die am 16. Februar dieses Jahres bei der Wahl für die Nationalversammlung tatsächlich abgestimmt haben, waren 1,434.051 Männer und 1,563.483 weibliche Wähler. Also mehr weibliche Wähler als männliche! Die große Bedeutung, welche die Frauen bei dieser Wahl erlangt haben, tritt in diesen Zahlen deutlich hervor. Von 100 wahlberechtigten Männern sind 87, von 100 wahlberechtigten Frauen sind 82 zur Wahl gegangen. Es hat also die Frau von ihrem Rechte in großem Umfang Gebrauch gemacht. Wir wissen leider nicht, wie sich das Stimmenverhältnis auf die einzelnen Parteien verteilt. Wenn es aber eine solche Statistik gäbe, würde sich dabei zeigen, daß wir im Verhältnis eine geringere Anzahl von Frauenstimmen als von Männerstimmen erhalten haben. Insbesondere die Christlichsozialen in allen ihren Schattierungen werden einen größeren Prozentsatz von Frauen- als von Männerstimmen erlangt haben. Absolut genommen bleibt die Zahl unserer organisierten Frauen noch weit hinter der der Männer zurück. Wir zählen 262.473 männliche Parteimitglieder, aber nur 69.918 weibliche. Die Zahl der organisierten Männer ist viermal so groß als die Zahl der organisierten Frauen. Es erwächst uns da eine große Aufgabe. Wir müssen der Organisierung der Frau die größte Aufmerksamkeit widmen.

Daher ist es, wenn wir entsprechend den Veränderungen, die sich im Leben ergeben haben, eine Veränderung unserer Parteiverfassung, unseres Organisationsstatuts vornehmen, eine der wichtigsten Aufgaben, daß wir die Stellung der Frauenorganisation ändern. Es ist schon auf dem letzten Parteitag, der während des Umsturzes stattgefunden hat, prinzipiell der Beschluß gefaßt worden, daß die gesonderte Frauenorganisation aufhören und daß Frauen und Männer vereint in einer Parteiorganisation sein sollen. Aber dieser prinzipielle Beschluß des Parteitages ist nur in Wien lückenlos verwirklicht worden. Außerhalb Wiens ist er hie und da durchgeführt worden, die Genossen haben sich aber noch nicht überall dazu entschlossen, die gesonderte Frauenorganisation aufzulassen. Wir schlagen Ihnen nunmehr in dem Organisationsstatut vor, daß nach den Satzungen dieses Statuts selbst die geson-

derten Frauenorganisationen zu bestehen aufhören und eine einheitliche Organisation geschaffen werden soll. Allerdings muß dann für die besonderen Bedürfnisse der Frauenpropaganda vorgesorgt werden. Es muß dafür Vorsorge getroffen werden, daß besondere Einrichtungen geschaffen werden, um gerade auf dem Gebiet der Frauenbewegung eine lebhafte Propaganda zu entfalten, um es zu ermöglichen, daß mit nie erlahmendem Eifer die Frauen für unsere Parteibewegung gewonnen werden.

Daß der Parteiorganisation selbst auch in ihrem Innern besondere Aufgaben zugewachsen sind, ergibt sich aus der Tatsache ihres ungeheuren Aufschwunges. Es wird — und es ist, glaube ich, auch gestern hier davon die Rede gewesen — es wird häufig in etwas abfälliger Weise in unseren Reihen von den Novembersozialisten gesprochen, von den Leuten, die erst während des Umsturzes ihr sozialdemokratisches Herz entdeckt haben, die erst vor einem Jahre in so großen Massen zu uns gekommen sind. Nun glaube ich aber, daß es nicht immer richtig ist, in etwas wegwerfender Weise von diesen vielen Tausenden und Tausenden von Menschen zu sprechen. Es ist ja gewiß etwas unangenehm, wenn sich jemand, der mit dem Sozialismus erst seit ganz kurzer Zeit beschäftigt, da gleich ein reiferes Urteil anmaßen will als derjenige, der den Sozialismus schon etwas länger kennt als seit dem Umsturz im November 1918. Wenn also den Genossen, die erst seit einem Jahre Sozialdemokraten sind, einige Reserve angeraten wird, einige Reserve vielleicht auch in ihrer Betätigung und besonders auch in ihrem Urteil über die Politik der Partei, dann kann man das schon verstehen. Daß man aber im allgemeinen über diese sogenannten Novembersozialisten abfällig urteilt, das halte ich für ein Unrecht. Wir Sozialdemokraten sind ja eine Partei, die immer neue Massen gewinnen will; wir sind eine Partei, die ja nicht leben, die ihre Ziele ja niemals verwirklichen kann, wenn sie nicht immer neue Massen für sich gewinnt; wir sind eine Partei, die vor allem auch immer wieder gesagt hat, daß zur Verwirklichung ihrer Ziele die Gewinnung auch der sogenannten geistigen Arbeiter notwendig ist; wir sind eine Partei, die die gesamte Arbeiterklasse in ihren Reihen vereinigen will, und wenn infolge bedeutungsvoller politischer Ereignisse nun ein starker Zustrom aus diesen Kreisen in die Partei kommt, dann sollen wir alle diese Neuhinzugekommenen freudig begrüßen, sollen trachten, sie möglichst rasch zu wirklichen Sozialdemokraten zu erziehen, sollen aber keineswegs in wegwerfender Weise über sie urteilen, weil sie erst jetzt Sozialdemokraten geworden sind. Es gibt viele, die es mit ihrem Herzen schon früher gewesen sind, es aber infolge ihrer wirtschaftlichen und sozialen Abhängigkeit nicht haben bekennen können oder wollen. Es gibt unter ihnen auch Leute, die keine besondere Gelegenheit hatten, mit dem Sozialismus und seinen Ideen in Berührung zu kommen. Wir wissen ja, auch das Proletariat wird viel mehr als durch unsere Propaganda und unsere Bildungstätigkeit aufgerüttelt durch große politische und soziale Ereignisse, die die Menschen in Bewegung bringen. Unsere Aufgabe muß sein, diese Neugewonnenen nicht abzustoßen, sondern auch geistig unserer Parteibewegung einzuverleiben. Das ist eine schwere Aufgabe, da die Zahl der Neuhinzugekommenen größer ist als die Zahl derer, die vor dem Umsturz in unserer Organisation standen. Daraus folgt, daß alles, was mit Bildungs- und Erziehungsarbeit zusammenhängt, einen großen Umfang annehmen und in den Vordergrund der Parteitätigkeit gestellt werden muß. Wir müssen vor allem unsere Parteipresse verbreiten, und gerade heute, da die bürgerliche Presse eine unaufhörliche Hetze gegen alles treibt, was mit der Politik der Arbeiterklasse zusammenhängt, ist das wichtiger als je. Daran fehlt es noch immer. Die Auflagenziffern unserer Parteipresse, so sehr sie auch gestiegen sind, zeigen, wie weit wir noch zurück sind und wie verschwindend klein im Verhältnis zur bürgerlichen Presse unsere Auflagen sind.

Notwendig ist auch eine Verbreitung der Parteiliteratur, notwendig ist es, durch Versammlungen und Vorträge in der Parteibewegung Aufklärungsarbeit zu leisten. Wir sind auch, und das muß festgestellt werden, in der gesamten Parteiarbeit, insbesondere in der Erziehungsarbeit, welche die Partei zu leisten hat, heute außerordentlich durch einen Umstand gehemmt, der gerade in den großen Erfolgen der Partei, in der Machterweiterung der Arbeiterbewegung gelegen ist. Wir haben eine große Anzahl von Parteigenossen für unsere Parteiarbeit halb oder ganz ver-

loren. Wir haben sie dadurch verloren, daß sie öffentliche Aemter bekleiden, daß sie durch diese Tätigkeit der Parteiarbeit entzogen sind. Die Aufgaben, die uns im November des Vorjahres gestellt wurden, sind außerordentlich groß. Wir mußten nicht nur die Regierung besetzen, wir sind mit einemmal in allen Landtagen eine Partei von achtunggebietender Stärke geworden. Wir sind in die provisorischen Gemeindevertretungen gekommen. Heute stellen wir in Deutschösterreich den Präsidenten der Nationalversammlung, wir stellen acht Mitglieder der Staatsregierung, einen Landeshauptmann, sieben Landeshauptmannstellvertreter, 14 Landesräte, 243 Bürgermeister, und zwar gerade in den größeren Orten von Deutschösterreich. Wir stellen 488 Vizebürgermeister, wir haben außerdem noch 72 Abgeordnete in der Nationalversammlung, 138 Abgeordnete in den Landtagen von Deutschösterreich und außerdem noch 6211 Gemeindevertreter in den verschiedenen Gemeinderäten des Landes. Das ist eine Inanspruchnahme von Kräften, von der man zwar sagen kann, daß es der Partei alle Ehre macht, daß sie imstande war, alle Aemter zu besetzen, aber es ist nicht beschämend zu sagen, daß diese Besetzung die Partei stellenweise sehr blutleer gemacht hat.

Nun erhebt sich in der Partei eine starke Strömung gegen die sogenannte Aemterkumulierung, gegen die Kumulierung auch von Parteiämtern und öffentlichen Funktionen. Diese Bewegung hat eine gesunde Grundlage. Es ist gewiß schlecht, es ist gewiß ein Schaden für die Partei, wenn auf einen Mann, und mag er der beste, mag er der Tüchtigste sein, mag ihn die außerordentlichste Arbeitskraft auszeichnen, wenn auf einen Mann eine allzu große Arbeitslast aufgebürdet wird. Ebenso ist es auch eine Tatsache, daß, wenn wir eine strenge Scheidung durchführen wollen zwischen den Funktionen und Aemtern, die es in der Partei gibt und die die Partei im öffentlichen Leben zu besetzen hat, wir dann dazu die Leute einfach nicht hätten. Es kommt nicht nur darauf an, daß wir überhaupt jemand auf einen Posten stellen, sondern wir müssen auch darauf bedacht sein, daß es der *richtige* Mann für diesen Posten ist. Wir haben nicht so viele Genossen, um für jede der tausende Funktionen und Aemter, die es für die Partei in der Oeffentlichkeit und in der Partei gibt, einen gesonderten Mann aufzustellen. Es wäre im letzten Grunde auch durchaus nicht richtig, wenn wir alle Genossen, die sich in öffentlichen Funktionen zu betätigen haben, loslösen würden von allen Aemtern in der Partei. Der enge Zusammenhang zwischen der Partei und ihrer Wirksamkeit im öffentlichen Leben würde gestört werden, wenn wir eine völlige Trennung aller dieser Funktionen, wenn sie schließlich auch möglich wäre, herbeiführen wollten. Das ist für die Partei gewiß eine Schwierigkeit, und es obliegt ihr um so mehr die Aufgabe, Erziehungsarbeit schon deshalb zu leisten, um immer mehr und mehr geeignete Genossen zu gewinnen, die für die Funktionen und Aemter verwendbar sind. Diese Aufgabe darf nicht geringgeschätzt werden. Es darf auch nicht geschehen, daß man heute irgendwelche Unterscheidungen macht in der Wertung der Arbeit, die Parteigenossen in öffentlichen Funktionen oder in irgendwelchen Organisationen der Partei leisten.

Wenn wir etwa dazukämen, daß in der Partei — es war eine solche Strömung vor Jahren und sie mag vielleicht wieder kommen — nur der etwas Besonderes gilt, der eine öffentliche Funktion bekleidet, und derjenige, der innerhalb der Partei tätig ist, weniger gilt, dann würden wir unsere eigene Partei entwerten und dann könnte sie nicht auf einer gesunden Grundlage stehen. Die Arbeit, die innerhalb der Partei geleistet wird, ist ebenso bedeutsam für die Partei als die Arbeit ihrer Vertreter in den öffentlichen Institutionen. Die Arbeit hier und dort muß uns gleichwertig sein. Nur wenn wir diese Ansicht durchsetzen, werden wir die nötigen Kräfte innerhalb der Parteibewegung erlangen.

Es ist kein Zufall, daß sich gerade dieser Parteitag mit einer Aenderung des Organisationsstatuts zu beschäftigen hat. Das Statut ist die Verfassung der Partei und diese ändert sich mit den Verhältnissen. Die Folgen des Umsturzes und der Verbreiterung unserer Bewegung haben ihre Wirkung auf die Partei, und es ist klar, daß wir die Verfassung der Partei ändern müssen. Den Namen der Partei hat die Reichskonferenz am 2. Jänner dieses Jahres, bald nachdem Deutschösterreich entstanden war, geändert. Wir heißen: Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutsch-

österreichs. Jetzt soll das der Parteitag endgültig beschließen. Der Friedensvertrag hat diesem Staat allerdings den Namen „Oesterreich" auferlegt. Der Parteivorstand ist der Meinung, daß wenn sich natürlich auch der Staat an das Diktat halten muß, wir als Partei keine Ursache haben, uns anders zu nennen, als wir selbst wollen. Den Namen Sozialdemokratische Arbeiterpartei in Sozialdemokratische Partei abzuändern, haben wir nicht die Absicht. Es soll auch heute, wo sehr viele Leute der Partei zuströmen, in ihrem Namen zum Ausdruck kommen, daß wir eine Arbeiterpartei sind. Die Bestimmungen über die Parteimitgliedschaft bleiben unverändert, nur im § 3 ist ein Absatz zu streichen, der von einem Ersatz für die Bezirksorganisationen spricht. Ein solcher ist heute nicht mehr nötig, weil es überall Bezirksorganisationen gibt. Wo früher im Parteistatut vom „Reich" die Rede war, sprechen wir jetzt vom Staat. Denn in Anbetracht der Kleinheit dieses „Reiches" (Heiterkeit) ist dieses Wort, wie wir meinen, nicht mehr am Platze, und es genügt, wenn wir das Wort „Staat" dafür setzen. (Zwischenruf: Oder Republik!) Das ist nicht notwendig zum Ausdruck zu bringen, denn hier handelt es sich ja nicht um das, was das Wort „Republik" sagt, sondern darum, dem Begriff des Gesamten Ausdruck zu geben gegenüber dem einzelnen Lande. Wir stellen die Landesorganisationen gegenüber nicht der Organisation der Republik, weil ja Land und Republik nicht in einem Gegensatz stehen, sondern Land und Staat, Land und Reich sind einander entgegengesetzt.

Nun kommen wir zum zweiten Kapitel, zur Parteiorganisation. Da sind nun sehr wichtige Aenderungen. Als Grundlage der Parteiorganisation haben wir natürlich den politischen Verein beibehalten. Die Ausnahmen, welche in dem früheren § 5 des Statuts für zulässig erklärt wurden, von welchen Ausnahmen ja auch reichlich Gebrauch gemacht worden ist, da es vor dem Kriege nicht überall politische Vereine als Grundlage unserer Parteiorganisation gegeben hat, diese Ausnahmen können wir jetzt weglassen. Denn wenn auch das Vereinsgesetz noch nicht geändert ist, welches einschränkende Bestimmungen für die politischen Vereine trifft, so brauchen wir uns heute um diese einschränkenden Bestimmungen nicht zu kümmern und müssen überall die politische Vereinsorganisation als Grundlage für die Partei nehmen. Die Bestimmung im § 6 über die gesonderte Frauenorganisation wie auch ein Hinweis auf spätere Bestimmungen über eine gesonderte Frauenorganisation ist weggeblieben, weil, wie ich schon in meinen einleitenden Ausführungen gesagt habe, wir ja die Frauenbewegung der Parteibewegung vollkommen eingliedern und die besondere Frauenorganisation auflassen wollen. Die Gliederung der Parteiorganisation, wie sie bisher war, die Lokalorganisationen und Bezirksorganisationen sollen natürlich aufrechtbleiben. Sie hat sich außerordentlich bewährt und es ist kein Anlaß vorhanden, an dieser Gliederung irgend etwas zu ändern. Ich möchte aber gegenüber einen Antrag Feldmann vor allem betonen, daß wir bei der territorialen Organisation für die Partei unbedingt bleiben müssen. Nach dem ganzen Sinn und Zweck unserer Parteiorganisation ist ihre rein territoriale Gliederung notwendig. Wir können nur mit einer territorialen Gliederung wirklich alle, die wir für die Parteiorganisation gewinnen wollen, dauernd erfassen, und da es, wenn auch keineswegs die einzige, aber eine sehr große und außerordentlich wichtige Aufgabe der Parteiorganisation ist, die gesamten Wahlarbeiten für alle öffentlichen Körperschaften durchzuführen, ist schon aus diesem Grunde der rein territoriale Aufbau der Parteiorganisation unerläßlich.

Wir können daher den Antrag nicht zur Annahme empfehlen, der durch Beschluß des Parteitages neben diese territorialen Organisationen, die bestehen bleiben sollen, noch eine politische Betriebsorganisation setzen will. Daß heute neben der territorialen Organisation andere politische Organisationsformen notwendig sein können, hat der Parteivorstand selbst nach dem Umsturz erklärt, und wir haben, um neue Schichten für die Parteibewegung zu gewinnen, neben der territorialen Organisation der Gründung von Berufsorganisationen politischen Charakters zugestimmt. Es gibt zum Beispiel eine freie politische Organisation der Angestellten, außerdem andere Berufsorganisationen, die rein politischen Charakter tragen. Wir haben dagegen keine Einwendung erhoben. Daß aber in das

Statut eine derartige Bestimmung aufzunehmen ist, halte ich nicht nur für nicht notwendig, sondern auch für unzweckmäßig. Es muß bei dem territorialen Aufbau der Organisationen bleiben.

Was die Bezirksorganisationen anbelangt, so läßt sich sagen, daß die Bezirksorganisationen zusammenfallen sollen mit einem staatlichen politischen Verwaltungsbezirk. Das ist auch aus dem Grunde notwendig, damit der Sitz einer Parteizentrale am Sitze der Bezirkshauptmannschaft ist. Es kann allerdings sein, daß man von der Regel hie und da abweichen und ein anderes Gebiet als Grundlage wählen muß, wenn zum Beispiel das Gebiet einer Bezirkshauptmannschaft zu groß ist. Was nun die Art der Arbeit innerhalb dieser Bezirksorganisation anlangt, so möchten wir da von Partei wegen keine besonderen Vorschriften machen. Die Dinge müssen sich da nach den Verhältnissen richten, die für diesen oder jenen Bezirk maßgebend erscheinen. Darum ist auch der zweite Teil des Antrages Feldmann keineswegs zu empfehlen. Das ist jener Teil, in dem er verlangt, daß für jeden Bezirk ein Parteirat gebildet werden soll, der in der Lage wäre, die Agenden des heutigen Bezirksarbeiterrates zu übernehmen. Von den Arbeiterräten ist schon vorhin die Rede gewesen, und welche Meinung der Parteivorstand über sie hat, ersehen Sie aus dem Bericht. Wir sind keineswegs der Meinung, daß die Partei noch die Aufgaben der Arbeiterräte zu übernehmen hat. Dieser Antrag muß also als durchaus verfehlt bezeichnet werden. Ueber der Bezirksorganisation steht dann die Landesorganisation wie bisher. Da die Länder feste Gebiete innerhalb des Staates sind und in der neuen Verfassung, die Deutschösterreich bekommen soll, ein wichtiger Faktor sind, ist es selbstverständlich, daß auch wir die Landesorganisation mit besonderen Rechten im Rahmen unserer Gesamtorganisation beibehalten müssen. Anders, als es unsere deutschen Genossen in der Tschechoslowakei gemacht haben. Sie haben die Landesorganisationen aufgelöst, über die Bezirksorganisation nur die Kreisorganisation gesetzt und diese direkt zu einer Reichsorganisation vereinigt. Das wäre bei uns nach der Sachlage ebensowenig möglich, wie der Staat die Auflösung der Länder anordnen könnte. Es wird sich aber als zweckmäßig erweisen, zwischen Bezirks- und Landesorganisation eine Zwischenorganisation zu stellen, nämlich den Kreis. Das war auch früher im Statut vorgesehen, Gebrauch gemacht wurde davon nur in den Sudetenländern. Jetzt ist die Frage dadurch bei uns aufgetaucht, daß die großen Proporzkreise für die Wahlen geschaffen wurden. So sind wir dazu gekommen, diese Wahlkreise zu Kreisorganisationen zu benützen, die über die Bezirksorganisationen gestellt werden. Das hat sich in diesen vier Wahlkreisen in Niederösterreich gut bewährt. Wir waren aber der Meinung, daß man die Kreisorganisation nicht obligatorisch machen soll, weil nicht in allen Ländern die Wahlkreise für die Nationalversammlung mit denen für die Landesversammlung übereinstimmen, so nicht in Oberösterreich und Steiermark. Bei § 10 wird neu eingefügt, daß die Wiener Bezirksorganisationen zusammen die Organisation Wien bilden. Das ist notwendig, weil Wien sieben Wahlkreise hat und der Zusammenschluß aller Bezirksorganisationen zu einer einheitlichen Stadtorganisation notwendig ist.

§ 12 spricht von den Frauenkomitees. Sie sind nötig, damit die Parteitätigkeit für die Frauen aufrechterhalten bleibt und auf diesem Gebiet mit dem nötigen Eifer und Verständnis vorgegangen werden kann. Solche Frauenkomitees sollen gebildet werden in allen Körperschaften, also in Bezirk, Kreis und Land. Sie sollen aber nicht Organe einer besonderen Frauenorganisation sein, die es ja nicht mehr geben wird, sondern Organe der Parteiorganisation selbst. Demgemäß sind sie auf der Bezirks-, Landes- und Kreiskonferenz zu wählen. Es ist nötig, diese Einrichtung zu treffen, denn wenn wir einfach die gesonderte Frauenorganisation aufgeben ohne besondere Organe für die Frauenpropaganda, laufen wir Gefahr, daß es an der nötigen Agitation fehlen wird.

Bezüglich des Parteibeitrages schlagen wir vor, daß das Statut seine Höhe nicht angeben soll. Bisher war ja auch nur der Mindestbeitrag bestimmt, denn bei der Verschiedenheit der Verhältnisse konnte man die Höhe nicht allgemein bindend vorschreiben. Wohl sind die Dinge wesentlich einfacher geworden, weil uns die Textilgebiete der Sudetenländer mit der wesentlich ärmeren Arbeiterschaft fehlen.

Aber auch bei uns sind die Verhältnisse immer noch so verschieden, daß wir nicht meinen, es könnte der Parteitag die Höhe des Beitrages für den ganzen Staat beschließen. Doch auch der Mindestbeitrag soll nicht vom Parteistatut, sondern jedes Jahr vom Parteitag festgesetzt werden, weil sich doch jetzt die Verhältnisse sehr rasch ändern.

Wir meinen auch, daß, da es eine einheitliche Parteiorganisation geben soll, nunmehr die Differenzierung des Männer- und Frauenbeitrages entfallen soll und daß wir einen Parteibeitrag für Männer und Frauen in derselben Höhe einheitlich einheben sollen. Allerdings soll doch eine Kenntlichmachung erfolgen, und darum schlagen wir im § 15 des neuen Statuts vor, daß die Mitgliedsmarken, welche die weiblichen Mitglieder erhalten, eine andere Farbe haben sollen als die Mitgliedsmarken für die männlichen Parteimitglieder, damit die Genossen in den Organisationen sich eine Scheidung in der Statistik angewöhnen, die sehr notwendig ist, um die erforderlichen Grundlagen für die besondere Propaganda innerhalb der Frauenbewegung zu schaffen. Für die Frauen besteht außer dem § 16 noch ein anderer Grundsatz als für die männlichen Parteimitglieder insoferne, als die weiblichen Parteimitglieder obligatorisch auf Kosten der Lokalorganisation, also durch ihren Parteibeitrag bereits bezahlt, eine Zeitung erhalten sollen, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" als obligatorisches Organ für die gesamte weibliche Mitgliedschaft der Partei aufrecht bleiben soll. Wir wissen, daß dieser Vorschlag nicht allen Parteiorganisationen sympathisch ist und daß die Durchführung dieses Vorschlages auch besondere Kosten verursacht. Darum wird aber auch beantragt, daß der Beitrag für die weiblichen Parteimitglieder derselbe sein soll wie für alle männlichen. Um aber die Frauen besser an die Partei zu ketten und sie dauernd für die Partei zu gewinnen, ist es notwendig, daß wenigstens für sie — es wäre ja sehr nützlich, wenn wir auch für die männlichen Parteimitglieder, wie das zum Beispiel in Wien und Steiermark der Fall ist, ein eigenes Blatt herausgeben könnten — im gesamten Staatsgebiet die „Arbeiterinnen-Zeitung" als obligatorisches Organ eingeführt wird.

Die Bestimmungen über den Wahlfond sind durch die neue Verfassung nur verdeutlicht und beinhalten keine wesentliche Aenderung. Die Bestimmung über die Vertrauenspersonen im § 18 des neuen Statuts bringt deutlich zum Ausdruck, daß dem Parteivorstand die Namen und Adressen der Bezirks-, Kreis- und Landesvertrauensmänner sowie die aller Parteisekretariate zur Kenntnis gebracht werden sollen. Weiters ist hier vor allem betont, daß die weiblichen Mitglieder in allen Ausschüssen entsprechend vertreten sein sollen. Das ist sehr notwendig, denn es werden nur dann die Frauen zur Geltung kommen, die ihnen gebührt, wenn man sie zur Mitarbeit in dem entsprechenden Verhältnis heranzieht, was heute in der Regel nicht der Fall ist. Heute wird eine Frau in dem Lokal-, eine Frau in den Bezirksausschuß gewählt. Wir sind der Ansicht, daß eine stärkere Heranziehung der Frauen erfolgen soll. Daher die Bestimmung, die in das neue Parteistatut aufgenommen ist.

Der Passus über Berichte enthält nichts wesentlich Neues. Ich möchte nur erinnern, daß diese Bestimmungen, die wir wieder neu aufgenommen haben, daß die Bezirksorganisation verpflichtet ist, bis längstens 20. Juni über ihre Tätigkeit Bericht zu erstatten, in der Praxis von den Genossen nicht eingehalten wird. Heuer haben wir mit Mühe die Berichte bis 20. Oktober zusammenbekommen und konnten daher den Bericht erst im letzten Augenblick vorlegen. Es gibt sechs Bezirksorganisationen, die gar keinen Bericht eingeschickt und so manche, die einen sehr mangelhaften Bericht eingeschickt haben. Es ist keine bürokratische Schikane von uns, daß wir eine genaue Berichterstattung verlangen, sondern es ist eine Notwendigkeit, damit wir einen Ueberblick erhalten und überall helfend eingreifen können, wo es notwendig ist. Die Bestimmungen in den §§ 22 bis 25 im alten Parteistatut sind nicht mehr notwendig, deshalb sind sie entfallen. Der § 26 im alten Statut — im neuen Statut der § 20 — bleibt unverändert. Ich möchte nur auf die außerordentliche Wichtigkeit der Bildungsarbeit hinweisen. Die Bildungsarbeit muß ein wesentlicher Bestandteil der Parteiarbeit sein.

Wir kommen nun zu den Bestimmungen über den Parteitag, die von ganz besonderer Wichtigkeit sind. Die Genossen mögen diese Bestimmungen besonders reiflich überdenken. Es handelt sich hier um einen der wichtigsten Bestandteile der Verfassung. Die Zusammensetzung des Parteitages, wie sie bisher durch das Parteistatut

im § 27 festgestellt war, ist ja bekannt. Der Parteitag unserer politischen Organisation war bisher keineswegs zusammengesetzt nur durch eine Vertretung der Parteiorganisationen selber, sondern nach den Bestimmungen sind auf unseren Parteitagen auch alle Gewerkschaften und alle Gewerkschaftszeitungen durch Delegierte vertreten. Das heißt, es war unser Parteitag eigentlich ein allgemeiner Arbeiterkongreß, nicht ein besonderer Parteikongreß neben dem Gewerkschaftskongreß. Der Parteivorstand war der Meinung, daß auch jetzt unmittelbar an diesen Bestimmungen nichts geändert werden soll. Aber es hat sich doch bei der Anmeldung der Delegierten gezeigt, daß diese Bestimmungen keineswegs vollkommen klar aufgefaßt worden sind. Sie konnten auch die notwendige Klarheit nicht haben, weil wir vor dem Umsturz auf das Vereinsgesetz dabei Rücksicht nehmen mußten.

Solche Verbände, die aus irgendeinem Grund — welcher es ist, das kümmert uns als Partei gar nichts — der Gewerkschaftskommission nicht angeschlossen sind, haben demnach auch kein Delegationsrecht für den Parteitag. Es sind zumeist solche Berufsorganisationen, die erst in der allerjüngsten Zeit zur klassenbewußten Arbeiterschaft gestoßen sind. Wenn nun die heute bei der Struktur und der politischen Auffassung ihrer Mitgliedschaft noch nicht so weit sind, sich der Gewerkschaftskommission anschließen zu können oder wenn sie von der Gewerkschaftskommission nicht zugelassen werden, dann müssen wir sagen, daß erst recht kein Anlaß besteht, diesen Verbänden ein Vertretungsrecht gerade auf dem Parteitag zu gewähren. Und wenn diese Verbände gesondert zusammengefaßt sind in einer Ständigen Delegation der Angestelltenorganisationen, dann ist auch gar keine Veranlassung, wie es ein Antrag Broczyner und Genossen verlangt, dieser Ständigen Delegation der Angestelltenorganisationen ein besonderes Vertretungsrecht auf dem Parteitag zu geben. Ein solches Vertretungsrecht ist ausdrücklich der Gewerkschaftskommission als der zentralen Einrichtung der gesamten beruflichen Arbeiterbewegung in Deutschösterreich eingeräumt, es hat dieses Delegationsrecht jeder Berufsverband, der der Gewerkschaftskommission angeschlossen ist, auch jede Angestelltenorganisation, die der Gewerkschaftskommission angeschlossen ist. Das ist also, wie wir meinen, keine Veranlassung, den organisierten Angestellten dann noch eine Doppelvertretung zu gewähren, gewissermaßen ihnen eine Extrawurst zu braten. (Rufe: Sehr gut!) Es unterliegt daher keinem Zweifel, ohne daß das irgendwie einer Animosität entspringen würde — gerade aus meinen früheren Ausführungen werden Sie erkennen, daß es mir am allerwenigsten liegt, gegen diese neugewonnenen Mitglieder und Berufsschichten irgendeine Einwendung zu erheben — daß der einschränkende Vorschlag des Parteivorstandes gerechtfertigt ist.

Er ist gerechtfertigt, und das möchte ich gegenüber einem Antrag Emil Adler sagen, da wir darauf sehen müssen, daß der Parteitag ein Spiegelbild unserer Parteiorganisation geben soll. Dieses wird schon dadurch beeinträchtigt, daß außer den Bezirksorganisationen die Berufsverbände vertreten sind, deren Mitglieder, soweit sie Sozialdemokraten sind, ihre Vertretung ohnedies durch die Bezirke finden. Aber für die Gewerkschaften ist das historisch so geworden, und darum meint der Parteivorstand, daß heute eine Aenderung nicht vorgenommen werden soll, auch weil das Einvernehmen mit den Gewerkschaften im Augenblick nicht gepflogen werden kann. Aber dieses Recht der Vertretung von Berufsorganisationen noch zu erweitern, ist nicht möglich. Jede Berufsorganisation hat ihre eigenen Fachkongresse und der Parteitag ist kein allgemeiner Sozialistenkongreß. Wäre er das, dann wäre der Antrag Adler gerechtfertigt. Der Parteitag ist aber ein Kongreß der Partei, die auf der territorialen Organisation aufgebaut ist. Darum soll es so bleiben, wie es bisher war, daß die Gewerkschaften das Delegierungsrecht haben, ferner je zwei Vertreter der großen zentralen Körperschaften, also der Gewerkschaftskommission, des Zentralverbandes der Konsumvereine und des Reichsvollzugsausschusses der Arbeiterräte. Ferner soll, wie es die Jugendorganisation verlangt, auch diese zwei Vertreter entsenden. Hier kann man von Doppelorganisierten nicht sprechen, denn die Jugendorganisation hat Mitglieder, die der Parteiorganisation nicht angehören. Sie ist eine politische Organisation neben der Parteiorganisation, mit anderer Mitgliedschaft. Zu erwägen wäre noch, ob die Redakteure der Fach- und Parteiblätter beschließende oder beratende Stimme haben sollen. Auf den Gewerkschaftskongressen

haben die Gewerkschaftsblätter beratende Stimme und es wäre nichts dagegen zu sagen, daß wir ihnen auch auf dem Parteitag bloß beratende Stimme einräumen.

Wenn der Parteitag die oberste Vertretung der Partei bilden soll, ist die Hauptsache, daß das überwiegende Gewicht die Vertreter der Bezirksorganisation haben müssen. Nur dann wird die wirkliche Meinung der ganzen Parteimitgliedschaft zum Ausdruck kommen. Nun, Genossen, haben wir darum gemeint, diese Bestimmungen des Parteistatuts einer Aenderung unterziehen zu müssen. Wir sind nicht erst heute Anhänger des Proporzes innerhalb unserer Parteiorganisation geworden, weil der Proporz im Staate bei den Wahlen verwirklicht ist. Wir selbst haben ihn dort verlangt und wir hätten ihn innerhalb der Partei angewendet, wenn er zweckmäßig gewesen wäre. Er war es aber nicht und wurde abgelehnt, weil unsere Bezirksorganisationen bisher immer schwach und klein waren und weil nur wenige Bezirksorganisationen über den Durchschnitt hinaus gelangt sind. Ein gleiches Vertretungsrecht für alle war damals das einfachste und war durchaus nicht ungerecht. Aber heute ist es anders geworden. Wenn Sie einen Blick auf die Mitgliederstatistik im Bericht werfen, werden Sie sehen, daß die Differenzen ganz ungeheure sind. Wir haben junge, neugegründete Bezirksorganisationen, die 300 Mitglieder haben, und Bezirksorganisationen, die 10.000, ja 12.000 Mitglieder zählen. Es würde das Bild verfälschen, wenn wir das Wahlrecht ohne Proporz aufrechterhalten würden. Deshalb schlägt Ihnen der Parteivorstand die Einführung des Proporzes vor. Das fällt mit in einem Antrag der Mariahilfer Genossen zu Punkt 6 der Tagesordnung, § 21, Punkt 1, zusammen. Der Antrag des Parteivorstandes unterscheidet sich aber von dem Antrag der Mariahilfer Genossen insofern, als er besagt, es sollen Bezirksorganisationen bis 3000 Mitglieder die Einheit bilden, nicht bis zu 2000, wie die Mariahilfer Genossen meinen. Es sollen aber Bezirksorganisationen bis 3000 Mitglieder, alle ohne Unterschied, drei Delegierte entsenden, und dann solche Bezirksorganisationen, die mehr als 3000 Mitglieder haben, für je 2000 Mitglieder einen Delegierten mehr. Wir halten die Bestimmungen des Parteivorstandes für zweckmäßiger. Der Antrag der Mariahilfer Genossen nimmt sehr vielen Bezirksorganisationen ein Recht, das ihnen bis jetzt zusteht. Denn die Bezirksorganisationen mit weniger als 2000 Mitgliedern haben heute schon drei Delegierte. Nach dem Mariahilfer Antrag käme es dahin, daß die weiblichen Parteimitglieder dieser schwächeren Bezirksorganisationen kein Vertretungsrecht bekämen, sondern daß nur zwei männliche Vertreter entsendet würden.

Der zweite Teil dieses Antrages, in dem es heißt, daß Bezirksorganisationen bis zu 3000 Mitgliedern drei Delegierte schicken sollen, entspricht ohnehin dem Vorschlag des Parteivorstandes. Auch der Antrag, der die Delegierung für weitere 2000 Mitglieder bestimmt, ist wieder mit dem Antrag des Parteivorstandes identisch. Es würden bei dem heutigen Stande der Mitgliedschaften in den Bezirksorganisationen bei voller Ausnützung des Delegationsrechtes von 91 Bezirksorganisationen drei Delegierte, von 13 Bezirksorganisationen vier Delegierte, von acht Bezirksorganisationen fünf Delegierte, von sechs Bezirksorganisationen sechs und von drei sieben Delegierte zum Parteitag entsendet werden. Das wären insgesamt, wenn das Delegationsrecht voll ausgenützt würde, 422 Delegierte. Es ist ausdrücklich gesagt, daß bei der Delegation auf die entsprechende Vertretung der weiblichen Mitglieder Rücksicht zu nehmen ist, das heißt, daß unter allen Umständen dort, wo eine weibliche Mitgliedschaft vorhanden ist, unter den Delegierten ein weibliches Parteimitglied sein soll. Wo Frauen in größerer Zahl organisiert sind, sollte ihnen ein größeres Recht eingeräumt werden.

Das Wahlverfahren soll durch die Statuten der betreffenden Organisationen geregelt werden. Damit ist den Genossen ein Spielraum gelassen. Aber wir meinen schon, daß wirklich gewählt werden soll und daß die Delegierten nur dann die Meinung der Mitgliedschaft zum Ausdruck bringen, wenn über die Fragen des Parteitages vor der Mitgliedschaft gesprochen worden ist, wenn die Parteimitglieder über die Bedeutung des Parteitages und über die einzelnen Verhandlungsgegenstände die notwendige Aufklärung erhalten haben und wenn ihnen Gelegenheit gegeben worden ist, dazu wirklich Stellung zu nehmen. Es gibt Parteiorganisationen, die jetzt in ihr Bezirksstatut die Bestimmung neu aufgenommen haben, unter den Dele-

gierten zum Parteitag müsse der Obmann sein. Das halte ich für eine Bestimmung, die ganz undemokratisch ist.

Vorsitzender **Tomschik** (unterbrechend): Genosse Danneberg hat seine Redezeit bereits um eine halbe Stunde überschritten. Ich möchte ihn daher aufmerksam machen, daß er sich etwas einschränken möge, sonst wird die Ueberschreitung noch sehr weit ausgedehnt und daß wir noch eine große Anzahl von Tagesordnungsgegenständen zu erledigen haben, so müssen wir darauf Rücksicht nehmen, daß die Referenten sich auch einschränken, zumal ja die Redner das ebenfalls tun müssen.

Referent **Danneberg**: Ich gebe ja zu, daß der Gegenstand höchst langweilig (Widerspruch) ... oder wenigstens für manche Genossen langweilig ist. (Neuerlicher Widerspruch.) Jedenfalls ist er keinerlei Sensation. Aber es ist trotzdem notwendig, daß der Parteitag sich mit diesen Dingen beschäftigt und daß hier vor allem für das Protokoll eine authentische Interpretation der Bestimmungen gegeben wird, damit wir nicht, wie es vor allem vor diesem Parteitag der Fall gewesen ist, fortgesetzt in Streit mit allen möglichen Organisationen über die Auslegung der Bestimmungen des Parteistatuts kommen, sondern damit absolute Klarheit über die Verfassung der Partei geschaffen werde, weil dann alle Organisationen danach auch arbeiten können. Im übrigen werde ich sehr bald fertig sein, weil bei den späteren Bestimmungen des Statuts ja nur sehr geringe Aenderungen sind. Zu den Bestimmungen über den Parteitag ist aber doch noch einiges zu sagen. Von dem Delegationsrecht der Frauenorganisationen haben wir schon gesprochen, und ich habe eben vorhin gesagt, daß es unerläßlich ist, daß die Delegierten zum Parteitag wirklich gewählt werden, daß den Parteimitgliedern Gelegenheit gegeben ist, zum Parteitag Stellung zu nehmen, daß ihnen nicht durch ein Bezirksstatut vorgeschrieben werden soll, daß sie den Obmann auf den Parteitag entsenden müßten. Eine solche Bestimmung scheint mir in Widerspruch zu stehen zu dem Sinn des Statuts und der Verfassung der ganzen Partei. Es ist aber auch notwendig, daß der Delegierte, ob es nun der Obmann oder jemand anderer ist, nicht etwa in irgendeiner Bezirksausschußsitzung einfach bestimmt wird, weil man, wie man gewöhnlich sagt, keine Zeit gehabt habe, mit den Fragen vor die Parteimitglieder zu gehen. Der Parteitag muß — das steht im Statut und das ist ja auch eingehalten worden — mindestens zwei Monate vor seiner Abhaltung einberufen werden, es haben also alle Organisationen reichlich Zeit, sich mit dem Parteitag zu beschäftigen. Es soll die Wahl der Delegierten für den Parteitag mit demselben Ernst aufgefaßt und es soll ihr dasselbe Gewicht beigelegt werden wie bei der Bestimmung der Kandidaten für irgendeine öffentlich-rechtliche Körperschaft. Nur dann wird der Parteitag als das Parlament der Partei die notwendige Bedeutung und das notwendige Ansehen in der Parteimitgliedschaft erhalten, und das wollen wir ja, das brauchen wir ja unter den heutigen Verhältnissen mehr und notwendiger, als wir es jemals gebraucht haben. Soll das der Fall sein, dann muß er demokratisch zusammengesetzt sein. Es sollen auch die anderen Organisationen im Aufbau der Parteiorganisation vertreten sein, die Kreisorganisationen, wo solche existieren, mit zwei Delegierten. Wir meinen, daß das vollkommen genügt, da ja eben die Bezirksorganisationen in der Hauptsache die Vertreter zu entsenden haben. Die Landesorganisationen sollen ebenfalls zwei Delegierte schicken. Was die Wahl dieser Delegierten anbelangt, so kann man natürlich nicht verlangen, daß eine besondere Landeskonferenz einberufen wird. Die Landeskonferezen werden im Gegenteil immer erst nach den Parteitagen einberufen, weil sie ja über die Durchführung der Beschlüsse der Parteitage im Lande zu beraten haben.

Darum sollen die zwei Delegierten der Landesorganisation durch die Landesparteivertretung gewählt werden, nicht aber durch den engeren Landesparteivorstand. Für die Kreise ist gesagt, daß das Statut der betreffenden Organisation das Nötige über die Wahl vorzusehen hat. In der Regel wird es eine Kreiskonferenz sein; wo es nicht der Fall sein kann, eine erweiterte Kreisvorstandssitzung. Dann muß die Bestimmung über die Parteiblätter klarer gefaßt werden. Was ist ein Parteiblatt? Gehört jedes Blatt dazu, das ein Genosse herausgibt? Als Parteiblatt soll nur dasjenige gelten, das anerkannt ist, und von der Anerkennung handelt der § 44. Die Anerkennung kann nur durch den Parteitag erlangt werden. Sie schafft die Grundlage, von der die Vertretung abhängt. Von den

früheren Parteitagen ist eine ganze Reihe von Blättern anerkannt worden. Es hat aber auch Parteiblätter gegeben, die sich um die Anerkennung nicht beworben haben, weil sie sie für eine überflüssige Formalität hielten. Damit nun nicht eine Beeinträchtigung der Rechte stattfindet, soll Klarheit geschaffen werden und deshalb stelle ich folgenden Antrag:

(Verliest Antrag 19.)

Es gehören dazu Blätter, die schon anerkannt sind; andere Blätter sind erst im Laufe der letzten Jahre erschienen, konnten also die Anerkennung noch nicht erlangen. Die Genossen von Steyr, die ein Blatt gegründet haben, haben einen abgesonderten Antrag eingebracht. Die in dem Parteibericht genannten Blätter sind politische Zeitungen. Außer ihnen sind von früheren Parteitagen auch Blätter anerkannt worden, und zwar: „Der Naturfreund" (1913), die „Arbeiter-Turnzeitung", die jetzt nicht mehr in unserem Staatsgebiet erscheint (1912), das „Organ der Gewerbetreibenden", der „Gewerberichter" und das „Reichsorgan der Radfahrer" (1911), die „Bildungsarbeit" (1909), die „Sängerzeitung" (1907). Andere Blätter habe ich in dem Protokoll bis zum Jahre 1900 nicht gefunden. Ich mache die Vertreter solcher Zeitungen aufmerksam, daß sie die Anrkennung durch Anträge verlangen müssen, damit sie das Delegationsrecht erlangen.

Was die Einberufung des Parteitages anbelangt, so heißt es nun, daß er alle Jahre einberufen werden soll. Das ist selbstverständlich. Wir haben die Richtlinien der Parteipolitik in den wechselvollen Situationen festzustellen, so daß wir den Parteitag in jedem Jahr unbedingt brauchen. Ja während des Jahres haben wir uns schon veranlaßt gesehen, Reichskonferenzen einzuberufen, um Stellung zu nehmen zu all den Fragen, die uns beschäftigen. Außerdem kann auch von der Parteivertretung ein außerordentlicher Parteitag einberufen werden. Ein außerordentlicher Parteitag kann aber auch dann stattfinden, wenn wenigstens zwanzig Organisationen, und zwar Bezirksorganisationen, Kreis- und Landesorganisationen seine Einberufung verlangen. Es ist auch gemeint worden, daß alle Lokalorganisationen ein Vertretungsrecht bekommen sollen. Das ist aber praktisch unmöglich. Da bekämen wir eine Körperschaft zusammen, die nicht mehr verhandlungsfähig wäre. Das Recht der Delegation wird durch die Bezirksorganisationen ausgeübt, die eine Zusammenfassung der Lokalorganisationen sind. Zu den §§ 32 und 33 des alten Organisationsstatuts liegt folgender Antrag der Bezirksorganisation Mariahilf vor: „Der Parteibericht und die Anträge des Parteivorstandes sind spätestens vier Wochen vor dem Parteitag im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen. Anträge der Bezirks-, Kreis-, Landesorganisationen oder einzelner Parteimitglieder zum Parteitag sind mindestens zwei Wochen vor dem Parteitag dem Parteivorstand schriftlich zu übermitteln, der sie spätestens eine Woche vor dem Parteitag im Zentralorgan zu veröffentlichen und dem Parteitag darüber Bericht und Antrag zu erstatten hat." Demgegenüber heißt es in unserem Vorschlag (§ 26, neu), daß der Parteibericht von der Parteivertretung spätestens vierzehn Tage vor dem Stattfinden des Parteitages veröffentlicht werden muß. Die Veröffentlichung hat aber nicht im Zentralorgan der Partei zu erfolgen. Genossen! Sie können überzeugt sein, daß wir nicht mit Freude diesen Vorschlag dem Parteitag gemacht haben, aber unter dem Zwang der Notwendigkeit mußten wir ihn machen. Wir selbst hätten es lieber, daß der Bericht die größte Publizität erhalte, wie sie durch die Veröffentlichung im Zentralorgan erzielt wird. Aber leider ist es technisch ganz unmöglich. Sie finden vor sich einen Bericht, der 96 Druckseiten umfaßt, der aber keineswegs Ueberflüssiges enthält, sondern nur das Notwendigste. Er stellt sich zur Aufgabe, das Stück Parteigeschichte des letzten Jahres niederzuschreiben, da wir nicht in der Lage sind, eine ausführliche Geschichte zu geben. Ein Bericht wie der vorliegende kann aber bei den jetzigen Verhältnissen unmöglich in der „Arbeiter-Zeitung" Platz finden. Wir haben darum auch heuer schon von einer Berichterstattung in der „Arbeiter-Zeitung" absehen müssen. Wir konnten hier auch die Bestimmung der vierzehntägigen Frist nicht einhalten, denn die Bezirksorganisationen haben nicht prompt berichtet. Die nächsten Paragraphe sind im allgemeinen unverändert. Es bleibt das Recht gewahrt, daß jedes Parteimitglied auch für sich allein einen Antrag

beim Parteitag stellen kann, indem es ihn vorher dem Parteivorstand übermittelt. Die anderen Bestimmungen über den Parteitag bleiben unverändert. Insbesondere auch die über seine Kompetenz. Verändert ist nur eine Bestimmung, welche die Festsetzung des Partei- und Wahlfondsbeitrages betrifft. Bisher hat der § 35 bestimmt, daß Anträge über den Partei- und Wahlfondsbeitrag mindestens sechs Monate vor dem Parteitag einzubringen sind, und daß der Parteivorstand sie und auch die von ihm gestellten fünf Monate vorher im Parteiorgan veröffentlichen soll. Dieser Antrag ist eigentlich im Widerspruch mit anderen Bestimmungen des Statuts, weshalb diese Bestimmung abgeändert werden soll. Wir stellen auch den Antrag, jenen betreffend die Beitragserhöhung in Verhandlung zu ziehen, obwohl er nicht fünf Monate vor dem Parteitag veröffentlicht wurde. Es ist im § 30 eine genaue Bestimmung über die Frauenkonferenz getroffen. Das Delegiertenrecht ist im § 30 festgesetzt. Die Beschlüsse dieser Konferenz unterliegen natürlich der Bestätigung durch den Parteitag. Der Parteitag wählt die Parteivertretung, nicht mehr die Reichsparteivertretung.

Was die Parteivertretung anlangt, so hat die Zahl ihrer Mitglieder, die ursprünglich im Parteistatut mit 20 festgesetzt war, im Laufe der letzten Jahre gewechselt. Wir schlagen vor, daß die Festsetzung so erfolgen soll, daß der engere Parteivorstand aus zwölf, die Parteikontrolle aus zehn Mitgliedern bestehen soll, von denen drei ihren Sitz in Wien haben müssen. Außerdem schlagen wir Ihnen vor, daß Ersatzmitglieder für den Parteivorstand gewählt werden sollen. Das ist identisch mit einem Antrag Feldmann. Wir meinen aber, daß es nicht notwendig ist, ebenso viele Ersatzmitglieder für den Parteivorstand zu wählen, als er selber Mitglieder hat, aus dem Grunde, weil wir glauben, daß diese Ersatzmitglieder allen Sitzungen des Parteivorstandes zugezogen werden sollen, damit sie in die Arbeiten des Parteivorstandes und der Parteivertretung eingeweiht werden. Es ist aber doch unmöglich, eine aktionsfähige Körperschaft aus etwa vierzig Personen zu bilden. Wir müssen doch auch solche Sitzungen oft plötzlich einberufen und es ist sehr schwierig, alle die vielen Mitglieder so rasch zu benachrichtigen. Es besteht also ein Interesse daran, den Parteivorstand möglichst nicht allzu groß zu gestalten. Daher schlagen wir Ihnen vor, acht Ersatzmitglieder zu wählen. Solche Parteivorstandsmitglieder, welche Mitglieder der Staatsregierung werden, sollen zwar nicht ihr Mandat in der Parteivertretung, aber ihr Stimmrecht im Parteivorstand verlieren, den Sitzungen künftig mit beratender Stimme beiwohnen, während an ihrer Stelle die Ersatzmitglieder das Stimmrecht erhalten. Ueber den Wert oder Unwert, über die Zweckmäßigkeit dieser Bestimmung könnte man ja streiten. Es gibt sozialdemokratische Parteien, wie zum Beispiel die Mehrheitspartei in Deutschland, die eine solche Bestimmung in das Parteistatut nicht aufgenommen haben. Man könnte auch sagen, daß es vielleicht keinen Sinn hat, daß Führer der Politik — und zu denen gehören ja in der Regel auch die Mitglieder, die die Partei in die Staatsregierung entsendet — auf einmal das Stimmrecht im Vorstand der Partei, in dem die Politik der Partei laufend bestimmt wird, verlieren sollen. Auf der anderen Seite aber muß man doch sagen, daß die Regierung von heute, die ja eine Koalitionsregierung und keine rein sozialdemokratische Regierung ist, keineswegs ein Organ der Partei. Säßen in der Regierung lauter Sozialdemokraten, dann wäre auch die Regierung ein Organ der Partei, dann wäre diese Frage anders zu beurteilen. Die Regierung von heute ist aber eine Koalitionsregierung, ist ein Organ nicht der Partei, sondern dieses Staates, der heute auch als demokratische Republik ein Klassenstaat ist. Die Partei muß die Politik auch dieser Regierung kontrollieren, die Tätigkeit der Genossen, die sie in die Regierung entsendet, und die dort mit Arbeiten überbürdet sind. Daher erscheint unter diesem Gesichtspunkt gerechtfertigt, daß diese Genossen nicht ihr Mandat im Parteivorstand verlieren, sondern weiterhin als unentbehrliche Berater im Parteivorstand sitzen, daß aber an ihrer Stelle Ersatzmänner das Stimmrecht bekommen sollen. Es wäre auch unbillig, ihnen den Sitz im Parteivorstand abzusprechen, weil sie ja vielleicht in drei Monaten — Regierungen sind sehr vergänglich — keine Regierungsmitglieder mehr sind und wir dann ihre Mitwirkung im Parteivorstand entbehren müssen. Der Parteivorstand aber, als eine Körperschaft, die große Aufgaben zu

leisten hat, als diejenige Körperschaft, die die ganze Politik der Partei zu bestimmen hat und die die Verantwortung für die Geschäftsführung der großen Unternehmungen der Partei trägt, muß eine sehr starke Kontinuität haben, weil sonst die Geschäftsführung, gewiß zum Schaden der Partei, sehr leiden würde.

In diesem Zusammenhang aber möchte ich noch auf eine Bestimmung aufmerksam machen, deren Erörterung ich vorhin übersehen habe, nämlich bezüglich des Delegationsrechtes der Fraktionsmitglieder für den Parteitag. Es war bisher so, daß die Abgeordneten zum Reichsrat, also jetzt die Mitglieder der Nationalversammlung, als solche auch Delegierte des Parteitages sind. Wir schlagen Ihnen vor, daß diese Bestimmung geändert werde, daß die Fraktion, die ja sehr groß geworden ist und die mit den Vertretern der Gewerkschaften und der Blätter bald mehr als die Hälfte des Parteitages bilden würde, nicht mehr vollzählig auf dem Parteitag erscheine, sondern daß die Fraktion fünf Delegierte zum Parteitag entsende, die die Politik der Fraktion zu vertreten, zu verantworten haben. Die übrigen Abgeordneten aber können dann auf den Parteitag als Delegierte nur kommen, wenn sie, was natürlich keineswegs verwehrt ist, von Bezirks- oder Kreis- oder Landesorganisationen oder anderen Körperschaften zum Parteitag delegiert werden. Die übrigen Bestimmungen bezüglich der Parteikontrolle und der Parteivertretung sind unverändert. Im § 41 ist eine Bestimmung über die Schaffung eines Frauenzentralkomitees eingefügt, das die Funktionen des jetzigen Frauenreichskomitees übernehmen und natürlich im Einvernehmen mit dem Parteivorstand arbeiten soll. Geändert sind nur die Bestimmungen des neuen § 42, alt 46, über die Reichskonferenzen. Es hat bisher im Parteistatut eine Art von Reichskonferenz gegeben. Das war die Reichskonferenz, die beschickt wurde von der Parteivertretung und den Landesparteivertretungen. Diese Reichskonferenz hat immer die Aufgabe zu erledigen gehabt, die endgültige Liste der Kandidaturen für die Nationalversammlung, früher für das Abgeordnetenhaus, zu proklamieren. Mit dieser Konferenz sind wir auch ausgekommen. Es ist keineswegs so, wie das mitunter behauptet worden ist, daß das irgendein Geheimkabinett ist, das die Kandidaten bestimmt; denn nach den Bestimmungen des Statuts, alt § 49, neu § 45, werden ja die Kandidaten für die Nationalversammlung bestimmt vom Parteivorstand zunächst im Einvernehmen mit den Landesorganisationen und mit den Bezirks- und Kreisorganisationen und es sind daher all diese Fragen schon im Einvernehmen mit der ganzen Partei erledigt, bis die Sache auf die Reichskonferenz kommt. Sie erhält nur die ganze Liste und bestätigt sie. Wenn eine Differenz besteht, so wird die beteiligte Organisation zur Vertretung ihrer Ansicht geladen. Mit dieser Art Reichskonferenzen können wir, was die Kandidaturen betrifft, unser Auslangen finden. Hingegen besteht die Meinung, daß für andere Zwecke diese Art Reichskonferenzen nicht genügt. Für die Reichskonferenzen, die während des Krieges waren, hat auch der Parteivorstand das Delegationsrecht eigenmächtig geändert. Nun setzen wir eine zweite Art von Reichskonferenzen fest, an der alle Körperschaften teilnehmen, die am Parteitag teilnehmen, aber mit geringerer Delegiertenzahl. Diese brauchen auch nicht von der Gesamtheit der Mitgliedschaft oder von einer Konferenz gewählt zu werden.

Die Bestimmungen über die Ausschließung aus der Partei, die schon bei der letzten Statutenberatung gründlich erwogen wurden, haben sich nicht als abänderungsbedürftig erwiesen.

Zu dem Antrag über die Parteibeiträge, die nicht im Statut festgesetzt werden, möchte ich sagen: Der Parteibeitrag, der dem Parteivorstand zufließt, beträgt jetzt 9 Heller, dazu kommen 4 Heller für den Wahlfonds. Für die Frauen sind es 9 und 2 Heller. Unser Vorschlag ist, daß dieser Beitrag einheitlich sein und betragen soll 12 Heller und für den Wahlfonds 8 Heller, zusammen 20 Heller, was eine Steigerung von 7 bis 9 Heller bedeutet. Zugleich ist festzusetzen, daß der Mindestparteibeitrag 80 Heller, der Mindestbeitrag für den Wahlfonds 20 Heller betragen soll, also zusammen 1 Kr. als Mindestbeitrag. 20 Heller für die Gesamtpartei sind also 20 Prozent, was so viel ist, wie in Deutschland seit jeher gegeben wurde. Daß diese Erhöhung nötig, ja sogar viel zu gering ist, unterliegt keinem Zweifel und es ist auch bisher kein Widerspruch erfolgt. 50 Bezirksorganisationen, also die Hälfte, heben ja bereits 1 Kr. ein, brauchen also nichts zu ändern. Der Beschluß soll vom 1. Jänner 1920 an gelten.

Zum Schluß, Genossen, wird mir noch mitgeteilt, daß der „Arbeiterschutz" bereits vom Brünner Parteitag als Parteiorgan anerkannt worden ist.

Ich bitte die Genossen, die Bestimmungen dieses Statuts zu erwägen und vor allem die großen, prinzipiell wichtigen Fragen in der Debatte zu diskutieren. Es wird nicht anders möglich sein, als daß wir eine Kommission wählen, die den Entwurf überprüft, ebenso die etwa noch zu stellenden Anträge, und morgen oder übermorgen darüber berichtet. Ich bitte daher die Genossen, ihre Abänderungsvorschläge sofort zu machen. Wir erhalten dadurch einen Ueberblick. Die Verfassung der Partei festzulegen, gehört nicht zu dem Interessantesten, was wir auf dem Parteitag zu erledigen haben, aber es ist wichtig und notwendig.

Vorsitzender **Tomschik**: Ich bringe nun folgenden Antrag des Genossen Danneberg zur Abstimmung:

Der Parteitag wolle beschließen, der Antrag des Parteivorstandes betreffend die Beitragserhöhung ist in Verhandlung zu ziehen, obwohl er nicht fünf Monate vor dem Parteitag veröffentlicht wurde.

Dieser Antrag wird mit der nötigen Dreiviertelmehrheit angenommen.

Vorsitzender **Tomschik**: Weiters liegt folgender Antrag des Genossen Alois Kohn vor:

(Verliest Antrag 17.)

Dieser Antrag steht in Verhandlung. Ferner sind noch folgende Anträge von Dr. Siegmund Popper eingelangt:

(Verliest Antrag 31.)

Beide Anträge stehen in Verhandlung.

Ich erteile nun der Genossin Proft das Wort, mache aber die Genossen darauf aufmerksam, daß Genossin Proft etwas länger brauchen wird als zehn Minuten, weil sie einen Bericht über die Frauenkonferenz bringen wird.

Bericht über die Frauenkonferenz.

Abgeordnete **Gabriele Proft**: Vorgestern hat die Frauenreichskonferenz stattgefunden, die letzte, die wir als Frauenorganisation einberufen haben. Diese Konferenz hat sich auch mit dem Statut beschäftigt. Ich kann Ihnen mitteilen, daß alle Vorschläge, die zum Statut gemacht wurden, von den Genossinnen aller Länder, die bei dieser Konferenz vertreten waren, einstimmig angenommen worden sind. Ich habe Ihnen dann über die Wahl des Frauenzentralkomitees zu berichten. In dieses Komitee wurden gewählt: aus Wien Eugenie Brandl, Marie Bock, Emmy Freundlich, Amalie Pölzer, Adelheid Popp, Gabriele Proft, Therese Schlesinger und Amalie Seidel; aus Oberösterreich Marie Beutlmeyr; aus Salzburg Aloisia Franek; aus Steiermark Martha Tausk; aus Kärnten Marie Tusch.

Da es Vorschrift ist, daß acht von zehn Mitgliedern in Wien wohnen müssen, würden auf die Provinzgenossinnen zwei Sitze entfallen. Da das zu wenig ist, hat die Frauenkonferenz beschlossen, daß an Stelle der Zahl zehn die Zahl zwölf gesetzt werde. Gemäß dem Beschluß des letzten Parteitages ist die gemeinsame Organisation der Männer und Frauen seit Jänner in Wien bereits durchgeführt, in den Ländern war das noch nicht ganz möglich. Die Erfahrung hat nun gezeigt, daß dort, wo die gemeinsame Organisation besteht, Dinge vorkommen, die uns nachteilig erscheinen müssen. Vor allem bitten wir Sie, wenn Sie die Statuten für die Bezirke, Kreise und Länder ausarbeiten, alles, was die Frauen betrifft, so deutlich zu fassen, daß Auslegungsdifferenzen nicht möglich sind. Die Erfahrung hat gezeigt, daß dort, wo die gemeinsame Organisation besteht, es so gemacht wird, daß die Frauen, die in die Organisation aufgenommen wurden, die gleichen Marken bekommen, oft auch das Parteiblatt bekommen und nicht die „Arbeiterinnen-Zeitung" oder gar kein Blatt. Die Frauen werden einfach so behandelt wie die Männer. Wir sind für die Gemeinsamkeit in der Organisation, doch darf das nicht bedeuten, daß alles in jeder Beziehung gleich ist, man muß doch daran denken, daß die Frauen weniger aufgeklärt sind, und deshalb müssen neben den allgemeinen Ver-

sammlungen Zusammenkünfte veranstaltet werden, wo die Frauen so geschult werden, damit sie später an den gemeinsamen Veranstaltungen mit Nutzen teilnehmen können. Vorläufig ist das nicht möglich. Denken Sie nur an die vielen tausende Frauen, die bisher von der Politik keine Ahnung haben, und die sollen nun gemeinsam mit den Männern Veranstaltungen haben. Das hätte zur Folge, daß die Frauen das Interesse an der Partei verlieren und ausbleiben. Daneben gibt es besondere Frauenineressen, weil es auf dem Gebiet der Sozialpolitik und der sozialen Fürsorge Dinge gibt, die die Männer fast gar nicht interessieren. Daher haben wir besondere Gründe, Vorkehrungen zu treffen, die es ermöglichen, daß innerhalb der gemeinsamen Organisation die Frauen miteinander zusammenkommen und miteinander arbeiten können.

Ich muß begründen, weshalb wir den Antrag, der von der Beibehaltung der „Arbeiterinnen-Zeitung" handelt, in das Parteistatut einverleibt haben wollen. Für uns, die organisierten Frauen, hätte dieser Passus nicht aufgenommen zu werden brauchen. Die Zeitung besteht 26 Jahre, und was sie geleistet hat, braucht hier nicht besprochen zu werden. Es ist nun aber vorgekommen, daß die Genossen in den gemeinsamen Organisationen einfach gesagt haben: Wir brauchen die „Arbeiterinnen-Zeitung" nicht mehr, wir haben eine gemeinsame Organisation. Nun müssen wir aber Wert darauf legen, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" allen Frauen gegeben wird, die in die Organisation kommen. Man kann von den Frauen, die oft von Politik fast nichts wissen, nicht verlangen, daß sie sich mit den politischen Tagesblättern abfinden sollen, weil sie sie einfach nicht verstehen. Diese Presse hat ja auch für besondere Frauenangelegenheiten keinen Platz. Aber deshalb können wir doch nicht darauf verzichten, daß Angelegenheiten, die die Frauen besonders angehen, erörtert werden. Das kann man nur in einem Frauenblatt machen. Eine von mehreren Seiten vorgeschlagene Einschränkung der „Arbeiterinnen-Zeitung" auf e i n e Nummer im Monat würde für die Frauen gleichbedeutend sein damit, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" zurückgedrängt wird auf die Funktion eines Familienblattes. Sie kann dann unmöglich aktuell sein, und damit wäre die Möglichkeit, dieses Blatt zweckentsprechend zu führen, sehr gering. Es ist daher ganz unmöglich, daß wir den Wünschen entsprechen, die schon laut geworden sind, die „Arbeiterinnen-Zeitung" zu einem Blatt zu machen, wie es der „Sozialdemokrat" ist, und ich glaube auch, daß ich bei Ihnen allgemeine Zustimmung finde.

Es sollen auch die besonderen Komitees besprochen werden. Auch das haben sich viele Genossen nicht erklären können, warum das so sein muß; sie sagen, in der gemeinsamen Organisation gibt es keine Extrawurst. Das wäre auch uns recht, aber wir haben es in der Praxis tausendmal mitgemacht, daß wir auf solche Einrichtungen nicht verzichten können. Wir machen das jetzt öfter mit, wo die Frauen in allen öffentlichen Körperschaften sitzen, sogar auch bei den Klubberatungen, die unsere Fraktionen haben. Es ist im allgemeinen so, daß natürlich zuerst nach der Reihe die allgemeinen Partei- und politischen Angelegenheiten in den Sitzungen besprochen werden, und dann ist keine Möglichkeit mehr vorhanden, besondere Frauenangelegenheiten vorzubringen. Wenn die Zeit schon weit vorgeschritten ist, wenn die Anwesenden genügend ungeduldig sind und der Vorsitzende schließlich so ungefähr in dem Tone fragt: Wünscht gar vielleicht jetzt noch jemand das Wort? (Heiterkeit.) Dann sollen die Frauen mit ihren Angelegenheiten kommen. Da sagen natürlich die Genossen, was ihnen ja gar nicht übelzunehmen ist: Es ist schon so spät und nun kommen Sie noch mit diesen Sachen? Machen Sie das ein anderesmal. Wir haben sogar gesehen, daß es in öffentlichen Körperschaften nicht leicht möglich ist, daß die Frauen mit ihren Angelegenheiten zu Wort kommen. Ich sage das nicht, um zu tadeln, sondern nur um festzustellen, was sich in der Praxis für uns Unangenehmes hieraus ergibt.

So fängt es bei der lokalen Organisation an, ja bei der Sektion, und so hört es auf in den öffentlichen Körperschaften und auch auf dem Parteitag der sozialdemokratischen Partei. Daher haben wir mit den von uns für das vorgelegte Statut beantragten Bestimmungen über die Frauenorganisation nichts anderes wollen, als ganz legal die Möglichkeit zu schaffen, Frauenangelegenheiten zu besprechen. Wenn wir das verlangen mußten, so ist es alles eher als irgend eine

Bevorzugung der Frauen; ganz im Gegenteil, es ist das, was wir hier als besondere Tätigkeit für die Frauen festgelegt haben wollen, vielmehr eine Mehrbelastung für die weiblichen Funktionäre der Partei. Wenn wir überhaupt bestehen wollen in der Partei und in den öffentlichen Körperschaften, so müssen wir die allgemeine Politik und die Wirtschaftspolitik genau so verfolgen wie Sie, bekommen aber im besonderen noch auferlegt, die Angelegenheiten der Frauen zu führen. Wenn Sie das alles in Betracht ziehen, werden Sie zugeben, daß das, was wir in das Parteistatut aufgenommen wissen wollen, nur Zweckmäßigkeitsgründen entspringt, und man muß anerkennen, daß die Parteigenossen, die darüber zu beschließen gehabt haben, in dankenswerter Weise alles aufgenommen haben, was wir als notwendig erachtet haben. Damit, daß heute das gemeinsame Parteistatut beschlossen werden soll, machen wir als organisierte Frauen wiederum einen Schritt in der Entwicklung vorwärts. Diese Anschauungen werden hoffentlich verschwinden, wenn alles im Parteistatut genau festgelegt ist. Es wird mir jetzt mitgeteilt, daß die Vorarlberger Genossen wünschen, daß auch die Genossin Leibfried ins Frauenreichskomitee gewählt werde. Wir werden also zu entscheiden haben, ob wir 12, 13 oder 14 Mitglieder bestimmen sollen. Nehmen Sie die aufrichtige Versicherung entgegen, daß die Frauen gewillt sind, in der gemeinsamen Organisation alles daranzusetzen, um mit den Parteigenossen zu arbeiten, und ich glaube Sie versichern zu können, daß Sie es nicht werden zu bereuen haben.

Thaller (Wien): Die Jugendorganisation hat den Antrag eingebracht, daß auch sie zwei Delegierte zum Parteitag entsenden kann. Ferner beantragen wir die Anerkennung des „Jugendlichen Arbeiter" als Parteiblatt. Ich möchte die Aufmerksamkeit der Delegierten aus den Ländern auf die Jugendorganisation lenken. Es sind uns jetzt sehr viele Jugendliche zugeströmt, doch durch den Krieg sind uns viele unserer besten Funktionäre verloren gegangen. In den Alpenländern war die Jugendorganisation immer im Hintertreffen gegenüber den Sudetenländern. Besonders in der Zeit nach dem Umsturz, bis zur Trennung der Sudetenländer von uns, sehen wir das. Unsere Jugendorganisation haben wir eigentlich nur in Wien, Niederösterreich und Steiermark. In Salzburg ist es uns erst, als dort ein Jugendheim errichtet wurde, gelungen, eine Jugendorganisation zustande zu bringen, und eine zweite wurde durch die Mithilfe der Partei in Bischofshofen errichtet. Wir glauben wohl, daß die Genossen draußen für die Jugend zu wenig Zeit haben, aber die Sache verdient das größte Interesse und ist ja den Genossen durch § 20 des neuen Statuts zur Pflicht gemacht.

Die allgemeine Organisation ist immer unser Ziel, ist immer unser Wunsch gewesen. Jahre- und jahrzehntelang durften wir sie nicht haben und an dem Tage, wo wir sie haben können, haben wir sofort verlangt, daß wir sie auch haben dürfen. Daher kommen wir in die gemeinsame Organisation hinein mit der ganzen Freude, mit der ganzen Arbeitslust, die die Genossinnen immer aufgebracht haben für die Partei und für die Frauenorganisation. Wir kommen — und das möchte ich ganz ausdrücklich sagen — mit der größten Zuversicht in die gemeinsame Organisation, daß die Parteigenossen unsere Wünsche vollauf würdigen und ihnen entsprechen werden. Ich bitte Sie daher um das, was ich schon eingangs gesagt habe: Trachten Sie nach Möglichkeit, daß in den Statuten, die jetzt gemacht werden nach dem Zentralstatut, für die nachgeordneten Parteikörperschaften alles das aufgenommen wird, was die Frauen angeht, damit die Genossinnen nicht Ursache haben, sich zu beklagen. Nur eine Bemerkung möchte ich noch machen. Es hat sich herausgestellt, daß zum Beispiel vor der Delegierung zu diesem Parteitag die Genossinnen die größten Schwierigkeiten gehabt haben, überhaupt Delegierte durchzusetzen, und wir wissen auch, daß Frauen bei der Reichskonferenz gewesen sind, die man nach Wien geschickt hat mit Diäten von 20 Kr. im Tag. Das muß sich aufhören in der gemeinsamen Organisation, daß man die Frauendelegierten so behandelt, wie einen, der halt da noch mitrennt, weil man das nicht umgehen kann.

Abgeordnete Emmy **Freundlich**: Sie finden in dem vorliegenden Bericht einen Bericht einer Organisation, die noch nicht als Parteiorganisation anerkannt ist. Das ist der Arbeiterverein „Kinderfreunde". Wir haben schon am vergangenen Parteitag den Antrag gestellt, den Arbeiterverein „Kinderfreunde" als Parteiorganisation zu

erklären. Der Antrag wurde dem Parteivorstand zugewiesen. Der Parteivorstand hat dann beschlossen, daß die „Kinderfreunde" zwar keine Parteiorganisation sind, aber daß die Genossinnen und Genossen diese Organisation unterstützen und fördern sollen. Seit diesem Beschluß haben sich die Verhältnisse in Oesterreich geändert. Aus dem klerikal-feudalen Oesterreich ist das republikanische Deutschösterreich geworden. An Stelle des klerikalen Unterrichtsministers haben wir einen sozialdemokratischen Staatssekretär, den Genossen Glöckel. Damals nahmen wir Rücksicht auf die politischen Verhältnisse und wollten verhindern, daß auf dem Rücken der Kinder ein politischer Kampf ausgekämpft wird. Jetzt brauchen wir eine solche Rücksicht nicht mehr zu nehmen. Jetzt können wir wie alle politischen Parteien unsere eigene politische Kinderfürsorgeorganisation haben. Gerade im letzten Jahre hat der Arbeiterverein „Kinderfreunde" außerordentlich viel getan, um die Gesundheit der Proletarierkinder zu schützen, und wenn ich Ihnen mitteile, daß heute 50.000 Kinder des Proletariats in einem anderen Geiste betreut und erzogen werden, so glaube ich, daß damit der Beweis für den Wert dieses Vereines für das Proletariat erbracht ist. Sicherlich ist der Arbeiterverein „Kinderfreunde" für die neu gewählten Gemeindevertretungen auf dem Lande eine außerordentliche Unterstützung. Diese können allein nicht alles tun. Eine Gemeindevertretung muß unterstützt werden von Mitarbeitern aus dem Kreise der Bevölkerung.

Wir wollen die Kinder selbstverständlich nicht politisch erziehen. Das liegt uns fern, aber wir wollen sie zu aufrechten und gesunden Menschen heranbilden. Wir haben überall in unseren Erholungsstätten und in unseren Heimen die Selbstregierung eingeführt. Unsere Kinder sind in einer durchaus demokratischen Organisation vereinigt. Ich glaube, diese Tatsachen beweisen, daß wir außerordentlich viel tun, um die Kinder für ihre künftigen Aufgaben vorzubereiten. Ich unterbreite Ihnen folgenden Antrag: Der Parteitag beschließt, der Arbeiterverein „Kinderfreunde" für Oesterreich wird als Parteiorganisation anerkannt. Er erhält das Recht, einen Delegierten seines Reichsvorstandes zu dem Parteitag zu entsenden. Das Organ der „Kinderfreunde" wird als Parteiblatt anerkannt. Wenn Sie diesen Antrag annehmen, so liegt darin für den Verein eine verdiente Anerkennung, die sein Wirken wesentlich fördern wird. Ich glaube, wir sind auf dem besten Wege, eine vorbildliche Organisation für die demokratische Erziehung des Kindes zu werden. Durch unsere Form der Erziehung der Kinder tragen wir vieles dazu bei, um der Partei neue Stützpunkte in den weitesten Kreisen der Bevölkerung zu schaffen. Ich bitte auch die Genossen aus der Provinz, in ihrem Gebiet eifrig zu arbeiten und uns dadurch in den Aufgaben, die wir uns gesetzt haben, zu unterstützen. In den Ländern draußen könnte noch vieles geschehen, und wer die Kinder in unserem Geiste erzieht, kann sich dadurch viel Agitationsarbeit unter den Erwachsenen ersparen. Wenn Sie das Hänschen zum Demokraten erziehen, brauchen Sie den Hans nicht mehr zum Republikaner zu machen.

Vorsitzender **Euller**: Es ist folgender Antrag Lindner eingelaufen:

(Verliest Antrag 38.)

Abgeordneter **Allina** (Wien): Eine Gruppe von Angestelltendelegierten hat beantragt, daß die Ständige Delegation der Angestelltenorganisation auch ein Vertretungsrecht habe. Der Referent hat sich dagegen ausgesprochen, ich möchte mich aber gegen die demagogische Redensart verwahren, daß damit eine Extrawurst gebraten werden soll. Die Angestellten wollen mit den Organisationen, die sie sich geschaffen haben, der Gesamtorganisation dienen. Die Angestelltenbewegung ist in den letzten Jahren zu einem mächtigen und wichtigen Bestandteil der Parteibewegung geworden. Ueber 170.000 Angestellte sind organisiert und es heißt das Problem verkennen, wenn man so Stellung nimmt, wie es Danneberg getan hat. Wir wollen nichts anderes, als im Rahmen der Parteibewegung und ihrer Ziele der Partei mit den Mitteln dienen, die den Angestellten angemessen sind. Wir verstehen, daß für die Bewegung der Jugendlichen nicht dieselben Formen angewendet werden können wie sonst. Und so verlangen wir nichts anderes als die Möglichkeit, die junge Angestelltenbewegung durch die Partei fördern zu lassen. Wir wollen, indem wir sie in der Partei verankern, der ganzen Partei dienen und nichts liegt uns ferner als eine Extrawurst. Ebenso liegt es uns fern, eine Scheidewand aufrichten zu wollen.

Es muß aber verstanden werden, daß die Angestelltenbewegung ein Problem der Partei ist. Die Behauptung unserer politischen Macht beruht nicht zuletzt darauf, daß es uns gelingen muß, die Angestellten der Partei und dem Sozialismus zu gewinnen und zu erhalten. Die politische Organisation, die von den Angestellten gegründet wurde, hat hier in Wien allein der Parteibewegung über 10.000 Mitglieder zugeführt, sicher kein geringer Erfolg. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir eine Schicht vor uns haben, für deren Gewinnung und Erhaltung besondere Formen gewählt werden müssen. Wenn Sie dieser Organisationsform ein Vertretungsrecht einräumen, so geschieht nichts anderes, als daß die Angestelltenbewegung noch tiefer verankert wird. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag anzunehmen.

Emil **Adler** (Wien): Gleich meinem Vorredner Allina, mit dem ich mich in rührender Uebereinstimmung befinde (Hört! Hört!), muß auch ich mich mit dem Referenten auseinandersetzen. Er hat sich nämlich die Ablehnung des Antrages, den ich und zahlreiche Genossen eingebracht haben, äußerst bequem gemacht. Der Wert und die Bedeutung meines Antrages springen förmlich in die Augen. Er ist organisationstechnisch und organisationstaktisch von Bedeutung, weil er dem Ideal der Einheitsorganisation zustrebt, ein Wort, das heute hier zum erstenmal von mir gesprochen wird. Wenn wir in den Fußtapfen der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands wandeln, dann müssen auch wir die Einheitsorganisation ins Auge fassen. § 4 unseres Statuts sagt, jeder Parteigenosse sei verpflichtet, sich sowohl gewerkschaftlich als auch politisch zu organisieren. Welche Sicherungen sind nun in unserem Statut getroffen, daß das auch wirklich geschieht? Jeder macht was er will und dadurch liegt der Schwerpunkt bisher immer in den gewerkschaftlichen Organisationen. Die politischen Organisationen haben sich stets im Nachtrab der gewerkschaftlichen Organisationen befunden und ich glaube, der Parteitag hat die Pflicht, für die Verstärkung des politischen Charakters unserer politischen Parteiorganisation Vorsorge zu treffen. Das geschieht auch zum Teil, wenn mein Antrag Annahme findet. Diejenigen Parteigenossen, die sich zusammengeschart haben in neuen Gebilden — seit dem Umsturz ist dies geschehen — haben sich ein besonderes Verdienst um den Ausbau unserer politischen Organisation erworben, denn der Schwerpunkt liegt doch in der Bestimmung, die diese Organisationen haben, daß, wer diesen Körperschaften angehören will, der Parteiorganisation als Mitglied angehören muß. Es ist also eine ungeheure Werbearbeit, die diese Organisationen verrichten, und wenn andere Organisationen, als die ich meine — es ist dies der Sozialistische Verband der Handelsvermittler, für den ich spreche — wenn andere Organisationen, wie zum Beispiel die Sozialistische Vereinigung geistiger Arbeiter, so bescheiden waren, nicht ebenfalls einen solchen Antrag zu stellen, dann kann ich das nur bedauern, aber hoffentlich finde ich von dieser Seite die entsprechende Unterstützung. Gerade Genosse Max Adler wäre berufen, diesen Antrag zu vertreten. Gewiß sind viele Berufsarten gar nicht geeignet, gewerkschaftlich erfaßt zu werden, doch gibt es viele Berufe, die zusammengefaßt werden müssen. Es ist daher notwendig, daß die Berufe erfaßt werden, wie es zum Beispiel in dem Sozialdemokratischen Verband der Kaufleute und Gewerbetreibenden ist. Daher ist es besser, wenn wir solche Teile beruflich und politisch zusammenfassen. Wir haben zum Beispiel einen sozialdemokratischen Verband der Berufsmilitärgagisten, ebenso einen sozialdemokratischen Verband der Berufsunteroffiziere. Was wollen Sie mit diesen Genossen anfangen? Wollen Sie sie in die Gewerkschaft hineinzwingen? Uebrigens gibt die Gewerkschaft gar keine Gelegenheit, daß diese Berufe in ihr aufgehen könnten. Sie müssen also dem Rechnung tragen. Es ist zu begrüßen, daß diejenigen Organisationen, die sich politisch und wirtschaftlich betätigen, deren Angehörige obligatorisch der Partei angehören müssen, auch auf dem Parteitag vertreten sein können. Wenn eine winzige Bezirksorganisation in der Lage ist, zwei Delegierte zu entsenden, ein unbedeutendes Fachblatt hier einen Vertreter haben kann, so muß es auch angehen, daß Organisationen, die 10.000 Mitglieder haben, hier vertreten sind. Wenn Genosse Danneberg gesagt hätte, daß derartige Organisationen ein Mandat bekommen und nicht zwei Mandate, daß eine beratende Stimmer genügt und keine beschließende, wäre es angegangen. Aber ohneweiters über den Antrag hinwegzugehen, geht nicht an.

Vorsitzender **Tomschik**: Von der Bezirksorganisation **Wien-Mariahilf** sind folgende Anträge eingegangen:

(Verliest Anträge 22 und 24.)

Beide Anträge stehen zur Verhandlung.

Lindner (Graz): Der Referent sagte, daß die Parteimarken von den Männern und Frauen zu gleichen Teilen bezahlt werden. So begrüßenswert es ist, müßte ein Unterschied gemacht werden, da die Lokalorganisationen so wenig bekommen, daß sie draufzahlen müssen. Wenn nach den Wünschen des Referenten beschlossen wird, kann es geschehen, daß jener Zustand wieder eintritt, der früher so beklagt wurde, wo viele Frauen die Männermarken beziehen. Was den von mir gestellten Antrag bezüglich des Parteibeitrages anbelangt, muß die Möglichkeit gegeben werden, darüber zu beraten, um zu beschließen, was nicht sofort geschehen kann, da es bei der Kürze der Zeit nicht möglich ist, alle Mitglieder zu verständigen.

Cilly Nemec (Kapfenberg): Die Frauen haben alle Ursache, der Berechtigung zur Verschmelzung mit sehr gemischten Gefühlen entgegenzublicken. Mit der Verschmelzung soll zum Ausdruck gebracht werden, daß die Frauen den Männern vollständig gleichgültig geworden sind. Aber unsere praktische Erfahrung draußen in den Körperschaften hat uns oft Grund dazu gegeben, zu bezweifeln, ob wirklich unsere Parteigenossen den Interessen der Frauen das notwendige Verständnis entgegenbringen. Wiederholt haben wir Gelegenheit zu fühlen, daß die Frauen meistenteils von den Genossen nur geduldet sind. Sie arbeiten mit uns nicht so zusammen, wie sie sollen. Wir stellen uns die Gleichberechtigung anders vor. Es ist zu bemerken, daß die Genossen nicht einmal ihre eigenen Frauen dorthin weisen, wohin sie gehören. Deshalb sind wir wenig zuversichtlich und können nur hoffen, daß in dieser Hinsicht endlich bessere Zustände eintreten. Es ist ja wahr, daß die Frauen oft schwierig zu behandeln sind und daß sie den Vorgängen nicht das gleich große Interesse entgegenbringen wie die Männer. Die Männer müssen aber eben bedenken, daß wir keine so lange Erfahrung hinter uns haben. Durch die gemeinsame Organisation wird es eher möglich sein, gemeinsame Ziele zu verfolgen. Deshalb richte ich an den Parteitag das Ersuchen, die gemeinsame Arbeit ernst zu nehmen und nichts unversucht zu lassen, dort, wo die Frauen noch zu schwach sind, sie zu unterstützen. Wir können dann gemeinsam unsere Aufgaben vollenden.

Es wird Schluß der Rednerliste beschlossen.

Pichler (Bruck a. d. M.): Die Zahl der Lokalorganisationen ist nicht entscheidend. In unserem Gebiet haben wir nicht neue Lokalorganisationen gegründet, sondern Sektionen, weil es an guten Kräften für selbständige Organisationen gefehlt hätte. In den Industriegebieten hat sich die Arbeiterschaft bemüht, mit den Angestellten in ein gutes Verhältnis zu kommen, trotzdem es nicht leicht ist, weil die Leute, die heute als Parteigenossen gewertet werden, die Arbeiter vielfach noch vor einem Jahr drangsaliert haben. Ich glaube, daß Genosse Allina übertreibt, wenn er von hunderttausend der Parteiorganisation zugewachsenen Angestellten spricht. In der Provinz hat die Angestelltenorganisation noch viel Arbeit zu leisten, und ich wäre sehr dankbar, wenn sie auch die kleinen Orte in ihre Tätigkeit einbezöge. Wir haben uns wegen der Films mit der Bildungsstelle der Partei in Verbindung gesetzt, aber wir wurden sehr enttäuscht; es waren keine guten Films. Da den Lokalorganisationen auch jetzt nur 12 Heller bleiben, ist es ihnen schwer, Bibliotheken und Broschüren anzuschaffen, und ohne solche ist die Bildungsarbeit nicht möglich. Das Wahlverfahren wünschen wir so, daß jeder Delegierte nur von der Mitgliederversammlung entsendet wird. Jedes Mitglied soll zur Delegierung Stellung nehmen können. Wenn den Organisationen der Vorwurf gemacht wird, daß sie die „Arbeiterinnen-Zeitung" nicht beistellen, muß ich fragen, wie sie das mit den 12 Hellern bestreiten sollen. Es geht nicht an, alles auf die Bezirksorganisation zu überwälzen, die mit 25 Hellern nicht die Lokalorganisation ernähren kann. In unserem Bezirk haben nur vier Lokalorganisationen Geld, die anderen erfordern die Bestreitung ihrer Auslagen durch den Bezirk. Zur Bildungsarbeit möchten wir gern mehr von Wien hören. Nur bei besonderen Gelegenheiten hören wir etwas von Wien. Wir bekommen viel zu wenig, um davon agitatorisch leben zu können.

Klein (Wien): Ich habe nur wenige Worte zu den Anträgen der Bezirksorganisation Mariahilf zu sagen. Was den Antrag zu § 21, Absatz 1, betrifft, so war ich der Ansicht, daß eine gewisse Differenzierung im Delegationsrecht zugunsten der stärkeren Bezirksorganisationen möglich sei. Wir würdigen jedoch den Einwand des Genossen Danneberg, daß bei einer Reduzierung der Mandatzahl in der Regel die Frauen nicht berücksichtigt werden würden, und ziehen infolgedessen den Antrag zurück. Was unseren zweiten Antrag zu den §§ 32 und 33 (alt) betrifft, so hat Genosse Danneberg keine Einwendungen dagegen erhoben. Er war nur der Meinung, daß die Veröffentlichung im Zentralorgan aus technischen Gründen nicht möglich sei. Wir schließen uns dieser Ansicht an und streichen daher die Worte „im Zentralorgan der Partei". Wir hoffen, daß nun der Parteitag unserem Wunsche seine Zustimmung gibt, so daß alle Anträge des Parteitages und vor allem die Berichte zum Parteitag vier Wochen vor dem Parteitag erscheinen werden, wodurch allen Bezirksorganisationen dann die Möglichkeit gegeben ist, sich im vorhinein mit den Berichten zu befassen und ihre Delegierten zu instruieren. Dementsprechend würde auch dann das Recht der Einbringung von Anträgen auf die Frist von 14 Tagen reduziert. Weiters haben wir einen Antrag gestellt, wonach die Delegierten der Fachblätter auf dem Parteitag nur beratende Simme haben sollen. Ich glaube, daß dieser Antrag in der Natur der Sache liegt und daß die Zuerkennung einer beratenden Stimme vollkommen genügt. Weiters drängten sich vielen Genossen Zweifel darüber auf, ob es nötig ist, daß die Gewerkschaften vollständig auf dem Parteitag vertreten sind. Wir glauben, daß der jetzige Parteitag das nicht zu lösen hat und haben daher den Antrag eingebracht, daß sich der Parteivorstand über diese Frage mit den Gewerkschaftsvorständen ins Einvernehmen setze und dem nächsten Parteitag einen Bericht über diese Verhandlungen vorlege. Des weiteren möchte ich mich nur ganz kurz zum Antrag Broczyner äußern. Wir sind eigentlich prinzipiell dagegen, weil wir uns sagen müssen, daß, solange die einzelnen Gewerkschaften hier vertreten sind, ein separates Delegationsrecht unnötig ist und wir eine Extrawurst nicht brauchen. (Zustimmung.) Anderseits — das sage ich als Angestellter — müssen wir uns vor Augen halten, daß, wenn man der männlichen Jugend in den Betrieben das Recht einer separaten Vertretung gibt und wenn man sogar den Abstinenten das Recht einer separaten Vertretung gibt, man es dann auch der Angestelltenorganisation, wenn diese Bestimmung aufrechtbleiben sollte, zubilligen kann, denn der eine Vertreter der Gewerkschaftskommission wird dann eben nie ein Angestellter sein, sondern immer ein Arbeiter, und die Interessen dieser beiden Gruppen sind heute noch vielfach sehr verschieden.

Vorsitzender **Tomschik**: Vom Reichsverband der österreichischen Bau- und Wohnungsgenossenschaften ist folgender Antrag eingebracht worden:

(Verliest Antrag 32.)

Dr. Maurer (Wien): Genosse Danneberg hat heute auch über die Novembersozialisten gesprochen. Er hat mit Recht erwähnt, daß man den Leuten nicht Steine vor die Füße werfen soll; aber ich möchte glauben, daß die Novembersozialisten nicht in der Arbeiterschaft zu suchen sind. Wenn wir Novembersozialisten suchen wollen, dann suchen wir sie dort, wo von ihnen jetzt zwei Anträge gestellt worden sind, der eine Antrag des Genossen Adler und der andere des Genossen Broczyner. Ueber den Antrag Adler will ich nicht viel Worte verlieren. Wenn Genosse Adler gemeint hat, daß man zumindest hier hätte sagen sollen, „beratungsberechtigt" und nicht „stimmberechtigt", so meine ich, aufs Handeln lassen wir uns nicht ein. Entweder — oder! Zum Antrag Broczyner möchte ich nur eines erwähnen: Genosse Danneberg hat heute hier gesagt, daß er kein Gegner jener Organisationen sei, die sich bei der politischen Organisation im Bezirk bilden, um die Genossen, die dort hinkommen, sagen wir: reif für die politische Bezirksorganisation zu machen. Ich und viele mit mir stehen auf dem Standpunkt, daß das eine Zersplitterung ist. Wenn wir auf Grund der Bezirksorganisation organisiert sind, so müssen alle, die Sozialdemokraten sind, in unsere Bezirksorganisation kommen. (Zustimmung.) Nur dort können sie sich mit uns vereinigen, nur dort können sie sich die nötige Bildung, das nötige Wissen zum Klassenkampf holen. (Beifall.) Extraorganisationen

sind Extrawürste, das sind Eigenbröteleien, es sind Extramandate. Broczyner verlangt in seinem Antrag je zwei Delegierte der Gewerkschaftskommission, der Ständigen Delegation der Angestelltenorganisationen, des Zentralverbandes deutsch-österreichischer Konsumvereine und des Reichsvollzugsausschusses der Soldatenräte. Wer mit den Vorschlägen des Parteivorstandes einverstanden ist, der muß gegen diesen Antrag stimmen.

Zipfinger (Wien): Es ist nicht gut, daß man so weit geht, daß man sogar die Organisationen zersplittert und alle möglichen Sonderorganisationen mit den gleichen Rechten ausstattet, wie sie die Arbeiterorganisationen im allgemeinen haben. Ueber dieses Gebiet ist aber schon viel gesprochen worden. Wir müssen uns auch beschäftigen mit dem Antrag Mariahilf, der die Nichtstimmberechtigung der Fachblätter betrifft. Im Lauf der Jahre sind da wiederholt Aenderungen vorgenommen worden. Es war ein unklares Verhältnis. Heute hat der Referent gesagt, es sei ziemlich gleichgültig, was in dieser Hinsicht geschehe. Es geht aber nicht an, daß man für den Parteitag zweierlei Delegierte bestimmt. Aber nicht nur deshalb, weil es nicht praktisch und hübsch wäre, zweierlei Delegierte herzustellen. Auch aus praktischen Gründen ist es nicht gut, es so einzuführen. Was die Redakteure der Fachblätter anbelangt, so sind sie hier, um mitzuberaten und mitzubeschließen, weil sie die Beschlüsse in ihren Blättern dann nach außen hin zu vertreten haben. Können sie nicht mitberaten und nicht mitbeschließen, so sagen sie, sie sind frei und können schreiben, was sie wollen. Dann bringe ich noch folgenden Antrag ein, um dessen Annahme ich Sie bitte:

(Liest Antrag 30.)

Ich bitte Sie also, gegen den Antrag der Bezirksorganisation Mariahilf zu stimmen.

Abgeordnete Adelheid **Popp**: Die Genossin Nemec sagt, daß ihr noch das rechte Vertrauen zu der gemeinsamen Organisation fehlt. Ich glaube, die Genossin Nemec kann beruhigt sein. Wenn wir nicht gesehen hätten, daß die Genossen von der Notwendigkeit, die Frauen in der Organisation zu haben, durchdrungen sind, würden wir unsere Position nicht selbst aufgegeben haben. Denn die selbständige Frauenorganisation wird nicht auf Wunsch der Partei aufgegeben. Wir selbst sind dazu gekommen, einen Zustand nicht weiter aufrechtzuerhalten, der dokumentiert hätte, daß in der Partei noch um eine Position gekämpft werden muß, die im Staate schon errungen ist. Im Staate, im Lande und in der Gemeinde haben sich die Frauen den Männern als würdige Arbeitsgefährtinnen erwiesen. Die Genossinnen können daher überzeugt sein, daß sie durch die Verschmelzung der Organisation nirgends etwas zu befürchten haben. Wir haben auch längst erkannt, daß dort, wo die Männer ihre ganze Tätigkeit der Partei widmen müssen, die Mitarbeit ihrer Frauen in der Partei große Schwierigkeiten hat. Wenn der Mann dem Familienleben ganz entzogen ist, ist es um so notwendiger, daß die Frau ihre Sorgfalt der Familie zuwendet, weil gerade das Familienleben des in der Oeffentlichkeit wirkenden Mannes peinlich verfolgt wird. Das soll natürlich nicht heißen, alle sollen organisiert werden, nur die eigene Frau nicht. Ich will nur sagen, daß es Fälle gibt, wo man über gewisse Schranken nicht hinwegkommt. Auch die Schwierigkeit der Bezahlung der „Arbeiterinnen-Zeitung" darf keine Bedenken machen. Wir wissen, daß heute mit dem Beitrag von 1 Kr. wenig anzufangen ist, doch für die Schulung der Frauen darf in der gemeinsamen Organisation nicht weniger geschehen als in der selbständigen Organisation. Die „Arbeiterinnen-Zeitung" war das Werkzeug, die Frauen für die gemeinsame Organisation reif zu machen, sie kann auch in der gemeinsamen Organisation nicht entbehrlich sein.

Broczyner (Wien): Gegenüber meinem Antrag sind Aeußerungen gefallen, die auf Mißverständnissen beruhen. Wir verlangen nicht die Ausschaltung des Arbeiterrates. Durch einen Fehler, der irgendwo, aber nicht bei uns, unterlaufen ist, sind im Abdruck unseres Antrages die Worte über die Vertretung des Arbeiterrates weggeblieben und ist vom Soldatenrat die Rede gewesen, den wir gar nicht genannt haben. Maurer hat unseren Antrag so aufgefaßt, als ob wir die Vertretung für die politische Organisation der Angestellten verlangt hätten; wir verlangen sie für die

gewerkschaftliche Organisation. Das Wort Extrawurst ist ganz unrichtig gebraucht, die wirklichen Arbeiter haben auch nichts gegen unseren Antrag einzuwenden. Die gewerkschaftlich tätigen Genossen wissen ganz gut, welch harten Boden wir zu bearbeiten haben. Daß wir in diesem Bemühen nicht erlahmen, liegt auch im Interesse der Partei selbst. Die Drangsalierung von Arbeitern durch Angestellte beweist nichts; ebensowenig wie die Sozialdemokraten für die Haltung der christlichsozialen und deutschnationalen Arbeiter verantwortlich gemacht werden können, darf so etwas bei Angestellten geschehen. Der Genosse Pichler weiß nicht, daß hunderte Genossen, die in der Arbeiterbewegung stehen und in der Kriegsnot erwerbslos geworden sind, durch die Beziehungen der Angestelltenorganisationen zu Erwerb gekommen sind und daß damit diese Organisationen viel dazu beigetragen haben, daß die Arbeiterbewegung aufrechterhalten worden ist. Um aber alle falschen Deutungen unmöglich zu machen, modifiziere ich den Antrag. Es soll nicht mehr von der Delegation der Angestelltenorganisation die Rede sein, sondern die Gewerkschaftskommission soll statt zwei drei Delegierte entsenden. Das dritte Mandat soll sie den Angestelltenorganisationen übertragen.

Es wird nun die Antragprüfungskommission gewählt; sie besteht aus: Weber, Bretschneider (Wien), Christoph (Niederösterreich), Kollinger (Oberösterreich), Lindner (Steiermark), Lukas (Kärnten), Ullrich (Salzburg), Scheibein (Tirol), Linder (Vorarlberg), Gabriele Proft (Frauenzentralkomitee), Seitz, Adler, Danneberg (Parteivorstand) und Grünwald (Gewerkschaftskommission).

Nachmittagssitzung.

Beginn halb 3 Uhr.

Vorsitzender **Tomschik**: Wir kommen nun zum

Bericht der Mandatprüfungskommission.

Abgeordneter **Weber**: Anwesend sind 273 Delegierte und 7 auswärtige Gäste. Diese Delegierten verteilen sich folgendermaßen: auf Wien 153, Niederösterreich 74, Oberösterreich 14, Steiermark 18, Kärnten 6, Salzburg 5, Tirol 2, Vorarlberg 1. Vertreten sind 81 Bezirksorganisationen, 4 Kreisorganisationen, 6 Landesorganisationen, 47 gewerkschaftliche Zentralverbände, 27 Fachblätter und 10 Parteiblätter. Ferner sind vertreten der Reichsvollzugsausschuß der Arbeiterräte, der Zentralverband der Konsumvereine, die Volksbuchhandlung, der Arbeiterverein „Kinderfreunde", der Parteivorstand, die Parteikontrolle, das Frauenreichskomitee, 4 Frauenlandeskomitees; außerdem ist eine große Anzahl von Abgeordneten erschienen. Unter den Delegierten befinden sich 43 Frauen. Aus der Provinz waren mehr Delegierte angemeldet; es sollten ungefähr 400 anwesend sein. Viele sind nicht erschienen, da inzwischen weitere Züge eingestellt wurden und die miserablen Zugsverbindungen die Fahrten unmöglich machten.

Wir richten die dringende Bitte an die Bezirksorganisationen, Vorsorge zu treffen, daß alle Delegierten für den nächsten Parteitag mit ordnungsgemäß ausgefertigten Mandaten erscheinen. Wir haben jetzt eine Aenderung unseres Organisationsstatuts vorgenommen und werden uns das nächstemal natürlich streng an die statutarischen Bedingungen halten.

Der Bericht der Mandatprüfungskommission wird ohne Debatte zur Kenntnis genommen.

Vorsitzender **Tomschik**: Wir kommen nun zum 5. Punkt der Tagesordnung:

Wirtschaftliches und soziales Aktionsprogramm.

Referent **Dr. Bauer** (mit lebhaftem Beifall empfangen): Der Krieg hat in allen Ländern eine gewaltige wirtschaftliche Umwälzung hervorgerufen. Sie geht aber bei uns noch viel weiter als in jedem anderen Lande, weil wir nicht nur die Wirkungen des fünfjährigen Krieges mit all seinen ungeheuren Zerstörungen

an Produktivkräften zu tragen haben, sondern überdies auch noch die Wirkungen der Zerreißung des alten Wirtschaftsgebietes, die die ganze wirtschaftliche Basis unserer Existenz zerstört hat. Wenn wir uns zurecht finden wollen in der neuen wirtschaftlichen Umwelt, wenn wir die Ziele, die die neue Lage uns stellt, erkennen und die Wege zu diesen Zielen finden wollen, dann müssen wir das Wesen der wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen wir jetzt leben, tiefer zu erkennen versuchen, als das gemeinhin geschieht. Wir können daher nicht darauf verzichten, mit theoretischen Mitteln, mit den Denkmitteln der Marxschen Oekonomie uns in den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen zurecht zu finden. Gestern hat allerdings der Hauptverband der Industriellen ersucht, man möge ihn freundlichst mit Theorien verschonen, vielleicht deswegen, weil die Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchung den Herren Industriemagnaten jetzt sehr unerwünscht und unangenehm sind. Aber wenn schon die Industriellen von der Theorie reden wie eine Gesellschaft von Spießbürgern, so hat die Arbeiterklasse ihren alten theoretischen Sinn und ihr altes Bedürfnis nach theoretischer Aufklärung nicht verloren und ich glaube es daher wagen zu dürfen, einleitend einige theoretische Bemerkungen vorauszuschicken. Zu diesem Zwecke erlauben Sie mir zunächst einmal an einige theoretische Grundbegriffe zu erinnern, weil ich sie für die folgende Darstellung brauchen werde.

Das Arbeitsprodukt eines Jahres stellt eine gewaltige Menge von Waren dar. Unter diesen Waren nehmen einen großen Teil die Arbeitsmittel ein, die zu der Produktion gebraucht werden oder die notwendig sind, um die bei der Produktion verbrauchten Arbeitsmittel zu ersetzen. Hieher gehören Saatgut, Viehfutter, Rohstoffe, Hilfsstoffe, Geräte, Maschinen u. s. w. Erst das, was darüber hinaus erzeugt wird, erst das stellt den eigentlichen Reinertrag einer Gesellschaft dar. Wir können uns diesen Reinertrag in zwei Teile zerlegt denken. Die notwendigen Lebensmittel wollen wir den einen Teil nennen. Wir brauchen sie, um die Arbeitenden arbeitsfähig zu erhalten und um eine arbeitsfähige Nachkommenschaft aufzuziehen. Darüber hinaus aber erzeugt unter normalen Verhältnissen jede Gesellschaft noch eine große Menge von Waren verschiedenster Art. Diese Güter nennt Marx das Mehrprodukt der gesellschaftlichen Arbeit. Dieser Gliederung des gesellschaftlichen Arbeitsertrages in die notwendigen Arbeitsmittel, die notwendigen Lebensmittel und das Mehrprodukt entspricht die Gliederung des Wertes der Waren, die erzeugt werden. Ein Teil des Wertes ist, um uns Marxens bildlicher Ausdrucksweise zu bedienen, der Wert, der gleichsam von den Arbeitsmitteln auf die Arbeitsprodukte übertragen wird. Es sind das die sachlichen Produktionskosten der Waren. Was die Waren darüber hinaus wert sind, stellt das Einkommen verschiedener Klassen dar. Ein Teil dieses Wertes ist das Einkommen der Arbeiterklasse, also Löhne und Gehalte. Was aber darüber hinaus die Ware wert ist, nennt Marx den Mehrwert, der die verschiedensten Formen annimmt und zwischen den besitzenden Klassen in verschiedenster Weise verteilt wird. Der normale Lauf der kapitalistischen Gesellschaft besteht nun darin, daß die Arbeiter und Angestellten Arbeitslohn und Gehalt beziehen und damit die notwendigen Lebensmittel kaufen und die Eigentümer der Produktionsmittel den Mehrwert beziehen und damit das Mehrprodukt kaufen.

Das sind einfache und alte Grundbegriffe, an die ich erinnere, weil wir nur mit Hilfe dieser Denkmittel uns vergegenwärtigen können, was heute in unserer Wirtschaft vorgeht. Fragen wir nämlich, wie es nun mit dem Mehrprodukt einerseits und dem Mehrwert anderseits in unserem Lande steht, dann kommen wir zu unerwarteten Ergebnissen. Es ist für jeden klar, daß unsere Gesellschaft in Deutschösterreich nicht die Arbeitsmittel erzeugt, die wir brauchen, um die bei der Produktion verbrauchten Arbeitsmittel zu ersetzen, und auch nicht, was ja auf dasselbe hinauskäme, Güter erzeugt, gegen die wir diese Arbeitsmittel vom Ausland eintauschen könnten. Zweitens ist uns bekannt, daß unsere Gesellschaft heute auch nicht die Lebensmittel erzeugt, die wir brauchen, um die Bevölkerung arbeitsfähig zu erhalten, und nicht die Güter erzeugt, gegen die wir im Ausland solche Lebensmittel eintauschen könnten. Wir können also den Tatbestand feststellen, daß unsere Gesellschaft weder die notwendigen Arbeitsmittel noch die notwendigen

Lebensmittel erzeugt; daß unsere Produktion so klein ist, daß wir die notwendigen Lebensmittel zur Erhaltung unserer Arbeitskraft nicht erzeugen können. Daher kann in unserer heutigen Gesellschaft von einem Mehrprodukt gar keine Rede sein. Es ist eines der charakteristischen Merkmale des heutigen Wirtschaftslebens, daß das Mehrprodukt einfach verschwunden ist. Während es aber kein Mehrprodukt gibt, gibt es doch einen Mehrwert. Das ist absurd, aber es ist so. Die Kapitalisten und Grundeigentümer haben ja die Mehrwerttitel, die Ansprüche auf Mehrwert immer noch in der Hand. Wenn einer zum Beispiel eine Staatsschuldverschreibung besitzt, hat er Anspruch auf die Zinsen, die sind aber nichts anderes als Mehrwert. Der Anspruch auf Mehrwert ist also vorhanden, ja diese Ansprüche sind während des Krieges sogar ungeheuer vermehrt worden. Die Mehrwerttitel sind nicht nur stehen geblieben, sondern, insbesondere durch die Vergrößerung der Staatsschulden, ungeheuer angeschwollen. Wir haben also Mehrwerttitel, aber keine Mehrprodukte. Das ist aber ein Widerspruch; denn wirtschaftlich betrachtet, ist der Mehrwerttitel nichts anderes als der Anspruch auf Mehrprodukt. Der heutige Zustand ist aber der, daß wir Mehrwerttitel in ungeheurer Menge haben, aber kein Mehrprodukt. Wo nichts ist, hat nun auch der Kapitalist sein Recht verloren. Die Mehrwerttitel können nicht realisiert werden, wenn das, was sie realisieren soll, nämlich das Mehrprodukt, nicht vorhanden ist. Was geschieht nun? Es gibt zwei Methoden der Nicht-Realisierung der Mehrwerttitel. Eine davon ist die, die Mehrwerttitel zu annullieren. Scheut man diese Methode, dann tritt die volkswirtschaftliche Notwendigkeit ein, daß die Mehrwerttitel sich ohne förmliche Annullierung selbst entwerten und in dieser Form nicht realisiert werden. Das geschieht heute. Wenn jemand im Frieden eine Staatsschuldverschreibung gehabt hat, die ihm den Anspruch auf 100.000 Kr. Zinsen gegeben hat, so bekommt er die Zinsen heute noch, aber die hunderttausend Kronen sind entwertet. Die hunderttausend Kronen stellen heute etwas ganz anderes dar, als vor dem Kriege. Er kann heute mit 100.000 Kr. vielleicht nur ein Zehntel dessen kaufen, was er vor dem Kriege kaufen konnte. Zu neun Zehnteln ist er also expropriiert. Nicht durch ein Gesetz des Staates, sondern durch den ökonomischen Prozeß selbst. Er mußte expropriiert werden, weil die Mehrwerttitel nicht realisierbar waren, da eben ein Mehrprodukt nicht vorhanden war. Diese Tatsache drückt sich in der Geldentwertung aus. Aber die Geldentwertung ist die irrationalste Form der Nicht-Realisierung der Mehrwerttitel, diejenige, die die ganze Bevölkerung am schwersten trifft; denn sie trifft die breiten Massen des Volkes, sie trifft die ganze Volkswirtschaft durch Außer-Kurssetzung des Geldes im Ausland. Nun können die Mehrwerttitel aber nicht realisiert werden. Sollen sie sich also nicht selbst mittels der Geldentwertung automatisch entwerten, dann müssen sie eben durch staatlichen Eingriff annulliert werden. Die Annullierung kann in verschiedener Weise geschehen, in der groben Form des Staatsbankerotts oder in der verfeinerten Form einer Vermögensabgabe. Wir sind also in einem Zustand, der die Annullierung der Mehrwerttitel, die Expropriation der Expropriateurs fordert.

Der heutige Zustand unserer Volkswirtschaft hat so eine äußere Aehnlichkeit mit dem von Marx voraussagten: es scheint der Tag gekommen, an dem die kapitalistische Entwicklung selbst zur Expropriation der Expropriateure zwingt. Aber wir dürfen uns von dieser äußerlichen Aehnlichkeit nicht täuschen lassen. So ähnlich die Situation scheint, so dürfen wir uns doch nicht darüber täuschen, daß die Situation, in der wir heute sind und die die Expropriation der Expropriateure fördert, ja zum Teil geradezu automatisch vollzieht, grundverschieden ist von derjenigen, von der Marx gesprochen hat, wenn er meinte, daß die kapitalistische Entwicklung letzten Endes die Expropriation der Expropriateure erzwingen werde. Was war Marxens Gedankengang? Daß die Entwicklung der Produktivkräfte, der Fortschritt der Technik, die wachsende Beherrschung der Natur durch den Menschen die Gesellschaft immer reicher macht, daß das Mehrprodukt, das die menschliche Gesellschaft hervorbringt über die notwendigen Arbeits- und Lebensmittel hinaus, immer mehr anschwillt, daß aber dieses Mehrprodukt niemals den Arbeitenden zufließt, sondern von den besitzenden Klassen angeeignet wird, daß also immer gewaltiger der Anteil der besitzenden Klassen an dem Reinertrag der gesellschaftlichen Arbeit

wird, immer größer also die Ausbeutung der arbeitenden Klasse, immer größer der Widerspruch zwischen dem Reichtum, der aus der Arbeit hervorgeht, und dem Teil dieses Reichtums, der der arbeitenden Klasse zufällt, daß somit schließlich ein Zustand entsteht, wo man diesen Widerspruch nicht mehr erträgt und sich die arbeitenden gegen die besitzenden Klassen auflehnen, das Privateigentum aufheben, das Mehrprodukt nicht mehr den Kapitalisten zufallen lassen, sondern sich seiner bemächtigen. Marx erwartete, daß die Expropriation der Expropriateure kommen werde infolge des wachsenden Reichtums der Gesellschaft; weil das Mehrprodukt schließlich so groß wird, daß man es nicht mehr erträgt, es den Besitzenden allein zu überlassen. Wir sehen aber heute umgekehrt, daß die Expropriation notwendig erscheint, weil es ein Mehrprodukt gar nicht mehr gibt; notwendig, weil die Gesellschaft so arm ist, daß man den Tribut an die besitzenden Klassen nicht mehr abführen kann, weil nichts da ist, was man abführen könnte. Das ist geradezu der Gegensatz zu der von Marx dargestellten Entwicklung. Es ist einer der Grundirrtümer der bolschewistischen Verwertung der Marxschen Lehren, daß sie von den Marxschen Lehren reden und es so darstellen, als ob die von Marx bezeichnete Entwicklung gekommen wäre, die Zeit des größten Reichtums, und es nur darauf ankäme, die Umwandlung des Eigentums vorzunehmen, damit das Mehrprodukt, das sich bisher die besitzenden Klassen angeeignet haben, nun den arbeitenden Klassen zufalle. Heute handelt es sich aber darum, die Produktion in die Höhe zu bringen, damit überhaupt erst wieder ein Mehrprodukt da sei. Mit der bloßen Aneignung ist heute nichts getan, das Elend würde damit nicht aufgehoben und nicht gemildert, weil zu wenig produziert wird, um die Massen der Menschen erhalten zu können. Die Lage ist also eine ganz andere und von der äußeren Aehnlichkeit dürfen wir uns nicht täuschen lassen. Dadurch, daß wir uns dieses Unterschiedes bewußt werden, wird aber nicht die Tatsache berührt, daß wir kein Mehrprodukt erzeugen und daß deshalb die Mehrheitstitel annulliert werden müssen.

Diese objektive Tatsache findet auch ihren Ausdruck im Bewußtsein der Menschen selbst. Die Arbeitermassen sind heute in ganz anderer Stimmung als jemals zuvor. Die Arbeitskraft ist durch die fünf Jahre Hunger und Entbehrungen geradezu vernichtet worden. Die Gewöhnung an die Arbeit, die eines der Produkte der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, eine Ergebnis jahrhundertelanger Entwicklung ist — wir wissen, daß sie erreicht wurde durch den Zwang, Gewalt in der frühkapitalistischen Zeit, durch „peinliche Halsgerichtsordnungen", die die Massen zwangen, sich an das alltägliche Einerlei der Fabrik und Werkstatt zu gewöhnen — diese Gewöhnung an tägliche freudlose Arbeit für andere hat der Kapitalismus selbst durch den Krieg den Menschen genommen. Er hat sie aus der Arbeit herausgerissen, sie an der Front und in der Etappe herumlungern lassen und wenn sie auch dort arbeiteten, so war es doch eine ganz andere Arbeit als in der Fabrik, in der Werkstatt und in der Grube. Zu der physiologischen Schwächung der Arbeiter durch die Unterernährung kamen diese psychischen Wirkungen des Krieges. Und dazu kommen noch die ideologischen Wirkungen der politischen Umwälzung. So ist es begreiflich, daß die Arbeiterklasse nicht mehr in der Stimmung ist, für die Kapitalisten zu arbeiten, sondern nur für sich selbst, für die Gesamtheit des arbeitenden Volkes. Damit ist der Kapitalismus an eine Schranke gestoßen. Die Arbeit wird ihm verweigert oder doch freudlos und widerwillig, ohne die gewohnte Ordnung und Disziplin geleistet. Der Kapitalismus hat kein Mittel mehr, die Menschen zu schöpferischer Arbeit zu zwingen. Die kapitalistische Eigentumsordnung erscheint als Hindernis der Produktivität der Arbeit, die Eigentumsverhältnisse als Hindernis der Entwicklung der Produktivkräfte. Der Kapitalismus ist in seinen Wurzeln gefährdet. Es erscheint der Augenblick gekommen, wo die kapitalistische Gesellschaft, nicht mehr imstande, ihre Funktion zu erfüllen, dem Untergang geweiht ist.

Das ist das Bild, so lange wir unser Land sehen. Wenn wir es betrachten, müssen wir zum Ergebnis kommen, daß die Tage der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gezählt sind und ihre Ueberwindung notwendig und unvermeidlich ist. Aber wir sind ein kleines, schwaches Land und wir dürfen nicht bloß unsere Verhältnisse sehen. Jenseits der Grenzen sehen wir ganz andere Dinge. In den besiegten Ländern allerdings, also in ganz Ost- und Mitteleuropa ist der Kapitalis-

mus schwer erschüttert, wenn auch nirgends so stark wie bei uns, weil die Kriegswirkungen hier durch die Zerreißung des Wirtschaftsgebietes überaus gesteigert sind. Doch in den führenden kapitalistischen Ländern, in Amerika, England, Frankreich, Italien und den neutralen Staaten sieht es ganz anders aus. Es ist lächerlich, sich darüber zu täuschen. Dort hat zwar auch der Krieg die Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft erschüttert, aber die Erschütterung ist nicht zu vergleichen mit der unserigen. Wenn Sie nur Berichte über die wirtschaftlichen Verhältnisse in einem dieser Länder lesen, haben Sie ein ganz anderes Bild. In einer englischen sozialistischen Zeitung, die sicherlich nicht im Verdachte steht, schönzufärben, ist zu lesen: „Die Straßen von London geben heute ein Zeugnis glänzender Prosperität und es ist dasselbe, wohin wir kommen, nach Rom, nach Paris, nach Luzern. Frecher Luxus, Genußsucht, Fröhlichkeit, auf den Straßen die Pracht der Mode, gefüllte Theater, rauschende Feste sind die Erscheinungen, die unserem Leben das Gepräge geben." Das ist nicht bloß gesagt vom Leben der kapitalistischen Klassen der Gesellschaft, es ist dort schlechthin vom Leben der Gesellschaft die Rede. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß solche Erscheinungen auch in den Massen der Arbeiterschaft bemerkbar sind. Wenn wir uns dieses Bild der „grenzenlosen Prosperität" in den Straßen von London und Paris vergegenwärtigen und es vergleichen mit dem Bilde Wiens heute, so sehen Sie, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse dort ganz andere sind und daß die Erschütterung der kapitalistischen Gesellschaft dort bei weitem nicht so tief geht wie bei uns.

Nun sind wir hier in der Lage, daß der Kapitalismus hier geradezu zusammengebrochen erscheint, geradezu unfähig, die wirtschaftlichen Aufgaben weiter zu erfüllen und daß wir auf der anderen Seite drüben uns gegenüber sehen die kapitalistischen Großmächte, deren Kapitalismus nicht nur lebt, sondern sich, wie der englische Genosse sagt, jetzt „grenzenloser Prosperität" zu erfreuen beginnt. Und diese Länder sind die, denen gegenüber wir im Verhältnis der drückendsten Abhängigkeit leben, einer Abhängigkeit nicht etwa nur deswegen, weil wir besiegt, weil wir geschlagen sind, weil unser Land den fremden Armeen offen steht und jeder ausländische Leutnant hier ein großer Herr ist, vor dem sich alles demütig zu beugen hat, sondern vor allem, ganz unabhängig von allen politischen Tatsachen, deswegen abhängig, weil wir wirtschaftlich ohne die Hilfe dieser Länder gar nicht bestehen können. Denn die Drosselung der Produktion, von der ich gesprochen habe, hat uns so tief heruntergebracht, daß wir nicht nur kein Mehrprodukt mehr, sondern nicht einmal die notwendigen Arbeitsmittel und Lebensmittel erzeugen können. Da wir nicht mehr gegen die Erzeugnisse unserer Arbeit das bekommen können, was wir brauchen, um zu arbeiten und zu leben, sondern es nur noch bekommen können, ohne ein Entgelt geben zu können, also auf Kredit, sind wir eben durch dieselbe Tatsache, die den heimischen Kapitalismus geradezu zerstört, geradezu dem Untergang geweiht erscheinen läßt, in die drückende Abhängigkeit von dem ausländischen Kapitalismus geraten.

Daraus geht die Zwiespältigkeit unserer Lage hervor. Einerseits sehen wir im eigenen Lande den heimischen Kapitalismus schwer erschüttert, anderseits ist das ausländische Kapital unser Herr. Die innere Entwicklung drängt zur Expropriation der Expropriateure, zum Sozialismus, während anderseits aus denselben Tatsachen unsere Abhängigkeit vom Ausland fließt, die uns drängt, nicht zur Expropriation, sondern zur Apropriation der ausländischen Expropriateure. Unsere heimische Entwicklung würde uns dazu drängen, zu sagen, alle Staatsschulden sollen annulliert werden. Aber die Notwendigkeit, vom Ausland Kredit zu bekommen, warnt uns davor. Die heimische Entwicklung scheint uns zu sagen, wir müßten sofort die großen Güter, Bergwerke, Forste enteignen, aber unsere Abhängigkeit vom ausländischen Kapital macht uns das unmöglich, da das Ausland uns die Kredite, die wir nicht entbehren können, nicht anders geben wird als gegen Sicherstellung dessen, was wir an wirklichen Reichtümern haben, und es natürlich solche Sicherstellung nicht annehmen wird, wenn wir gleichzeitig private Rechte expropriieren. Diese Zwiespältigkeit unserer Lage müssen wir sehen, wenn wir darüber beraten und beschließen wollen, was in dieser Lage überhaupt zu tun ist.

Wie kommen wir aus dieser ganz furchtbaren Lage heraus? Die eigentliche Ursache unserer Not ist unzweifelhaft der Stillstand unserer Produktion. Man kann nicht leben von bedrucktem Papier. Wir müssen mehr Güter produzieren, nur dann können wir auch mehr konsumieren. Zur Produktion zurückzukommen, ist also das allererste und notwendigste. Täuschen wir uns aber nicht, daß wir die Wiederbelebung der Produktion nicht erzwingen können mit Mitteln, wie sie die Kapitalisten angewendet haben möchten. Sie meinen, helfen könnte ein gesteigerter Zwang den Arbeitern gegenüber, die Abschaffung der Arbeitslosenunterstützung, womöglich die Wiederherstellung der Zwangsordnung in den Betrieben. Das sind Utopien. Es gibt keine unproduktivere Arbeit als erzwungene Arbeit. Dazu ist die verminderte Arbeitskraft auf eine Schwächung der physischen Kräfte der Arbeiter zurückzuführen. Unsere Kapitalisten könnten bei jedem Landwirt lernen, daß die Arbeitsleistung des Ochsen davon abhängt, wie er gefüttert wird. In Wirklichkeit bleiben die ersten Voraussetzungen der Wiederaufnahme der Produktion soziale Maßnahmen, um die geschwächten Arbeitskräfte wirksam zu schützen. Dazu gehört der Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung, dazu gehört die Anpassung der Löhne an die Lebensmittelpreise, damit die Arbeiterschaft die physische Arbeitskraft erhalten kann, eine Anpassung, für die unsere Gewerkschaften jetzt neue Mittel suchen. Dazu gehört ferner, daß wir auch versuchen müssen, die Arbeiter, die keine Aussicht haben, hier in ihren bisherigen Berufen wieder Arbeit zu finden, in andere Berufe überzuführen. Das gilt nicht nur von den Herren Offizieren, die sich nicht an eine manuelle Arbeit gewöhnen wollen, sondern es gilt auch von vielen anderen Berufen. Ich fürchte, es gibt bei uns in Wien keine Möglichkeit, so viele Handlungsgehilfen zu beschäftigen wie vor dem Kriege. Ebenso die große Zahl von Bankbeamten, die wir haben; auch für die Ingenieure wird es bei uns nicht die notwendige Arbeit geben. Die Ueberführung dieser Menschen in neue Berufe, die wir anstreben müssen, die wir dem Zwange zur Auswanderung vorziehen müssen, ist ein schwieriger, schmerzhafter Prozeß, bei dem aber der Staat mehr helfend eingreifen sollte, als er es bisher getan hat. Man hat in diesem Zusammenhang von vielen Problemen gesprochen. Ein solches Problem zum Beispiel ist die Siedlungsaktion und es handelt sich hiebei nicht so sehr um die Ansiedlung in der Landwirtschaft, in die sich die meisten erwachsenen Städter nicht werden einpassen können, sondern vor allem um neue Industriezweige auf dem Lande. Man darf hiebei gewiß nicht vergessen, daß Siedlungsaktionen heute nicht so leicht durchzuführen sind. Man kann nicht Siedlungen anlegen, ohne zu bauen, man kann nicht bauen ohne Zement und wir können nicht Zement erzeugen ohne Kohle. Aber trotzdem gibt es immerhin Möglichkeiten für Siedlungsaktionen, wenn auch in beschränktem Umfang. Bisher hat die Kompetenz für Siedlungsangelegenheiten das Staatsamt für Landwirtschaft in Anspruch genommen, obwohl es sich nicht nur um landwirtschaftliche Siedlungen handelt. Dieses Staatsamt hat aber bisher nichts in dieser Sache getan. Wir müssen darauf verstärkten Einfluß gewinnen, um die Siedlungstätigkeit in Angriff zu nehmen, soweit es möglich ist. Weiter erfordert die Berufsumschichtung, daß man sich von den zünftlerischen Schranken der Gewerbeordnung befreit, die die Umschichtung erschweren. Insbesondere scheint es mir unmöglich zu sein, daß erwachsene Menschen, die aus ihrem Beruf herausgeschleudert sind, zu neuen Berufen auf dem Weg der handwerksmäßigen Lehre kommen. Da müßten andere Wege gefunden werden, wie Lehrwerkstätten u. s. w. und es wäre Sache des Staates, diese Aufgabe zu lösen im Einvernehmen mit den Organisationen, die davon betroffen sind.

Aber so wichtig alle diese Voraussetzungen sind, daß wir die Menschen arbeitsfähig erhalten und daß wir viele von ihnen zu neuen Berufen führen, wo wir sie beschäftigen können, das wesentliche ist, daß die Arbeiterschaft nur dann zu intensiver Arbeit zurückgeführt werden kann, nur dann intensive Arbeit leisten wird, wenn die ganze Gesetzgebung und Verwaltung sie zu erfüllen vermag mit dem Bewußtsein, daß sie in der Industrie und im Bergwerk und im Forst nicht mehr für fremde Herren und zu fremden Mannes Nutzen arbeiten, sondern für das Gemeinwesen selbst, und daß der Betrieb nicht mehr eine Zwangsorganisation sein kann, der sie dienen, sondern nur ein Gemeinwesen, wo sie zu Hause ist. Das ist das Gefühl, das die Arbeiterschaft bekommen muß. Das ist nun unter den Umständen,

von denen ich gesprochen habe, wo nicht gedacht werden kann an Expropriationen von heute auf morgen, an eine Umwälzung der ganzen Produktionsformen über Nacht, eine Aufgabe, die nur schrittweise und allmählich gelingen kann. Die Grundlagen dazu haben wir geschaffen in unseren neuen Institutionen, nicht am wenigsten, wie ich glaube, in den Betriebsräten — die vielleicht heute noch sehr wenig sind, da der Arbeiterschaft natürlich noch die notwendige Schulung fehlt, sie zu gebrauchen, aber die in dem Maß, in dem die Arbeiterschaft sie zu gebrauchen lernt — und das wird sie allmählich von Monat zu Monat und von Jahr zu Jahr lernen — zu Instrumenten einer wirksamen Kontrolle des Produktionsprozesses durch die Arbeiterschaft selbst werden können und damit die Herstellung einer Fabrik, in der die Arbeiter sich nicht mehr als die Beherrschten fühlen, sondern als diejenigen, die im Betrieb zu Hause sind, und ihn mitregieren. Nur auf diesem Wege schaffen wir die subjektiven Bedingungen der Wiederbelebung der Produktion.

Aber damit allein ist nichts getan; die viel schwerere und bei weitem wichtigere und dringendere Aufgabe ist die, unsere Arbeiterschaft zu versorgen mit den objektiven Bedingungen der Arbeit, mit den Rohstoffen, mit der Kohle, die wir brauchen. Es ist nun schon zum Gemeinplatz geworden, daß das vor allem wesentliche Reformen voraussetzt in dem öffentlichen Haushalt, in den Finanzen des Staates, der Länder und der Gemeinden. Es ist schon zum Gemeinplatz geworden, daß wir nicht weiter mit der Notenpresse wirtschaften können, daß es nicht angeht, auch weiterhin mit so ungeheuren Defiziten zu arbeiten, da wir durch dieses Notendrucken das Geld immer mehr entwerten, dadurch die Teuerung immer mehr verschärfen und es uns selbst unmöglich machen, im Ausland Lebensmittel und Rohstoffe zu kaufen. Es ist zum Gemeinplatz geworden, daß am dringendsten eine Finanzreform notwendig ist und als Kernstück dieser Finanzreform die Vermögensabgabe. Daß die Vermögensabgabe notwendig ist, daß sie gemacht werden muß, ist eine Ansicht, gegen die sich jetzt nur noch wenige Vertreter des Großkapitals, wie sie etwa in der „Neuen Freien Presse" zum Ausdruck kommen, wenden, wo sie täglich jubilieren daß in England die Vermögensabgabe nicht notwendig sei. Vielleicht wäre sie auch hier nicht notwendig, wenn wir auch die „grenzenlose Prosperität" der Straßen von London hätten. Abgesehen von diesem kleinen Klüngel von Vertretern der größtkapitalistischen Interessen, wird die Notwendigkeit der Vermögensabgabe und ihre Dringlichkeit allgemein anerkannt. Aber das Wort Vermögensabgabe ist eben nur ein Wort; man kann sich sehr verschiedenes darunter denken und es kommt in hohem Maß darauf an, was man sich darunter vorstellt. Was brauchen wir? Wir brauchen zwei Dinge: wir brauchen, wie ich sagte, einmal eine Annullierung von Mehrwerttiteln, das ist also das, was man, um den Hauptfall herauszuheben, gemeinhin die Abbürdung der Kriegsschuld, der Staatsschuld nennt. Was wir aber andererseits brauchen, ist die Möglichkeit, ausländische Lebensmittel und Rohstoffe zu beziehen und uns zu diesem Zwecke Kredite vom Ausland zu beschaffen. Diesen beiden Zwecken muß die Vermögensabgabe dienen, wenn sie überhaupt einen Sinn haben soll. Denn wenn sie das nicht kann, wenn sie unsere großen volkswirtschaftlichen Aufgaben uns nicht lösen helfen kann, wenn das nur eine Steuer in ungewöhnlicher Form wäre, die eben gemacht wird, weil alles nach der Vermögensabgabe schreit und weil es die populäre Meinung ist, daß man sie machen muß, dann hat die Vermögensabgabe keinen Sinn, denn dann sind die Zwecke, die mit der Vermögensabgabe erreicht werden können, viel einfacher und billiger und mit geringeren Kosten, mit verschiedenartigen Besitzsteuern auch zu erreichen. In Wirklichkeit hat die Vermögensabgabe nur einen Sinn, wenn wir sie den wirklich entscheidenden Aufgaben, um die es sich jetzt handelt, dienstbar machen können. Und deswegen dürfen wir uns nicht damit begnügen, eine Vermögensabgabe zu fordern, worin wir freilich auf einer Linie mit allen Parteien erscheinen, sondern wir müssen sie so fordern, daß sie den volkswirtschaftlichen Aufgaben, die sie zu leisten bestimmt ist, auch wirklich genügen kann.

Das setzt fürs erste voraus, daß man nicht wehleidig ist, daß man möglichst scharf zugreift. Der große Besitz soll möglichst scharf getroffen werden. Man war ja auch sonst nicht wehleidig. Ich rede nicht davon, welch besondere Opfer man verschiedenen Besitzlosen, den Arbeitern, Angestellten und ähnlichen Kategorien während des Krieges zugemutet hat und welche Opfer man ihnen jetzt noch zumutet

und was man ihnen noch im kommenden Winter wird zumuten müssen. Aber es gibt ja auch besitzende Klassen, die schon sehr große Opfer gebracht haben. Ich meine den mittleren und kleinen Rentner. Diese Leute haben schon durch die Geldentwertung sehr viel verloren. Aber es gibt noch solche, die zu Opfern noch nicht herangezogen worden sind. Schon der industrielle Besitz ist nicht in gleicher Weise getroffen durch die Geldentwertung wie der Rentner. Dem Industriellen hat die Geldentwertung wohl die Produktionskosten erhöht, aber auch die Preise seiner Waren sind gestiegen und seine Fabrik ist um ein Vielfaches mehr wert geworden, als sie im Frieden wert war. Wenn ich vorschlagen würde, daß man den großen industriellen Besitz mit 80 Prozent heranziehen solle, so würde das manchem wie eine große Expropriation erscheinen. Aber in Wirklichkeit, wenn er das zu leisten hätte, so hätte er noch immer weniger verloren, als der Rentner jetzt schon ohne Vermögensabgabe durch die Entwertung des Geldes verloren hat.

Aber neben der Industrie dürfen wir vor allem nicht die Land- und Forstwirtschaft vergessen. Sie hatte ja zweifellos die allergrößten Kriegsgewinne. Während aber die Kriegsgewinne der Industrie durch das Defizit des letzten Jahres zum großen Teil wieder zerronnen sind, ist das in der Landwirtschaft nicht der Fall. Der Boden ist heute viel mehr wert als im Frieden und seine Bewertung ist nicht einmal der Entwertung unseres Geldes voll angepaßt. Die Agrarier wollen uns einreden, man dürfe Grund und Boden zur Vermögensabgabe nicht nach dem heutigen Wert heranziehen, weil der heutige Wert künstlich gemacht sei durch die Schieber und Kriegsgewinner, die den Boden zusammenkaufen. In Wirklichkeit dürfen wir uns aber nicht darüber täuschen, daß der höhere Wert des Bodens die Folge der Entwertung des Geldes ist. Es ist aussichtslos, daß die Krone jemals ihren alten Friedenswert bekommt, ebenso aussichtslos ist es darum, daß Grund und Boden jemals wieder auf die Höhe des Friedenswertes herabgleiten. Wir werden sehr energisch verlangen müssen, daß die Landwirtschaft das volle Maß von Lasten auf sich nehme, ebenso wie die Industrie, sonst ist ein hinreichendes Ergebnis der Vermögensabgabe unmöglich zu erlangen.

Neben der Frage der Abgabesätze ist die wichtigste Frage die, in welcher Art und Weise und in welcher Form die Vermögensabgabe eingehoben werden soll. Es handelt sich um Dinge, die wie technische Details aussehen, die aber die größte volkswirtschaftliche Bedeutung haben. Es ist möglich, daß wir um diese Dinge werden große Kämpfe führen müssen und darum müssen wir der Arbeiterschaft rechtzeitig verständlich machen, worum es sich handelt. Es handelt sich vor allem um eine Frage, ob nämlich die Vermögensabgabe eingehoben werden soll nach der objektiven oder nach der subjektiven Methode. Der Unterschied ist folgender. Bei der subjektiven Methode halte ich mich an den einzelnen Staatsbürger und lege ihm die Abgabe auf. Etwa so, wie ich ihm die Personaleinkommensteuer auflege. Bei der objektiven Methode halte ich mich nicht an den einzelnen Staatsbürger, sondern an das einzelne Objekt, an den einzelnen Wertgegenstand, gleichgültig, wem er gehört, und ich lege zum Beispiel einer Fabrik, einem Erwerbsunternehmen, einer Aktiengesellschaft die Abgabe als solche auf ohne Rücksicht darauf, wem das Unternehmen gehört. Aehnlich wie etwa bei der Erwerbsteuer. Jede dieser beiden Methoden hat nun ihre besonderen Vorzüge und ihre besonderen Nachteile. Für uns ist von besonderer Bedeutung, daß nur die subjektive Methode es möglich macht, die kleinsten Vermögen ganz frei zu lassen und bei den größeren die Abgabe progressiv zu gestalten. Bei der subjektiven Methode kann man das ohneweiters machen. Man stellt die Vermögen der einzelnen Staatsbürger fest und danach bemißt man die Abgabe. Bei der objektiven dagegen kann man es nicht machen. Da wird die Abgabe zum Beispiel der Aktiengesellschaft als solcher auferlegt. Dadurch werden alle Aktionäre gleichmäßig getroffen, der kleine Kapitalist und der große werden nach gleichem Satz besteuert. Da geht man eben auf den Gegenstand, kann also nicht fragen, wem er gehört. Diese Tatsache spricht in hohem Maße für die subjektive Methode und läßt sie uns vorziehen. Aber auf der anderen Seite stehen große Nachteile der subjektiven und außerordentlichen Vorzüge der objektiven Methode; nicht nur der eine Vorzug, von dem gewöhnlich die Rede ist, daß die objektive Methode es schwerer macht, die Steuer zu hinterziehen, was bei der subjektiven Methode verhältnismäßig leicht geschehen kann. Aber dieser Vorteil wäre

nicht der größte und nicht der entscheidende, sondern vor allem der folgende Vorteil: Bei der subjektiven Methode, wo ich das Vermögen als Ganzes nehme, muß ich es dem Abgabepflichtigen überlassen, in was für Vermögensobjekten er die Abgabe leisten will. Das wird natürlich zur Folge haben, daß er die Abgabe in den Objekten leisten wird, die er für die wertlosesten hält, das heißt in Papiergeld und in Kriegsanleihe. Bei der objektiven Methode dagegen kann ich mir wenigstens bei manchen Vermögensobjekten aussuchen, in welchen Objekten ich die Abgabe haben will, und ich kann sagen, daß ich die Abgabe zum Beispiel nicht in Papiergeld und nicht in Kriegsanleihe haben will, sondern in Anteilen von diesen Objekten selbst. Und das kann unter Umständen außerordentliche Vorzüge haben. Das ist der entscheidende Grund, warum die objektive Methode wenigstens bei manchen Vermögensstücken so wertvoll, ja unentbehrlich ist. Meine Meinung ist, daß wir gezwungen sein werden, darum zu kämpfen, daß zwar die subjektive Methode als Grundlage genommen wird, daß wir aber von gewissen dazu besonders geeigneten Vermögensobjekten die Abgabe in der objektiven Form voraus erheben, wobei das den Abgabepflichtigen bei der subjektiven Veranlagung angerechnet werden kann.

Warum wir das brauchen, werden die Genossen sofort sehen, wenn ich sage, von welchen Vermögensobjekten wir die Abgabe in objektiver Form einheben wollen. An erster Stelle stehen Gold, Juwelen und ausländische Wertpapiere, die wir unmittelbar zu Zahlungen an das Ausland verwenden können. Wir täuschen uns nicht darüber, daß die Anforderung eine schwere Sache, daß die Gefahr der Hinterziehung groß ist. Es gibt aber Methoden, wie man die Anforderung immerhin wirksam machen kann. Die Vermögensabgabe von solchen Objekten würde so eingehoben, daß man die Gegenstände anfordert und die Vermögensabgabe vom Entschädigungsbetrag abzieht. Wenn zum Beispiel jemand 50 Prozent zu zahlen hat, gibt man ihm nur die Hälfte von dem, was die Dinge wert sind. Viel wichtiger ist die Frage, wie die Vermögensabgabe der Industrie geleistet werden soll. Ein großer Teil der Industrie hat Mangel an Betriebskapital. Er hat Kapitalsmangel trotz der großen Kriegsgewinne, die gemacht wurden, weil durch die Entwertung des Geldes die Produktionskosten so gestiegen sind, daß die Industrie tatsächlich nicht genug Betriebskapital hat. Dieser Mangel erschwert die Leistung der Vermögensabgabe in hohem Maße. Man kann der Industrie unmöglich die Vermögensabgabe in der Weise auferlegen, daß die Leute sie in Geld bezahlen sollen oder in Kriegsanleihepapieren. Denn der Reichtum der Industrie besteht nicht in Geld, nicht in Kriegsanleihepapieren, sondern der Wert steckt in den Gebäuden, Maschinen und Vorräten darin. Man wäre bei Anwendung der subjektiven Methode gezwungen, die Abgabezahlung auf viele Jahre, etwa 30 Jahre, zu verteilen, so daß die Unternehmer jedes Jahr nur eine Rate zu zahlen hätten. Aber damit würde die Vermögensabgabe einen großen Teil ihrer volkswirtschaftlichen und staatsfinanziellen Bedeutung verlieren. Es käme nichts heraus als eine Vermögenssteuer und die könnte man auf andere Art viel rationeller machen. Das ist also ein unzweckmäßiger Weg, die Vermögensabgabe der Industrie nach der subjektiven Methode einzuheben. Die objektive Methode gibt aber die Möglichkeit, die Vermögensabgabe in rascherer Form, mit einem Schlage, einzuheben, ohne daß der Industrie ihr Betriebskapital entzogen wird. Nehmen Sie die Aktiengesellschaften! Da ergibt sich als die einfachste Form, daß jede Gesellschaft gezwungen wird, für das, was sie als Vermögensabgabe zu entrichten hat, neue Aktien auszugeben, sie dem Staat zu übergeben und in dieser Form die Vermögensabgabe zu entrichten. Bei einer 50prozentigen Vermögensabgabe zum Beispiel würden also die Aktien verdoppelt und dem Staate übergeben. Damit ist der Industrie selbst von ihrem Betriebskapital gar nichts entzogen, die Aktiengesellschaft hat keine anderen Kosten als die des Papiers, auf dem die Aktien gedruckt sind. Papier ist heute auch sehr teuer, aber das spielt doch keine Rolle. (Heiterkeit.) Die Aktionäre aber werden bei dieser Methode sehr wirksam besteuert, weil sie nicht mehr den Anspruch auf den ganzen Profit haben, sondern nur mehr auf den halben und die andere Hälfte dem Staate zufällt. So einfach kann man es allerdings nur bei den Aktiengesellschaften machen, bei den anderen Industrieunternehmungen nicht, solange sie nicht die Form der Aktiengesellschaft haben. Diese Erwägung führt dazu, zu fordern, daß man die größere und mittlere Industrie zwingt, sich in Aktiengesellschaften umzuwandeln und die Vermögensabgabe durch Uebergabe von Gratisaktien an den Staat zu entrichten.

Das hat keine technischen Schwierigkeiten. Die Leute brauchen ja die Aktien nicht auf die Börse zu geben und auch in Bezug auf die Erwerbsteuer könnte man diese Zwangsaktiengesellschaften nicht als Aktiengesellschaften behandeln. Damit wäre die Vermögensabgabe von der mittleren und großen Industrie entrichtet. Bei der Landwirtschaft und beim Forstbesitz läßt sich das in einer anderen Form machen, nämlich in der Form von Hypotheken, die man dem Boden auferlegt, in der Höhe der Vermögensabgabe.

Auf diese Weise bekäme der Staat zunächst neben Geld und Kriegsanleihe andere Vermögensobjekte in die Hand. Das wäre nun an sich keine Sache von so großer Bedeutung, wie es manchesmal hingestellt worden ist. Es gibt Leute, die das schon für Sozialisierung halten. Dafür halte ich es nicht. An sich würde das nichts bedeuten, wenn wir dabei nur unsere innere Lage im Auge behalten. Aber das ist das Wichtige, daß durch diese Maßregel dem Staate Wertobjekte in die Hand gegeben würden, die er ganz oder teilweise dazu verwenden kann, Grundlagen für die Auslandskredite zu beschaffen, die wir für Lebensmittel und Rohstoffe brauchen. Der Staat würde die Aktien dem Ausland verkaufen oder verpfänden und er würde auf die Hypotheken fundierte Pfandbriefe dem Ausland anbieten. Das sind Mittel, durch die die Vermögensabgabe dem großen Zweck dienstbar gemacht werden könnte, Auslandskredite zu beschaffen. Auf diese Weise würde die Vermögensabgabe einem doppelten Zwecke dienen. Einerseits, um die inländischen Mehrwerttitteln zu einem Teil zu annullieren, anderseits um die unvermeidliche Appropriation ausländischen Kapitals zu vollziehen, ohne die wir uns Lebensmittel und Rohstoffe nicht verschaffen können.

Die Beschaffung der Lebensmittel und Rohstoffe aus dem Ausland wird aber nicht nur diese großen finanziellen Maßnahmen erfordern, sie wird erfordern, daß unser Wirtschaftssystem auch andere wesentliche Veränderungen erleidet. Wir waren während des Krieges blockiert, wir hatten so gut wie keine Einfuhr, wir mußten haushalten mit den Lebensmitteln und Rohstoffen, die im Inland waren. Dies zwang uns zu dem System der zentralen Bewirtschaftung. Jetzt, wo es sich darum handelt, uns in die Weltwirtschaft wieder einzugliedern, jetzt, wo wir wieder in wirtschaftliche Beziehungen zu anderen Staaten treten, jetzt ist die Wirtschaft ganz anders zu organisieren, als sie im Kriege zu organisieren war. Viele Genossen halten noch an dem Urteil der Kriegszeit fest, sie glauben, daß die Zentralenwirtschaft, wie sie im Kriege notwendig war, unbedingt aufrechterhalten werden muß. Andere Genossen verfallen wieder in den entgegengesetzten Fehler und erliegem dem Einfluß der neuen Manchestertheorie, die uns wieder einmal das Hohelied von der vollen Handelsfreiheit singt. Ueber diese Fragen müssen wir uns verständigen. Erlauben Sie, daß ich zu diesem Zweck wieder an einen theoretischen Gedanken anknüpfe. Wenn Sie sich ein Bauernhaus vorstellen, das vom Ertrag der eigenen Ernte lebt, so ist klar, daß die Familie ihren Verbrauch der Ernte jedes Jahres anpassen muß. Wenn eine schlechte Ernte ist, wird die Mutter den Kindern kleine Stücke Brot geben; wenn die Ernte gut ist, wird sie ihnen größere Stücke Brot zuteilen. Nur gibt es in der kapitalistischen Gesellschaft unter normalen Verhältnissen bei freiem Wettbewerb kein gesellschaftliches Organ, das dem einzelnen das Stück Brot zuteilt, sondern dieser Zwang, der auf die einzelnen geübt werden muß, damit sie ihren Verbrauch der Größe der jeweiligen Vorräte anpassen, wird unter normalen Verhältnissen geübt durch die Höhe der Preise. Wenn die Ernten schlecht sind, dann steigen eben die Getreide- und daher auch die Mehl- und Brotpreise und daher kann sich der einzelne weniger kaufen — ich rede jetzt immer von der Zeit des freien Wettbewerbes — und wenn die Ernten gut sind, sind die Preise niedrig, dann kann sich eben jeder ein größeres Stück Brot kaufen. Es kommt dann im Resultat das gleiche heraus, nur daß das Ganze bewirkt wird nicht durch eine Mutter, die den Kindern das Brot zuschneidet, sondern durch die automatische Bewegung der Warenpreise, die die Anpassung des Verbrauchs an den Vorrat erzwingt. Während des Krieges aber war es ganz unmöglich, diese Anpassung des Verbrauches an die jeweiligen Vorräte durch die Preisbewegung zu vollziehen. Denn die Vorräte waren so klein, daß eine solche Anpassung nur bei den ungeheuerlichst hohen Preisen hätte vollzogen werden können; man kann sich gar nicht vorstellen, wie hoch die Preise hätten sein müssen, damit dieMenschen sich daran gewöhnt hätten, so wenig zu essen.

Damals war es also nicht möglich, es auf diese Weise zu machen, man konnte es nur genau so machen wie im Bauernhause, es mußte der Staat als eine — Mutter, das wäre schlecht gesagt (Heiterkeit) — als eine böse Stiefmutter kommen und dem einzelnen zuteilen, wieviel Brot er essen kann, der einzelnen Fabrik zuteilen, wieviel Baumwolle sie verbrauchen kann, dem einzelnen Händler zuteilen, wieviel Zucker er verkaufen kann u. s. w.

Dieses System der Rationierung bedeutet nichts anderes, als daß man die Funktion des Zwanges zur Anpassung des individuellen Verbrauches an die Größe des gesellschaftlichen Vorrates nicht mehr durch die Bewegung der Warenpreise vollziehen ließ, sondern sie durch staatliche Anordnung vollzogen hat. Damit gewann der Staat erst die Freiheit, die Preise festzusetzen. War die Anpassung des Verbrauches an den Vorrat durch staatliche Vorschrift erzwungen, bedurfte sie also nicht mehr des Instruments der Preisbewegung, dann war der Staat frei, die Preise festzusetzen, er konnte durch Höchstpreise die Preise niedriger halten, als sie ohne diese staatliche Bewirtschaftung gewesen wären. All das war notwendig und ist heute noch notwendig, solange es sich um die Bewirtschaftung von beschränkten, kleinen Mengen handelt. Ganz anders wird aber die Situation in dem Maße, als wir wieder in den Weltmarkt hineinkommen. Wenn ein normaler Weltmarkt besteht, können die Preise nicht mehr willkürlich vom Staate festgesetzt werden, sie sind uns vielmehr aufgezwungen durch die Weltkmarktpreise, gleichgültig, ob nun der Staat kauft auf Grund der zentralen Bewirtschaftung oder ob die freien Händler auf dem Markte kaufen. Wenn Sie annehmen, daß es wieder einen freien Markt gibt und man im Ausland kaufen kann, so ist der Inlandspreis immer gleich der Summe: Welthandelspreis plus Transportkosten plus Zoll. Billiger kann es auch der Staat nicht hereinbringen und mehr kann auch der private Händler nicht verlangen. Denn mehr wird ihm ja niemand zahlen, weil ja die Konkurrenz der ausländischen Kapitalisten die Preise immer auf dieses Niveau herunterbringen würde. Die zentrale Bewirtschaftung verliert also ihre Bedeutung an dem Tage, wo man im Ausland wieder so viel ankaufen und hereinbringen kann, als man zu bezahlen imstande ist. In dieser Lage sind wir aber heute noch nicht. Wenn wir zum Beispiel mit Jugoslawien, Rumänien und Ungarn einen Vertrag schließen könnten, wonach Getreide aus diesen Ländern von uns frei eingeführt werden kann, dann würden wir die zentrale Bewirtschaftung des Getreides wahrscheinlich nicht mehr brauchen. Denn dann bekäme man aus dem Ausland genug und zu dem durch den Weltmarktpreis bestimmten Preise herein. Wir wären dann reichlicher versorgt als heute. Aber solange die ausländischen Staaten die Ausfuhr grundsätzlich noch verbieten und nur in ganz beschränkten Mengen, in Kontingenten, und nur im Kompensationsverkehr freigeben, sind die Mengen, die wir einführen können, so klein, daß die Anpassung des Verbrauches an diese Mengen nicht durch die Preisbewegung erzielt werden kann, denn damit würden wir in Wirklichkeit das allgemeine Preisniveau den Schleichhandelspreisen anpassen. Es geht also nicht an, so zu tun, als ob man die zentrale Bewirtschaftung von heute auf morgen abschaffen könnte. Solange das System der Verkehrsbeschränkungen vom Ausland aufrecht gehalten wird, solange die Exportstaaten daran festhalten, bleibt uns nichts übrig, als bei der zentralen Bewirtschaftung zu bleiben. In dem Maße aber, als diese Beschränkungen fallen, verliert die zentrale Bewirtschaftung ihren Sinn und ihr Abbau wird dann nicht nur zulässig und unschädlich, sondern auch notwendig, weil sie eine sehr schlechte, mangelhafte, bürokratische Kontrolle des Wirtschaftslebens darstellt, die man nicht länger aufrechterhalten darf, als man muß.

Wir dürfen also den Abbau jeder Zentrale erst dann zulassen, wenn die wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür vorhanden sind, das heißt, wenn der Markt wieder frei, wenn ein wirklicher Weltmarkt wieder vorhanden ist. Und noch ein Zweites. Dieselben Parteien, die heute gegen die Zentralenwirtschaft wettern, haben vor dem Kriege ebenso leidenschaftlich gegen die Getreidebörse, gegen das Spiel mit dem „papierenen Weizen" gewettert. Aber die Aufhebung der Zentralen bedeutet die Wiederherstellung der Getreidebörse, die Wiederherstellung des

„papiernen Weizens“. Denn sobald der freie Wettbewerb wieder da ist und die Preise wieder schwanken, ist natürlich auch die Spekulation wieder zur Stelle. Das aber kann nicht unser Wunsch sein. Wenn wir gezwungen sind, das System der bürokratischen Regelung der Volkswirtschaft abzubauen, wollen wir doch nicht die alte Macht dem kapitalistischen Handel wieder ausliefern, sondern wir meinen, daß das eine besonders günstige Gelegenheit ist, gemeinwirtschaftliche Unternehmungen zu schaffen, die einen möglichst großen Teil des Terrains besetzen sollen, das durch die Aufhebung der Zentralen frei wird.

Das sollen nicht Zentralen sein, sie sollen kein gesetzliches Monopol haben, aber sie sollen so stark sein, daß sie die Lebensmittelversorgung eines möglichst großen Teiles unseres Volkes übernehmen können. Wir glauben, daß durch die Zusammenfassung der Konsumentenorganisationen mit den Gemeinden es ermöglicht werden kann, die bürokratischen Zentralen durch gemeinwirtschaftliche Anstalten abzulösen.

Aber wie immer wir unsere Wirtschaft neu organisieren, in jedem Falle erfordert die Beschaffung der fremden Lebensmittel und Rohstoffe, daß ausländisches Kapital in das Land hereinkommt und ausländisches Kapital sich einen Teil unserer Produktivkräfte unterwirft. Wenn wir die Lebensmittel nicht mit unseren Arbeitsprodukten bezahlen können, ist es unvermeidlich, daß wir sie mit Betrieben und Naturschätzen bezahlen. Unsere Sorge muß sein, daß nichts Lebenswichtiges in fremde Hände übergeht. Aber damit, daß manche unserer Landgüter, Forste, Fabriken in fremde Hände übergehen werden, müssen wir uns abfinden, das ist unvermeidlich. Ebenso ist es unvermeidlich, daß neue Industrien auf unserem Boden von ausländischem Kapital gegründet werden. Doch werden wir mit aller Energie versuchen müssen, zu verhindern, daß die neuen Industrien auf rein privatkapitalistischer Basis entstehen. Wir glauben, daß es möglich ist, gemeinwirtschaftliche Formen zu finden, so daß der Staat gemeinsam mit dem fremden Kapital Industrien begründet, so den heimischen Einfluß verstärkt und eine spätere Sozialisierung wirksam vorbereitet.

Ich habe Ihre Geduld schon zu lange in Anspruch genommen, um noch über die anderen, allgemeinen Probleme der Förderung unserer industriellen und landwirtschaftlichen Produktion sprechen zu können. Das Wichtigste, was darüber zu sagen ist, ist in dem Resolutionsantrag enthalten. Alle die Mittel, von denen ich gesprochen habe, dienen unmittelbar der Hebung und Wiederbelebung unserer Produktion. Die Frage ist nun: wie weit dienen sie unserem sozialen Zweck, was können wir durch sie im Bereich der Sozialisierung erreichen? Darüber noch ein paar Worte. Lassen Sie mich anknüpfen an den bekannten Satz, den Marx in seiner Würdigung der Ergebnisse der Pariser Kommune vom Jahre 1871 geschrieben hat: „Die Proletarier haben nach der Ergreifung der politischen Macht keine fix- und fertigen Utopien zu verwirklichen, sondern nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen.“ Wenn Sie erwarten, daß wir irgendwelche fix- und fertigen Utopien verwirklichen können, daß wir nach irgendeinem Plan eines sozialistischen Schriftstellers, und wäre es der genialste, planmäßig und systematisch versuchen können, die neue sozialistische Ordnung zu beginnen, müßten wir bekennen, daß das nicht geht. Deswegen vor allem nicht, weil wir in jenem drückenden Zustand der Abhängigkeit vom Ausland leben, von dem ich gesprochen habe, und weil alle die Methoden der Expropriation, der Annullierung von Schulden u. s. w., mit denen ein sozialistischer Aufbau etwa beginnen würde, heute scheitern müssen an der Tatsache unserer Abhängigkeit vom ausländischen Kapital. Aber das andere können wir wohl, wovon Marx spricht und was Marx als die Aufgabe der Arbeiterklasse nach der Eroberung der politischen Macht bezeichnet: wir können die „Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit setzen“. Dieses Infreiheitsetzen der Elemente der neuen Gesellschaft besteht darin, daß von den verschiedensten Seiten her Organisationen entstehen, welche die Macht des Kapitalismus begrenzen, verengern und dadurch die Entwicklung in Gang setzen, die den Kapitalismus schließlich vollständig aufheben wird. Ein solches Element ist vor allem der demokratische, vom Proletariat stark beeinflußte Staat selbst durch seine Gesetzgebung, und wenn die Staatsgewalt, wie ich das geschildert habe, die Vermögensabgabe als Mittel benützt, Anteilscheine

unserer großen Industriegesellschaften, Hypotheken auf Landgüter in die Hand zu bekommen und dadurch gleichsam zum Miteigentümer der Industrie, des Grundes und Bodens zu werden, so ist das unmittelbar zwar nur ein Mittel, uns Pfandobjekte für das Auslandskapital zu beschaffen, aber in der Ferne bedeutet es doch, daß da Anteile an der Verfügung über die gesellschaftlichen Produktivkräfte in die Hand des Staates kommen, was zwar noch nicht Sozialismus ist, was aber in einzelnen Unternehmungen, die dem Staat besonders wichtig erscheinen, unschwer zu partieller Sozialisierung ausgestaltet werden kann. Solche Elemente, die wir in Freiheit setzen, sind weiter die Organisationen des Proletariats selbst, sind vor allem die Betriebsräte, die wir in den einzelnen Betrieben schaffen, um die Arbeiterschaft zu schulen zur Uebernahme der Leitung der Produktion.

Und solche Elemente, die wir in Freiheit setzen, sind schließlich auch jene gemeinwirtschaftlichen Unternehmungsformen die zu schaffen wir nun auf vielen Gebieten Möglichkeit und Gelegenheit haben. Wir haben teilweise schon staatliche Betriebe, zunächst die kriegsärarischen Betriebe, als Grundlage für die Gründung solcher gemeinwirtschaftlicher Anstalten benützt und das läßt sich in weitem Umfang noch fortsetzen, läßt sich auf andere staatliche Betriebe erstrecken. Es läßt sich bei Gründung neuer Industrien auf unserem Boden unschwer durchsetzen, daß solche Formen gewählt werden. Es läßt sich der Abbau der Zentralen zur Entwicklung solcher gemeinwirtschaftlicher Unternehmungsformen benützen. Da haben wir Gelegenheit, Unternehmungsformen zu schaffen, die nicht mehr kapitalistisch, wenigstens nicht mehr rein kapitalistisch sind, wo zum erstenmal Unternehmungen geschaffen werden, die nicht mehr im Dienste irgendeines Kapitalisten, auch nicht im Dienste einer kleinen Personengruppe arbeiten, sondern die kontrolliert werden vom Staat, von den Arbeitern und Angestellten selbst und von den Konsumenten gemeinsam, und uns dadurch die Gelegenheit bieten, durch solche Experimente die besten Methoden der Verwaltung vom Kapitalismus befreiter Unternehmungen praktisch zu erproben. Und wenn das verhältnismäßig nur bescheiden und nur in einzelnen Industriezweigen durchgesetzt wird, so haben wir als Sozialisten doch Vertrauen zur Wachstumsenergie dieser Unternehmungsformen. Freilich, wohin das führt, in welchem Tempo uns das vorwärtsführt, das zu sagen ist heute unmöglich. Denn das hängt nicht allein von unserem Willen und unserer Tatkraft ab, sondern von der gesamten internationalen Entwicklung. Wohin die Entwicklung geht, kann heute noch niemand voraussagen. In den Ententeländern hat der Kapitalismus die schwere Krise die nach dem Ausgang des Krieges ausgebrochen war, überwunden. In Deutschland vollzieht sich eine reaktionäre Entwicklung. Anderseits ist in Rußland die Sowjetregierung aufrecht. Wir wissen also nicht, wie die weitere Entwicklung vor sich gehen wird. Jeder kann nur Vermutungen anstellen, aber nichts Bestimmtes wissen. So unsicher aber unsere eigenen Aussichten sind, da sie von den internationalen Verhältnissen abhängen bleibt unsere eigentliche Aufgabe doch immer dieselbe: in jedem Augenblick das Maximum an Sozialisierung durchzusetzen, das die heimischen und die internationalen Machtverhältnisse jeweils erlauben. Das spricht unsere Resolution aus. Ich bitte Sie, diese Resolution anzunehmen.

Debatte.

Dr. Deutsch: Im Augenblick erscheint mir als das Problem aller Probleme für unser junges Land die Hebung der Produktion. Wenn wir arbeiten, dann werden wir leben. Daraus folgt, daß wir alles tun müssen, um unsere Volkswirtschaft von allen überflüssigen Belastungen zu befreien. Eine der schwersten Belastungen ist der Beamtenapparat, der uns vom alten Staat zurückgelassen wurde und der für unser kleines Land viel zu groß ist. Wenn es so weiter geht und wenn wir weiter diese schweren Belastungen dulden sollten, dann muß unsere Volkswirtschaft zusammenbrechen. Es ist zu viel, was da auf unsere schwachen Schultern gelegt wird. Eine weitere schwere Belastung war für jeden Staat bisher der Militarismus, jener unproduktive Militarismus, der jede Produktivität erwürgen muß. Nun wir daraugehen, eine neue Wehrmacht aufzustellen, müssen wir als Sozialdemokraten fordern, daß die neue Wehrmacht nicht mehr ein Instrument sei, um die Herrschaft im Reich aufrechtzuerhalten oder ihre

äußere Politik mit den Waffen auszutragen. Wir müssen versuchen, der neuen Wehrmacht produktive Aufgaben zuzuweisen. Es muß getrachtet werden, die neue Wehrmacht zu einer Arbeitsschule zu gestalten. Die Zeit, die die Soldaten in der Armee verbringen, möge für sie nicht verloren gehen. Das kann erreicht werden durch Einführung von Unterrichtskursen, die sowohl für das gewerbliche als auch das landwirtschaftliche Leben eingerichtet werden. Die Menschen, die der Wehrmacht dienen, sollen die Möglichkeit haben, zur Arbeit erzogen zu werden.

Dieselben Ueberlegungen, die für die neue Wehrmacht gelten, treffen zum Teil auch schon für unsere Volkswehr zu. Ich beantrage folgende Resolution:

(Liest Antrag 50.)

So oft wir von der neuen Wehrmacht sprachen, hat man von links wie auch von rechts Hoffnungen und Befürchtungen gehegt, wie der Geist der neuen Wehrmacht sein wird. Wenn das durchgeführt wird, was wir wollen, wenn die Gedanken zur Wirklichkeit werden, die ich eben vortrug, braucht uns um den Geist der neuen Wehrmacht nicht bange zu sein. Wenn in der neuen Wehrmacht gearbeitet wird, wenn sie nicht erpicht ist auf Glanz und äußeren Prunk, wird sie von vornherein von anderen Gefühlen beseelt sein als die alten Heere. Sie wird dann kein unproduktiver Militarismus sein. Wir wollen eine neue Wehrmacht, die getragen ist vom Geist der Arbeit, in der die Menschen nicht nur Wehrdienst leisten, sondern auch produktiv tätig sind. Ist das der Fall, dann wird in der neuen Wehrmacht der Geist des Arbeiters lebendig sein. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Tomschik**: Es ist folgender Antrag Urbach, Pohl eingelaufen:

(Liest Antrag 51.)

Ferner ist ein Begrüßungstelegramm aus Laibach eingelangt.

Schluß der Sitzung halb fünf Uhr abends.

Dritter Verhandlungstag.

Vorsitzender **Seitz**: Die Debatte wird fortgesetzt.

Wilhelm (Wien): Den Weg, den uns der Referent gezeigt hat, halte ich für vollständig verfehlt. Bauer ist von rein theoretischen Erwägungen ausgegangen, ist von der Betrachtung des Mehrwertes zu der der wirtschaftlichen Lage bei uns und in der Welt gekommen und hat auf den Zwiespalt hingewiesen, der sich aus dem Widerspruch der Entwicklung und unserer Auffassung ergibt. Es liegt nun eine Gegensätzlichkeit zwischen seinen Voraussetzungen und seinen Schlußfolgerungen. Wenn wir sein Aktionsprogramm zur Richtschnur unserer Tätigkeit machen, werden wir in genau derselben unfruchtbaren Situation für die Bemeisterung der wirtschaftlichen Probleme sein, in der wir auch heute sind. Es ist nicht nur der Privatkapitalismus, der versagt hat bei der Wiederaufrichtung des wirtschaftlichen Lebens, sondern ebenso die sozialistische Partei, nicht nur in Rußland und Ungarn, sondern ebenso versagen auch die großen sozialistischen Parteien in Deutschland und bei uns in der Meisterung der heutigen Verhältnisse. Da muß ich doch fragen, was ist die Ursache, daß wir gegenüber diesen Problemen machtlos oder nicht genügend gerüstet sind? Meine Ueberzeugung ist, daß wir uns viel zu sehr an theoretische Erörterungen halten und viel zu wenig die Praxis des Wirtschaftslebens, die wirtschaftlichen Tatsachen, die natürlichen Ursachen wirtschaftlicher Handlungen als das Bewegende in der ganzen Volkswirtschaft betrachten und von diesem Gesichtspunkt dann an die Lösung wirtschaftlicher Probleme schreiten. Wenn wir die Schwierigkeiten sehen, die sich der Sozialisierung der Produktionsmittel und der Betriebe entgegenstellen, kommen wir allmählich zu der Ueberzeugung, daß wir uns eigentlich gar nicht in einem gesellschaftlichen Zustand befinden, wo wir schon in der Lage wären, zu sozialisieren. Die Schwierigkeiten beginnen immer erst dann, wenn unser Streben in die Wirklichkeit umgesetzt werden soll. Auch wenn wir keine niedergebrochene Volkswirtschaft hätten, ist es fraglich, ob wir imstande wären, die Produktionsmittel

auch nur in großen Unternehmungen in den Besitz der Gesellschaft oder der Arbeiterschaft überzuführen und entsprechend zu verwalten und zu produzieren, um die Existenz der Menschen zu sichern. Wenn wir sozialisieren wollen, dürfen wir nicht anfangen mit der Sozialisierung der Produktionsmittel sondern müssen mit der Sozialisierung der Menschen anfangen, auf die es ankommt, daß die Verteilung der erzeugten Güter gerecht durchgeführt werde. Hier liegt eigentlich das Problem der wirklichen Sozialisierung oder der Verwirklichung des Sozialismus. In dieser Richtung begehen wir schwere Fehler, und gerade in der Verkennung dieser Tatsachen liegt das Verhängnis, daß wir allen wirtschaftlichen Problemen, die der Partei und dem Sozialismus in allen Ländern erwachsen, ungerüstet gegenüberstehen. Der Weg, der uns zur Verwirklichung des Sozialismus gezeigt wird, ist kein Weg zum Sozialismus, sondern eine Irreführung der Masse, die nicht auf den Grundlagen des wirklichen Geschehens beruht und infolgedessen zu Mißerfolgen auf wirtschaftlichem Gebiet führen muß.

Die Fragen, die hier in Betracht kommen für die Verwirklichung des Sozialismus, werden so durcheinander gewürfelt, daß man eigentlich letzten Endes nicht mehr weiß, was Sozialismus, was Rationalisierung der Volkswirtschaft und was wirtschaftliche Demokratie bedeutet. Diese drei Grundprobleme werden so häufig durcheinander gewürfelt, daß die Bedeutung dieser Fragen einem schließlich nicht klar zu Bewußtsein kommen kann: Ich will nun zu diesem wirtschaftlichen und sozialen Aktionsprogramm feststellen, welche Fragen man davon zur Diskussion stellen müßte. Wir haben einmal die Forderung in Bezug auf soziale Probleme, dann Fragen staatsfinanzieller Natur, Ueberführung der Produktionsmittel in den allgemeinen Besitz, ferner die Frage der Weltwirtschaft im Zusammenhang mit der lokalen Volkswirtschaft, die Fragen der gesellschaftlichen Wirtschaftsorganisation und noch andere Fragen. All diese Fragen sind in dieser Resolution verknüpft; eine dieser Fragen allein zu klären, würde bedeuten, daß wir über jede dieser Fragen eine eigene Diskussion abführn müßten. Es kommt dabei noch eine ganze Reihe anderer Dinge ...

Vorsitzender Seitz unterbricht den Redner wegen Ablaufs der Redezeit. (Dem Redner wird mit Beschluß die Redezeit verlängert.)

Wilhelm (fortfahrend): Ich habe bereits gesagt, daß die Grundfragen, die einmal hier auf einem Parteitag erörtert werden müssen, die Probleme des Sozialismus, der Nationalisierung der Volkswirtschaft und die Fragen der Verwirklichung der wirtschaftlichen Demokratie, identisch sind. Es kann das eine unabhängig von dem anderen verwirklicht werden und nicht im Zusammenhang mit dem anderen stehen. Zum Problem des Sozialismus gehört die Beseitigung der wirtschaftlichen Ausbeutung durch die Besitzer der Produktionsmittel. Wenn Sie dieses Aktionsprogramm zur Hand nehmen, werden Sie diese Mittel zur Beseitigung nicht finden. Sodann gehört zum Problem des Sozialismus das Problem der Unterdrückung des Arbeiters im Produktionsprozeß. Auch hier enthält das Aktionsprogramm nicht das mindeste, was zum Ziele führen könnte.

Es sind weiter die Fragen nach den Mitteln zur Beseitigung der sozialen Ungleichheiten, in denen, wenn ich von den staatsfinanziellen Problemen absehe, kein Weg gezeigt wird. Es sind weiter die Fragen des gesellschaftlichen Besitzes, die nicht eine klare Fassung finden und auf diesem Wege auch nicht finden können. Für Vorsorge für die wirtschaftlich Schwächeren sind Ansätze vorhanden, aber unzulänglich und von falschen Voraussetzungen behandelt. Außer über Sozialismus im Innern wird noch über Vereinheitlichung der Wirtschaft gesprochen. Hier werden Betriebsorganisation und Rationalisierung der Wirtschaftsführung sehr häufig mit Sozialismus verwechselt. Auch das finde ich durcheinandergewürfelt und das Problem ist nicht in entsprechender Weise gelöst. Dazu kommt, daß, was für uns das Wichtigste ist, die Frage der Wirtschaftsdemokratie gar nicht berührt ist. Die gemeinwirtschaftlichen Anstalten sind keine demokratische Organisationseinrichtung, sondern ein volkswirtschaftlicher Unsinn, der früher oder später zum Zusammenbruch der Wirtschaft führen muß. Man kann die wirtschaftliche Leitung der Produktion nicht herstellen, wenn wirtschaftliche Gegensätze in der Führung bestehen. In den gemeinwirtschaftlichen Anstalten wird der innere Widerspruch zur Leitung der Betriebe geschaffen. Vor diesem Weg muß ich warnen, weil er zur Diskreditierung

unserer Bestrebungen führen muß, so daß letzten Endes unsere Gegner auf die Unfähigkeit hinweisen würden und darauf, daß der Sozialismus nicht wirksam gemacht werden kann. (Pick: Positives sagen Sie!) Wenn die Vertreter der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Reichsorganisationen zusammentreten, um über ein gemeinsames wirtschaftliches Programm zu verhandeln, werden wir gemeinsame Vorschläge unterbreiten können. Heute ist mir das in der kurzen Zeit nicht möglich. Erst muß die Frage in einem engeren Kreise geklärt werden, bevor man an die Oeffentlichkeit tritt, deshalb habe ich bedauert, daß in der „Arbeiter-Zeitung" die Artikel „Der Weg zum Sozialismus" veröffentlicht wurden, ohne daß den Vertrauensmännern Gelegenheit gegeben wurde, dazu Stellung zu nehmen. Wir werden auch auf einem Parteitag die Frage nicht klären können, weil wir nicht imstande sind, über jedes Detail eine umfassende Diskussion zu führen. Deshalb schlage ich ihnen den Weg vor, den Antrag, der unter Punkt 8 gestellt ist, insbesondere das, was unter Punkt 3, 4 und 5 dort enthalten ist, zu würdigen. Dann wird sich auch einmal der richtige Weg zur Verwirklichung des Sozialismus finden.

Josef Luitpold **Stern** (Wien): Genosse Bauer hat in seinem Aktionsprogramm die objektiven und subjektiven Bedingungen der Arbeit behandelt und führt unter den subjektiven Bedingungen der Arbeit in seinem Referat I, Punkt 3 und 4 an, erstens die Ueberführung der Angestellten und Arbeiter, die in ihren bisherigen Berufen keine Arbeit zu finden vermögen, in neue Berufe; zweitens die Schulung der Betriebsräte.

Gestatten Sie mir, hier darauf aufmerksam zu machen, daß damit zwei Probleme angedeutet sind, die Pädagogik und Arbeiterbewegung in Zusammenhang bringen, und zwar nicht in ideellen Zusammenhang, sondern in einen Zusammenhang, den der Zwang der Wirtschaft notwendig macht. Denn die Ueberführung aus einem Beruf in einen anderen heißt nichts anderes als die Schulung zum Arbeiter; und die Schulung des Betriebsrates selbst ist eine durchaus pädagogische Angelegenheit. Da diese beiden Fragen Fragen der Erziehung sind, können wir uns in Wirklichkeit mit dem ganzen Arbeitsprogramm nicht beschäftigen, wenn wir uns nicht in ernsteiter Weise mit der Pädagogik befassen.

Die eine Frage, wie man Angestellte und Arbeiter, die in einem bestimmten Beruf beschäftigt waren, in einen anderen hinüberlenkt, ist natürlich nur teilweise eine pädagogische, aber dennoch macht sie aufmerksam, daß wir in viel größerem Maß als bisher uns mit der Arbeitererziehung zu befassen haben, ein Problem, an dem wir aus wirtschaftlichen, aus geschichtlichen Gründen bisher allzusehr vorübergegangen sind, ein Problem, mit dem sich auch unsere Gewerkschaften noch viel zu wenig befaßt haben, da bis zur Stunde die ganze Arbeiterbewegung wohl eine Bewegung der Arbeiter war, aber nie noch eine Arbeitsbewegung; das heißt, das Problem der Qualitätsarbeit, die Erziehung zum vollwissenden Arbeiter wurde unsererseits noch kaum in die Wege geleitet. Mit solchen geschichtlichen Notwendigkeiten hängt auch der erste Versuch der Einführung des Arbeitsunterrichtes in der Volksschule zusammen. Es ist zu begrüßen, daß die Arbeitsschule einer der Programmpunkte Glöckels im Unterrichtsministerium ist. Es wird aber auch notwendig sein, daß wir das Volksbildungsamt beachten.

Der zweite Programmpunkt ist der direkte Hinweis auf die Notwendigkeit von Schulen. Die Zentralstelle für Bildungswesen hat bereits eine Betriebsräteschule in Wiener-Neustadt errichtet. Diese Einrichtung ist den Genossen in den verschiedenen angrenzenden Ortschaften so interessant erschienen, daß sie sich in großer Zahl dazu gemeldet haben. Damit war das erste Zentrum der Betriebsräteschulen in Deutschösterreich gefunden. Dem Wiener-Neustädter Beispiel sind bisher Ternitz und Neunkirchen, Hirtenberg und Felixdorf gefolgt. In Wien gibt es ungefähr ein halbes Dutzend Betriebsräteschulen. Es wird notwendig sein, daß die Genossen dieser neuen Sache ihre volle Aufmerksamkeit schenken.

Ich habe mich, wie Genosse Bauer sein Referat erstattete, an einen Ausspruch erinnert, den ein heute Vergessener, aber unsterblicher Vorkämpfer der englischen Volksbildungsbewegung Dr. Johnson vor anderthalb Jahrhunderten getan hat. Er sagte: „Wer wissentlich die Menschen in Unwissenheit läßt, macht sich selbst schuldig der Folgen, die daraus entstehen, und gleicht demjenigen, der auf dem Leuchtturm die Lichter auslöscht." Otto Bauer hat auf dem Leuchtturm des

Sozialismus seine Lichter angesteckt. Es ist unsere Aufgabe, die Lichter nicht auszulöschen zu lassen.

Hölzel (Wien): Angesichts der furchtbaren wirtschaftlichen Rückwirkungen des Krieges auf die Volkswirtschaft hat sich der Arbeiter-Abstinentenbund, das ist die proletarische Kampforganisation gegen den Alkoholismus, veranlaßt gesehen, dem Parteitag Anträge zu unterbreiten. Wir haben uns gesagt, daß der Punkt der Tagesordnung über das wirtschaftliche und soziale Aktionsprogramm verschiedenen unserer Forderungen zum Durchbruch verhelfen könnte und daß in dieses Programm Forderungen aufgenommen werden sollten, die unter den gegebenen Verhältnissen notwendig erscheinen. Wir vermissen aber in der Resolution die Berücksichtigung unserer Forderungen. Wenn in der Resolution die Hebung der Produktion gefordert wird, so glaube ich, daß damit zu wenig gesagt ist. Es muß zwischen volkswirtschaftlich wichtiger und nicht wichtiger Produktion unterschieden werden. Es mag paradox erscheinen, da wir in einer Zeit, in der man nach Ausdehnung der Produktion ruft, uns auf den Standpunkt stellen, daß die Produktion eingeschränkt werden muß auf volkswirtschaftlich wichtige Produkte. Da werden Sie uns gewiß recht geben, daß wir hier unseren Antrag unterbreiten und um Zustimmung ersuchen. Deutschösterreich muß eine große Menge Brennspiritus einführen, und zwar führen wir den Brennspiritus größtenteils aus der Tschechoslowakei ein. Die gibt uns jedoch den Brennspiritus nur dann, wenn wir dasselbe Quantum Trinkspiritus abnehmen. Wenn uns nun auch schon die Tschechoslowakei Trinkspiritus aufnötigt, so ist damit noch nicht gesagt, daß wir den Trinkspiritus saufen müssen. Ich glaube, daß es notwendig ist, wo wir für die Einfuhr der notwendigsten Nahrungsmittel soviel Geld ausgeben, daß wir das Geld nicht ausgeben für unnütze Zwecke. Wenn aber schon der Trinkspiritus eingeführt werden muß, dann soll damit das Volk nicht vergiftet werden. Da unsere eigene Erzeugung eine derart minimale ist, werden wir in Zukunft genötigt sein, unsere eigene Spiritusproduktion zu heben. Es werden hier ohnedies also neue Wege beschritten werden. Es könnte aber schon von vorneherein der Weg eingeschlagen werden, daß man nicht Nahrungsmittel zur Spirituserzeugung verwendet, sondern daß man Spiritus auf synthetischem Weg, auf chemischem Weg erzeugt, daß man also Holz und Karbid hiezu verwendet. Gegebenenfalls können auch verdorbene Nahrungsmittel Verwendung finden. In Bezug auf die Brauindustrie müssen wir betonen, daß die Verwendung von Gerste zu verbieten wäre. Das Verbot wäre auch auf Zucker und Honig auszudehnen. Da mit Rücksicht auf unsere schwierigen Ernährungsverhältnisse kein Körnchen Gerste verlorengehen darf, dürfen wir nichts für unwichtige Zwecke verwenden.

Aus dem Grunde ist es heute leichter möglich, das durchzuführen, was auch die Resolution Bauer verlangt, nämlich die Ueberführung der Angestellten und Arbeiter in andere Berufe. Das ist heute leichter möglich, als wenn die Brauindustrie in vollem Umfang beschäftigt ist. Es ist auch zu bedenken, daß es uns nur diesmal bei der Beratung über die Kontingentierung der neuen Ernte gelungen ist zu verhindern, daß die Gerste von der öffentlichen Bewirtschaftung ausgeschlossen wird. Die Agrarier wollten die Gerste der freien Spekulation ausliefern. Ich bin überzeugt, ein Teil des Mangels der ordentlichen Ablieferung ist auch darauf zurückzuführen, daß man darauf wartet, Getreide im Schleichhandel der Brauindustrie zuführen zu lassen, die heute vorwiegend auf die Einfuhr aus dem Ausland angewiesen ist. Die Abwehr dieses Versuches ist heuer gelungen, dadurch, daß wir Sozialdemokraten diesem Ansinnen den heftigsten Widerstand entgegengesetzt haben. Es muß aber auch in Zukunft unmöglich gemacht werden, daß wichtige Getreidearten wie Gerste in alkoholische Getränke umgewandelt werden. Es werden auch andere hochwertige Nahrungsmittel dafür verwendet, so Zucker, obwohl wir in Deutschösterreich bloß vier Zuckerfabriken besitzen und den Zucker vorwiegend aus dem Ausland beziehen müssen. Bei der Entwertung unserer Valuta wird dem Staat das einzuführende Kilogramm Zucker auf rund 20 Kr. zu stehen kommen. Wie kann man es nun verantworten, daß bei einer so fürchterlichen Verteuerung eines hochwertigen, wichtigen Nahrungsmittels ein Teil davon zur Herstellung schädlicher Getränke benützt wird. Deshalb müssen wir darauf dringen, daß Zucker zur Erzeugung alkoholischer Getränke nicht verwendet wird, daß die Likörfabrikation

untergunden und der Zucker direkt der Volksernährung zugeführt wird. Ich möchte mir, nachdem meine Redezeit um ist, vorzuschlagen erlauben, daß die Stellen unseres Antrages, die dann weiter davon reden, daß die Umwandlung hiedurch stillgelegter Brauereien in Dörranlagen und andere geeignete Betriebsstätten in die Wege zu leiten wäre, daß Weintrauben direkt dem Konsum zuzuführen und die Erzeugung alkoholfreier Getränke zu fördern ist, in das wirtschaftliche und soziale Aktionsprogramm aufgenommen werden. In Bezug auf den anderen Teil unseres Antrages stehen wir, nachdem wir nicht unduldsame Menschen sind, und es leider heute noch im Kreise der Parteigenossen Personen gibt, die in Bezug auf den Alkohol der Meinung sind, daß es sich hier um ein unschädliches Getränk handle, auf dem Standpunkt, daß wir auf die Zukunft vertrauen, daß wir hoffen, daß, wenn es hier möglich ist, im Wege des Referendums die Bevölkerung zu befragen, unsere Ansicht zum Durchbruch kommen wird. Wir sehen, daß auch schon verschiedene andere politische Parteien den Kampf gegen den Alkohol aufnehmen, wie schon dies sogar bei den auf ihre Trinkfestigkeit so stolzen Großdeutschen oder was sich so nennt, wir schon dies bei den Christlichsozialen schon lange und bei uns ist es eine ausgemachte Sache, daß wir gegen den Alkoholismus schon immer Stellung genommen haben.

Ich bitte Sie daher, in Bezug auf den dritten Teil unserer Anträge, den ich zuerst besprochen habe, zuzustimmen, daß er in das Aktionsprogramm aufgenommen werde. Jenen Teil unseres Antrages aber, der das allgemeine Verbot der Herstellung und des Vertriebes alkoholischer Getränke und dann die Uebergangsbestimmungn bis zu diesem vollständigen Verbot, also die Regelung der Schankwirtschaftsgesetzgebung und dann die Bestimmungen hinsichtlich des Gemeindebestimmungsrechtes zum Gegenstand hat, der sozialdemokratischen Fraktion in der Nationalversammlung zur weiteren Behandlung zuzuweisen. (Beifall.)

Austerlitz: Die gesamte kapitalistische Gesellschaftsordnung ist etwas geschichtlich Gewordenes, woraus sich ergibt, daß für das bewußt planmäßige Handeln der Menschen der Spielraum nie allzu groß war, oder anders ausgedrückt, daß es die Menschheit nie notwendig hatte, etwas zu machen, was von der Erfahrung ganz unabhängig war. Alle großen wirtschaftlichen Veränderungen waren im Schoße der Gesellschaft bereits vollzogen, ehe sich das, was wir Gesetzgebung und Verwaltung nennen, rechtlich und materiell vollzogen hatte. Bevor Leibeigenschaft, Robott, Zünfte abgeschafft wurden, waren die Veränderungen schon vollendet. Das Eigentümliche unserer Epoche ist, daß wir nicht Zeit haben, zu warten, bis die Dinge selbst ihre heilende Kraft erlangt haben, sondern unmittelbar gezwungen sind, die Entwicklung in die Hand zu nehmen und sie aus unserer eigenen Kraft planmäßig zu bestimmen. Daraus ergibt sich, daß die Diagnose nicht schwer, aber schwer die Aufzeigung des Weges ist. Wir wissen genau, w a s geschehen soll, aber nicht, w i e es geschehen soll. Das Problem ist durch den Krieg in allen Ländern entstanden, aber in seiner schaurigen Größe und Unerbittlichkeit drängt es sich in diesem armen Deutschösterreich auf. Wir erzeugen nicht genug Lebensmittel und können unsere Industrie mit Rohstoffen nicht ernähren. Jeder Betrieb, wo immer er stand, war aufgebaut auf der freien Verfügung über den stofflichen Reichtum des ganzen Imperiums. Heute ist es also nicht anders, als ob unserer Industrie der Boden unter den Füßen weggezogen worden wäre. Lebensmittel und Rohstoffe als Einfuhrprodukte sind heute nicht solche aus Uebersee, auch Erdäpfel sind für uns heute so wenig erreichbar wie früher argentinisches Fleisch und Kohle sowie Kautschuk aus den tropischen Gegenden. Folglich ist das Problem, daß wir einesteils unsere Produktion an Lebensmitteln erhöhen, und zweitens, daß wir soviel Fabrikate erzugen müssen, um das Defizit an Lebensmitteln und Rohstoffen zu decken. Die sechs Millionen Menschen könnten sich ernähren, wenn sie arbeiten könnten. Die Frage ist nur: Was ist Arbeit? Die Hebung der Landwirtschaft ist fast zur Gänze eine Frage der Arbeitskräfte. Woher nehmen wir sie? Der bürgerliche Betrachter sagt einfach, wir haben viele Arbeitslose; aber das ist keine Lösung, denn die industrielle Arbeiterschaft ist unser einziger Besitztum, weil nur mit ihr die Produkte erzeugt werden können, mit denen das Defizit an Lebensmitteln und Rohstoffen wettzumachen ist. Wir können also nicht die Industriearmee in die Landwirtschaft überführen, sondern müssen uns die notwendigen

Arbeitskräfte für die Landwirtschaft anderswo verschaffen. Und wir dürfen da nicht übersehen, daß Deutschösterreich in dem alten Imperium die bevorrechtete Nation war, die Nation des Mehrwertes, die sich die grobe Arbeit von anderen besorgen ließ. Die Slawen führten den Mist auf das Feld, gruben die Kohlen aus der Erde und haben Straßen und Eisenbahnen gebaut. Jetzt können wir aber nicht auf fremde Arbeit rechnen, sondern das eigene Volk muß sie leisten. Nun müssen wir fragen, ob diese Großstadt wirklich arbeitet, das heißt die Arbeit leistet, die unsere volkswirtschaftliche Lage notwendig macht. Es ist nun leider so, daß diese Großstadt, wie jede Großstadt immer, ein Auswuchs ist, die aber unerträglich wird, wenn das sogenannte Hinterland vollständig geschwunden ist. Da werden Sie finden, daß in einer Stadt wie Wien oder in der Stadt Wien ein ganz geringer Bruchteil der Bevölkerung Güter hervorbringt. Nur ein geringer Bruchteil arbeitet in der Gütererzeugung und der Großteil ist damit beschäftigt, die Güter, die andere erzeugen, zu verwalten, sie zu verkaufen, hin- und herzuführen und auch für das Vergnügen zu sorgen, also in Nebenbeschäftigungen zu arbeiten. Es ist so, daß wir keine landwirtschaftlichen und keine Bergarbeiter und wahrscheinlich auch zu wenig Industriearbeiter haben — denn die industrielle Produktion ist unsere Rettung und kann nie groß genug sein — und daß wir den Ueberschuß von Arbeitern, die nicht in der Erzeugung von Produktionsgütern notwendig sind, zur Produktion in der Landwirtschaft und Industrie überführen. Das wahre Problem ist also die Umschichtung der Produktion und der Produktionskräfte. Es ist unmöglich, daß der Staat von sechs Millionen Menschen an zwanzig Banken hat; wahrscheinlich würden zwei oder drei genügen. Wenn man prüft, wie viel Bankbeamte, Handelsangestellte in Wien beschäftigt sind, würde man wahrscheinlich finden, daß in Wien im Handel mehr Menschen beschäftigt sind als in der Industrie, die allein Güter erzeugt, von denen wir leben. Ich weiß es schon, daß es schwer ist, aus Handelsangestellten, Beamten, Schauspielern, Kinoleuten, Zeitungsschreibern Industrie- und landwirtschaftliche Arbeiter oder Bergarbeiter zu machen. (Stürmischer Beifall und Heiterkeit.) Weil Sie solchen Beifall spenden, da ich von den Zeitungsschreibern spreche, will ich Ihnen an dem Beispiel zeigen, welchen Wahnsinn wir treiben. Wir erzeugen Papier, Papier, das wir notwendig brauchen könnten, um es auszuführen und dagegen Lebensmittel und andere Notwendigkeiten aus dem Ausland einzutauschen. Aber das tun wir nicht. Wir verbrauchen es in einer Unmasse von Zeitungen selber. Was werden Sie zu Leuten sagen, die ununterbrochen Papier verbrauchen statt es auszuführen, und sich einreden lassen, daß das Produkt, das sie erzeugen, für die Volkswirtschaft unentbehrlich ist, wobei es doch klar ist, daß es die schädlichste Verwendung findet? So machen wir es mit allem. Wir führen Seidenstoffe ein, das hätte einen Sinn, wenn wir Fertigware daraus erzeugen und ausführen würden. Wenn wir Seidenstoffe einführen, um damit Luxus zu treiben, da wir nicht das Geld haben, um bar zu bezahlen, so ist das Vergeudung. Von Krediten kann ein Staat nicht leben. Das kann nicht einmal ein Individuum, obwohl es oft versucht wird. (Heiterkeit.) Es bleibt also das Problem, eine Umschichtung der Produktivkräfte. Ich weiß, daß das außerordentlich schwierig ist, aber ich glaube, daß es notwendig ist, das Problem endlich zu sehen, und ich finde nicht, daß es unsere weise Staatsregierung auch nur ahnt, noch weniger, daß sie darauf ihre bewußte Tätigkeit einstellt. Jedes Kino, das wir neu errichten, ist ein Beweis, daß man das Problem nicht begreift. Denn natürlich wird damit immer wieder ein Herd von Beschäftigungen großgezogen und plötzlich hat man eine Armee von solchen Leuten mehr. Wo ist in der Tätigkeit der Regierung wahrzunehmen, daß sie sich dessen klar ist, daß wir eine neue Wirtschaft brauchen? Der Referent hat ein Bild gegeben, daß, wenn die Ernte schlecht ist, die Mutter ihren Kindern ein kleineres Stück Brot zuschneiden kann. Wenn Sie das auf die ganze Wirtschaft anwenden, so folgt daraus: Wir sind ein blutarmes Volk und wir können nur leben in spartanischer Einfachheit, indem wir das Lebensbedürfnis herabsetzen und alles Ueberflüssige vermeiden. Aber eine Großstadt hat eben ihre dauernden Springquellen des Luxus. Ich verstehe, daß die Regierung die Theater übernimmt. Gott behüte mich, daß ich ein Wort gegen die Kunst sagen wollte. Aber ein großes Theater ist eine Quelle ununterbrochenen Luxusbedürfnisses. Da müssen sich die Leute nobel anziehen

und wenn sie sich nobel anziehen, müssen sie noble Wohnungen haben und müssen nobel essen, das ist eine ununterbrochene Kette. Eine solche Großstadt kann sich nicht verändern. Dies ist unser tragisches Schicksal. Wir sind unvermögend, den Leuten das zu geben, was ihnen die kapitalistische Ordnung gegeben hat. Aber wir können ihnen das Land des Sozialismus auch nicht einmal als Verheißung zeigen, so daß die Menschen uns nur als Verweser der gegenwärtigen Ordnung sehen. Der wissenschaftliche Sozialdemokrat spricht immer nur von Unternehmern und Arbeitern, übersieht aber den ganzen parasitären Oberbau, der auf die eigentliche Produktion gewälzt ist. Daran scheitert auch die Diktatur. Diese kann die Banken zusperren, vielleicht auch die Kinos, sie macht alles, was ausbeuterisch und parasitär ist, überflüssig. Aber die Menschen bleiben und ziehen sie herab; es wäre schließlich eine Diktatur über die Menschen, aber nicht über die Dinge. Ich kann mir nun vorstellen, daß die Sozialisten an einem Punkt der Entwicklung sagen: Wir haben die Kraft, die Produktivkräfte in die Hand zu nehmen, sie zu meistern und die Diktatur über die Produktion einzuführen, aber die Diktatur über die Menschen ist unsittlich, ich lehne sie nicht nur ab, weil sie verhängnisvoll wäre, sondern weil sie mir im tiefsten Widerspruch mit den Gesetzen der Menschlichkeit zu stehen scheint. Ich kann nicht umhin, zu sagen, daß eine Staatsregierung, die so unterjocht ist von der Not des Augenblicks, diese Aufgaben nicht erfüllen kann. Die Leute tun einem herzlich leid, sie werden mit einem Uebermaß von Ueberflüssigkeiten behelligt. Ich kann mir nicht denken, daß der Genosse Renner einmal zu sich kommt, einmal mit sich allein ist, er lebt überhaupt nur in der Vorstellung der Deputationen, er kann die Probleme nicht durchdenken. Ich meine, wir haben uns in der Partei einen Fetisch angewöhnt, das ist die Sitzung; wenn einem nichts einfällt, so sagt man, wir rufen eine Sitzung ein und sprechen die Sache durch — dann ist die Frage gelöst. (Lebhafter Beifall.) Bauer sagte gestern, das Wichtigste sei die Hebung der Produktion. Wir können nur hoffen, aus dem Elend herauszukommen, wenn wir uns klar machen, daß sechs Millionen Menschen, die auf einer Insel wohnen, nur dann leben können, wenn sie produktiv arbeiten. Aber das ist ein bitterer Weg. Er verletzt alle Ueberlieferungen, auch die der Arbeiter. Es wäre interessant, zu untersuchen, wie stark die Arbeiter mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verbunden sind. Der Arbeiter will die kapitalistische Gesellschaft beseitigen; in diesem Sinne ist er ihr Todfeind. Aber jeder Arbeiter ist wieder verstrickt mit dem Kapitalismus und das können wir sogar an den Ausschreitungen des Kapitalismus sehen. Wenn Sie die Nachtlokale zusperren, kommen die Kellner und Artisten dieser Nachtlokale und beschweren sich, daß der Sozialismus ihnen das Brot wegnimmt. Und wenn Sie die Luxusautomobile beseitigen, kommen die Chauffeure und schreien, man müsse ihnen Benzin geben, wenn es sein muß auch im Schleichhandel, weil sie von den Automobilfahrten der Müßiggänger leben. Und wenn man sagt, man soll nicht so viel Zeitungen drucken und soll dem Kapitalismus nicht den Vorsprung lassen, so kommen die Setzer der kapitalistischen Zeitungen und sagen: „Ja, das ist ein schöner Sozialist, der uns die Arbeit wegnehmen will." Es ist aber nicht nur das: wie viele Industrien sind überfällig zum Einstellen, weil sie mit den technologischen Fortschritten nicht im Einklang stehen, wie viele Luxusindustrien stehen da, die keinen anderen Zweck haben, als die Vergeudung der Arbeitskraft und des Rohmaterials durch die Bourgeoisie fortzusetzen, und wir können sie nicht einstellen, weil das Interesse der Arbeiter mit dieser Industrie verstrickt ist! Das heißt, jeder Arbeiter steckt auch in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und die individuelle Existenz jedes Arbeiters ist damit an die Existenz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gebunden. Ich sage also, daß dieses Problem außerordentlich verkannt wird und daß wir wirklich durch diesen Nebel den Weg nur schwer finden. Klarheit in diesem Punkte täte uns außerordentlich not. (Lebhafter Beifall.)

Kohn (Gänserndorf): Genosse Bauer hat gesagt, Mehrprodukte gibt es nicht. Ich finde das nicht ganz richtig. Wenn Sie im Parteitagsprotokoll von 1917 nachlesen, dann werden Sie über wirtschaftliche Dinge Ausführungen finden, die damit in Widerspruch stehen. Es ist eine Tatsache, daß wir Mehrprodukte haben, nur werden sie ungleichmäßig verteilt. Viele Bauern sind heute imstande, Schwein um Schwein zu schlachten, sie haben Ueberfluß auch in verschiedenen anderen

Dingen, mit den Proletariern steht es aber so, daß ein großer Teil von ihnen Schweinefleisch nicht einmal zu sehen bekommt. Derselbe Zustand herrscht bei sämtlichen Bedarfs- und Luxusartikeln. Wenn wir eine ganz richtige gleichmäßige Verteilung hätten, so würden wir ein bedeutend besseres Auskommen finden. Bauer hat gesagt, wir haben Mehrwert im Ueberfluß. Das stimmt; aber schauen wir uns an, wie dieser Mehrwert zustande kommt, und wir kommen zu dem Schluß, daß wir die Regierung nicht davon freisprechen können, daß sie die Hände dazu bietet. Ich muß darauf hinweisen, daß in den letzten Tagen Häute mit Zustimmung der Regierung um volle 500 Prozent im Preise erhöht wurden. Die Häute sind ein Nebenprodukt. Wenn nun diese Preiserhöhung erfolgt, dann ist dadurch auf einer Seite ein großer Teil Mehrwert zustande gekommen. Ich bin ein Fachmann der Lederbranche und ich weiß, was ein kleiner Gerber durch diese Preiserhöhung verdienen kann. Eine Haut hat bis jetzt ungefähr 120 Kronen gekostet. Heute kostet sie 600 Kronen. Ein kleiner Gerber konnte durch diese Preiserhöhung einen ungeheuren Gewinn erzielen, ohne daß er die Finger gerührt hat. Kommen Sie dann mit der Vermögensabgabe und nehmen Sie ihm so viel weg, als Sie ihm im vorhinein gegeben haben und was ihm die Regierung in die Hände gespielt hat. Die Regierung ist hier nicht unorientiert. Genosse Ellenbogen wurde durch meine Informationen aufgeklärt, er wäre in der Lage gewesen, Veto einzulegen. Ob es geschehen ist, weiß ich nicht. Aber es scheint, daß nichts unternommen wurde, denn sonst hätte diese Preiserhöhung nicht erfolgen können.

Die Vermögensabgabe kann gar nicht in dem Maß erfolgen, als es sein soll. Diese Herren können gar nicht getroffen werden. Bauer sprach von 80 Prozent, aber selbst 90 Prozent wären zu wenig. Sie könnten sie zahlen und könnten auch dann existieren. Wir würden höchstens keine Millionäre haben.

Die Zentralstellen könnten auch richtiger geführt werden, es gibt genug Fachleute, eventuell könnten auch die Arbeiterräte mitwirken. Mit der heutigen Preispolitik muß gebrochen werden. Die Regierung hat mit den Landwirten die Vereinbarung getroffen, daß das Getreide für Kr. 1·30 abzuliefern ist; die Vereinbarung wurde nicht gehalten, die Regierung hatte nicht die Kraft, sie durchzusetzen und hat den Preis auf 2 Kr. erhöht. Da das schon nach der Ernte war, wurde dadurch nicht um ein Körnchen mehr erzeugt. Früher, als der Landwirt Zinsen zahlen mußte und für alles andere Geld brauchte, war er gezwungen, seine Produkte zu veräußern. Heute hat er es ja nicht notwendig. Auch der Schleichhandel wird durch die Preiserhöhung nicht bekämpft, denn mit dem Schleichhandel kann der Staat nicht konkurrieren. Gibt er dem Bauern 4 Kr., so gibt der Schleichhändler 8 Kr., und gibt der Staat 8 Kr., so gibt der Schleichhändler 16 Kr. Jede Erhöhung treibt nur die Schleichhandelspreise in die Höhe.

Die Regierung ist nicht imstande, sich die notwendige Kohle zu verschaffen, aber in Gänserndorf gibt es Leute, die waggonweise Kohlen bekommen. Freilich kommen dann die verdammten Arbeiterräte, bringen es dem Staatsamt zur Kenntnis und dieses gibt den Auftrag, die Aufteilung an die Bevölkerung vorzunehmen. Die Bezirkshauptmannschaft leistet aber der Aufforderung keine Folge, sondern verhöhnt die Regierung. Das ist auch beim Vieh der Fall. Ich will zum Beispiel darauf hinweisen, daß bei uns in Gänserndorf die Beamten der Bezirkshauptmannschaft Ehrenbürger der gesamten 66 Gemeinden im Bezirke sind; alle diese Bezirke sind Agrarbezirke. Ich kann bei der Kürze der Zeit die Gründe nicht anführen, warum dies so ist. Sie können sich selbst die Gründe erklären, warum die Landwirte die Beamten zu Ehrenbürgern ernennen. Und diese Bezirkshauptmannschaft findet bei der Regierung Anerkennung.

Emmy Freundlich (Wien): Zu der Behauptung des Genossen Kohn, daß die Regierung die Preispolitik nicht so einzuhalten vermag, wie wir es wünschen, ist noch zu sagen, daß wir ja nicht mehr von österreichischen Nahrungsmitteln leben, sondern vom Ausland; und ich möchte den Menschen setzen oder den Herrgott sehen, der imstande wäre, wenn die Krone 5 Centimes wert ist, die Preise im Inland niedrig zu erhalten. Wenn Genosse Kohn sagt, wir haben jetzt ganz umsonst die Getreidepreise erhöht, so erwidere ich, wir haben die Getreidepreise einfach deshalb erhöht, weil es eine Tatsache ist, daß heute, wo Druschkohle und das

Benzin und alle diese Dinge auch im Schleichhandel gekauft werden müssen, die Landwirte ebensolche Dinge nicht kaufen, wenn sie nicht wieder entsprechende Preise bekommen und unsere Ernährung noch schlechter wird. Im übrigen bekommen die Bauern den erhöhten Preis erst, wenn sie das Kontingent abgeliefert haben. Wir haben also wirklich alle Vorsicht angewendet, die möglich ist.

Nun möchte ich vor allem meine Genugtuung darüber aussprechen, daß der Parteitag heute wieder ein wirtschaftliches Programm der Partei aufstellt. Meiner Ueberzeugung nach ist die Schwierigkeit der heutigen Situation die, daß die Partei nicht verschwinden darf hinter der Regierung. Wir haben zwar unsere Vertrauensmänner in der Regierung, die Partei muß aber neben dieser Regierung atmen und leben und arbeiten. Es darf nicht so sein, wie das im letzten halben Jahre sehr oft der Fall gewesen ist, daß die Partei als solche eigentlich gar nicht mehr lebt, daß wir nicht mehr erfüllt sind von unserem eigenen Willen als Parteiorganisation, sondern restlos aufgehen in dem, was die Regierung tut. Wir sind nicht das, was man im gemeinen Sinne eine Regierungspartei nennt, sondern wir sind eine Partei, die große geschichtliche Aufgaben hat und die diese großen geschichtlichen Aufgaben auch behaupten muß, eventuell behauptet im Kampfe, soweit dies möglich ist, gegen ihre Vertrauensmänner in der Regierung. (Sehr richtig!) Das ist etwas, was wir uns nicht vorstellen können, das wir aber lernen müssen. Ich bin davon überzeugt, daß wir zuletzt die Vermögensabgabe und den Finanzplan durchführen werden, den die Entente gestattet, denn wir werden natürlich Kredite vom Ausland nur unter bestimmten Bedingungen bekommen. Das darf uns aber als Partei nicht hindern, ganz bestimmte Forderungen aufzustellen und um diese Forderungen zu kämpfen mit unserer ganzen Energie. Und ich sage Ihnen offen, ich bin überzeugt, daß der Kampf um die Finanzreform und um die Vermögensabgabe zu den schwersten Kämpfen gehören wird, die wir als Parteiorganisation geführt haben, daß es ein Kampf sein wird, der vor allem die Koalition täglich in Frage stellen wird. Darüber müssen wir uns vollständig klar sein, daß wenn wir von den Landwirten Opfer verlangen werden, wenn wir verlangen werden, der Landwirt solle so steuern, wie er steuern muß, wenn die Vermögensabgabe überhaupt eine Leistung für die Volkswirtschaft bedeute, wir dann natürlich auch in den schwersten Kampf mit den Vertretern der bäuerlichen Organisationen kommen werden. Wir werden selbstverständlich aber vor allem eine Aufgabe haben: der Arbeiterschaft diese ihr ganz fernliegenden Probleme nahezubringen. Ich spreche seit anderthalb Jahren jede Woche mindestens ein- oder zweimal in irgendeiner Versammlung über diese Dinge. Ich kann Ihnen versichern, daß es jetzt unsere wichtigste Aufgabe ist, der Arbeiterschaft darzulegen, welche Hilfsmittel wir überhaupt noch haben, denn es ist auch bei den organisierten Arbeitern die Vorstellung über das, was möglich ist, und die Vorstellung über das, was wir tun müssen, ganz nebelhaft und nicht begründet auf tatsächlicher Erkenntnis der Dinge. Wir haben also da eine wertvolle Erziehungs- und Aufklärungsarbeit zu leisten. Meiner Ueberzeugung nach ist für uns diese Frage des Wiederaufbaues unseres deutschösterreichischen Staates vor allem deshalb so schwierig, weil wir ja von vornherein immer nur eine Minorität dieses Staates erfüllen können, mit den Notwendigkeiten, die getan werden müssen. (So ist es!) Es ist gar nicht zu leugnen, daß der größte Teil der Bevölkerung — und ich nehme da auch einen Teil der Arbeiterschaft nicht aus — weder den Ernst der Situation noch die Notwendigkeiten unserer Handlungen zu begreifen vermag. (So ist es!) Und daraus resultiert die ungeheure Schwierigkeit, der wir jetzt im Kampfe gegenüberstehen. In dem Programm selbst vermisse ich vor allem die Frage der Auswanderung. Es werden von Deutschösterreich Leute abwandern müssen, aber nicht nur solche, die wir gern abwandern sehen, sondern leider die tüchtigsten, die leistungsfähigsten und wertvollsten. (Zustimmung.) Zu mir kommen immer wieder Vertrauensmänner, die mich fragen: „Wie ist es dort, wie ist es da? Ich habe schon Angebote, ich könnte auswandern.“ Es sind zum Beispiel jetzt Leute hier, die für eine Maschinenfabrik in Siebenbürgen 450 qualifizierte Arbeiter suchen und diese Leute auch bekommen werden, denn der Mann weiß, in Siebenbürgen hat er Brot und in Deutschösterreich hat er keines. Ich glaube

nicht, daß es angeht, diese Frage der Auswanderung restlos kapitalistischen Auswanderungsbüros zu überlassen, manchmal sehr zweifelhafter Qualität, die sich da bilden, sondern ich glaube, es wäre unsere Pflicht, diese Frage der Auswanderung in irgendeiner staatlichen Stelle zu konzentrieren und mit diesen Leuten im gegebenen Moment zu verhandeln, vor allem, damit die Leute der ausländischen Regierung gegenüber geschützt werden, dann aber auch, damit wir doch eine gewisse Auslese derjenigen treffen können, die auswandern wollen. Das ist natürlich außerordentlich schwierig, aber meiner Ueberzeugung nach ist das eine Frage, die wir mit aller Energie in Angriff nehmen müssen. Genosse Deutsch hat gestern über die Siedelung gesprochen. Ich bin ja — Gott sei Dank nicht Mitglied der Regierung, aber ich habe sozusagen ein Verhältnis mit der Regierung. (Heiterkeit.) Ich bin ja in einem Staatsamt und sehe also die ganze Misere dieser zwischenstaatsamtlichen Verhandlungen. Dieses Problem der Siedelung geht zugrunde an der passiven Resistenz des Staatsamtes für Landwirtschaft. In diesem Staatsamt, dessen Arbeiten ich genug beobachten konnte, scheitert ungeheuer viel. Vor allem trifft das zu auf die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion. Es sieht so aus, als wollte dieses Staatsamt überhaupt nichts arbeiten. Da sitzen Leute darin, die alles vom Standpunkt des Hochschutzzolles betrachten, die nicht begreifen wollen, daß wir jetzt in anderen Verhältnissen leben und daß man heute, wenn man mit Vernunft wirken will, viel Neues zu lernen muß. Die Frage der Siedelung darf keine Spielerei sein, sie darf auch nicht Idealisten überantwortet sein, wenn man auch sagen muß, daß manchesmal von solchen viel redlicher Wille gezeigt wird. Zur Lösung dieser Dinge gehören aber praktisch denkende Menschen. Ich sehe ja ein, daß wir langsam das Gefühl bekommen müssen: Um welche Dinge sollen wir uns denn noch kümmern? Es ist aber Tatsache, daß wir uns um alle Probleme kümmern müssen, die aus dem Wirrsal unserer Tage auftauchen und uns Sorgen machen. Vielleicht beschäftigt sich einmal unsere kriegswirtschaftliche Kommission mit dieser Frage. Wir werden den Gedanken der Siedelung fördern können, wenn wir wachsam dabei sind, alles zu beobachten, was in dieser Frage geschieht und was unterlassen wird. Wir werden dem Staatsamt für Landwirtschaft sagen müssen, man kann die Sabotage nicht dulden.

Von den kriegswirtschaftlichen Organisationen, mit denen ich mich ja schon fünf Jahre beschäftige, kann ich sagen, ein großer Teil arbeitet schlecht, weil ein Teil der dort tätigen Menschen sie bewußt sabotiert. Es sind das Vertreter der bürgerlichen Interessen, Vertreter einer manchesterliberalen Wirtschaftsorganisation, die keinen gemeinwirtschaftlichen Gedanken, wenn er auch in der verschrobenen Form der Zentralen auftritt, fassen können und wollen. Wenn gewünscht wird, es sollen mehr Arbeitervertreter in diesen Organisationen tätig sein, so muß ich sagen, wir sitzen in sehr vielen Stellen und man kann noch so fleißig dort sein, es passiert immer wieder etwas, denn diese Leute finden stets den Weg, die Dinge die wir wünschen zu unterbinden und in das Gegenteil zu verkehren. Wir sind einig, daß man die kriegswirtschaftlichen Organisationen in gemeinwirtschaftliche Organisationen umwandeln kann — und das Staatsamt für Handel ist im Begriff, die kriegswirtschaftlichen Organisationen abzubauen. An ihre Stelle sollen überall, wo es möglich ist, wirkliche, gemeinwirtschaftliche Organisationen treten. Jetzt sind wir am Werke. Es zu schaffen, ohne Staat oder mit dem Staat, wie es gerade geht, aber lieber ohne Staat, denn ob zwei Finanzräte darin sitzen, spielt für die Führung keine Rolle, denn sie hindern oft mehr als sie nützen.

Zu dem Vorschlag, die Gemeinden sollen mit den Konsumentenorganisationen zusammenarbeiten, ist zu sagen, daß wir vor einem halben Jahr eine Konferenz hatten, auf der wir diese Zusammenarbeit beschlossen haben. Es hat aber nur eine Gemeinde den Wunsch geäußert, die Sorge der Approvisionierung gemeinsam mit der Konsumentenorganisation zu tragen; die Gemeinde Liesing, die ihren ganzen Bezirk, 38.000 Menschen, dem Wiener Haushaltverband zur Verpflegung übergeben wird. Die übrigen Gemeinden kümmern sich nicht um uns. Im Staatsamt für Volksernährung zeigt man mir Briefe von Gemeinden, die von Bürgermeistern unterschrieben sind, die Genossen sind und die sich nicht an mich, sondern an das

Amt um kleine Auskünfte wenden. Die Betriebsräte und Arbeiterräte finden mich jeden Tag und ich habe fast so viel Deputationen bei mir wie der Staatskanzler, aber die Gemeinden kennen weder den Konsumverein noch mich im Staatsamt für Volksernährung.

Wir werden versuchen, eine große neue Versorgungsorganisation zu schaffen, um die Einkäufe aus dem Ausland zu organisieren. In den kleinen Gemeinden kann man nicht allein wirtschaften, sondern sie brauchen den Zusammenschluß mit den großen Organisationen. Nur auf diese Weise kann erreicht werden, daß, wenn die kriegswirtschaftlichen Organisationen aufhören — und das ist ja eine Frage von ziemlich kurzer Zeit — unsere eigenen Organisationen an ihre Stelle treten. Was für uns das schwierige ist, ist das Folgende. Wir haben bisher agitirt, erzogen und kritisiert, wir müssen jetzt verwalten lernen, wir müssen in die Schule gehen, wir müssen gute Verwalter und Wirtschafter werden, denn ohne die Reorganisation der Verwaltung und der Wirtschaft werden wir niemals zum Sozialismus kommen. (Beifall.)

Michal (Wien): Wir haben in dem vorliegenden wirtschaftlichen und sozialen Aktionsprogramm folgenden Passus: „Die Mieterschutzgesetzgebung ist aufrechtzuerhalten." Die Mieterschutzgesetzgebung war eine vorzügliche Einrichtung, die den Mietern zugute gekommen ist. Die Vermieter haben aber das Bestreben, die Wohnungspreise an alle anderen Preise anzupassen. Das führt zu einer Mieterbewegung, die von Wichtigkeit ist. Wir sehen das Bestreben, daß sich die Mieter als Konsumenten vereinigen und Mieterausschüsse wählen. Es sind hunderte Personen, die sich dieser Aufgabe unterziehen. Ich glaube, es wäre hier in dem Aktionsprogramm ein Absatz bezüglich der Mieter als Konsumentenvertreter aufzunehmen. Es heißt in dem Aktionsprogramm weiter: „Die Erbauung neuer Wohnhäuser ist Aufgabe der Gemeinden, die die Mehrkosten durch progressive Auflagen auf die Mietzinse in den alten Häusern decken können." Nun ist das Verhältnis dieses, daß alle Gemeinden das Bauprogramm, das sie sich gestellt haben, auf ein Mindestmaß der Pläne zurückdrängen müssen. Die Mieter haben das Verständnis, daß öffentliche Gebäude, Schulen 2c. auch ihnen zugute kommen. Sie werden gerne bereit sein, gewisse Opfer zu bringen. Ich möchte bitten, daß in der Resolution auch die Mieterausschüsse berücksichtigt werden, in der Weise, daß den Mieterausschüssen eine rechtliche Grundlage gegeben wird.

Dr. **Justitz** (Wien): Genosse Bauer hat uns gestern in düsteren Farben unsere Lage geschildert. Wenn wir nach der Ursache dieser Notlage gefragt werden, werden wir immer wieder auf den Circulus vitiosus hingewiesen. Unsere Genossen und auch die Bürgerlichen fragen sich immer und immer wieder: Wie kommen wir eigentlich aus dem Elend heraus. Genosse Bauer hat uns in seinem Aktionsprogramm einen Weg gezeigt, aber ich muß sagen, daß sich der Genosse Bauer von heute von dem Genossen Bauer von gestern und vorgestern unterscheidet und es scheint, daß bei dem Programm die Koalition mitgewirkt hätte. Unwillkürlich müssen wir uns fragen: Gilt dieses neue Aktionsprogramm nur dazu, um uns augenblicklich aus der Not herauszuführen oder gilt es überhaupt als Ausführung dessen, was uns immer vorgeschwebt hat? Wir haben es heute gehört, die Genossen Wilhelm, Austerlitz und Genossin Freundlich haben sich bemüht, uns Mittel und Wege zu zeigen, wie wir aus den unhaltbaren Zuständen herauskommen könnten. Aber es kommt mir vor, wie wenn man bei einer Krankheit die verschiedensten Mittel anrät, und dabei kommt nur das eine heraus, daß der Kranke stirbt. Ich fürchte, durch all diese verschiedenen Mittel wird uns die notwendige Hilfe nicht gegeben. Worin besteht der prinzipielle Unterschied zwischen dem Genossen Bauer von früher und dem von heute? Wir ersehen ihn aus dem Absatz 2, wo er uns bekundet, wie die Finanzreform ausschauen muß. Er sagt, sie besteht in einer Vermögensabgabe. Diese soll in einer Sachabgabe bestehen. Mit dieser Form sind wir alle einverstanden, das ist ähnlich dem, was Goldscheid gesagt hat. Aber der große Unterschied besteht darin, daß er sagt, diese ganze Vermögensabgabe, die uns der heutige Finanzminister mit acht bis zehn Milliarden berechnet, soll dazu verwendet werden, Lebensmittel und Rohstoffe einzukaufen. Bauer sagt aber in einem Atem, wenn wir produzieren sollen, dann brauchen wir Arbeitskräfte, das sind unsere

Arbeiter, die werden nur produzieren wollen, wenn sie wissen, wofür sie produzieren. Hier ist der prinzipielle Unterschied, wenn er sagt: Wie kommen wir nun dazu, daß wir die Betriebe sozialisieren können? Wir können dies auf zweierlei Art. Entweder mit Entschädigung oder ohne Entschädigung. Die Form ohne Entschädigung erlaubt uns die Entente nicht. So müßten wir also enteignen mit Entschädigung. Heute sagt man uns, die Vermögensabgabe gehöre zur Beschaffung von Lebensmitteln und Rohstoffen. Auch die bürgerliche Presse sagt, sie solle dazu dienen, die Schulden abzubauen und aus dem Ausland zu kaufen. Für Sozialisierung wolle sie aber nichts geben. Das sagt uns nun auch heute Bauer. Darum glaube ich, daß er jetzt zu viel nach Koalition riecht, uns wäre der frühere Bauer lieber. Bauer sagte in der politischen Debatte, wenn wir auf uns allein gestellt bleiben, seien wir nicht lebensfähig. Alles, was wir jetzt tun, sei nur eine augenblickliche Hilfe. Für die Dauer könne uns nur der Anschluß helfen. Deshalb glaube ich, das Wirtschaftsprogramm, das uns beantragt wird, ist nicht das unserer Partei, sondern das der Regierung. Das der Partei könnte nur lauten: Halten wir uns an die Richtschnur, die uns Bauer früher gegeben hat, wir können nur weiter, wenn man uns den Anschluß an Deutschland gestattet und wenn wir die Sozialisierung durchsetzen.

Witternigg (Salzburg): Bauer hat uns die Dinge in der Theorie auseinandergelegt. Aber das wichtigste für die Bevölkerung ist jetzt das Steuerprogramm und das hat er eigentlich nicht behandelt. Der Staatssekretär für die Finanzen will neue indirekte Steuern, er lehnt sich an die deutschen Einrichtungen der Umsatzsteuer an. Da muß nun die Partei aussprechen, wie sie sich zu den einzelnen Steuerfragen stellt. Wir sehen wohl Pläne, aber nichts von der praktischen Durchführung. Wir müssen aussprechen, daß wir auch da zur Offensive übergehen, zur Offensive der klassenbewußten Arbeiter, die darin besteht, daß wir sagen: Bisher haben die Wirkungen des Krieges nur die Arbeiter getragen, sie sind aber spurlos vorübergegangen beim Bürgertum und bei der bäuerlichen Bevölkerung.

Wenn wir nun jetzt den Staatssekretär für Finanzen hören, der seine Probleme damit lösen will, daß er erhöhte indirekte Steuern ankündigt, und erklärt, die Monopole müßten ebenfalls erhöht werden u. s. w., so beruht sein Hauptgedanke wiederum darauf, die großen Lasten des Staatshaushaltes auf das Proletariat zu übertragen. Wir haben alle Ursache, auf diesem Parteitag das Programm der Sozialdemokraten, das Finanzprogramm unserer Partei, der Oeffentlichkeit bekanntzugeben, denn das, was uns Genosse Bauer hier unterbreitet, ist Theorie, es ist gut gedacht, aber damit kommen wir nicht über den Berg hinüber. Genossin Freundlich schloß ihre Rede damit, daß sie sagte, wir müssen gute Verwalter und Wirtschafter werden und dann erst können wir dem Sozialismus näherkommen. Ich sage Ihnen noch etwas anderes: Wir müssen Europäer werden, wenn wir weiter kommen wollen; mit dem Gesichtskreis, den wir heute haben, kommen wir in der Welt nicht mehr weiter. Wir beurteilen unsere ganze Lage nach dem Gesichtskreis der Gerichtsbezirke, der Länder. Wenn wir auf diesem Gebiete weiterkommen wollen, müssen wir aber auch ökonomisch unsere wirkliche Produktion und unsere Wirtschaft ansehen. Ist unsere Kaufmannschaft, ist unsere Industrie eingerichtet auf den Welthandel?' Wir sagen, wir leben heute vom Ausland, wir sind abhängig vom Ausland; aber wir in Oesterreich haben gar keine Ahnung, wie Welthandel betrieben werden soll. Unsere Kaufmannschaft, unsere Industrie ist darauf nicht eingerichtet. Unsere Kaufmannschaft kann sich gut betätigen, im Schleichhandel Sachen einzukaufen, aber sie ist nicht imstande, mit New-York, mit irgendeiner großen ausländischen Firma abzuschließen. Wir haben nie ein Kolonialland gehabt und unsere Kaufmannschaft hat noch nie so recht Einfuhr aus dem Ausland betrieben — gegenwärtig ist sie dazu gezwungen. Bei dieser Gelegenheit erinnere ich mich an die Rede, die Masaryk vor einigen Tagen in Prag gehalten hat. Auch er hat erklärt: Wir Tschechoslowaken müssen heraus aus dem engen Kreis, wir müssen uns der Welt nähern. Und sie sind tatsächlich auf dem Weg dazu, sie haben, indem sie Sieger sind, die Verbindungen mit der Entente, während wir abgeschnitten sind. Aber wir müssen ebenso wie die anderen einen größeren Gesichtskreis bekommen, auch wir müssen die Offensive auf diesem Gebiet ergreifen. Wir sind ja Internationalisten, aber das können wir nicht unserer Kaufmannschaft überlassen, weil sie dazu unfähig ist. Und nun

komme ich auf etwas zurück, was Genossin Freundlich gesagt hat: Wir haben Institutionen, die in der Lage wären, das in die Hand zu nehmen. Was ist es mit der Großeinkaufsgesellschaft? Kann sich die nicht damit beschäftigen? Wenn die anderen unfähig sind, so müssen wir zeigen, daß wir etwas können. Wir können uns in Verbindung setzen mit unseren Genossen, den Konsumgenossenschaftlern in Deutschland, Holland, England, in der Schweiz, in der ganzen Welt. Wenn die anderen es nicht können, so müssen wir es können, müssen es immerhin versuchen. Noch eine andere Frage muß ich bei dieser Gelegenheit streifen, etwas, was der Arbeiter heute nicht begreift und auch nicht ganz richtig begreifen kann. Genosse Bauer hat uns die Dinge ökonomisch ganz klar dargelegt, aber schauen Sie hinaus ins Leben, so finden Sie, daß in Wien und auch in anderen Städten Leute sich mit Leichtigkeit ein Mittag-, ein Abendessen im Chambre séparée um 1000 Kr. leisten können. Es gibt Damen, die drei, vier Dutzend Schuhe haben und Kleider in Hülle und Fülle, die sich täglich ein Paar Seidenstrümpfe kaufen können. Auf der anderen Seite aber sehen Sie Frauen, die keine Leintücher haben und keine Wäsche für ihre Kinder. Ja, ist es denn nicht möglich, da Textilwaren nur spärlich vorhanden und bei den Geschäftsleuten nicht zu haben sind, ähnlich wie man es seinerzeit während des Krieges verstanden hat, sich für die frierenden Soldaten Kleidungsstücke zu verschaffen, eine Aktion einzuleiten, wonach solche Textilwaren allen jenen, die davon im Ueberfluß haben, auf gesetzmäßigem Wege abgenommen und den Frierenden übermittelt werden? (Beifall.)

Vor einigen Tagen mußten wir mit Schmerz davon lesen, daß die österreichische Arbeiterschaft keinen Delegierten nach Washington schicken wird, weil uns eine solche Delegierung 200.000 Kr. kosten würde. Es ist ja wahr, unsere Finanzen stehen schlecht. Aber wenn wir den Delegierten nach Amerika geschickt hätten, hätten wir dort Gelegenheit gehabt, aufzuzeigen, wie entsetzlich schlecht die Dinge bei uns in Oesterreich stehen. Die Deutschen haben es anders gemacht. Wir haben die Delegierung aus Kleinlichkeit unterlassen. Wir wollen den Anschluß an Deutschland. Wenn aber die Deutschen zum Bewußtsein kommen, daß bei uns eine derartige Krämerei besteht, die uns schadet, dann werden sie sich über den Anschluß wohl besondere Gedanken machen. In Deutschland haben sie zwei Messen hinter sich. Damit haben sie Gelegenheit gefunden, ihre Schaffenskraft zu zeigen, zu beweisen, daß sie den besten Willen haben, sich in die Höhe zu arbeiten. Eine ähnliche Bemerkung machen wir, wenn wir die Wohnungsfrage bedenken. Wie die Deutschen diese Frage auffassen, zeigt sich darin, daß sie Blockhäuser erbauen. In Deutschland spekulieren, denken und schaffen die Menschen. Bei uns herrscht der Geist der Krämer. (Beifall.) Darum sage ich Ihnen, wollen wir vorwärtskommen, so müssen wir überall und in allen Dingen zeigen, daß auch die Proletarier Oesterreichs unter allen Umständen das leisten wollen, was für sie unbedingt eine Notwendigkeit ist. Wenn wir Krämer bleiben, kommen wir nicht vom Fleck.

Pick (Wien): Es haben sich viele Genossen über das Wirtschaftsprogramm geäußert. Ich würde aber Eulen nach Athen tragen, wenn ich in den Fehler mancher Genossen verfiele, die dieses Programm kritisieren. Der Referent hat uns gesagt, in diesem Wirtschaftsprogramm seien eben die Fragen enthalten, die zurzeit schon ausgereift sind oder die neu aufgeworfen werden mußten, in die wir in Deutschösterreich hineinwachsen. Es scheint mir eine sehr leichte Sache, zu sagen, dieses Programm entspreche nicht unseren Prinzipien und wir hätten nunmehr Parteipolitik, soweit es geht, praktisch in der Nationalversammlung zu machen. Es würde zu weit führen, wenn wir sagen wollten, was einmal dieser, was einmal jener Theoretiker gesagt hat, oder wenn wir nach Widersprüchen suchen wollten. Es ist die unfruchtbarste Diskussion, wenn man dem Genossen Bauer vorwirft, was er früher einmal gesagt hat. Das wäre mir der richtige Politiker, der auf die Rednertribüne steigt und sich unter allen Verhältnissen an das hält, was er einmal gesagt hat. (Beifall.) Ich glaube, so werden wir aus der Diskussion über das Aktionsprogramm wenig mitnehmen können. Nur polemisch gestatten Sie mir einige Worte. Genosse Austerlitz hat eine geistreiche Rede gehalten, wie immer, aber eine Rede, aus der wir, soweit wir praktische Winke brauchen, nicht viel mitnehmen können. In einer Zeit, in der alle Grenzen abgesperrt sind, in der ein einzelner die Grenzen

nicht passieren darf, in dieser Zeit empfiehlt er uns eine Abwanderung zu inszenieren. Glaubt Genosse Austerlitz, daß es bei den tausenden Menschen in Wien, die seit dem Oktober des vorigen Jahres auf eine Unterstützung von 6 bis 7 Kr. angewiesen sind, erst einer Anregung unsererseits bedarf, sie mögen ihren Beruf wechseln? Genosse Austerlitz weiß nicht, daß jene Genossen, die mit den Arbeitslosen Verkehr pflegen, tagtäglich ihnen nahelegen, irgendeinen anderen Beruf zu ergreifen und nicht erst abzuwarten, bis das Schicksal eine Aenderung bringen wird. Aber auf die Frage der Arbeitslosen: „Was raten Sie mir?" kommt der sozialdemokratische Vertrauensmann in peinlichste Verlegenheit. So leicht kann es sich ein Redakteur machen, der die Artikel schreibt und das, was die Leute sagen, gar nicht hört. Anders ist es aber für uns. Wir können den Leuten, die, weil sie schwächlicher Konstitution sind, von den Eltern den freien Berufen zugeführt wurden, nicht ernstlich sagen, sie sollen Erdarbeiter werden. Und wenn sie schon bereit wären, würden wir nicht wissen, wohin sie gehen sollen, und wenn man sagte, sie sollen auf das Land gehen, und sie wirklich beim Bauern demütig anklopfen, so würde er alle Hunde auf sie hetzen und würde ihnen zurufen, daß sie ihm doch nur etwas wegfressen wollen. Austerlitz meint, die Regierung begehe einen großen Fehler, daß sie den Menschen nicht sagt, daß sie überflüssig seien. Im Bewußtsein der Menschen ist das ja ohnedies schon. Hunger und Not haben ihnen dieses Bewußtsein beigebracht, auch ohne die Staatskanzlei. Würde man es zum Beschluß des Parteitages machen, daß man das den Leuten zum Bewußtsein bringen soll, würden es die Leute nur als Hohn auffassen. Wir wissen, daß wir hier elenden Zeiten entgegengehen, aber zum Pessimismus. Genosse Austerlitz, würde ich nicht raten. Hoffnungslos dürfen wir die Menschen nicht machen. Um so weniger, als es das gefährlichste ist, Voraussagen zu machen, es kommt ja doch immer anders, als man glaubt. Ich will nicht Optimismus erzeugen, aber ich möchte nicht, daß die Leute hoffnungslos werden, indem man ihnen sagt, Wien werde zugrunde gehen und hier sei kein Platz für die Menschen. Vor dem Kriege war das ganz anders. Damals war der Sozialismus die Vorstellung des größten Wohlergehens, aber nicht die Rückkehr zum spartanischen Leben. (Therese Schlesinger: Die Spartaner hätten sich für dieses Leben bedankt.) Witternigg meint, wir sollen Europäer werden, und er spricht von Leuten, deren Gesichtskreis ein kleines Land, eine Bezirkshauptmannschaft oder eine kleine Gemeinde ist, und er ist sogar für den exzessivsten Welthandel. Wir nehmen ihn beim Wort. Er irrt sich, wenn er glaubt, daß es hier Kaufleute gibt, die das Geschäft nicht anders verstehen. Sie verstehen es schon, und lassen Sie nur unsere Finanzmisere vorübergehen und Sie werden sehen, welche Kräfte selbst in diesem Deutschösterreich zurückgeblieben sind, die sich mit dem Ueberseehandel zu befassen wissen. Aber fangen wir mit uns selbst an. Trachten wir, daß sich in unserer unmittelbaren Umgebung der Gesichtskreis erweitert, dann braucht uns nicht bange zu sein. Der heutige Zustand darf nicht als etwas Bleibendes angesehen werden. Denn wollen wir nach dem heutigen Zustand zu den Leuten reden, so dürften wir ihnen nicht sagen: Es muß euch zum Bewußtsein kommen, daß ihr den Beruf wechseln müßt! Sondern wir müßten ihnen sagen: Ihr müßt Selbstmord verüben, weil es sonst kein Mittel für uns gibt. Dazu dürfen wir uns nicht versteigen, so mühsam die Arbeit auch ist und nennen Sie es auch ein Fretten von Tag zu Tage. Unsere Vertrauensmänner stehen zurzeit vor einem Dampfkessel mit der höchsten Spannung und haben darüber zu wachen, daß diese Spannung nicht überschritten wird. Bei einem solchen Zustand darüber zu reden, was man machen kann in zehn oder zwanzig Jahren, scheint mir müßig zu sein. Es ist niemand zufrieden mit dem, was geschieht. Denn wenn es nach uns ginge, würden wir alle einschließlich der Staatssekretäre nicht einmal mitregieren wollen. Wir sind aber dazu gezwungen. Und da sollten wir, glaube ich, alle einmütig dahin wirken, unseren Vertrauensmännern dieses furchtbare, über Menschenkraft gehende Geschäft zu erleichtern und nicht durch unnütze Kritik noch zu erschweren. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Eulier: Es ist folgender Antrag Mannsbarth eingelangt:

(Verliest Antrag 52.)

Linder (Vorarlberg): Wir wissen, daß Dr. Bauer sich während seiner kurzen Tätigkeit in der Regierung alle Mühe gegeben hat, wir wissen aber auch, daß er trotzdem nicht das leisten konnte, was das Proletariat erwartet hat. Unsere Genossen, die uns hergeschickt haben, wollen weniger Theorien als praktische Arbeit. Es klingt ja ganz schön, wenn es heißt: wir wollen die Juwelen und das Gold beschlagnahmen, wir wollen die Vermögensabgabe einführen. Aber wir wollen, daß das auch wirklich durchgeführt wird. Und gerade wir an der Grenze wissen, daß tagtäglich Millionen von Werten aus Deutschösterreich hinauswandern, weil es trotz der Grenzsperre für einige Leute möglich ist, ihr Vermögen in Sicherheit zu bringen. Der Wille des Proletariats ist, daß mit den jetzigen Zuständen gebrochen wird. Wir müssen verlangen, daß endlich ernsthaft zugegriffen wird, und daß wir nicht immer bloß vertröstet werden. Es wurde mit Recht von Dr. Deutsch gesagt, daß wir ein Heer von Beamten haben, das unbedingt verringert werden muß. Darüber sind wir uns alle klar. Wir sind uns aber auch klar, daß die Beamten genau durchgesiebt werden müssen, weil wir heute Beamte haben, die der Regierung und unserer Partei in jeder Weise passive Resistenz entgegensetzen. Mit diesen wird es nicht möglich sein, das zu verwirklichen, was wir brauchen. Man sagt, die Arbeiterschaft muß umlernen; ich glaube, die Arbeiterschaft hat umgelernt, es wäre nun an der Zeit, daß andere Leute umlernen, nicht nur in Wien, sondern auch in der Provinz. Wenn davon gesprochen wurde, daß Leute 1000 Kr. für ein Nachtessen zahlen, dann muß energisch zugegriffen werden, und wenn die Regierung nicht die Macht hat, wird das Proletariat selbst zugreifen. So kann die Sache nicht weiter gehen. Und wir müssen verlangen, daß die Nutznießer des Krieges ihre Kapitalien herausgeben.

Pichler (Bruck an der Mur): Die Resolution soll uns einen Wegweiser geben. Nun hat man uns in den Parteiblättern schon sehr oft gesagt, was alles geschehen soll. Aber die Sache steht nicht nur in Wien, sondern auch in der Provinz so, daß es nicht genügt zu sagen, das soll so und so gemacht werden, sondern, daß es gemacht werden muß. Wir wollen der Regierung nicht leichtfertig Sorgen machen, denn ihre Sorgen gehen hinein bis in die letzte Gemeinde. Nun wird in der Resolution von der Hebung der Produktion gesprochen. Wir haben in Bruck einen Bergbau errichtet, ein Unternehmen, dem auch die Herren der Montangesellschaft, die Gemeinde Bruck a. d. Mur angehören. Wie der Betrieb aussieht, ist kaum zu schildern. Jede Maschine ist schon kaput. Die Leute in Steiermark warten seit Wochen und Monaten, seit einem halben Jahr schon auf Kohle. Wenn wir dort ein Elektromobil hätten, würden wir uns zwanzig Arbeitskräfte ersparen und hätten Monate früher schon Kohle bekommen. Im Oktober und November sollte das Bergwerk eröffnet werden. Ich glaube es wird 1920, vielleicht 1921 werden, wenn wir bis dahin nicht erfroren sind. Unsere Arbeiterräte kommen hinaus, um sich das ganze Werk anzusehen, wie das verludert ist; keine Hunde sind da, keine Geleise, gar nichts ist vorhanden. Wenn die Betriebsräte dem Unternehmer sagen, es soll so gemacht werden, so geschieht nichts. Ebenso ist es in der Holzindustrie. Ich könnte stundenlang sprechen, wenn ich aufzeigen wollte, welche Vergeudung von volkswirtschaftlichen Kräften es bedeutet, wenn man nur das Holz auflädet. Der Meter Holz vom Stock weg kommt auf 40 bis 45 Kr., das Fuhrwerk kostet 180 Kr. Wenn nun der Meter Holz schon draußen einen so kolossalen Preis erreicht, so versteht es sich von selbst, daß das Holz in Wien zu angemessenen Preisen nicht erschwungen werden kann. An einem Orte hat man es versucht, Geleise hinzulegen, um auf diese Art und Weise das Holz zu verbilligen, aber weiter nicht.

Wegen der Kommunalisierung möchte ich bitten, daß uns die Genossen Mittel und Ratschläge geben, wie wir das machen sollen. Wir haben draußen die Gemeinden ohne Heller Bargeld übernommen, aber mit Millionen von Kriegsanleihe, die wir nicht anbringen. Wir können nicht für zwanzig oder dreißig Familien die notwendigsten Baracken bauen. Man soll versuchen, die Gemeinden lebensfähiger zu machen, als sie heute sind. Sie sind der Grundstock der Gemeinwirtschaft. Für die Gemeinden kommt auch fast keine Anregung; was uns die hiefür geschaffene Zeitschrift gibt, ist nicht zu gebrauchen. Wir versuchen es, in Bezug auf die Approvisionierung in dem

Sinne zu wirken, wie die Genossin Freundlich es gemeint hat, aber die Schwierigkeiten sind groß. Wir sind nicht nur nach Bezirken, Gemeinden und Ländern gegliedert, sondern die Ernährung ist nach Betrieben abgegrenzt. Jeder Betrieb schaut, daß er seine paar Säcke Mehl bekommt und kümmert sich nicht um die anderen. Die Schwierigkeiten zeigen sich ja in den Kompensationslieferungen. Eine Drahtstiftenfabrik muß 25 Wagons Drahtstifte liefern, um einen Waggon Fett zu bekommen. Wir sind aber wegen Mangel an Material gar nicht mehr imstande, so viele Drahtstifte zu machen. Was sich in der Landwirtschaft abspielt, spottet jeder Beschreibung. Die Bauern arbeiten vielfach gar nichts. Sie sitzen von früh bis abends in den Gasthäusern und schnapsen die Partie zu 100 und zu 1000 Kr. Heute wird in der Industrie und Landwirtschaft Arbeit geleistet, die keine Arbeit ist und die die Republik zugrunde richten muß. Wenn es uns nicht gelingt, in den Ländern Einfluß zu bekommen, fürchte ich, daß wir den Winter kaum überstehen werden.

Austerlitz sagt, wir soll umschichten. Das tun wir bereits. Die Arbeiterräte nehmen die Arbeiter heraus und schicken sie in den Bergbau. Die Unternehmer haben sich nicht darum gekümmert, sondern ruhig gesagt, 900 bis 1000 Arbeiter werden entlassen. Wenn nicht die Betriebsräte diesen Weg gefunden hätten, dann wäre die Arbeitslosigkeit sehr stark vergrößert worden. Man hat hier auch sehr viel vom Schleichhandel gesprochen und lediglich der Regierung die Schuld zugemessen. Ich stehe aber auf dem Standpunkt, der Schleichhandel müßte auch draußen beschränkt werden. Die verschiedenen Gemeinden und viele Fabriken begünstigen den Schleichhandel. Wir können uns nicht viel damit abgeben, Programme zu besprechen. Draußen in den Ländern ist der Boden schon sehr heiß und die Genossen fragen sich, wie es kommen soll, wenn es so über Weihnachten hinausgeht, und sie sagen sich auch, daß sich dieser Zustand so lange nicht halten wird. Genosse Kohn hat uns heute wohl sehr viel von der Erhöhung der Lederpreise erzählt, aber er hat uns keineswegs gesagt, wie wir es anders machen könnten. Die Zustände werden so lange andauern, so lange noch viele Gemeinden und viele Fabriken den Schleichhandel begünstigen. Wir in Steiermark versuchen, in verschiedener Beziehung die Dinge zu ändern. Von uns kann niemand sagen, daß wir lau sind. Es ist aber auch falsch, immer nur zu sagen, daß die Arbeiter umlernen sollen. Wir bemerken doch, daß das Bürgertum sich nicht um ein Jota geändert hat. Unsere Bauern sitzen in den Wirtshäusern, spielen ihre Tarockpartien, schauen auf ihren Profit, und auch unser Bürgertum zeigt nicht den geringsten Wunsch, jene Reife zu erlangen, die zur Veränderung der Verhältnisse notwendig wäre, die man aber immer nur von den Arbeitern verlangt. Wir bitten die Genossen in der Regierung und auch den Parteivorstand, die Situation so aufzufassen, daß wir nicht lange mehr imstande sein werden, die Katastrophe zu verhindern, wenn nicht bald Hilfe kommt. (Beifall.)

Grüger (Klagenfurt) beantragt Schluß der Debatte, **Kohn** (Gänserndorf) Schluß der Rednerliste. Der Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Referent Dr. **Bauer** (Schlußwort): Es ist nicht möglich, auf die vielen Anregungen, die in der Debatte gemacht worden sind, zurückzukommen; ich werde mich also darauf beschränken, nur das, was das allerwesentlichste ist und in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Gegenstand steht, so kurz als möglich zu besprechen. Zunächst muß ich mich gegen die Ausführungen des Genossen Wilhelm wenden. Ich kann diese Ausführungen nicht anders charakterisieren als damit, daß Wilhelm, vielleicht ohne es zu wissen, an den Sozialismus nicht mehr glaubt. (So ist es!) Wilhelm sagt uns, bevor man die Wirtschaft sozialisieren könne, müsse man zunächst die Menschen sozialisieren. Das ist eine neue Form eines sehr alten Gedankens, den der Sozialismus seit vielen Jahrzehnten, ja so alt er überhaupt ist, immer gehört hat, nur sonst nicht von Sozialisten. Es war immer das alte Lied: bevor der Sozialismus möglich sei, müßten die Menschen, wie man früher gesagt hat, Engel werden; jetzt sagt man, müßten die Menschen vorher sozialisiert werden. Wilhelm hat ja vielleicht in einem gewissen Sinne recht, es ist ja wahr, auch nach unserer Meinung, daß die allmähliche Sozialisierung der Volkswirtschaft nicht nur die Schaffung neuer Organisationen, die Ueberführung der Produktionsmittel aus dem privaten in den öffentlichen Besitz, sondern auch ein Werk der Erziehung erfordert, das sich im Verlauf dieser wirtschaftlichen und sozialen Umwälzung von selbst vollzieht. Es ist wahr, daß — um das Marxsche Wort wieder zu zitieren —

der Sozialismus voraussetzt, daß die Arbeiterklasse eine ganze Reihe von revolutionären Prozessen durchmacht, im Verlauf deren sich nicht nur die Umstände, sondern auch die Menschen selbst verändern. Aber wenn man das auch so fassen will, daß wir mit dem Sozialisieren warten müßten, bis die Menschen sozialisiert sein werden, so wäre das ganz verkehrt. Es ist nicht so, daß wir erst die Menschen verändern könnten, um die Vorbedingungen für die Umgestaltung der Gesellschaftsordnung zu schaffen, sondern umgekehrt, daß sich mit dem Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung selbst die Menschen allmählich verändern. Wilhelm ist aber noch weiter gegangen und hat das, was wir in Deutschösterreich in den letzten Monaten neu geschaffen haben an gemeinwirtschaftlichen Anstalten, geradezu als Unsinn bezeichnet. Ich glaube, darin liegt eine völlige Verkennung dieses Versuches, den wir in Deutschösterreich zuerst gemacht haben vor allen anderen Ländern und auf den wir ein gutes Stück unserer Hoffnungen setzen.

Was war das Problem? Wir wollten Betriebe schaffen, die nicht mehr kapitalistische Betriebe sind, die aber auch nicht bürokratisch verwaltete Staats- oder Gemeindebetriebe sein sollen. Dazu schufen wir die Rechtsform der gemeinwirtschaftlichen Anstalten, als die einzig mögliche. Niemand hat etwas anderes vorgeschlagen, auch Wilhelm nicht, wie man Betriebe schaffen soll, die weder kapitalistisch noch bürokratisch sind. Wir haben zunächst das Gesetz geschaffen und sind daran, es jetzt praktisch auszuprobieren, wobei wir eine Verwaltung aus dem Staat oder Gemeinden, aus Konsumenten und aus Arbeitern und Angestellten der Betriebe zu schaffen versuchen. Es kann niemand voraussagen, welche Erfahrungen wir machen werden, aber sicher ist, daß das der einzige erfolgversprechende Versuch ist, die Sozialisierung auf praktischen Boden zu bringen. Auch wenn das Experiment nicht sofort gelingt und wenn sich Mängel zeigen sollten und die Sache der Veränderung bedürftig erscheint, so bleibt das doch eines der wichtigsten Mittel zur Sozialisierung und ich muß mich ernstlich dagegen verwahren, daß man das hier mit einem erstaunlichen Hochmut einen Unsinn nennt.

Genosse Austerlitz schilderte das ganze System von parasitären Existenzen, das sich über der Produktion auftürmt, das System, das nicht unmittelbar der Befriedigung unserer Lebensbedürfnisse dient und in einer Zeit der Not als parasitisch erscheint. Er meint, das sei das eigentliche Problem, die Hauptsache sei, daß wir dieses System von Handel, Schiebertum, Luxus, Kinos, Zeitungen u. s. w. umbringen. Allerdings hat er nicht angeführt, wie man den Kampf gegen dieses System führen soll, welches Mittel man anwenden soll, um ihm ein Ende zu bereiten. Austerlitz meint, es handle sich darum, dieses Problem zu sehen. Nun, es ist von vielen vielleicht viel früher gesehen worden als von Austerlitz, der es vielleicht jetzt erst entdeckt hat. Aber damit ist noch nichts getan. Wir müssen uns fragen, was können wir dagegen tun? Es kann jemand auf den Einfall kommen, mit Verbotsmaßregeln dagegen zu kämpfen. Man könnte sagen, die Zeitungen sind eine Verschwendung von Papier, es wäre besser, es als Ausfuhrware zu benützen, verbieten wir also die Zeitungen! Der Handel, die Kinos u. s. w. sind zu verbieten. Aber, Genossen, viele dieser Verbote würden in der Durchführung versagen. Wir wissen, daß das ganze System von Verboten in der Praxis zu nichts anderem geführt hat als zu bürokratischer Reglementierung und zu einem korrumpierenden Konzessionssystem. Mit diesen Mitteln ist dem Problem nicht beizukommen. Man könnte der Sache schon mehr an den Leib gehen, wenn man zum Beispiel den Luxus dadurch aus der Welt schafft, daß man die Einfuhr von Luxuswaren verbietet. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß Wien von altersher zu einem nicht geringen Teile Luxusindustrie gehabt hat. Der Besitz dieser Luxusindustrie ist eine der wenigen Aktiven, die wir haben. Heute ist es so, daß die reichen Schichten in den Staaten um uns hier einen Teil ihrer Luxusbedürfnisse decken. Nun ist es ganz richtig, daß wir wünschen würden, daß Seide eingeführt wird, hier zu Blusen verarbeitet und dann wieder in das Ausland geschickt wird. Dabei wäre es aber nicht zu verhindern, daß ein Teil der Blusen hier verwendet wird. Die Staatsgewalt kann der Seide ja nicht ansehen, ob die Blusen, die aus ihr erzeugt werden, hier getragen oder exportiert werden sollen. Wir wünschen zwar den Luxus einzuschränken, aber die Luxusindustrie für die Ausfuhr können wir nicht einschränken, ohne dem Lande und der Arbeiterschaft selbst schweren Schaden zuzufügen.

Genosse Austerlitz hat sich in der letzten Zeit auch angewöhnt, Dinge als Luxus anzusehen, die nicht ausgesprochene Luxusdinge sind, zum Beispiel Zeitungen. Gewiß werden in Wien täglich neue Zeitungen gegründet, für die kein Bedarf da ist. Wenn man aber so weit geht, darum der Preßfreiheit Schranken auferlegen zu wollen, dadurch, daß man Gründungen von Zeitungen verbieten oder an Erlaubnis knüpfen will, so müßte ich persönlich mich mit aller Schärfe dagegen verwahren. Die Preßfreiheit ist ein Gut, an das wir nicht rühren lassen sollen, auch wenn es vom Kapital mißbraucht wird. Denn, Genossen, es ist so, daß wir zwar heute imstande wären, die Preßfreiheit anderer zu beschränken und für uns zu bewahren, aber es ist nicht ausgeschlossen, daß auch andere Zeiten kommen können, wo das Gegenteil möglich wäre. Also schon vom Standpunkt unserer Partei ist sie unter allen Umständen zu verteidigen. Aber vom allgemeinen Standpunkt der Demokratie aus ist die Freiheit der geistigen Produktion, die Freiheit des Wettbewerbes um die Seelen der Menschen — so sehr sie auch infolge des schamlosen Treibens der kapitalistischen Presse kompromittiert ist — eine Notwendigkeit, auf die die Demokratie nicht verzichten kann. Dem Genossen Austerlitz sind auch die Kinos schrecklich und er wünscht ihre Einschränkung. In Wirklichkeit liegen die Dinge anders. Kürzlich hat im Parlament ein steirischer Bauer erzählt, daß er eine Magd suchte, er hat eine gefunden und sie hat sich bereit erklärt, die Arbeit zu übernehmen. Aber als sie schon einig waren über den Arbeitsvertrag und alle Verhältnisse, hat sie gefragt: „Gibt es im Dorf ein Kino?" Als der Bauer darauf antwortete, daß man im Dorfe diese Errungenschaft noch nicht habe, erklärte sie, dann gehe sie nicht hin. (Heiterkeit.) Der christlichsoziale Abgeordnete erzählte das natürlich, um zu zeigen, wie schrecklich begehrlich die Arbeiter jetzt sind. Aber, Genossen, ich habe mich darüber gar nicht aufgeregt; im Gegenteil, ich halte das für eine ganz erfreuliche Erscheinung, obgleich ich kein Freund des Kinos bin. Denn in Wirklichkeit beweist dieser Vorfall, daß auch diese tiefstehende Schicht des Proletariats nicht mehr bloßes Arbeitsinstrument sein, auf Lebensgenüsse nicht mehr verzichten will. Daß diese Genüsse zunächst primitiv sind, liegt darin, daß man diese Arbeiterschicht so lange in dem tiefsten kulturellen Zustand gelassen hat. Aber daß nun solche Bedürfnisse in der Arbeiterschaft erwacht sind, ist ein Fortschritt im Sinne der Worte Lassalles, daß unser größter Feind die verdammte Bedürfnislosigkeit ist. Deshalb werden wir uns nicht alles, was nicht gerade Essen und Wohnung ist, als Luxus einreden lassen, der zu beseitigen sei. (Beifall.)

Aber das Problem liegt noch tiefer. Und das ist der eigentliche Grund, weshalb ich gegen Austerlitz polemisiere, weil er der Ausdruck einer Stimmung ist, die weit verbreitet ist und die uns von der sozialistischen Erkenntnis zu längst überwundenen Irrtümern zurückführen würde. Austerlitz sagt: „Wenn wir die Alpine Montangesellschaft sozialisieren, ist das sehr wichtig. Aber dadurch wird an dem Schlimmsten, nämlich an dem ganzen System der parasitären Existenzen nichts geändert. Und dadurch wird kein Arbeiter in Ottakring besser leben." Das ist eine Auffassung, gegen die wir uns mit aller Entschiedenheit wehren müssen. Dieser Luxus hat doch ökonomische Grundlagen. Er ist doch nur deswegen möglich, weil die Leute ein Einkommen haben, das ihnen den Luxus erlaubt und deshalb halte ich für das einzig wirksame Mitel gegen diesen Luxus die Beseitigung dieser Einkommen. Also zunächst Steuergesetzgebung, die Vermögensabgabe, die die Einkommen so kürzt, daß dieser Luxus eingeengt wird. Aber es steckt noch tiefer. Dieser ganze Ueberbau des Handelsschiebertums, Luxus ist nur ein Aufbau auf der kapitalistischen Produktionsbasis und es ist eine der wichtigsten Errungenschaften des Sozialismus, daß er erkannt und die Arbeiter erkennen gelehrt hat, daß es aussichts- und hoffnungslos ist, das zu tun, was die Gegner, die kleinbürgerlichen Kapitalisten, die Christlichsozialen das „Beschneiden der Auswüchse" des Kapitalismus genannt haben, daß sich vielmehr unser Kampf richten muß nicht gegen die „Auswüchse", sondern gegen die Grundlagen selbst, gegen die kapitalistische Form der Produktion. Von dieser alten Erkenntnis sucht man uns abzubringen und zu überwundenen Auffassungen zurückzuführen. Wir werden uns den Weg von Marx zu Fournier zurück nicht als Fortschritt der Erkenntnis einreden lassen. In Wirklichkeit ist es so: Fällt der Kapitalismus in der Fabrik, so fällt alles, was auf ihm aufgebaut ist, Schiebertum, Luxus,

Börse und alles andere. Solange aber die Krankheit da ist, wird der Kampf gegen die Symptome fruchtlos und vergebliche Mühe sein.

Ich muß Austerlitz noch in einem anderen Punkte entgegentreten. Er hat unter dem Beifall eines Teiles des Parteitages die Diktatur des Proletariats aus moralischen Gründen verworfen, weil sie unsittlich sei. Ich begreife diese Auffassung sehr gut nach gewissen Vorkommnissen dort, wo die Diktatur des Proletariats eine Zeitlang bestanden hat und wo sie noch besteht, aber ich möchte auch vor dieser Betrachtungsweise ausdrücklich gewarnt haben. Nehmen Sie ein Beispiel: Wie ist es in Finnland zur Diktatur des Proletariats gekommen? Die finnische Sozialdemokratie, die eine der gemäßigtesten, am allermeisten von reformistischem Geiste erfüllte von allen sozialistischen Parteien der Welt gewesen ist, hat wirklich nie an die Diktatur des Proletariats gedacht. Aber es ist in einer bestimmten Phase der Geschichte dort ein Zustand eingetreten, wo das Proletariat und die Bourgeoisie gleich stark gewesen sind, wo im finnischen Parlament beide ungefähr gleich viel Abgeordnete gehabt haben und wo die Gegensätze zwischen den beiden Klassen so schroff gewesen sind, daß es unmöglich war, in irgendeiner Form eine gemeinsame Regierung, die versucht worden ist, zu erhalten. Die Gegensätze waren schließlich so schroff, daß man gar keine andere Wahl mehr hatte als die zwischen der Diktatur der Bourgeoisie und der Diktatur des Proletariats. Und wenn nun jemand kommen und den finnischen Genossen sagen wollte, das sei unsittlich, das sei unmoralisch, daß sie in dieser Phase die Diktatur des Proletariats versucht und dadurch den weißen Terror gewissermaßen gerechtfertigt haben, so muß ich sagen, das geht nicht an. Mit solchen billigen Sittensprüchlein sind geschichtliche Prozesse nicht abzuurteilen. Ich bin gewiß der letzte, der das aus dem Grunde sagen würde, weil er für unser Land die Rätediktatur empfehlen möchte. Sie wissen, daß das nicht der Fall ist. Ich bin aber dagegen, daß man Fragen, die Fragen der historischen Situation, Fragen der Entwicklung der Klassenkämpfe, reduzieren will auf Dinge, die sich mit Sittensprüchlein erledigen lassen.

Ich muß noch einige Worte gegenüber dem Genossen Justitz sagen. Justitz hat gemeint, ich denke jetzt über viele Dinge anders als früher, und hat das zu erklären versucht aus dem Geiste der Koalition, von dem ich besessen sei. (Heiterkeit.) Worin findet Justitz meinen Abfall von meinen früheren Auffassungen? Er erinnert daran, daß ich in einer Broschüre, die ich einmal geschrieben habe, oder vielmehr in einer Sammlung von Zeitungsartikeln, die nachträglich als Broschüre erschienen sind, den Gedanken ausgesprochen habe, daß das Erträgnis der Vermögensabgabe unmittelbar für die Zwecke der Sozialisierung verwendet werden soll, während ich gestern hier auseinandergesetzt habe, daß dieses Erträgnis vor allem für die Beschaffung ausländischer Lebensmittel und Rohstoffe verwendet werden müsse, und er meint nun: „Aha, der Bauer weicht zurück, weil es den anderen, den Christlichsozialen nicht recht ist, daß das für die Sozialisierung verwendet wird, deswegen gibt er nach.“ Ich muß den Genossen Justitz bitten, daß er, wenn er mir schon so eine Abweichung von meinen früheren Meinungen nachweisen will, wenigstens meine Broschüre zur Gänze lese, nicht nur den Anfang, sondern auch den Schluß. Im letzten Kapitel der Broschüre ist ganz ausdrücklich auseinandergesetzt, daß die Verwirklichung der Vorschläge, die ich gemacht habe, an ganz bestimmte Bedingungen geknüpft ist, und unter diesen Bedingungen ist als die entscheidendste angegeben: der Anschluß an Deutschland. Ich habe dort ausdrücklich auseinandergesetzt, daß, wenn der Anschluß an Deutschland nicht verwirklicht werden kann, wir dann in eine Lage kommen, in welcher der Weg zum Sozialismus, den ich dort vorgeschlagen habe, ungangbar wird. Und nun kann niemand sagen: „Warum schlägst du nicht vor, was du damals vorgeschlagen hast?“, denn mein Vorschlag hatte zur Voraussetzung, den Anschluß an ein sozialistisches Deutschland. Wenn wir mit Deutschland zusammen wären, müßten wir nicht alles darauf konzentrieren, zu fragen: wie komme ich zu den ausländischen Lebensmitteln und Rohstoffen? Das wäre dann ein viel leichteres Problem. Wir sind aber allein geblieben in völliger Vereinsamung, wir wissen nicht, wie wir uns helfen sollen, von wo wir die Stoffe, die wir zur Produktion brauchen, hernehmen sollen, von wo die Lebensmittel, wir wissen nicht, ob wir morgen noch Brot haben

werden, in dieser Not müssen freilich manche andere Gedanken zurücktreten. Damit ist wohl bewiesen, daß man wohl von einer sehr weitgehenden Veränderung der Situation sprechen kann, aber nicht von einer Aenderung meiner Auffassung. (Rufe: Sehr richtig!)

Was die Resolution anbelangt, so ist sie von einigen Genossen bemängelt worden. Man hat behauptet, daß in der Resolution manche Dinge fehlen. Ich muß das ohneweiters zugeben. Es ist selbstverständlich, daß in einer Resolution, auch wenn sie noch so umfangreich ist, die Gesamtheit aller wirtschaftlichen und sozialen Fragen nicht besprochen werden kann. Winternigg hat zum Beispiel behauptet, die Resolution enthalte nichts über die Steuerfrage. Das ist gewiß nicht ganz richtig. Es darf doch nicht bestritten werden, daß die Resolution über die Vermögensabgabe manches Wesentliche enthält. Das hängt doch sicher mit der Steuerfrage zusammen. Wenn ich nicht auf alle anderen Steuerfragen in der Resolution zu sprechen gekommen bin, so hängt das damit zusammen, daß jene Steuerfragen, die in der Resolution behandelt sind, eben vor den anderen minder wichtigen Fragen den Vorrang haben müssen. Die Genossin Freundlich hat bemängelt, daß über die Auswanderung in der Resolution nichts enthalten ist. Die Auswanderung ist für uns sicherlich eine der wichtigsten Fragen. Eine gewisse Auswanderung aus Deutschösterreich wird unvermeidlich eintreten. Aber wir müssen uns sehr dagegen wehren, die Auswanderung etwa zu forcieren. Wir brauchen unsere Arbeitskräfte. Lassen Sie uns nur Kohle haben, dann gibt es keine Arbeitslosen mehr, denn dann könnten wir alle unsere Arbeiter beschäftigen. Etwas anderes ist es, wenn Arbeiter nur auf eine gewisse Zeit ins Ausland gehen. Aber die dauernde Auswanderung können wir nicht wünschen. Anderseits können wir aber auch nicht wünschen, daß der Auswanderung künstliche Hindernisse geschaffen werden. Wir können das auch nicht tun. Die einzige Aufgabe, von der auch die Genossin Freundlich gesprochen hat, kann die sein, den Auswanderern möglichsten Schutz zu gewähren, soweit ein schwacher Staat, wie wir es sind, vermag.

Es sind nun einige Anträge gestellt worden. Genosse Dr. Deutsch hat einen Antrag gestellt über die Verwendung der Volkswehrleute zu einer Arbeitsarmee und über die Ausgestaltung der neuen Wehrmacht selbst, daß sie auch produktiven Zwecken dienen soll, daß den Söldnern gewerblicher und landwirtschaftlicher Unterricht geboten wird, so daß die bei der Truppe zugebrachten Jahre keine verlorenen sind. Wir wünschen nicht das alte Zertifikatistensystem, daß der Soldat, der zwölf Jahre beim Militär gedient hat, einen Beamten- oder Dienerposten erhält. Er soll zurückgeführt werden zur landwirtschaftlichen und industriellen Arbeit. Ich halte diesen Antrag für sehr wichtig und bitte die Genossen, ihn anzunehmen. Weiter liegt ein Antrag des Genossen Urbach vor, daß der Arbeiterschaft, solange die kriegswirtschaftlichen Organisationen, die Zentralen und Kriegsverbände noch bestehen, durch die Gewerkschaften und Konsumvereine ein Anteil an ihrer Leitung gesichert werden möge. Ich bin damit einverstanden, ich möchte ihn nur etwas anders einreihen. Ich schlage vor, daß er bei III als vierter Punkt eingereiht werde. Weiters liegt noch ein Antrag von einigen Wiener Genossen vor, worin verlangt wird, daß die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung ein Gesetz über die Verbesserung der Mieterschutzverordnung ausarbeite und der Nationalversammlung vorlege und es dort durchsetze. Ich muß sagen, das ist eine nicht ganz leichte taktische Frage, es ist nicht ganz sicher, ob wir nicht dadurch neben Verbesserungen auch Verschlechterungen herbeiführen. Ich glaube dies den Abgeordneten überlassen zu müssen und schlage deshalb vor, daß der Antrag der Fraktion zugewiesen wird. Mit dem Inhalt des Antrages des Abstinentenbundes bin ich einverstanden. Es handelt sich aber um weitgehende Forderungen, die wesentliche Aenderungen nicht nur in wirtschaftlicher Beziehung, sondern auch in den Rechten der Gmeinden bedeuten. Ich bin dafür, daß der Fraktion diese Anregungen gegeben werden, daß wir sie aber nicht binden sollen, zumal da manche Anregung nicht augenblicklich zu erfüllen sein wird. Wenn man Brennspiritus nicht bekommt, falls man nicht auch Trinkbranntwein nimmt, so läßt sich ein solches Verbot nicht durchführen. Ich glaube, den Wünschen des Abstinentenbundes wird vollständig entsprochen, wenn wir die Anträge der

Fraktion zuweisen. Auch mit dem Antrag Lilienfeld bin ich, was seinen Inhalt betrifft, einverstanden. Doch die Aenderung des § 1154 ist nicht eine ganz einfache Sache. Wir müssen der Fraktion überlassen das durchzuarbeiten und sollen ihr den Antrag zuweisen. Der Antrag Alsergrund ist, rein wirtschaftlich betrachtet, nicht so einfach; es ist nämlich heute so, daß die Kronennote in Deutschösterreich weit weniger wert ist als in der Tschechoslowakei, so daß kein Mensch ein Interesse hat, Kronennoten herzubringen. Es bedarf daher der Prüfung, ob es zweckmäßig ist, eine Abstempelung oder einen Umtausch durchzuführen, und deshalb soll auch dieser Antrag der Fraktion zugewiesen werden.

In der Debatte wurde die Frage gestellt, was das Aktionsprogramm sein soll, ob ein Programm für den nächsten Augenblick, ein Programm der Regierung oder der Partei oder gar ein Programm für lange Sicht. Ein Programm der Regierung ist es nicht. Darüber dürfen Sie sich nicht täuschen. Und es wird die größte Kraftanstrengung der ganzen Partei brauchen, um möglichst viel davon durchzusetzen. Es ist natürlich ein Programm für die nächste Zeit, ein Programm, das Auskunft geben soll für die nächste Zeit, nicht für lange Sicht. Auf lange Sicht sind unsere Wünsche viel unbescheidener. Da haben wir ganz andere Dinge zu fordern. Aber wir sind uns dessen bewußt, daß ein Programm für spätere Zeit nicht nur abhängig ist von den Zuständen in Deutschösterreich, sondern abhängig von der europäischen Entwicklung und daß wir heute nicht absehen können, unter welchen Umständen und mit welchen Mitteln wir unsere späteren Kämpfe zu führen haben werden, daß es aber heute darauf ankommt, alle Kraft der Arbeiterschaft auf das jetzt schon Mögliche zu konzentrieren. Das heute Mögliche, heute Erreichbare ist in der Resolution zusammengefaßt. Deshalb genügt es nicht, die Resolution anzunehmen, sondern es ist notwendig für uns alle, hinauszugehen und die ganze Arbeiterschaft vertraut zu machen mit den schwierigen Fragen, die in dieser Resolution enthalten sind, und sie bereit zu machen, den Kampf für diese Forderungen aufzunehmen, wann immer es notwendig ist. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Abstimmung.

Vorsitzender Seitz: Wir schreiten zur Abstimmung. Wer für die Resolution des Parteivorstandes ist, die Genosse Bauer beantragt hat, möge die Karte erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Zur Resolution ist ein Zusatzantrag Urbach gestellt, der nach dem dritten Absatz einzufügen ist. Der Genosse Bauer hat dazu vorgeschlagen, daß es darin heißen soll statt „bis dahin": „bis zum Abbau der kriegswirtschaftlichen Organisationen". Stimmt der Genosse Urbach dieser Abänderung zu? (Urbach: Ja!) Wer für den Zusatzantrag mit dieser Abänderung ist, möge die Karte erheben. (Geschieht.) Angenommen. Der Antrag Dr. Deutsch: Wer für diesen Antrag ist, möge die Karte erheben. (Geschieht.) Angenommen. Zum Antrag über den Mieterschutz beantragt der Referent Zuweisung an die Fraktion. Wer für die Zuweisung ist, möge die Karte erheben. (Geschieht.) Angenommen. Zum ersten Antrag des Abstinentenbundes beantragt der Referent die Zuweisung. Wer dafür ist, möge die Karte erheben. (Geschieht.) Angenommen. Ebenso zum Antrag Lilienfeld. Wer für diesen Antrag ist, möge die Karte erheben. (Geschieht.) Angenommen. Ebenso zum zweiten Antrag des Arbeiter-Abstinentenbundes. Wer für diesen Antrag ist, möge die Karte erheben. (Geschieht.) Angenommen. Dasselbe zum Antrag Wien-Alsergrund. Wer für diesen Antrag ist, möge die Karte heben. (Geschieht.) Angenommen.

Damit ist der Gegenstand erledigt.

Skaret: Es ist üblich, zur Wahl der Parteivertretung eine Wahlkommission einzusetzen. Im Einvernehmen mit den Vertretern der Länder schlage ich Ihnen folgende Genossen vor: Für Wien: Bretschneider und Weber; für Niederösterreich: Christoph; Steiermark: Lindner; Kärnten: Lukas; Oberösterreich: Kollinger; Salzburg: Witternigg; Tirol: Scheibein; Vorarlberg: Linder.

Vorsitzender Seitz: Wer für diese Genossen ist, möge die Karte erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender **Euller**: Es folgt nun der Punkt:

Die Verfassungsfrage.

Berichterstatter Dr. **Renner**: Die Revolution hat nicht nur unsere wirtschaftlichen Verhältnisse von Grund aus erschüttert, sie hat noch mehr unsere überlieferte politische Ordnung umgewälzt, und dieser Umwälzung danken wir es, daß die Verteilung der Gewalten im Staate heute in einem Schwebezustand ist. Daher der Ruf nach einer Verfassung. Nun haben wir heute schon eine lückenlose Verfassung, wenn man darunter die Verteilung der Gewalten zwischen den öffentlichen Organen durch Gesetze versteht, aber wir haben nicht das, was man im besonderen Sinne eine Verfassung nennt, wir haben nicht die eine geschlossene Verfassungsurkunde, in der unser öffentliches Recht niedergelegt wäre. Wir bedürfen einer solchen, damit die politischen Einrichtungen dauernd gestaltet werden. Die Verfassungsreform muß aber zugleich verbunden sein mit einer Neuordnung unserer Verwaltung und damit ist unsere ganze öffentliche Rechtsordnung in Frage gestellt. Damit wird die Konstituierende Nationalversammlung, in ihr unser parlamentarischer Klub, damit werden unsere Regierungsmitglieder vor die schwerste Aufgabe gestellt, die einer politischen Vertretung gestellt werden kann. Nun sind für diese Reformen durch die Koalition weitgehende Vereinbarungen getroffen worden. Die Parteien haben sich wenigstens in den Grundzügen gefunden. Es wird wichtig sein, daß der Parteitag erfährt, worin die Partei gebunden, worin sie frei ist, welche Ziele die parlamentarischen Vertreter der deutschösterreichischen Sozialdemokratie im Rahmen dieser Koalitionsvereinbarungen noch verfolgen können.

Zunächst muß ich über den Weg sprechen, auf dem man zu einer Verfassung kommen soll. Das Normale wäre: die Regierung bringt eine Vorlage ein, der Ausschuß berichtet, das Haus beschließt. Hätten wir ein einfaches Parteisystem, eine Regierungsmehrheit, eine in Opposition befindliche Minderheit, so wäre dies der normale Vorgang. Da wir keine Mehrheit haben, sondern nur Minderheiten, und zwei allerdings gleichgroße Minderheiten, die die Regierung bilden, müssen schon vor der Abfassung der Vorlage Vereinbarungen getroffen werden. So ist bei der Bildung des Kabinetts der Ausweg gewählt worden: die Sozialdemokraten haben für die Verfassungsreform den Staatskanzler bestellt, die Christlichsozialen einen Staatssekretär ohne Portefeuille. Wenn also der Verfassungsreformentwurf vor das Haus und in die Oeffentlichkeit kommt, wird beachtet werden müssen, daß ich persönlich und ebenso die Partei uns nur bedingterweise zur Vaterschaft bekennen. Aber es melden sich auch andere Mitarbeiter. Sie haben gelesen, daß der Tiroler Landtag einen Beschluß gefaßt hat, dem sich auch der oberösterreichische Landtag angeschlossen zu haben scheint: Die Länder vereinbaren untereinander einen Verfassungsentwurf, der dann dem Regierungsentwurf gegenübergestellt wird; der Regierungsentwurf aber soll, wenn er von der Nationalversammlung beschlossen ist, nicht unmittelbar gelten, sondern erst den Landtagen vorgelegt und von ihnen genehmigt werden. Das wäre ein Weg, auf dem wir erst in Jahrzehnten zum Ziele kämen. Vereinbart ist dagegen; der Entwurf wird den beiden Koalitionsparteien vorgelegt, diese beraten darüber, und erst dann wird der Entwurf eingebracht, nachdem man mit den Landesregierungen Fühlung genommen hat; im Verfassungsausschuß werden erst die Länder als Experten berufen wreden. Es ist klar, daß schon dieses Verfahren außerordentlich schwierig und zeitraubend ist. Wenn wir auf diesem Wege zu einem Verfassungsentwurf kommen und ihn, was unbedingt notwendig ist, prüfen sollen, so muß die größere Oeffentlichkeit der Partei wissen, was man unter einem Verfassungsentwurf versteht, was das Wesen einer Verfassung ist. Ein Verfassungsentwurf hat zwei Aufgaben. Die eine ist, eine öffentliche Gewalt aufzurichten, die über dem Bürger steht; die zweite Aufgabe ist, den einzelnen Bürger zu schützen gegen Mißbrauch und Ausdehnung der Herrschaftsgewalt des Staates. Die Gewaltenorganisation ist die eine Hälfte der Verfassungsarbeit, die andere Hälfte ist die Festsetzung der staatsbürgerlichen Grundrechte. Was die Aufrichtung der öffentlichen Gewalt betrifft,

stoßen wir vielleicht bei manchem auf einen bewußten oder unbewußten Einwand. Ist es zweckmäßig und notwendig, eine solche öffentliche Gewalt überhaupt aufzurichten, erfordert nicht die Aufrichtung einer solchen Gewalt, daß sich der Bürger ihr unterordnet, und widerspricht ein solches Herrschaftsverhältnis nicht den Grundsätze des Sozialismus? In diesem Punkte unterscheidet sich wesentlich der Sozialist vom Anarchisten. Dieser leugnet die Notwendigkeit einer öffentlichen Gewalt, die Notwendigkeit der Unterwerfung des einzelnen unter eingesetzte Behörden. Wir haben ja auch eine solche Spielart in unserem Parteiensystem; die Leute nennen sich „herrschaftslose Sozialisten". Der Sozialdemokrat hat immer die Oberhoheit der Gesellschaft über den einzelnen anerkannt, der Sozialist hat immer in der Werkstatt verlangt, daß der einzelne sich füge den Beschlüssen der Gesamtheit, daß sich der einzelne gewerkschaftliche Provinzialverband einordne im Reichsverband. Der Sozialist fordert im Grunde, daß sich jeder Staat einordne in die höchste internationale Gemeinschaft. Ohne öffentliche Gewalt kann eine menschliche Gesellschaft nicht existieren, es fragt sich daher nur, wie sie eingerichtet werden soll. Sie kann bestehen durch Erbrecht, sie kann begründet sein auf die nackte Gewalt; einen solchen Staat nennen wir Gewaltstaat. Die öffentliche Gewalt kann aber auch eingesetzt sein durch die Bürger selbst und sie kann den Bürgern verantwortlich und von ihnen abberufbar sein; diese Form nennen wir Demokratie. Der Sozialist ist Demokrat, indem er auf der einen Seite sagt, es müsse eine öffentliche Gewalt geben, und indem er zweitens verlangt, sie müsse vom Volk eingesetzt und vom Vertrauen der Mehrheit des Volkes getragen sein. Ich will hier die Fragen beiseite lassen, die darin bestehen, daß die Volksgesamtheit keine Einheit ist, sondern in verschiedene Klassen zerfällt und in dem Maße, als die herrschenden Klassen den Staat gegen das Volk mißbrauchen, auch der demokratische Staat sein Recht gegenüber den Sozialdemokraten in Theorie und Praxis einbüßt. Wir stehen bloß vor Fragen unseres rein politischen Programmes und das fordert von uns, daß wir eine öffentliche Gewalt einrichten auf der Grundlage des Volkswillens, und die zwei charakteristischen Sätze der Demokratie sind: Niemand hat einer Behörde zu gehorchen, an deren Bestellung er nicht ordnungsgemäß mitgewirkt hat, und niemand ist einem Gesetz untertan, das er nicht im Wege seiner Vertretung mit beschlossen hat. Wenn wir eine Verfassung aufbauen, müssen wir fragen, ob sie diesen Grundsätzen entspricht.

Die Einsetzung einer öffentlichen Gewalt vollzieht sich leicht in einfachen, kleinen, engen Verhältnissen. Sie ist aber außerordentlich schwierig, wenn Millionen Menschen unter einer öffentlichen Gewalt zusammengefaßt werden sollen. Dann kann der Träger der Gewalt nicht ein Mann sein, nicht eine Körperschaft allein, sie bedürfen einer Fülle von Organen, die zusammen die öffentliche Gewalt ausüben, und auf diese Organe muß die öffentliche Gewalt gesetzlich verteilt sein. Die Arbeitsteilung zwischen den öffentlichen Organen, die man sonst Gewaltenteilung genannt hat, unterscheidet erstens Organe der Gesetzgebung oder die gesetzgebende Gewalt, das sind die großen Beschlußkörperschaften: Nationalversammlung, Landesversammlung, gegebenenfalls Kreis- oder Bezirksversammlung, die nicht selbst verwaltet, sondern nur die allgemeinen Gesetze, die die Bevölkerung binden sollen, festlegen. Diese Beschlußkörperschaften sind also die gesetzgebende Gewalt. Aber mit der Feststellung der Grundsätze ist es nicht getan. Das Volk als ideale Gesamtheit schafft sich in der Volksvertretung das Organ, das seinen Willen ausspricht. Der ausgesprochene Wille der Volksvertretung ist das Gesetz. Das Gesetz ist demnach im Sinne der Demokratie nichts anderes als der erklärte Wille des Volkes. Allerdings ist der Begriff dieses Gesetzes sehr verschieden von dem, was überlieferterweise Gesetz ist, und es wäre falsch, alles, was wir an Gesetzen aus der Vergangenheit übernommen haben, etwa als erklärten Volkswillen aufzufassen. Aber in der Demokratie soll es so sein, und so muß denn auch die Nationalversammlung als die unmittelbar von der Volksgesamtheit eingesetzte Körperschaft die höchste Gewalt, die gesetzgebende Gewalt besitzen. Es fragt sich nun, was geschieht mit dem Gesetzesbeschluß, der von der Nationalversammlung gefaßt ist? Der Gesetzesbeschluß — das wissen wir sehr wohl — nützt allein noch wenig; er muß erst durchgeführt werden und die Durchführung der Gesetze, die Exekutive,

obliegt zweierlei Organen, einmal den verwaltenden Organen, dann den Gerichten. Und die schönsten Gesetze bleiben auf dem Papier und nützen nichts, wenn sie nicht durchgeführt werden durch eine leistungsfähige Verwaltung und durch unabhängige Gerichte. Wir haben uns also in der Verfassung zu fragen: wie ordnen wir die Gesetzgebung, wie ordnen wir die Verwaltung, wie ordnen wir die Rechtspflege! Wie schaffen wir neben einer Volksvertretung, die auf dem allgemeinen Stimmrecht beruht und die die Gesetze gibt, eine wirksame Verwaltung, die diese Gesetze durchführt, wie zwingen wir die Bürger dazu, die Gesetze, die der erklärte Volkswille beschließt, zu achten? Denn das ist klar, daß wir alle miteinander einer großen Selbsttäuschung unterliegen würden, wenn wir zwar in die Nationalversammlung wählten, die Nationalversammlung Gesetze beschließen ließen, diese Gesetze aber nicht durchgeführt und von den Bürgern nicht eingehalten würden. Darin sind einige unserer Parteigenossen ein wenig sentimental und sehr leicht geneigt, schief zu sehen. Es ist klar, daß wir uns nur selbst betrügen würden, wenn wir eine Volksvertretung wählen und Gesetze beschließen, wenn wir aber nicht verlangen, daß jeder Bürger nach den Gesetzen leben und, wenn er nicht danach lebt, so durch die Staatsgewalt zur Verantwortung gezogen werde. Hier muß ausgesprochen werden, daß die Demokratie sich in ihrer Wirkung aufhebt, wenn sie nicht den Mut hat, diese Gesetze durchzuführen. Diese Durchführung besorgen die Gerichte und anderseits die Verwaltung. Während von jeher unter uns eine Meinung war, wie man die Gesetzgebung einrichtet, daß es keine Gesetzgebung geben dürfe, die nicht auf dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht beruht, sind wir bisher noch nicht einig darüber, wie wir die Verwaltung richtig organisieren. Viele meinen, dieselben Körperschaften, die Gesetze geben, dieselben Körperschaften können auch unmittelbar verwalten. Viele meinen, daß diejenigen Personen, die sich in der Gesetzgebung bewähren, auch in der Verwaltung ausgezeichnet sein müssen. Das Verwalten ist eine besondere Kunst, eine besondere Gabe, die nicht jedermann von selbst zufällt, und die Tugenden, die den Parlamentarier, den Politiker, den Journalisten auszeichnen, geben nicht die Gewähr, daß derselbe ein ausgezeichneter Verwalter ist. Wir sind uns noch nicht klar, daß derjenige, der verwaltet, zumeist hiezu berufsmäßig vorgebildet sein muß. Ueber alle diese Dinge haben wir uns noch keine Rechenschaft gegeben. Je mehr wir uns mit den öffentlichen Angelegenheiten unmittelbar befassen, um so mehr müssen wir diesen Fragen unsere Aufmerksamkeit zuwenden.

Die Einrichtung unserer Verwaltung wird eines der schwierigsten Probleme sein. Von der Rechtspflege will ich heute nicht sprechen, denn sie wird auch diesmal bei der Verfassungsreform keine wesentliche Aenderung erfahren — das sagt allerdings nicht, daß sie nicht auch reformbedürftig sei. Viel mehr als die organisatorische Frage der Arbeitsteilung innerhalb der Verwaltung ist in unserer öffentlichen Meinung der territoriale Aufbau der Verwaltung über dem Gebiet umstritten. Die Länder wollen ein gewisses Maß von Geltung innerhalb der staatlichen Ordnung in Anspruch nehmen. Die öffentliche Gewalt soll verteilt sein zwischen zwei gleichberechtigten Faktoren, zwischen Staat und Ländern. Dieses Bestreben der Länder ist alt, aber es ist ein Irrtum, zu meinen, daß die Länder das geschichtliche Recht auf diese besondere staatliche Geltung haben. Unter den Habsburgern waren sie nie mehr als halbautonome Provinzen. In der letzten Zeit der Habsburger, zwischen 1740 und 1848, waren die Länder reine Provinzen, bis zum Jahre 1914 waren sie nichts als von k. k. Statthaltern regierte Provinzen. Wenn der Vorwurf auftaucht, daß den Bedürfnissen der Länder nicht genug getan werde, dann muß erwidert werden, daß sie das, was sie an wirklicher Macht und Selbständigkeit besitzen, erst durch die Revolution errungen haben. Erst die Revolution hat sie von den Statthaltern befreit. Es ist nun klar, daß eine Auseinandersetzung zwischen Staat und Ländern über die Aufteilung der öffentlichen Gewalten stattfinden muß. Das muß gesagt werden: es irren die bürgerlichen Parteien, es irren insbesondere die Vertreter der Bauernschaft, wenn sie meinen, daß die Sozialdemokraten irgendwann und in irgendwelcher Weise Anhänger des früheren Regierungssystems des Zentralismus' gewesen seien. Das ist falsch. Der Zentralismus, wie er früher war, ist aufgebaut auf der Herrschaft der Bürokratie. Die Sozialdemokraten waren von jeher Anhänger des Selbstregierungsrechtes des Volkes. Sie haben es immer verlangt und wenn sie eine ernste

nachhaltige Kritik an den früheren Landtagen geübt haben, war es die, daß die Landtage ganz kontrollose Privilegienkörperschaften waren, volksfremd und reaktionärer zusammengesetzt als das Parlament. Sie waren aber niemals Feinde der Selbstregierung in den Ländern, es hat für uns keinen Sinn, uns in irgendeiner Weise zu ereifern für ein Verwaltungssystem, das aller bürokratischen Willkür Vorschub geleistet hat. Wogegen wir uns aber mit Recht verwahren müssen und wogegen die ganze Bevölkerung Einspruch erheben sollte, ist eine unvernünftige Verteilung der Kompetenzen zwischen Staat und Land und der Versuch, das, was von der obersten Gemeinschaft geleistet werden muß, zu verteilen auf die lokalen Unterorgane und andere Dinge, die lokal geführt werden müssen, zentral zu behandeln. Es handelt sich der Sozialdemokratie um eine vernünftige Auseinandersetzung zwischen Staat und Land und nicht um Ablehnung des Standpunktes, daß die Länder ihre Selbstregierung in vernünftigem Maße besitzen.

Was ist in dieser Beziehung von der Koalition vereinbart worden? Die Verfassung Deutschösterreichs wird als die eines Bundesstaates konstruiert. Die Länder werden die Glieder des Bundes sein, alle Behörden, die dem Staatsganzen dienen, werden Bundesbehörden benannt sein, etwa Bundeskanzler, Bundessekretär, Bundesrichter. Die öffentliche Gewalt in den Ländern werden Landesorgane heißen. Deutschwestungarn wird dem Bunde als besonderes Land angehören. Die Kompetenzen des Bundes werden in der Verfassung taxativ aufgezählt werden, in der Verfassungsurkunde werden also die Aufgaben, die dem Bunde zustehen, namentlich aufgeführt und alles, was nicht ausdrücklich dem Bunde vorbehalten ist, wird den Landesregierungen überlassen. Dem Bunde sind vorbehalten die auswärtige Politik, die Justizgesetzgebung und das Heerwesen. Daß man die auswärtige Politik dem Bunde vorbehalten muß, versteht sich von selbst und der Zustand, der in diesem letzten Jahre geherrscht hat, daß fast jedes Land im Ausland eigene Vertreter hielt, auf eigene Faust im Ausland Politik machte, ins Ausland eigene Wirtschaftsmissionen schickte, ist unhaltbar. Es ist vorgekommen, daß sich im Ausland ein solcher Vertreter einer Wirtschaftskommission als Minister des betreffenden Landes vorstellte (Heiterkeit) und dort Geschäfte zu machen suchte, aber weil doch der Landessäckel für die gestellte Aufgabe zu kurz gewesen zu sein scheint, war er gezwungen, sich 1000 Franken von dem Gegenpart, von einem Kaufmann auszuborgen (Heiterkeit), um wieder heimreisen zu können. Die ärgsten Lächerlichkeiten haben sich da zugetragen und es ist selbstverständlich, daß die Bundesverfassung alle diese Dinge ausschließen muß und nicht nur das: daß sie auch eine gewisse Verantwortung für denjenigen festsetzt, der irgendeine auswärtige Politik treibt, ohne vom Bund legitimiert zu sein. Selbstverständlich muß das Heerwesen Bundessache sein, was natürlich nicht ausschließt, daß die Tiroler sich Edelweiß auf die Kappen stecken, die Steirer vielleicht ein Almblümerl oder was sie wollen. Das macht es ja nicht aus. Entschieden müssen aber die organisatorischen Einrichtungen des Heerwesens Bundessache sein und bleiben, aber — und darauf liegt das besondere Gewicht — außerdem sollen nach dem Entwurf die wirtschaftliche Gesetzgebung und Verwaltung, soweit dies die Einheit des Wirtschaftsgebietes erfordert, die Arbeiterschutzgesetzgebung, die Arbeiterversicherung Bundessache sein. Und das ist für uns das Wesentliche an der Verfassung. Es ist das Wesentlichste für uns, daß dieses Land als Wirtschaftsgebiet einheitlich gestaltet werde, es muß in Wahrheit ein gemeinsames Wirtschaftsgebiet sein. Sie haben es ja bei den früheren Abschnitten der Verhandlungen gehört, wie sehr wir darunter leiden, daß das frühere größere Wirtschaftsgebiet entzweigeschlagen worden ist. Sie wissen, daß wir dadurch in die bedrängteste Lage, in die vollständige Unmöglichkeit zu leben gekommen sind, wenn uns nicht der Verkehr nach außen für diese abgefallenen Teile des Wirtschaftsgebietes entschädigt. Wohin aber müßte man kommen, wenn man in dem Zeitalter der Weltwirtschaft Wirtschaftsgebiete hätte im Umfang von Steiermark, Salzburg, Vorarlberg und dergleichen? Wir haben an dem Wirtschaftsgebiet, das wir jetzt haben, eine viel zu schmale Grundlage unseres Lebens, wie aber erst, wenn dieses Wirtschaftsgebiet noch in Stücke zerschlagen wird? Ein solches zerstückeltes Wirtschaftsgebiet bedeutet aber zugleich die Aufhebung der Freizügigkeit. Es läßt sich nicht anders zerstückeln, als indem man die Freizügigkeit der Menschen aufhebt, die Freizügigkeit der Arbeiterschaft und den freien Verkehr der Waren, und die Debatte beim ersten Punkt der

Tagesordnung hat Ihnen schon Gelegenheit gegeben, sich darüber zu äußern. Die Verfassung muß uns eines sicherstellen: die Einheit des Wirtschaftsgebietes und die Einheit der sozialen Gesetzgebung. Diese zwei Dinge sind unerläßliche Voraussetzungen für die Sozialdemokratie, daß sie eine solche Verfassung annehme. Es wird allen Eifer, alle Beredsamkeit, die ganze Energie, die ganze Tatkraft unserer Vertreter erfordern, um die zahlreichen Mißbräuche, die der Einheit des Wirtschaftsgebietes entgegenstehen, zu beseitigen. Der freie Güterverkehr soll innerhalb des Bundesgebietes gesichert werden. Dem Bunde bleibt die Finanzhoheit, er hat sie so auszuüben, daß er einen Teil der Steuerquellen dem Bunde vorbehält und die anderen den Ländern überläßt. Andere Angelegenheiten, wie Schulwesen und Agrargesetzgebung werden vom Bunde durch Rahmengesetze geregelt werden. In diesen beiden Punkten ist eine beträchtliche Konzession zu sehen, die die Sozialdemokratie macht, um die Einheit des Wirtschaftsgebietes sicherzustellen. Die Hinausgabe der Schulverwaltung an die Länder, allerdings innerhalb eines staatlichen Rahmengesetzes, bedeutet immerhin eine gewisse Gefahr. Und von der Agrargesetzgebung hätten wir erwarten müssen, daß sie in der stärkeren Hand des Staates geblieben wäre, weil bisher die Länder darin versagt haben. Wir haben in den Ländern selbst überall unsere Vertreter und ich glaube, wenn diese Materie auch nicht mehr Staats-, sondern Landessache ist, werden unsere Genossen in den Ländern Gelegenheit haben, in den Ländern eine wirksame Agrargesetzgebung zu betreiben. Alle dem Bunde nicht ausdrücklich vorbehaltenen Angelegenheiten fallen in die Kompetenz der Länder. Das Verhältnis von Kirche und Staat, einschließlich der Ehegesetzgebung, ist grundsätzlich zu regeln. Es wird also in Bezug auf das Verhältnis von Kirche und Staat eine grundsätzliche Aenderung vorgesehen. In der Schweiz haben die einzelnen Kantone ganz verschiedene Ehegesetze, ohne daß dadurch die Schweizer Volkseinheit beeinträchtigt wird. Das ist die Abgrenzung der Kompetenz zwischen Staat und Ländern in der Bundesverfassung.

Wir kommen zur Organisation der Bundesgewalt, zur Aufrichtung der nebeneinander arbeitsteilig schaffenden Organe des Bundes. Die Gesetzgebung des Bundes wird durch die Nationalversammlung und einen Bundesrat ausgeführt. Wie Sie sehen, erscheint also hier ein Bundesrat, das scheint eine zweite Kammer zu sein. Hier haben Sie den Grund, der unseren Klub befähigte, seine Zustimmung zu einer Regelung zu geben, die nicht ganz den Auffassungen entspricht, die die Sozialdemokratie von der Gesetzgebung hegt: Dieser Grund besteht darin, daß die vom Volk eingesetzte Nationalversammlung allein die gesetzgebende Gewalt ausübt, denn sie allein repräsentiert den Volkswillen. Jede zweite Kammer ist imstande, den Volkswillen zu schwächen und abzulenken. Wenn sich der Klub doch entschlossen hat, von dieser Grundlinie abzuweichen, so war ihm dieser schwer gewordene Entschluß möglich durch die Tatsache, daß das Deutsche Reich neben dem Reichstag einen Reichsrat eingesetzt hat, eine Art von zweiter Kammer, und daß wir, die wir ja nur ein Zehntel der deutschen Nation ausmachen, sehr wohl uns der Verfassung und den Ideen anschließen können, die in der großen Gemeinschaft der Nation zum Durchbruch gelangt sind. Die deutsche Art, eine zweite Kammer zu bilden, führen wir also auch ein. Was ist der Reichsrat und was soll der Bundesrat sein? Der Bundesrat ist eigentlich ein Organ der Regierungen, der Staats- und der Landesregierungen, nicht aber ein Organ der Volksvertretungen. Um den Grundgedanken dieser Einrichtung klarzumachen, nehmen wir folgendes an: Sie seien die Volksvertretung und ich — gewohntermaßen — die Regierung. (Heiterkeit.) Sie fassen einen Beschluß, dieser ist Gesetz und das Gesetz ist der Auftrag an die Regierung, es durchzuführen. Nun hat es einen guten Sinn, denjenigen, den man einen Auftrag gibt, zu hören, ob er ihn auch durchführen kann. Wenn Sie mir einen Auftrag geben, muß ich ja mehr oder weniger das Recht haben zu sagen: Alle Achtung, aber das ist undurchführbar. Der Bundesrat ist nun befugt, ein solches Veto abzugeben. Der Bundesrat ist zusammengesetzt aus den Landesregierungen, und diese Regierungen sind in der Tat berufen, die Gesetze draußen in den Ländern durchzuführen. Was nützt mir das schönste Gesetz, wenn ich weiß, daß der Wiener Stadtrat oder die Landesregierung in Vorarlberg es nicht durchführen und behaupten, daß sie es nicht können. Es ist ein Bundesrat, der darauf gestellt ist, die Beschlüsse der Nationalversammlung in Bezug auf ihre Durchführbarkeit zu prüfen, ein Gebilde,

das man eben noch mit seinem demokratischen Gewissen vereinbaren kann, wenn es auch nicht unserem Ideal entspricht. Dieser Bundesrat hat aber nicht etwa ein absolutes Veto, sondern wenn der Bundesrat das, was die Nationalversammlung beschlossen hat, für undurchführbar hält, so ist der Volksentscheid einzuholen. Dann ist die direkte Volksabstimmung vorgesehen. Das Volk selbst wird berufen sein, abzustimmen und es wird klarstellen, ob es der Abstimmung beitritt oder nicht. Unter diesen Bedingungen, die auch in der deutschen Reichsverfassung vorgesehen sind, haben nach langen und schwierigen Verhandlungen die Vertreter des Klubs eingewilligt, daß ein Bundesrat neben der Nationalversammlung eingesetzt wird. Ein besonderes Unglück wird der Bundesrat nicht sein, ein Erschwernis auf jeden Fall. Aber es gibt hier ein Mittel der Abhilfe. Ich fürchte nicht, daß dem sozialdemokratischen Teil der Koalition der Wiener Stadtrat oder die Landesregierung von Niederösterreich gefährlich werden könnte. Gefährlich könnten die Vertreter der Landesregierungen von Oberösterreich, Steiermark, Salzburg, Tirol, Vorarlberg sein. Es wird also die Aufgabe der Genossen draußen sein, ihre Landesregierungen entsprechend in der Hand zu halten. Wenn sie die Landesregierung im Lande bilden, werden sie dem Bundesrat nicht gefährlich sein. Die Genossen draußen müssen eben stark sein, müssen von den Ländern aus verhüten, daß der Bundesrat eine zu große Erschwerung für die Nationalversammlung wird. Sofern dem Bundesrat eine gewisse Nachprüfung der Beschlüsse der Nationalversammlung zusteht, ist er bei der Eilfertigkeit der Gesetzgebung nicht unerwünscht. Vorausgesetzt ist nur, daß in den Ländern der enge Geist der Absonderung überwunden wird. Wenn also der Bundesrat einem von der Nationalversammlung beschlossenen Gesetz nicht zustimmt, soll der Volksentscheid eingeholt werden. Bezüglich der Präsidentschaft soll der Entwurf bei der gegenwärtigen Ordnung bleiben.

Was nun das Ganze dieser Verfassung betrifft, so sehe ich manchen Mangel, der aus der Tatsache der Koalitionsvereinbarung entstanden ist. Wenn ich aber diese Verfassung vergleiche mit der Verfassung der französischen Republik oder mit der der Schweiz, so ist sie bei weitem demokratischer als die Verfassung der französischen Republik. Die französische Republik ist heute, trotzdem das Land ein Parlament des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes hat, bei dem erst jetzt eine verfälschte Form des Proporzes eingeführt worden ist, unfreier, als wir hier sind nach dieser Verfassung, weil das Land eine durchaus bürokratische Verwaltung hat, der gegenüber der Bürger vollständig ohnmächtig ist. (Ruf: Die werden wir auch unter diesen Voraussetzungen bekommen!) Was, eine bürokratische Verwaltung? (Ruf: Bis wir die bürokratische Verwaltung bekommen, brauchen wir eine zweite Revolution!) Aber die Verfassung sieht sie ja nicht vor. (Zwischenrufe.) Zum Kapitel Verwaltung komme ich ja erst. Wenn ich also diese Verfassung vergleiche mit der Verfassung von Frankreich, so habe ich hier tatsächlich durch die Autonomie gar nicht die Möglichkeit der Entwicklung einer zentralen Bürokratie. Wir werden also in den Grundeinrichtungen unseres Staates weitaus freier sein als die französische Republik. Wir sind auch weitaus freier als etwa der amerikanische Freistaat, bei dem die ganze Exekutive von der Legislative vollständig getrennt ist, ein Zustand, der eine nahezu monarchische Gewalt in die Hand des Präsidenten legt. Wir werden aber auch freier sein als die Schweiz, weil ja auch die Schweiz durch den Ständerat das Zweikammersystem besitzt, wobei die kleinen und rückständigen Kantone genau soviel Stimmen haben wie die großen, so daß man sagen kann, daß der Ständerat in der Schweiz tatsächlich ein reaktionäres Instrument ist, was bei uns nicht der Fall ist, weil hier die einzelnen Länder — so erwarte ich es — nach ihrer Stärke, nach ihrer Volkszahl vertreten werden. Daß ein rein sozialdemokratischer Verfassungsentwurf heute nicht zu machen ist, liegt auf der Hand. Daß man imstande war, bei den Koalitionsverhandlungen die Demokratie soweit zu sichern, daß sie nicht zurückbleibt hinter der Demokratie in der Schweiz oder in Frankreich, ist gewiß zu begrüßen. Aber wir werden auch auf diesem Gebiete denen, die hinter uns kommen, in sechs oder zehn Jahren, auch etwas übrig lassen wie in vielen anderen Dingen. Nur nicht glauben, daß sich der gesellschaftliche Fortschritt jemals so vollzieht, daß es heißt: Alles oder nichts! Er vollzieht sich auch hier schrittweise, und wenn ich gegen diesen Entwurf das halte, was wir noch vor anderthalb Jahren in unserem Lande besessen haben, so sage ich: das ist ein

so gewaltiger Schritt nach vorwärts, wie wir ihn uns vor zwei Jahren nicht hätten träumen lassen. Dieser Teil der Verfassungsreform, also den ich hier mit aller Offenheit dargelegt und geschildert habe, betrifft die Gewaltenordnung und er hat eigentlich nur eine Opposition im Prinzip, das ist die Opposition des Anarchisten.

Ich komme nun zum zweiten Teil, der sich dem Staatsbürger zuwendet. Dieser zweite Teil betrifft die Grenzen der Staatsgewalt, die staatsbürgerlichen Grundrechte. Wieweit kann der Staat gegen den einzelnen Bürger, gegen sein Haus, seine Familie, sein Gewissen, seine persönliche Freiheit vorgehen? Hier komme ich auf etwas zurück, was Genosse Austerlitz heute vormittags berührt und worauf auch Dr. Bauer angespielt hat, und das betrifft die Demokratie im Verhältnis zur Diktatur. Ich glaube, Dr. Bauer hat recht, wenn er sagt, daß man das Verhältnis der Diktatur zur Demokratie nicht vom Gesichtspunkt der Moral bestimmen darf. Aber der Unterschied liegt meiner Meinung nach nicht auf dem Gebiete der Moral, sondern auf dem Gebiete des politischen Rechtes. Es ist eine Grundtatsache des westeuropäischen Lebens, ein Ergebnis zahlreicher Revolutionen, die auf dem Boden Westeuropas stattgefunden haben, daß wir gegenüber der öffentlichen Gewalt, gegenüber der Gewalt des Staates, immer einen Vorbehalt haben: Nicht alles und jedes kann und darf der Staat tun! Wenn auch der Staat kein Klassenstaat ist, selbst wenn er ein sozialistischer Staat wäre, muß ich doch das Recht haben, in gewissen Sphären nichts als Privatmann zu sein. Selbst gegenüber dem Sozialismus muß der einzelne sagen können, das Recht zu denken, das Recht zu schreiben und drucken zu lassen muß ich auch in der sozialistischen Gesellschaft haben. Der Gedanke, daß es gegenüber der Allgewalt des Staates eine individuelle Rechtssphäre geben müsse, in der jeder einzelne freier Mensch bleiben darf, dieser Gedanke ist in der Französischen Revolution zum Sieg gekommen, dieser Gedanke erfüllt uns alle so, daß, wenn noch so sehr das öffentliche Interesse voranginge, sich jeder verwahren würde, sich das Maul verbinden zu lassen, daß keiner auf das Vereinsrecht, auf das Versammlungsrecht verzichten wollte. Mit einem Wort: Es ist ein Stück europäischer Erziehung, daß die staatsbürgerlichen Grundrechte der Staatsgewalt entgegenstehen, selbst wenn der Staat gezwungen ist, die äußersten Opfer zu fordern. Die Aufhebung der staatsbürgerlichen Grundrechte sind die Ausnahmezustände, die wir durchgemacht haben, die Aufhebung aller Menschenrechte sind die Kriegsgesetze. Schließlich gehört zu den Grundrechten als das Hauptrecht das Recht zu wählen. Alle diese Rechte verstehen sich von selbst, wir haben für sie gekämpft durch viele Jahrzehnte. Aber das, was man die Diktatur des Proletariats in Ungarn und Rußland genannt hat, hat sich um diese Grundrechte nicht gekümmert. Das scheint mir als das am meisten Anfechtbare, weil unser Rechtsbewußtsein dagegen aufstürmt. Wir vertragen das nicht mehr. Es ist charakteristisch, daß die Diktatur am leichtesten dort entstanden ist, wo immer eine Minderheit schrankenlos und brutal geherrscht hat, ohne die Rechte der Bürger zu achten. Das Proletariat hat, an diese Rechte nicht im geringsten gewöhnt, auf sie selbst verzichtet, um an den anderen, die ihm jahrzehntelang Unrecht getan haben, Vergeltung zu üben. So stellt sich die Sache juristisch gesehen dar, politisch und sozial gesehen können andere Umstände mitwirken. Das Proletariat ist dort am ehesten geneigt, eine Diktatur der Minderheit zu üben, wo es selbst die Diktatur einer Minderheit erfahren hat. Aber in den Weststaaten ist die Anerkennung der staatsbürgerlichen Grundrechte eine Voraussetzung des politischen Denkens geworden, die jeden Versuch einer Diktatur sofort in Widerspruch bringen würde mit den Massen der Arbeiterschaft selbst. Eine solche Diktatur wäre heute vor allem die Diktatur über die Arbeiter selbst. Damit will ich geschichtlich nun nicht über Rußland abgeurteilt haben, aber ich glaube, eine so geartete Diktatur würde bei uns an der Arbeiterschaft selbst scheitern, weil in ihr das Rechtsbewußtsein zu tief verankert ist. Die Verfassung enthält somit im zweiten Teil die Grundrechte der einzelnen und der Körperschaften. Der Ausgangspunkt war die Art und Weise, wie die deutsche Verfassung die Grundrechte festgesetzt hat. Wir wollen das deutsche Recht auch in unser Gesetzgebungswerk aufnehmen und das muß die Sache wesentlich erleichtern, weil wir als ein Zehntel der Nation wenig Erfolg haben, wenn wir in diesen fundamentalen Rechts-

einrichtungen von den übrigen neun Zehnteln abweichen. Die Tafel der Grundrechte soll dieselbe sein.

Bei dieser Gelegenheit will ich über die Erklärung sprechen, die ich als Staatskanzler im Auftrag der beiden koalierten Parteien über die Vereins- und Koalitionsfreiheit abgegeben habe. Ich wiederhole und unterstreiche diese Ausführungen auch hier aus eigenem Antrieb. Die Erklärung ist eine Verwahrung gegen den sogenannten Terrorismus. Die Arbeiterschaft hat durch Jahrzehnte den unglaublichsten Terrorismus erfahren, sie ist in staatlichen und städtischen Betrieben auf das unglaublichste gehemmt und vergewaltigt worden. In den öffentlichen Aemtern wurden Sozialdemokraten überhaupt nicht angestellt und Lueger hat dies zum Grundsatz erhoben. Gegen diesen Terrorismus haben wir den heftigsten Kampf geführt. Wenn sich nun das Verhältnis in einzelnen Gemeinden umgekehrt hat, wenn die sozialdemokratischen Arbeiter, wenn die sozialdemokratische Partei diejenigen sind, die die Behörde zusammensetzen und die Bediensteten anstellen, so liegt es menschlich nahe, daß man nun in Vergeltung des Unrechts, das man erfahren hat, wieder Unrecht tut. Aber Unrecht bleibt Unrecht, ob es an uns geübt wird oder ob wir es selbst üben. Darum müssen wir die Klasse dazu erziehen, daß jede Gewalttat oder jede Existenzbedrohung im politischen oder gewerkschaftlichen Kampf ausgeschlossen bleibe und daß wir uns nur auf die gesetzlichen Mittel der Propaganda beschränken. Wenn wir uns darauf beschränken, so werden wir aus einer Mehrheit eine noch stärkere Mehrheit werden. Wenn wir aber die Mittel unserer Gegner anwenden, dann können wir leicht aus einer Mehrheit wieder eine Minderheit werden. Wir dürfen nicht nur in der Verfassungsgesetzgebung das Recht des einzelnen Staatsbürgers stellen gegen die Allgewalt des Staates, sondern auch in unseren Herzen und in unserem politischen Denken muß zum Ausdruck kommen, daß jeder, der ein menschliches Antlitz trägt,, in seinen Rechten nicht beschränkt werden darf.

Ich komme nun zur Verwaltung und zu ihren Mängeln. Die Verfassungsurkunde kann gar nicht mehr sagen, als daß die Verwaltung den verantwortlichen Ministern zukommt und wie diese verantwortlichen Minister eingesetzt werden. Als Grundsatz muß gelten, daß es keine einzige behördliche Tätigkeit geben darf, die nicht geleitet und überwacht wird von einem von der Nationalversammlung dazu gewählten Volksbeauftragten. Ob nun der Volksbeauftragte der Nationalversammlung Staatssekretär oder Bundessekretär heißt und der Volksbeauftragte im Landtag Landesrat oder Landesregierung — in jedem Fall hat die Verwaltung zu führen und zu leiten der Volksbeauftragte, der von der Volksvertretung gewählt ist. Und damit komme ich zu dem charakteristischen Merkmal der Bürokratie und des Bürokratismus. Worin besteht der Bürokratismus und die Bürokratie? In diesem Punkte wird viel gefehlt. Die Verwaltung, wie sie im Kaiserstaat geherrscht hat, ist dadurch charakterisiert, daß im Grunde nur ein einziger Mann berufen war, zu verwalten, und das war der vom Kaiser eingesetzte Minister. Alle Organe bis herunter zum Bürgermeister waren reine willenlose Werkzeuge, seine bloßen Gehilfen, und niemand konnte diese Gehilfen beeinflussen, als in letzter Linie der selbst wieder von oben eingesetzte Minister, der seine Dienstvorschriften und Dienstbefehle hinausgab. Eine Instradierung der ganzen Verwaltung von oben herab, bei der alle einzelnen Glieder der Verwaltung nichts zu sagen haben und bloße Werkzeuge des Vorgesetzten sind; diese bürokratische Organisation der Verwaltung hat sich dabei verschiedener Werkzeuge bedient, die sie zum Teil und für ihre Zwecke ausgezeichnet ausgebildet hat. Sie hat diese Leute, die sie als Werkzeuge benützt hat, Fachstudien machen lassen, hat sie Jus, in einzelnen Fällen Medizin, Technik studieren lassen, praktizieren lassen, hat sie ein Probejahr und Prüfungen machen lassen, hat sie an verschiedenen Stellen verwendet und unter diesen so verwendeten Werkzeugen des kaiserlichen Willens sind tatsächlich und wahrhaftig sehr tüchtige Fachleute, berufsmäßig für die Verwaltung vorgebildete Menschen, und wenn man nun meint, die Bekämpfung der Bürokratie bestehe darin, daß man alle, die berufsmäßig vorgebildet sind, und die Führung eines bestimmten Verwaltungszweiges gelernt haben, ablehnt, und an deren Stelle lauter Menschen nimmt, die

das, was sie tun sollen, nicht gelernt haben, so irrt man. Darin besteht die Bekämpfung des Bürokratismus durchaus nicht.

Wie richten sich denn andere Staaten die Verwaltung ein? Ich habe das Beispiel vorgeführt der Verwaltung des kaiserlichen Ministers durch lauter Werkzeuge. Das reine Gegenteil davon ist die Verwaltung in England. In England wird in der allerkleinsten Körperschaft im Kirchspiel, eine Kirchspielversammlung einberufen und die setzt einen Verwalter ein; nicht der Minister von oben, sondern das Kirchspiel setzt sich seinen Verwalter ein, ebenso die Gemeinde ihren Verwalter, dann der Distrikt seine Verwalter, Sanitätsarzt u. s. w., dann die Grafschaft, dann das Parlament. Es ist aber in England ganz unmöglich, daß in die Grafschaft plötzlich ein von London entsendeter Beamter kommt und in der Grafschaft verwaltet; oder daß ein Grafschaftsbeamter irgendeinen Dienstbefehl von der Regierung entgegenzunehmen hat. Wenn Sie sich aber die Leute anschauen, die von den größeren Gemeinden, von den Grafschaften und von den Städten als Verwalter angestellt werden, so finden Sie, daß das durchaus beruflich vorgebildete und erfahrene Leute sind, lauter Juristen, Aerzte oder Techniker u. s. w. Und das sind auch Bürokraten in gewissem Sinne, wenn man das Wort schlecht versteht; das sind durchaus beamtete Menschen mit einem festen Gehalt und fester Lebensstellung. Aber das Entscheidende liegt darin, daß diese Leute verwalten auf Grund des Auftrages der Volkskörperschaft, für die sie verwalten, während bei der bürokratischen Verwaltung der einzelne von oben eingesetzt ist und verwaltet auf Grund eines Befehls, der von einer oben eingesetzten Gewalt herabreicht bis in die lokalen Körperschaften. Wir müssen in den Gemeinden, in den großen Gemeinden, wir müssen in den Ländern, wir sollen im Staate grundsätzlich die beruflich vorgeschulten Verwalter nicht ausschließen. Aber die so verwendeten Verwalter sollen nicht das Gefühl haben, daß sie berufen sind, über das rechtlose Volk zu herrschen; es sollen die beigezogenen, wenn auch berufsmäßig vorgebildeten Organe wissen, daß sie dem Volke redlich und rechtschaffen zu dienen haben.

Ich möchte aber auch einen zweiten Irrtum ausschließen, den Irrtum: verwalten sei ein und dasselbe, wie Gesetz geben. Bei der Gesetzgebung kommt es auf allgemeines, politisches Verständnis an. Viele, die gute Redner und ausgezeichnete Journalisten sind, viele werden für die Verwaltung selbst nicht taugen. Es ist nicht ausgeschlossen, und wir haben gerade in der Arbeiterbewegung vereinzelte Fälle, daß Leute ohne berufsmäßige Vorbildung, nur durch Begabung, das alles einbringen, was sie von der Schule nicht mitgebracht haben, und gute Verwalter werden. Daß man durch Wahl einfach die Verwaltung besetze, halte ich für gefährlich. Darüber aber besteht innerhalb der Partei noch keine Klarheit.

Die Verwaltung des Staates und der Länder haben wir unter Volksbeauftragte gestellt, bei den Bezirkshauptmannschaften ist das noch nicht der Fall. Auch hier muß das bürokratische System aufgehoben werden, auch hier muß das Verwalten nach den Bedürfnissen und den Wünschen des Volkes vor sich gehen; es muß nach sozialen und wirtschaftlichen Erfahrungen des Volkes verwaltet werden. Wenn ich angeführt habe, daß die Wahl in einen Vertretungskörper ganz verschieden ist von der Bestellung eines Verwalters, daß es in dem Vertretungskörper auf allgemeine soziale Erkenntnis und auf politisches Gesamtverständnis ankommt, so wiederhole ich nochmals, daß es bei der Verwaltung auf die Sicherheit des Handelns und die praktische Erfahrung ankommt. Die Männer der Erfahrung sind heranzuziehen. Ich wäre mißverstanden, wenn ich nur die Juristen darunter verstünde, die das Kaisertum ausgebildet hat. Diese Beamten sind größtenteils lebensfremde Juristen, volkswirtschaftlich ungenügend gebildet, sozial abgeblendet; sie können heute schwerlich einholen, was ein verfehlter Bildungsgang verschuldet hat. Dann kommt ein Zweites dazu: Eine Bezirkshauptmannschaft hat es nicht wie ein Ministerium mit nur einer Sache zu tun, sondern sie hat es mit den gesamten wirtschaftlichen und geistigen Problemen, von der Schule bis zur Alpenweide, zu tun. Da zeigt es sich, daß die Intelligenz außerhalb des Amtes weit über das hinausgeht, was der universelle Beamte durch alles Studieren erreicht hat. Er kann ein ausgezeichneter Jurist sein, doch im Bezirk tauchen Fragen auf, die technische Kenntnisse brauchen, andere, die medizinische und hygienische Kenntnisse

erfordern. Wenn ich aber im Bezirk fragen werde, wer der beste Jurist sei, wird man mir sagen, dieser Advokat. Wer der beste Techniker? Dieser Architekt. Wer der beste Hygieniker sei? Dieser Arzt. Wer der beste Oekonom sei? Dieser Gutsverwalter! Wenn ich mir die ersten Kapazitäten nennen lasse, wird es vorkommen, daß nicht ein einziger Beamter der Bezirkshauptmannschaft genannt wird. Das heißt, das heute die Laienintelligenz und -Tüchtigkeit über die Amtstüchtigkeit hinausgewachsen ist.

Da muß ich mich fragen: wie soll ich das Problem der Verwaltung bewältigen? Ich muß die Möglichkeit haben, einen vorgeschulten Fachmann in das Amt hereinzurufen und ihn an der Verwaltung teilnehmen zu lassen. Das ist die neue Aufgabe, vor der unsere Gesellschaft steht, die aber von der Bourgeoisie gar nicht verstanden wird. Ganz und gar nicht — das wäre falsch. Für sich selbst sind die Herren Bürgerlichen darauf gekommen, daß die Amtsintelligenz nicht ausreicht. Deshalb haben sie bei ihren Gerichten die Handelsbeisitzer, bei Börsenstreitigkeiten die Börsenschiedsgerichte, sie haben das Laienelement als Schöffen herangezogen. Sie haben uns auch das Entgegenkommen gezeigt, daß sie in den Gewerbegerichten die Laien mitsprechen lassen. Nun müssen Sie sich gefaßt machen, daß wir auch in der Verwaltung Schöffen haben, die manches besser verstehen, als es die Beamten verstehen können. Nehmen wir an, es brächen Unruhen aus, deren Ursachen beseitigt werden sollen. Wenn der Bezirkshauptmann den Lohntarif der Metallarbeiter kennen soll, müßte er erst zwei Jahre studieren, und da muß er nun den Vertrauensmann fragen. Es ist also gut, daß man solche Vertrauensmänner ständig einrichtet. Es ist also gut, daß wir bei den Behörden Vertreter der Gewerkschaften und der Unternehmer haben für Arbeiterfragen, der Genossenschaften für die Fragen von Handel und Wandel, der Mieterorganisation für Fragen des Mieterrechtes, politische Vertrauensmänner für Fragen des Vereins- und Versammlungsrechtes, Landwirte für landwirtschaftliche Fragen, Verwalter von Grundbesitzungen für agrarisch-technische und forsttechnische Fragen, Aerzte für medizinische Fragen. Die Mitwirkung des Laienelementes ist also auf die Dauer nicht vermeidlich. Am besten wird man tun, wenn man die Bezirksvertretungen wählt, diese erfahrenen Verwalter hineinwählt. Ich habe mich sehr gefreut, als ich sah, daß die Genossen in vielen Orten gute Aerzte, die keine Politiker sind, auf die Gemeinderatsliste gesetzt haben, ihnen erklärten, daß sie auf ihre fachmännische Hilfe rechnen und nur erwarten, daß sie in politischen Fragen für die Sozialdemokraten stimmen. Das ist ein nützliches und zweckmäßiges Auskunftsmittel, um Fachkräfte in die Aemter zu bringen. Ein Mittel dazu ist auch die Berufung von Arbeiterräten. Es fällt mir nicht ein, diese Teilnahme der Arbeiterräte an der viel verzweigten Amtsführung zu verwerfen. Aber ich muß gestehen, daß die Wirksamkeit der Arbeiterräte, wie sie zum Beispiel im sogenannten freiwilligen Ernährungsdienst zum Ausdruck kommt, uns wiederholt in die größten Schwierigkeiten gebracht hat. Auch in anderen Dingen sind mir die Kompetenzen nicht klar. Es ist doch richtig, daß wir für Lohnfragen eine zuständige Organisation ausgebildet haben, das sind unsere Gewerkschaften. Für die wirtschaftlichen Fragen haben wir unsere Genossenschaftsorganisationen. Ich kann nicht verstehen, warum bei der Bekämpfung des Kriegswuchers nicht die Genossenschaftsorganisationen aufgefordert worden sind, einzuschreiten, da sie die Kompetenten dazu gewesen wären. Wir haben auch für die anderen sozialen Aufgaben unsere Sonderorganisationen. Ich meine, daß diese Organisationen diejenigen sind, die kompetent wären. Es kommt zu einer allgemeinen Verwischung der Kompetenzen, wenn nicht diese Organisationen in Betracht kommen, sondern die ganz allgemein gehaltenen, an keine Voraussetzung gebundenen Arbeiterräte. Die kontrollierende Tätigkeit kann nicht darin bestehen, daß das von der Staatsregierung vertretene Staatsgesetz oder das von der Landesregierung vertretene Landesgesetz beiseite geschoben wird, es ist nicht möglich, daß das Grundrecht des Staatsbürgers, das Grundrecht des einzelnen, dabei aufgehoben werde. Der Laienverwalter muß also deshalb an das Gesetz ebenso gebunden sein wie das behördliche Organ.

Nun klafft in dem ganzen System der Verwaltung eine Lücke. In der bürokratischen Verwaltung hat jeder einzelne sich zu halten gehabt an das, was im

Gesetz verfügt oder vom Vorgesetzten befohlen war. Es ist trotzdem nicht eingehalten worden, weil der bürgerliche Apparat verschlampt war. Aber das lag nicht im Apparat, sondern in den Menschen. Wie aber nun, wenn die Gemeinde ihre Verwalter bestellt, der Bezirk, das Land seine Verwalter, und wenn diese Verwalter ganz unabhängig sind nach oben? Welche Garantie besteht für die Einhaltung der Gesetze? Die Kontrolle nach unten ist ein Hilfsmittel zum Schutze, aber sie ist auch eine große Verführung, denn die Kontrolle nach unten in einem Bezirk, der zufällig genug Rindfleisch hat, die Kontrolle, daß die Gesetze, die Ablieferungsvorschriften eingehalten werden, ist sehr gering. (Heiterkeit.) Da genügt die Kontrolle nach unten nicht. Welche Kontrolle hat man aber nach oben? Das scheint nun ein unlösbares Problem zu sein, denn daß man von oben nicht mehr befiehlt wie früher, daß man die Landeshauptleute und Kreishauptleute nicht so kommandieren und wegschicken läßt, wie seinerzeit die Statthalter und Bezirkshauptleute, liegt auf der Hand. Dann also bedeutet ein solches System — und das werfen uns die Bürgerlichen ernsthaft vor — ein volle Zerfaserung der Verwaltung, die völlige Anarchie, und es ist wahr, daß solche Erscheinungen vorliegen, und es ist wahr, daß wir bei dem gegenwärtigen Stande der Anarchie von oben und unten dauernd nicht leben können. Aber es gibt auch andere Mittel, diese Uebel abzuwehren, und wenn ich unserem früheren System das Beispiel der englischen Aemterverfassung entgegengesetzt habe, so brauche ich mich nur zu fragen, wie man sich hilft, und diese Hilfe ist folgende: In England hat jeder, der durch eine Verwaltungsbehörde in seinem Rechte verletzt ist, das Recht, unmittelbar zu Gericht zu gehen und den unabhängigen Richter anzurufen. Auch wir müssen dieses System zur Geltung bringen. Wir brauchen eine Verwaltungspflege, welche die Gesetzlichkeit der Verwaltungshandlungen garantiert. Nun haben wir ja heute einen Verwaltungsgerichtshof. Aber ich setze den Fall, daß irgendein Gemeindeorgan im übertragenen Wirkungskreis einem einzelnen unrecht tut, dann hat er die Beschwerde von der Gemeinde zum Bezirkshauptmann; der Bezirkshauptmann tut ihm weiter unrecht. Er hat die Beschwerde zur Landesregierung und zum Staatssekretär, und wenn der ihm wieder unrecht tut, so kann er erst hinterher zum Verwaltungsgerichtshof klagen gehen, so daß das die vierte oder fünfte Instanz ist. Aber dieser Verwaltungsgerichtshof sagt dann bloß: Dir ist unrecht geschehen. Aber er sagt nicht mehr: Also muß es so und so gehalten werden. Wenn der Betroffene sachliche Abhilfe haben will, so muß er erst zur Gemeinde gehen und sagen: Der Verwaltungsgerichtshof hat entschieden, du hast mir unrecht getan, also gib mir mein Recht. Diese Verwaltungsrechtspflege, die gleichsam oben angestückelt ist, muß ersetzt werden durch eine moderne Verwaltungsrechtspflege. Wenn mir im Bezirk unrecht geschieht, muß ich sofort zum Landesverwaltungsgericht gehen können, das mir recht gibt, und wenn mir dort unrecht geschieht, muß ich gehen können zum Verwaltungsgerichtshof. Deshalb sieht unser Entwurf vor: Die Schaffung einer instanzmäßigen Verwaltungsrechtspflege nach preußischem Vorbild ist ein integrierender Bestandteil unserer Verwaltungsreform. Damit ist sowohl garantiert, daß in allen Instanzen das Volk nur solchen Behörden gehorcht, die es selbst mit eingesetzt hat, daß aber dennoch die Gesetzlichkeit der Verwaltung sichergestellt wird.

Das der Umfang und die Grenzlinien einer Verfassungsreform und einer Verwaltungsreform, wie wir sie vor uns haben. Im einzelnen ist da viel Streit. Schon die Auseinandersetzung der Finanzen zwischen Staat, Land und Gemeinden ist ein ungeheuer schwieriges Werk, das wird sehr viel von dieser trostlosen Einrichtung, die Austerlitz heute vormittags gegeißelt hat, von der Einrichtung der „Sitzungen" erfordern. Es gibt allerdings zweierlei Sitzungen: Sitzungen, die man einberuft, weil man nicht weiß, was man will, damit alle miteinander konstatieren, daß keinem einfällt, was zu tun ist (Heiterkeit), und Sitzungen, wo man im vorhinein weiß, was herauskommen wird. Wenn Sie uns fragen, ob wir wissen, was wir auf dem Gebiet der Verwaltungs- und Verfassungsreform wollen, so glaube ich, können wir beruhigt ja sagen. Wir wollen Größeres, als uns hier geboten ist. Aber wenn wir das, was uns hier geboten ist, durchführen, wenn wir das in der Verfassungsurkunde durchführen — und eine Verfassungsurkunde kann Jahrzehnte halten — so haben wir das Werk der Revolution gleichsam in Granit gefaßt und auf

Jahrzehnte hinaus unzerstörbar gemacht. Das aber, was damit gemacht ist, ist keine Kleinigkeit. Ich weiß ja, die Regierung hat es schwer und für einen Parteigenossen, der in der Regierung sitzt, ist immer das Höchste, worauf plädiert wird, das Mitleid der Parteigenossen. (Heiterkeit.) Aber halten wir doch einmal selbst Rückschau, damit wir das nötige Selbstbewußtsein gewinnen für das, was die Partei in diesem Jahre geleistet hat. Wir haben jetzt ein Jahr Republik. Während dieses Jahres sind die Sozialdemokraten von den Kommunisten auf der einen Seite und von den Reaktionären auf der anderen Seite beschimpft und als diejenigen, die ihre Prinzipien verraten und weiß Gott was alles, hingestellt worden. Aber dieses eine Jahr ist ein Jahr der Probe mit klar vorliegenden Beweisen. Wenn wir sehen, was etwa in dem jugoslawischen Nachbarstaat die Monarchie bewirkt hat, und es vergleichen mit dem Werke unserer Republik, oder etwa das, was die radikale kommunistische Methode in Ungarn bewirkt hat, vergleichen mit dem, was hier geschaffen ist, so fällt dieser Vergleich in beiden Fällen zu unseren Gunsten aus.

Parteigenossen! Gehen Sie doch mit mir im Gedanken in den Umkreis dieser Stadt: Eine Gemeinde nach der anderen, mit sozialdemokratischen Bürgermeistern und Gemeinderäten, selbst in den Bauerndörfern finden Sie eine sozialdemokratische Minderheit, in allen Ländern Landesräte, Landeshauptmannstellvertreter und hier in Niederösterreich einen Landeshauptmann: Es ist ein so gewaltiger Fortschritt, daß wir zufrieden sein können, ein gewisses Selbstbewußtsein des Schaffenden zur Schau tragen dürfen. Aber wir haben es nicht nötig, uns von jedem von links und rechts beflegeln zu lassen. Wenn Sie in andere Länder schauen, werden Sie sehen, daß dieses eine Jahr Revolution, dieses eine Jahr Umsturztätigkeit der Sozialdemokratie sich bei uns gelohnt hat. Eines darf Sie nicht verwundern: Da die Genossen vielfach zum erstenmal in Gemeinden und Ländern in der Verwaltung sitzen, treffen diese Genossen nicht immer im ersten Augenblick aufs glänzendste alles, sie müssen lernen. Es ist traurig, aber wahr, daß gerade in den Kreisen des Proletariats die Ungeduld groß ist; es ist merkwürdig, viele haben die kaiserliche Verwaltung mit Geduld ertragen und können jetzt ihre Ungeduld nicht bändigen, wenn ein Parteigenosse nicht so rasch arbeitet, als sie es wünschen. Als Zeuge dessen, was vorgeht, kann ich sagen, daß wenn auch die Verwaltung noch nicht genau die Schranken des Gesetzes kennt und einhält, diese Verwaltung doch heute zehnmal schneller, wirksamer und sozialer ist als früher. Aber sie ist noch lange nicht vollkommen. Auch die Demokratie muß gelernt werden, sie erfordert sehr viel Geduld, sie erfordert das Vertrauen des Volkes. Dieses zu erhalten ist sehr wesentlich. Ich bitte Sie also, die Kritik zurückzuweisen, die an den Genossen in Staat, Land und Gemeinde geübt wird. (Beifall.)

Debatte.

Dr. Danneberg: Die Probleme der Verfassung und Verwaltung, die uns Renner vor Augen geführt hat, gehören gewiß zu den bedeutendsten. Aber diese Fragen haben keineswegs die Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse in dem Maße gefunden, als nötig wäre. Soviel auch im letzten Jahre anders geworden ist, die Verwaltung hat die allerschwersten Mängel für die Arbeiterklasse gehabt; soviel sich auch verändert hat, die Bezirkshauptmannschaften sind die gleichen geblieben. Das ist einer der Mängel, die wir am allerschwersten empfinden. Darum ist die Verwaltungsreform, angefangen von unten, die Reform der Lokalverwaltung, das dringendste und notwendigste. Wenn Renner im Zusammenhang mit diesen Fragen auch ein Wort über und gegen die Arbeiterräte gesagt hat, muß demgegenüber immer wieder mit Nachdruck betont werden, daß die Tätigkeit der Arbeiterräte auf diesem Gebiet nichts ist als die Selbsthilfe der Arbeiter gegenüber der absolut versagenden Verwaltung des Staates. Diese Selbsthilfe mag mitunter nicht die richtige Form gewählt, nicht das Richtige getroffen haben; es ist aber kein Meister vom Himmel gefallen und auch das Verwalten muß man lernen. Aber gegenüber einer Bürokratie, deren Verwaltungstätigkeit darin besteht, daß sie alle Dinge geschehen läßt; die daran verzweifelt, dem Gesetz Geltung verschaffen zu können, haben die Arbeiterräte überaus wohltuend gewirkt. Natürlich wird nur von den Fehlern der Arbeiterräte breitspurig berichtet. Und für den Polizeipräsidenten ist es ein gefundenes Fressen, wenn er solche wirkliche oder vermeintliche Fehler zusammenstellen kann.

Er berichtet aber nichts über die Unterlassungssünden der staatlichen Organe selbst, nichts darüber, daß jeder des Gesetzes spottet. Die ganze Aufregung, die in der Bourgeoisie über die Arbeiterräte entstanden ist, hat ja ihren Grund darin, daß die Bourgeoisie fürchtet, daß die Gesetze eingehalten werden müssen, weil der Arbeiterrat über die Einhaltung wacht. Da mag gezetert werden wie man will, an diesen Dingen wird sich nichts ändern, mindestens insolange die staatliche Verwaltung nicht in Ordnung gebracht ist. Die Demokratie wird erst verwirklicht sein, wenn der Mann und die Frau nicht bloß alle paar Jahre den Stimmzettel abgeben, sondern wenn auch die Staatsverwaltung in jeder Beziehung unter unmittelbarer Kontrolle der Gesamtheit sein wird. Es werden an Stelle der beamteten Bezirkshauptleute gewählte Bezirksvertretungen stehen müssen, die im Verein mit dem fachlichen Element eine Verwaltung unter dem Vertrauen der Bevölkerung zu führen vermögen. Darum glaube ich, daß wir als Sozialdemokraten das stärkste Interesse daran haben, diese Verwaltungsreform rasch zur Durchführung zu bringen.

Renner hat uns vor Augen geführt, daß aus Deutschösterreich ein Bundesstaat werden muß. Wir wissen, daß Verfassungsfragen nicht Rechtsfragen, sondern Machtfragen sind. Die Machtverhältnisse sind nun so, daß die Macht der Länder sehr groß ist, sie also ein Stück Verfassung sind und dies in der geschriebenen Verfassung einen Ausdruck finden muß. Täuschen wir uns aber darüber nicht, daß den Interessen der Arbeiterklasse damit keineswegs gedient ist. Denn es kommt damit neben die Nationalversammlung eine zweite Kammer. Wir aber müssen grundsätzlich am Einkammersystem festhalten.

Es heißt nun in dem Koalitionspakt, den unsere Fraktion mit den Christlichsozialen abgeschlossen hat, daß bei der Schaffung dieses Bundesrates, der neben die Nationalversammlung gestellt werden soll, bezüglich seiner Zusammensetzung und seiner Aufgaben das Beispiel der deutschen Verfassung nachgeahmt werden soll. Das dürfen wir auffassen als eine starke Konzession, die die Christlichsozialen gemacht haben. Erinnern wir uns an den Verfassungsentwurf, den die christlichsoziale Partei schon vor Monaten in der Nationalversammlung eingebracht hat. Die Christlichsozialen haben darin ein Ständehaus verlangt neben der Nationalversammlung und dieses Ständehaus sollte zusammengesetzt sein aus je drei Vertretern, die jedes Land schicken sollte. Das wäre eine Vergewaltigung der Arbeiterklasse allerersten Ranges, wenn Wien dieselbe Vertretung erhalten soll wie das kleine Vorarlberg. Das wäre die Verwirklichung der Tatsache, daß Wien, die Hauptstadt, enthauptstadtet werden soll. Wenn es auch so schön demokratisch aussieht, daß jedes Land dieselbe Vertretung haben soll, so bedeutet es doch, daß dieses Ständehaus ein Privileg der Großbauern wäre, eine Verfälschung des wirklichen Volkswillens. Lassalle hat in seiner berühmten Verfassungsrede dargestellt, daß die Verfassungen niemals plump reden. So wollen die Christlichsozialen, um ein Privileg der Großbauern durchzusetzen, ein Ständehaus mit gleichmäßiger Ländervertretung einrichten. Demgegenüber bedeutet der Deutsche Reichsrat, der über den Deutschen Reichstag in der neuen Bundesverfassung gestellt ist, doch einen wesentlichen Fortschritt. Denn im Deutschen Reichsrat ist jedes Land mit mindestens einer Stimme, jedes größere Land mit je einer Stimme für jede Million Einwohner vertreten. Und Bruchteile von der Größe der Einwohnerzahl des kleinsten Landes bekommen auch eine Stimme. Wenn unsere Genossen den Grundsatz des Einkammersystems verlassen haben und haben verlassen müssen, so müssen wir doch auf der Nachahmung des deutschen Beispiels bestehen und verlangen, daß diese zweite Kammer, die da eingesetzt werden soll, daß dieser Bundesrat, wie ihn das Koalitionsprogramm nennt, auf demokratischer Grundlage zusammengesetzt werde, daß also die einzelnen Länder die Delegierten hineinsenden proportionell zu der Einwohnerzahl ihres Landes. Dann wird auch der Bundesrat ein Ausdruck des Volkswillens sein. Wenn zwischen diesen beiden Häusern eine Einigung bei irgendeinem Gesetz nicht zustande kommen kann, dann müssen wir verlangen, daß das Volk selbst aufgerufen wird, um zu entscheiden, was Gesetz werden soll. Diese zwei Fragen, Lokalverwaltung und Zweikammersystem, das scheinen mir entscheidende, wenn auch keineswegs die allein entscheidenden Fragen zu sein bei der Verfassungsreform, die wir jetzt zu

machen haben. Daneben steht auch noch die große Frage, was Bundeskompetenz, was Landeskompetenz sein soll. Die ganze Wirtschaftsgesetzgebung muß Bundeskompetenz werden. Ich beantrage folgende Resolution:

(Verliest Antrag 53.)

Vergessen wir nicht die Worte, die vor mehr als einem halben Jahrhundert Lassalle an die Arbeiterklasse, an die Demokratie gerichtet hat: Verfassungsfragen sind nicht Rechtsfragen, sondern Machtfragen. Gegenüber allen reaktionären Bestrebungen in den Ländern müssen unsere Parteigenossen auf ihre Macht sehen und ihre Macht mehren, um ein entscheidender Faktor zu werden bei der Lösung dieser Frage. Gedenken wir Lassalles Worte: daß das Fürstentum der Vergangenheit nicht Schönredner, sondern praktische Diener gehabt hat. Seien auch wir praktische Diener der Arbeiterklasse. (Beifall.)

Es wird beschlossen, mit Rücksicht auf die Abreisemöglichkeiten der auswärtigen Delegierten die Verhandlungen am Montag um 8 Uhr früh statt um 9 Uhr zu beginnen.

Vierter Verhandlungstag.

Vorsitzender **Tomschik**: Die

Debatte über die Verfassungsfrage

wird fortgesetzt.

Dr. **Frey** (Wien): In der Debatte über die Verfassungsfrage muß ich nochmals an Ferdinand Lassalles Rede von 1862 erinnern. Er unterscheidet die geschriebene Verfassung von der wirklichen Verfassung, den tatsächlichen Machtverhältnissen. Das Verhalten der revolutionären Parteien im Jahre 1848 überprüfend, kommt er zu folgendem Schlusse: „Sollte also der am 18. März 1848 erfochtene Sieg nicht notwendig wieder ergebnislos werden für das Volk, so mußte der siegreiche Augenblick benutzt werden, um die organisierte Macht des stehenden Heeres derart umzugestalten, daß sie nicht wieder als ein bloßes Machtmittel des Fürsten gegen das Volk verwendet werden konnte. Eine geschriebene Verfassung machen ist das wenigste, das kann man in dreimal vierundzwanzig Stunden tun. Die wirklichen, die tatsächlichen Machtverhältnisse umgestalten, in die Exekutive eingreifen, so sehr eingreifen, daß sie nie wieder selbständig dem Willen des Volkes entgegenstehen könnte, das war es, worauf es damals ankam und was vorausgehen mußte, bevor eine geschriebene Verfassung von Dauer sein konnte." Wenn wir nun zunächst rückschauend die Politik der Partei in dem Jahr seit der Revolution prüfen, können wir uns die Anerkennung nicht versagen, daß wir aus der Niederlage von 1848 gelernt haben. Als das alte Regime im November 1918 zusammenbrach, haben wir uns nicht hingesetzt wie die Demokraten des Jahres 1848, um des langen und breiten über die Paragraphen irgendeiner Verfassung zu beraten, sondern wir haben vor allem die Reste der sich auflösenden Armee auseinandergebracht und an die Stelle der alten Armee die Volkswehr gesetzt, die sich mit der alten Armee zwar militärisch nicht messen kann, das auch nicht will, aber unzweifelhaft den politischen Vorteil hatte und hat, daß sie durch ihren Bestand allein schon den Bestand der Republik verbürgt hat und verbürgt.

Genossen! Wir haben auch auf anderen Gebieten in die Exekutive eingegriffen, wir haben die Gendarmerie entmilitarisiert, den Gendarmen, Wachleuten, Polizeiagenten, Staatsbediensteten und Staatsbeamten das Koalitionsrecht gesichert, das Koalitionsrecht, das ihnen früher gefehlt hat oder stark beschnitten war. Aber auch auf diesem Gebiete der Gendarmerie und Polizei ist noch viel zu tun. Was den Verwaltungs- und Justizapparat betrifft, so ist bisher so gut wie gar nichts geschehen; auch ein anderes Gebiet wurde noch gar nicht berührt: die Militärgerichte und das ehrenrätliche Verfahren müssen verschwinden, alle Soldaten ohne Unterschied müssen denselben Gerichten, denselben Gesetzen unter-

stehen wie alle Bürger. Wenn wir rückschauend die Politik der Partei in dem letzten Jahre überprüfen, so können wir sagen, wir haben zwar nicht alles erreicht, was notwendig wäre, aber wir haben bei der Umgestaltung der Exekutive dasjenige erreicht, was unter den gegebenen Machtverhältnissen uns zu leisten möglich war.

Nun stehen wir neuerdings vor der Verfassungsfrage, vor der Aufgabe, eine Verfassung in Gesetzesform niederzulegen oder, wie Genosse Renner gesagt hat, die revolutionären Errungenschaften in Granit zu fassen. Da muß ich wieder auf das Wort Lassalles zurückkommen, wir müssen unterscheiden die geschriebene Verfassung von der wirklichen Verfassung. Wir stehen davor, eine Verfassung niederzuschreiben. Wir stehen aber nicht nur vor der Verfassungsfrage, sondern auch vor anderen Fragen, vor allem vor der Frage der Wehrreform. Gestatten Sie, daß ich Ihnen mit allem Ernste sage: im Wehrgesetz, in der Zusammensetzung und Organisation der neuen Wehrmacht, in der neuen Wehrmacht, wie sie wirklich sein wird, wird an wirklicher Verfassung mehr enthalten sein als in allen Verfassungsgesetzen, die die Nationalversammlung beschließen wird.

Ich habe nicht die Absicht, in die Einzelfragen der Wehrreform einzugehen, aber ich muß doch die Grundlinien der Wehrreform besprechen, soweit sie mit der Verfassungsfrage zusammenhängen. Adler hat gesagt, unter den heutigen Machtverhältnissen können wir leider nicht eine sozialistische Armee schaffen, aber diese neue Armee muß wenigstens republikanisch sein. Ich unterschreibe das; aber es muß das noch deutlicher gesagt werden: Es genügt nicht, daß diese Armee republikanisch ist, sondern diese Armee muß so zusammengesetzt und organisiert sein, daß sie unter gar keinen Umständen jemals verwendbar ist gegen die Arbeiterschaft. (Sehr richtig!) Dazu genügt es nicht, daß im Gesetze irgendwelche Bestimmungen enthalten sind, sondern diese Wehrmacht muß von Haus aus so zusammengesetzt und so organisiert sein, daß sie in sich selbst die Gewähr und Garantie bietet, daß sie gegen die Arbeiterschaft nicht verwendet werden kann. Ich sage: unter allen Bedingungen! — das vergessen die meisten Genossen, wenn sie diese Frage betrachten — unter allen Bedingungen, das heißt, diese Armee darf gegen die Arbeiterschaft nicht verwendbar sein, auch wenn die Regierung in den Händen von Bürgerlichen ist. (Beifall.) Sie muß so zusammengesetzt und organisiert sein, daß selbst wenn Bürgerliche die Regierung in die Hand bekommen, sie die Wehrmacht nicht ausspielen können gegen die Arbeiterschaft und sie nicht umschmieden können zu einem Machtinstrument gegen das Proletariat. Die meisten Genossen und besonders die Genossen der Provinz, auch viele führende Genossen, sind sich der Bedeutung dieser Frage nicht ganz bewußt, und darum gestatten Sie mir, darüber doch noch ein paar Worte zu sprechen. Politisch weiß jeder, was das heißt: eine Wehrmacht; er weiß, wenn wir eine gute Wehrmacht haben, daß sichergestellt sind die Republik und die Errungenschaften der ganzen Revolution. Aber die meisten Arbeiter, die Gewerkschafter, sind sich nicht recht dessen bewußt, was denn die Frage der Wehrmacht wirtschaftlich für die Arbeiterschaft, für jeden Arbeiter, für jede Arbeiterin bedeutet. Wovon hängen innerhalb der gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen in letzter Linie die Löhne und die Arbeitsbedingungen ab? Doch von nichts anderem, als vom Kräfteverhältnis der organisierten Arbeiter und der organisierten Unternehmer. Innerhalb der gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen wird der Lohn und werden die Arbeitsbedingungen in letzter Linie bestimmt durch das Machtverhältnis zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden. Dieses Machtverhältnis aber wird in entscheidender Weise beeinflußt durch die Beschaffenheit der Wehrmacht. Blicken Sie doch nach Deutschland, wo die Bourgeoisie den Arbeitern in ihren Lohnkämpfen diese Reichswehr entgegenstellen kann: das bekommt jeder Arbeiter und jede Arbeiterin zu spüren in ihren Säckeln, in ihren Mägen, an ihren Löhnen und ihren Arbeitsbedingungen.

Wenn wir nun eine derartige Wehrmacht bekämen wie die Reichswehr oder eine, die ihr annähernd gleichkommt, dann würden das die Arbeiterinnen und die Arbeiter in ihren Lohnkämpfen sehr zu spüren bekommen. Darum müssen sie uns mehr als bisher unterstützen. Wir dürfen uns nicht darauf verlassen, daß die Genossen in der Nationalversammlung ein gutes Gesetz zustande bringen werden. Es kommt nicht auf das allein an, was auf dem Papier steht. Wir müssen in die

Wehrmacht Leute hineinbekommen, auf die wir uns unter allen Umständen verlassen können. Da müssen Sie alle mit allen Kräften mithelfen. Wir bekommen zum Beispiel nicht selten aus der Provinz merkwürdige Berichte, da bekommen wir oft von Genossen Worte zu hören, wie „Soldatenspielerei", „neuer Militarismus". Besonders in Graz scheint man so zu denken.

Wir stehen vor der Verfassungsfrage. Wir sind dabei, eine Verfassung in Gesetzesform niederzulegen. Es soll das eine Verfassung der Republik sein, und da gestatten Sie mir, unter den heutigen Verhältnissen denn doch die entscheidende Vorfrage zu stellen. Wir wollen eine Verfassung für die Republik machen. Ja, ist denn die Republik als Republik fest begründet? Da sage ich Ihnen mit allem Ernst: Nein! Sie haben die Mitteilungen des Genossen Adler nicht mit dem nötigen Ernst aufgenommen. Diese Bataillone der Reaktion sind ebensowenig imaginär, als ich es hier bin. Ich schätze, daß es in Wien mindestens 2000 militärisch organisierte Reaktionäre gibt, vielleicht 4000 bis 6000. Einer der Eingeweihten hat ja offen gesagt, in drei, vier, fünf, sechs Monaten werde die Zeit kommen, und wenn Sie die Zukunft der nächsten Monate kalten Blutes überdenken, müssen Sie sagen, daß die Leute nicht schlecht kalkulieren. Ich glaube, daß es möglich sein wird, im Winter die Massen mit dem Notwendigen zu versorgen. Aber was dann, wenn es uns nicht gelingt und jeder weiß, daß das nicht von uns allein abhängt?! Sollen wir dann trotzdem die Republik schützen, sollen wir sie mit Gewalt schützen? Und in solcher Lage wird sie sich anders nicht schützen lassen! Von zweien eines: Entweder sind wir nicht entschlossen, die Republik mit Gewalt zu schützen, dann übergeben wir die ganze Sache schon heute den anderen, es wird uns weniger Opfer kosten. Moralesjayisten werden uns vielleicht deshalb loben, aber vor dem Proletariat sind wir erledigt. Oder wir sind entschlossen, diese Republik auf Tod und Leben mit allen Mitteln zu schützen — und wir sind dazu entschlossen! — dann dürfen wir nicht warten, bis die Ueberrumpelung kommt, sondern sind verpflichtet, allen reaktionären Erscheinungen täglich, stündlich entgegenzutreten. Es ist unerträglich und ich empfinde es wie einen Peitschenhieb, daß man die Kommunisten einsperrt, aber diejenigen, die seit Monaten planmäßig die gewaltsame Erhebung der Reaktion vorbereiten, herumlaufen läßt, ohne ihnen das geringste zu tun. (Lebhafter Beifall.) Und ebenso unerträglich ist es, daß Sicherheitsorgane, Polizei, Gendarmerie einen sehr scharfen Spürsinn an den Tag gelegt haben in der Aufdeckung kommunistischer Komplotte, während bei der Aufdeckung monarchistischer Umtriebe von diesem Spürsinn nichts zu merken ist. Das liegt in Wien nicht an dem mangelhaften Eifer der Wachleute und Agenten, obzwar auch unter ihnen einzelne gegen die Republik arbeiten. Es liegt daran — ich kann es nicht beweisen, aber es ist meine ernste Ueberzeugung — daß im Polizeipräsidium einzelne Beamte mit den Reaktionären konspirieren und sie unterstützen. Genossen! Wenn wir die Arbeiterräte zu nichts anderen hätten, als daß sie es ermöglichen, die Arbeitermassen einer bewaffneten Reaktion rasch entgegenzuwerfen, so wären schon aus diesem Grunde allein die Arbeiterräte eine Lebensnotwendigkeit für das Proletariat. (Sehr richtig!) Ich bin überzeugt, daß wir im Laufe dieses Winters oder im Frühjahr einer bewaffneten Erhebung der Reaktion werden mit den Waffen in den Händen entgegentreten müssen; der Tag ist unbestimmt, aber er wird kommen, so sicher wie ich hier stehe. Sorgen Sie dafür, daß wir dem vorbeugen, sorgen Sie dafür, daß die wirklichen Machtfaktoren in diesem Staate so werden, daß die Arbeiterschaft ihnen vertrauen kann und wir die Republik darauf wirklich bauen können, dann und nur dann wird die geschriebene Verfassung, das Verfassungsgesetz, das werden, was Renner versprochen hat: der Granitfels, der die revolutionären Errungenschaften schützt und sichert. (Lebhafter Beifall.)

Benisch (Wien): Der Ruf nach Verankerung der Arbeiterräte entspringt zwei Ursachen. Die eine Gruppe wünscht die Verankerung deshalb, weil sie glaubt, die Regierung werde in einem Gesetz den ganzen Aufgabenkreis der Arbeiterräte festlegen; das sind jene Leute, die sich den Aufgabenkreis nicht selbst schaffen, die fürchten, nach rechts und links anzustoßen; die Gruppe besitzt nicht mehr die revolutionäre Kraft, die Aktion durchzuführen. Ihre revolutionäre Energie ist erlahmt,

weil die Widerstände zu groß sind. Diese glauben, auf legalem Wege die Aufgaben durchführen zu können. Denen gegenüber stehen wieder zwei große Gruppen: Vor allem die Opportunisten, die sagen, die Arbeiterräte sind lästig, eine überflüssige Erscheinung, die verschwinden wird, sobald sich die Verhältnisse bessern; wozu also erst ihre Verankerung? Die andere Gruppe, die revolutionäre Gruppe, wieder glaubt an eine Entwicklung der Arbeiterräte von selbst. Wir müssen gestehen, daß die Verankerung der Arbeiterräte in die Gesetzgebung eine tiefe Einprägung in das Volksbewußtsein bedeuten kann; aber die Verankerung ist nicht notwendig, die Arbeiterräte werden diese Arbeit selbst durchführen. Mir ist es viel lieber, wir verankern uns in Herz und Hirn der Arbeiter, als daß wir es nur durch Paragraphen können. Aber wir müssen alles unterlassen, was die Arbeiterräte mißliebig machen könnte. Da ist vor allem das Gebiet der Ernährung. Jeder kann Uebergriffe machen. Wer ist davon befreit? Nur diejenigen, die nie etwas gearbeitet haben, die haben auch keine Uebergriffe machen können. Wir werden von der Bourgeoisie in der heftigsten Weise angegriffen, aber wir sind auf dem rechten Wege. Je mehr uns die Bürgerlichen hassen und verfolgen, desto mehr müssen wir sagen, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Wir lehnen die Verankerung deshalb ab, weil die Institution der Arbeiterräte dadurch verwischt würde, es würde eine Berufsvertretung werden. Wenn unsere Genossen in der Regierung durch die ökonomischen und politischen Verhältnisse gezwungen werden, mit den Bürgerlichen eine Koalition zu schließen, so vermeiden wir es um so mehr, uns mit den Bürgerlichen an einen Tisch zu setzen. Der revolutionäre Instinkt des Proletariats lehnt diese Form ab, und wir wollen lieber eine freie, unabhängige Klassenkampforganisation sein und wollen uns die Entwicklungsmöglichkeiten offen halten. Gewiß ist ein Gesetz nichts anderes als die Festlegung der Machtverhältnisse, aber diese sind heute noch nicht geklärt, wir sind noch im Zustand der Entwicklung. Wohl stehen wir in der Ebbe der Revolution, aber wir sind auch am Vorabend der sozialen Revolution. Wir wissen, daß die Arbeiterräte nicht bloß eine Klassenkampforganisation sind, die die Reste der bürgerlichen Gesellschaft zu zertrümmern hat, sondern auch die zukünftige Gesellschaft aufbauen soll.

Das ist das Ziel der künftigen Verfassung. Es ist das Ziel der linksstehenden Arbeiterräte, die sich zu einer Arbeitsgemeinschaft vereinigt haben, die als ihre Aufgabe ansieht, geistig und technisch alles vorzubereiten. Die geistige Vorbereitung beruht auf der Auffassung, daß das Proletariat nur siegen kann, wenn es sich als herrschende Klasse konstituiert; die technische Vorbereitung wieder besteht darin, daß wir das Rätesystem planmäßig und zielbewußt ausbauen. Diese Entwicklung wollen wir uns nicht durch Paragraphe verschließen. Wir wissen, daß die Arbeiterräte im Jännerstreik 1918 sich in einem zähen Kampfe zwischen rechts und links ein großes Aufgabenfeld in der Verwaltung geschaffen haben. Wir wollen aber nicht nur die Verwaltung, sondern auch die Gesetzgebung beeinflussen, wir wollen auch in die Betriebe eindringen. Und dann wäre es sehr unklug, wenn irgendeine Verankerung käme, denn dann könnte man uns immer zurufen: Haltet doch die Gesetze ein! Wenn Renner gestern von der Kompetenz der Arbeiterräte gesprochen und darauf hingewiesen hat, daß das Eindringen in die verschiedenen Verwaltungskörper durch die Arbeiterräte ungesetzlich sei, da ja dazu die Konsumgenossenschaften wären, dann sagen wir, es hat diese Leute niemand gehindert, hinzugehen, aber sie haben den Sinn der Revolution nicht gekannt, sie haben gewartet, bis der Paragraph kommt, der ihnen die Erlaubnis gibt; die Arbeiterräte aber haben sich selbst diese Erlaubnis genommen und sie kennen kein Gesetz, das ihnen recht gegeben hätte, da diese Gesetze ja uralt sind, vielfach schon seit Maria Theresia bestehen. Wenn heute Gesetze geschaffen werden, müssen sie so geschaffen werden, wie sie das Volk wünscht und wie sie im Interesse des Proletariats gelegen sind; in einer Koalitionsregierung können diese Gesetze aber nicht so werden — das hat Renner gestern selbst eingestanden — sondern sie müssen so sein, daß sie beiden Parteien entsprechen. Eine revolutionäre Bewegung muß aber über diese Gesetze hinausgehen, und die Genossen in der Regierung mögen beide Augen schließen, wenn das Proletariat die revolutionäre Zeit benützt in stürmendem Vorwärtsdrängen. Schon einmal, in der historischen Stunde, wo die kommunistische Gefahr

hier bestand, waren es die Arbeiterräte, die gegen diese Gefahr aufgetreten sind, denn sonst befänden wir uns in demselben Zustand wie Ungarn, im Zustand der Reaktion. Wir stehen nun vor einer neuen Gefahr der Reaktion, und da sind es die Arbeiterräte, die die Proletarier aus den Betrieben rufen und eventuell mit Waffengewalt die Reaktion niederwerfen werden. Wir brauchen deshalb keine Verankerung, wir lehnen sie ab, da wir sie für ein Danaergeschenk ansehen. (Beifall.)

Ruschat (Mürzzuschlag) beantragt Schluß der Rednerliste. Der Antrag wird angenommen.

Vorsitzender **Tomschik**: Es ist folgender Antrag der Gemeindevertreterkonferenz vom 1. November eingelaufen:

(Verliest Antrag 54.)

Gröger (Klagenfurt): Seit dem Zusammenbruch der Monarchie schwärmen sehr viele für die Republik, sie anerkennen alle Freiheiten, die sie geschaffen hat, aber sie wollen nicht anerkennen, daß die Bürger gegen die Republik auch Verpflichtungen haben. Besonders in bürgerlichen und bäuerlichen Kreisen meint man, daß in der demokratischen Staatsform jeder machen kann, was er will. Die Lebensverhältnisse müßten nicht so schlecht sein, wenn sich die bäuerliche Bevölkerung der Pflichten gegen die Bevölkerung der Stadt bewußt wäre und die Gesetze einhielte. Also abliefern! Aber dem Staat fehlt die Macht, die Gesetze durchzuführen, weil das Bewußtsein der Pflichterfüllung in die Menschen noch nicht eingedrungen ist. Darum müssen wir mit der neuen Wehrmacht so gestellt sein, daß sie einen wirklichen Schutz der Republik bedeutet und zur Durchführung der Gesetze hilft. Die Reaktion macht sich in der Bourgeoisie und in der Bauernschaft in allen Ländern bemerkbar. Wir hören, wie es sich die Feinde der demokratischen Staatsform zuflüstern, es werde nicht lange mehr dauern und die alten Zustände werden wiederkommen. Leute, die beim militärischen und dynastischen Zusammenbruch zu uns geströmt waren und noch viel revolutionärer waren als die alten Vertrauensmänner, fallen ab, weil sie hoffen, daß sie dann wieder mehr Mehl oder Fleisch haben werden. Natürlich werden sie den Monarchen nach vierzehn Tagen wieder davonjagen, wenn er nicht imstande ist, ihre Wünsche, die oft sehr persönlicher Art sind, zu erfüllen. Deshalb kann nicht oft genug gesagt werden, daß die Grundlage der Republik nur die klassenbewußte Arbeiterschaft sein kann.

Ich bin einigermaßen enttäuscht von dem Verfassungsentwurf, weil die alten Landesgrenzen aufrechterhalten sind. Unser Bestreben war, die Grenzen aufzuheben und die Kreisverwaltung zu schaffen.

Bei uns in Kärnten sind wir in einer besonders schwierigen Lage. In ganz Deutschösterreich gibt es kein Land, das so zu leiden hatte als das auseinandergerissene Kärnten. Wir wurden als Grenzland durch den Einbruch der Südslawen und die Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes furchtbar hergenommen. Wir sind infolge der teilweisen Besetzung des Landes durch Jugoslawen und Italiener noch nicht dazugekommen, in Land und Gemeinde die Wahlen durchzuführen. Unser Landtag besteht noch immer auf Grund der Wahlziffern von 1911. Und die Gemeinden sind noch immer von den Bürgern und Bauern beherrscht. Wir werden erst zu einer wirklichen demokratischen Entwicklung kommen, wenn die Volksabstimmung hinter uns liegt, und wir wissen, was aus dem Lande wird. Das wird erst drei Monate nach der Ratifizierung des Friedensvertrages sein. Die Arbeiterschaft hat eine riesengroße Arbeit zu bewältigen, und viele Gedankenlose haben keine Ahnung, was die Arbeiterschaft für die ganze Bevölkerung geleistet hat und noch zu leisten hat.

Christoph (Mödling): Es wäre nicht unangebracht gewesen, wenn wir über die Vereinbarungen mit den Christlichsozialen etwas erfahren hätten, bevor die Koalition geschlossen wurde, und man die Meinung des Parteitages vorher eingeholt hätte. Wir möchten aber um eines bitten, daß nämlich nicht Gründe angeführt werden, die keine Gründe sind. Etwa der, daß in Deutschland eine zweite Kammer besteht. Es wäre besser, zu sagen, daß das infolge der Koalition gemacht werden muß. Das ist ein Milderungsgrund für diejenigen, die das zugestehen mußten. Der Bundesrat ist, man mag sagen, was man will, eine Art Herrenhaus.

Der Vergleich mit der Schweiz und mit Frankreich trifft nicht zu, denn hätten sie eine Revolution von 1918 hinter sich, würden sie diese Einrichtung nicht mehr haben. Gestehen wir es zu, daß wir zu schwach sind, diese Pläne zu verhindern. Eines kann sich die Arbeiterschaft nicht bieten lassen: daß dieser Bundesrat mechanisch zusammengesetzt wird — ein Land aus einem oder zwei Vertretern — weil es unmöglich ist, daß wir die Lebensnotwendigkeiten und die politischen Notwendigkeiten der Arbeiterklasse durch die mechanische Vertretung der Länder im Bundesrat majorisieren lassen könnten. Ich unterstütze aber die Anregung Dannebergs, und im übrigen wollen wir in der Arbeiterschaft immer wieder sagen: Wir sind gegen diesen Bundesrat, wir können ihn aber jetzt nicht beseitigen. Bei der nächsten Gelegenheit aber, die sich uns bieten wird — sei es in gesetzgeberischer oder sonst in einer Form — werden wir trachten, daß er beseitigt wird. (Beifall.)

Hoffmann (Wien): Es kann sicher zugegeben werden, daß die wirtschaftliche und politische Anarchie als eine der drängendsten Fragen die aufwirft, wie das Verfassungswesen des Staates in Ordnung zu bringen ist. Aber deshalb dürfen wir nicht außer acht lassen, inwiefern politische Neuerungen sich tatsächlich durchgesetzt haben. Renner hat uns gestern ein großartiges Verwaltungsideal dargestellt, aber er hat nicht den Weg gewiesen, wie er die immense Arbeit leisten will. Es ist erst einige Wochen her, daß in einer Versammlung der sozialistischen Staatsangestellten eine Resolution gefaßt wurde, in der gefordert wurde, alle aus den Sukzessionsstaaten ausgewiesenen Staatsangestellten in das Dienstverhältnis Deutschösterreichs zu übernehmen; auch Genosse Renner, der bei dieser Versammlung anwesend war, hat nichts dagegen gesagt, obwohl diese Uebernahme die Verwaltungsreform erschweren würde. Wenn man meint, die Verwaltungsreform durchzusetzen, wird es eben ein Trugschluß sein. Die Verfassungsreform ist möglich, wenn nicht vorher die Verwaltungsreform zustande kommt. Es gibt ja der Hindernisse viele. Wir haben eben einen großen Beamtenkörper, der für unser Reich sehr belastend ist, durch den aber trotzdem die verschiedenen Anordnungen der Regierung nicht durchzusetzen sind. Was auch gegen die Arbeiterräte gesagt wurde, so ist das eine unbestreitbar, daß sie ein natürliches Gegengewicht gegen die Unfähigkeit und Gleichgültigkeit der Bürokratie darstellen. Man hat viel über Willkürlichkeiten der Arbeiterräte gesprochen, und es wurde gesagt, solche Leute wären nicht reif zu solchen Funktionen. Die Arbeiterräte werden schon aus sich heraus alles das an Verwaltungspotenz, was im Proletariat lebt, hervorbringen. Wir sehen das jetzt in Wien. Es ist, nachdem diese Kontrolle des Approvisionierungswesens im Kriegswucheramt zusammengefaßt ist, zu erwarten, daß sich aus diesem Kreise sehr bald tüchtige Genossen emporarbeiten werden, um die Grundsätze des Volkes gegenüber der Verwaltungsbürokratie durchzusetzen. Wir sehen ja an der Liquidierung, wie wenig die Staatsgewalt ausreicht, um ihre Grundsätze durchsetzen zu können.

Dr. Maurer (Wien, zur Geschäftsordnung): Mit Rücksicht darauf, daß der Hauptreferent über die Verfassungsfrage, Genosse Renner, nicht anwesend ist, beantrage ich die Unterbrechung der Diskussion über diesen Punkt, unterdessen möge Dr. Danneberg den Bericht der Antragskommission über die Parteiorganisation erstatten.

Bericht der Antragkommission.

Berichterstatter **Dr. Danneberg**: Die Kommission, die Sie zur Besprechung des Organisationsstatuts gewählt haben, hat sich sehr eingehend mit den insgesamt 30 hier vorliegenden Anträgen beschäftigt. Die Kommission hat außerdem das ganze Statut selbst noch einmal durchberaten und schlägt aus ihrer Mitte heraus auch einige Aenderungen vor. Es wird am zweckmäßigsten sein, wenn wir auf Grund des Statuts selbst gleich alle die vorgeschlagenen Aenderungen durchgehen. Die §§ 1 bis 20 sind auch in der Kommission entsprechend meinem Vorschlag unverändert geblieben. Im § 21 werden einige Aenderungen auf Grund der Anträge von der Kommission vorgeschlagen. Es lag der Kommission ein Antrag des Genossen Pichler vor, der eine Aenderung der Bestimmung bezüglich des Wahlverfahrens verlangt. Der Antrag Pichler hat dahin gelautet, daß die Delegierten

der Bezirksorganisationen zum Parteitag unter allen Umständen nur in Mitgliederversammlungen gewählt werden dürfen, welche in allen größeren Lokalorganisationen des Bezirkes abgehalten werden müssen. Die Plenarsitzungen sollen nur das Vorschlagsrecht an die Mitgliederversammlungen haben. In dieser Form konnte die Kommission den Antrag nicht annehmen, da er unklar ist, und außerdem erschien es technisch nicht gut möglich, eine Wahl der Delegierten überall in allen Bezirksorganisationen ausschließlich durch Mitgliederversammlungen vornehmen zu lassen. Die Kommission empfiehlt daher folgende Fassung des § 21 unter Punkt 1 an Stelle des dritten Absatzes.

(Verliest Antrag 41.)

(Rufe: Dazu muß man auch den Parteibericht haben!) Zu diesen Erörterungen brauchen Sie den Parteibericht nicht. Wenn der Parteivorstand zum Beispiel vorschlägt, daß auf der Tagesordnung ein wirtschaftliches und soziales Aktionsprogramm stehen soll, und daß die Verfassungsfrage diskutiert werden soll, so können sie darüber Erörterungen pflegen auch ohne daß der Parteivorstand schon vorher Ihnen eine Grundlage geben muß. Denn das wäre schließlich auch eine geistige Bevormundung, die nicht nur nicht notwendig, sondern auch ganz unzweckmäßig wäre. Es werden auf einem Parteitag niemals Punkte verhandelt, die etwas den Genossen völlig Unvertrautes beinhalten. Es ist also die Durchführung des Vorschlages durchaus möglich. Ich möchte aber zur Auslegung dieses Vorschlages noch sagen, daß die Wahl der Delegierten in der Bezirkskonferenz nach vorherigen Erörterungen in den Mitgliederversammlungen, wie wir uns vorstellen, ein Minimum sein soll, daß es aber keineswegs dem Sinne des Beschlusses widerspricht, wenn mehr geschieht, das heißt, wenn insbesondere in den Bezirksorganisationen, die durch das Gebiet größerer Städte gebildet werden, auch die Wahl der Delegierten selbst in den großen Mitgliederversammlungen stattfindet. Im Gegenteil, da das noch demokratischer ist als das, was hier als Minimum vorgeschlagen wird, empfiehlt es sich sogar. Wir konnten es nur nicht als bindende Vorschrift aufnehmen, weil es praktisch in vielen Bezirksorganisationen mit vielen kleinen zerstreut gelegenen Orten kaum durchführbar ist. In diesem Sinne will also der Vorschlag der Kommission aufgefaßt werden.

Nun kommen wir zur Frage des Delegationsrechtes der Körperschaften. Da die Jugendlichen eine Ergänzung der Parteiorganisation sind und ihre Vertretung keine Doppelvertretung bedeutet, schlägt die Kommission vor, zwei Vertreter der Jugendorganisation als Delegierte zuzulassen. Was die anderen Körperschaften betrifft, steht die Kommission auf dem Standpunkt, es müsse angestrebt werden, den Parteitag zu einem Parlament der territorialen Parteiorganisationen zu machen. Sie konnte sich aber der Tatsache nicht verschließen, daß man heute das Delegationsrecht der Gewerkschaften nicht einfach abschaffen kann, und sie hat deshalb eine Resolution angenommen, der Parteivorstand möge sich darüber mit den Gewerkschaften ins Einvernehmen setzen und dem nächsten Parteitag Bericht erstatten. Mariahilf hat beantragt, den Fachblättern nur beratende, aber nicht mehr beschließende Stimme zu gewähren. Die Kommission tritt diesem Antrag bei, erweitert ihn aber auch auf die Vertreter der politischen Blätter. Die Kommission schlägt weiter vor, der Gewerkschaftskommission drei Vertreter einzuräumen. Der Antrag der Ständigen Delegation der Angestelltenorganisationen ist ja zurückgezogen worden, doch muß ich gegenüber Allina und Broczyner bemerken, daß es niemand einfällt, die von ihnen Vertretenen als Genossen zweiter Klasse zu behandeln, daß aber auch keiner Gruppe von Arbeitern eine privilegierte Stellung eingeräumt werden kann. Das ist die einstimmige Ansicht der Kommission. Die Verbände, welche der Ständigen Delegation angehören, sind doch zum größten Teil der Gewerkschaftskommission angeschlossen, sind also dadurch vertreten, außerdem hat jeder Verband selbst eine Vertretung. Und was die wenigen betrifft, die vorläufig der Kommission nicht angeschlossen sind, brauchen wir eine Sonderbestimmung für sie erst recht nicht. Die Ständige Delegation hat den Charakter eines Gewerkschaftskartells. Es gibt aber auch noch andere solche Kartelle, ein graphisches und ein Bauarbeiterkartell, und mit demselben Recht könnte jedes eine solche Vertretung beanspruchen. Den Antrag Emil Adler, auch andere Berufsorganisationen, deren

Mitglieder satzungsgemäß Sozialisten sind, delegieren zu lassen, empfiehlt die Kommission zur Ablehnung aus dem prinzipiellen Grunde, daß nur die territorialen Organisationen Vertreter entsenden und keine neuen Doppelvertretungen Platz greifen sollen. Den Genossen, die sich zu irgendwelchen Zwecken zusammengeschlossen haben, beruflichen oder Bildungszwecken, kann man aus diesem Grunde eine besondere Vertretung nicht einräumen. Es würden dann immer neue Doppelvertretungen entstehen. Deshalb empfiehlt auch die Kommission den Antrag Freundlich auf ein Delegierungsrecht der „Kinderfreunde" zur Ablehnung. Als Parteiorganisation sind diese schon im Jahre 1917 anerkannt worden, das bedingt aber nicht die Vertretung auf dem Parteitag. Es können ja alle diese Organisationen auf dem Parteitag zu Worte kommen, weil ihre Blätter Vertreter mit beratender Stimme herschicken können.

Was nun diese Blätter anbelangt, ist eine Anzahl von Anträgen auf Anerkennung auf dem Parteitag gestellt worden. Ich habe bereits auf einzelne Beschlüsse von früheren Parteitagen hingewiesen. Die Kommission hat beschlossen, dem Parteitag folgenden Antrag zu unterbreiten:

(Verliest Antrag 42.)

Ausgenommen von diesem Antrag ist das „Steyrer Tagblatt"; die Steyrer Genossen haben gebeten, das Blatt anzuerkennen. Die Kommission schlägt vor, den Antrag erst auf dem nächsten Parteitag zu verhandeln, bis diese Frage innerhalb der Landesorganisation Oberösterreich erledigt worden ist. Bezüglich des Delegationsrechtes der Gewerkschaften möchte ich betonen, daß nur die der Gewerkschaftskommission angehörigen Zentralverbände ein Delegationsrecht haben, bloße Lokalvereine sind darunter aber nicht gemeint. Alle diese Vorschläge bezüglich des Parteitages hat die Kommission neu gruppiert. Im § 21 des neuen Statuts werden sich statt zehn Punkte nun vierzehn Punkte ergeben. Im § 26 des neuen Statuts wird die Frist von vierzehn Tagen betreffs der Veröffentlichung des Parteiberichtes entsprechend einem Antrag der Mariahilfer Genossen auf vier Wochen zu erhöhen von der Kommission beantragt. Eine weitere Aenderung schlägt die Kommission im § 27 des Entwurfes vor. Und zwar in der Art, daß die ersten zwei Sätze dieses Paragraphen nun zu lauten hätten: Selbständige Anträge der Parteimitglieder sind mindestens zwei Wochen vor dem Parteitag dem Parteivorstande schriftlich zu übermitteln. Dieser hat sie sowie seine eigenen Anträge spätestens eine Woche vor dem Stattfinden des Parteitages im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen und dem Parteitag Bericht und Antrag zu erstatten. Die §§ 28 bis einschließlich 40 sind unverändert geblieben. Eine Aenderung schlägt die Kommission entsprechend einem Antrag der Genossin Proft im § 41 vor. Der § 41 soll dahin abgeändert werden, daß es nicht mehr heißen soll: „das aus zehn Mitgliedern bestehende Zentralkomitee", sondern: „es wird ein aus vierzehn Mitgliedern bestehendes Zentralkomitee gewählt". Die §§ 42 und 43 bleiben unverändert. Im § 44, 2. Absatz, soll statt des Wortes „können" das Wort „dürfen" eingesetzt werden. Zum § 45 schlägt Ihnen die Kommission noch eine Resolution vor, die außerhalb des Statuts zu fassen wäre. Die Genossen sind dazu angeregt worden durch eine Bestimmung, die unsere italienischen Genossen getroffen haben, und zwar, daß nur solche Genossen als Kandidaten für die Nationalversammlung aufgestellt werden dürfen, die mindestens fünf Jahre der Partei angehören. (Beifall.) Die Kommission war der Meinung, daß diese von den italienischen Genossen getroffene Bestimmung auch zweckmäßig wäre für uns, zumindest was die Wahl für die Nationalversammlung anlangt. (Zwischenrufe: Ueberall!) Was die anderen Wahlen anlangt, so ist das eine Angelegenheit, die sich die Genossen in den Ländern regeln müssen. Was aber die Bestimmung bezüglich der Nationalversammlung anlangt, so hat die Kommission auch der Ansicht Ausdruck gegeben, daß Ausnahmen von diesen Bestimmungen sich unter Umständen nicht umgehen lassen könnten. Eine solche Ausnahme müsse aber, wenn sie erfolgen soll, von der Parteikonferenz festgesetzt werden.

Ich verhehle mir nicht, daß dieser Antrag immerhin seine verschiedenen Seiten hat und ich muß gleichzeitig auch berichten, daß der Parteivorstand keine

Gelegenheit hatte, sich zu diesem Antrag, der ja hier in der Debatte auch nicht erörtert wurde, zu äußern. Der Antrag lautet:

(Verliest Antrag 25.)

Die §§ 46 bis zum Schluß § 55 bleiben unverändert. Dann folgt der Antrag des Parteivorstandes betreffend die Parteibeiträge. Diesem Antrag schließt sich die Kommission an. Was aber den Beginn der Wirksamkeit dieses Beschlusses anlangt, schlägt die Kommission vor: Diese Bestimmungen treten am 1. April 1920 in Kraft.

Das Statut selbst tritt natürlich sofort nach seiner Beschlußfassung in Kraft. Der Antrag bezüglich der Parteibeiträge aber am 1. April. (Rufe: Warum erst am 1. April?) Die Genossen aus den Ländern waren der Meinung, daß sie nun erst die Durchführung dieses Beschlusses auf den Landesparteitagen, die im Laufe des Dezember stattfinden sollen, zu beschließen haben werden. Die Landesparteitage wollen diese Beitragserhöhungen auch nicht dekretieren. Es soll darüber in den Mitgliederversammlungen überall gesprochen werden. Die Genossen meinen, bis 1. Jänner, wie es der Parteivorstand vorschlägt, damit nicht fertig zu werden. Die steirischen Genossen haben ja den Antrag gestellt, die Bestimmungen erst am 1. Juli in Kraft treten zu lassen. Die Kommission schlägt im Kompromißwege den 1. April vor. Sie hat aber der Meinung Ausdruck gegeben, daß es durchaus zweckmäßig wäre, die Beitragserhöhung trotzdem, wenn es irgendwie geht, in den Ländern schon früher durchzuführen, so daß dann nur die Ablieferung der höheren Quote an den Parteivorstand erst am 1. April erfolgt. Der Antrag schließt also nicht aus, daß die Landesparteitage beschließen können, die Beitragserhöhung selbst schon am 1. Jänner oder 1. Februar in Kraft treten zu lassen. Nur die Abführung der höheren Quote erfolgt erst am 1. April.

Durch diese Vorschläge der Kommission erledigen sich alle Anträge. Alle Anträge, die in meinem Bericht nicht berücksichtigt sind, empfiehlt die Kommission zur Ablehnung. Den Antrag Feldmann, die Parteiorganisation auf dem Prinzip der betriebsweisen Erfassung der Parteimitglieder aufzubauen, beantragt die Kommission den Landesorganisationen zum Studium zu überweisen. Die Landesvorstände werden aufgefordert, dem Parteivorstand zu berichten, damit auch er dem nächsten Parteitag darüber Bericht erstatten kann. Die Kommission war nämlich der Meinung, daß man diesen Antrag nicht ablehnen könne, da in großen Städten teilweise die Zusammenfassung nach Betrieben schon heute geschieht und sie vielleicht zweckmäßig ist. Beschlossen kann aber ein so weitgehender Antrag nicht so ohneweiters werden. Zu den abzulehnenden Anträgen gehört auch der Antrag des Verbandes der gemeinnützigen Bau- und Wohnungsgenossenschaften, man solle ihm ein Delegierungsrecht einräumen. Die Ablehnung empfiehlt sich um so mehr, als dieser Verband keineswegs als sozialistische Organisation aufgefaßt werden kann.

Vorsitzender Seitz: Wir kommen nun zur

Abstimmung.

Wer für die vom Referenten vorgeschlagene Fassung des Organisationsstatuts ist, möge die Karte erheben. (Geschieht.) Ist angenommen.

Dasselbe auch bezüglich der Anträge der Kommission über die Ablehnung der vorgebrachten Anträge. Wer dem Antrag der Kommission zustimmt, möge die Karte erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Wer für die vom Referenten vorgeschlagene Liste der anerkannten Parteiblätter ist, möge die Karte erheben. (Geschieht.) Ist angenommen.

Ebenso bezüglich des „Steyrer Tagblattes", wozu die Kommission vorschlägt, den Antrag erst auf dem nächsten Parteitag zu verhandeln, bis diese Frage innerhalb der Landesorganisation Oberösterreich erledigt ist.

Bezüglich des Inkrafttretens des Statutes schlägt die Kommission vor, daß das Statut sofort in Kraft tritt, die Erhöhung der Beiträge aber erst am 1. April. Wer dafür ist, bitte ich die Karte zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Außerhalb des Statuts beantragt die Kommission noch folgenden Antrag, daß die Kandidaten mindestens fünf Jahre Parteimitglieder sein müssen.

(Verliest Antrag 25.)

Wer dafür ist, den bitte ich, die Karte zu erheben. (Geschieht.) Ist angenommen.

Bezüglich des Delegierungsrechtes der Gewerkschaften liegt von der Bezirksorganisation Mariahilf folgende Resolution vor:

(Verliest Antrag 24.)

Wer dafür ist, möge die Karte erheben. (Geschieht.) Ist angenommen.

Vorsitzender Seitz: Wir kehren jetzt zur

Debatte über die Verfassungsfrage,

die wir vorhin unterbrochen haben, zurück.

Max Adler (Wien): Es sind hauptsächlich zwei Gesichtspunkte aus dem Referat des Genossen Renner, auf welche ich in meinen folgenden Darlegungen zurückkommen möchte und dabei werden Sie mir gestatten, daß ich bei diesen Gesichtspunkten — sie sind ihrer Natur nach so beschaffen — mehr auf die prinzipielle Grundlage des Sozialismus zu sprechen kommen werde. Renner hat nämlich gestern bei Besprechung der im Verfassungsentwurf enthaltenen individuellen Rechte, der Freiheitsrechte der Staatsbürger, der Französischen Revolution ein großes Lob erteilt und uns die großen Traditionen des Jahres 1789 in Erinnerung gerufen. Ich war darüber ebenso erstaunt wie erfreut und es wird so wie mir auch vielen anderen ergangen sein, welche sich noch an die Schriften des Genossen Renner erinnern — sie liegen gar nicht so lange zurück; es handelt sich um seine Abhandlungen über die Probleme des Marxismus und auch sein Buch „Marxismus und Internationale" — worin er über die Französische Revolution durchaus nicht so wohlwollend gesprochen hat wie gestern und worin er diejenigen Genossen, welche an diese Tradition angeknüpft haben, durchaus nicht so freundlich behandelt hat, wie er es heute tun würde; im Gegenteil hat er damals diejenigen, die sich auf die freiheitlichen Traditionen der Französischen Revolution berufen, als Vulgärmarxisten, als Altliberale hingestellt und verspottet, freilich deswegen, weil es sich ihm damals wesentlich darum gehandelt hat, seine Theorie von der Durchstaatlichung der Oekonomie in Schutz zu nehmen. Sie wissen, das ist jene eigentümliche Theorie, die Genosse Renner in seinem letzten Buche durchgeführt hat, in welcher er uns darlegen wollte, daß die kapitalistische Entwicklung von selbst dazu führe, daß der Staat sich immer mehr mit sozialem Inhalt erfülle, daß der Staat immer mehr und mehr den Zielen des Proletariats diene, so daß, während die Oekonomie immer den Zwecken der Kapitalisten nütze, der Staat immer mehr den Zwecken des Proletariats nützlich werde.

Es ist nicht der Raum und die Zeit, hier auf diese sehr eigentümliche Theorie einzugehen. Damals hat Genosse Renner den Staatsbegriff, die Staatsidee in Schutz genommen und uns den Vorwurf gemacht, daß wir mehr Liberale, mehr Anarchisten als Sozialisten seien, weil es sich ihm um die Betonung des Staatszwanges handelte. Wenn heute Genosse Renner in überraschender Weise für die liberalen Grundrechte des Staatsbürgers sich erklärt hat, so hat er es deshalb getan, weil er heute von anderen Gesichtspunkten aus die revolutionäre Energie des Klassenkampfes zwar nicht geradezu schwächen will, aber die revolutionäre Energie des Klassenkampfes nicht für geeignet hält, die Ziele, die ihm vor Augen schweben, zu verwirklichen. Er meint nämlich, daß an den Grundlehren des modernen Rechtsbewußtseins angeblich die Idee der Diktatur des Proletariats rüttle. Genossen, ich glaube, dagegen müssen wir uns mit aller Entschiedenheit erklären, daß Genosse Renner in dieser Weise die Grundrechte des Staatsbürgers in Gegensatz gebracht hat zu dem Gedanken der Diktatur des Proletariats. Genosse Renner hat eigentlich nur die Idee des Rechtsstaates dargelegt, die nichts anderes ist für das Proletariat als eine große Heuchelei. Das weiß Genosse Renner ebenso genau wie ich. Mit der Idee des Rechtsstaates ist dem Proletariat in keiner Weise gedient. Die bloßen politischen Grundrechte verschaffen dem Proletariat noch kein Stück Brot, es handelt sich nicht allein um gleiche Rechte, sondern um gleiche Lebensmöglichkeit. Genosse Renner hat gestern gesagt, er will alle diese Begriffe vom Rechtsstaat nur juristisch besprechen, aber ich glaube, er hat auch juristisch gedacht, er hat in der Ablehnung der Diktatur des Proletariats rein staatskanzlerisch gedacht. Das Proletariat will eben nicht bloß Rechtsgleichheit

herbeiführen, sondern es will auch die wirtschaftliche Lebensmöglichkeit. Das ist aber nur möglich, wenn wir nicht nur eine andere Rechtsordnung haben, sondern vor allem eine andere Wirtschaftsordnung, wenn wir also vor allem den Staat wirtschaftlich umbauen. Das ist nur möglich auf dem Wege des alten Klassenkampfes, den der Sozialismus immer gegangen ist, nur möglich durch den revolutionären Kampf, der als Hauptmittel hat die Diktatur des Proletariats. Man darf deswegen, weil die Diktatur des Proletariats in Rußland, in Ungarn und in Deutschland zu keinem Erfolg hat führen können, die Sache nicht so darstellen, als ob die Diktatur des Proletariats nun etwas wäre, was aus dem Gesichtskreis des revolutionären Proletariats auszuscheiden habe. Man darf niemals das Proletariat zu den falschen Anschauungen kommen lassen, als ob wir gegen die Diktatur des Proletariats wären. Man muß im Gegenteil erklären: Wir sind nur jetzt nicht für die Diktatur des Proletariats, weil wir sie jetzt nicht für möglich halten, wir sind aber nach wie vor der Ansicht, daß die Diktatur des Proletariats das einzige Ziel des Proletariats sein muß, der eigentliche Richtpunkt für unsere gesamte Aufklärungsarbeit des Proletariats. Gewiß: auch für uns sind die Grundrechte des Bürgers, die Menschenrechte, wie sie die Französische Revolution genannt hat, eine heilige Sache, aber erst dann, wenn es wirkliche Menschenrechte sein werden, wenn sie nicht bloß Verfassungsrechte sein werden, sondern jedem Menschen auch ein menschenwürdiges Dasein gesichert sein wird. Solange das nicht der Fall ist, kämpfen wir erst noch für die wirkliche staatsbürgerliche Freiheit und werden darin, wenn es notwendig ist, auch die Gewalt anwenden müssen. Wir können uns — Marx und Engels haben es auch nie getan — nicht vorstellen, daß der Kampf des Proletariats bloß ein Rechtskampf ist, sondern er wird geführt mit allen Mitteln, die ihm zur Verfügung stehen, also auch mit den Mitteln der Gewalt, wo sie notwendig sind und wenn sie Erfolg versprechen. Wir sind im gegebenen Augenblick nur deswegen gegen die Gewalt, weil wir uns von ihr keinen Erfolg versprechen für unsere eigentlichen sozialistischen Ziele. Der Kampf, den wir gegen die kommunistische Putschtaktik geführt haben, darf nicht dazu führen, daß wir uns prinzipiell gegen Mittel der Gewalt erklären. Bauer hat gestern mit Recht gesagt, daß es nicht angeht, Fragen der revolutionären Entwicklung mit Sittensprüchlein abzutun. Fragen der Gewalt sind Fragen des geschichtlichen Prozesses, eine Gewalt, die im Zuge des geschichtlichen Prozesses ausgeübt wird, ist nicht Verletzung von Freiheitsrechten, sondern Begründung neuer Freiheitsrechte. Es handelt sich also um das Bewußtsein des Umstandes, daß die Diktatur des Proletariats für uns das richtunggebende Ziel unserer ganzen politischen und ökonomischen Aufklärungsarbeit sein muß und daß wir diesen Gedanken niemals in den Hintergrund treten lassen dürfen. Und das Mittel, dieses Bewußtsein im Proletariat lebendig zu erhalten, ist gegeben in dem revolutionären Institut der Arbeiterräte.

Und damit kommen wir zum zweiten Punkt. (Dem Redner wird, da die Redezeit abgelaufen ist, Fortsetzung der Rede bewilligt.) Genosse Renner hat auch in diesem Punkte meiner Meinung nach wesentlich juristisch gesprochen. Er kann sagen, daß er ja schließlich zu einem Verfassungsentwurf nicht anders zu sprechen brauchte, aber das, glaube ich, ist nicht der vollständig richtige Standpunkt. Denn wir sind ja dazu hier versammelt, die juristischen Formen lediglich als Mittel für den Kampf des Proletariats zu betrachten. Was sie juristisch zu leisten vermögen, ist natürlich Sache unserer juristischen Sachverständigen, die uns diese Mittel ausarbeiten müssen, aber welche Mittel wir überhaupt anzuwenden haben, ist eine über die juristische Prüfung hinausgehende Erwägung. Um diese Erwägung anzustellen, sind wir ja hier. Nun hat Dr. Renner gemeint, es ergebe sich die wichtige Frage, was für Kompetenz die Arbeiterräte haben sollen. Die Welt des sozialistischen Kampfes sei ja aufgeteilt in den verschiedenen Formen unserer Organisation. Gewerkschaften, Genossenschaften und Sonderorganisationen für bestimmte Zwecke. Merkwürdigerweise hat Renner dabei gerade die politischen Organisationen ausgelassen. Er hat wohl gefühlt, daß hier der Kern des Problems liegt, daß wir geradezu eine Neugestaltung des politischen Kampfes des Proletariats brauchen, weil der Kampf in der alten Form der Organisation zwar weitergeführt werden könnte, aber nicht geführt wurde, und daher in neuen, der Revolution entsprungenen Formen weitergeführt werden muß.

Die Arbeiterräte sind ein Produkt der Revolution und ihre Tätigkeit ist fortlaufende Revolution. Einen anderen Zweck kann ich mir nicht vorstellen. Wir als Marxisten sind geschult genug und Lassalle hat wiederholt in schönen Gleichnissen dargelegt, daß unter Revolution nicht zu verstehen ist der blutige Streit, der durch die Gassen tobt, sondern zu verstehen ist, daß das politische und wirtschaftliche Leben auf ganz neue Grundlagen gestellt wird. Wenn es nur eine Körperschaft unternimmt, in alle Zweige unseres sozialen Lebens diese neuen Prinzipien hineinzutragen und sich dabei an keine wie immer bestehenden gesetzlichen Formen kehrt, so ist das eben die revolutionäre Kompetenz der Arbeiterräte. Es berührt mich merkwürdig, wenn man über Uebergriffe und Kompetenzüberschreitungen der Arbeiterräte spricht. Ich bin nicht blind dagegen, daß sie große Fehler begangen haben und daß ihnen große Mängel anhaften und daß, wenn man dem nicht mit Energie entgegentritt, sie mehr schaden als nützen werden. Aber das ist eine Sache, die die Arbeiterräte mit sich auszumachen haben, und daß sie dabei zeigen werden, ob sie die Kraft in sich haben, die Mißbräuche, die Korruption, den Partikularismus und die Kirchturmpolitik zu überwinden. Davon hängt das Schicksal der Arbeiterräte ab. Das hat uns aber nicht hier zu beschäftigen. Man muß wissen, daß es lächerlich ist, von Uebergriffen der Arbeiterräte zu sprechen, wenn sie die revolutionäre Bewegung in Fluß selbst sind. Die Kompetenz, die die Arbeiterräte anzurufen haben, ist einzig und allein die, die sie sich selbst werden schaffen können.

Nun hat Genosse Renner selbst gesagt, nach welcher Richtung die Kompetenz der Arbeiterräte selbst von seinem juristischen Standpunkt herangezogen werden könnte. Er hat mit Recht darauf verwiesen, daß wir die Verwaltung nur im Sinne einer Volksverwaltung werden umgestalten können, wenn ein anderer Geist hineinkommt. Er betrachtet diesen aber nur unter dem Gesichtspunkt der Amtstüchtigkeit. Das ist aber nur der Standpunkt des Juristen und des Staatskanzlers, der in der Nationalversammlung gewiß durchaus am Platze ist, den er aber nicht hier am Parteitag allein einzunehmen hätte. Die Amtstüchtigkeit der Bürokratie ist natürlich eine sehr notwendige Sache. Ich möchte hier einflechten, daß es mir nicht einfallen kann, daran zu denken, daß die Arbeiterräte die Bürokratie auch nur irgendwie sofort ersetzen könnten. Das wäre ein gefährlicher Irrtum. Die komplizierten Aufgaben des Staates und der Gemeinde brauchen selbstverständlich eine geschulte Verwaltung und diese liegt nur in der vorhandenen Bürokratie vor. Aber diese geschulte Bürokratie funktioniert, wie auch Renner gesagt hat, sehr schlecht, indem ihr die Amtstüchtigkeit fehlt, und deshalb will er sie auffrischen durch tüchtige Aerzte, Techniker, Chemiker u. s. w. Aber dadurch bekommen wir noch keinen neuen Geist in der Bürokratie, die auch für die Ziele der Revolution tüchtig ist, die über den Charakter des Klassenstaates hinausführt. Und diese Ergänzung der Bürokratie für die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft selbst haben die Arbeiterräte beizutragen, indem sie natürlich auch amtstüchtige Leute uns werden schicken müssen, natürlich nicht Leute, die nichts verstehen von den Sachen, über die sie werden reden müssen, aber die darüber hinaus auch revolutionäre Sozialdemokraten sind, darauf kommt es uns an. Deswegen kann ich den Ausweg, den Renner hier begrüßt hat, nicht ebenso begrüßen, wenn er sagt, es war ein sehr glücklicher Gedanke, daß die Genossen in die Gemeinden vielfach Leute hineingenommen haben, die ganz unpolitisch sind, bloß damit sie tüchtige Leute darin haben. Das scheint auf den ersten Blick ein richtiger Gedanke, aber diese Leute, die nicht unseren Standpunkt einnehmen und nicht nach unserem Geiste und für unsere Ziele wirken, sind höchst gefährliche Bettgenossen für uns. Sie gehen heute mit uns, weil wir noch ein Stück Macht haben, sie fallen aber von uns ab, wie der Wind anders weht, und sie stellen dann ihre ganze Tüchtigkeit in den Dienst der anderen Macht. Das ist also ein ganz juristischer Standpunkt. Wir brauchen die revolutionäre Amtstüchtigkeit, wenn ich mich so ausdrücken darf, und hier liegt die Aufgabe der Arbeiterräte, daß sie einesteils die Kontrolle der Verwaltung im Sinne der Revolution sind und daß sie anderenteils der Verwaltung jene neuen Ziele und Aufgaben setzen, die überhaupt nur das Interesse des Proletariats sind und überhaupt nicht das Interesse des bürgerlichen Klassenstaates. Wenn Sie das so aufgefaßt haben, dann werden Sie sehen, daß das Institut der Arbeiterräte nicht jene nebensächliche Bedeutung hat, wie es Renner

allem hat gelten lassen, gleichsam das Reservoir von Schöffen der Verwaltung, sondern den Sinn, den revolutionären Kampf des Proletariats weiterzuführen.

Was sind also die Arbeiterräte und was ist ihre Kompetenz? Ihre eigentliche Kompetenz ist, daß sie die notwendigen Pflanzstätten sein müssen für den Geist und die Kraft, die wir allein brauchen können, die allein den revolutionären Kampf des Proletariats weiterführen, die Vorbereitungsstätten für die Diktatur des Proletariats. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Abram (Innsbruck): Als ich gestern das Referat Renners und einige Diskussionsredner hörte, sagte ich mir, vom alten Staat bis zur Nationalversammlung, zum Bundesrat, zur autonomen Landes- und Kirchspielvertretung ist in einem Jahre kein kleiner Weg zurückgelegt worden, und wenn noch die Beiziehung von Arbeiterräten und revolutionären Soldatenräten verlangt wird, erscheint mir das zu viel. Die Rede Max Adlers bringt mir eine Gruppe Eisenbahner in Erinnerung, die im Mai in Eisenbahnwaggons wohnen mußte und bis November darüber studierte, wie sie sich schmucke Häuschen bauen kann, aber vor lauter Ueberlegen noch nicht zum Bauen gekommen ist und im Winter noch weiter in den Waggons ist. Eine andere Gruppe hat weniger erwogen und sich ein Notheim geschaffen. So geht es auch uns; vor lauter neuen Institutionen sehen die Genossen nicht, was geworden. Wir werden allzuviel Selbstverwaltung nicht gut vertragen. Vergessen wir nicht, daß bisher Bürger und Bauer sich nur als Lakaien der Habsburger gefühlt haben und deshalb müssen wir mit einfacheren Formen unser Auslangen zu finden suchen. Notwendig ist, daß die Zentralgewalt stärker sei als bisher, sonst ist die schönste Demokratie nur auf dem Papier und die Demokratie wird diskreditiert. Ich sehe eine große Gefahr vor uns, die Gefahr, daß wir wirtschaftlich vollständig verkommen. Ich sehe aber auch in kultureller Beziehung eine große Gefahr, wenn wir abweichen von den Grundsätzen, die früher die Partei hatte: die Zentralgewalt und Kreise an Stelle so vieler Körperschaften. Wenn wir die Schule den klerikalen Ländern ausliefern, so mag das sehr bequem für die Wiener sein, aber glauben Sie dann ja nicht, daß Sie in Wien stark sein werden, auch die Schule nach Ihren Bedürfnissen einzurichten. Deshalb möchte ich darum bitten, daß unsere Genossen, die die Koalitionsverhandlungen mit den Christlichsozialen weiterzuführen haben, mehr jenen Standpunkt einnehmen, der dem Gesamtinteresse des Gesamtproletariats entspricht. Ich werde, soweit es mir möglich sein wird, in dieser Sache den entschiedensten Widerstand aufbringen.

Glöckel (Wien): Zur selben Zeit, da eine neue Verfassung geschaffen werden soll, muß an einer tiefgreifenden Schulreform gearbeitet werden. Sie wird in der Form in Angriff genommen, daß gesetzliche und verwaltungstechnische Verfügungen erlassen werden. Das Proletariat hat das größte Interesse daran, daß hier möglichst einheitlich vorgegangen werde. Verländerung des Schulwesens bedeutet Verelendung des Schulwesens. (Lebhafter Beifall.) Bei aller Berücksichtigung der lokalen Bedürfnisse — die Schule eines Gebirgsortes muß naturgemäß anders aussehen als eine Großstadtschule — muß eine gewisse Einheitlichkeit erzielt werden, will man nicht zur Verdorfung des Schulwesens gelangen. Es scheint mir, daß schon heute die Länder einen viel zu großen Einfluß auf die allgemeine Gestaltung des Schulwesens genommen haben, eine wesentliche Erweiterung in dieser Richtung wäre ein Unglück. (Zustimmung.) Jeder in der Kleinarbeit tätige Genosse hat es hundertmal empfunden, wie schwer es ist, engstirnige Vorurteile, die in der heutigen dynastisch-patriotischen Schule ihren Ursprung genommen haben, zu überwinden. Da muß ein völlig neuer, der Zeit entsprechender Geist Einzug halten. An die Stelle der Schule mit Klassencharakter muß eine wirkliche Schule des Volkes treten. Für uns ist es durchaus nicht gleichgültig, ob die Ausbildung der Schule innerhalb der einzelnen Länder Verschiedenheiten aufweist, ob die Länder in Bezug auf Kulturhöhe ihrer Einwohner differenzieren. Jedes zurückbleibende Land wirkt wie ein Bleigewicht für die Partei und für den Staat. Wir haben dies ja schon im alten Staate mitgemacht. Die Polen, Ruthenen, Slowenen drückten dem alten Staat ihren Stempel auf. Sollen wir innerhalb der kleinen armen deutschösterreichischen Republik dieses Spiel in anderer Form wiederholen? Sollen die Bewohner von Oberösterreich eine andere Ausbildung genießen wie die von Niederösterreich? Vielleicht könnte man weitherziger sein in

den Fragen des sogenannten Kulturkampfes. Die Bevölkerung denkt hier in der Großstadt Wien wesentlich anders als in den Gebirgstälern Tirols. Hier könnte die starre Einheitlichkeit eine Einschnürung der Entwicklung in Ländern bedeuten, wo die Sozialdemokraten schon einen wesentlich stärkeren Einfluß auszuüben vermögen. Uebrigens werden diese Fragen im allgemeinen Kampf um die Trennung von Kirche und Schule entschieden. Auf dem Gebiete der äußeren und inneren Organisation der Schule aber müssen wir hart sein. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn schon ein Rahmengesetz geschaffen werden muß, so muß es soweit als möglich Detailbestimmungen enthalten. Wir müssen dafür Sorge tragen, daß das Bildungsprivileg systematisch abgebaut wird. Für die Kinder des Proletariats ebenso das gleiche Recht auf Bildung wie den Erwachsenen das gleiche politische Recht! (Zustimmung.) In diesem Rahmengesetz muß die Einheitlichkeit des Lehrzieles sowohl auf jeder Altersstufe als auch in Bezug auf das Endresultat festgelegt sein. Wir müssen bestehen auf der gleichen Lehrerbildung. Hier ist der Angelpunkt der ganzen Schulreformbewegung. In die Lehrerbildungsanstalten muß sozialer Geist einziehen. Nicht lebensfremde Menschen dürfen dort wirken, um so weniger als die Lehrer in Zukunft auch auf dem Gebiete der allgemeinen Volksbildung eine bedeutend wichtigere Rolle als bisher zu spielen haben werden. Endlich hat die Schulorganisation einheitlich aufgebaut zu sein. Wir stehen auf dem Standpunkte der Einheitsschule, die die Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres ohne Differenzierung zu unterrichten hat. In dieser Altersstufe kann über die geistige Tüchtigkeit und die besondere Befähigung des Kindes für einen bestimmten Beruf mit einer gewissen Sicherheit entschieden werden. Im absolutistischen Staat war man eifrig bemüht, jene Kinder, die später für die entscheidenden Verwaltungsstellen des Reiches bestimmt waren, möglichst früh, im zehnten Lebensjahre, von den Kindern des Proletariats zu trennen.

Ueberlassen wir über diese Fragen die Entscheidung den einzelnen Ländern, so bedeutet dies Differenzierung der Jugendbildung, Differenzierung der Kulturhöhe; diese muß schließlich zum Verfall, mindestens zur gegenseitigen Hemmung führen. Ich warne davor, sich etwa auf den Einfluß der Sozialdemokraten in den Ländern zu verlassen: Es wäre eine trügerische Hoffnung. Wenn wir Sieger im Zentrum, wo unsere politische Kraft zusammengefaßt ist, zu schwach wären, die Einheitlichkeit des Schulwesens durchzusetzen, in den einzelnen Ländern wäre der Kampf aussichtslos. Hier liegt eine große Gefahr! Die Massen stehen der Schulreform wesentlich anders gegenüber als irgendeiner anderen Verwaltungsreform. Abgesehen davon, daß sie es sehr lebhaft empfinden, daß die Demokratie ohne systematische Volksbildung immer auf schwankendem Boden sich befinden muß, spricht hier neben den Gründen der Vernunft das Herz mit. Bei unseren Kindern sind wir doppelt empfindlich! (Lebhafter Beifall.) Je mehr uns die Sorgen des Tages niederzudrücken drohen, um so mehr brauchen wir eine Arbeit, die uns den Glauben an die Zukunft erhält, die die Brücke bildet in eine bessere Zeit. Weil hier starke Gefühlsmomente mitspielen, bedeutet dies auch den Zugang zu vielen Indifferenten. Wir müssen dafür sorgen, daß hinter der Schulreform der starke Wille des Proletariats steht. (Lebhafte Zustimmung.) Denn es kann auch sein, daß wir das Proletariat zur Erkämpfung der Schulreform aufrufen müssen. Jetzt bei Schaffung der neuen Verfassung eine verhängnisvolle Schwäche gegenüber den Länderautonomisten zu zeigen, würde einen Fehler bedeuten, der nicht mehr gutgemacht werden könnte. (Lebhafte Zustimmung.)

Pichler (Bruck a. d. Mur): Ich möchte zu dem, was Renner in Bezug auf die Länder gesagt hat, erklären: Die Botschaft höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Genosse Glöckel hat ganz richtig schon ausgeführt, daß es draußen in den Ländern sehr schwer sein wird, das durchzusetzen, was Renner hier ausgeführt hat. Draußen schaut es ein bißchen anders aus als in Wien und im größten Teil von Niederösterreich. Ich möchte die steirischen Verhältnisse in mancher Beziehung ganz kurz schildern und möchte sagen, daß unsere Genossen — wenn auch dieses Einbekenntnis nicht erfreulich ist — direkt außerstande sind, so viel reale Macht zu erreichen, um das durchzusetzen, was Renner gesagt hat. Ich habe gestern Genossen Renner gebeten, er möge mir sagen, was in Bezug auf die Reform der Justizverwaltung geschieht. In Leibnitz hat ein Eisenbahnbeamter einen einfachen Eisen-

bahner geklagt und umgekehrt, und der deutschnationale Richter hat den Eisenbahnbeamten freigesprochen, obwohl er den Eisenbahner sehr schwer beleidigt hatte, dem Eisenbahner hingegen, der sich eine viel geringfügigere Beleidigung des Beamten hatte zuschulden kommen lassen, vierzehn Tage Arrest aufgebrannt. Ich will den zweiten Fall gar nicht erwähnen, der sich in Obersteiermark abgespielt hat. Ich möchte nur sagen, daß die steirischen Richter ein besonderes reaktionäres Gebilde sind. Wir wissen beispielsweise — um ganz kurz zu sein — daß es bei den Gerichten vollständig genügt, wenn irgendein Artikel des deutschnationalen „Tagblattes" vorliegt. Mehr braucht nicht zu sein.

Ich weiß schon, daß es schwer sein wird, die Sache zu ändern, aber es wird versucht werden müssen. Wir stehen sonst vor der Gefahr, daß wir das Vertrauen der Bevölkerung verlieren, wodurch dann die ganze Verfassungsreform um ihren Wert kommt. Was bei uns möglich ist, sagt auch ein Fall, in dem ein Herr, der geschossen hatte, auf freiem Fuß gelassen wurde, während ein zweiter, der einem anderen den Zwicker von der Nase schlug, gefesselt durch die Straßen geführt wurde. Der eine, der geschossen hatte, war freilich ein Fabrikant, der andere aber ein Arbeiter. Frey hat ganz recht. Es läßt sich nicht schildern, was wir draußen in der Provinz mit den Heimwehren und mit den Offizieren der Volkswehr erleben müssen. Das spottet jeder Beschreibung. Wir sind freilich nicht imstande, den Offizieren so energisch entgegenzutreten, wie es notwendig wäre. Aber es ist trotzdem notwendig, immer wieder auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die in solchen Zuständen, die in der Provinz immer ärgere Formen annehmen, bestehen. In Graz erklärt man ganz einfach, es gibt keine Soldatenräte mehr, sie dürfen Beschwerden vorbringen, aber im übrigen hätten sie das Maul zu halten. Die Herren führen das große Wort. Ein besonders lustiges Stück, wenn es nicht so traurig wäre, sind die Heimwehren. Wie war es zum Beispiel mit dem Auftrag, daß die Waffen abgeliefert werden müssen? Der Arbeiterschaft hat man die Waffen genommen, aber die Bürgerlichen verteilen ihre Waffen ungeniert. Wir jammern immer darüber, daß wir kein Geld haben, um das Notwendigste anzuschaffen. Aber es ist Geld genug da, daß in irgendein kleines Nest ein Fregattenkapitän hingestellt wird, der nur spazierengeht. Die Herren Offiziere in der Provinz haben nichts anderes zu tun, als von früh bis abends in den Kaffeehäusern zu sitzen, Schmähartikel gegen die Arbeiterschaft zu schreiben oder zu veranlassen und über die Arbeiterschaft zu schimpfen. Man hat hier über die Reichswehr in Deutschland manches gesagt und ich hoffe nur, daß es uns gelingen wird, einen günstigen Ausbau der Volkswehr zu bekommen.

Zur Verfassungsreform gehört auch die Frage der Presse. Ich bin nicht dafür, daß man die bürgerliche Presse mundtot machen will. Aber es müßte schon manches geschehen, was die Zügellosigkeit der gegnerischen Presse unterbinden könnte.

Das ist es, Genossen, was uns in der Provinz draußen so bange macht. Wir fürchten für den Bestand der Republik. Die Macht der Bürger und Bauern ist schon so groß geworden, daß unsere Furcht vollkommen gerechtfertigt ist. Genosse Renner, das sage ich Ihnen offen, wenn wir durch die Bundesverfassung den Ländern ausgeliefert werden, dann gnade Gott. Ich bezweifle, daß es durchaus notwendig war, die Koalitionsverhandlungen vor dem Parteitag zu Ende zu führen; ich zweifle, daß die Frage des Schumpeter so wichtig war, die Koalitionsverhandlungen so rasch zu beenden. Die zwei, drei Wochen hätte das schon noch Zeit gehabt. Ich möchte Renner darauf aufmerksam machen, daß die Koalition in den Ländern einen äußerst erbitternden Eindruck gemacht hat. Ich sage dies alles, weil ich nicht will, daß wir durch die Koalition in wichtigen Angelegenheiten, wie zum Beispiel die Schule eine ist, beeinträchtigt werden.

Vorsitzender **Seitz**: Es ist folgender Antrag Zelenka eingelaufen:

(Verliest Antrag 55.)

Linder (Vorarlberg): Dr. Renner meinte, die Verfassung werde besser sein als die der alten demokratischen Schweiz. Da stimme ich aber mit Frey überein, der gesagt hat, es komme nicht darauf an, was auf dem Papier steht, sondern wie die Verfassung gehandhabt werde. Die Schweiz kann heute nicht beispielgebend sein, dort herrscht die Reaktion, Streikenden wird der Revolver an die Brust gesetzt, dort

werden Menschen ausgewiesen, weil sie Mitglieder der Unabhängigen Partei Deutschlands sind. Die Schweiz kann für uns nicht maßgebend sein, sondern wir brauchen eine Verfassung, die uns das Beste bietet. Wenn wir auf Grund einer Koalition zu einer Verfassung kommen, dürfen uns nicht Fesseln angelegt werden, durch die uns in den Ländern alle Möglichkeiten der Entwicklung genommen werden. Wenn man die Schule nicht als Staatssache betrachtet, werden die Schulen eine Brutstätte der klerikalen Reaktion. Wir müssen wünschen, daß die Schulen Staatsanstalten sind, wo die Kinder als Republikaner erzogen werden. Bei uns in Vorarlberg haben Lehrer ein Einkommen, das, auf den Tag umgerechnet, sechs Kronen für den Tag beträgt. Solche Lehrer sind nicht imstande, unsere Kinder zu erziehen. Wir verlangen also, daß die Schule Staatssache und die Lehrer entsprechend entlohnt werden. Der Plan, eine zweite Kammer zu schaffen, muß in der Provinz Entrüstung hervorrufen. Die Genossen haben uns schon öfter darüber Vorwürfe gemacht, daß die Regierung nicht dafür sorgt, daß ihre Weisungen in den Ländern eingehalten werden. Unser Landeshauptmann hat erklärt, der Schulerlaß Glöckels existiere für ihn nicht, er sei ungesetzlich. Auf den gleichen Standpunkt haben sie sich gegenüber dem Staatsamt für Heerwesen gestellt. Unter solchen Umständen werden Sie in Wien und Niederösterreich vorwärts kommen, aber wir draußen werden jahrzehntelang mit Ihnen nicht gleichen Schritt halten können. So sehr wir bedauern, daß diese Vereinbarungen bereits geschlossen sind, richten wir an die Genossen in der Regierung und in der Nationalversammlung den Appell, alles zu tun, daß die Verfassung im Sinne unserer Wünsche zustande komme. Wir müssen das verlangen, auch auf die Gefahr hin, daß die Koalition früher oder später in Fransen geht. Wir fürchten zwar den Winter; bevor wir uns aber drosseln lassen für Jahrzehnte, lieber den Kampf! Die Arbeiterschaft hat nicht viel zu verlieren.

Pattermann (Wien): Renner hat bei der Frage des Koalitionsrechtes auf die Staatsbetriebe verwiesen. Seine Ausführungen könnten zum Schluß verleiten, als ob die Akte des Terrorismus, die wir verurteilen, ihre Ursache lediglich darin hätten, daß für die terroristischen Akte der Christlichsozialen Rache genommen wird. Ich stelle fest, daß das in den staatlichen Betrieben nur zum geringsten Teil zutrifft. Die Ursache ist eine andere, nämlich die, daß sich eine Minderheit, und eine oft sehr kleine Minderheit, den Beschlüssen der Mehrheit nicht fügen, sondern ihren Willen der großen Mehrheit aufdrängen will. Das sind die Ursachen, die in den Staatsbetrieben es mit sich gebracht haben, daß sich die Arbeiter gegen die Christlichsozialen gewendet haben. Die Aufgaben der Gewerkschaften, insbesondere in den Staatsbetrieben, sind heute wesentlich andere als in der Vergangenheit, und ich muß hier feststellen, daß die Gewerkschaften in den Staatsbetrieben und insbesondere in den Betrieben, die ich vertrete, nur zum kleinen Teil ihre Aufgabe in der Interessenvertretung der Arbeiterschaft erblicken, sondern sich sehr darum sorgen müssen, einmal Ordnung in den Staatsbetrieben zu machen. Die Bürokratie hat vollständig versagt, und wenn Arbeiter und Angestellte nicht zusammengingen, so würden die Staatsbetriebe einfach zusammenbrechen. Was die angeblichen Akte des Terrors betrifft, so habe ich selbst bei amtlichen Erhebungen mitgewirkt, insbesondere im Staatsamt für Finanzen, und da wurde in jedem einzelnen Falle festgestellt, daß die Behauptungen der Christlichsozialen zur Gänze unrichtig waren. Es ist in keinem einzigen Falle ein Gewissenszwang ausgeübt worden. Im Gegenteil, es wurde festgestellt, daß die Christlichsozialen der Mehrheit den Zwang auferlegen wollten, und dagegen hat sich allerdings die Majorität zur Wehr gesetzt. Feststellen muß ich noch, daß, wenn wir uns in einem Betrieb besonders bemühen, die Ordnung herzustellen, sich die Christlichsozialen dagegen erheben, selbst dort, wo wir, wie in Hainburg, Diebstähle abzuwehren suchten.

Ruschak (Mürzzuschlag): Renner hat von einem demokratischen Bundesstaat gesprochen. Aber wozu brauchen wir einen Bundesstaat, die wir ein einheitlicher Staat sind? Ist der Kärntner, der Steirer, der Tiroler kein Deutscher? Ich finde keine so starke wirtschaftliche Verschiedenheit, daß unbedingt ein Bundesstaat geschaffen werden muß, am wenigsten aber, daß die Schul- und Agrarverfassung diesen klerikalen Ländern ausgeliefert wird. Ich verweise da auf

unsere Kämpfe mit den Klerikalen im steirischen Landesschulrat. Bei der Verfassungsreform vermisse ich nicht nur die Demokratisierung der Behörden der ersten Instanz, sondern auch eine Demokratisierung der Justiz, in der noch immer der Geist Hochenburgers umgeht. Ich erinnere mich da an ein Wort von Austerlitz, wo er sagte, wir hätten nicht einen Hochenburger, sondern die ganze Justiz bestehe aus Hochenburgern. Da muß eine freiere Auffassung Platz greifen.

Berichterstatter Dr. **Renner** (Schlußwort): Die Diskussion hat ein einmütiges Bild ergeben. Zunächst war eine gewisse Unzufriedenheit mit den Ergebnissen der Koalitionsverhandlungen festzustellen. Ich begrüße diese Unzufriedenheit, die beweist, daß der Parteitag wegen augenblicklicher Notwendigkeiten keineswegs die dauernden Ziele des Sozialismus aufzugeben wünscht, daß er das Gefühl hat, nur augenblicklichen Notwendigkeiten Opfer zu bringen und die feste Absicht verfolgt, sobald dieses Koalitionsregime zu Ende ist, den Kampf um seine Ziele wieder weiterzuführen. Denn — und das ist in der Politik überhaupt ein wichtiger Grundsatz — man kann nicht alles auf einmal, alles an einem Tag, alles in einer politischen Konstellation erreichen. Manches — das beweist ja auch das Koalitionsprogramm — werden wir in dieser parlamentarischen Verbindung durchsetzen, manches müssen wir einer anderen vorbehalten. Denn nach diesem kommt auch ein anderer Tag. Wie er aussehen wird, weiß ich heute noch nicht und im Prophezeien will ich mich nicht versuchen. Aber es ist wichtig, daß die Partei erkennt, daß der Parteitag weiß, wo wir einen Punkt unserer Forderung zeitweilig zurückgestellt haben.

Das zweite Ergebnis der Verhandlungen ist, daß der Parteitag die Idee einer Bundesverfassung nicht ohne Zweifel und ohne Bedenken aufnimmt. Der Parteitag sieht eine Gefahr und er sieht die Gefahr darin, daß durch eine übergroße Ausdehnung der Machtvollkommenheiten der Länder die notwendige Einheit unseres Volkes, die notwendige Leistungsfähigkeit des Ganzen in Frage steht, und es werden unsere Genossen bei der Beratung der Verfassungsreform sowohl in den Vorstadien, wo nur ein engeres Komitee sich damit befassen wird, als auch bei der parlamentarischen Beratung im Ausschuß, in der Verteilung der Kompetenzen auf Staat und Land, die größte Sorgfalt walten lassen müssen. Der Parteitag hat auch mit Recht die schwache Partie herausgefunden, nämlich den Bundesrat, und hat mobil gemacht, daß hier nicht das Zweikammersystem unterschoben wird; das Zweikammersystem ist einmütig abgelehnt worden. Der Bundesrat sieht so aus wie eine erste Kammer, aber in Wahrheit ist er eine erste Kammer nicht. Vor allem deshalb, weil er nicht das endgültige Recht der Ablehnung hat. Der Bundesrat hat eigentlich die Funktion, indem er einem Gesetzesbeschluß nicht beitritt, ihn vor das Volk zu bringen. Er bewirkt also die Berufung von der Nationalversammlung an das Volk. Insofern ist er mit dem demokratischen Gedanken vereinbar. Er hat noch eine zweite Funktion, nämlich alle diejenigen zu versammeln, die die beschlossenen Gesetze durchführen sollen und von ihnen die Aeußerung abzuverlangen, ob sie das imstande sind. Vergessen wir nicht, daß jedes Gesetz draußen durch die Landesregierung durchgeführt werden muß. Wir haben gegen sie nur das Recht der Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof, bei Verfassungsfragen an den Verfassungsgerichtshof; andere Mittel aber haben wir nicht, die Länder zu zwingen. Die Landesregierungen stehen zuweilen vor der Tatsache, beim besten Willen ein Gesetz nicht durchführen zu können. Ich erinnere nur an den Kampf, den Genosse Gruber führt. Er ist überzeugt: wenn ich die Arbeiterschaft in Oberösterreich nicht in Gefahr bringen will, kann ich die Transportscheine nicht beseitigen. Gruber wendet also gegen unsere Verfügung ein, daß sie zurzeit und im Lande nicht durchführbar sei. Was wäre die Funktion des Bundesrates? Dort wäre Gruber als Mitglied der Landesregierung, er würde sagen: Eine solche Vorschrift sei richtig, aber augenblicklich nicht durchführbar, es müßten erst andere Vorkehrungen getroffen werden, um die Katastrophe zu verhüten, die er voraussähe, wenn der Beschluß durchgeführt werde. Verstehen Sie wohl, der Bundesrat, wie er nach dem deutschen Recht gedacht ist, ist nicht eine zweite Kammer im Sinne der Theorie, der konstitutionellen Theorie des Westens, sondern er ist eine besondere Schöpfung.

Es kommt aber weiter darauf an, daß die Länder nicht wie im Schweizer Ständerat alle gleich vertreten seien, also alle durch zwei Stimmen — so daß Wien genau so wie Oberösterreich und Oberösterreich genau so wie Vorarlberg und wie das nunmehr leider so klein gewordene Tirol vertreten wären — sondern es kommt darauf an, daß auch dort die Verhältnismäßigkeit gewahrt wird, daß also jedes Land soviel Stimmen hat, als seiner Bevölkerung entspricht und daß nicht nur die Mehrheit des Landes, sondern auch die Minderheit vertreten ist. Wenn ein Bundesrat so zusammengesetzt ist, dann ist er erträglich. Ich gestehe aber trotzdem ein, daß er nach meinem Gefühl eine große Erschwerung ist, daß er die Einträchtigkeit und Geschlossenheit des Volkswillens beeinträchtigt. Er ist nicht von uns vorgeschlagen.

Die stärkste Auflehnung hat der Parteitag gegenüber der Vorstellung gezeigt, es könnte auch die Schule verländert werden. Nun steht das nicht im Koalitionsprogramm, sondern es steht darin, daß die Regelung der Schulangelegenheiten durch staatliche Rahmengesetze vorgesehen werde. Es kommt darauf an, wieviel der Rahmen, wieviel das Bild ausmacht, es kommt darauf an, daß das, was uns notwendig einheitlich zu verwalten scheint, dem Bunde, der Gesamtheit vorbehalten und nur das übrige den Ländern überlassen bleibt. Der Zustand ist heute so, daß die Länder im Wege der Landesschulräte einen wesentlichen Einfluß haben. Ueber das Maß des Einflusses der Länder auf die Schule muß erst die Entscheidung getroffen werden. Ich finde es begreiflich und werde es nur begrüßen, wenn die Sozialdemokratie ihre Aufmerksamkeit besonders auf die Schulkompetenz richtet, und ich bin überzeugt, daß wir darin ohne schwere Kämpfe nicht zum Ziele kommen werden.

Was die Genossen Pichler und Ruschak über den dritten Teil der öffentlichen Gewalt, über die Justizpflege gesprochen haben, ist berechtigt; unsere Rechtspflege ist, wenn man von den Strafgerichten absieht und die Zivilgerichtsbarkeit im Auge hat, jener Teil unserer staatlichen Organisation, der relativ noch am besten war. Deshalb hat die Revolution sich nicht in erster Linie der Justiz bemächtigt. Sie ist im Streite tatsächlich zurückgetreten. Allerdings hat im entscheidenden Punkte bezüglich der Geschwornengerichte die Revolution ihre Pflicht getan.

Max Adler hat mir den Vorwurf — oder sollte es eigentlich kein Vorwurf sein? — gemacht, daß ich staatskanzlermäßig gesprochen habe. Ich kann und ich konnte in dieser Sache nicht anders sprechen denn als Berichterstatter über dieses juristische Thema. Ich bin vom Parlament und vom Klub in die Staatskanzlei entsendet worden hauptsächlich mit der Aufgabe, die Verfassungsreform zu machen, ich bin also zu einem Juristenwerk delegiert worden. Es ist nicht mein einziges Werk und es ist nicht wahr, daß ich nur Jurist bin; ich habe mich auf manchem wirtschaftlichen Gebiet in der Partei betätigt, in den Genossenschaften, und verstehe auch davon etwas. Aber jetzt, hier in dieser Mission, habe ich gerade als Berufsjurist zu sprechen, es kann mir also daraus kein Vorwurf gemacht werden. Es ist so, daß die Verhandlungen des Parteitages überhaupt nutzbringender gestaltet werden, wenn jeder sich streng an seine Aufgabe hält. Denn wenn ich hier über die Revolution im allgemeinen, über die Stellung der proletarischen Revolution zur bürgerlichen Revolution im Jahre 1789 gesprochen und alle diese Dinge hier hereingezerrt hätte, so wäre das wahrscheinlich sehr interessant gewesen, viel interessanter, als diese etwas trockene Materie der rechtlichen Ordnung unseres künftigen Gemeinwesens, aber wir würden niemals fertig werden. Und deshalb kann ich mich tatsächlich nicht auf den theoretischen Streit einlassen, der zwischen Max Adler und mir in diesem Gegenstande spielt. Darüber werden wir, wenn die Tagesarbeiten mir ein bißchen Zeit lassen, noch manches im „Kampf" und anderen Organen lesen und ich bin überzeugt, daß wir mit diesem theoretischen Streit nicht fertig werden bis zu unserem Lebensende — und ich wünsche, daß das möglichst spät sei. (Heiterkeit.) Es ist das Wesen der Theorie, daß sie das Konkrete, das, was dem Tage angehört, unter die allgemeinen Gesichtspunkte rückt, und es ist das Wesen der Theoretiker, daß sie nimmer in allen Dingen einig sind. Das ist anderseits gut, weil dann die Praktiker sich aus den widersprechenden Meinungen der Theoretiker ein Urteil darüber schöpfen können, was sie im konkreten Falle zu tun haben. Deshalb ist es so kindisch, wenn man dem Menschen, der vor einer nüchternen, konkreten und sachlichen Arbeit steht, immer wieder die allgemeine Beichtvaterfrage vorhält: wie hältst du's mit der Revolution? Wie hältst du's mit dem Klassenkampf? Wenn ich eine konkrete Maßregel

zu ergreifen habe, so muß ich mich fragen: was brauche ich in diesem Moment, an diesem Orte und unter diesen Verhältnissen, was kann ich jetzt durchsetzen? Meine Ueberzeugung muß ich mitbringen, alles andere ist bloße Hemmung. Ich werde Max Adler noch etwas anderes verraten. Bei dem ganzen großen Werke der Verfassungsreform kommt der Sozialdemokrat Renner nur wenig in Betracht. Denn wenn wir uns jetzt eine Bundesverfassung geben, ein demokratisches Gemeinwesen aufrichten, machen wir, was unsere Bürgerlichen wenigstens längst hätten machen sollen. Das ist alles Nachtragsarbeit. Das ist die Aufrichtung des Staates, wie man ihn anderwärts schon hat. Als Sozialdemokrat hätte ich eigentlich nicht dürfen für das allgemeine Wahlrecht kämpfen, weil das eine bürgerliche Forderung ist. Ordentliche Staatsverwaltung und Rechtspflege sind Dinge, die vor dem Sozialismus liegen, die uns die Bürgerlichen hätten hinterlassen sollen, uns aber nicht hinterlassen haben. Deshalb haben Sie bei dieser Arbeit nicht zu prüfen: wo spricht er als Sozialdemokrat? Da komme ich zu kurz, aber die Verfassung ist eben Juristenwerk und ein Problem der Demokratie. Aber auch Adler muß begreifen, wo er steht in der Zeit und am Orte. Es geht nicht an, daß man jeden, der robotet, dabei noch unablässig mit der Frage foltert: Ist dies noch des rechten Glaubens? Wie hältst du es mit dem lieben Gott? Einen Standpunkt muß ich mit aller Schärfe klar machen, Adler hat die Arbeiterräte als eigentliches Organ der Revolution hingestellt. Ich glaube, daß diejenigen, die in Gewerkschaften, Genossenschaften, politischen und Bildungsorganisationen und allen anderen Organisationszweigen tätig sind, sich dagegen verwahren müssen, ihre Funktion sei nicht revolutionär, nicht Revolution in Permanenz. Es ist so, daß man die Revolution nie und nirgends „im allgemeinen" macht. Revolution im allgemeinen macht man höchstens auf dem Katheder oder im Kaffeehaus. Revolution in der Praxis macht man überall dort, wo die Arbeiterschaft dem Klassengegner Aug' im Aug' gegenübersteht. Was unsere Gewerkschaften in den fünf Jahren gemacht haben, diese fortwährenden angestrengten Kämpfe gegen die Kapitalistenklasse, den einzelnen Kapitalisten und die Staatsgewalt, das war eine durchgreifende Revolution, und wenn wir hinterher durch das Gesetz über die Betriebsräte festgestellt haben, daß die Arbeiter in der Werkstätte die Mitverwaltung haben, so ist das nichts anderes als die Einverleibung in das Verfassungsgesetz, die Kodifikation eines in langen opferreichen Kämpfen errungenen tatsächlichen Erfolges. Die Emanzipation der Arbeiter in den Fabriken hat sich vollzogen durch die gewerkschaftliche Tätigkeit und sie war also leibhaftige Revolution.

Ebenso ist es mit den Genossenschaften. Was sie während des Krieges erreicht haben, daß sie nämlich heute etwa ein Viertel unserer gesamten Bevölkerung vom Kleinhandel emanzipiert, das Handelskapital soweit ausgeschaltet haben, so daß sie eigentlich, so gut es eben jetzt geht, die Arbeiterschaft und beinahe das Volk selbst verpflegen, so daß ihr Verpflegswesen ein selbständiger Staat im Wirtschaftsstaat ist, hat zur Emanzipation der Klasse mehr beigetragen als alles Literatenwerk der Kriegszeit.

Ebenso kann ich das von unserer Bildungsorganisation, mehr noch von der politischen Organisation behaupten. Unsere politische Organisation hat durch Jahrzehnte die Arbeiterschaft soweit erzogen, daß sie heute imstande ist, in der Gemeinde, in den Ländern, in dem Staate die Verwaltung zu übernehmen. In Wahrheit hat ja die Arbeiterschaft die Staatsgewalt, wenn auch nur zu einem gewissen Anteil, ergriffen. Sie ist dabei nicht allein, denn sie ist ja eine Minderheit, sie hat zu einem festen Bruchteil die öffentliche Gewalt inne. Diese Arbeit hat die politische Organisation vollbracht. Die politische Organisation hat sich darauf spezialisiert: Derjenige in unserer Partei, der sich besonders für öffentliche Dinge interessiert, hat sich in der politischen Organisation betätigt, hat dort lange Jahre lernen müssen. Er hat politische Erfahrungen gesammelt, er ist nicht ein politischer Dilettant, sondern ein politisch erfahrener Genosse. Dieser politisch belehrte Nichtdilettant bezieht nun seinen Posten, worauf ihn das Vertrauen der Genossen gesetzt hat und führt auch dort seinen Klassenkampf. Denn wenn er in der Gemeinde oder im Landtag oder in irgendeiner Körperschaft, in die ihn das Vertrauen der Wähler gebracht hat, den Christlichsozialen oder irgend welchen anderen Gegnern gegenübersteht, dann versucht er es auch dort, die Interessen des Arbeiters und der Arbeiterschaft kämpfend durchzusetzen. Und wenn er für den Arbeiter etwas erringt, was er doch folgerichtig den anderen ab-

genommen hat, so führt er in der Ratstube eben den Klassenkampf. Das gilt auch von den Staatssekretären, denn sie führen in jeder Sitzung den Kampf mit den Vertretern der Christlichsozialen, der Bauernschaft und mit anderen Gegnern. Und ich sage, daß dieser Klassenkampf, der nach außen so gar nichts gleichsieht, viel entscheidender ist in vielen Dingen als der Klassenkampf mit großen Redewendungen. (Lebhafter Beifall.) Es gibt keinen Klassenkampf in abstracto, für den Genosse Max Adler sich ereifert, jeder führt den Klassenkampf auf seinem Posten. Nur habe ich Angst, daß die Arbeiterratsorganisation diesen Klassenkampf, der geführt werden muß in lauter Einzelorganisationen, die fachlich vorgeschult sind, verkümmert und veroberflächlicht und nur zu einem Klassenkampf so obenhin macht, in der bloßen Theorie, in allgemeinen Redewendungen. Ich begreife es, daß in einem Lande wie in Rußland, wo die Arbeiterschaft durch den Druck des Zarismus außerstande war, alle diese Sonderorganisationen zu entwickeln und einzuschulen, daß dort zunächst die allgemeine Organisation in Räten in den Vordergrund trat. Auf ihr liegt dann das ganze politische Gewicht der Klasse.

Es ist richtig, daß die Arbeiterräte in gewissen Funktionen einen großen Wert gehabt haben und noch haben. Ich habe es den Bürgerlichen selbst gegenüber gesagt, daß wir der Organisation der Arbeiterräte, wie wir sie geschaffen haben, außerordentlich viel verdanken. Wir verdanken aber der Ratsorganisation so viel, aus dem Grunde, weil in ihr die erfahrenen Genossen aller Zweige zu Wort gekommen sind gegenüber den unerfahrenen, und insofern möchte ich diese Organe nicht missen. Wenn wir nun die Verwaltungsschöffen einführen, muß ich Sie schon bitten, genau zu unterscheiden und in allen Fragen, die die Gewerkschaft betreffen, nicht Arbeiterräte, sondern Gewerkschaftsvertrauensleute, in Mietverhältnissen nicht die Arbeiterräte, sondern die Vertreter der Mieter, in allen Fragen, wo wir Spezialorganisationen haben, die Spezialorgane zu berufen: das ist für die Verwaltung wichtig. Ich möchte nicht, daß wir hier einem allgemeinen Schlagwort unterliegen. Der Geist der Umwälzung, der gänzlichen Neugestaltung der Gesellschaft, ist jedem Sozialdemokraten eingeboren und nicht das Spezialprodukt irgendeiner Spezialorganisation. So fasse ich die Dinge auf. Und ich weiß, daß ich vielen Genossen, die die Ideologie der Arbeiterräte pflegen, dabei widerspreche, aber ich habe mir das wohl überlegt. Ich sehe in dieser Verallgemeinerung der Bewegung, die die positiven Einzelerfahrungen und Spezialorganisationen nicht beachtet, eine Gefahr für die Bewegung, ich meine, daß man zwischen den Arbeiterräten und den übrigen Organen im Rahmen der Partei selbst die Kompetenzen abgrenzen muß und werde auf diese Abgrenzung immer dringen.

Parteigenossen! Noch ein letztes Wort über die Rolle der Verfassung in Bezug auf die sozialistischen Ziele. Das ganze Reformwerk der Verfassung ist ein bloß demokratisches Werk. Manchmal komme ich, wenn ich jetzt diese Sachen mit so viel Emphase vertreten muß, mir vor, wie der alte Kronawetter. Der war auch immer für derlei Dinge, und es ist wirklich und wahrhaftig gar nichts besonderes, was ich da vorzutragen und zu machen gezwungen bin — es ist einfach bürgerliche Demokratie. Das muß man klar sagen. Trotzdem bin ich mir zugleich dessen bewußt, daß wir damit die Voraussetzungen schaffen für den Sozialismus; ich bin mir dessen bewußt, daß wir, indem wir in jedem Dorf, in jeder Stadt, in jedem Bezirk Arbeiter wählen und sie mitverwalten lassen und sie den ganzen Stand der Gesetzgebung und Regierung des Landes kennen lehren, diejenigen geistigen Kräfte erziehen und schulen, die wir brauchen, um eine wirkliche sozialistische Gesellschaftsordnung herzustellen.

Ich weiß aber auch aus hundertfältigen Erfahrungen, daß man ohne diese Vorschule, ohne die tägliche öffentliche Wirksamkeit der Arbeiterschaft den Sozialismus nicht verwirklichen, sondern nur Konfusion anrichten kann. Das weiß ich ganz genau; ich weiß das aus lauter konkreten Einzelerfahrungen. Der Sozialismus ist ein ungeheures System der Verwaltung der gemeinschaftlichen Interessen, ist ein Verwaltungssystem, durch das der einzelne berufen wird, für die Gesamtheit zu denken und zu handeln. Das ist nun nichts Leichtes und Einfaches, sondern ist tatsächlich das schwierigste Werk, das Menschen gesetzt ist, und dieses schwierige Werk muß man durch Erfahrung — nicht in erster Linie aus Büchern, sondern vor allem durch Erfahrung lernen. Und wenn wir die gegenwärtige Zeit über-

wunden haben werden, so werden wir aus der Epoche der Begründung unserer Demokratie hinüberkommen in die Epoche des Sozialismus. Es ist heute darüber nur eine Meinung, glaube ich, daß wir erstens bei der Armut unseres Landes, zweitens bei dem Zusammenbruch unseres heimatlichen Kapitals und drittens bei unserer Abhängigkeit vom Ausland gerade auf dem Gebiet des Sozialismus als Form der Vergesellschaftung der Produktionsmittel überaus wenig — nicht etwa nichts, das wäre zu pessimistisch — aber überaus wenig leisten können. Wir müssen uns also gewisse Beschränkungen auferlegen und müssen uns vorher als vollständige bürgerliche Demokratie konstituieren. Wir müssen die ungezählten Tausende, die wir jetzt in die Gemeindestuben, in die Bezirksämter, in die Landhäuser einführen, zu ihrem Werke befähigen. Aber an dem Tage, wo die Kriegs- und Uebergangswirtschaft überwunden ist, wo die Welt frei ist, wo wir wieder Herren unser selbst sein werden, werden diese Kräfte sich dem höheren Ziele zuzuwenden in der Lage sein. Dann werden wir dazu kommen, das Werk des Sozialismus zu vollbringen und dann, aber erst dann, wird Gelegenheit sein, praktisch und nicht bloß in Büchern, nachzuprüfen, Genosse Max Adler, inwiefern die bürgerlichen Freiheitsrechte Bestand haben gegenüber einem sozialistischen Gemeinwesen. Aber zur Stunde brauchen wir die Freiheitsrechte, und Genosse Max Adler wünscht doch gewiß nicht, daß ich eine Verfassung mache und die bürgerlichen Freiheitsrechte nicht hineinnehme. Ich muß sie ja jetzt hineinnehmen, es ist ja auch sehr nützlich und zweckmäßig. Diese Freiheitsrechte werden natürlich seinerzeit einmal kein Hindernis der Diktatur des Proletariats sein, wenn die Stunde für sie gekommen ist. Ich bin allerdings überzeugt, daß eine Diktatur des Proletariats, die nicht erhaftet und gehetzt ist durch den Zusammenbruch eines Krieges, sich vollziehen wird unter voller Achtung der individuellen Freiheit jedes einzelnen, daß sie nicht die harten, blutigen Mittel brauchen wird, die im Kriege wegen des Krieges in Erscheinung getreten sind.

Halten wir uns aber heute an das, was heute nottut. Wir haben zu kämpfen, daß unsere Schule, daß unser Geistesleben, daß unser wirtschaftliches Dasein durch das Bestreben der Landesgewaltigen nicht zertrümmert werde, daß wir die Verfassung bekommen, welche die Demokratie fordert. Das ist das Stück Arbeit, vor dem wir jetzt stehen. In den Mußestunden können wir uns über die allgemeinen Probleme des Sozialismus und der Diktatur unterhalten. (Lebhafter Beifall.)

Abstimmung.

Bei der Abstimmung wird die Resolution Dannenberg, der Antrag Zelenka und der Antrag der Gemeindevertreterkonferenz angenommen.

In die Kommission zur Beratung über die Finanzwirtschaft der Gemeinden werden auf Antrag Skarets gewählt: Hugo Breitner (Wien), Dr. Julius Fischer (St. Pölten), Josef Schreiber (Liesing), Franz Resch (Linz), Anton Regner (Knittelfeld), Christian Lafer (Gmigl); ferner für die Länder: Albert Sever (Niederösterreich) und Dr. Arnold Eisler (Steiermark). Die zwei Genossen, die sich hauptsächlich mit der Finanzwirtschaft des Staates beschäftigen, sind vom Parteivorstand zu bestimmen.

Vorsitzender **Tomschik**: Es folgt nun der Punkt

Die Internationale.

Berichterstatter Friedrich **Adler**: Der Punkt, der uns jetzt zu beschäftigen hat, könnte Gelegenheit geben zu einem weitausschauenden Ueberblick über die ganze Entwicklung, die die Internationale seit ihrer Gründung im Jahre 1864 genommen hat, könnte Gelegenheit geben, alle Fragen hineinzuziehen, die gegenwärtig das Proletariat der Welt beschäftigen. Es ist mir bei der Kürze der Zeit, die mir zugemessen ist, natürlich nicht möglich, das Problem in seiner Gänze aufzurollen. Aber es ist notwendig, um die praktischen Entscheidungen, die wir heute zu treffen haben, in Kürze wenigstens die Zusammenhänge darzustellen, aus denen unsere Stellungnahme zur Internationale in der gegenwärtigen Zeit erfließen muß. Gewöhnlich hören wir, wenn von der Internationale gesprochen wird, vor allem den Grundsatz: „Proletarier

aller Länder vereinigt euch!", den Gedanken des Zusammenschlusses. Aber dieser wichtige Gedanke repräsentiert bloß eine Seite jener Grundgedanken, auf die Marx und Engels im Kommunistischen Manifest im Jahre 1847 die Internationale aufzubauen bestrebt waren. Wie Sie wissen, nannten sich Marx und Engels in jenen Jahren „Kommunisten"; der Name Sozialisten wurde erst durch Bebel und Liebknecht in den Siebzigerjahren üblich. Sie sagten damals: „Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen des fortwährenden Kampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat das Interesse des Proletariats hervorzuheben und zur Geltung zu bringen suchen." Das ist der entscheidende Satz und die entscheidende Grundlage für das, was wir unter Internationalität verstehen, und ich will hier gleich vorweg bemerken, daß wir in diesem Punkt, in der Hervorhebung dessen, daß wir unsere Taktik einzurichten haben nach den Bedürfnissen der Gesamtbewegung, in dieser theoretischen Forderung vollkommen einig sind mit jenen, die sich heute in allen Ländern als „kommunistische Parteien" bezeichnen, daß das der gemeinsame theoretische Boden ist aller jener, die sich in ihrem praktischen Verhalten auf Marx berufen dürfen. Aber der Unterschied beginnt sofort in dem Moment, wo zu entscheiden ist, was in einer gegebenen historischen Situation das Interesse der Gesamtbewegung erfordert. Die Differenzen, die sich heute bei uns zwischen den Kommunisten und den Sozialdemokraten ergeben, liegen nicht in dem Unterschied der theoretischen Orientierung, nicht darin, daß die einen mehr, die anderen weniger international sind, sondern sie liegen darin, daß sie verschiedene Wege als momentan im Interesse der Gesamtbewegung des Proletariats gelegen erkennen. Wenn wir uns nun klarzumachen suchen, was heute in diesem Gesamtinteresse des Proletariats gelegen ist, so sind wir gezwungen, kurz Rückblick zu halten auf das Schicksal der Internationale.

Das, was ich hier sagen will, ist nicht bestimmt, Anklagen zu erheben, sondern bloß die in diesem Augenblick notwendige Erkenntnis aus den historischen Zusammenhängen zu schöpfen. Es war mir, als ich das Referat übernommen habe, selbstverständlich, daß ich hier nicht alte Wunden unnötig aufreißen will, und es ist mir selbstverständlich, daß ich auch trotz der letzten Rede, die wir von Genossen Renner gehört haben, mich nicht verleiten lassen werde, diese Polemik hier so zu führen, wie sie vielleicht nötig wäre im Interesse der historischen Gerechtigkeit (Max Adler: Und der Sachlichkeit!) ja, und der Sachlichkeit. Aber wir werden hier mit aller Ruhe und Nüchternheit doch die Feststellung machen müssen, daß in unserer Partei, wie selbstverständlich, verschiedene Spielarten vorhanden sind und daß natürlich auch heute Differenzen zwischen dem Genossen Renner und mir weiterbestehen und daß das Grundprinzip, das Renner vertritt: nur an den Augenblick zu denken und niemals an die Zukunft, für uns seine großen Gefahren zu haben scheint und in dem Gegenstand, von dem ich heute hier zu reden habe, große und schwere Nachteile für die Gesamtbewegung des Proletariats gebracht hat. (Beifall.)

Wenn man die Differenzen bezüglich der Internationale, die während des Krieges bestanden haben, rückschauend überblickt, so können wir feststellen, daß das, was die „Linke" in der Sozialdemokratie vom Anfang des Krieges an vertreten hat, sich restlos als richtig erwiesen hat. Es ist mir sicher nicht leicht, von diesen Dingen zu sprechen, da ich selbst an diesen Kämpfen persönlich beteiligt gewesen bin. Ich will mich hier nicht mit Renner auseinandersetzen. Aber wenn einmal in ruhigeren, späteren Zeiten die Geschichte dieser Zeit geschrieben werden wird, dann wird sich zeigen, daß die Linke festhalten konnte an ihrem Programm, nicht nur in den Fragen der Internationale, sondern auch in den Fragen des Nationalitätenprogramms in Oesterreich. Diejenigen, die immer nur glauben, mit den momentanen Machtverhältnissen rechnen zu müssen, haben schwere Irrtümer begangen. Wir dürfen ohne Ruhmredigkeit sagen, daß wir — die Linke — vom ersten Kriegstag an die Position der Internationale bezogen und alle unsere Kraft eingesetzt haben, zum Bewußtsein zu bringen, welch große überwältigende Aufgaben die Internationale im Krieg für das Proletariat haben könnte. Wenn Sie sich dieser Zeit erinnern und damit zusammenhalten, daß wir heute von solchen, die die ganze Frage des Problems der Internationale nicht in ihrer ganzen Größe zu erfassen vermögen, sogar beschuldigt werden, wir seien gar nicht mehr die richtigen Inter-

nationalen, so antworten wir: ebenso wie wir zu Anfang des Krieges immer wieder auf die Bedeutung der Internationale hinwiesen und von Anfang an sagten, daß das, was geschehen ist, eine Niederlage der Internationale bedeute, an der das Proletariat lange zu tragen haben wird — ebensowenig können wir heute einfach sagen, daß all das, was in den fünf Jahren war, einfach weggewischt sei und nicht mehr existiert. Wir haben die historische Erkenntnis auszusprechen, daß diese fünf Jahre weiterwirken und sich die Internationale nicht wie ein Phönix aus der Asche erheben kann, sondern daß der Heilungsprozeß der Wunde, die dem Proletariat zugefügt wurde, Zeit braucht, daß die neue Internationale erarbeitet werden muß. Wir können nicht die Meinung aufkommen lassen, man könne sich wieder zusammensetzen, als ob nichts geschehen wäre; damit würden wir dem Proletariat Sand in die Augen streuen. Die Lehre, die uns der Krieg aufzwingt, ist vor allem die, daß wir in der Frage der Internationale mit aller Selbstkritik vorzugehen haben. Wenn wir sie üben, erkennen wir die Schwierigkeiten des Problems.

Dieses ist in mannigfacher Weise kompliziert worden durch die historischen Ereignisse. Die Tatsache ist die, daß während des Krieges bis zum Februar 1919 eine Sitzung des Internationalen Büros nicht stattgefunden hat. Wir wollen heute nicht untersuchen, wer die Schuld hat, wer mehr oder weniger Schuld hat. Tatsache ist, daß die Internationale nicht funktionsfähig war. Sie ist im Februar in Bern zusammengekommen und sie hat noch zwei weitere Sitzungen gehabt. Von dieser Tatsache haben wir auszugehen. Das Bild ist nun dahin zu ergänzen, daß jene Internationale, die vor dem Krieg als einzige bestand, die aber im Krieg versagt hat, aus dem Bedürfnis nach internationaler Solidarität und Aktion zu ersetzen versucht wurde. Es sollte das geleistet werden, was die alte Internationale nicht leisten konnte. Es kamen die Zimmerwalder Konferenzen zustande, die ihre Bedeutung nicht dadurch haben, daß sie das ganze Proletariat hätten repräsentieren können, obwohl das Proletariat gewisser kriegführenden Nationen als Ganzes vertreten war — die Russen und Italiener — und auch in den neutralen Ländern das ganze Proletariat auf ihrer Seite war. Ihre eigentliche Bedeutung liegt darin, daß sie zeigten, daß auf dem Boden der Demokratie und des Sozialismus auch im Krieg ein Zusammenwirken möglich ist. Nun hat sich im Anschluß an den Krieg und an die Kriegsniederlage zunächst in Rußland die Revolution entwickelt, die das Proletariat zur Herrschaft gebracht hat und die dazu führt, die Schwierigkeiten des internationalen Problems zu steigern und das Problem zu komplizieren.

Denn was in den Zimmerwalder Konferenzen zusammengekommen ist, das war auch nicht vollkommen einig in allen Fragen. Es war einig im Kampfe gegen die Kriegspolitik, die in verschiedenen Ländern getrieben worden ist, es war einig in der negativen Abwehr, aber es waren in Zimmerwald und dann auch in Kienthal zwei Richtungen vorhanden. Es war eine Mehrheit, die auf die Fahnen schrieb: Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen, und eine kleine Minderheit, die sogenannte Zimmerwalder Linke, die die Meinung vertrat, wenn der Weltkrieg einmal kommt, ist die sofortige Folge die Weltrevolution; aus einem Weltkrieg kann sich der Kapitalismus nicht wieder erholen, es sind die Konsequenzen für die proletarische Revolution, die kommen muß, zu ziehen. Diese Gruppe, die schon damals von Lenin geführt wurde, hat ihre große Bedeutung vor zwei Jahren, nach der Oktoberrevolution in Rußland, erlangt und sie war für lange Zeit für das Proletariat der ganzen Welt eine starke Anziehungskraft. Aus dieser kleinen Zimmerwalder Linken ist in Rußland die sogenannte Dritte Internationale entstanden, die sich prinzipiell auf den Boden des Bolschewismus gestellt hat. Die Dritte Internationale, die die Weltrevolution heute noch als unmittelbar bevorstehend ansieht, die ist groß geworden und hat Zuzug bekommen aus den Parteien anderer Länder, die keineswegs prinzipiell auf dem Boden des Bolschewismus stehen, sondern andere Gesichtspunkte dabei ins Treffen führen.

Man muß hier offen über die Dinge sprechen. Die Zweite Internationale, wie man sie nennt, der bis zum Jahre 1914 alle angehört haben, hat natürlich in breiten Massen des Proletariats aller Länder sehr erheblich an Ansehen verloren durch den Schiffbruch, den sie erlitten hat, und eine ganze Gruppe von Parteien lenkt nun ihr Hauptaugenmerk darauf, diese Zweite Internationale zu verlassen. Und es ist nicht das Entscheidende für sie, in die Dritte Internationale einzutreten,

um für den Bolschewismus zu demonstrieren, sondern um gegen die Zweite zu demonstrieren. Und dadurch verstehen Sie vielleicht am besten das Verhalten der Italiener, die als ganze Partei, als einzige westeuropäische Partei — außer den Balkanländern und Rußland ist ja sonst von Europa nichts bei der Dritten Internationale — der Dritten Internationale beigetreten sind, nicht aus dem Gesichtspunkte, weil sie etwa alle Bolschewisten seien — davon ist gar keine Rede — sondern weil sie bereits in Zimmerwald demonstriert haben gegen die Zweite Internationale und dann das Bedürfnis hatten, diese Demonstration gegen die Kriegspolitik auch weiter durchzuführen. Dasselbe ist in der Schweiz. Dort ist auch keineswegs die Mehrheit der Partei bolschewistisch, und doch hat die Frage, welcher Internationale die dortigen Genossen beizutreten haben, in der Schweiz große Kreise gezogen. Es hat sogar ein Parteitag in der Schweiz, der in Basel im August dieses Jahres stattfand, nicht nur mit allen gegen eine Stimme den Austritt aus der Zweiten Internationale, sondern auch mit Zweidrittelmehrheit den Eintritt in die Dritte Internationale beschlossen. Nun haben dort die Genossen, bei denen die demokratischen Formen in der Partei auch sehr ausgebildet sind und wo es auch möglich ist, sie durchzuführen, weil die Partei bloß 30.000 Mitglieder hat, die in dem kleinen Lande leicht erreichbar sind, eine Abstimmung unter den Parteigenossen vorgenommen, wie sie sich dazu stellen, und da hat sich ergeben, daß die Mehrheit sich gegen den Eintritt in die Dritte Internationale ausgesprochen hat. Und wir sehen nun die Situation in der Schweiz, daß die Genossen aus der Zweiten Internationale ausgetreten sind, in die Dritte nicht eintreten, also in diesem Moment gar keiner internationalen Organisation angehören. Und diese Lage ist, wenn nicht objektiv, so doch gefühlsmäßig, eigentlich die Lage beinahe der meisten sozialistischen Parteien heute in der ganzen Welt, daß sie sagen: Wir sind von beiden Internationalen nicht befriedigt, uns gefallen beide internationale Organisationen nicht. Das, was in der Schweiz organisatorisch durchgeführt ist, wenn man so sagen darf, das ist der wirkliche Inhalt, die Stellungnahme der großen Mehrheiten der Parteien. Und diese Stellungnahme finden Sie insbesondere natürlich auch in Deutschland bei unseren Genossen der Unabhängigen Partei, die demnächst einen Parteitag haben werden und Stellung nehmen müssen zur Internationale, wo auch wiederum die Abneigung gegen die Zweite Internationale sehr stark zum Ausdruck kommen wird und bei vielen auch eine Zuneigung zum Eintritt in die Dritte Internationale deutlich wird, manchmal auch bei solchen, die nicht auf dem bolschewistischen Boden stehen. Wir haben uns aber, wenn wir zu diesen Fragen Stellung zu nehmen haben, klarzumachen, daß das Problem, vor dem wir hier stehen, nur mit aller Vorsicht und Behutsamkeit angefaßt werden darf, daß wir nicht, wie im Jahre 1914 Fehler gemacht worden sind in der einen Richtung, nun der internationalen Bewegung etwa schaden dürfen in der anderen Richtung.

Wir haben uns klar zu machen, daß die großen Massen des Proletariats — und auf die Massen des Proletariats kommt es viel mehr an als auf die internationale Organisation — daß diese großen Massen des Proeltariats nicht in jenen Ländern leben, woraus die Dritte Internationale ihr Gruppierungsgebiet hat, sondern in jenen Ländern sind, die industriereich sind, die noch immer in der Zweiten Internationale stehen. Es wäre deshalb sehr töricht, den einen oder den anderen dieser beiden Versuche — den Brüsseler oder den Moskauer — einer Neubildung der Internationale direkt zurückzuweisen. Das, was, wie ich meine, unsere Aufgabe ist, zu bewirken, ist, nicht eine Spaltung und Teilung der Internationale herbeizuführen, sondern das, was uns im eigenen Lande gelungen ist, die Einheit der Arbeiterbewegung zu erhalten, auf dem Boden der Internationale herbeizuführen, eine Internationale, in der die Arbeiter aller Länder vereinigt sind. Das ist nach unserer Meinung der Grundsatz, von der unsere Taktik auf internationalem Gebiet bestimmt sein muß. Von diesem Grundsatz haben wir uns, die wir vom Parteivorstand an den bisherigen Konferenzen anwesend gewesen sind, leiten lassen. Wir haben uns gesagt: wir wollen einen Weg einschlagen, der für die Zukunft die Internationale möglich machen soll. Wir haben konsequent den Standpunkt vertreten, daß die Zeit, wo die Internationale als Richterin auftreten könnte und Verurteilungen vornehmen könnte, wie man sie in Bern und Luzern uns zugemutet hat und was wir abgelehnt haben, daß diese Zeit nicht da ist, denn wir müßten uns sagen, wenn wir derartiges tun, dann wäre

die Internationale auch in Zukunft unmöglich. Dann wäre ihr Grab für sehr lange Zeit geschaufelt. Deshalb haben wir uns gegen diese Versuche gewehrt in dem Bewußtsein, daß, wenn man anfangen würde mit Verurteilungen bezüglich der begangenen Sünden, gegen das sozialistische Prinzip, daß sich dann die Mehrzahl der Richter in Angeklagte verwandeln würde. Wir haben deshalb im Interesse des Wiederaufbaues der Internationale dahin gewirkt, daß alle diese Versuche unterbleiben, und es ist uns gelungen. Es gibt auch unter uns sehr viele, die sagen, besser wäre es, wenn man schon zwischen den beiden wählen muß, der Dritten Internationale anzugehören. Ich gestehe, daß ich einen derartigen Schritt für uns nicht für möglich halte, denn so sehr wir alle, wenn wir uns die ganze historische Situation überdenken, mit wahrer Bewunderung nach Rußland sehen müssen, wo sich unter den ungeheuerlichsten Schwierigkeiten durch zwei Jahre das Proletariat gegen eine Welt von Feinden behauptet und erhalten hat, so sagen wir denn und es wissen es ja auch die klaren Köpfe unter den russischen Bolschewiken, daß Rußland, dieses industriearme Land, nur das Flammenzeichen hätte sein können für die Weltrevolution. Daß aber Rußland oder gar Ungarn oder eines dieser Länder ohne wesentliche Industrie natürlich als Einzelgebiete auf die Dauer nicht behauptbar sein können als sozialistische Gemeinwesen.

Für uns ist die alte primitive marxistische Erwägung die, daß der Sozialismus seinen Sieg erfechten muß in jenen Ländern, wo die Industrie und damit das Proletariat seinen Hauptsitz hat. Das sind heute unter den gegenwärtigen Umständen vor allem die westlichen Länder, besonders England. Wir glauben allerdings, so begreiflich alles ist, was im Osten geschehen ist, daß organisch die Weltrevolution nur zum Siege kommen kann, wenn sie ihren Ausgangspunkt nimmt in den Industrieländern, wenn die großen Massen des Weltproletariats sie wirklich durchführen. Es erscheint uns heute als der springende Punkt und es ist während des ganzen Jahres das Bangen aller Genossen die Frage gewesen: Wird im Westen, in den Ländern der Entente, eine große revolutionäre Entwicklung einsetzen oder wird sie nicht einsetzen? Und das, was wir immer gefürchtet haben und als das Wahrscheinliche ansehen, mußten nach dem Laufe der Dinge, das ist, daß zwar der Sozialismus in den Ententeländern eine sehr große Zukunftsmöglichkeit hat, daß er aber im Moment des Sieges keineswegs die Kraft und die Energie aufbringen kann, die nötig wäre, um dieses Werk in diesem Augenblick durchzusetzen. Wir haben uns immer erinnert, was in Frankreich im Jahre 1871 geschehen ist, wo auch in Deutschland nach dem Siege sich mit aller Kraft ein gewaltiger hochmütiger Imperialismus erhoben hat, der die Arbeiterbewegung zunächst mit Füßen getreten hat. In Paris, in der besiegten Stadt, wo sich die Kommune erhoben, dann zusammengebrochen ist, regte sich dann durch Jahre und Jahre überhaupt keine sozialistische Bewegung. In den Ländern der Sieger machte sich zwar langsam, aber unaufhaltsam eine Bewegung des Proletariats geltend, so daß nach einer Voraussage Marx in dem Lande des Siegers, in Deutschland, der Mittelpunkt des europäischen Proletariats wurde. Nach dem Deutsch-Französischen Krieg ging die Vormacht der sozialistischen Armee, die bis 1870 in Frankreich gewesen ist, auf Deutschland über.

Wenn wir uns diesen Vergleich vor Augen führen, dürfen wir die Hoffnung haben, daß, so trübe es auch vorläufig in den Ländern der Entente aussehen mag — ich überschätze die unmittelbaren Erscheinungen nicht, Sie werden bald Wahlergebnisse aus Frankreich sehen, die Ihnen beweisen, daß ich recht habe — so sind unsere Zukunftshoffnungen die allerbesten, die Erwartungen für die Zukunft die allergrößten. Deshalb stehen wir auf dem Standpunkt, wir müssen auf internationalem Gebiet eine Politik machen, bei der die Proletariermassen, die in den Ententeländern leben, mit dabei sind, eine Politik, die das Weltproletariat umfaßt. Wir können, bei aller Achtung und Anerkennung für die Kühnheit und den großen moralischen Mut der Proletarier Rußlands und der anderen Völker des Ostens, doch nur eine Politik machen, die das gesamte Proletariat wieder vereinigt und zu einer aktionsfähigen Masse macht. Daraus folgt, daß momentan diesen Fragen der Internationale kühle Reserve das notwendige ist. Wir haben im Kriege mit aller Leidenschaft die Internationale gefordert und wußten, welch riesige Bedeutung es gehabt hätte, wenn es im Kriege gelungen wäre, eine Einigung des Proletariats zustande zu bringen. Das ist gescheitert, doch wir wollen uns nicht dem

törichten Glauben hingeben, daß, weil die Kriegsfolgen im Proletariat eine starke leidenschaftliche Quelle der Begeisterung für die Internationale hervorgebracht haben, die Internationale wieder ihre Stellung in den Hirnen des Proletariats sofort bekommen hat, daß es auch sofort möglich sei, die internationale Organisation aus dem Boden zu stampfen. Wir müssen Geduld haben und können Geduld lernen, wenn wir uns erinnern, daß nach dem Zusammenbruch der ersten Internationale siebzehn Jahre, die Zeit von 1872 bis 1889, vergangen ist, in der es keine internationale Organisation gegeben hat. Wenn wir diese Zeit ins Auge fassen, erkennen wir, daß wir nach dem, was geschehen ist, nicht nach Wochen und Monate rechnen können, um alles wieder gutzumachen, sondern daß dieser Prozeß einen etwas langsameren Schritt hat und vor allem voraussetzt die Klärung in den einzelnen Ländern. Es muß in jedem Lande Klarheit über die Prinzipien und die Stellung zur Internationale geschaffen werden, es müssen die Leidenschaften, die der Krieg aufgewühlt hat, in den Hintergrund treten, und es muß die Kritik einsetzen. Die Genossen, die Fehler machten, müssen Einsicht haben und erkennen, daß in Zukunft ein anderer Weg gegangen werden muß. Wir sind der Meinung, daß erst dann eine wirkliche Internationale zustande kommen kann, wenn man sich über die Grundsätze verständigt hat. Wir wissen, wie wichtig es ist, daß die proletarischen Organisationen aller Länder sich zusammenfinden, daß sie in Fragen der Sozialreform miteinander reden, auch in vielen praktischen Fragen, die die Proletarier aller Länder angehen, ich will nur eine erwähnen, die uns heute sehr am Herzen liegt, die Frage der Kriegsgefangenen, wo die Internationale sehr viel machen könnte, wenn sie ganz auf der Höhe stünde. Wir brauchen eine Internationale als Vereinigung aller proletarischen Massen — ob ihr Bewußtsein in sozialistischem Sinne auch vollkommen ausgeprägt ist oder nicht — daneben ist aber notwendig, daß die Internationale Kampffähigkeit besitzt und nicht in entscheidenden Erprobungen versagt. Denn es konnte während des Krieges gar mancher glauben, daß, wenn einmal der Krieg vorbei ist, dies der letzte Krieg gewesen sein wird, die Völker Europas sich gegen die Wiederholung eines derartigen Attentats des Imperialismus mit aller Kraft zur Wehr setzen werden. Aber der Ausgang des Krieges hat uns belehrt, daß der Imperialismus auch fernerhin die Kulturwelt bedroht, daß keineswegs der Schlußpunkt gesetzt ist und daß wir entschlossen sein müssen, die Kampffähigkeit für die Zukunft zu finden.

Und nun gestatten Sie mir wenigstens einige Worte über unser unmittelbares praktisches Verhalten. Sie wissen, daß für den 1. Februar von dem Internationalen Büro in Brüssel ein Kongreß der Internationale nach Genf einberufen ist und die Frage, die uns heute hier unmittelbar zu beschäftigen hat, ist: Wie stellen wir uns zu diesem Genfer Kongreß, wie stellen wir uns zu den Bemühungen der Anknüpfung internationaler Beziehungen? Und da sind die Meinungen, glaube ich, ziemlich einhellig darin, daß wir diesem Genfer Kongreß skeptisch gegenüberstehen, uns nicht allzuviel davon erhoffen. Ich werde Ihnen eine Resolution vorschlagen, in der gesagt ist, daß wir unseren Parteivorstand beauftragen, alle Möglichkeiten der Fühlungnahme auf internationalem Gebiet, die zur Wiederherstellung der Einheit der Internationale führen können, zu ergreifen und als eine solche Möglichkeit betrachten wir auch den Genfer Kongreß. Wir können uns aber heute, da die Dinge ja innerhalb einiger Monate unter Umständen auch ein anderes Gesicht haben können, nicht unbedingt festlegen für diesen Genfer Kongreß, sondern wir sagen in unserer Resolution nur, daß wir den Parteivorstand, da wir bis dahin keinen Parteitag haben, ermächtigen, den Genfer Kongreß zu beschicken, das heißt, wenn unsere Taktik, die wir durch unsere Resolution festlegen wollen, dadurch gefördert werden wird, wir dann den Kongreß beschicken. Aber wir stellen gleichzeitig eine andere wichtige Forderung und die scheint mir die wesentlichste zu sein. Wir finden, daß alle diese Bemühungen, die jetzt gemacht werden, vorzeitige Bemühungen sind und wir glauben, daß, wenn ein weiteres halbes Jahr nach dem Februar abgelaufen sein wird, die Möglichkeit der Einsicht in das ganze internationale Problem, die psychologischen und intellektuellen Voraussetzungen für eine fruchtbare Arbeit eines internationalen Kongresses bedeutend vermehrt sein könnten. Deshalb schlagen wir Ihnen vor, daß der Parteivorstand beauftragt werde, an das Brüsseler Büro das Ersuchen zu richten, den Genfer

Kongreß um mindestens ein halbes Jahr zu verschieben, denn dadurch hoffen wir, seine Arbeitsfähigkeit bedeutend zu steigern.

Ich kann leider nicht, wie ich es möchte, nun auf alle Details, die da in Betracht kommen, eingehen und möchte Ihnen deshalb nun die Resolution zur Vorlesung bringen, damit Sie die Hauptgesichtspunkte, auf die es uns ankommt, erkennen.

(Verliest Antrag 56.)

Das ist die Resolution, die ich Ihnen zur Annahme empfehle und die unserer Lage entspricht. Ich glaube, daß trotzdem, daß diese Resolution eine Resignation zeigt, wir dennoch hoffnungsfreudig sein können. Es hat sich gezeigt, und das war für mich das wertvollste Ergebnis der Konferenzen in Bern und Luzern, daß der Grundgedanke, der in unserer Resolution zum Ausdruck kommt, eine starke Stütze hat bei den Arbeitern aller Länder, daß im wesentlichen auf diesem Standpunkt die Mehrheit der französischen Sozialisten steht, das mit uns einig ist die Gruppe Macdonald in England, daß wir sehr nahestehen den Unabhängigen in Deutschland, daß sich aus diesen Konferenzen ein Block herausbilden werde, der auf dem Boden einer Politik steht, die als Politik der Internationale möglich ist. Wenn wir das sehen, daß das internationale Proletariat geleitet werden kann von allen Grundsätzen, die wir immer vertreten haben, dann wird uns trotz der trüben Gegenwart doch das Bewußtsein zuteil, daß wir die Hoffnung nicht verlieren müssen, daß wir, die wir den internationalen Gedanken stets verfochten haben, freudig in die Zukunft blicken können, daß wir auch weiterhin in der festen Ueberzeugung sein können: Schließt die Reihen, die Internationale, sie wird die Welt befreien. (Lebhafter Beifall.)

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender **Muchitsch**: Wir schreiten nun zur

Debatte.

Therese **Schlesinger**: Der Referent hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die Revolution in Rußland das Flammenzeichen gegeben hat für die anderen Länder in Europa, ein Flammenzeichen, das aber leider nicht nach allen Richtungen hin gewirkt hat. Es war von Beginn der russischen Märzrevolution an zu erwarten, daß sie gerade in Oesterreich die stärkste Wirkung ausüben mußte, so wie seinerzeit die russische Revolution des Jahres 1905 nirgends so stark gewirkt hat, wie bei uns. Damals, als der Wahlrechtskampf, den die österreichische Arbeiterschaft geführt, ins Versanden kam, damals riß die russische Revolution die österreichische Bewegung empor; ähnlich war es im März 1917. Das Proletariat war mundtot gemacht. Erst die Erhebung des russischen Proletariats hat mit einem Schlage ganz andere Zustände geschaffen. Erst jetzt ist es möglich geworden, daß zum Beispiel der Prozeß Friedrich Adler nicht hinter verschlossenen Türen stattfand und daß der wichtigste Teil der Berichte über diesen Prozeß in den Zeitungen fast unverändert veröffentlicht werden konnte. Die ersten Streiks, die wir zu verzeichnen haben, waren eine Folge der russischen Märzrevolution, aber so wie in Rußland damals die Revolution wieder zu Boden geworfen wurde, ist auch in Oesterreich die Bewegung wieder zurückgegangen. Es bedurfte erst der zweiten Revolution in Rußland im Oktober 1917, bis es auch bei uns wieder vorwärtsgegangen ist. Brest-Litowsk war die erste Folge und wir hätten den 1. Mai 1918 nicht ohne die Oktoberrevolution in Rußland feiern können. Daher sind wir den russischen Vorkämpfern, ohne deren Beispiel es nicht möglich gewesen wäre, an Boden zu gewinnen und den Zusammenbruch in Oesterreich, Ungarn und in Deutschland herbeizuführen, zu wärmstem Danke verpflichtet.

So wie wir aber gewonnen haben durch die russische Erhebung, müssen wir uns auch klar sein, daß es für uns keine größere Gefahr gibt, als die der Niederlage

in Rußland. So wie die Reaktion bei uns bereits ihr Haupt erhoben hat seit dem Zusammenbruch der Rätediktatur in Ungarn, so würde sie vollends an Boden gewinnen, wenn die russische Revolution eine Niederlage erlitte. Wir mögen zum Bolschewismus wie immer stehen, ob wir diese Methode gebrauchen können oder nicht, wir haben die Pflicht der Dankbarkeit gegen die russischen Genossen und die Erkenntnis, daß unsere Revolution steht und fällt mit der russischen Revolution. Wir sind zu machtlos, als daß wir gegenwärtig in die historischen Geschehnisse entscheidend eingreifen könnten. Wir können leider nicht mehr tun, als daß wir an das Proletariat der siegreichen Länder appellieren und den russischen Genossen unsere wärmste Sympathie und die Hoffnung aussprechen, daß es ihnen gelingen möge, den schweren Kampf, der ihnen auferlegt ist, gegen die internationale Konterrevolution siegreich zu beenden. (Lebhafter Beifall.) Ich beantrage deshalb folgende Resolution:

(Verliest Antrag 57.)

Paul Richter: Schon Adler hat davon gesprochen, daß sich die Aktionsunfähigkeit der Internationale außer in anderen Dingen, die sie nicht zu meistern imstande ist, auch in der Kriegsgefangenenfrage gezeigt hat. Wir haben schon seit einem Jahr vollständige Waffenruhe und trotzdem war es bisher nicht möglich, die Kriegsgefangenen zurückzubringen, obwohl für niemand die Gefahr bestand, daß sie wieder in den Kampf eingesetzt werden. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, daß dieser Umstand im Kreise der Angehörigen der Kriegsgefangenen große Beunruhigung hervorgerufen hat. Die Genossen aus der Provinz haben uns oft erzählt, sie hätten oft gehört, man meine, es sei von der österreichischen Regierung nicht alles geschehen, was hätte geschehen können. Es gibt Tausende und aber Tausende von Kriegsgefangenen, die, obwohl der Krieg schon ein Jahr vorbei ist, noch immer nicht in die Heimat kommen und für die es fast keinen Hoffnungsschimmer gibt, daß sie in absehbarer Zeit die Heimat erreichen könnten. Die Frage der Kriegsgefangenen ist so dringend, daß sie zusammen mit der Frage der Internationale erörtert werden muß. Es sind Tausende und aber Tausende Unglückliche, die auf Erlösung harren und denen geholfen werden muß. Die zweite Internationale, deren hervorragendste Führer in den ententistisch orientierten Staaten ganz gewaltigen Einfluß hatten, müßte alle Möglichkeiten benützen, um auf ihre Regierungen den notwendigen Druck auszuüben, damit die Schande zu bestehen aufhört, daß Tausende von in Europa gefangengehaltenen Menschen noch immer nicht freigegeben werden, trotzdem der Krieg zu Ende ist, trotzdem der Friedensvertrag unterzeichnet und ratifiziert, ja sogar schon in Kraft getreten ist. Es kann also die zweite Internationale, das Internationale Büro in Brüssel neuerlich wieder auf die Regierungen der Entente einwirken und verlangen, daß zumindest die in europäischen Gebieten oder in der nächsten Umgebung dieses Gebietes Gefangenen sofort der Heimat wiedergegeben werden. Es sind das Menschen, deren ganzes Verbrechen darin bestanden hat, entweder im Ausland ihren Wohnsitz gehabt zu haben und noch Deutschösterreicher zu sein, oder die nicht die Macht gehabt haben, sich dem Diktat der damaligen Militärgewaltigen zu entziehen. Dasselbe, was für das ententistische Europa gilt, gilt auch für die Massen von Gefangenen in Sowjetrußland. Die dritte Internationale mit dem Sitze in Moskau hätte Tausende von Kriegsgefangenen der Heimat wiedergeben können. Wir wissen ja allerdings, daß es nicht allein auf Sowjetrußland ankommt, weil sich für das Land wieder manche Schwierigkeiten ergeben haben, unter die auch die von der Entente verhängte Blokade zählt. Aber doch wäre es dort möglich, Vorbedingungen zu schaffen, um den vielen Unglücklichen die Hoffnung auf die Heimkehr in ihre Heimat und die Heimkehr selbst wiederzugeben. In Sibirien, in Turkestan, wo teilweise der Einfluß der bolschewistisch orientierten Internationale besteht, könnte gleichfalls alles versucht werden, um den Gefangenen den Weg in die Heimat zu sichern. Wir wollen keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne zu zeigen, daß es Tausende und Abertausende von Menschen gibt, die in Zelten, in Baracken oder Höhlen wohnen, in Erd-, Schnee- und Eishöhlen untergebracht sind, unter denen Tag für Tag der unerbittliche Tod grausige Ernte hält, und das in jener Zeit, in der schon in Europa für so viele der Friede Geltung hat. Wir wollen an den Parteitag das Ersuchen richten, er möge sich an die sozialistischen Parteien aller Länder wenden, sich in ihren Ländern dafür einzusetzen, daß das

Los der unglücklichen Kriegsgefangenen ein anderes werde. Ich beantrage zu diesem Zweck folgende Resolution:

(Verliest Antrag 58.)

Helmer (Wiener-Neustadt): Wenn wir zur Internationale Stellung nehmen, müssen wir auch des Heldenkampfes gedenken, den unsere ungarischen Genossen nun schon seit Monaten gegen die Reaktion führen. Wir an der ungarischen Grenze sind Zeugen davon, was die ungarischen Genossen durchgemacht haben, und was sich die Weißgardisten an Terror leisten. Wir haben in den letzten Monaten Hunderte von Flüchtlingen herüberströmen sehen, die bloß deshalb von den Weißgardisten verfolgt worden waren, weil sie Sozialdemokraten sind. In Westungarn wurden nicht nur die Kommunisten, die während der Räterepublik in hervorragenden Stellungen waren, verfolgt, sondern auch Sozialdemokraten wurden von Weib und Kind vertrieben und mußten flüchten. Mit Bedauern mußten wir feststellen, daß jene Leute, die sich während der Kommunistenherrschaft nicht genug tun konnten an Verfolgungen solcher, die anderer Gesinnung waren, sofort nach dem Umsturz eine geänderte Haltung einnahmen. Heute ist es so, daß sich viele Tausende von Ungarn nicht mehr in die Heimat zurücktrauen, weil sie sofort verhaftet und eingekerkert würden. Ich möchte den Genossen folgende Resolution zur Annahme empfehlen, um dadurch die Solidarität mit den ungarischen Genossen zu bezeugen:

(Verliest Antrag 59.)

Ludo Hartmann: Gegenüber der Resolution habe ich ein Bedenken. Die Resolution spricht von der Schuldfrage und von der restlosen Klarlegung der Ursachen. Die Resolution hat offenbar die Absicht, zu versöhnen. Und das scheint mir das gute zu sein an dieser Resolution. Es erscheint mir deshalb nicht angebracht, daß man auf die Vergangenheit zurückgeht. Es ist ganz klar, daß ein solches Suchen nach Ursachen immer wieder zu neuen Konflikten führt. Jede neue Dokumentenpublikation gibt neues Material. Die Dokumentenpublikationen werden jetzt rasch aufeinanderfolgen. Ich kann Ihnen verraten, daß ich der geistige Urheber jener Veröffentlichung bin, die von Wien ausgegangen ist. Aber vollständiges Material wird man noch lange nicht zur Hand haben, weil die Ententestaaten nicht gezwungen werden können, ihr Material herauszugeben. Es wird schwer möglich sein, zu überzeugen, weil kein objektiver Richter da ist, weil die Parteien gleichsam selbst mit Richter sind. Es erscheint mir daher wegen des Zweckes der Resolution wünschenswert, daß der Passus über die Schuldfrage eliminiert werde. Daß eine Internationale zu einem kampffähigen Gebilde werde, bedarf es der Uebereinstimmung in den Grundfragen, und diese wird durch die Weglassung erleichtert.

Friedrich Adler (Schlußwort): Die Resolutionen, die von Schlesinger, Richter und Helmer beantragt werden, empfehle ich zur Annahme. Hartmann hat die Frage der Schuld am Kriege berührt und wir haben da zunächst zu sagen, daß es uns, die wir den Hauptteil dieser Schuld unserer Herrschenden mitzuverantworten haben, schlecht anstehen würde, wenn wir den Antrag auf Nichtdiskussion stellen wollten. Diese Diskussion ist unausweichlich, sie steht als erster Punkt auf der Tagesordnung des Kongresses, der nach Genf einberufen wurde, und es ist über die Schuldfrage etwa sechs Wochen vom Brüsseler Büro eine Art Enquete veranstaltet worden. Es wurden nämlich in diesem Rundschreiben die Parteien gebeten, ihren Standpunkt in dieser Frage zum Ausdruck zu bringen, damit der Genfer Kongreß Material habe. Diese Diskussion ist also nicht aufzuhalten und wir, die wir uns nicht als Erben des alten Oesterreich fühlen, haben auch keinen Grund, ihr auszuweichen. Wir können im Gegensatz zu anderen Ländern beweisen, daß darin die Partei einig war, soviel Differenzen sie auch sonst hatte. Bei dem Kongreß im November 1914, wo die Differenzen zum ersten Male zutage traten, waren wir alle darüber einig, daß die Habsburger die Lunte an das Pulverfaß gelegt, daß sie einen entscheidenden Teil der Schuld zu tragen haben. Doch von dieser Schuldfrage ist in der Resolution nicht die Rede. Es handelt sich in diesem Absatz gar nicht um die Schuld am Kriege, sondern um das Versagen der internationalen Aktion. Diese Frage wollen wir prüfen, nicht weil wir die Schuldigen bestrafen wollen, sondern diese Frage müssen wir diskutieren und sie wird auch fortlaufend diskutiert, weil sie die Vorbedingung der Klärung für die Zukunft ist. Es ist notwendig, daß wir eine einheitliche Stel-

lung zum Kriegsproblem gewinnen. Durch den Mangel an Klarheit gegenüber dem Krieg ist viel Schaden entstanden. Es wäre unklug, dieses Gebrechen zu wiederholen und über die wichtigste Frage, die eingreift in das Leben des Proletariats aller sozialistischen Parteien, hinwegzugehen, ohne die vollste Klarheit zu gewinnen. Ich glaube, daß wir den Absatz stehen lassen sollen. Wenn er einmal eliminiert würde, nachdem er beantragt ist, so wäre das ein Bekenntnis, daß wir vertuschen und nicht Klarheit gewinnen wollen, aber diese Klarheit ist, obwohl die Diskussion darüber nicht immer zu den Annehmlichkeiten gehört, eine Voraussetzung dafür, daß die Internationale in der Zukunft das wird, was wir wünschen: ein kampffähiges Gebilde.

Abstimmung.

Vorsitzender **Tomschik**: Wir schreiten nun zur Abstimmung. Wer für die Resolution des Referenten ist, den bitte ich die Karte zu erheben. (Geschieht.) Angenommen. Wer für die Resolution Schlesinger ist,.. (nach einer Pause) angenommen; für die Resolution Richter... (nach einer Pause), angenommen. Zu dieser Resolution liegt noch der Zusatzantrag Hoffmann vor, daß sie durch das Internationale Büro den Sozialisten aller Länder zur Kenntnis zu bringen ist. Wer mit dem Zusatzantrag einverstanden ist, möge die Karte erheben. (Nach einer Pause), angenommen. Nun zum Antrag Helmer. Wer dafür ist, möge die Karte erheben. (Nach kurzer Pause), angenommen.

Vorsitzender **Tomschik**: Es folgt der Punkt:

Wahl der Parteivertretung.

Lindner (Graz) erstattet die Vorschläge des Wahlkomitees. Auf Antrag Bermann (Wien) werden als Skrutatoren gewählt: Regner (Knittelfeld), Laimer (Ebensee), Linder (Wien), Sticka (Hirtenberg).

Es werden gewählt mit 221 bis 223 Stimmen:

Parteivorstand:

Friedrich Adler, 223 Stimmen.
Friedrich Austerlitz, 222 Stimmen.
Otto Bauer, 223 Stimmen.
Anton David, 222 Stimmen.
Matthias Eldersch, 222 Stimmen.
Wilhelm Ellenbogen, 223 Stimmen.
Adelheid Popp, 223 Stimmen.
Karl Renner, 223 Stimmen.
Jakob Reumann, 222 Stimmen.
Karl Seitz, 223 Stimmen.
Ferdinand Skaret, 223 Stimmen.
Josef Tomschik, 221 Stimmen.

Ferner entfielen auf Laurenz Wiedenhofer 1, Josef Frey 2, Emmy Freundlich 1, Robert Danneberg 4 Stimmen.

Ersatzmitglieder der Parteivertretung:

Johann Pölzer, 221 Stimmen.
Paul Richter, 223 Stimmen.
Therese Schlesinger. 223 Stimmen.
Albert Sever, 221 Stimmen.
Anton Weber, 223 Stimmen.
Ludwig Bretschneider, 223 Stimmen.
Robert Danneberg, 221 Stimmen.
Gabriele Proft, 223 Stimmen.

HX
256
S6
1919

Sozialdemokratische Arbeiter-
partei Deutschösterreichs
Protokoll des Sozial-
demokratischen Parteitages

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY